29. XII. 1916

1

L 70 000

41

1916-1917

29. XII. - 10. I.

Hilfsacht.

A

Herald. Unterst.

3

Die Umwandlung des Christlichen Wiener Frauenbundes.

Aus einer Wiener- in eine Reichsorganisation.

Der Christliche Wiener Frauenbund veranstaltete am 28. d. im Festsaale des „Josefinums“, XIII. Breitenseerstraße 31, seine massenhafte besuchte Hauptversammlung, zu welcher sämtliche Ortsgruppen Wiens und der Provinz ihre Vertreterinnen entsendet hatten. Bundespräsidentin Frau Sofie Guttmann betonte in längerer Rede die bisherige Tätigkeit des Christlichen Wiener Frauenbundes, wobei die Versammlung ein anschauliches Bild über die sechsjährige, rastlose Tätigkeit und Werbearbeit der Bundespräsidentin gewann. Nach Erstattung des Rechenschafts- und Kassenberichtes, hielt Bundesbeirat StR. Knoll eine längere Rede, wobei er ausführte:

„Der Christliche Wiener Frauenbund hat es bisher als seine Hauptaufgabe betrachtet, seine Mitglieeder in politischer Hinsicht zu organisieren. Dabei hat er sein Augenmerk allerdings auch darauf gerichtet, in charitativer Weise zu wirken. Die heutigen, infolge der Kriegslage entstandenen Verhältnisse jedoch erfordern es dringend, daß sich der Christliche Frauenbund auch noch in wirtschaftlicher Beziehung ausgestalte. (Beifall.) Die gegnerischen Organisationen, wie die liberalen und sozialdemokratischen, sind schon seit längerer Zeit auf wirtschaftlichem Gebiet organisiert. Unser Bund, der eine Körperschaft von über 12.000 Mitgliedern darstellt, muß also, wenn er nicht abbröckeln will, ebenfalls auf wirtschaftlicher Grundlage fußen, wozu es aber notwendig erscheint, unsere bisherigen Vereinsstatuten einer Abänderung, beziehungsweise einer Ergänzung zu unterziehen. Wir wollen bei dieser Organisation auf wirtschaftlichem Gebiete einen solchen Weg einschlagen, der den mittelständischen Gewerbetreibenden keinerlei Konkurrenz macht. (Beifall.) Es ist mit größter Freude zu begrüßen, daß unser Bürgermeister Dr. Weiskirchner gemeinsam mit der christlichsozialen Parteileitung unsere Organisationen tatkräftigst unterstützen wird. (Lebhafter Beifall.) Unsere Organisation, die sich bisher nur auf Wien und mehrere Ortsgruppen in der Provinz erstreckt hat, soll in Zukunft ausgebaut werden. Der Christliche Wiener Frauenbund soll zu einer Organisation ausgestaltet werden, die das ganze Reich umfaßt! (Beifall.) Der bisherige Titel wird allerdings eine kleine Abänderung erfahren; er soll in Zukunft lauten: „Christlicher Frauenbund Oesterreichs (Christlicher Wiener Frauenbund)“. Wir benötigen hierzu in erster Linie die werktätige Unterstützung der christlichsozialen Mandatäre und der christlichen Presse. Auch ein Sekretariat, sowie

ein eigenes Fachorgan ist in Gründung begriffen. Durch rastlose Werbearbeit wird es uns gelingen, die Ziele des Christlichen Frauenbundes zum Wohl der christlichen Frauen zur Durchführung zu bringen.“ (Lebhafter Beifall.)

Frau Kindermann (Mödling) sprach in herzlichen Worten der mühevollen Tätigkeit der Bundespräsidentin Fr. Sofie Guttmann, sowie der rastlosen Arbeit des Bundesbeirates StR. Knoll den Dank der Versammlung aus.

Abg. Spalowsky erörterte die Bedeutung, die der Frau im öffentlichen Leben zukommt und begrüßt es, daß sich der Christliche Frauenbund, der als erste christliche Frauenorganisation seit dem Jahre 1897 bestete, sich nunmehr auch in wirtschaftlicher Beziehung organisiere. Vizepräsidentin Frau Brzezłowski forderte zur regsten Werbearbeit auf. Nach Vornahme der Neuwahlen, die einstimmig angenommen wurden, schloß Bundespräsidentin Frau Sofie Guttmann mit der Aufforderung, die christliche Presse zu unterstützen, die Versammlung.

*** Aufnahme der Kriegsschäden in Siebenbürgen.**

Das Amtsblatt veröffentlicht heute eine Verordnung der Regierung, in der die Aufnahme der durch den feindlichen Einbruch in Siebenbürgen verursachten Kriegsschäden geregelt wird. Die wesentlichen Bestimmungen der Verordnung sind die folgenden:

Die Kriegsschäden werden durch für diesen Zweck organisierte Kommissionen aufgenommen und in Ausweise zusammengefaßt, und zwar für die Bezirke Alvincz, Balázsfalva, Kiscunyd, Marosújvár und die Stadt Bistakna im Komitat Alsófehér, die Komitate Fogaras und Háromkef, auf dem Gebiete des Komitats Hunyod für die Bezirke Hátzeg, Petrozsény, Pui, Székváros und Bajbahunyad, ferner die Städte Hátzeg, Székváros und Bajbahunyad, das Komitat Kisküllö, die Bezirke Drseva und Teregovya des Komitats Brassó-Szörény, die Bezirke Nyárádkereda, Alsó- und Felsőrégen und die Stadt Székregén im Komitat Maros-Torda und die Komitate Nagyküllö, Szeben und Udvarhely. Das hier geregelte Verfahren wird auf Kriegsschäden, die in Staatsbetrieben und an Staatsgütern eingetreten sind, nicht angewendet, wohl aber auf Schäden an Privatvermögen der in öffentlichen Diensten verwendeten Personen. Durch die Schadenaufnahme sollen zuverlässige und detaillierte Angaben über die Unterstützung der darauf angewiesenen Bevölkerung und zur Wiederherstellung der gestörten Ordnung des wirtschaftlichen Lebens geschafft werden. Sie bietet kein Recht auf Entschädigungsanspruch gegenüber dem Fiskus oder einem Anderen und ersetzt auch nicht den zur Geltendmachung privatrechtlicher Ansprüche notwendigen Beweis. Kriegsschäden im Sinne dieser Verordnung sind Schäden, die die Bevölkerung auf den oben angeführten Gebieten in Verbindung mit Kriegsoperationen und feindlichen Einbrüchen durch Feuersbrand, Zerstörung, Diebstahl oder Raub, ferner in Folge Flucht oder Verschleppung von diesen Gebieten an beweglichen oder unbeweglichen Sachen erlitten hat, gleichviel, ob die Schäden durch unsere Feinde, oder unsere Verbündeten, oder durch unsere eigene Wehrmacht verursacht wurden. In den Schadenaufnahmesausweisen sind auch Ansprüche auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes aufzunehmen, nicht aber Ansprüche auf Ersatz für persönliche Dienste. Die Kommissionen zur Aufnahme von Kriegsschäden nehmen die Schäden auf Grund der Anmeldung der Beteiligten auf; sie bestehen aus Delegierten der Ministerien des Ackerbaues, des Handels und der Finanzen, wie auch aus den vom Obergespan designirten Mitgliedern des Municipalausschusses. Auch ist das Militär-Territorialkommando zu ersuchen, sich in der Kommission vertreten zu lassen. Die Schadenaufnahmekommission hat die Aufgabe, die Wahrheit, die Natur, den Umfang und die ziffermäßige Höhe der angemeldeten Schäden an Ort und Stelle festzustellen und möglichst genau in einem Ausweise zusammenzufassen. Die bei der Aufnahme amtlich mitwirkenden Personen haben die zu ihrer Kenntniß gelangten Privatverhältnisse geheimzuhalten und dürfen diese Kenntniß zu keinem anderen Zwecke verwenden. Wer bewußt unwahre Angaben vorbringt, begeht eine Uebertretung und ist mit Haft bis zu zwei Monaten und an Geld bis zu zweitausend Kronen zu bestrafen.

3. 11. 1917

4

* (Weihnachten für Kriegswaisen.) Am 18. und 22. v. M. fanden Winterbescherungen von bedürftigen Wiener Kriegswaisen durch das Damenkomitee des Militär-Witwen- und Waisenfonds statt. Als Festraum diente die dekorierte Garage des Kriegsministeriums. Die Ehrengäste wurden vom Ehrenpräsidenten Kriegsminister Generalobersten Freiherrn v. Krobotin und dessen Stellvertreter F. M. Eblen v. Schlehrer empfangen und in den großen Empfangssaal des Kriegsministeriums geleitet. Vom Hofe waren am ersten Tage erschienen: Generaloberst Erzherzog Leopold Salvator mit Frau Erzherzogin Blanka und Töchtern, Erzherzoginnen Maria Immaculata und Dolores, ferner Nuntius Monsignore Graf Balfre di Bonzo, Feldbischof Dr. Bjelik und Militärattaché Hauptmann Prinz Erbach. Am zweiten Tage Erzherzogin Maria Annunziata mit Obersthofmeisterin Gräfin Buquoy, ferner Kardinal Fürsterzbischof Dr. Piffl. Nach kurzem Geleite begann die feierliche Verteilung, eingeleitet durch tiefempfundene Ansprachen des Feldbischofs Dr. Bjelik und Präsidenten des Witwen- und Waisenfonds Graf Wickenburg, des Kardinals Fürsterzbischof Dr. Piffl und Vizepräsidenten Prinzen Bobkowitz. Hierauf erfreute Hofopernsängerin Frau Sey durch vollendeten Vortrag von Gounods „Ave Maria“, wobei der Violinpart von Professor Erdla zur Geltung gebracht wurde. Sodann begann die Verteilung der Geschenke, die dank gut durchgeführter Organisation rasch und ohne Stockung vor sich ging. Die Zugabe eines großen Kuchenstückes erfreute die Kinder ebenso sehr wie die neuen Kleider, Schuhe, Wäsche und Spielzeug und die Säckchen Zuckerln. Die Veranstaltung ging von einem eigenen, unter dem Ehrenpräsidium der Prinzessin Hohenlohe, Gräfin Berchtold, Baronin Bolfras, Baronin Schwarzenau stehenden Damenkomitee aus, das die Mittel durch eigene Sammlungen und Spenden aufbrachte, so daß über 2800 Kinder beteiligt werden konnten.

**75,000 Kronen für die öffentliche
Auspeisung.**

Die Ehrenpräsidentin des Schwarzgelben Kreuzes Gräfin Anna v. Wienerth-Schmerling und die leitenden Funktionäre dieser Kriegshilfsstelle Siegfried Loewy und Kommerzialrat Emil Polacco haben gestern dem Bürgermeister Doktor Weiskirchner für die Zwecke der öffentlichen Auspeisung neuerdings einen Betrag von 75,000 Kronen übermittelt. Davon entfallen 50,000 K. auf die Ergebnisse der von der Erstgenannten durchgeführten Freitschablösung im abgelaufenen Monat, und 25,000 K. auf die verschiedenen Aktionen des Schwarzgelben Kreuzes. Insgesamt wurde bisher durch die Freitschablösung der Frau Gräfin von Wienerth-Schmerling, beziehungsweise durch das Schwarzgelbe Kreuz, ein Betrag von 37 Millionen Kronen zur den Kosten der öffentlichen Auspeisung beigetragen und an den Bürgermeister gemeinsam abgeführt.

4. / 1. 1917

7

Glückwunschsreiben der Städte.

In Erwiderung der Neujahrswünsche der Stadt Wien ist aus Ortelburg nachstehende Depesche eingelangt: „Für die ihr von Euer Exzellenz namens ihrer Lieben Patin, der schönen Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, übermittelten innigen Neujahrswünsche sagt die schmergeprüfte Stadt Ortelburg tiefgefühlten Dank und erwidert sie aufs allerherzlichste. Getragen von den guten Wünschen und der treuen Fürsorge unsrer geliebten Patenstädte werden wir, der Vernichtungswut unsrer Feinde trotzend, alle Kraft daran setzen, mit fester Hand das Zerstückte bald in schlichter, würdiger Art neu erstehen zu lassen. Unser Herzenswunsch ist es, geschätzte Vertreter unsrer lieben, um uns treu sorgenden Patenstadt Wien, beim Erblühen des Lenzes bei uns begrüßen zu dürfen.“
Bürgermeister Mey.

Der Stadtpräsident von Konstantinopel depeßierte: „Ihre Neujahrgratulationsdepesche habe ich mit Dank erhalten. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, im Namen Stambuls Ihnen wie der herrlichen Haupt- und Residenzstadt Wien die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche anlässlich des Jahreswechsels zu übermitteln. Ihre Wünsche, daß der Völkerverbund, den der Weltkrieg herbeigeführt, in ewig dauernder Freundschaft fortbestehen und unsern Städten und Ländern eine glückliche Zukunft bereiten werde, sind auch die meinigen.“

Von Bürgermeister Radew von Sofia ist nachstehendes Telegramm eingelaufen: „Die Bürger der Hauptstadt Sofia danken wärmstens für Ihre Wünsche anlässlich des neuen Jahres. Die Freundschaft der Bürger Wiens und Sofias, zweier Kulturschwester, wird eine dauernde sein, und durch die Erinnerung an den großen Kampf verbunden, werden sie ihren Ländern als Zentrum des geistigen Lebens der Völker als Vorbild voranleuchten. Übermitteln Sie, lieber Herr Bürgermeister, den ruhmreichen Wienern unsere herzlichsten Glückwünsche. Profit Neujahr!“

Bürgermeister Michailow von Rusischut richtete folgenden Neujahrsgruß an den Bürgermeister: „Zum Jahreswechsel erlaube ich mir, Euer Exzellenz meine herzlichsten Glückwünsche zu senden. Möge das neue Jahr einen ehrenvollen Frieden bringen und ein festes, dauerndes wirtschaftliches Bündnis zwischen Bulgarien und der Doppelmonarchie.“

Eine Frauenversammlung in Favoriten.

„Der Abbau der Lebensmittelpreise und die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge“ lautete die Tagesordnung einer äußerst zahlreich besuchten Frauenversammlung, die am Dienstag im Favoritener Arbeiterheim stattfand. Die sonderbaren Auslegungen einzelner Bestimmungen des Gesetzes über den Unterhaltsbeitrag, die sich in den einzelnen Kommissionen, und nicht zuletzt auch bei der niederösterreichischen Statthalterei, einnisteten, haben so manche Anspruchsberechtigte schwer geschädigt und eine tiefe Erregung hat die Frauen ergriffen, deren Ernährer zu dem Kriegsdienst einberufen wurden; die stete Verteuerung der notwendigsten Bedarfsartikel, mit der die Unveränderlichkeit der staatlichen Beiträge im Widerspruch steht, hat nicht dazu beigetragen, die Stimmung der Angehörigen Einberufener zu bessern. Das kam auch in der Frauenversammlung in Favoriten wiederholt während der Reden, die gehalten wurden, zum Ausdruck.

Genossin Bötzler eröffnete die Versammlung, worauf Genossin Probst, häufig von Beifall und Zustimmungskundgebungen unterbrochen, das Wort nahm:

Gerade vor Jahresfrist sprach eine Abordnung von sozialdemokratischen Vertretern beim Ministerpräsidenten vor, um die Forderung nach Erhöhung der Unterhaltsbeiträge und die Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren zu vertreten. Die Forderung wurde begründet mit der ungeheuren Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, die es den Frauen unmöglich machte, mit den Unterhaltsbeiträgen auszukommen. Diese Aktion hatte einigen Erfolg. Aber die Hauptforderung, nämlich die allgemeine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, blieb bis heute unerfüllt. Die Lebensmittel sowie Schuhe und Kleider sind aber im vergangenen Jahre nicht nur nicht billiger geworden, sondern noch in einem Maße gestiegen, das die Frauen geradezu verzweifeln macht. Der Unterhaltsbeitrag aber ist heute noch immer so, wie er zu Kriegsbeginn festgesetzt wurde. Aus dieser Not gibt es nur einen Ausweg: den Abbau der Lebensmittelpreise und die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge. Beides zusammen würde natürlich noch immer nicht ausreichen, um den Familien eine Lebenshaltung zu ermöglichen, wie sie ihnen der Ernährer schaffen könnte, wenn er nicht im Schützengraben sein müßte, sondern seinem Beruf nachgehen könnte. Wir erneuern also nun nach unserer berechtigten Forderung nach Erhöhung der

Unterhaltsbeiträge, die mir am 5. Jänner 1916 dem Ministerpräsidenten sowie dem Finanz- und dem Landesverteidigungsministerium überreicht haben. Wenn diese Forderung noch ausreichender begründet werden müßte, als wir dies schon damals getan haben, so brauchen wir nur anzuführen, daß ja die Heeresverwaltung selbst seit langem nicht mehr imstande ist, ihre Soldaten mit dem Betrag zu erhalten, der im Frieden als Militärverpflegungsbuchungsgebühr festgesetzt wurde; die Gebühren mußten ausgiebig erhöht werden. Derzeit verlangt man nun, daß die einzelne Frau imstande sein soll, was die Heeresverwaltung unter weit günstigeren Einkaufsmöglichkeiten absolut nicht mehr leisten konnte? Oder liegt weniger an der Erhaltung der Bevölkerung im Hinterland? Gerade dieser Meinung darf man an maßgebender Stelle nicht sein. In Deutschland wie bei uns erheben sich laute Stimmen, die der Bevölkerung Vorwürfe machen, weil der Geburtenüberschuß von Jahr zu Jahr zurückgeht. Mit Moralpredigten aber wird da nichts zu richten sein. Wir

verlangen eine entsprechende Erhöhung der staatlichen Unterstützung, die wie alle anderen Kriegskosten als selbstverständlich bewilligt werden müßte. Verlangt man aber von der Bevölkerung, daß dem Staate mehr Kinder geboren werden sollen, dann haben die, die am meisten daran interessiert sind, umso mehr die Verpflichtung, ein übriges zu tun. Nach allen Richtungen wohl begründet ist unsere Forderung. Ueber die Antwort, die der Deputation, welche dieselbe überreicht, gegeben wird, werden wir Ihnen wieder Bericht erstatten.

Stürmischer Beifall folgte der Rede, worauf Abgeordneter Reumann zu derselben Tagesordnung sprach. Die Vorsitzende Genossin Bötzler schloß hierauf die Versammlung, die den Beweis erbrachte, daß die Frauen nicht gleichgültig das ihnen beschriebene Los ertragen.

Warmes Frühstück für Schulkinder.

Die Anregung, jenen Schulkindern ein warmes Frühstück zu verschaffen, die ohne Frühstück zur Schule müssen, hat schon vor mehreren Wochen zur probeweisen Einführung eines warmen Frühstückes in einzelnen Schulen der Bezirke 1, 2, 4, 7, 9, 12 und 13 geführt und ist nunmehr in allen 21 Wiener Gemeindebezirken verwirklicht worden. Der Zentralstelle der Fürsorge erwachsen bei der Durchführung dieses Kinderfrühstückes große Schwierigkeiten, die in der Besonderheit dieser Auspeisungsform und in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen begründet sind. Jedes Kind erhält $\frac{1}{2}$ Liter Malzkaffee (Dombachers Wiener Würstkaffee) und ein Stück Brot. Die Zentralstelle stellt jedem Kind eine blau-emaillierte Kaffeeschale unentgeltlich bei, die jeden Morgen gereinigt mitzubringen ist. Das Frühstück wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Schulgebäude selbst in der Zeit zwischen halb 8 und 8 Uhr morgens von Knaben und Mädchen gleichzeitig eingenommen. Die Aufsicht dabei führen Lehrpersonen. Zubereitet wird das Frühstück vorwiegend in bereits bestehenden Auspeisestellen und Fric-stüchen. Diese Einrichtung weiter auszugestalten, um ein warmes Frühstück auch jenen Schulkindern zukommen lassen zu können, welche das heimliche warme Frühstück erhalten können, wird sicher möglich sein, wenn die Opferwilligkeit und der Gemein Sinn der Wiener Bevölkerung, die sich noch für jede gute Sache warmherzig eingesetzt hat, auch fernerhin dieser Aktion seine werthätige Sympathie zuwendet und erhält.

Eine dringende Aufgabe der Kleinkinderfürsorge.

Von einem hochangesehenen Arzte wird uns geschrieben:

In meiner Sprechstunde sitzt vor mir eine blass, peinlich sauber gekleidete Frau mit dem allen Sozialarbeiterinnen so gut bekannten, niemals ohne Herzweh zu erblickenden sorgenvollen Ausdruck in den klaren, guten Augen. Die Frau ist in arger Not. Nicht, wie man zuerst meinen möchte, daß der Hunger sie quäle. Sie will kein Geld, keine Kleidung von uns. In anderer Not sucht sie uns hilfebittend auf. Sie ist seit 1½ Jahren Witwe. Ihr Mann ist nicht Soldat gewesen; 4 Kinder wachsen im vaterlosen Heim auf, bis auf einige Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln lediglich gestützt auf den Erwerb der Mutter. Wie gern regt die Frau die fleißigen Hände, wie unermüdet hat sie bisher genäht. Jetzt aber stockt diese Arbeitsgelegenheit. Andere muß ergriffen werden, wird auch bald gefunden, aber da steht hemmend vor ihr ein fast unübersteigbares Hindernis: Wohin am frühen Morgen und während der Vormittagsstunden mit den beiden vorschulpflichtigen Kleinsten? Der größte 14jährige Junge ist in der Lehre. Das 12jährige Mädchen geht zur Schule, sind also von Hause entfernt. Eine Krippe, die das 1½jährige Jüngste aufnehmen könnte, ist nicht in erreichbarer Nähe der Wohnung. Selbst aber, wenn sie vorhanden wäre, so würde ihre Benützung für die Mutter mit großen Schwierigkeiten verbunden sein. Diese müßte ja ihre zwei Kleinen in 2 verschiedenen, vielleicht nicht nahe beieinandergelegenen Anstalten bringen. Eine bequem gelegene Kinderbewahranstalt, die das 4jährige aufnehmen könnte, muß aus vollkommen anzuerkennenden Gründen die gleichzeitige Aufnahme des Kleinsten verweigern, das noch zu vieler Wartung und Reinigung bedarf. Was tun? Die Annahme der neuen Arbeit kann und darf nicht versäumt, die Kinder nicht allein gelassen werden. — In diesem schwierigen Fall gelingt es uns, einmal durch einen befreundeten Verein, der auch, in den ihm gesteckten Grenzen, bei ähnlichen Fällen einzugreifen verspricht, eine Pflegefrau zu gewinnen, die gegen geringe Vergütung dieser Mutter ihre schwere Sorge um die Kleinsten abzunehmen bereit ist. Aber zahlreiche Frauen sind in gleicher Lage. Noch weit zahlreichere werden es binnen kurzem sein. Wir wissen, wie die Industrie Hunderte neuer Frauenträfte anzuwerben in Begriff ist.

Große und sehr wichtige Aufgaben sind zu lösen, damit die Kinder dieser Frauen nicht unbeaufsichtigt bleiben: Schaffung neuer Krippen und Kleinkinderbewahranstalten in den Stadtgegenden, wo solche noch fehlen; bei der schon bestehenden Verschiebung der Öffnungszeiten auf die notwendigen früheren Stunden, Ausbau von Anstalten, die bisher nur einer Altersklasse dienen, in der Richtung, daß sie auch andere Kinder aufnehmen können, wenigstens Kleinkinder und Säuglinge zugleich, oder Hortkinder und Kleinkinder; Benützung von leerstehenden Wohnungen oder Läden (wie das von Gewerkschaften bereits vor 2 Jahren ins Leben gerufen war, aber leider eingehen mußte), als „Notstandskrippen“; Einstellung von Hauspflegefrauen für bedürftige Kinder. Mittel und Kräfte müssen aufgewendet werden, das ist dringende Notwendigkeit, der öffentliche und private Körperschaften eine sehr ernste Aufmerksamkeit zuwenden sollten. Es gilt das Wohl der heranwachsenden Kinder, die Beruhigung der arbeitenden Mütter zu sichern!

**Fürsorge für die geschädigten Auslands-
deutschen.**

Staatssekretär Zimmermann hat auf eine Anfrage der Reichstagsabg. Dr. Sedlitz, Dr. Stresemann und Zimmermann u. a. geantwortet:

1. Für die durch den Krieg in Not geratenen Deutschen, die sich noch im feindlichen Auslande befinden, wird eine umfassende Fürsorge durch die dortigen Vertretungen der mit dem Schutze der Deutschen betrauten neutralen Mächte ausgeübt; diesen sind hierzu unbeschränkte Kredite gewährt worden.

2. Die Fürsorge für die aus dem feindlichen Auslande heimgekehrten Deutschen liegt, soweit sie mittellos sind, in den Händen einer besonderen Abteilung des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz in Berlin. Das Reich ist dabei mittelbar durch namhafte Zuwendungen an das Zentralkomitee beteiligt. Für die aus England, Frankreich und Rußland zurückgekehrten Reichsdeutschen bestehen außerdem besondere Hilfs- oder Darlehnskassen, die gleichfalls vom Reiche finanziell, und zwar durch die Eröffnung von Bankkrediten sowie durch die Uebernahme einer Gewähr für die Rückzahlung der gegebenen Darlehen unterstützt werden.

3. Hinsichtlich der den Deutschen im feindlichen Auslande durch völkerrechtswidrige Maßnahmen unserer Gegner zugefügten Schäden betrachtet es die Reichsleitung als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, bei den Friedensverhandlungen auf möglichste Schadloshaltung der Beteiligten durch den schuldigen Staat hinzuwirken. Ob die Feststellung oder Begleichung solcher Schäden zur Einbringung einer deutschen Gesetzesvorlage Anlaß geben wird, läßt sich voraussichtlich erst nach Abschluß der Friedensverhandlungen übersehen.

10.1.1917

13

Ein Reichsgerichtsurteil über die Hinterbliebenenversorgung. Es wurde in jüngster Zeit mehrfach darüber Klage geführt, daß die Hinterbliebenen der Nicht-Beamten, die im Kriege gefallen sind, gegenüber den Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Beamten beträchtlich im Vorteil sind. Während die ersteren nach dem Militär-Hinterbliebenen-Gesetz vom 17. Mai 1907 das Witwengeld in Höhe von 600, 500 und 400 M. für die Witwe eines Feldwebels, Unteroffiziers und Gemeinen erhalten, ohne daß dabei sonstige private Einkommensverhältnisse eine Rolle spielen und ohne eine Herabminderung ihrer Witwen-Gebühre zu bewirken, bekamen die Witwen der im Kriege gefallenen Beamten 300 M. jährlich weniger, da die Militär-Behörde die Auffassung vertrat, daß als „Allgemeine Versorgung“ auch diejenigen Gelder zu gelten haben, die den Hinterbliebenen des im Felde gefallenen Beamten aus seiner Anstellung im Zivildienste zufließen. Die Witwe eines im Felde als Feldwebel gefallenen Beamten erhielt demgemäß bisher nur 500 M., die Witwe eines Unteroffiziers nur 200 und die Witwe eines Gemeinen nur 100 M. jährlich. Auch die Waisen der im Felde gefallenen Beamten erhielten weniger als die Waisen der im Felde gefallenen Nicht-Beamten, da das Kriegswaisengeld für jedes Beamtenkind auf 108 M. gegenüber den 168 M. der Waisen der im Felde gefallenen Zivilpersonen festgesetzt war. Nur die Witwen der als Offiziere gefallenen Beamten nahmen eine Ausnahmestellung ein, die indessen hier nicht in Betracht kommt. Wegen dieser Kürzung der Kriegs-Witwen- und Waisengelder von Beamten sind bereits mehrfach Prozesse geführt worden, ohne festzustellen, ob der gleichzeitige Bezug einer Zivilpension durch Beamten-Witwen als „Allgemeine Versorgung“ im Sinne des Gesetzes anzusehen ist. Es wurden darüber von den einzelnen Instanzen verschiedenartige Urteile gefällt, in denen der Bezug einer Zivilpension zum Teil als „Allgemeine Versorgung“ angesehen, zum Teil nicht angesehen wurde. Von größter Bedeutung für die Witwen und Waisen unserer Beamten, gleichgültig ob es sich um Reichs-, Staats- oder Gemeinde-Beamten handelt, ist nun die endgültige Entscheidung, die jüngst das Reichsgericht zur Klärung dieser Frage gefällt hat. Das Reichsgericht bestimmte, daß entgegen der Auffassung des Oberlandesgerichts eine

Kürzung der Kriegsversorgungs-Gebühre der Witwen und Waisen der im Felde gefallenen Beamten gesetzlich nicht zulässig sei, und daß die Zivil-Witwen- und Waisen-Gelder als „Allgemeine Versorgung“ nicht angesehen werden dürfen. Demgemäß müssen nun auch die Witwen und Waisen der Beamten dieselben Hinterbliebenen-Gebühre erhalten wie die Witwen und Waisen der im Felde gefallenen Nicht-Beamten. Die Ausführungsbestimmungen des Militär-Hinterbliebenen-Gesetzes müssen nunmehr durch den Spruch des Reichsgerichtes eine Abänderung erfahren.

10. / 1. 1917

* Rücksicht gegen Kriegshinterbliebene. Ueber den amtlichen Verkehr mit den Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer hat das Versorgungs- und Justizdepartement im Kriegsministerium eine bemerkenswerte Verfügung an die beteiligten Stellen erlassen. Sie weist darauf hin, daß die Hinterbliebenen unserer verdienten Soldaten mit dem größten Entgegenkommen zu behandeln sind. Müssen ablehnende Bescheide erteilt werden, so soll dies geeigneten Falles unter dem Ausdruck des Bedauerns, jedenfalls höflich und unter Angab der Gründe erfolgen. Es muß alles vermieden werden, was den Eindruck erwecken könnte, als ob es sich um Almosen handle. Jeder einzelne hat sich vor Augen zu halten, daß die Hinterbliebenen in dem Gefallenen ihr Liebstes verloren haben und daß der Gefallene das Wertvollste, sein Leben, für König und Vaterland dahingegeben hat. Auf die Wünsche ist in entgegenkommender und höflicher Weise einzugehen. Gesuche sollen in wohlwollender Weise nach jeder Richtung hin geprüft werden. Nötigenfalls soll auch geeigneter Rat erteilt werden. Auf Beschleunigung der Erledigung der Anträge ist mit allen Mitteln hinzuwirken. Unter keinen Umständen sollen Hinterbliebene monatelang auf die Anweisungen ihrer gesetzlichen Gebührrisse warten müssen. Gegebenenfalls ist mit Vorschüssen zu helfen. Von Zwischenbescheiden ist reichlich Gebrauch zu machen. Bei Rückforderung überhobener Beträge sind Härten zu vermeiden. Gegebenenfalls soll die Niederschlagung beantragt werden.

11. I. 1917

17

Frauenarbeit im Kriege. Die Ortsgruppe Mainz-Speising des Katholischen Volksbundes veranstaltete am 9. d. in Gobers Gasthof in der Leizerstraße eine Monatsversammlung, die sich eines äußerst zahlreichen Besuches erfreuen konnte. Der Vorsitzende Direktor Roth begrüßte nach seiner Eröffnungsrede M. Kunschak, kaiserlicher Rat Direktor Biffka, Hofrat Englisch, Regierungsrat Jesser, die Patres Wallner und Geiger, Kooperator Hajek u. a. m. Nachdem Direktor Roth dem verewigten Kaiser Franz Josef Worte der innigsten Verehrung gewidmet, ferner unter der stürmischen Zustimmung aller Anwesenden betont hatte, daß alle Völker Oesterreichs auch jederzeit dem Kaiserpaare unentwegte treue Gefolgschaft leisten werden, wobei die Versammlung begeisterte Hochrufe ausbrachte, ergriff kaiserlicher Rat Direktor Viktor Biffka das Wort, um in äußerst fesselnder Weise und wiederholt von Beifall unterbrochen über die sozialen Leistungen der Frauen in der Kriegszeit zu sprechen. M. Kunschak, der sodann das Wort nahm, wies auf die überaus segensreiche Tätigkeit der Erzherzogin-Maria-Valerie-Aktion hin, die geradezu Erstaunliches auf dem Gebiete der Stellenvermittlung leistete. (Beifall.) Als im Erzgebirge eine erschreckende Arbeitslosigkeit einsetzte, habe diese Hilfsaktion, die unter der bewährten Leitung der Frau Dr. Burjan steht, in tatkräftigster Weise eingegriffen und hierbei einen durchschlagenden Erfolg erzielt. (Beifall.) Diese Aktion sei aber um so bedeutender, als sie nicht allein für die Dauer des Krieges wirke, sondern auch nachher auf rechtlicher Grundlage als Produktivgenossenschaft der Heimarbeiter weiterbestehen werde; sie richte im Gegensatz zu den heutigen Seereslieferanten ihr Hauptaugenmerk darauf, den Heimarbeiterinnen gerechte und den Zeitverhältnissen angepaßte Löhne zu erwirken. (Beifall.) Auf die Besprechung der Fürsorgeaktion „Wiener Kinder aufs Land“ übergehend, erklärte der Redner, daß heute bereits ein Kapital von 260.000 Kronen aufgebracht sei, so daß im heurigen Jahre vielleicht 15.000 bis 20.000 Kinder auf das Land gebracht werden können. (Lebhafter Beifall.) Hochw. Wallner schilderte in längeren Ausführungen die zur Genüge bekannten Wühlarbeiten der „Freien Schule“ und trat in schwunghaften Worten für die Unterstützung der christlichen Presse, vor allem der „Reichspost“, ein. (Beifall.) In ähnlichem Sinne sprachen noch die Herren Senfelder und Böbl, worauf Direktor Roth die Versammlung schloß.

Die Kriegsfürsorge.**Für Kriegswaisen und -Kinder.**

Hauptversammlung des Komitees „Tagesheimstätten“.

Heute nachmittag tritt das Komitee „Tagesheimstätten für Kriegswaisen und -Kinder“ zu einer Hauptversammlung zusammen, deren Tagesordnung als wichtigsten Punkt die Umwandlung des Komitees in einen Verein nennt. Bei dieser Gelegenheit wird auch der Tätigkeitsbericht zur Verlesung gelangen, der den zahlreichen Mitgliedern, Gönnern und Förderern zeigen soll, wie Großes und Ersprießliches im abgelaufenen Tätigkeitsjahre geleistet wurde.

Zwei Frauen sind es vor allem, die den warmherzigen, von echt mütterlichem Empfinden eingegebenen Gedanken, Kindern, deren Tage nicht von sorgender Elternhand behilft sind, eine Heimstatt zu geben, in der sie den Gefahren der Straße, der Verwahrlosung, der Schädigung durch Krankheiten und Unfälle, aber auch den Gefahren der Armut, insbesondere der Unterernährung entrissen sind. Es ist wohl bekannt, daß diese beiden Frauen gern in der Stille wirken und ihren Namen nicht mit den tönenden Beiwort des — wenn auch wohlverdienten — Lobes in der Öffentlichkeit genannt sehen wollen. Dennoch kann der Bericht nicht umhin, sie anzuführen — Frau Baronin *Leitner*, in der der Gedanke der Tagesheimstätten lebendig wurde und die ihr auch kraftvoll, mit Ueberwältigung aller Hindernisse in die Tat umzusetzen wußte; und Frau v. *Bellmond*, die ihr dabei eine energische, umsichtige und warmfühlende Mitarbeiterin wurde.

Das Komitee, das unter dem Ehrenpräsidium des Kriegsministers Freiherrn von *Probatin* und der Prinzessin *Konrad* *Hohenlohe* und unter dem Präsidium der Baronin *Leitner*, des Freiherrn von *Jedina-Palombini* und Freiherrn v. *Kirchbach* zusammentrat, begann mit einer umfassenden Sammelthätigkeit, die in Kürze eine Summe von 1,700,000 K. erzielte. Ohne zu zögern, führte man die einlangenden Beträge ihrer schönen Verwendung zu, indem man vorerst, solange eigene Heimstätten noch nicht zur Verfügung standen, mehrere hundert Kinder in bereits bestehenden Tagesheimstätten unterbrachte und für ihre Verpflegung aufkam. Insbesondere bei Beginn des Sommers wurde dafür Sorge getragen, daß eine große Anzahl von erholungsbedürftigen Kindern in Ferienheimen Gesundung und Stärkung fanden. Zugleich wurde auch die erste eigene Heimstätte in *Döbling* für 36 Kinder errichtet, der nach eine zweite auf fürstlich *Schwarzenberg'schem* Grunde in *Neuwaldsee* folgte. Eine dritte große Baracke, die 400 Kinder beherbergt, wurde in *Kaiserwäldchen* errichtet.

Immer größer wurde die Zahl der um Aufnahme ansuchenden Kleinen und machte die Schaffung weiterer Heimstätten im 16. und 10. Bezirk notwendig, deren Pläne den neuesten Grundsätzen der Gesundheits- und Erziehungslehre folgen. Der erste dieser beiden Pavillons im 16. Bezirk wurde am 3. Oktober eröffnet, der zweite, der den Namen *Pital-Pavillon* führen soll, wird im Laufe dieses Monats die ersten Kleinen aufnehmen.

Wer Kindernot kennt, wer da weiß, wie Kinder, deren Eltern verstorben oder in harter Arbeit, im Kriegsdienst von ihrem Heim ferngehalten sind, in ihrer sittlichen und körperlichen Entwicklung bösesten Schaden nehmen, wer weiß, mit welchem Kummer die Eltern diesem Kinderelend zusehen, dem ihre Armut doch nicht zu steuern vermag, der wird ermessen können, wie viel Segen das Komitee,

jetzt Verein „Tagesheimstätten für Kriegswaisen und -Kinder“ über Eltern und Kinder schon gebreitet hat. Auch an höchster Stelle hat diese Tätigkeit volle Würdigung gefunden, die wohl am besten darin zum Ausdruck kam, daß Kaiser *Karl* das Protektorat über die Institution übernahm.

Der Bericht nennt eine ganze große Zahl von Namen von edlen Spendern und Förderern, warmherziger Mitarbeiter, so General *Bayer*, Pfarrer *Muth*, Notar *Dr. Norbert Schep*, Frau *Martha Thonet* und Frau *Dr. Gertrud Wien*, mit warmem Dank und herzlichster Anerkennung.

Auch das Interesse der Allgemeinheit wird sicherlich auch weiterhin helfend diesem schönen Werke edler Frauen gehören, das Licht und Wärme in Kinderherzen, Trost und Freude in die Herzen armer Mütter und Väter, kämpfender Soldaten, senkt.

Der Abend
13. / 17. 1917

19

Wiener Kinder nach Holland.

Taten hoher Menschlichkeit ragen aus dem Meer von Blut hervor wie Inseln der Seligen aus dem stürmischen Ozean. Wer angesichts der ungeheuren Schuld der Zeit an der Menschheit verzagen möchte, dem sind diese Taten Trost und Stütze.

Wir sind heute in der Lage, über eine Fürsorge zu berichten, die allen, die daran mitgewirkt haben, zur höchsten Ehre gereicht. Es ist die „Aktion Kinder nach Holland“, der es gelungen ist, am 22. November mittels Sonderzuges 282 Kinder und 20 Begleitpersonen nach Holland zu senden, wo sie dank der liebevollen Mitwirkung holländischer Menschenfreunde auf das Trefflichste untergebracht waren. Wir dürfen dem von dem Anrufer und ärztlichen Leiter an den Ausschuss erstatteten Berichte nachstehende wichtigste Angaben entnehmen, wobei wir es wieder einmal außerordentlich bedauern müssen, daß es der so beschränkte Raum des „Abend“ nicht zuläßt, die Namen der Beteiligten und jede Einzelheit der so außerordentlich gelungenen Fürsorgebehandlung anzuführen.

Schon die Reise ging, dank dem Entgegenkommen der Bahnverwaltungen und insbesondere der Bahnböden, in der besten Weise vor sich. Durch die Gewährung der kostenfreien Reise haben sich die Bahnverwaltungen den herzlichsten Dank des veranstaltenden Ausschusses verdient. Das außerordentliche Entgegenkommen der holländischen Bahnverwaltung, sowohl der Staatsbahn, als auch der holländischen Eisenbahngesellschaften zeigt, daß von irgend einer politischen Abneigung der führenden Kreise Hollands gegen die Kinderreise keine Spur vorhanden ist.

Der Bericht rühmt unter Anführung genauer Angaben die außerordentliche Fürsorge des holländischen Ausschusses, die sich nicht nur in der vortrefflichsten Pflege und der liebevollsten Aufnahme der Kinder kundgab, sondern auch in den Ernährungsverhältnissen, von denen wir nur die Tatsache der Verabreichung von zwei Liter Milch täglich nennen wollen, um zu zeigen, wie gut es die Kinder hatten. Der ärztliche Reisebericht stellt fest, daß die Kinder, die vor der Abreise fast alle sehr heruntergekommen, schwächlich, matt und müde waren, sich schon während der ersten Woche ihres Aufenthaltes zum Staunen veränderten. Dies ist selbstverständlich ein Verdienst der Klöster und weltlichen Unterkunftsstätten, in denen die Kinder untergebracht waren. Die Rückkehr der Kinder erfolgt am 19. Jänner, und wer sie auf dem Bahnhofe begrüßt, wird zweifellos Eindrücke haben, die das im Berichte mit übergroßer Bescheidenheit Angeführte mehr als bestätigen. Es ist deshalb außerordentlich erfreulich, daß eine hochherzige Spenden-sammlung in Holland, über deren Erfolg der Ausschuss am 10. Jänner drahtlich Nachricht erhalten hat, die Reise von weiteren hundert Kindern nach Holland ermöglicht.

Außerordentlich wertvoll ist es, einigen hundert Kindern Gesundheit und einige Wochen Lebensfreude verschafft zu haben. Höher achten wir die Tatsache, daß ihnen ein lebendes Bild von der Gemeinschaftlichkeit der guten Menschen aller Zungen gegeben wurde. Tief wurzeln in der kindlichen Seele neue Eindrücke und Beobachtungen. Die Kinder, die am 19. Jänner mit roten Wangen und glückstrahlenden Augen nach Hause zurückkehren, kommen sicherlich als Gläubige einer neuen Lehre, die da lautet, daß es auch Menschen gibt, die Gutes tun.

13. I. 1918

Hauptversammlung des Vereines „Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder“.

Wien, 12. Januar.

Im großen Saale der Handelskammer fand heute die Hauptversammlung des Komitees für Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder behufs Umwandlung in einen Verein statt. Die Versammlung war überaus zahlreich besucht. Unter den Anwesenden bemerkte man die Gemahlin des Ministerspräsidenten Gräfin Clam-Martinić, Minister Dr. Josef Maria Baernreither, den Militärkommandanten von Wien General der Infanterie Freiherr v. Kirchbach und Gemahlin, Feldbischof Bjelet, die Gemahlin des Statthalters Baron Blehleben, Präsidenten Dr. Max Grafen Wickenburg, Hofrat Prunz Eduard Riechtenstein, Prinzessin Hanna Riechtenstein, Prinzessin Clementine Metternich, Oberlandesgerichtspräsidenten Paul v. Vittorelli, Baronin Leithner, Frau Elvira v. Bellmond, Baronin Bertha Bolfras, Vizeadmiral Hedina Freiherrin v. Palombini, Baronin Freibeis, Frau Berta Weisträucher, Frau Eta v. Martterer, Gräfin Luise Fünfkirchen-Riechtenstein, Baron Wilhelm Dfenheim, Frau Sektionschef Sophie Jarzebecka, Frau Generalmajl Rita Thalberg, Fräulein Marie v. Glajer, Frau Marianne Hamrich, Ministerialsekretär Dr. Lederer, Regierungsrat Ignaz Wilhelm, kaiserlichen Rat Beschorner, Leutnant Hans Fendrich, Frau kaiserlichen Rat Sachsel, Frau Spanner-Sigl, Frau Rosa Pucherna, Frau Antonie Kaiser, Generaldirektor Philipp, Kammerat Jęszewicz, Bezirksrat Appel u. v. a.

Den Vorsitz führte Militärkommandant G. v. S. Freiherr v. Kirchbach, der zunächst den Erlaß der Statthaltereie hinsichtlich der Vereinsbildung und der Vereinsstatuten verlas. Die Statuten des Vereines wurden genehmigt, worauf der Militärkommandant seinen Bericht erstattete, in dem er unter anderem ausführte: Zu Beginn des heurigen Jahres hat Baronin Luise Leithner die Errichtung von Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder“ angeregt, um dem durch die Kriegsverhältnisse unter der Jugend herrschenden Elend und der damit verbundenen Verwahrlosung nach Kräften zu steuern. Sie gewann zur Durchführung ihres Planes eine Anzahl von Herren und Damen, welche von gleicher patriotischer Gesinnung sind, und vor allem den Kriegsminister. Dieser billigte die Bewegung um so mehr, als dadurch die Kampffreudigkeit unserer tapferen Streiter an der Front infolge Beruhigung über das Schicksal der daheim Zurückgebliebenen gesteigert wurde. Auf die Veranlassung des Kriegsministers wurde ein Komitee gebildet, welches sofort mit einer regen Sammelthätigkeit begann. Der vertrauensvolle Aufruf an die Mithätigkeit der Öffentlichkeit zeigte sich trotz der sich stets wiederholenden Beanspruchung aller Kreise als kein vergeblicher. Schon Ende Mai war die Summe von 1.700.000 K. beisammen, und es konnte mit der Unterkunft der Kinder begonnen werden. Es wurden zunächst 284 Kinder in elf bestehenden Heimstätten und 564 Kinder in Ferienheimen verschiedener Wohlfahrtsunternehmungen untergebracht.

Am 3. Oktober fand die feierliche Eröffnung des nach dem kaiserlichen Protektor benannten Heimstättenpavillons im 16. Bezirk statt. In Vertretung des Protektors wohnte Graf Berchtold der Festlichkeit bei, an welcher auch der Ehrenpräsident sowie zahlreiche andere Würdenträger und Damen teilnahmen. Der apostolische Feldvikar Dr. Bjelet nahm die Einweihung vor. Der zweite, im 10. Bezirk noch im Bau befindliche Heimstättenpavillon wird mit Genehmigung der Kaiserin den Namen Rita-Pavillon führen und Anfang Januar 1917 eröffnet werden. In jedem der Pavillons finden 150 Kinder den ganzen Tag über Unterkunft, erhalten eine ausreichende Nahrung und eine Unterweisung nach erprobten Grundsätzen. In Gösing wird auf einem von Herrn Giesinger zur Verfügung gestellten Grund eine Heimstätte errichtet, die den Namen Kronprinz Otto-Heim“ führen soll. Zu Weihnachten wurden die in eigener Verpflegung befindlichen 250 Mädchen und Knaben vollständig besorgt.

Schließlich muß derjenigen gedacht werden, welche durch Geldspenden und großmütige Zuwendungen, wie die Firma Böhler, die 50.000 K. zur Verfügung stellte, durch Anregung und Mitarbeit sowie durch Mitwirkung bei gewinnbringenden Veranstaltungen oder durch freiwillige aufopfernde Arbeitsleistung die bisherigen Erfolge herbeigeführt haben. Ferner muß des verständnisvollen freundlichen Entgegenkommens und der Beihilfe der Staatsbehörden, des Bürgeramtes und des Magistrats, welche letzterer 150 Freikarten der Straßenbahn beistellte, sowie der höchst wertvollen Unterstützung der Presse gedacht werden.

Dankagung an die „Neue Freie Presse“.

Sanz besonders muß der geschätzten Redaktion der Neuen Freien Presse“ gedankt werden, welche uns in ihrem so vielgelesenen Blatte eine Sammelstätte eröffnete. Das Präsidium erachtet es als seine Pflicht, an dieser Stelle den wärmsten und innigsten Dank hierfür zum Ausdruck zu bringen.

Die glänzendste Anerkennung und Würdigung der Bemühungen der Tagesheimstätten für Krieger-Waisen und Kinder“ liegt jedoch darin, daß Kaiser Karl nach der Thronbesteigung das Protektorat des Vereines beibehalten hat.

Militärkommandant Freiherr v. Kirchbach schloß seinen Bericht mit einer Guldigung für das Kaiserpaar.

Hierauf erstattete kaiserlicher Rat Beschorner den Kassabericht, der genehmigt wurde. Schließlich wurden die Wahlen vorgenommen. Es wurden gewählt:

Das Ergebnis der Neuwahlen.

Zu den Vorstand als Präsident: Militärkommandant General der Infanterie Johann Freiherr v. Kirchbach auf Lauterbach; als Vizepräsident: Vizeadmiral Leopold Hedina Freiherr v. Palombini; als Vizepräsidentin: Baronin Luise Leithner; ferner Frau Elvira Bellmond-Bacor Edle v. Adlerhorst, kaiserlicher Rat Alexander Beschorner, Baronin Berta Bolfras, Leutnant Hans v. Fendrich, Frau Marianne Hamrich, Baronin Johann Kirchbach auf Lauterbach, Eta v. Martterer, Frau Marianne Nagy, Generaldirektor Erwin Philipp, Frau Rosa Pucherna, Hofrat Dr. Karl Kieger, Dr. Max Graf Wickenburg.

Als Ueberprüfer der Vermögensklasse: Direktor Gustav Willius, Oberbuchhalter Heinrich Müller, Emil Gerhard Bid.

Zu den Beratungsausschuß: Minister Dr. Josef Maria Baernreither, Baronin Alice Baumgartner, Baronin Gabriele Blehleben, Frau Amelie Brumowski, Gräfin Heinrich Clam-Martinić, Frau Mathilde Fleischmann, Gräfin Luise Fünfkirchen-Riechtenstein, Fräulein Marie v. Glajer, Frau Antonie Kaiser, Hofdame Frau Elisabeth v. Skallay, Hofsekretär Dr. Max Lederer, Baronin Theodor Liebig, Hofrat Prunz Eduard von und zu Riechtenstein, Wilhelm Dfenheim Ritter v. Pouteurgn, Frau Hofrat Dr. Max Salzer-Wittgenstein, Fiabella v. Schleyer, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Paul v. Vittorelli, Berta Weisträucher.

Nach der Hauptversammlung hielt Professor Dr. Klunzer einen inhaltsreichen Vortrag über das Thema „Wie steuert man am gründlichsten und raschestens der Verwahrlosung der Jugend?“

Das Wohnungselend der Reservisten- frauen.

Bei der steigenden Teuerung und der zunehmenden Unmöglichkeit, von den Unterhaltsbeiträgen eine Familie zu ernähren, ist es natürlich sehr gleichgültig, daß im Unterhaltsbeitrag auch eine Zinsbeihilfe, die viel zu klein ist, eingeschlossen wurde. Die Frauen können einfach die Wiener Wohnungszins nicht bezahlen, denn diese sind im Frieden meist der dritte Teil des Einkommens, nun im Kriege sind sie einfach unerschwinglich. Leider ist die Hilfe, die die Gemeinde leistet, vollständig verfehlt organisiert. Man hat das Wirtschaftliche Hilfsbüro errichtet, das gewiß unter den gegebenen Verhältnissen ein Segen war und das ja auch in den meisten Fällen vorzüglich arbeitet. Soweit das in seiner beschränkten Macht liegt. Es kann ja nichts anderes, als bei der Zentrale im Wiener Rathaus eine Geldunterstützung beantragen, die aber nicht in allen beantragten Fällen gegeben wird, und es kann den Hausherrn veranlassen, einen Teil der Miete nachzulassen, oder es kann die Partei vor der Deslogierung schützen. All das aber ist in den meisten Fällen ungenügend. Die Tatsache, daß die Frauen den hohen Zins der Wiener Mietshäuser nicht zahlen können, kann natürlich nicht aus der Welt geschafft werden, wenn die Frau nur einmal den Zins von der Gemeinde erhält. Sehr oft bekommen die Frauen den Zins für den Umzug, damit sie den ersten Monat in der neuen Wohnung Zins zahlen können und dadurch wieder eine Unterkunft finden. Den zweiten Monat steht die Frau natürlich wieder ohne Geld da und der Zins kann wieder nur zu einem Teile gezahlt werden. Namentlich kranke Frauen oder Frauen mit zwei und mehr kleinen Kindern werden heute einfach von Wohnung zu Wohnung getrieben, weil sie nicht imstande sind, die Wohnung zu bezahlen. Kabinette sind nur selten zu haben, die Wiener Wohnungstypen sind ja Zimmer und Küche, die heute 24 bis 38 Kronen monatlich kosten, und diesen Betrag bringt die Partei einfach nicht auf. Sie muß entweder mit einer anderen Partei zusammenziehen, was nicht immer geht, oder sie muß einfach der wirtschaftlichen Katastrophe, dem Wohl für Obdachlose entgegengehen.

Nun gibt es in Wien eine Reihe von Hausherrn, die so human sind, daß sie Parteien, selbst wenn sie mehr als einen ganzen Jahreszins schulden, nicht kündigen. Aber die meisten Hausherrn können das nicht tun, weil ja die Wiener Häuser zum größten Teil überschuldet sind und sehr oft die Familie des Hausherrn selbst vollständig verschuldet müßte, wenn sie den Zins lange in seiner Gänze stündete. In Deutschland hat man in den meisten großen Städten eine vollständig andere Art der Hilfe organisiert, die viel wirkungsvoller ist. Es wurde in den meisten Städten ein Schema aufgestellt, in dem zusammengestellt wurde, wann eine Frau mit einem, wann mit zwei oder mehr Kindern bedürftig ist, welchen Betrag ihr Einkommen erreichen muß, bis man verlangen kann, das sie von diesem Einkommen lebe. Erreicht eine Familie dieses Einkommen nicht, so erhält sie den fehlenden Betrag meist in der Form einer regelmäßigen Zinsunterstützung, die sie nicht jedesmal neu durch Einreichung und Fürsprache erwerben muß, sondern die ihr so lange gezahlt wird, bis sie endlich den Betrag nicht mehr benötigt. Tritt dieser Zeitpunkt nicht ein, so verbleibt ihr die Unterstützung über Kriegsdauer.

Das ist die einzig wirkungsvolle Hilfe, die die Zinsfrage beseitigen kann. Die Beträge, die hiezu notwendig sind, werden in den deutschen Städten durch eine Erhöhung der Gemeindefumlagen für die Hauszinssteuer und die höheren Stufen der Erwerbsteuer aufgebracht. Es werden dadurch die Basen der sozialen Fürsorge gleichmäßiger verteilt und es wird die Hilfe nicht von dem humanen oder nicht humanen Vorgehen der Hausherrn abhängig gemacht. Den größten Vorteil, den dieses System bietet, erblicken wir aber in den beständigen Hilfen, die es den Frauen gewährt, die der Zins heute Wochen hindurch um jede Krone bringt. Eine Wohnung zu haben ist heute dringender, als zu essen, denn sobald die Arbeiterfamilie kein Obdach mehr hat, verliert sie jeden moralischen Halt und kommt nur selten aus eigener Kraft wieder in geordnete Verhältnisse.

Das deutsche System ist jedenfalls dem Wiener System — von einem österreichischen System will ich nicht zu sprechen, denn in den wenigsten Städten der Provinz gibt es solche Unterstützungen überhaupt — vorzuziehen. Es hilft allen gleichmäßiger, beständiger und verliert viel mehr das Odium der Armenunterstützung, das sonst sehr leicht Bedürftige verhängt, die Hilfe, die möglich ist, zu suchen. Es verteilt die Lasten dieser sozialen Fürsorge gleichmäßiger auf die Schultern aller Hausbesitzer und aller erwerbenden Stände, von denen die meisten nun viel verdienen und auch eine erhöhte Steuer bezahlen können. Es zeugt auch von größerem sozialen Verständnis und würde auch in Wien sehr leicht durchgeführt werden können. Heute steht die ungeheure Arbeit, die das Wirtschaftliche Hilfsbüro und die Frauenhilfsaktion mit der Aufnahme und Recherchierung der Fälle haben, in keinem Verhältnis zu der Hilfe, die tatsächlich geleistet wird. Man sage nicht, daß es zu spät sei, um diese Organisation auf eine neue Grundlage zu stellen. Gerade bei der bestehenden Wohnungsnot nach dem Kriege, wenn die Soldaten heimkehren werden, wird die Wohnungsfürsorge eine brennende Frage. Das neue Wohnungsamt, das Wirtschaftliche Hilfsbüro der Gemeinde Wien und die Frauenhilfsaktion sollten einmal gemeinsam die neue Grundlage für die Gewährung der Zinsbeihilfen besprechen und versuchen, für die letzten Kriegsmonate und die Zeit des Überganges von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft eine neue Organisation zu schaffen. Bevor die wirtschaftliche Existenz vieler Arbeiterfamilien vollständig zusammenbricht, wäre eine neue Regelung dringend notwendig.

(Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder.) Vorgestern fand im großen Sitzungssaale der Handelskammer die Vollversammlung des durch sein erspriechliches Wirken auf dem Gebiete der Jugendfürsorge bereits bestbekanntem Komitees: „Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder“ zum Zwecke der Umwandlung in einen Verein statt. Zur Versammlung hatten sich u. a. eingefunden: die Gemahlin des Ministerpräsidenten Gräfin Clam-Martinić, Minister Dr. Baernreither, Militärkommandant G. v. J. Freiherr v. Kirchbach und Gemahlin, Feldbilar Bjelik, Baronin Blehleben, Präsident Dr. Max Graf Widenburg, Hofrat Prinz Eduard Liechtenstein, Prinzessin Hanna Liechtenstein, Prinzessin Clementine

Metternich, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Paul v. Wittmann, Polizeipräsident Freiherr v. Gorup, Baronin Seithner, Frau Elvira v. Bellmond, Baronin Berthe Bolfras, Vizeadmiral Freiherr v. Fedina-Palombini, Baronin Friebeis, Frau Bertha Weiskirchner, Frau Elise v. Marterer, Gräfin Luise Fünfkirchen-Liechtenstein, Wilhelm Ritter v. Ofenheim, Frau Sektionschef Sophie Jarzebecka u. v. a. Der Vorsitzende, Militärkommandant G. v. J. Freiherr v. Kirchbach, begrüßte die erschienenen Gäste und brachte hierauf den Erlaß der Statthalterei betreffs der Vereinsbildung zur Verlesung. Nach einstimmiger Genehmigung der Sitzungen erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht, aus dem man das erfolgreiche Wirken des Komitees in der kurzen Zeit seines Bestandes entnehmen konnte. Dank einer ausgiebigen Tätigkeit verfügte der Verein schon Ende Mai 1916 über einen Betrag von 1.700.000 Kronen und brachte zunächst 284 Kinder in 11 bereits bestehenden Heimstätten und Asylen und 564 Kinder in verschiedenen Ferienheimen unter. Das Komitee ging daran, eigene Anstalten zu errichten und schon am 2. Oktober 1916 fand die feierliche Eröffnung des Heimstättenpavillons im 16. Bezirke statt. Das Komitee errichtete sodann in Döbling ein Kinderheim zur sofortigen Unterbringung von Kindern in dringenden Fällen, ferner eine Ferienbarade in Neuwaldegg und einen Ferienhort in Breitenfurt bei Liesing ein und geht daran, im Laufe des Monats Jänner einen Heimstättenpavillon im 10. Bezirke zu eröffnen, welcher den Namen „Zita-Pavillon“ führen wird. Die Heimstättenpavillons im 16. und 10. Bezirke sind für die Unterbringung von je 150 Kindern während des ganzen Tages bestimmt. Solche reiche Erfolge in so kurzer Zeit konnten nur dank der großmütigen Spenden von einzelnen Persönlichkeiten und Firmen erzielt werden. Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurde der vom kaiserlichen Rat Beschörner erstattete Kassabericht einstimmig genehmigt und hierauf zur Vornahme der Wahlen geschritten, die folgendes Ergebnis hatten: Präsident: G. v. J. Johann Freiherr v. Kirchbach; 1. Vizepräsident: Vizeadmiral Leopold Fedina-Freiherr v. Palombini; 2. Vizepräsidentin: Baronin Luise Seithner; Vorstandsmitglieder: Frau Elvira Bellmond-Bacor-Eble v. Ablerhorst, kaiserl. Rat Alexander Beschörner, Baronin Berthe Bolfras, Leutnant Hans E. Fendrich, Frau Marianne Gainsch, Baronin Johann Kirchbach auf Lauterbach, Elsa von Marterer, Frau Marianne Nagy, Generaldirektor Erwin Philipp, Frau Kesa Bucherna, Hofrat Dr. Karl Mieger, Dr. Max Graf Widenburg; Delegierter des Kriegsministeriums: Oberleutnant Professor Othmar Spann. Eine eindrucksvolle Huldbildung für unser Kaiserpaar beschloß die erhebende Versammlung, nach welcher Professor Dr. Klumfer einen Vortrag: „Wie steuert man am gründlichsten und raschesten der Verwahrlosung der Jugend?“ hielt.

Die Familien der Kriegs- gefangenen in Not.

Keine Auszahlung der Unterhalts-
beiträge.

Die Angehörigen unserer in Kriegs-
gefangenschaft befindlichen Offiziere und länger-
dienenden Unteroffiziere sind jetzt von schweren
Sorgen bedrückt. Der halbe Januar ist bereits
verflossen und für diese Bedauernswerten sind
bisher die Unterhaltsbeiträge nicht
flüssig gemacht worden.

Nach an kompetentem Ort eingeholten In-
formationen hat die Finanzverwaltung
die erforderlichen Geldmittel nicht
angewiesen. Es soll sich um zirka 5000 Per-
sonen handeln, die ohne Existenzmittel dastehen.
Erschwert wird die ganze Sachlage, weil die
anderen Nationalstaaten der ehemaligen
Monarchie noch immer nicht erklärt haben, daß
sie Beitragsleistungen für diese und ähnliche
gemeinsame Auslagen leisten wollen. Man
müßte jedoch Mittel und Wege finden, um
wenigstens den deutschösterreichischen Ange-
hörigen von Kriegsgefangenen ihre Gebühren
ausbezahlen zu können.

Wie wir erfahren, können auch die
Familiengebühren der aktivierten Ruhe-
ständler mangels angewiesener Geldmittel
nicht liquidiert werden, so daß auch diese
Familien weder Familiengebühren, noch
Quartierbeihilfen und Kindersustentationen er-
halten haben.

Diese traurigen Zustände müssen sobald
als möglich saniert werden. Hat man für die
Arbeitslosen — es soll dagegen keine Einwen-
dung erhoben werden — sehr bedeutende
Summen zur Verfügung, so muß man auch für
die Familien der Kriegsgefangenen und der
anderen anspruchsberechtigten Militärpersonen
sorgen. Ueberhaupt schadet es dem Ansehen des
Staates, wenn er derlei Verpflichtungen nicht
pünktlich einlöst.

Dänische-Decken-Arbeitsstelle.

Die Dänische-Decken-Aktion nimmt von Tag zu Tag einen größeren Aufschwung, trotzdem das Material immer schwerer zu beschaffen ist. Nächst den dänischen Decken, deren bisher allein an das Kriegsministerium über hunderttausend geliefert wurden, während an Privatankalten und Spitäler eine ebenso große Anzahl abgegeben wurden, hat die Dänische-Decken-Arbeitsstelle, deren Sitz in Betracht des eminent sozialen Wirkens in der Hof-

burg ist, unter der zielbewußten Leitung des G. d. J. Gottfried Eblen v. Seibt und der Frau Emmy v. Medinger, deren Initiative die Aktion entsprang, einen Aufschwung genommen, der weit über den ursprünglich geplanten Rahmen hinausgeht. Die Schuhaktion der Vereinigung, welche aus Holzsohlen mit Stiftheften tadellose, haltbare, wasserdichte Schuhe herstellt, hat in Wien allein der Gemeinde bisher 88,000 Paar Schuhe für Männer, Frauen und Kinder zur Verfügung gestellt und arbeitet nun über Aufforderung der leitenden Stellen auch für die Stadt Budapest 20,000 Paar Holzsohlenschuhe. Der Preis der einzelnen Paare ist trotz der allgemeinen Teuerung seit einem Jahre nur um 70 bis 80 Heller gestiegen, so daß sich jetzt Kinderschuhe auf K. 5.30, Frauenschuhe auf K. 6.40 und Männer-
 Schuhe auf K. 8.30 pro Paar stellen. Die dänischen Decken, deren Herstellung bei Kriegsbeginn nicht mehr als fünf Kronen pro Stück kostete, haben sich jetzt leider auf 30 K. pro Stück verteuert. Da allgemach das Papier zu ihrer Herstellung zu mangeln beginnt, wäre die Dänische-Decken-Arbeitsstelle sehr froh, wenn ihr aus den Kreisen des Publikums altes Zeitungspapier zur Verfügung gestellt würde. Größere Mengen werden gern abgeholt.

Kriegspatenschaft — 2. Bezirk.

Es ist ein hübscher Gedanke der Leitung des zweiten Bezirkes gewesen, daß sie ihre Sitzung diesmal im Atelier des Malers Goltz abhielt, dessen Gemahlin Frau Mary Goltz-Mell ebenfalls dem Vorstande der Sektion II der Kriegspatenschaft angehört. So hatte man, ehe mit dem Arbeitsprogramm begonnen wurde, Gelegenheit, jene interessanten Kriegsbilder des Hausherrn zu sehen, die man allerdings nur zum kleineren Teil von Ausstellungen her kennt. Es ist ein marantes Stück Kriegschronik, das die Gemälde zu erzählen haben. Es sind veristische Studien, die Goltz an Ort und Stelle gemalt hat, mit jener Reife der Technik und Anschaulichkeit der Darstellung, die seine Kunst auszeichnen. Da ist die Zerstörung schwerer Geschütze am Monte Coston in Südtirol, im Eischtal oder bei Davaun zu sehen, ein Schwergeschütztransport auf der Fölgariastraße, oder die Bilder haben von Belgrad und Antwerpen zu berichten. Sie zeigen einen „Guschkrüchler“ und zerstörte russische Unterstände, eine Voktrefferserie bei Nowo-Georgiewsk oder Geschützwirkungen bei Gorlice. Besonders ein Bild fällt auf: Sappeure, die ihre eigene Stellung durch Aufstellen von spanischen Reitern verstärken und vom Feinde beleuchtet und beschossen werden. Die Lösung heikler, künstlerischer Probleme scheint hier bemerkenswert gelöst und hat auch von berufener Seite Würdigung erfahren.

Mit der Hausfrau empfing die Gäste das Ehrenpräsidium des Damenkomitees Gräfin Randine Berchtold, Baronin Hedda Stoda und Frau Berta Frankl-Scheiber, dann die Leiterinnen des 2. Bezirkes, die Damen: Frau Johanna Schima, Frau Dr. Big, Frau Dr. Löw und Frau Knauft. Es waren auch zahlreiche Leiterinnen anderer Sektionen vertreten. Unter ihnen: Baronin Plener, Baronin Sochor, Baronin Habrda, Frau General v. Rochel-Michelburg und die Damen Froh-Büding, Johanna v. Fröhlich, Pepi Glöckner-Kramer, Frau Kommerzialrat Lehner und Frau Major Renate Schwarz.

Nach einer kurzen Begrüßungsrede von Frau Mary Goltz-Mell sprach Frau Sektionschef Schima, die die Abwesenheit der erkrankten Markgräfin Areszenz Pallavicini entschuldigte, die zu den tätigsten Helferinnen des 2. Bezirkes gehört. Gräfin Randine Berchtold und Frau Berta Frankl-Scheiber betonten neuerdings die Erwartungen, die man an die Erfolge des „Kaiserin-Bita-Tages“ knüpft, und baten um eifrigste Propaganda für den Verkauf der Lose zu der bereits angekündigten Lotterie und um Spenden als Gewinnte. Hierauf erläuterte Generalsekretär Firlinger, wie in vorhergegangenen Versammlungen anderer Bezirksleitungen, die Arbeit der Komiteedamen. Eine viertel Million der erwähnten 20-Feller-Lose ist bereits an Mann gebracht worden. Aber, da bekanntlich mit drei Millionen Losen gerechnet wird, so bleibt immerhin noch ein stattliches Stück Arbeit zu bewältigen. Auch der 2. Bezirk wird in dieser Hinsicht sicherlich seine Schuldigkeit tun. Maler Goltz hat der Lotterie eines seiner Warschauer Gemälde gespendet.

18. I. 1917

Wirtschaftliches Landeshilfsbureau.

In der am 10. d. abgehaltenen Vollversammlung des Wirtschaftlichen Landeshilfsbureaus der niederösterreichischen Statthalterei für Privatangelegenheiten der Eingerückten teilte der Statthalter Freiherr v. Wenzleben mit, daß auf sein Ersuchen Minister a. D. Graf Welmanssegg sich bereit erklärt habe, die Funktion des Vorsitzenden des Landeshilfsbureaus weiterzuführen. In der Zusammensetzung des Bureaus haben sich im vergangenen Jahre insofern Änderungen ergeben, als an Stelle zweier bisheriger Delegierter der Oberlandesgerichtsrat Dr. Julius Schönwiese (bisher Ersagmann) als Mitglied und Oberlandesgerichtsrat Dr. Franz Josef Schulz als Ersagmann getreten sind, und daß statt des Landesgerichtsrates Dr. Schreiber Landesgerichtsrat Dr. Otto Luz berufen wurde. Die Vollversammlung sprach den ausscheidenden Delegierten Hofrat Kurzweil und Landesgerichtsrat Dr. Schreiber den wärmsten Dank und die vollste Anerkennung für ihre Dienste aus. Gegenüber dem Jahre 1915 haben im vergangenen Jahre die Geschäfte des Bureaus weiter zugenommen. Mit Befriedigung wurde die

auf Antrag des Vorsitzenden vom Armesoberkommando ergangene Weisung betreffend die Belehrung der eingerückten Mannschaft durch die militärischen Dienststellen über den Bestand und die Aufgaben der Hilfsaktion zur Kenntnis genommen. Die Vollversammlung beschloß die Einsetzung eines besonderen Ausschusses, in dem die Frage der Regelung der Wohnungsverhältnisse in Wien für den Zeitpunkt der Beendigung des Krieges studiert und Anträge über die diesfalls notwendigen Maßnahmen behufs Vorlage an die zuständigen Stellen vorbereitet werden sollen. Dem Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Konirsch in Wien, der auch im vergangenen Jahre die unentgeltliche Rechtsvertretung der Eingerückten in zahlreichen Fällen übernommen hatte, wurde für seine Tätigkeit der besondere Dank ausgesprochen.

Die sechzehnte Million.

Das Ergebnis unserer Kriegssammlungen im ersten Monate des neuen Jahres.

Wien, 20. Januar.

Unsägliches Leiden lastet über der Menschheit. Was früher höchster Wert war, was jedem das Beste erschien, wird in die Luft geschleudert, als wäre es leerer Staub; was Ausnahme hieß, ist jetzt millionenfach zum Alltag geworden. Nichts erscheint mehr als unerträglich, keine Entbehrung, kein Elend, nicht die Unbill des Winters, nicht das jahrelange Morden, das nach den Worten unseres Friedensangebotes zwecklos geworden ist. Der Rufschrei, das, was die Tiere spüren, loenn sie das Blut eines Artgenossen sehen, ist verloren gegangen; verloren gegangen durch die unerbittliche Notwendigkeit, durch das grausame Muß, das der Feind uns vorschreibt. Charles James Fox hat in einer Rede, die für alle Zeiten unsterblich sein wird, an das Gewissen von England gerührt und den Machthabern mit einer Stimme, deren Erzklang noch heute unser innerstes Empfinden bewegt, ins Antlitz geschrien: welches Recht habt ihr, ein Friedensangebot abzulehnen? Wo ist der Zeuge, der euch sagt, es sei unausführlich; wie werdet ihr vor Gott verantworten, daß jener Mann sich aus dem Schlachtfelde in Schmerzen windet, jener erschossen und zerkerten wird, weil ihr politische Geschäfte macht und das Unmögliche erreichen wollt? Welches andere Mittel habt ihr, die Ausrichtung zu erproben, als indem ihr Verhandlungen beginnt; welche Sicherheit für die Zukunft kann man euch geben, als eure eigene Kraft? Ist der Zar, mit dem ihr euch verbündet, kein Märdespote, ist bei uns anderes als bewaffnete Unterdrückung, als die Knebelung, welche die ganze öffentliche Meinung hindert, das Aufhören des Gräulichen zu fordern und den Frieden durchzusetzen. Dieser Mann, dieser Riese des Wortes, der den Herrschenden ihre Sünden entgegenhält, fehlt in den Ländern, die uns betrogen. Die Urkraft des Wollens zur Wahrheit, der Trieb, der sich durch alle Fesseln durchringt, scheint für den Augenblick zu schlummern. Da muß das Schwert denn weiter seine Arbeit tun, muß dieses Frühjahr überdauert werden, das vielleicht das blutigste sein wird, das jemals gesehen wurde. Ueberall schärfen sie die Messer; über alle Meere, auf allen Schiffen wälzen sie den Tod, in allen Bergwerken wird er gefördert, aus allen Schloten dringt sein Atem, in allen Essen wird er geschmiedet. Noch einmal wollen sie ihre Kraft erproben, noch einmal den Erfolg erzwingen und die Stimme übertönen, die auch bei ihnen lebendig sein muß, weil wir sonst an der Menschheit selbst, an allem, was seit Jahrtausenden ihr zugehört, verzweifeln.

In dieser Zeit der Trübe und der Erwartung sind unsere Sammlungen mehr als eine Million Kronen zugeflossen. Wiederum haben unsere Leser seit Mitte des vorigen Monats eine Kraftleistung vollbracht, die nur mit dem Aufstiege von der vierzehnten auf die fünfzehnte Million zu vergleichen ist. Ein großer Feldherr sagte, daß im Kriege die Eigenschaften des Charakters schwerer wiegen als die des Verstandes. Charakter ist in der unbeherrschbaren Fähigkeit, mit der unsere Leser ihr Ziel verfolgen, Charakter ist in dem gleichmäßigen Gang seit dreißig Monaten, in dieser aufschwellenden Flut von Wohltätigkeit, in diesen Großtaten des Erbarmens unter Verhältnissen, die sich schwieriger gestalten und die das tägliche Leben selbst, das Auskommen und die Ernährung zum Kampfe gestalten. Aber die Lust, für die Ziele der Linderung der Kriegsschäden, für die Unterstützung der Armee, für die Wiwen und Wais'n Gutes zu tun, hat nicht nachgelassen. Ja, sie hat sich eher noch gesteigert,

und wir spüren heute, nach Ueberschreitung der sechzehnten Million das Vertrauen, die Schwungkraft und den frischen Mut, der uns neue Erfolge verbürgt und der auch für die Zukunft Segen erwarten läßt.

Wenn alles rasch, alles bereit im gegenwärtigen Moment dem einzelnen zu: nicht nachlassen, nicht schwächer werden, nicht sich hingeben dem Augenblick, wo die Friedensgeue sich verzogen hat, nicht auf die Worte hören, die bosartig und verächtlich die Wahrheit verfluchen und das Bild des Wirklichen entstellen. Es kann nicht sein, daß die Völker, die uns betrogen, nicht taujensach im Inneren so denken wie wir, daß sie nicht zum Teile wenigstens einsehen, zu welchem Zwang die Welt gezwungen wird und daß sie sich nicht im stillen selber sagen, jeder Tag des Krieges sei ein Verbrechen an der Menschheit, eine Sünde, die uns, was Europa betrifft, noch in die zarte Pflanze nicht wurzelt, noch traun sie sich nicht hervor und noch verhängen sie den Himmel mit Lügen und Verleumdungen. Aber das Ungeheuerliche hat noch immer seinen Zusammenbruch erlitten, und auch Napoleon glaubte in seinem Stumpfe gegen Deutschland an einen Alexanderzug, der ihn zum Herrn der Erde machen mußte.

Wir aber können nichts anderes tun als warten, bis der Sturmwind, der in den Völkern ausgehört ist, in Brand gerät, bis aus dem Gewölke der Wut hervorbricht, der die Verbrecher von ihren Söhnen schleudert und die unterdrückten Kräfte der Menschlichkeit befreit. Bis dahin muß unser Wille dauerhaft bleiben und auch das Hinterland darf nicht erlassen in der Aufmerksamkeit, was jetzt zu unterstützen: die Männer, die nachelang im Schlamm und Blut, in der schneidenden Kälte unser Haus bewachen und uns die Möglichkeit geben, unser Leben weiterzuführen, die Arbeit des Tages und die Pflichten des Berufes. Jetzt erst kommt für die Soldaten der eigentliche Winter, jetzt erst stürmt alle Härte der Witterung auf sie ein, und wenn sie verschwunden ist, dann wird die Waffenprobe beginnen, das Auseinanderdröhnen ungeheurer Spannungen, vielleicht die Entscheidung des Krieges. Klein Dpfer darf bei solchen Gefahren als zu groß erscheinen. Die Entente ist wie ein blutender Stier, der durch die Arena rast und jeden, der ihn nicht zu erlegen vermag, an die Erde speißt. Es ist die bedeutungsvolle Stunde, die uns bevorsteht, und im Namen alles dessen, was dieses Wort „Entscheidung“ bedeutet, die Sicherheit der Heimat, die Möglichkeit des Wohngutes, das Leben der Kinder, bitten wir unsere Leser, zu beweisen, daß sie auch weiterhin auf der Höhe des Geschichtlichen stehen, daß sie ein Beispiel aufstehen wollen der Pflichttreue, des Vertrauens und ihrer starken Liebe zum Vaterlande, die sich in den Sammlungen ausdrückt, die sie geschaffen haben.

Wir brauchen sie ihnen nicht nochmals vor Augen zu führen. Ihr Wert und ihre musterhafte Verwendung durch erfahrene Männer und edle Frauen sind wohl bekannt. Besonders möchten wir nur auf eines, auf die Sammlungen für das Kind hinweisen, auf jene Bestrebungen, denen die Bedeutung innewohnt, daß sie in die Zukunft greifen und zur Erneuerung und Gesundung, zur geistigen Aufrüstung Oesterreichs führen sollen.

Wir danken unseren Lesern innig für alles, was sie in dreißig Monaten geleistet haben, in dieser schweren Zeit, die aus Blut und Elend das gebären soll, was wir alle wollen: den ehrenvollen und siegreichen Frieden.

Wir danken ihnen und sind fest überzeugt, daß sie nicht erlahmen werden, und daß wir auch weiterhin imstande sein werden, in unserem Rahmen beizutragen zur Linderung der Kriegsnot und zum Wiederaufbau der Verstärkten, zur Hausung der Heimtosen und zur Sorge für die Witwen und Waisen. Das wäre unser schönster Lohn und so möchten wir das neue Jahr fortsetzen. Der Anfang war gut.

Kaiserliche Anerkennung für die Frauenhilfsaktion.

Die Vorsitzende der Frauenhilfsaktion unterbreitete dem Kaiser einen Bericht über die Tätigkeit der Frauenhilfsaktion in Wien und legte das von ihr darüber verfaßte Büchlein zur Einsicht vor. Dem Bericht ist zu entnehmen: Durch die Not der Kriegszeit haben sich die Auspeisungen derart vermehrt, daß sich nunmehr die Zahl der Personen, die unentgeltlich von der Zentralküche im Rathaus gespeist werden, auf 71.409 erhöht hat. Die Zahl der verabreichten Mahlzeiten ist daher auf 38.253.815

gestiegen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 8.652.433 Kronen. Gebrauch wurden für die allgemeine Auspeisung 6.300.000 Kilogramm Lebensmittel, die von der Zentralküche des Rathauses beigestellt wurden. Außerdem wurden durch die 23 Frauenarbeitskomitees an Bedürftige Lebensmittel in rohem Zustand im Werte von 374.386 Kronen verteilt. Neben der öffentlichen Auspeisung begannen die Kriegsfürsorgeämter im Juli 1916 ihre Tätigkeit, in denen Speisen gegen sehr mäßige Bezahlung verabreicht werden; die Zahl der ausgegebenen Portionen betrug 2.557.551. Die Zahl der Arbeiterinnen, die in den Nähstuben der Frauenhilfsaktion beschäftigt werden, weist durchschnittlich immer noch die Ziffer von 2100 auf, die Zahl der gefertigten Arbeitsstücke stieg auf 18¼ Millionen. Die Spenden für allgemeine und für Auspeisungszwecke haben sich ebenfalls in bedeutendem Maße erhöht und sind auf 19.710.240 Kronen gestiegen, wovon bereits 15.722.804 Kronen verausgabt wurden. Die vorangeführten Daten zeigen, welche Unsumme von Arbeit die Frauenhilfsaktion in den einzelnen Frauenarbeitskomitees der Bezirke zu leisten hatte. Der Kaiser hat für dieses Wirken der Frauen Wiens seiner Anerkennung Ausdruck verliehen und gleichzeitig angeordnet, daß die Broschüre über die Frauenhilfsaktion der Familien-Fideikommissbibliothek einverleibt werde.

Heerespflichtige in der Industrie.

Zuschüsse zum Arbeitsverdienst.

Wiederholt haben Heerespflichtige, die zur Arbeit in bestimmten Betrieben entlassen werden sollten, deren Uebernahme abgelehnt, weil der ihnen in Aussicht gestellte Lohn weniger betragen haben würde als ihre Wohnung nebst freier Verpflegung und Kleidung zusammen mit den ihren Familien gewährten Unterstützungen. Es ist daher in Anregung gebracht worden, in Fällen, in denen dies tatsächlich zutrifft, die Familienunterstützung für die Dauer dieses Zustandes weiter zu gewähren. Eine dementsprechende Regelung würde jedoch über den Rahmen des Gesetzes betreffend die Familienunterstützungen hinausgehen. Denn es würden Familien eine solche Unterstützung erhalten bei denen die gesetzliche Voraussetzung, daß der Ernährer dem Heere angehört, nicht zutrifft. Wenn von diesem Grundsatz auch bereits bei den Familien der im Feindesland zurückgehaltene Personen abgewichen ist, so kann doch hierin nicht noch weiter gegangen werden.

Da andererseits aber auf die Heranziehung aller verfügbaren Arbeitskräfte für die Industrie der größte Wert gelegt werden muß, werden die nicht undberechtigten Bedenken der Heerespflichtigen gegen die Uebernahme von Arbeit in der Industrie auf andere Weise beseitigt werden müssen. Dies soll in der Weise geschehen, daß den Familien und sonstigen Angehörigen der zur Arbeitsleistung entlassenen Heerespflichtigen, soweit sie bisher Familienunterstützung erhalten haben, im Wege der Kriegswohlfahrtspflege Unterstützung gewährt wird, und zwar in einer Höhe, die dem Unterschied zwischen den militärischen Bezügen und den bisher gewährten Familienunterstützungen einerseits und dem Arbeitsverdienst andererseits entspricht.

Die Berechnung wird sich folgendermaßen stellen:

Auf der einen Seite kommen als militärische Bezüge Wohnung, freie Verpflegung und Kleidung in Frage. Die Wohnung ist je nach ihrem tatsächlichen Betrag einzusetzen. Verpflegung und Kleidung mit einem Betrage von 1.50 M. für den Tag, mithin halbmönatlich mit 22.50 M. Dazu tritt die Familienunterstützung in der bisher gewährten Höhe einschließlich der von den Lieferungsverbänden gewährten Zuschüsse. Der Summe dieser Bezüge ist der Arbeitsverdienst gegenüberzustellen, den der zur Arbeit entlassene Heerespflichtige bei regelmäßiger Arbeitszeit und normaler Arbeitsleistung zu verdienen in der Lage ist. Der Betrag, um den der Arbeitsverdienst hinter der nach obigem berechneten Summe zurückbleibt, würde der Familie dann als Ausgleich zu zahlen sein.

Hat also ein Heerespflichtiger halbmönatlich (den Monat gerechnet nach 30 Tagen) 7.50 M. Wohnung erhalten, seine Familie (Frau und 4 Kinder) 80 M. an Familienunterstützung, so ergibt sich ein Betrag von 7.50 + 22.50 (freie Verpflegung und Kleidung) + 80 M. = 110 M. als bisherige Bezüge des Heerespflichtigen und seiner Familie. Angenommen, der Arbeitsverdienst beträgt demgegenüber halbmönatlich 80 M., so würde also der Familie eine Unterstützung nicht zu zahlen sein, da der Arbeitsverdienst die bisher dem Heerespflichtigen und seiner Familie zusammen zustehenden Beträge übersteigt.

Würde die Familie dagegen noch eine Zusatzunterstützung in Höhe von 80 M. halbmönatlich vom Lieferungsverbande erhalten, mithin ein Einkommen von 80 M. + 80 M. = 160 M. gehabt haben, so wären ihr halbmönatlich 10 M. zu gewähren.

Würde der Arbeitsverdienst nur 50 M. betragen, so würden der Familie unter Zugrundelegung der oben angegebenen Beträge 10, bezw. 40 M. halbmönatlich zustehen.

Es kommt ferner häufig vor, daß der Entlassene nicht an seinem Wohnort, sondern außerhalb Arbeit erhält. Hierauf muß Rücksicht genommen werden, da dem Heerespflichtigen und seiner Familie durch Führung doppelten Haushalts größere Unkosten erwachsen. Dies soll in der Weise geschehen, daß für den doppelten Haushalt 2 Mark für den Tag, also 60 Mark im Monat, als Mehrkosten in Ansatz gebracht werden.

In dem obigen Falle würde dann also folgende Berechnung Platz greifen:

- 7.50 Mark (Wohnung)
- 22.50 Mark (Verpflegung und Kleidung)
- 80.— Mark (Familienunterstützung)
- 80.— Mark (für Mehraufwand durch doppelten Haushalt)

zus. 90.— Mark.

Bei einem Arbeitsverdienst von halbmönatlich 80 Mark würden demnach 10 Mark Unterstützung an die Familie zur Auszahlung zu gelangen haben und 40 Mark, falls noch 80 Mark Zusatzunterstützung gewährt worden sind.

Etwas vom Arbeitgeber den Familien gewährten Unterstützungsbeträge sind in allen Fällen bei der Berechnung dem Arbeitslohn zuzurechnen. Die Arbeitgeber werden den Lieferungsverbänden auf Anfrage entsprechende Mitteilungen zu machen haben.

Die Gewährung der Unterstützungen an die Familien hat auf Antrag des Heerespflichtigen selbst oder seiner Familie zu erfolgen. Die Festsetzung der Höhe der zu gewährenden Betrags ist von dem zur Zahlung der Familienunterstützungen zuständigen Lieferungsverbande zu bewirken.

Die nötigen Unterlagen über die Wohnung können aus dem Soldbuch oder Bescheinigungen der militärischen Stellen ersehen werden. Nötigenfalls wird an die Truppenteile oder die Bezirkskommandos wegen der Feststellung heranzutreten sein. Ueber den Arbeitsverdienst werden die Arbeitgeber Auskunft zu erteilen haben. Als Arbeitsverdienst ist ein Betrag anzunehmen, wie bei regelmäßiger Arbeitszeit und normaler Arbeitsleistung verdient werden kann.

Die Zahlung der Unterstützungen erfolgt halbmönatlich an denselben Tagen wie die der Familienunterstützungen, und zwar zu Lasten des Lieferungsverbandes, der bisher für die Zahlung der Familienunterstützungen zuständig war. Die vorausgelagten Beträge werden den Lieferungsverbänden in voller Höhe vom Reich erstattet. Sie sind von ihnen mit den Aufwendungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, jedoch gesondert von diesen berechnet, anzufordern.

Die Zahlung der Unterstützungen erfolgt erstmalig für die zweite Hälfte des Monats Januar 1917. Sie ist auch den Familien zu gewähren, deren Ernährer oder Angehöriger bereits früher Arbeit übernommen hat, wenn die übrigen Voraussetzungen zutreffen.

26./I. 1917.

33

**Amerika für die Witwen und Waisen nach
unsern gefallenen Kriegern.**

Bereits vor einigen Monaten wurde über einen in New-York zugunsten der Witwen und Waisen nach gefallenen Kriegern und der kriegsnotleidenden der Zentralmächte veranstalteten Wohltätigkeitsbasar berichtet, von dessen Ertrag der österreichischen Regierung ein Betrag von 826,603 K. 77 S. zur entsprechenden Verwendung überwiesen worden war. Eine ähnliche Veranstaltung hat im Vorjahre auch in San Francisco stattgefunden. Von einem unter der Leitung der Herren Georg Volkman und Max Schmidt stehenden Komitee wurde im städtischen Auditorium ein sechstägiger Wohltätigkeitsbasar abgehalten, der eine große Anziehungskraft ausübte und einen starken moralischen Eindruck hinterließ. Aus dem Ergebnis dieser Veranstaltung wurde vom Allgemeinen deutschen Hilfskomitee für die gleichen humanitären Zwecke ein Betrag von 119,230 K. bestimmt und im Wege der k. u. k. Botschaft in Washington der österreichischen Regierung übermittelt. Außerdem ist ein Betrag von 50,000 K. als Ergebnis eines von der Deutschen Hilfs-Gesellschaft in Paterson (N.-J.) unter Leitung des Herrn Arnold D. Seinen veranstalteten Basars mit der Widmung für Witwen und Waisen nach gefallenen Kriegern der österreichischen Regierung zugekommen. Ministerpräsident Graf Stam-Tartinis hat veranlaßt, daß die überwiesenen Beträge ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung zugeführt werden. Den genannten Leitern dieser Veranstaltungen hat der Ministerpräsident für den erhebenden Beweis werktätiger Sympathie schriftlich den wärmsten Dank der k. k. Regierung zum Ausdruck gebracht.

31. / 1. 1917.

Die Kriegsvorsorge.**Wirtschaftliche Hilfsbureau für die
Eingerückten.**

Diese gewähren der eingerückten Mannschaft unentgeltliche Hilfe in privaten Angelegenheiten aller Art, welche sie vor ihrer Einrückung oder vom Felde aus nicht ordnen können (so zum Beispiel behufs Erlangung des Unterhaltsbeitrages, bei Wohnungskündigungen, behufs Einbringung von Forderungen, Erwirklungen von Fristen zur Abstattung von Schuligkeiten und dergleichen). Es genügt, wenn die Mannschaft ihr Anliegen bei der vorgesetzten militärischen Dienststelle anbringt, von wo dieses an das zuständige Hilfsbureau zur erforderlichen Verfügung weitergeleitet wird.

Auch die Angehörigen der Eingerückten können sich an diese Bureau wenden. In Niederösterreich bestehen solche Bureau in Wien (Landeshilfsbureau, 9. Bezirk, Türkenstraße Nr. 3, Hilfsbureau der Gemeinde Wien, 9. Bezirk, Peregringasse Nr. 2) und in den größeren Ortsgemeinden, am Sitze der politischen Behörden erster Instanz und der Bezirksgerichte. (Gemeinde-, Bezirks-, beziehungsweise Gerichtsbezirks-Hilfsbureau.)

Erhöhung der Unterhaltsbeiträge.

Vom Abg. Nag Friedmann.

Als im Jahre 1912 das Gesetz betreffend den Unterhaltsbeitrag für Angehörige von Mobilisierten vom Parlament votiert wurde, konnte niemand die Verhältnisse voraussehen, wie sie sich infolge dieses Krieges, der in der Weltgeschichte kein Beispiel hat, entwickelt haben. Die Beiträge, welche nach den örtlichen Verhältnissen festgesetzt wurden, haben zu Kriegsbeginn ausgereicht. Aber seither haben sich die Verhältnisse gründlich geändert. Die Preise wichtiger Lebens- und Bedarfsartikel haben im Laufe der Zeit einen Stand erreicht, der es der überwiegenden Zahl der Menschen unmöglich macht, auch innerhalb der durch die notwendige Enthaltbarkeit gezogenen Schranken, sich das Notwendigste zu verschaffen. Alle, die auf feste Bezüge angewiesen sind und keine Möglichkeit der Ueberwälzung haben, befinden sich in einer höchst bedauernswerten Lage. Aber am bedauernswertesten sind jene, die infolge Einrückung ihres Ernährers auf Unterhaltsbeiträge angewiesen sind und keine Möglichkeit haben, durch einen Verdienst sich eine Zubuße zu diesem Beitrage zu verschaffen.

Die private Wohltätigkeit kann hier nicht Abhilfe bieten, und es ist Sache des Staates, die ärgste Not zu bannen. Die während des Krieges getroffenen Verfügungen beinhalten kleine Verbesserungen, die aber völlig unzulänglich sind. Vor allem müßten die Beiträge erhöht werden. Wie kann heute jemand in Wien mit 1 K. 32 S. leben oder, wenn er selbst für den Zins nicht aufzukommen hat, mit 86 S., da die Lebensmittel das Zwei- bis Dreifache gegenüber der Friedenszeit kosten, von dem „Luxus“ einer Beschubung oder Schuhreparatur gar nicht zu sprechen.

Aber nicht nur die Höhe der Beiträge ist angesichts der heutigen Verhältnisse ganz und gar unzureichend; auch die Voraussetzungen, auf Grund deren nach dem Gesetze die Beiträge flüssig zu machen sind, erheischen Abänderungen. Vor allem sollten sofort nachsichtigeren Auslegungen Platz greifen. Der Reichsrat ist noch immer nicht einberufen und es fehlt das berufene Forum, von dem aus die Volksvertreter Veränderungen fordern und erreichen könnten.

Es wäre daher Sache der Regierung, für eine Verordnung schleunigst Sorge zu tragen und Leiden zu beseitigen, die nicht notwendig sind. Die Bevölkerung trägt willig alles, was der Krieg an Unvermeidlichem bringt. Aber gegen Entbehrungen, die vermeidbar sind, häumt sich das Gerechtigkeitsgefühl auf. Und sie erzeugen eine Stimmung, die nicht im Interesse des Staates liegt. Auch von diesem Standpunkt wäre Abhilfe dringend geboten.

Ausreichende Unterhalts- beiträge.

**Eine Petition der Stadt Wien an die
Regierung.**

Im Stadtrats berichtete gestern Gemeinderat Spalowsky über eine ausreichende Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Familien der Eingekerkerten und es wurde einstimmig beschlossen, eine diesbezügliche Petition an die Regierung zu unterbreiten. Der Bericht wird der nächsten Gemeinderatssitzung vorgelegt werden.

Kälteschutz.

Das herrschende Frostwetter läßt mehr denn je in uns mitleidige und besorgte Gedanken aufkommen, die jenen gelten, denen draußen im Felde außer den Gefahren des Kampfes auch noch die des Frostes drohen. Die Kämpfenden vor Kälte zu schützen, war und ist denn auch die Sorge der Leiter und Mitarbeiter der Aktionen, die Kälteschutzmittel in großer Zahl an die Soldaten im Felde senden, Kälteschutzmittel, die den Schutz, den die Winterausrüstung dem Soldaten bietet, für besondere Kälteperioden in gewissem Grade noch erhöhen soll. Von der Heeresleitung selbst wurden als Kälteschutzmittel für die Füße der Krieger, die ja durch den Frost am empfindlichsten betroffen werden, noch zu Beginn des Herbstes Uberschuhe aus Strohgeflecht mit Holzsohlen hergestellt, die, über das Schuhwerk gestülpt, den Fuß erwärmen und warm halten. Um über die Vor Sorge der Heeresverwaltung hinaus die Soldaten mit Kälteschutzmitteln zu versehen, hat bereits im Oktober 1914 die Aktion „Kälteschutz“ eingesetzt, die es sich zur Aufgabe machte, einerseits Spenden an Geld und Material zu sammeln und andererseits als soziale Aktion die Herstellung von Kälteschutzmitteln aus dem gespendeten oder angeschafften Material Frauen zu übertragen, die auf diese Weise zu einträglicher Heimarbeit kamen. Den Sendungen mit Kälteschutzmitteln — es gingen auch drei Sonderexpeditionen, von der Aktion ausgerüstet, mit Sendungen von Kälteschutzmitteln an die Front ab — wurden auch Liebesgaben beigelegt. Schon im Laufe eines Jahres hatte die Aktion „Kälteschutz“ für eine halbe Million Kronen Kälteschutzmittel und Gaben an die Front abgesendet. Die Aktion hat sich in gleicher Weise während aller Kriegswinter betätigt und wollene Kälteschutzmittel an die Soldaten abgeschickt, die dankbare Empfänger fanden. Gegenwärtig arbeiten auch die Wiener Frauenhilfskomitees in der Aktion „Das Spinnrad im Kriege“ an der Herstellung von Kälteschutzmitteln für die Soldaten. Es wurde ein Aufruf erlassen, Seiden- und Stoffreste, alte Wollfäden u. dgl. der Aktion zur Verfügung zu stellen, die zu Kälteschutzmitteln umgearbeitet wurden. Die Aktion hat verhältnismäßig gute Resultate erzielt, erwartet jedoch weitere starke Beteiligung des Publikums. Auch die Aktion „Dänische Decken“, die eine große Menge der mit zerknülltem Zeitungspapier gefüllten Deckenkappen in die Feldlazarette sendete, gehört zu den Aktionen, die den „Kälteschutz“ fördern. Die Vorkehrungen der Heeresverwaltung und die unermüdlige Arbeit der Kälteschutzaktionen lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß die Soldaten im Felde infolge des Frostwetters nicht Schaden erleiden werden.

Staatliche Aufsicht über die freiwillige Wohlfahrtspflege.

Auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege hat die Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 bekanntlich weitgehende Bestimmungen getroffen und alle öffentlichen Sammlungen und Veranstaltungen von Unternehmungen zu diesen Zwecken von einer behördlichen Genehmigung abhängig gemacht. Mehrfach sind indes diese Bestimmungen, die in fast allen Bundesstaaten in Gestalt besonderer Landesgesetze ihren Niederschlag gefunden haben, als nicht ausreichend bezeichnet worden, um einen genügenden Schutz gegen Auswüchse und unlautere Elemente zu gewährleisten. Auf Grund eines Berichts des 17. Ausschusses hat der Reichstag am 4. November 1916 daher den Reichstanzler ersucht, diese Bundesratsverordnung dahin zu ergänzen, daß die genannten Vorschriften auch auf die Werbung von Mitgliedern solcher Vereinigungen, die sich mit Kriegswohlfahrtspflege beschäftigen, ausgedehnt werden, daß die Verquickung von Wohltätigkeit mit Erwerbszwecken weit mehr als bisher eingeschränkt, insbesondere aber ein überwiegender Teil des Rohertrages für den Wohltätigkeitszweck sichergestellt werde, und daß endlich eine Aufsicht über alle Kriegswohlfahrtsunternehmungen bezüglich der Geschäftsführung, Ausbringung und Verwendung der Mittel sowie Rechnungslegung eingeführt und bei Ausbedung von Mifftänden Zwangsverwaltung und nötigenfalls Auflösung des Unternehmens verfügt, bei freiwilliger Auflösung eines Unternehmens aber die vorhandenen Mittel einem bereits bestehenden mit gleichem oder ähnlichem Zweck überwiesen werden.

An der Hand dieser geplanten Maßnahmen untersucht, wie bereits erwähnt, der Leiter der hannoverschen Gesellschaft für Wohltätigkeit und Hauptgeschäftsführer der hannoverschen Kriegshilfe Dr. F. Zahn in einer beachtenswerten Denkschrift, die bei Grese & Tiedemann im Druck erschienen ist, inwieweit eine staatliche Aufsicht über die gesamte freiwillige Wohlfahrtspflege notwendig oder zweckmäßig ist. Der Verfasser legt seinen Ausführungen die Erfahrungen einer mehrjährigen Praxis zugrunde und kommt unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des B. G. B. und des Reichsvereinsgesetzes zu dem Ergebnis, daß neben der Staatshilfe die Selbsthilfe nicht außer Betracht bleiben darf. In weitren Darlegungen werden wertvolle Fingerzeige für den organisatorischen Ausbau und die Handhabung dieser Selbsthilfe gegeben.

Zusammenfassend ergibt sich, daß lediglich die öffentliche Mittelbeschaffung unter gesetzlicher Aufsicht gestellt werden kann. Gegenstand der Aufsicht bilden öffentliche Sammlungen und andere öffentliche Veranstaltungen zu Wohlfahrtszwecken (im Sinne der Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915). Inhalt der Aufsicht ist die zu erteilende Genehmigung zur Vornahme derartiger öffentlicher Unternehmungen. Diese kann nur verweigert werden, wenn der Unternehmer die zu dem beabsichtigten Unternehmen erforderliche Zuverlässigkeit in sittlicher, sozialer und finanzieller Hinsicht nicht besitzt und wenn der Nachweis eines Notstands nicht dargetan ist. Im übrigen sind für eine Regelung der gesamten Wohlfahrtspflege weiterhin zunächst die Erfahrungen auf Grund der erwähnten Bundesratsverordnung abzuwarten. Dabei ist zu betonen, daß auch auf diesem Gebiete die Verwaltungsstellen nicht allzusehr gesetzlich gefesselt werden dürfen, um eine der Eigenart eines jeden Falles gerecht werdende Behandlung zu ermöglichen.

Erwünscht ist a) der weitere Ausbau der vorhandenen Zentralen für private Fürsorge zu lokalen Organisationszentralen, b) die Inangriffnahme der Bildung von freien örtlichen Wohlfahrtsausschüssen durch die so erweiterten Zentralstellen, c) die Schaffung einer freien Reichsgeschäftsstelle für die private Wohltätigkeit durch eine der bestehenden oder durch die Zusammenfassung bestehender Organisationen für das Deutsche Reich. S. b.

* (Wärmestuben.) Wer um die Mittagszeit dieses kalten Winters eine der sechs Wärmestuben betritt und die vielen tausend Frauen, Kinder und Greise erblickt, die mit vor Frost zitternden Händen und dankbarem Blickes die Schale warmer Suppe und das Stück Brot in Empfang nehmen, die ihnen vom Aufseher gereicht wird, wer wird da noch länger zögern und sich der Nermsten der Armen erinnern und sein Scherflein beitragen, um ihr trauriges Los zu lindern? Viele, ja fast alle diese Frauen und Kinder sind ihres Ernährers beraubt, für die meisten ist dies die Nahrung des ganzen Tages. Wenn auch durch den Krieg die Augen der wohlthätigen Menschen auf die Aktionen der Kriegsfürsorge gerichtet sind, so sollten die vielen Wohlthäter und Wohlthäterinnen auch sich der Institution des Wiener Wärmestuben- und Wohlthätigkeitsvereines erinnern. Jede, auch die kleinste Gabe ist willkommen und wird öffentlich ausgewiesen. Infolge der starken Kälte der letzten Tage ist der Zubrang zu den Wärmestuben ein bedeutend gesteigerter. In der letzten Woche allein (vom 19. bis 25. d.) wurden die sechs Wärmestuben von 11,873 Männern, 20,414 Frauen und 36,884 Kindern, zusammen von 69,171 Personen, besucht, das ist gegenüber der Vorwoche ein Plus von zirka 3000 Personen. Seit Eröffnung des Betriebes (15. November 1916) besuchten 597,374 Personen die Wärmestuben, das ist gegenüber dem Vorjahre ein Plus von 52,825 Personen. In den letzten Tagen haben gespendet: Erste österreichische Sparkasse 2000 K., Leopold Pollak v. Parnegg 500 K., Viktor v. Eghrussi 300 K., Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, Theodor v. Redlich, Residenzklub, Adolf v. Rossmantl, August Schopp und eine ungenannt sein wollende Dame je 200 K., M. Amrhein, Gisela Fritsch, Anna v. Rib, Karoline v. Mauthner, Frau Berta Bietzmann und Versicherungsgesellschaft „Donau“ je 100 K., C. v. S. 60 K., kais. Rat Mojs Lemberger und Alexander v. Schreiber je 50 K. Weitere Spenden, deren der Verein dringend bedarf, um den an ihn gestellten erhöhten Anforderungen entsprechen zu können, werden jederzeit dankbar angenommen in

der Kanzlei des Vereines, 1. Bezirk, Goldschmiedgasse Nr. 8.

Aufruf des Komitees der Kleiderjammelstelle der „Weiblichen Fürsorge“.

Als Verband von 46 Wohlfahrtsvereinen hat die „Weibliche Fürsorge“ Einblick in eines der dringendsten Bedürfnisse der weitesten Schichten der Wiener Bevölkerung gewonnen. Allgemein bekannt ist die Schuhnot; fast ebenso drängend ist bei dem größten Stoffmangel die Kleider- und Wäsche-Not selbst des kleinen Mittelstandes geworden. Ist haben wir der Jugend Unterricht, den Erwachsenen Stellen verschaffen können; unsere Aktion mußte daran scheitern, daß den Betenden die Ausrüstung fehlte, den Unterricht nehmen, die Stellung antreten zu können. Kontoristinnen, Privatlehgerinnen, angehende Künstlerinnen und Schauspielerinnen, kurz alle Schichten der erwerbenden Frauenwelt sind auf das schwerste von diesem Uebel getroffen. Wir wollen im Verein mit der uns angeschlossenen Brotenjammelstelle und Schuhzentrale diese Not lindern. Unsere Bitte geht an alle edlen Frauenherzen, an alle Industrielle und Firmeninhaber, die uns sonst so gern geholfen haben. Wir bitten um Stoffreste, die wir zur Schaffung von Erwerb für Näherinnen werden verarbeiten lassen, wir bitten um abgelegte Kleider; welche schönste Verwendung im Sinne unseres unvergeßlichen Kaisers Franz Josef für die Trauerkleider, welche so viele Frauen und Mädchen um ihn angelegt haben. Wir bitten um Geld zur Anschaffung einfacher warmer Winterkleidung bei dieser grimmigen Kälte, und vertrauen auf das edle Herz der Wiener, die uns, falls sie keine Garderoberecke haben, mit Geld in Erfüllung ihrer sozialen Pflicht ihre Brotenabgabe ablösen werden. Es ist bitter kalt; der Mangel an Brennmaterial macht der Mangel an warmer Kleidung doppelt fühlbar; rasche Hilfe tut not, um so vielen verschämten Armen in Gesundheit und Erwerbsmöglichkeit zu erhalten, sie nicht der Armenunterstützung preiszugeben. Wir sehen vertrauensvoll den Gaben an Material und Geld entgegen, die man gütig an „Weibliche Fürsorge“, 1. Bezirk, Schottengasse 10, richten möge.

Charlotte Freisrau v. Königswarter, Ehrenpräsidentin der „Weiblichen Fürsorge“; Regine Ulmann, Präsidentin der „Weiblichen Fürsorge“; Sophie Grünfeld, Präsidentin der Schuhzentrale und des Bekleidungskomitees der „Weiblichen Fürsorge“; Helene Brings, Leiterin der

Der Abend
10. / II. 1917

47

Eine Kriegervittwe.

Wir erhalten von einem Fall der Behandlung einer Kriegervittwe Kenntnis, der nicht auf die Willkür einer behördlichen Stelle zurückzuführen ist, sondern die Ausübung einer grundsätzlichen Verfügung darstellt, und deswegen nicht vereinzelt dasteht. Es besteht kein Zweifel, daß dieser Fall der Aufklärung bedarf und, was wichtiger ist, der Belehrung der betreffenden Behörden, daß ihre Auffassung unhaltbar ist. Es handelt sich um folgendes:

Ein Postoffiziant rückte bei Kriegsausbruch ins Feld und hinterließ in Wien eine junge Frau und einen einjährigen Sohn. Die Frau bezog das Gehalt ihres Gatten weiter, etwa 160 Kronen monatlich, und verzichtete pflichtgemäß auf den staatlichen Unterhaltungsbeitrag. Die Verlustliste des Monats September wies den Postoffizianten unter den Gefallenen aus. Die junge Wittve wandte sich, da sie von Regimentskameraden ihres Gatten gehört hatte, daß dessen Tod nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, an die Auskunftsstelle des Roten Kreuzes, mit dem Ersuchen, die näheren Umstände festzustellen, unter denen ihr Gatte gefallen war. Sie bekam auch nach verhältnismäßig kurzer Zeit einen Bescheid, der dahin lautete, daß ihr Gatte während der russischen Offensive in Wolhynien im Juli vergangenen Jahres gefallen sei, daß ein Regimentskamerad, der Schulter an Schulter mit dem Postoffizianten gekämpft hatte, ihn fallen gesehen habe, daß aber die Kampflage es verhindert habe, daß eigene Truppen den Gefallenen beerdigten. Da also ein behördliches Protokoll über die Beerdigung ihres Gatten nicht vorliege, sei die Behörde nicht in der Lage, jetzt schon einen Totenschein auszustellen.

Die Frau begab sich mit diesem Brief in die Postdirektion, um den Sachverhalt zu melden. Das allererste, das der Beamte, der ihre Meldung entgegennahm, verfügte, war die Einstellung des Weiterbezuges des Gehaltes des Gefallenen.

Der Hinweis darauf, daß der Tod ihres Gatten nicht behördlich festgestellt wurde, versing nicht. Sie erkundigte sich also, welche Schritte sie unternehmen müsse, um in den Bezug der Pension zu gelangen. Darauf meinte der Beamte, daß ihr gegenwärtig eine Pension nicht angewiesen werden könne, weil als unerläßliche Voraussetzung zu einer derartigen Verfügung der Totenschein angesehen werde. Auf eine Bemerkung der Frau erklärte noch der Beamte, daß sie auch keinen Anspruch auf das für Staatsbeamte übliche Sterbequartal besitze, weil dieses bloß zur Deckung etwaiger Unkosten während der Krankheit und der Beerdigung bestimmt sei. Da ihr Gatte im Feld gefallen sei, bestehe kein Anspruch auf diese außerordentliche Zuwendung. Der Hinweis der Frau auf die Notwendigkeit, entweder die Pension oder den Gehalt zu beziehen, veranlaßte den Beamten zu der Erklärung, daß die Frau selbstverständlich in den Bezug der ihr gebührenden Pension kommen werde, aber nicht früher, ehe der Totenschein beigebracht werde. Die Pension werde dann natürlich rückwirkend vom Todestage an angewiesen werden.

Die Frau ist vollständig mittellos und hat von den Zuwendungen des Staates gelebt. Von der Aussicht, später einmal eine Pension zu beziehen, kann sie natürlich heute keine Milch für ihr Kind und kein Brot für sich kaufen. Es liegt doch nicht in den Absichten des Staates, Frauen, die alles, was sie haben, hergegeben haben, in die denkbar größte Not zu bringen? Es besteht kein Zweifel, daß die maßgebenden Stellen die Vernunft besitzen werden, den Sachverhalt zu prüfen und sofort die notwendigen Weisungen zu erteilen.

13. / II. 1917

69

Schöneberg für Kinderprämien.

(Aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.)

Bereits im Dezember v. J. hatte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat zur Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Beamten ermächtigt, die bei Ledigen und Verheirateten ohne eigenen Haushalt 40 M., mit eigenem Haushalt 100 M. und für jedes Kind 30 M. betragen sollte. Der Ausschuss hat nun die Kinderzulagen erhöht. Er hat vorgeschlagen, daß anstatt 30 M., für das erste Kind 50 M. und für jedes folgende Kind 10 M. mehr gezahlt werden. Ein Familienvater mit 7 Kindern soll demnach nicht 210 M., sondern 560 M. erhalten und außerdem die für jeden Verheirateten bestimmte Zulage. Stadtv. Jöbel (lib.) begründet diesen Vorschlag, indem er gleichzeitig für Kinderprämien eintrat, für Kinder, die nach dem 1. Dezember 1916 geboren werden. Die Prämie soll für das erste Kind 50 M., für das zweite Kind 60 M. u. s. f. betragen. Redner führte aus, das Ausziehen von Kindern sei eine Leistung für die Allgemeinheit, der entsprechende Gegenleistungen gegenüberzustellen seien. Mit der Kinderzahl müsse das Einkommen steigen. Auch bei den Beförderungen müßten solche Bewerber berücksichtigt werden, die eine zahlreiche Familie haben. Ebenso müßten die Mietsentschädigungen verschieden bemessen werden, und die Alterszulagen müßten den Familienstand berücksichtigen. Mit dieser Maßnahme müsse eine Boden- und Wohnungspolitik verbunden werden, die allen Bürgern zugute komme. Oberbürgermeister Dominicus wies darauf hin, daß während früher in Schöneberg ein Ueberschuß der Geburten über die Verstorbenen vorhanden gewesen sei, im Jahre 1915 der Ueberschuß der Verstorbenen über die Geburten bereits 303, 1916 sogar 561 betragen habe. Der Magistrat erkläre sich mit der Anregung

einverstanden und wäre bereit, ihr zuzustimmen. Stadtv. Klüter (Soz.) hielt die Kriegszeit nicht für den geeigneten Zeitpunkt, derartige einschneidende Grundsätze durchzuführen. Grundsätzlich erklärte er sich jedoch dafür. Unter Ablehnung der Abänderungsanträge wurden die Anträge des Ausschusses angenommen und damit den Kinderzulagen und Kinderprämien zugestimmt.

Ein Antrag Jähow und Gen., den Magistrat zu ersuchen, mit allen Mitteln die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterialien während der Frostperiode zu unterstützen, wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. In der Erörterung wies Stadtv. Engel (lib.) u. a. auf die Mißstände auf vielen Rangierbahnhöfen hin, die mit leeren Waggonen vollgestopft seien, weil die eingearbeiteten Rangierkräfte herausgezogen seien. Der Magistrat müsse dahin wirken, daß diese Kräfte wieder eingestellt würden. Ein Antrag wegen der Unzuträglichkeiten in der Müllabfuhr wurde zur Vorbereitung der Straßenreinigungsdeputation überwiesen.

Die letzte Jahresleistung der Kriegspatenschaft.

In der letzten Kuratoriumssitzung der „Kriegspatenschaft“ lag ein ausführlicher Finanzbericht über das abgelaufene Jahr 1916 vor, der eine Reihe interessanter Angaben enthält:

Die Kriegspatenschaft konnte im zweiten Jahre ihres Bestandes ihre Leistungen gegenüber dem ersten Jahre mehr als verdoppeln. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 1.045.000 Kronen. Von diesem Betrage wurden 989.000 Kronen oder 94,6 Prozent im Varen den Patenkindern und Müttern ausbezahlt, gegenüber nur 389.000 Kronen im Vorjahre.

Die Unterstützungen an Mütter beschränkten sich nicht nur auf diese baren Geldbeihilfen, sondern diese wurden durch vielfache Zuweisungen von Bedarfsartikeln und Naturalien, wie Wäsche, Sauger, Grieß, Mehl usw. ergänzt. Während die monatlichen Unterstützungen an Mütter mit 66.000 Kronen im Jahre 1915 den Höchstbetrag erreichten, konnten diese schon im Februar 1916 70.000 Kronen überschreiten, im April auf 78.000 Kronen, im Juli auf 88.000 Kronen ansteigen und betragen ab September 1916 jeweils mehr als 90.000 Kronen monatlich.

Die nächst größten Kosten verursachten die Erhaltung der 15 Beratungsstellen in den Kliniken und die unzähligen Besuche der Fürsorgerinnen in den Wohnungen der einzelnen Mütter; insgesamt betragen sie im ganzen Jahre die Summe von 19.400 Kronen oder 1,9 Prozent der Gesamtkosten. Diese außerordentlichen Leistungen bei so geringen Kosten ist dem Entgegenkommen der Chirurgen zu verdanken, welche die verdienstvolle Arbeit unentgeltlich leisteten, während nur einzelnen Assistenzärzten bescheidene Vergütungen ausbezahlt wurden und im übrigen bloß die Spesen für Reinigung und für Bedienung zu bestreiten waren.

Die Gesamteinnahmen im Jahre 1916 betragen 1.405.676 Kronen. Die größte Post der Einnahmen sind die Zahlungen der 3400 Patinnen, im Gesamtbetrage von 520.900 Kronen. Das übrige wurde durch Subvention von Seite des Kriegshilfsamtes des k. k. Ministeriums des Innern im Betrage von 75.000 Kronen, durch Spenden, Veranstaltungen, wie: Kauf- und Geburtstag der Kriegspatenschaft, Gausherrensammlung, Kinovorstellung, wie auch durch den Verkauf verschiedener Artikel durch die Betriebsstelle eingebracht.

Da die Kriegspatenschaft dafür sorgen muß, daß sie ihren Verpflichtungen unter allen Umständen auch für die Zeit nach Beendigung des Krieges nachkommen kann, muß sie aus den Einnahmen große Rücklagen machen, die den Betrag von 690.000 Kronen erreicht haben. Diese Rücklagen decken für alle Fälle die fünf- bis sechsmonatigen Auszahlungen der bereits gewährten Patenschaften. Außerdem sind in der Summe der Rücklagen große Beträge enthalten, die ausdrücklich der Kriegspatenschaft mit der Widmung gespendet wurden, nur für die Zukunft nach dem Kriege verwendet zu werden.

Wenn daher auch die finanzielle Bilanz der Kriegspatenschaft für das Jahr 1916 eine recht erfreuliche ist,

so sind die Aufwendungen doch nur für einen kleinen Teil imstande, den immer dringender werdenden Bedürfnissen zu entsprechen. Die Bestrebungen zur weiteren Beschaffung von Mitteln müssen daher eifrig fortgesetzt werden. Das verdienstvolle Damenkomitee hat die geräuschvollen Feste mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit eingestellt, dafür aber um so mehr aussichtsreiche, neue Unternehmungen in Angriff genommen. So erhofft die Kriegspatenschaft von einem in Vorbereitung befindlichen „Zita-Tag mit Lotterie“ ein bedeutendes Ergebnis, ebenso von dem Vertrieb des Kaiserbildes. Bei den großen Leistungen, auf die sie schon zurückblicken kann, darf sie gewiß auch auf die allgemeine Mithilfe der Oeffentlichkeit rechnen.

15. II. 1918

52

Der Kaiserin Zita-Kindertag.

Aus Anlaß des bevorstehenden „Kaiserin Zita-Kindertages“ hatte Baronin Plener-Götvös, die Ehrenvorsitzende des 4. Bezirkes der Kriegspatenschaft, eine Reihe von Gästen zu einer Sitzung in das Heim des Automobilklubs, der zu diesem Zwecke seine Räume in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt hatte, gebeten. Das Präsidium des Damenkomitees der Kriegspatenschaft, die Damen Gräfin Berchtold, Baronin Hedda v. Skoda und Berta Frankl-Scheiber, hatte sich eingefunden. Baronin Plener-Götvös empfing mit den Leiterinnen des 4. Bezirkes die Gäste, unter denen sich Fürst Radziwill, Gräfin Bed, die Gemahlin des Gouverneurs der Bodentreditanstalt Frau von Lech, Baronin Margarete Königswarter-Formes, Frau Vizebürgermeister Dierhammer, Frau v. Derschatta, Frau Käthe Dreher und zahlreiche andre Mitglieder der Kriegspatenschaft befanden. Außerdem waren vom 4. Bezirk Pfarrer Ek, Bezirksrat Majewski, der Vertreter der Armeninstitute Karl Dinner, Regierungsrat Dr. Klima, Bezirksvorsteherstellvertreter Teiler anwesend.

Baronin Plener eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache und gab kund, daß Minister Dr. v. Baernreither, dessen Vortrag auf der Tagesordnung stand, durch Berufsgeschäfte am Erscheinen verhindert sei. Gräfin Berchtold dankte in ihrer Ansprache dem Automobilklub für die Ueberlassung der Säle und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Sitzung für die Institution der Kriegspatenschaft und ganz besonders für den „Kaiserin Zita-Kindertag“ von ersprießlicher Wirkung sei. Baronin Hedda v. Skoda, die sodann das Wort ergriff, besprach die Wichtigkeit des Gelingens des „Kaiserin Zita-Kindertages“, der die Kriegspatenschaft in die Lage versetzen werde, seine Schutzaktion für Mütter und Säuglinge noch weiter ausdehnen zu können.

Das Referat erstattete die Vizepräsidentin des Damenkomitees Frau Berta Frankl-Scheiber. Sie führte aus: Ueber 100.000 Kronen belaufen sich die monatlichen Ausgaben der Kriegspatenschaft, aber diese Summe reicht nicht aus, um alle Hilfesuchenden berücksichtigen zu können, täglich müssen Bewerberinnen zurückgewiesen werden. Tausende von Gesuchen sind unerledigt, und wer sich an Vormittagen in das Lokal der Kriegspatenschaft begibt, der kann Einblick gewinnen, wie dringend notwendig die Fürsorge für Mutter und Kind ist. Durch die ausgezeichnete Organisation ist der Kriegspatenschaft der stolze Erfolg beschieden worden, daß die Kindersterblichkeit, die im allgemeinen während der Kriegszeit eine erschreckend große ist, im Rahmen der Kriegspatenschaft zu einem ganz geringen Prozentsatz herabgesetzt worden ist. Diese Tatsache allein ist der beste Beweis für die Wichtigkeit der Institution, die nicht aufhören wird, an ihren Zielen, „Schutz der Mutter“ und „Schutz des Kindes“, weiterzuarbeiten. Das Wichtigste ist die Beschaffung der Geldmittel. Nur durch die Opferwilligkeit der Damen, die den Bezirkskomitees angehören, ist es der Kriegspatenschaft bis jetzt möglich gewesen, so große Summen an arme Mütter zur Auszahlung zu bringen. Mit dem Gelingen des „Kaiserin Zita-Kindertages“ wird die Kriegspatenschaft für lange Zeit der Sorge für die Beschaffung der Geldmittel enthoben sein. Als nächster Redner sprach Generalsekretär Furlinger, der die Organisation des „Kaiserin Zita-Kindertages“ erklärte. Zum Schlusse sprach der Beirat des 4. Bezirkes Regierungsrat Friß. Er pries die Organisa-

tion der Kriegspatenschaft, die er als die edelste Kriegsfürsorgeaktion bezeichnete, da sie sich den Aufbau der künftigen Generationen zum Ziel gesetzt habe.

Zum Schlusse folgten nach einem Appell der Frau Gräfin Berchtold, die an die Anwesenden die Bitte richtete, überflüssige Wäsche für die Kinder der Kriegspatenschaft zu spenden, künstlerische Vorträge. Frau Wilbrandt-Baudius las einige entzückende Geschichten in ihrer schlichten künstlerisch wirkungsvollen Art und die Damen Margarete Selhard, Franzmann und Kittl Paschka, Elise Lazar und Grete Neumann fanden für ihre Darbietungen reichen Beifall.

Die Kriegsfürsorge.

Hilfe für aus dem Feindesland ausgewiesene Oesterreicher.

Das unter dem Präsidium des Ersten Obersthofmeisters Konrad Prinz zu Hohenlohe stehende „Hilfskomitee für aus dem Feindesland ausgewiesene Oesterreicher“, Wien, 3. Bezirk, Am Heumarkt Nr. 10, hat in seiner am 23. Jänner abgehaltenen Plenarversammlung den Rechenschaftsbericht über das erste Jahr seiner Tätigkeit erstattet.

Wie dem vom geschäftsführenden Vizepräsidenten Generaldirektor Wilhelm Resirauer gefertigten Bericht zu entnehmen ist, befanden sich im Jahre 1916/17 in der Fürsorge des Komitees insgesamt 1010 Repatriiertenfamilien mit 2388 Personen, durchweg Oesterreicher, die entweder aus dem feindlichen Ausland ausgewiesen wurden und heimgekehrt sind, oder solche hier lebende Personen, deren Ernährer im Feindesland als sogenannte Zivilgefangene interniert und zur Erhaltung ihrer in Oesterreich lebenden Familien nicht imstande sind. Davon waren aus Frankreich ausgewiesen 315 Familien, aus England 272 Familien und aus Rußland 236 Familien, während sich der Rest auf Belgien, Serbien, Rumänien, Italien und einzelne Kolonien verteilt.

Das Komitee trachtet vor allem, den einlangenden Repatriierten über die ersten Wochen der Heimkehr durch Barunterstützungen, Zuweisung von Wohnung, Kleidern u. hinwegzubekommen, vermittelt dann den Repatriierten nach Möglichkeit Arbeits- und Dienststellen, beschafft ihnen Möbel, Einrichtungsgegenstände, Werkzeug und Arbeitsutensilien, hilft ihnen bei der Uebersiedlung und Unterbringung in der Heimat, gewährt Bedürftigen fortlaufende Unterstützungen, Kleider, Schuhe und Wäsche, sozial höher stehenden auch Darlehen zur Aufrechthaltung ihrer Existenz über die Kriegszeit. Die gesamte Tätigkeit des Komitees, das sich der wertvollen Förderung der Staatsverwaltung erfreut, wird stets nach der Lage des einzelnen Falles, unter möglichster Berücksichtigung konkreter Wünsche und ausnahmslos auf Grund genauer Recherchen über die Lebensverhältnisse, Würdigkeit und Bedürftigkeit der Repatriierten durchgeführt.

An Einnahmen standen dem Komitee zur Verfügung Spenden im Betrage von 645,648 K. 34 S. und Zinsen des größtenteils in Kriegsanleihe angelegten Spendenkapitals von 21,920 K. 18 S., insgesamt somit 667,568 K. 52 S., weichen bis Ende 1917 Ausgaben von 171,154 K. 3 S. für Komiteezwecke gegenüberstanden.

Das Komitee will seine Fürsorgetätigkeit im neuen Geschäftsjahr intensiv fortsetzen und ausgestalten und erbittet von der Öffentlichkeit an seine Adresse, Wien, 3. Bezirk, Am Heumarkt Nr. 10, Mitteilungen über etwaige in Not oder Bedrängnis befindliche österreichische Repatriierte.

Wiener Frauen bei der Kaiserin.

Empfang einer Abordnung der Frauenhilfsaktion.

Unter Führung der Vorsitzenden der Frauenhilfsaktion im Kriege Frau Berta Weiskirchner erschien gestern nachmittags in den Gisela-Appartements der Hofburg eine Abordnung des Zentraldamenbeirates in Audienz bei der Kaiserin.

Die Vorsitzende legte die Bestrebungen der Frauenhilfsaktion dar: „In schwerer Kriegsnot haben wir Frauen uns zusammengefunden, um Not und Elend zu lindern. Mit großer Freude haben wir durch den Mund Seiner Majestät vernommen, daß Euer Majestät sich besonders auf dem Gebiete der Nächstenliebe betätigen wollen, und so bitten wir, uns auf diesem schweren aber segensreichen Wege voranzukreiten. Viel Trauriges hat dieser Krieg gezeitigt und schwer lastet er auf allen Schichten der Bevölkerung, am schwersten aber haben die Ärmsten darunter zu leiden, diejenigen, die durch den Krieg in Not geraten sind, und die Kinder jener, welche oft nicht mehr das tägliche Brot haben, um ihren Hunger zu stillen. Wir bemühen uns nach besten Kräften zu helfen. Euer Majestät ist ja die Tätigkeit der Frauenhilfsaktion aus meinem Bericht bereits bekannt. Wir kommen mit übervollem Herzen, wir bringen Euer Majestät die Liebe der Wiener Frauen und bitten, dieselbe entgegennehmen zu wollen.“

Die Kaiserin erwiderte, daß sie sich herzlich freue, die einzelnen Damen kennen zu lernen, worauf die Vorsitzende Frau Berta Weiskirchner sie vorstellte:

Für den Bund österreichischer Frauenvereine Frau Marianne Gainsch und Frau Berta von Sprung, bei denen sich die Kaiserin über die Tätigkeit der Tagesheimstätten und über die weibliche Gewerbeinspektion informierte.

Namens des Christlichen Wiener Frauenbundes Frau Sophie Guttmann, welche über die Charitativen Leistungen ihres Bundes berichtete.

Als Vertreterinnen der katholischen Frauenorganisation: Gräfin Gerda Walterskirchen, Frau Josefina Kurzbauer und Frau Dr. Alma Seitz, bei welchen sich die Kaiserin eingehend über das Wirken der katholischen Frauenorganisation und deren Sekretariat, sowie über die Näh- und Strickstuben der Frauenhilfsaktion und über die Lage der Heimarbeiterinnen erkundigte.

Für die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs (Kohö): Frau Fanny Freund-Marcus und Frau Helene Granitsch, von denen die Kaiserin sich mit lebhaftem Interesse über die Beschaffung der Lebensmittel und des Brennmaterials, sowie über die Heimtruppen und Kinderjause berichten ließ.

Die Kaiserin brachte der Lösung der Kohlenfrage ihre besondere Anteilnahme entgegen.

Frau Toni Colbert berichtete über die Kindersürsorge und Schulbeteiligung der dem Säuglingsalter entwachsenen Kinder.

Nachdem noch die Vorsitzende Frau Berta Weiskirchner genauen Aufschluß gegeben hatte über die von allen Frauenorganisationen geleistete Tätigkeit in den 23 Frauenarbeitskomitees, Nähstuben, Ausspeisungen, Kriegslüchen und im Erhebungs- und Pflegschaftsdienst, verabschiedete die Kaiserin mit herzlichen Worten des Dankes für die hingebungsvolle Tätigkeit der Wiener Frauen die Abordnung.

Kriegswohlfahrt unter Aufsicht.

Gegen die Zersplitterung.

Nachdem man dem Ueberhandnehmen von Veranstaltungen, die als Kriegswohlfahrtspflege häufig genug eigensüchtige Zwecke verfolgen, durch eine Verordnung vom 22. Juli 1915 entgegengetreten war, ist jetzt durch eine neue Bekanntmachung mit Wirkung vom 1. März 1917 auf Grund der Erfahrungen der Kriegszeit eine noch schärfere Umgrenzung solcher Veranstaltungen eingeführt worden: Öffentliche Sammlungen und ähnliche Veranstaltungen (Unterhaltungen, Belehrungen, Vertriebe von Gegenständen), bedürfen für jeden Bundesstaat der behördlichen Genehmigung auch dann, wenn sie nicht der Kriegswohlfahrtspflege, sondern einem anderen Wohlfahrtszwecke dienen sollen. Außerordentlich wird der zuständigen Behörde ein schärferes Prüfungsrecht über die gesamte Geschäftsführung aller Wohlfahrts-Unternehmungen eingeräumt. Die Behörde kann Auskunft über alle Vorgänge einfordern, die Bücher prüfen und auf jede Weise die Schädigung des Gemeinwohls verhindern. Schließlich wird vorgeschrieben, daß ohne behördliche Genehmigung weder Mittel, die für Wohlfahrtszwecke zusammengebracht sind, einem anderen als dem angegebenen Zwecke zugeführt, noch das Anfallsrecht nachträglich abgeändert werden darf.

Diese Vorschriften werden zweifellos sehr nützlich wirken. Es ist eine Eigenart der Deutschen und insbesondere auch der deutschen Frauen, die ja in der Wohlfahrtspflege besonders tätig sind, daß jede ihre Gedanken und Absichten nur dadurch durchsetzen zu können meint, daß sie eine besondere Organisation, einen neuen Verein gründet. Dadurch werden die Arbeitskräfte zersplittert, die Zeit vergeudet und Geld verschwendet. Es ist zu begrüßen, daß diese neue Verordnung solchen unwirtschaftlichen Methoden ein Ende macht. Zu bedauern ist jedoch, daß von der Kontrolle Wohlfahrtsunternehmungen aus der Zeit vor dem Kriege und Unternehmungen mit verfassungsmäßiger Leitung oder Beaufsichtigung durch öffentliche Behörden usw. befreit sind. Gerade die Zeit vor dem Kriege litt an der Zersplitterung der Wohlfahrtsunternehmungen. Es sind genug Fälle in Erinnerung, bei denen einzelne durch vier oder fünf Stellen unterstützt wurden, während andere ganz leer ausgingen, eben weil der notwendige Zusammenhang unter den bestehenden Organisationen fehlte. Durch die verstärkte Wohlfahrtstätigkeit der Kommunen, durch das Netz von Fürsorgetätigkeit, die der Nationale Frauendienst, der Vaterländische Frauenverein und das Rote Kreuz während des Krieges über das ganze Reich gespannt haben, sind derartige Fehler bei diesen Organisationen stark verringert worden.

Die Einzelheiten und die Gründe der Neuerungen finden sich in einer Denkschrift, die dem Reichstage vorgelegt werden wird.

18. 11. 1917.

57

Für „Frühstück für die armen Schulkinder“

erhielten wir:	Kronen
vom Kommerzialrat Sigmund Márkus (neuerliche Spende)	300.—
von Hofherr, Schranz u. Clayton Schuttlemorth A.G.	100.—
vom Direktor Moriz Maler, Direktor der Firma Samuel Zausig u. Söhne	100.—
von Simon Fischl und Wilhelm Wahl, Zellhaber der Firma J. Fischer	100.—
„Frau Solo Friedmann, Budapest	30.—
„der „Hotel Royal“ A.G.	20.—
Jusammen	650.—
Dazu die im jüngsten Morgenblatte ausgewiesenen	17.640.—
Totale	18.290.—

Wir erhalten die folgende Zuschrift: Hochgeschätzter Herr Chefredakteur! Vor einigen Wochen hat der Pester Lloyd in-
folge meiner Anregung die Aktion für „Frühstück für die
armen Schulkinder“ begonnen, und Sie haben die Sammlung
mit so schönen, tiefergreifenden Worten eingeleitet, daß schon
der bisherige Ertrag, wie aus den einzelnen Spendenlisten
ersichtlich, ein verheißungsvolles Ergebnis bedeutet.

In der Zwischenzeit habe ich mich mit maßgebenden
Schulkreisen in Verbindung gesetzt und in Erfahrung gebracht,
daß es sich keinesfalls um eine beschränkte Zahl, sondern um
viele Tausende armer Schulkinder handelt, die, ohne Frühstück
zu Hause erhalten zu haben, in die Schule gehen.

Aus meinen Informationen, die ich bei hervorragenden
Lehrkörpern im Interesse der guten Sache eingeholt habe,
geht leider hervor, daß die Zustände überaus beklagenswert
sind und deren Details gar nicht näher geschildert werden
können. Unter anderem teilte mir ein Lehrer einer haupt-
städtischen Volksschule mit, daß in seiner Klasse zwei Kinder
während des Unterrichts in Ohnmacht fielen und erst durch
Labungen und Erfrischungen wieder zur Besinnung gebracht
werden konnten, wonach sie eingestanden, daß sie am Abend
vorher ohne Nachtrahl zu Bett gegangen und dann ohne
Frühstück in die Schule gekommen waren. Der betreffende
Lehrer wünschte dann, es mögen sich bei ihm alle jene Schüler
melden, die zu Hause kein Frühstück erhalten haben, und da
wurde die traurige Wahrheit festgestellt, daß beinahe die
Hälfte seiner Klasse sich in solch betäubender Lage
befand.

Ein Lehrer der Volksschule eines anderen Bezirkes er-
zählte mir wieder von der rührenden Kollegialität der Schul-
kinder besseren Standes, die ihre in die Schule mitgenommene
Nause mit den armen Kindern brüderlich teilen und oft ganz
diesen überlassen.

Ich will mich nun mit meinen bisherigen traurigen
Erfahrungen für die Öffentlichkeit nur auf diese zwei Epi-
soden beschränken, die es aber zur Genüge beweisen, welch
tiefes Elend in der Hauptstadt herrscht und
wie unbedingt nötig es ist, die Sammlung
für „Frühstück für die armen Schulkinder“
nach besten Kräften zu fördern.

Der Unterricht in den Schulen beginnt Anfang März
wieder, und ich hoffe, daß bis dahin die Spenden des hoch-
geschätzten Leserkreises des Pester Lloyd reichlich und in
dem Maße einlaufen werden, daß hiedurch — zu gleicher
Zeit mit der Eröffnung der Schulen — womöglich alle hun-
gernden Schulkinder ihr warmes Frühstück werden erhalten
können.

Bis dahin gestatte ich mir einen Appell
an alle Menschenfreunde, besonders aber an
die zartfühlenden und edel denkenden Müt-
ter, die ihre eigenen Kinder mit dem Nötigen
zu versorgen in der angenehmen Lage sind,
zu richten, in diesen schweren Zeiten auch der
armen hungernden Schulkinder zu gedenken,
und indem ich Ihnen, hochgeschätzter Herr Chefredakteur, zur
Förderung der Sammlung des Pester Lloyd inliegend
weitere 300 Kronen behändige, zeichne ich mit dem Ausdruck
vorzüglichster Hochachtung

als Ihr ergebener

Kommerzialrat Sigmund Márkus.

Steuerfreiheit der Spenden für die Kriegsfürsorge.

Amtlich wird gemeldet: Nach der Durchführungsverordnung über die Kriegsgewinnsteuer sind von dieser Steuer der Einzelpersonen jene Beträge befreit, die nachweislich den Zwecken der Kriegsfürsorge als Spenden zugewendet wurden, insofern sie an Fürsorgestellen offiziellen Charakters wie „Rotes Kreuz“, Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern, Kriegsfürsorgeamt des Kriegsministeriums, Oesterreichischer Militärwitwen- und -waisenfonds geleistet wurden und innerhalb eines Kalenderjahres (Kriegsjahres) mindestens 500 Kronen, bei einem Gesamteinkommen von mehr als 30.000 Kronen mindestens 5 Prozent des Einkommens betragen. Namentlich hat das Finanzministerium in einem im Verordnungsblatte dieser Zentralstelle zur Verlautbarung gelangenden Erlaß außer diesen beispielsweise angeführten noch insbesondere folgende Institutionen als Fürsorgestellen offiziellen Charakters erklärt:

Kriegsblindenfonds des Ministeriums des Innern, Invalidenfonds des Ministeriums des Innern, Oesterreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose, Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes „Kälteschutz“, Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes „Dänische Decken“, Arbeitsstelle, Zentralfonds des Ministeriums des Innern zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für Arbeitsvermittlung, Kuratorium der Kriegspatenschaft, Verein „Kriegsblindenheimstätten“, k. k. Verein „Die Technik für die Kriegsinvaliden“, Bekleidung von Soldatenskindern“, Komitee der Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder, Gesellschaft vom „Weißen Kreuze“ für kurbedürftige Offiziere und Gleichgestellte, Frauenhilfsaktion im Kriege, Zentrale im Neuen Wiener Rathaus, Zentrale der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge, Wiener Hilfskomitee für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, Hilfskomitee für ukrainische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, Fürsorgekomitee für die Bukowinaer Flüchtlinge, Fürsorgeauschuß für

deutsche Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, Hilfskomitee für polnische Flüchtlinge aus Galizien, Hilfskomitee für Flüchtlinge aus dem Süden, Hilfskomitee für aus dem Feindesland ausgewiesene Oesterreicher, Verein „Frauentriebssteuer“, Aktion des Universitätsprofessors Dr. Haus Eppich zur Schaffung von dauernden Einrichtungen im orthopädischen Spital und den Invalidenschulen des k. u. k. Reservospitals Nr. 11, Kriegswaisenfürsorge, Hilfsaktion für die verlassenen Kinder Galiziens, Aktion „Soldatenheime“, Komitee für den Hausanmeldedienst, Aktion „Wiener Kinder aus Land“, Tuberkuloseheilstättenaktion des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft, Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger in allen Kronländern. Auch wurde die Zuerkennung des offiziellen Charakters in diesem Sinn an andere auf die einzelnen Länder beschränkte oder lokale Kriegsfürsorgeaktionen in Aussicht gestellt.

Der Nachweis der Zuwendungen ist vom Steuerpflichtigen durch Vorlage einer amtlichen Empfangsbestätigung der Fürsorgestelle zu erbringen. Dieser Nachweis kann auch durch Vorlage des postamtlich bestätigten Erlagscheines, Aufgabescheines (Rezeptstempel) u. dgl. erbracht werden, falls gegen die Natur der Zahlung als Spende kein Zweifel besteht. Selbstverständlich werden auch Spenden, die von den zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen an die oben angeführten Stellen geleistet werden, bei der Bemessung der Kriegsgewinnsteuer eine Abzugspost bilden. Dies ergibt sich daraus, daß bei der Bemessung der Kriegsgewinnsteuer für die Unternehmungen hinsichtlich der Behandlung der Kriegsspenden nach denselben Grundsätzen wie bei der Erwerbsteuer vorzugehen ist, bei dieser Steuerbemessung aber nach dem klaren Wortlaute der kaiserlichen Verordnung vom 31. Oktober 1914 derlei Spenden ohne Rücksicht darauf, ob sie einer offiziellen Stelle oder einer nichtoffiziellen Stelle zugeführt wurden, abzuziehen sind.

20. 7. 1917.

Regelung der Kriegswohlfahrtspflege.

= Berlin, 17. Febr. Die seit dem 1. August 1915 geltende „Bekanntmachung über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege“ vom 22. Juli 1915 ist mit Wirkung vom 1. März 1917 ab durch eine neue „Bekanntmachung über Wohlfahrtspflege während des Krieges“ vom 15. Februar 1917 ersetzt worden, welche die in den letzten anderthalb Jahren gesammelten Erfahrungen verwertet und namentlich auch einer Reihe von Wünschen, die der Reichstag in einer Entschliessung vom 4. November 1916 niedergelegt hat, möglichst Rechnung trägt. Die umgearbeitete Verordnung bringt drei grundsätzliche Neuerungen und einige kleinere Änderungen.

Erstens ist die Vorschrift, daß öffentliche Sammlungen und gleichstehende Veranstaltungen (Unterhaltungen, Vorträge, Vertriebe von Gegenständen) für jeden Bundesstaat, in dem sie stattfinden sollen, vorgängiger behördlicher Genehmigung bedürfen, über das Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege hinaus auf alle sonstigen vaterländischen oder gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecke (Wohlfahrtszwecke) ausgedehnt worden.

Zweitens wird der zuständigen Behörde die Befugnis verliehen, auf die gesamte Geschäftsführung aller Wohlfahrtsunternehmungen, mögen sie auf genehmigungspflichtigen Sammlungen usw. beruhen oder unabhängig von solchen bestehen, Einfluß zu üben. Diese Einwirkung kann sich auf das Erfordern von Auskunft über alle Vorgänge, auf Entsendung von Vertretern zu Sitzungen und Versammlungen, auf Prüfung von Büchern, Schriften und Beständen beschränken, sich aber auch in Anordnungen zum Verhüten einer Schädigung des Gemeinwohls, insbesondere einer Zersplitterung der Kräfte und Mittel äußern oder bis zur Verhängung der behördlicher Verwaltung und der Auflösung steigern. Frei von derartigen Eingriffen bleiben Wohlfahrtsunternehmungen aus der Zeit vor dem Kriege, weiter Unternehmungen mit verfassungsmäßiger Leitung oder Beaufsichtigung durch öffentliche Behörden und Unternehmungen, die nur für Beamtenkörper und ähnliche Personengesamtheiten bestimmt sind.

Drittens wird neu vorgeföhrieben, daß ohne behördliche Genehmigung weder Mittel, die für Wohlfahrtszwecke zusammengesbracht sind, einem anderen als dem bestimmungsgemäßen Zwecke zugeführt, noch Bestimmungen über ein Anfallrecht geändert werden dürfen. Mittel, die bei der Auflösung eines Wohlfahrtsunternehmens in Ermangelung gültiger Verfügungen oder Anfallrechte frei werden, weist die Landeszentralbehörde in der Regel gleichen oder ähnlichen, in besonderen Fällen auch anderen Wohlfahrtszwecken zu.

An sonstigen Änderungen ist zu erwähnen, daß den Sammlungen die Veranstaltung einer öffentlichen Werbung von Mitgliedern (auch Ehrenmitgliedern) oder Mitunternehmern gleichgestellt, daß die Genehmigungspflicht auf Veranstaltungen, die im Auslande vom Inlande aus oder durch ausgesandte Mittelspersonen vorgenommen werden, ausgedehnt wird, daß Grundsätze darüber aufgestellt sind, unter welchen Voraussetzungen die Veranstaltung von öffentlichen Vorträgen oder Unterhaltungen oder eines öffentlichen Vertriebs von Gegenständen, insbesondere wenn sie von einem dritten Unternehmer ausgeht, gestattet werden darf.

Ueber Einzelheiten sowie über die Gründe der Neuerungen finden sich ausführliche Erläuterungen in der dem Reichstag bei seinem demnächstigen Zusammentritt vorzuliegenden Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges.

Kaiser und Volk.

Wir haben sorgenvolle Tage hinter uns, sorgenvoller, als wir uns im ersten Augenblick selbst eingestehen wollten. Unsere glückliche Veranlagung, die spezifische Eigenschaft der Wiener, die auch das Schlimme mit der Hoffnung auf Besserwerden zu mildern weiß, hat uns anfangs ein wenig geholfen. Aber der Ausblick, der sich bei näherer Betrachtung bot, war immerhin düster genug, um ernste Besürchtigungen zu erwecken. Denn der Pulsschlag der großen Stadt drohte zu erlahmen. Der Frost drang mit schneidender Dual in die Wohnungen der Armen, die öffentlichen Verkehrsmittel, auf die namentlich die in den Vorstädten wohnende schwer arbeitende Bevölkerung völlig angewiesen ist, drohten zu stocken, das Licht wollte erlöschen. Es ging nicht mehr an, Dinge, die eine Katastrophe herbeizuführen drohten, mit jener gelassenen Heiterkeit abzutun, die dem Wiener über so manche Härten des Krieges hinweggeholfen hatte. Und mit einem Gefühl wirklicher Angst blickte man nach einer Lösung der drohenden bösen Verhältnisse aus, die freilich in weite Ferne gerückt schien.

Aber die Not der Armen, die von allen diesen Ereignissen am schwersten betroffen waren, brauchte nicht lange des Erlösers zu harren. Der Kaiser und die Kaiserin hatten sich in aller Stille auf das genaueste über die Verhältnisse unterrichtet, unter denen das Leben der Residenzstadt argen Schaden zu nehmen drohte. Die männliche, weitblickende Energie des Monarchen, die edle und echt weibliche Güte der Kaiserin vereinigten sich zu einem großartigen Werke der Nächstenliebe, das allen zugute kommen sollte. Gerade das harte Los der Unbemittelten und vom Mangel notwendiger Lebensbedürfnisse Bedrückten bildete die erste und größte Sorge des edlen und hohen Paares, das, vom heiligen Amte seiner erhabenen Pflichten tief durchdrungen,

nicht einen Augenblick zögerte, mit der ganzen Macht, die Habsburgs Krone ihren Trägern verleiht, einzugreifen. Stärke und Milde in ihrer vollkommensten Gestaltung vereinigten sich zur Harmonie der Tat.

Welcher Art die verschiedenen, weitverzweigten Maßregeln waren, mit denen das Kaiserpaar dem Gespenst der lähmenden Not begegnete, können nur Eingeweihte wissen. Aber den großartigen Erfolg, den die rasche und zielbewußte Fürsorge des Kaisers und der Kaiserin mit ungeahnter Schnelligkeit herbeiführte, den haben wir alle empfunden. Aus den dankbaren Herzen jener Schwerarbeitenden, die einer der Vernichtung ihrer Existenz fast gleichkommenden trostlosen Lage entgegenzusehen, werden innige Dankgefühle strömen, die denen gelten, deren Hilfe in erster Linie jenen zuteil ward, die mühselig und beladen sind. In gewohnter, tätiger Weise geht nun das Leben wieder vor sich, der hungrige Arbeitsmann kann zum Mahl nach Hause fahren, die Mütter finden nach des Tages Arbeit den Wagen, der sie in ihr fernes Quartier bringt. Aber nicht nur den Allerärmsten hat die fürsorgliche Güte Karls und Zitas den gewohnten Weg des Tagewerkes geebnet. Uns allen, den geistig Schaffenden, den Handwerkern, denen, die in Gewerben und Geschäftshäusern beschäftigt sind, ist eine der größten Besürchtigungen wie durch ein Zauberwort aus dem Wege geräumt.

Den Kleinen Leuten vor allem galt der schöne Zusammenklang, das gemeinsame Wirken eines starken, wahrhaft kaiserlichen Willens und einer zarten, warm empfindenden fräulichen Milde, die beide in schönster Vereinigung Vollkommenes schufen. Einen weiten und freudigen Ausblick gibt solche Perspektive in die Zukunft des Reiches, an dessen erster Stelle Menschen stehen, deren feines Empfinden so stark alles Ungemach mitfühlt, als wären sie selbst davon betroffen. Und daher mag für sie selbst das Glück der vielen Tausende, denen durch sie so mächtige Hilfe ward, der schönste Lohn und das wertvollste Geschenk sein.

• (Studienfürsorge für Kriegswaisen.) In der Handelskammer fand vorgestern die erste Vorstandssitzung des Vereines „Studienfürsorge für Kriegswaisen und durch den Krieg notleidende Studenten beiderlei Geschlechtes“ unter dem Voritze des neugewählten Präsidenten Geheimen Rates und Vörschafters a. D. Dr. Karl Freiherrn v. Macchio statt. Vizepräsident Eruchseß v. Hoefft eröffnet die Sitzung, begrüßt den neugewählten Präsidenten Baron Macchio, der hierauf den Vorsitz übernahm und in einer Ansprache die Wichtigkeit der Aktion hervorhob, die den Zweck habe, das Schicksal tausender hart getroffener Familien zu lindern und die bedrohten Existenzen befähigter Studierender zu sichern, resp. die Kinder der Kriegswaisen rasch einem Erwerb zuzuführen. Stafs. Rat Karl Lehr gab hierauf eine Uebersicht über die bisherige Tätigkeit, welche bereits schöne materielle und moralische Erfolge zeitigte. Eine Reihe von Gesellschaften und Firmen haben dem Verein bereits hohe Beträge zugewendet und die Zahl der Mitglieder sei stetig im Wachsen begriffen. Die Erlässe des Ministeriums für Kultus und Unterricht und des Arbeitsministeriums, die an die politischen Landesstellen und Landeslehrkräfte zwecks Förderung der Vereinsbestrebungen gerichtet worden sind, haben dem Verein bereits mehrere hundert Jugendmitglieder gesichert. Präsident Baron Macchio teilt mit, daß das Justizministerium die Gerichte von der Bildung und den Zwecken des Vereines in Kenntnis gesetzt habe, um im Bedarfsfalle seine Vermittlung in Anspruch zu nehmen. Ueber Anregung des Vizebürgermeisters Hoff wird der Frage der Schaffung von Studentenkriegsküchen näher getreten werden. Der Präsident teilt noch mit, daß ein Damenomitee unter dem Ehrenvorsitze der Frau Prinzessin Franziska Hohenein Bildung begriffen ist. Die Herren Abg. Max Friedmann und Dr. Karl Orntlein werden in die Vereinsleitung kooptiert und hierauf mehrere Unterstützungsgeheuche erledigt.

(Erhöhung der Erhaltungsbeiträge für Arme.) Der Stadtrat beschloß nach einem Antrag des Stadtrates Dr. Haas, die Höchstgrenze der Erhaltungsbeiträge für Arme, die nicht Bürger sind, von 34 K. monatlich auf 38 K. monatlich zu erhöhen. Ein ziffernmäßiger Vergleich über den Stand der Erhaltungsbeiträge ergibt, daß die Beträge in der Höhe von 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 24 und 28 K. sich vermindert, dagegen jene in einer Höhe von 22, 26, 30, 32 und 34 K. sich bedeutend erhöht haben, so daß die Zahl der Pfündner in den obersten Stufen (26 bis 34 K.) um 2544 Köpfe zugenommen, in den unteren Stufen (6 bis 24 K. monatlich) dagegen um 4159 Köpfe abgenommen hat. Diese Ziffern beweisen, daß die durchschnittlichen Bezüge der Pfündner den Preisverhältnissen entsprechend angepaßt worden sind. Dazu kommt noch, daß viele Pfündner im Genuß eines staatlichen Unterhaltsbeitrages stehen, daß sehr viele von ihnen an der allgemeinen Nahrung, die ihnen ohne weiteres zugänglich ist, teilnehmen und daß unter den außerordentlich vielen Mietzinsaushilfen, die in der letzten Zeit gewährt wurden, eine beträchtliche Zahl an Pfündner bewilligt worden ist. — In kürzester Zeit wird auch an eine Erhöhung der Erhaltungsbeiträge für Bürger geschritten werden.

Soziale Gesichtspunkte für militärische Zuwendungen an Kriegshinterbliebene.

Für die von Militärbehörden zu gewährenden Zuwendungen an Kriegshinterbliebene ist — mit Ausnahme der gesetzlichen Witwen- und Waisenrente — Prüfung des Bedürfnisses vorgeschrieben. Dabei kommt vor allem die Frage in Betracht, inwieweit die Erwerbstätigkeit der Hinterbliebenen und der daraus stehende Verdienst zu berücksichtigen seien.

Wer vom Standpunkte der gesetzlichen Armenpflege herkommt, die jedem Bedürftigen gleichermaßen nur das zum Lebensunterhalt unbedingt Notwendige gewährt, wird geneigt sein, auch hier den gleichen Maßstab für alle anzulegen — vielleicht mit etwas höheren Ansätzen — und es darum für selbstverständlich erklären, daß Arbeitsverdienst unter allen Umständen anzurechnen sei — wenn nicht ganz, so doch teilweise.

Zum Glück scheint sich die Heeresverwaltung, voran das Kriegsministerium, nicht auf diesen Standpunkt zu stellen, sondern sich den Stimmen anschließen zu wollen, die von Anfang an bei unseren Kriegshinterbliebenen tunlichste Berücksichtigung der bisherigen Lebenshaltung als Grundlage für die Beurteilung forderten. Und mit Recht. Denn der Staat hat sicherlich ein hohes Interesse daran, zu verhindern, daß die Familien unserer gefallenen Krieger sinken, sozial, wirtschaftlich, moralisch. Das kann er aber nur dann durchsetzen, wenn ihm von den Hinterbliebenen ein ernstes eigenes Streben entgegentritt. Ganz ausgeschlossen ist es, alle eillen Ansprüche, die an ihn gestellt werden, zu befriedigen. Wo aber eine Witwe sich ehelich bemüht, sich und ihre Kinder durch fleißige Arbeit hochzuhalten und voranzubringen, da sollte sie verständnisvoller Förderung gewiß sein. Nichts wäre verkehrter, als wenn man ihr durch Verweigerung oder Entziehung der dazu unentbehrlichen Unterstützung den Mut und die Freudigkeit zur Arbeit rauben würde. Es ist das nicht etwa nur eine unbegründete Befürchtung. Unser Städtisches Fürsorgeamt weiß es aus Erfahrung, welche bitteren Empfindungen es bei unseren Witwen auslöst, wenn ihre Arbeitswilligkeit mit Ablehnung bestraft, dagegen Arbeitsablehnung mit Bewilligungen belohnt wird.

Es ist nur die Rehrseite hiervon, wenn solche, die ohne jeden berechtigten Grund auch für sie passende Arbeitsleistung verweigern, schärfer angefaßt werden. Jeder in der Armenpflege Erfahrene kennt die Leute, die lieber hungern als arbeiten, und die sich darum mit der allerniedrigsten Lebenshaltung zufriedengeben, wenn sie sich nur nicht anstrengen müssen. Eine wirklich sozial arbeitende Hinterbliebenenfürsorge wird sich gewiß mühen, auf solche Leute einzuwirken und in ihnen ein Gefühl ihrer sittlichen Verpflichtung zu wecken. Aber so lange sie darauf nicht eingehen, wird es nicht unberechtigt sein, den Schluß zu ziehen: sie empfinden kein Bedürfnis nach Verbesserung ihres Einkommens, sonst würden sie ihnen angebotene, für sie geeignete Arbeit annehmen; und darum besteht auch kein Bedürfnis, ihnen Unterstützung zu gewähren.

Daß Selbstverdiener so unter Umständen erheblich besser gestellt werden, dürfte dem allgemeinen Empfinden um so weniger widersprechen, als sie ja durch ihre Arbeitsleistung für die Allgemeinheit wichtige Werte schaffen helfen.

Diese Gedanken fanden bei der letzten Beratung des Arbeitsausschusses für Hinterbliebenenfürsorge im Bereiche des 18. Armeekorps beifällige Aufnahme, und es wurde beschlossen, den Fürsorgestellen zu empfehlen, künftig danach zu verfahren.

Frankfurt.

D. Schloffer.

* **Erhöhung der Invalidengebühren.** Der Unterhaltsbeitragsausschuß hielt gestern unter Vorsitz des Obmannes Grafen Lasocki eine Sitzung ab. Auf dessen Beschwerde wegen Nichterlassung von Durchführungsverordnungen zu dem Zivilkriegsinvalidengesetz erwiderte Sektionschef Dr. v. Gastegger, die bezügliche Verordnung liege bereits fertig vor und werde demnächst verlanbart werden. Hierauf berichtete Abgeordneter Wladel über die Verhandlungen des zur Vorberatung des Invalidengesetzes eingesetzten Subkomitees. Das Gesetz sieht eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Invalidengebühren und eine Abstufung nach drei Ortsklassen vor. Invalide mit einer Einbuße der Berufstätigkeit von 20 bis 40 Prozent erhalten in Wien monatlich 30 K., von 40 bis 60 Prozent 48 K., von 60 bis 100 Prozent 60 K. und bei völliger Arbeitsunfähigkeit 90 K. In einem Ort der ersten und zweiten Aktivitätszulagenklasse sind die Sätze 30, 45, 54 und 81 K., in einem der übrigen Orte 30, 42, 48 und 72 Kronen. Das Gesetz wird voraussichtlich mit 1. April in Wirksamkeit treten.

Liebesgaben für die U-Boot-Bemannungen.

Wir erhalten folgenden Aufruf: „Mit dem Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sind wir in die letzte und entscheidende Phase unseres Verteidigungskrieges eingetreten. Wir dürfen hoffen, daß das siegreiche Ende nicht mehr in allzu weiter Ferne liegt.

Unsrer Flotte, die sich, so oft sie bisher dem Feind begegnete, in glänzendster Weise bewährt hat, wird ein wesentlicher Anteil an dem Entscheidungskampf zufallen. Wir wissen, daß wir auf sie bauen dürfen. Jeder Mann, von den Höchstkommandierenden bis zum letzten Matrosen, ist mit Freuden bereit, seine Pflicht bis aufs äußerste zu erfüllen und Leben und Gesundheit für die Sicherheit der friedlichen Fortentwicklung seines Vaterlandes einzusetzen. Leicht ist die Aufgabe, die unsrer Blaujaden harret, keineswegs. Es gilt, mit den stärksten Seemächten der Welt die Kraft zu messen! Schwere Gefahren müssen überwunden, die härtesten Strapazen müssen ertragen werden. Tag und Nacht heißt es, Körper und Sinne frisch zu halten, um der eisernen Notwendigkeit des schwersten Dienstes gewachsen zu bleiben.

Besonders der Mann im U-Boot, auf den wir jetzt unsere Hoffnung setzen, lebt an Bord ein Leben der Entbehrungen und der opfervollsten Hingabe an die Sache, für die er kämpft. Kein Wort des Dankes ist eindringlich genug, den Taten dieser selbstlosen und kühnen Männer gerecht zu werden. Oft schon genug ist ihr Ruhm gepriesen worden, und jeder von uns hat empfunden, daß die besten Worte nicht an die Größe ihres Heldentums heranreichen.

Darum wollen wir auch ihnen, die sich hundertfachen Anspruch auf unsern Dank erworben haben, beweisen, daß wir in der Heimat ihrer gedenken. Niemals zwar wird es uns möglich sein, ihnen ihre Taten voll zu vergelten. Aber eine kleine Freude ihnen zu bereiten, dazu sind wir wohl imstande. Durch die Mitteilungen der Berufsca-Stellen wissen wir, daß sich die Mannschaften vor allem Bücher, Musikinstrumente, Gesell-

schaftsspiele, Zigarren, Zigaretten und Tabak für die dienstfreien Stunden an Bord oder für die Tage der Ruhe im Heimathafen wünschen. Diese gewiß bescheidenen Wünsche wollen wir ihnen erfüllen, und wir sind sicher, daß deutlicher noch als die geringe Gabe die Tatsache selbst zu ihnen sprechen wird, daß wir ihrer mit all der Treue gedenken, die sie um uns verdient haben.

Wir eröffnen also heute eine Sammlung, deren Zweck es sein soll, Liebesgaben für die U-Boot-Bemannungen zu beschaffen. Wie immer in den zweieinhalb Kriegsjahren, rechnen wir auch diesmal darauf, warmherziges Verständnis für die gute Sache bei unsern Freunden zu finden. Wir hoffen, ein Ergebnis zu erzielen, das nicht geringer ist als die Ergebnisse unsrer früheren Sammlungen. Darum richten wir an jeden einzelnen die dringende Bitte, sich mit einem Beitrag zu beteiligen. Auch die kleinste Gabe ist uns willkommen!

Um schon möglichst bald die ersten Spenden überweisen zu können, bitten wir, nicht lange zu zögern, sondern gleich mit der Zusendung der für diesen Zweck bestimmten Gaben zu beginnen.

Das Präsidium des
Oesterreichischen Flottenvereines.
Wien, 9. Bezirk, Schwarzschanterstraße Nr. 15."

Zwei Jahre Nachmittagsheim.

Vor fast zwei Jahren wurde, wie bekannt, durch Direktor Hugo Fürst, den Besitzer des Grabencafés, und seine Gattin Irene Fürst das im Zentrum der Stadt gelegene Nachmittagsheim für rekonvaleszente Krieger gegründet, das denn auch von Herrn Fürst bis heute aus eigenen Mitteln erhalten wird. Am 5. März wird die großherzige Institution die Feier ihres zweijährigen Bestandes begehen, denn an diesem Tage des Jahres 1915 wurde das Nachmittagsheim im Beisein der Erzherzogin Maria Annunziata, des Erzherzogs Leopold Salvator, der Erzherzoginnen Blanka, Maria Immaculata, Maria Dolores und Margerita, des Herzogs August von Koburg und Gemahlin, Erzherzogin Pauline sowie zahlreicher Hof- und Würdenträger eröffnet. Im Juni desselben Jahres bezog das Nachmittagsheim im Schwarzenberggarten seine Sommerkubikation und wurde im Oktober wieder in sein altes Winterquartier zurückverlegt. Im Juli vorigen Jahres brachte Direktor Fürst das Heim in der Kriegsausstellung unter, wo es bis zum November verblieb. Täglich wurde da an 400 bis 600 Soldaten Tausche verabreicht, die anfänglich aus Schokolade, Kaffee oder Tee nach Wahl, Kuchen oder sonstigem Gebäck bestand, heute aber natürlich infolge der schlechten Lebensmittelversorgung frugaler ausfällt. Jeder der feldgrauen Gäste erhält hierbei auch Zigarren oder fünf Zigaretten als Spende. Im ganzen übersteigt die Zahl der bis jetzt zur Tausche verabreichten Portionen die Ziffer 250,000, und mehr als eine Million Zigaretten wurden bis heute den Soldaten gespendet. Im Nachmittagsheim, wo tagtäglich die Grabkapelle konzertiert, wurde aber nicht nur für Erfrischungen gesorgt, es wurde auch durch zahlreiche künstlerische Veranstaltungen, belehrende Lichtbildervorträge, patriotische Darbietungen, musikalische Vorträge usw. Erheiterung und Erbauung in die Gemüter der Verwundeten getragen.

Ein arbeitsfreudiges Damenomitee aus Kreisen der Aristokratie und der Gesellschaft unterstützt mit hingebungsvollem Eifer das Werk der Menschenliebe. Die herzliche Aufnahme, die unsere tapferen Krieger, die für ihr Vaterland bluteten, stets bei Direktor Fürst fanden, hat ihnen das Nachmittagsheim gewiß zu einem wahren Heim gemacht.

* * *

24. 7. 1918

72
71

Fürsorge für die Kinder der im Kriegsdienst beschäftigten Frauen.

(Nachdruck verboten.)

Eine der wichtigsten Fragen, die die immer weiter um sich greifende Beschäftigung der Frauen und Mütter in allen Fragen des Erwerbslebens, vor allem auch in der Rüstungsindustrie, aufgerollt hat, ist die, wie ihre Arbeitskraft und ihre Zeit, die sonst den Familienangehörigen, besonders den Kindern, zugute kam, daheim ersetzt werden kann, soweit ein Ersatz notwendig und im Interesse des Volksganzen erwünscht und erforderlich ist. Ein Hinweis auf die vorhandenen Krippen, Kinderhorte und -Gärten, Kinderbewahranstalten und sonstigen Pflegestellen schafft diese Frage noch nicht aus der Welt, denn alle diese Anstalten und Einrichtungen genügen dem jetzt herrschenden Bedürfnis, das von Tag zu Tag wächst, bei weitem nicht; ebenso wenig genügen die vorhandenen Unterrichts- und Erziehungskräfte.

Zwar steht die Frauenarbeit und stehen auch die Frauen noch nicht unter dem Zwang des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst. Vorläufig ist ihre Arbeit in den vom Hilfsdienst erfaßten Betrieben noch eine freiwillige. Aber auch sie kann zum Zwang werden, sobald eines Tages das freiwillige Angebot an weiblichen Arbeitskräften die Nachfrage nach solchen nicht mehr deckt. Dann wird es für die Frauenwelt heißen: Jede arbeitsfähige Frau gehört in den im Vaterlandsdienst stehenden Industriebetrieb, in dem sie die beste und wertvollste Arbeit leisten kann, ganz gleichgültig, ob sie daheim von einem oder von sieben Kindern entbehrt wird. Auch das schöne Wort von der Frau, die ins Haus gehört, dem die wirtschaftlichen Zustände schon längst den Boden entzogen haben, wird dann noch weniger als heute mit irgendeiner stichhaltigen Begründung vorgetragen werden können, und nicht einmal die Kreise, die das leiseste Regen irgendeiner wirtschaftlichen Frauenbewegung mit diesem Worte zu ersticken trachteten, werden es dann anwenden können und wollen.

Die immer stärkere Heranziehung der Frauen zum vaterländischen Hilfsdienst wird also nicht ausbleiben; die Folge davon wird, wie schon bemerkt, eine ständig wachsende Zahl von aufsichtslosen und schutzlosen Kindern verschiedensten Alters sein, die in den vorhandenen Anstalten von den bereitstehenden Kräften nicht mehr betreut werden können. Daraus entspringt die Forderung, daß der Staat das hier Fehlende ergänze und in Gemeinschaft mit den schon jetzt in diesem Sinne tätigen Körperschaften und Vereinigungen Einrichtungen treffe, die eine Versorgung der durch den Krieg im Interesse des Vaterlandes schutzlos

gewordenen Kinder gewährleisten. Daß das Kriegsamts, zu dessen Bereich die Organisation des vaterländischen Hilfsdienstes und damit auch die Organisation der Frauenarbeit in den Hilfsdienstbetrieben gehört, diese Pflicht bereits ins Auge gefaßt hat, geht aus dem Arbeitsplan hervor, der die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit der kürzlich zur Förderung der auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge notwendig gewordenen Maßnahmen ins Leben gerufenen Frauenarbeitszentrale und ihrer Unterorgane enthält.

Ein ungeheures Arbeitsfeld tut sich da auf, auf dem es der Arbeit viel, der helfenden Kräfte leider noch lange nicht genug gibt. Zunächst gilt es eine Mobilmachung aller für das Erziehungsfach ausgebildeten Frauen und Mädchen, und zwar sollte man nicht nur diejenigen heranziehen, die schon jetzt an öffentlichen, der Kinderfürsorge und Kinderpflege dienenden Anstalten tätig sind, sondern auch alle die, die heute in Privathaushaltungen mit der Pflege und Erziehung vielleicht nur eines oder höchstens zweier oder dreier Kinder beschäftigt sind.

Neben diesen beruflich ausgebildeten Kräften wird man jedoch auch noch einer großen Anzahl freiwilliger Helferinnen bedürfen, die unter der Anleitung der Fachkräfte arbeiten. Als solche Helferinnen kommen die Scharen von Frauen und Mädchen in Betracht, denen ein freundliches Geschick die Erfüllung ernster Pflichten bisher erspart. Sie sind in kurzfristigen Kursen vorzubereiten und dann für ihre Tätigkeit auf bestimmte Zeiten zu verpflichten. In Hamburg beispielsweise hat bereits der erste solcher Kurse stattgefunden, an dem sich eine stattliche Anzahl bisher pflichtentfreier oder mit unwesentlicheren Aufgaben betrauter Frauen beteiligte, die jetzt bereits in sozialer Hilfsarbeit an den Kindern der dem Vaterlande dienenden Frauen stehen. Möchten sich überall freudige Herzen und bereite Hände finden zu dieser wichtigen und schönen Arbeit, die der Zukunft unseres Volkes gilt.

M. Mathies.

24. 11. 1917

72

Die Kriegsfürsorge.**Kriegshilfs- und sonstige Wohltätigkeits-spenden der Ersten österreichischen Sparkasse.**

Vom Generalsekretariat der Ersten österreichischen Sparkasse wird verlautbart:

In der am 23. d. abgehaltenen Generalversammlung der Ersten österreichischen Sparkasse wurden Kriegshilfs- und Wohltätigkeitszwecken 350.000 K. gewidmet, beziehungsweise die von der Direktion über Ermächtigung der vorigjährigen Generalversammlung bereits erfolgten Auszahlungen genehmigt. Von größeren Spenden sind hervorzuheben: 50.000 K. dem in der Gründung begriffenen Kaiserin Zita-Hospital, der Arbeitslosen- und Ausspeisung (Frauenhilfsaktion im Kriege) 30.000 K., dem k. k. österreichischen Militär-Witwen und Waisenfonds 30.000 K., für Kinder von Einberufenen und Kriegsbetroffenen 10.000 K., den Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder 10.000 K., der österreichischen Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose für Krieger 5000 K., dem Fürsorgekomitee für die Bukowinaer Flüchtlinge 3000 K., „Oesterreich für Ungarn“ 2000 K., dem österreichisch-ungarischen Hilfsverein in Berlin 2000 K., dem Leopoldstädter Kinderspital für Kriegsauslagen 2000 K., einer Reihe von Kriegshilfsaktionen 20.000 K., Bettstiftungen für verwundete Krieger in verschiedenen Kriegshilfs- und Reservespitälern außer bereits ausbezahlten 70.000 K. weitere 30.000 K. Von den wie alljährlich bewilligten Wohltätigkeitspenden sollen erwähnt werden die Kinderpitäler in der Leopoldstadt nebst den obermährten 2000 K., auf der Wieden und in der Alserborstadt, das Kronprinz Rudolf-Kinderspital im 3. Bezirk und das Karolinen-Kinderspital in Dichtental u., in Summe 12.000 K.; das Barmherzigenhospital in der Taborstraße und die Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft je 3000 K., die Tuberkuloseheilstätte der Wiener Kaufmannschaft in Wien, die Lungenheilstätte der Krankenversicherungskasse „Einigkeit“ nächst Raasd, der ersteren 5000 K., der zweitgenannten 2000 K., das Haus der Barmherzigkeit für schwerkranke Unheilbare in Währing mit dem Asyl für unheilbare kranke Kinder in Weidlingau, die Heilanstalt Aland, der Wiener Frauenerwerbverein, das Hütteldorfer Melonbaleszentenhaus der Barmherzigen, der Zentralkrippenverein, die k. k. Polizeidirektion für Dienstbotenbrämien, die Zentralkasse für Wohnungsreform, der Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein je 2000 K., wozu letzterem Verein übrigens die Direktion gleich bei Eintritt der Kälteperiode den Betrag von 2000 K. als außerordentliche Spende zugewiesen hat, die Allgemeine Poliklinik, die Kinderbewahranstalten Wiens, der Asylverein für Obdachlose, die Barmherzigen Schwestern (Krankenpflege) in Gumpendorf und der Rudolfinerverein zur Heranbildung von Krankenpflegerinnen je 1500 K., die Arbeiter-Melonbaleszentenhäuser in Königstetten und Zeillern, das Spital in der Hartmannsgasse, die Krankenpflegestation der Barmherzigen Schwestern in der Kaiserstraße, der Zentralverein zur Beförderung armer Schulkinder, der Fonds für arme Schülerinnen der Lehrerinrentenanstalt in der Johannesgasse je 1000 K., das Dienstboten-Asyl in der Pöchl-

gasse, der Schutzverein zur Rettung verwaarloster Kinder je 800 K., der Verein gegen Verarmung und Bettlei, das Asyl für verwaarloste Kinder in Oberdöbling, die Barmherzigen Schwestern in Simmering (Krankenpflegerinnen), das Waisenmädchenasyl in Fünfhaus, das Maria Theresia-Frauenhospital, das Ambulatorium in Mariahilf, der Frauenwohltätigkeitsverein, die Kinderbewahranstalt an den Kaiserwäldern, das Melonbaleszentenheim für arme kranke Frauen in Hütteldorf, die Kinderbewahranstalt in der Leopoldstadt je 600 K., das Kinderasyl in Oberdöbling vormals in Billingdors, der evangelische Waisenversorgungsverein je 500 K., die Stephanie-Stiftung für schwachsinige Kinder, der Maria Elisabeth-Verein zur Unterstützung arbeitsunfähiger Armer, das Asyl für arme Dienstboten in Fünfhaus und der Verein „Lucina“ für Wöchnerinnen, für Studentenspeisemarken, das Arbeiterinnenasylhaus am Alsergrund, das Lehrlingsheim des Zentralvereines für Lehrlingsunterbringung, die Frauenvereinigung für soziale Hilfstätigkeit, die Kinderbewahranstalten unter den Weißgerbern und in Baumgarten, das Waisenhaus in Oberdöbling, die Patronage für Dienstboten, die israelitische Taubstummenanstalt je 400 K. und eine Reihe anderer Wohltätigkeitsinstitute Beträge von je 100 bis 200 K.

Kriegsfürsorge der Universität Wien.

Der akademische Senat der Universität Wien hat beschlossen, eine Fürsorgeeinrichtung ins Leben zu rufen, deren Aufgabe darin liegt, jenen unter den Tausenden von Wiener Studenten, die im Kriege gekanden haben und durch den Felddienst gesundheitlich beschädigt und ganz oder teilweise erwerbsunfähig geworden sind, Hilfe angedeihen zu lassen. Es soll nach fünf Richtungen eine Fürsorge entfaltet werden. Vor allem durch Ermöglichung kunstgerechter Behandlung im Kriege erwerbener körperlicher Schäden oder Krankheiten durch Gewährung von Bädereisen, Arzneien, Anstaltspflege, künstlichen Gliedmaßen, Luftkurorten u. dgl.; ferner durch Gewährung von Geldbeihilfen. Weiter wird eine Beratungsstelle eingerichtet werden; sie wird kriegsbeschädigten Studenten an die Hand gehen durch Rat und Auskunft über für sie geeignete Studienwege, über ihre Berufswahl usw. Endlich wird auch eine Stellenvermittlung angegliedert werden. Die Verwaltung beforat im Namen des akademischen Senats ein Auschuh.

In einem Aufruf wendet sich die Geschäftsleitung an die Oeffentlichkeit mit der Bitte, dieses Werk durch Anwendung von Geldspenden zu fördern.

Studienfürsorge für Kriegerwaisen.

In der niederösterreichischen Handelskammer fand vorgestern die erste Vorstandssitzung des Vereins „Studienfürsorge für Kriegerwaisen und durch den Krieg nothleidende Studenten beiderlei Geschlechtes“ unter dem Vorsitz des Präsidenten Botschafters a. D. Dr. Karl Freiherrn v. Machio statt. Kais. Rat Lehr gab eine Uebersicht über die bisherige Tätigkeit, die bereits schöne materielle und moralische Erfolge zeitigte. Eine Reihe von Gesellschaften und Firmen hat dem Verein bereits hohe Beträge zugewendet, und die Anzahl der Mitglieder sei stetig im Wachsen begriffen. Die Erlasse des Ministeriums für Kultus und Unterricht und

des Arbeitsministeriums, die an die politischen Landesstellen und Landeslehrkräfte zwecks Förderung der Vereinsbestrebungen gerichtet worden sind, haben dem Verein bereits mehrere hundert Jugendmitglieder gesichert. Es wurde die Bildung von zwei Sektionen beschlossen. Auf Anregung des Vizebürgermeisters Hof wird der Frage der Schaffung von Studenten-Kriegsküchen nähergetreten werden. Der Präsident teilte noch mit, daß ein Damenkomitee unter dem Ehrenvorsitz der Prinzessin Franziska zu Sohenlohe in Bildung begriffen ist.

Studienfürsorge für Kriegerwaisen.

Unter dem Ehrenvorsitze der Prinzessin Franziska Hohenlohe fand dieser Tage in der Handelskammer die konstituierende Sitzung des Damentomitees des Vereines „Studienfürsorge für Kriegerwaisen und durch den Krieg nothleidende Studenten beiderlei Geschlechtes“ statt. Außer der Ehrenvorsitzenden waren noch erschienen die Baroninnen Regner-Bleyleben, Skoda und Troilo, die Damen Czellenz Berta Weiskirchner, Martha Bayer, Marie v. Glaser, Frau Hofrat Marešch, Frau Major Schwarz, Frau Kommerzialrat Bauer, Brunn-Rothberger, Else Tauber, Frau Dr. Emil Frankl und Herr A. Deutsch-German.

Der Präsident Baron Macchio begrüßte mit warmen Worten die Versammlung, worauf Prinzessin Hohenlohe in ausführlicher Rede die Bedeutung der Aktion für das soziale und kulturelle Leben auseinandersetzte und die Nothwendigkeit betonte, die edlen Ziele des Vereines auch im Interesse des Staates zu fördern. Czellenz Frau Frieda Baronin Hussarek wurde zur ersten, die Gemahlin des Statthalters Baronin Bleyleben zur zweiten Präsidentin und Frau Martha Bayer zur geschäftsführenden Vizepräsidentin gewählt. Frau Martha Bayer hielt hierauf nachstehende Ansprache: „Das Schicksal der armen Studenten ist schon im Frieden ein tragisches gewesen. Der junge Mann, der sich und die Seinen durch Stundengeben erhalten und abgehannt an die Vorbereitung für seine Prüfungen gehen soll, ist uns gewiß nicht fremd. Nun hat der Krieg auch in halbwegs bemittelte Kreise die Sorge getragen, viele talentvolle und lernbeherige Kinder des Vaters beraubt oder derselbe

wurde durch Verwundung oder Krankheit, die er sich im Felde geholt, in der Erwerbsfähigkeit geschwächt. Wir verdanken der Wissenschaft und der Technik gerade in unseren Kämpfen so außerordentlich viel, daß es eine Sünde gegen den heiligen Geist wäre, wenn wir seine Jünger und Verkünder im Stiche ließen. Der körperlichen Verelendung darf kein geistiges Siechtum nachfolgen. Studenten haben ein großes Kontingent unserer Streitkräfte gestellt und zu allen Opfern noch das der Unterbrechung ihres Studienganges gebracht. Wenn sie nun wieder zu ihren Professoren und Büchern zurückkehren, so müssen sie, um ausnahmsfähig zu sein, vor Obdachlosigkeit und Mangel behütet werden. Mit einzelnen Unterstützungen ist nicht gedient, nirgends würde sich eine Halbheit so schwer rächen, wie auf dem Gebiete der geistigen Arbeit. Vielleicht die größte Aufgabe der Jugendfürsorge ist es, den Trägern der Zukunft die Werkzeuge in die Hand zu geben, mit denen sie an die Erneuerung so vieler geradezu verwüsteter Gebiete gehen müßten.

Treten wir an unser Werk mit dem Bewußtsein, daß es ein sehr schwieriges, aber auch ein äußerst lohnendes ist. Schon der gegenwärtige Augenblick ist drängend, denn immer mehr kommen Invalide in der Blüte ihrer Jahre zurück, und sie haben ein blutig erworbenes Anrecht darauf, das Ziel, das ihnen seinerzeit vorschwebte, auch erreichen zu dürfen. Unser Plan wird dadurch eine bedeutende Förderung erfahren, daß uns zum Teil wenigstens der Dank, auch der materielle, zurückerstattet werden wird. So mancher, wenn er in gefährliche Lebensstellung gelangt, wird sich unserer erinnern und die für ihn gemachten Aufwendungen, obwohl sie eigentlich unsere Pflicht waren, nach Kräften zurückgeben. Dadurch kann unsere Aktion auf die breiteste Basis gestellt werden. Sie ist vielleicht die einzige Fürsorgeaktion, die nach dem Kriege nicht mit dem gänzlichen Verlust der Spenden rechnen muß, wiewohl natürlich zu betonen ist, daß uns in erster Linie der Gedanke an eine tiefe und heilige Schuld leiten muß. Wir müssen aber diese Nejenaufgabe kräftig anpacken, und in Gemeinschaft mit den bereits sehr tätigen Herren des Komitees trachten, bis zum Beginn des neuen Schuljahres, September 1917, allen an uns gestellten Anforderungen gerecht zu werden.“

Kaiserlicher Rat Lehr schilderte hierauf in eingehender Weise die bisher unternommenen Schritte und gab ein Bild der bereits erreichten materiellen und moralischen Erfolge. Die Liquidation des Krieges stellt uns vor ungeahnte Probleme, und eines der wichtigsten und interessantesten sei es wohl, wie den Kriegerwaisen oder den Studierenden, die ihren Ernährer verloren haben, zu einer Existenz verholfen werden soll. Die Frage der Errichtung von Gemeinschaftsküchen für Studierende bildet den Gegenstand einer eingehenden Debatte. Nachdem mehrere Anregungen zur Kenntnis gebracht wurden, schloß Prinzessin Hohenlohe die Sitzung mit einem warmen Appell an die Anwesenden, die gute Sache zu unterstützen.

3. / III. 1917

76

(Verleihung des Elisabethordens.) Die Kaiserin hat der Frau Flora Berl in Wien den Elisabethorden zweiter Klasse verliehen. Frau kaiserlicher Rat Flora Berl ist bekanntlich die Anrögerin der mit so ausgezeichnetem Erfolg durchgeführten Aktion „Vorbeer für unsre Helben“, der sie nicht nur die Idee, sondern auch ihre persönliche werktätige unermüdete Arbeit zur Verfügung stellte. Frau Flora Berl hat sich aber nicht nur hier, sondern auf den verschiedensten Zweigen der Kriegsfürsorge ungewöhnliche Verdienste erworben. Nicht nur durch mancherlei Spenden, sondern eben durch ihre eigene hingebungsvolle Tätigkeit. Sie gehört seit Kriegsbeginn der Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes, vormals „Kälteschutz“, der auch ihr Gatte sein besonderes Interesse zuwendete, als freiwillige Arbeiterin an. Sie hat sich bei zahlreichen Organisationen besonders ausgezeichnet, insbesondere bei der neu geschaffenen Tochteraktion „Bekleidung von Soldatenkinder“, die unter ihrer persönlichen Leitung steht.

4./III. 1917

78

Die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Familien der Eingekerkerten.

Von einem Sachmann.

Wien, 3. März.

Die angekündigte Absicht der Regierung, die Unterhaltsbeiträge für die Familienmitglieder der Eingekerkerten durchschnittlich um 20 Prozent zu erhöhen, ist nicht nur ein Gebot der Billigkeit, sondern eine unbedingte Notwendig-

berufenen wenigstens insoweit versorgen muß, daß sie vor der allerhärtesten Not des Lebens geschützt sind. Der Krieg kostet bereits so ungeheure Summen, daß selbst mehrere hundert Millionen Kronen nicht in Betracht kommen können, wenn schweres Unheil verhütet und die Familien der Eingekerkerten vor dem Elend geschützt werden sollen.

keit. Im Verlaufe des Krieges hat sich die ganze Wirtschaftslage derart geändert, daß die Kaufkraft der zu erhaltenden Unterhaltsbeiträge wesentlich geringer als ehedem und ganz unzureichend ist. Die allgemeine Preissteigerung bewirkt, daß mit den vom Staate gewährten Beiträgen nur ein geringer Teil des Nahrungsbedarfes selbst bei der größten Bescheidenheit und Zurückhaltung gedeckt werden kann. Das Gesetz über die Unterhaltsbeiträge stammt aus dem Jahre 1913, aus einer Zeit, wo niemand daran gedacht hätte, daß ein Krieg in einem so ungeheuren Umfang eintreten und derartige riesige Scharen vom Staate versorgt werden müßten. Nach diesem Gesetze, welches seither abgeändert worden ist, bezahlt der Staat für die Gattin und jedes andere Familienmitglied, das über acht Jahre alt ist, 1 Krone 32 Heller, für Kinder unter acht Jahren 66 Heller per Kopf und Tag. Wenn diese Beiträge um 20 Prozent erhöht werden, so ist noch immer der Zuschuß, den der Staat zu leisten hat, sehr dürftig, wenngleich er sich für den Staatsschatz zu ungeheuren Beträgen summiert. Künftig wird für jedes erwachsene Familienmitglied 1 Krone 58½ Heller, für jedes Kind unter acht Jahren rund 80 Heller gezahlt werden, und bei den gegenwärtigen Preisen bedeuten auch diese Unterstützungen eine mehr als bescheidene Versorgung. Mehr konnte mit Rücksicht auf die Finanzen des Staates nicht geschehen, das, was geschieht, ist aber ein Gebot bitterster Notwendigkeit.

Ist die Entschließung der Regierung unbedingt zu billigen, so wäre andererseits dringend zu wünschen, daß der Anlaß der Novellierung des Gesetzes zu einer durchgreifenden Klärung und Zusammenfassung der ganzen in zahlreichen Erlassen zerstreuten Vorschriften über die Versorgung der Familien der Eingekerkerten benützt werde. Neben dem Gesetze, welches aus dem Jahre 1913 stammt, besteht eine ganze Reihe von Durchführungsvorschriften, Nachtragsersässen, Weisungen an die Behörden, welche eine klare Beurteilung nicht zulassen und oft Anlaß zu Mißverständnissen geben. Alle diese Weisungen waren ja gewiß vortrefflich gemeint, stehen aber vielfach miteinander in Widerspruch, sind dem Publikum auch ziemlich unbekannt geblieben, und eine einheitliche Regelung nach den bisher gemachten Erfahrungen, eine Ausscheidung des überflüssigen Ballastes und eine Verbesserung des ganzen Zustandes wäre ein großer Vorteil. So ist beispielsweise die Bestimmung eine große Härte, daß nur jene im gemeinsamen Haushalte der Eingekerkerten lebenden Frauen und Kinder einen Unterhaltsbeitrag beziehen, deren Erhaltung vom Arbeitseinkommen der Eingekerkerten abhängig war, daß dagegen die vielen Frauen, die von den Männern getrennt lebten und nicht vom Arbeitsverdienst Beiträge bekommen haben, jetzt während des Krieges von den Unterhaltsbeiträgen ausgeschlossen sein sollen. Ebenso ist die Stellung der selbst verdienenden Frauen vollkommen unklar. Anfangs wurde ihnen ein Unterhaltsbeitrag unter Berufung auf die Bestimmungen des Gesetzes verweigert, jetzt wird durch stillschweigende Duldung ihnen ein angemessener Beitrag zuerkannt. Viele, die wegen eines schweren Gebrechens superarbitriert, aber nicht als ganz arbeitsunfähig erklärt wurden, sind bezüglich der Versorgung ihrer Familienangehörigen in einer sehr harten Lage. Die Invalidenrente ist so klein, daß sie absolut nicht ausreicht, einen Unterhaltsbeitrag bekommt aber die Frau nicht, weil eben der Mann die Invalidenrente bezieht, und so ist die ganze Familie der Not ausgesetzt. Eine einheitliche Regelung, welche von großzügigen Gesichtspunkten ausgeht und alle Unklarheiten beseitigt, wäre daher ein Gebot der Billigkeit.

Die Kosten der jetzt eingeleiteten Erhöhung der Unterhaltsbeiträge sind sehr bedeutend. Der Finanzminister hat mitgeteilt, daß sie seit dem Beginne des Krieges bis zum Ende 1916 rund drei Milliarden betragen und daß die Kosten des heurigen Jahres auf 1.7 Milliarden geschätzt werden. Die geplante Erhöhung um 20 Prozent würde eine Steigerung um 340 Millionen Kronen verursachen. Gleichwohl wird sich der Staat einer solchen Aufgabe nicht entziehen können, da er die Familienangehörigen der Ein-

Die Hilfsaktion für die Mindestbemittelten.

Gemeinderat Spalowsky als Vertreter der Christlichen Arbeiterschaft zu den Besprechungen beigezogen.

Amtlich wird mitgeteilt:

Die gestern im Ministerpräsidium begonnene Besprechung in Angelegenheit der geplanten Hilfsaktion zur Erleichterung der Lebensführung der Mindestbemittelten Volksschichten wurden heute fortgesetzt und zum Abschluß gebracht.

Der Beratung, die heute vorwiegend der Frage der Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Familien der Eingekerkerten galt, waren auch Sektionschef Marek des Finanzministeriums, die Ministerialräte Freiherr v. Streit und Dr. Ruff des Ministeriums für Landesverteidigung und der Referent für diesen Gegenstand im Wiener Gemeinderat Herr Spalowsky beigezogen.

Im Laufe der Debatte wurden die vorgebrachten Wünsche der Interessenten eingehend erörtert und der Minister für Landesverteidigung sowie der Finanzminister stellten eine möglichst weitgehende Berücksichtigung derselben in Aussicht.

Wie wir erfahren, ist vorderhand beabsichtigt, für die Zwecke der Hilfsaktion aus Staatsmitteln einen Betrag von rund 300 Millionen Kronen zur Verfügung zu stellen.

Durch die anerkanntermaßen rasche, wenigstens teilweise Berücksichtigung des Wunsches, dem die „Reichspost“ in Besprechung der Hilfsaktion Ausdruck verliehen hatte, nämlich daß zu den Besprechungen auch die Vertreter der nicht sozialdemokratischen Be-

völkerungsschichten beigezogen werden möchten, hat die Teilnehmerliste ein etwas freundlicheres Gesicht bekommen. Heute vormittag wurde der christlichsoziale gewesene Landtagsabgeordnete und Arbeiterführer Spalowsky zu den Verhandlungen gerufen.

6./III. 1917

6
82

— Wohnungsausstattungen für Kriegsgetraute. In den Räumen der Tapezierer-Genossenschaft, Alte Markhofstraße 8, wurde am Montag eine kleine Ausstellung einfacher, moderner Möbel eröffnet. Ins Leben gerufen wurde dies Unternehmen vom Beratungsamt für Kleinkaufleute und Gewerbetreibende; seine wirtschaftlichen Träger sind die Tapezierer- und Schreiner-Genossenschaft in Gemeinschaft mit der städtischen Hilfskasse. Es hat den Zweck, Kriegsgetrauten, jungen Paaren gut gearbeitete, geschmackvolle Wohnungseinrichtungen gegen Abzahlung, ohne harte Bedingungen, zur Verfügung zu stellen. Kreditwürdige Käufer haben eine kleine Anzahlung aus eigenen Mitteln zu leisten, den Rest der Kaufsumme erhalten sie von der städtischen Hilfskasse als Darlehen; er ist in Monatsraten rückzahlbar. Die genossenschaftliche Basis wurde gewählt, um das Handwerk zu fördern; die Zentralgenossenschaftsbank für Hessen-Nassau hat den beiden beteiligten Genossenschaften zur Fundierung des Unternehmens einen besonderen Kredit bewilligt. Daß die Billigkeit — eine Dreizimmer-Einrichtung kostet, je nach der Holzart 1200 bis 3000 Mark — die Güte und Schönheit der Möbel nicht ungünstig zu beeinflussen braucht, das beweisen die ausgestellten Stücke, die nach Entwürfen von Professor Eberhard angefertigt worden. Sie zeigen vornehme, gefällige Formen neben höchster Zweckmäßigkeit und bester handwerklicher Arbeit. Besonders hübsch ist ein Schlafzimmer aus Tannenholz in einfachen, geraden Formen, mit Mundstab als einziger Verzierung. Leichte Dunstfärbung und dünne Lasterung lassen die Maserung des Holzes stark hervortreten und geben eine effektvolle Wirkung. Ein Glashaft zum Aufbewahren von Glas und Porzellan oder Büchern darf als vorbildlich bezeichnet werden. Besonderer Wert ist auf Wand schmuck und Wirtschaftsgeräth gelegt, das von Frankfurter Firmen geliefert wird, die dem Werkbund angehören.

„Witwen- und Waisenwoche im Felde.“

Mit Bewilligung des k. u. k. Armeeeberkommandos veranstaltet der unter dem Protektorat des Kaisers und der Kaiserin stehende k. k. Oesterreichische Militär-Witwen- und -Waisenfonds in Wien gemeinsam mit dem Kriegsfürsorgeamt des k. ung. Honvedministers in Budapest eine „Witwen- und Waisenwoche im Felde“. Die „Witwen- und Waisenwoche im Felde“ hat den Zweck, durch Werbung von Mitgliedern für die genannten Verbände, durch Sammlung von Spenden und Durchführung verschiedener im Felde möglicher Veranstaltungen den beiden Zentralstellen für Witwen- und Waisenfürsorge namhafte Mittel zuzuführen, damit dieselben in die Lage versetzt werden, ihre Fürsorgetätigkeit für die Hinterbliebenen unsrer gefallenen Helden in möglichst reichlichem Maße auszuüben. Der gesammte Ertrag der „Witwen- und Waisenwoche im Felde“ wird auf die genannten Fürsorgestellen zur Hälfte aufgeteilt. Zur Entgegennahme der Durchführungsbestimmungen fand nun auf Veranlassung des k. u. k. Armeeeberkommandos am Donnerstag, den 22. Februar, im Empfangssalon des k. k. Landesverteidigungsministers k. u. k. Generaloberst Freiherrn v. Georgi eine Konferenz statt, der einerseits delegierte Offiziere aller österreichisch-ungarischen Armeetruppen im Felde, andererseits die Vorstandsmitglieder des k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und -Waisenfonds und des k. ung. Kriegsfürsorgeamtes beivohnten. Die Konferenz wurde durch die persönliche Teilnahme des Protektorstellvertreters des k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und -Waisenfonds, des Erzherzogs Leopold Salvator, der der geplanten großzügigen Aktion mit wohlwollendster Förderung gegenübersteht, in besonderer Weise ausgezeichnet.

Nach der Begrüßung durch Freiherrn von Georgi, welcher in der Tagung den Vorsitz führte, erstatteten namens des k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und -Waisenfonds Präsident Exzellenz Graf Wickenburg und Vizepräsident Oberleutnant Freiherr v. Springer, namens des königlich-ungarischen Kriegsfürsorgeamtes Oberleutnant Schwimmer eingehende Referate über Ziel, Organisation und finanzielle Gebarung der beiden Fürsorgestellen, während der Vertreter des Ministeriums des Innern Hofrat Prinz Liechtenstein als Leiter des Kriegshilfsbureaus über Jugendfürsorge und die wirtschaftlichen Hilfsbureauz für unsre Krieger Aufklärungen gab. Hierauf referierte der Leiter des Werbebureaus im k. k. österreichischen Militär-Witwen- und -Waisenfonds Doktor Ernst Sempel, der im Einvernehmen mit dem ungarischen Kriegsfürsorgeamt mit der Leitung der gesamten Aktion betraut wurde, in übersichtlicher und informativer Weise über die Durchführung der „Witwen- und Waisenwoche im Felde“, die noch im Laufe des Monats März an einzelnen Frontabschnitten abgehalten werden soll. Endlich berichtete der Vertreter des k. u. k. Armeeeberkommandos über die Instruktionsvorschriften des genannten Amtes, worauf in der folgenden Diskussion allerlei Anregungen und Wünsche der delegierten Werbeoffiziere entgegengenommen wurden. Nachdem sodann Erzherzog Leopold Salvator Worte herzlichen Dankes an die Veranstalter gerichtet hatte, die im Interesse der Kriegerwitwen und -waisen mit einer so großzügigen Aktion auch vor die stets opferbereiten Kämpfer treten, schloß der Vorsitzende Exzellenz Freiherr v. Georgi mit den besten Wünschen für einen glänzenden Erfolg die Tagung.

Das Rote Kreuz bittet um Kleider und Wäsche.

Das Materialspendendepot der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, Wien, 1. Bezirk, Landstrongasse Nr. 1, hatte seit Kriegsbeginn ein großes Lager von Wäsche, Kleidern, Krankenwagen, Spitalsartikeln jeder Art, wie Polster, Decken, Stöcke u., angelegt, um damit verwundete oder kranke Soldaten während ihrer Behandlung und beim Austritt aus der Heilanstalt zu betheilen. Viel Gutes wurde mit diesen Gaben gestiftet, viel Dank geerntet. Nun aber ist das Materialspendendepot trotz seiner anfangs so bedeutenden Bestände auf ein Minimum von Vorrat an den wichtigsten Artikeln herabgesunken.

Angeichts der fortwährend noch steigenden Ansprüche, die erfüllt werden müssen, sieht sich die Bundesleitung veranlaßt, die Bevölkerung anzurufen, die ja immer für unsre im Felde verwundeten oder erkrankten Soldaten ein so reges und so warmes Mitgefühl gezeigt hat, und mit der Bitte hervortreten:

Spendet dem Roten Kreuz alte Wäsche, alte Kleider, Schuhe, Kranken-

artikel jeder Art und sonstige Materialien, die Patienten willkommen sind, Briefpapier, Schreibrequisiten, Musikinstrumente, Bücher, Zeitschriften, Spiele u.

Es genügt, eine Korrespondenzkarte an das Materialspendendepot des Roten Kreuzes, Wien, 1. Bezirk, Landstrongasse Nr. 1, zu richten, und die bereitgehaltenen Spenden werden abgeholt. Bei Wohnungswechsel, bei Abwicklung von Verlassenschaften u. erübrigen Familien oft Kleider, Schuhe und Krankenpflegeartikel. Sie können sie nicht edler verwenden, als indem sie diese Stücke, die vom Roten Kreuz desinfiziert und hergerichtet werden, verwundeten Kriegern schenken. An solche Familien ergeht hiemit ein besonderer Appell.

Für die Bundesleitung:

Rudolf Graf Traun, Bundespräsident, Fürstin von Montenuovo, erste Bundesvizpräsidentin.

Z. III. 1917

Kurs für Kanzleimanipulantinnen. Für Witwen und Waisen nach Offizieren oder im Felde gefallenen Angehörigen von Intelligenzberufen, welche Stellen als Kanzleimanipulantinnen in Militäranstalten anstreben, findet demnächst ein Kurs statt. Anmeldungen sind mündlich oder schriftlich an die „Sektion Offizierswitwen des Kuratoriums der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für Kriegervitwen“, IV. Große Neugasse, Mezzanin 12 zu richten. (Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Freitag von 4 bis 6 Uhr.)

„Freibrot für die Armen Wiens.“ In einigen Blättern wird unter diesem Titel ein Aufruf veröffentlicht, der sozusagen in allen Beziehungen merkwürdig ist. Vor allem schon deshalb, weil man gar nicht erfährt, von wem er ausgeht: wer es denn eigentlich ist, der das Recht beansprucht, die arme Bevölkerung unter seine Obhut zu nehmen. Die Anonymität dürfte ihre guten Gründe haben; wir vermuten nämlich sehr, daß da mehr Schafstelhuberei als Ebfelnn, mehr Streberei als soziale Gesinnung am Werke ist. Aus dem Schwulst des Aufrufes, den man nur mit Widerwillen anhört, den Kern herausgeschält, handelt es sich um folgendes: „Es soll der armen Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, Brot unentgeltlich zu erhalten.“ Wie nun? „Es werden nach Maßgabe der durch öffentliche Müßigkeit gesammelten Mittel vorerst in den ärmsten Bezirken an kinderreiche Familien an Stelle der gewöhnlichen Brotkarten Freimarken zur Verteilung gelangen.“ „Gegen Vorweisung der Brotfreimarken sollen die Ärmsten das Brot unentgeltlich erhalten.“ Der Schwindel, da von Freibrot zu reden, ist also offenkundig; es wird ja niemand Brot erhalten, sondern nur eine — Freimark. Aber wer bürgt dafür, daß man auf die „Freimark“ Brot erhält? Das Problem ist doch heute, daß die Vorräte zu knapp sind, um jedermann seine volle Ration in Mehl und Brot zukommen zu lassen; diese Sorge ist mit „durch öffentliche Müßigkeit gesammelten Geldmitteln“ natürlich nicht zu bannen. Die Armen würden durchaus zufrieden sein, wenn ihnen die ihnen zustehende Ration in Mehl und Brot entgeltlich verbürgt würde; es fehlt weit weniger an Geld, um Brot und Mehl zu bezahlen, als an Brot und Mehl, um es zu kaufen. Die ganze „Fürsorgeaktion“ ist also (bestenfalls) ein Unsinn; denn damit, daß die Reichen „Geldmittel“ zur Verfügung stellen, wird doch kein Kilogramm Mehl, kein Laib Brot mehr im Verkehr sein; man braucht aber Lebensmittel, nicht Geldspenden. Nun hat aber die Regierung das wirkliche Problem ja durchaus begriffen und die Aktion beim Ministerpräsidenten verfolgt doch den Zweck, für die minderbemittelte Bevölkerung Lebensmittel beizustellen; die Sorge ist auch hierwoher die Lebensmittel nehmen? Wozu also diese „Freibrot“-Aktion, die doch nichts beistellt als Marken, um deren Entlohnung — nämlich nicht durch Geld, sondern durch Brot — sich niemand kümmern wird? Dabei wollen wir alle Bemerkungen über diese „öffentliche Müßigkeit“, die nichts heißt, aber alle entwürdigt, lieber unterdrücken. Nur weil die ganze „Aktion“ sehr nach Erfindung eines strebsamen Kopfes aussieht, wollen wir doch sagen, daß auch die Armen kein Objekt für fragwürdige Spekulationen sind und das Recht haben, mit derlei unfruchtbaren Schafstelhubereien nicht verhöhnt zu werden.

Der Kaiser für die Freibrotaktion.

Wien, 6. März.

Die Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“ hat, wie voranzusehen war, in der Bevölkerung den lebhaftesten Widerhall gefunden und wiederum war es der Kaiser, der allen voran dieses Hilfswerk, das den Aernsten der Armen zugedacht ist, sogleich in seiner Bedeutung erkannte und ihm seinen machtvollen Schutz angebeihen ließ.

Der Kaiser hat, sobald er nur von dieser Aktion Kenntnis erhielt, an den Initiator derselben, Herrn Dr. Josef Kläger das nachstehende Telegramm gerichtet und sich mit einer Spende an die Spitze der Aktion gestellt:
„Herrn Dr. Josef Kläger, Wien, 9. Bezirk, Müllnergasse 26.

Seine k. u. k. Apostolische Majestät begrüßen die von Euer Hochwohlgeboren angeregte Wohlthätigkeitsaktion „Freibrot für die Armen Wiens“ mit lebhafter Befriedigung und wünschen, daß dieses besonders förderungswürdige Unternehmen, von der hilfsbereiten Teilnahme der Bevölkerung unterstützt, die besten Erfolge erziele.

Seine Majestät haben für die genannte Aktion eine Spende von 5000 Kronen aus Allerhöchsten Privatmitteln huldvollst zu bewilligen geruht, und wird der Betrag Euer Hochwohlgeboren durch die Generaldirektion der Allerhöchsten Privat- und Familienfonds zukommen.

Auf Allerhöchsten Befehl: Ritter v. Polzer.“

Das „Straßburger System“ in Wien.

Die Beratungen über die Möglichkeit, das sogenannte „Straßburger System“ (Preisabstufungen nach den Einkommensverhältnissen der Käufer) auf Wien anzuwenden, haben, wie berichtet, zu dem vorläufigen Vorschlage an die Regierung geführt, an die minderbemittelten Volksschichten billigeres Fleisch abzugeben. Als minderbemittelt sollen Personen gelten, die weniger als 6000 Kronen Jahreseinkommen beziehen. Die bezügliche Stelle in der gezeigten Ausschreibung ist allerdings nicht ganz klar: „alle Personen, welche unter Zugrundelegung einer Jahreseinkommensquote von 1000 Kronen für Erwachsene und 600 Kronen für jedes Kind weniger als 6000 Kronen Jahreseinkommen beziehen.“ Was heißt das und wo ist die Grenze für Personen, die nicht für andere Erwachsene oder für Kinder zu sorgen haben? Oder darf gegebenenfalls eine entsprechende Anzahl von Quoten zu je 1000 beziehungsweise 600 Kronen zu dem Einkommen von „weniger als 6000 Kronen“ hinzugezählt werden, so daß für billigeres Fleisch bezugsberechtigt zum Beispiel eine vierköpfige Familie mit weniger als $6000 + 1000 + 600 + 600 =$ weniger als 8200 Kronen Jahreseinkommen wäre? Eine erläuternde Ergänzung ist wohl zu erwarten. Gemeinverständlicher ist die Bestimmung für Vinz, daß als minderbemittelt solche Haushaltungen anzusehen seien, deren gesamtes Jahreseinkommen 5000 Kronen nicht übersteigt.

Der Ministerpräsident hat die Antwort der Regierung, ob sie die Anlieferung der erforderlichen Fleischmenge verbürgen könne, für die allernächste Zeit zugesagt. Falls diese Antwort bejahend ausfällt, würden also die minderbemittelten Wiener Haushaltungen billigeres Fleisch erhalten können, bis der „vorläufigen Aktion“ die dauernde Aktion folgen kann, was hoffentlich in nicht allzuferner Zeit der Fall ist. Da es für die Fleischverbilligung aber eine untere Grenze gibt, unter die nur bei außerordentlich großen Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln herabgegangen werden könnte, ist aber schwerlich zu erhoffen, daß das Fleisch bei den derzeitigen Verhältnissen zu einem Volksnahrungsmittel werden könnte. Auch wenn der gegenwärtige Fleischpreis um die Hälfte oder um zwei Drittel erniedrigt würde — was wohl ein frommer Wunsch bleibt —, würde er den Minderbemittelten höchstens an Ausnahmetagen erschwinglich sein. Volksnahrungsmittel, die derzeit als solche gelten können, müssen noch viel viel billiger sein, als es das Fleisch jemals werden kann. Daher wird man sich, wenn man die Ernährungsfrage halbwegs befriedigend lösen will, immer wieder mit dem Problem beschäftigen müssen, wie man solche Nahrungsmittel, deren Preis auch den minderbemittelten Schichten noch erreichbar ist, in hinlänglicher Menge herbeischaffen kann. Es kommen da vor allem die Produkte des Bodens, die Erzeugnisse der Gemüsegärtnerei in Betracht. Bei vorhandener Knappheit wäre es vielleicht zweckmäßig, den Wohlhabenden das Bezugsrecht solcher billigerer Nahrungsmittel zu sperren oder doch zu drosseln, damit die Minderbemittelten zu ihrer Nahrung kommen können. Die billigen Volksnahrungsmittel (Kartoffel, Rüben, Kraut, gewisse Gemüsesorten, Innereien und sonstige billigere Nebenprodukte der Viehschlachtung) für das minderbemittelte Volk, den Wohlhabenden die teuren Sachen!

8. VII. 1917

91

Fleisch für die Minderbemittelten in Wien.

Die Vertreter Wiens beim Ministerpräsidenten.

In Ausführung des Beschlusses der gestrigen Obmännerkonferenz begab sich heute, so berichtet die Rathauskorrespondenz, Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Obmännern der Gemeindeparteien Dr. Hein, Neumann und v. Steiner zum Ministerpräsidenten Graf Clam-Martinić, um die Fleischaktion der Regierung im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse der Stadt Wien zu besprechen.

Hrn. Dr. Weiskirchner begrüßte diese Aktion der Regierung mit dankbarer Anerkennung, wenn er auch gestehen müsse, daß dadurch nur ein Teil der Ernährungsfragen zur Lösung gebracht werde, und brachte sodann den einstimmigen Beschluß der Obmännerkonferenz, der Regierung folgende Vorschläge zu unterbreiten, zur Kenntnis des Kabinettschefs:

Die geplante Fleischaktion der Regierung solle, wenn möglich sofort einsetzen, infolgedessen sei ohne weitere Erhebungen eine vorläufige Maßnahme zu verfügen, durch welche den bedürftigsten Bevölkerungsschichten sofort ein teils unentgeltlicher, teils billiger Fleischbezug gewährleistet werde. Die Obmännerkonferenz spreche sich dafür aus, daß von der Regierung sofort die nötige Fleischmenge zur Verfügung gestellt werde, um in der allgemeinen öffentlichen und unentgeltlichen Ausspeisung, von welcher dormalen rund 80.000 Personen verköstigt werden, Fleisch abgeben zu können. Alle diese Personen sind, bevor sie der unentgeltlichen Ausspeisung teilhaftig wurden, von den Frauenhilfskomitees in den 21 Bezirken erkundet worden und gehören zweifellos zu der bedürftigsten Schichte jener Bevölkerung, welcher die Regierung Hilfe angedeihen lassen will. Rund 20.000 Personen nehmen an den von der Gemeinde Wien aus den Mitteln der Zentralstelle im Rathause unterhaltenen 35 Kriegsküchen teil, und es wäre in diesen Kriegsküchen Fleisch zu billigsten Preisen zu verabreichen, ebenso in den Volksküchen, in den Suppen- und Teeanstalten und ähnlichen Vereinseinrichtungen, so daß schon im ersten Augenblick eine Bevölkerungsschichte von rund 150.000 Personen des unentgeltlichen oder billigeren Fleischbezuges teilhaftig würde. Die vorbezeichneten Anstalten sind ohne weiteres ausgestaltungsfähig und können auf eine Leistungsfähigkeit für die Verköstigung von 200.000 Personen gebracht werden. Die Obmännerkonferenz sei sich bewußt, daß damit nur eine vorläufige Maßnahme getroffen werde, daß es sich aber um einen endgültigen Ausbau handle und in dieser Beziehung unterbreite die Obmännerkonferenz der Regierung den Vorschlag, alle Personen, welche unter Zugrundelegung einer Jahreseinkommensquote von 1000 Kronen für Erwachsene und 600 Kronen für jedes Kind weniger als 6000 Kronen Jahreseinkommen beziehen (gemeint sind offenbar Haushaltungen mit einem Gesamth Jahreseinkommen von unter 6000 Kronen. D. R.) in jene Bevölkerungsschichte einzubeziehen, welche des billigeren Fleischbezuges teilhaftig werden soll. Gleichzeitig kann die Obmännerkonferenz nicht umhin, auf die Schwierigkeiten der Durchführung dieser Maßnahmen in Wien und auf das bedeutende Erfordernis an Vieh hinzuweisen. Es sei daher in erster Linie Pflicht der Regierung, der Gemeinde die auf Wien entfallende Quote an Geld bzw. an Vieh bekanntzugeben; die Verwendung des Geldes bzw. Fleisches wäre der Gemeinde zu überlassen.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinić nahm die Ausführungen des Bürgermeisters mit größtem Interesse entgegen, würdigte insbesondere den als vorläufige Maßnahme erklärten Vorschlag und sagte zu, daß

in wenigen Tagen auf Grund der Verhandlungen mit dem Ackerbauministerium der Gemeinde die nötigen Aufschlüsse behufs Durchführung der weiteren Organisation mitgeteilt würden.

Hr. Reumann ersuchte den Ministerpräsidenten, unentwegt auf den Abbau der Vieh- und Fleischpreise hinzuwirken, und wies darauf hin, daß unter Umständen durch die Fleischaktion der Regierung ein solcher Abbau behindert werde. Hr. Dr. Hein wies auf die allgemeinen Schwierigkeiten der Volksernährung in Wien hin.

Hr. v. Steiner forderte einen Abbau der Zentralstellen und wies auf die Notwendigkeit hin, daß schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen werden, um nach Kriegsschluß den legitimen Groß- und Kleinhandel wieder in seine Rechte einzusetzen.

Da wohl die Mehrzahl der Personen, welchen durch diese Aktion wieder der Fleischgenuß ermöglicht werden soll, seit langem wegen der hohen Preise auf die Fleischnahrung verzichten mußte, wird in Zukunft der Fleischbedarf Wiens sich entsprechend steigern. Dieser neue Bedarf wird durch neue Zufuhren zu decken sein, wenn nicht gerade infolge der Fleischhilfsaktion den Mittelstandshaushaltungen (von 6000 Kronen Gesamtjahreseinkommen aufwärts bis etwa zu 20.000 bis 30.000 Kronen) die Fleischnahrung, die sie bisher gerade noch zu bestreiten vermocht haben, entzogen werden soll; denn eine solche Wirkung müßte es haben, wenn der Fleischbedarf der neuen Hilfsaktion aus der gegenwärtigen Fleischzufuhrmenge bestritten würde. Die Vermehrung des Fleischverbrauches steht also, wenn man nicht beim Verstopfen des alten ein neues Loch aufreißen will, eine entsprechende Steigerung der Zufuhr voraus; am zweckmäßigsten und reibungslosesten schien es zu sein, wenn die sogenannte Fleischaktion überhaupt ganz getrennt von der laufenden Fleischversorgung Wiens, die nicht beeinträchtigt werden darf, wenn nicht neue Uebel entstehen sollen, ihren Fleischbedarf decken würde.

Erwähnt zu werden verdient bei dieser Gelegenheit der im Nationalverband vom Abgeordneten Summer vertretene Vorschlag, künftig bei Kürzungen der Mehlration der Bevölkerung Fleisch als Ersatz zu bieten und zwar für je ein viertel Kilogramm Mehl, das gestrichen wurde, beiläufig ein halbes Kilogramm Fleisch zum Höchstpreise von 3 Kronen pro Kilogramm. Ob der Vorschlag zweckmäßig und durchführbar ist, kann hier nicht untersucht werden.

Die Bedingungen für den unentgeltlichen Bezug von Fleisch in Wien.

Die Obmännerkonferenz des Gemeinderates beim Ministerpräsidenten.

Wien, 7. März

In Ausführung des Beschlusses der gestrigen Obmännerkonferenz begab sich heute Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien Dr. Hein, Neumann und v. Steiner zum Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinić, um die Fleischaktion der Regierung im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in Wien zu besprechen. Dr. Weiskirchner begrüßte diese Aktion der Regierung mit dankbarer Anerkennung, wenn er auch gestehen müsse, daß durch diese Aktion nur ein Teil der Ernährungsfragen zur Lösung gebracht werde, und brachte sodann den einstimmigen Beschluß der Obmännerkonferenz, der Regierung folgende Vorschläge zu unterbreiten, zur Kenntnis des Kabinettschefs:

Die geplante Fleischaktion der Regierung solle, wenn möglich, sofort einsetzen, insgedessen sei ohne weitere Erhebungen eine provisorische Maßnahme zu verfügen, durch welche den bedürftigsten Bevölkerungsschichten sofort ein teils unentgeltlicher, teils billiger Fleischbezug gewährleistet werde. Die Obmännerkonferenz spreche sich dafür aus, daß von der Regierung sofort das nötige Fleischquantum zur Verfügung gestellt werde, um in der allgemeinen öffentlichen und unentgeltlichen Auspeisung, von welcher dormalen rund 80.000 Personen verköstigt werden, Fleisch abgeben zu können. Alle diese Personen sind, bevor sie der unentgeltlichen Auspeisung teilhaftig wurden, von dem Frauenhilfskomitees in den 21 Bezirken recherchiert worden und gehören zweifellos zu der bedürftigsten Schichte jener Bevölkerung, welcher die Regierung Hilfe angedeihen lassen will. Rund 20.000 Personen nehmen an den von der Gemeinde Wien aus den Mitteln der Zentralstelle im Rathause unterhaltenen 35 Kriegsküchen teil, und es wäre in diesen Kriegsküchen Fleisch zu billigsten Preisen zu verabreichen, ebenso in den Volksküchen, in den Suppen- und Teeanstalten und ähnlichen Vereinseinrichtungen, so daß schon im ersten Augenblick eine Bevölkerungsschichte von rund 150.000 Personen des unentgeltlichen oder billigeren Fleischbezuges teilhaftig würde. Die vorbezeichneten Anstalten sind ohne weiteres ausgestaltungsfähig und können auf eine Leistungsfähigkeit für die Verköstigung von 200.000 Personen gebracht werden.

Die Obmännerkonferenz sei sich bewußt, daß damit nur eine provisorische Maßnahme getroffen werde, daß es sich aber um einen definitiven Ausbau handle, und in dieser Beziehung unterbreite die Obmännerkonferenz der Regierung den Vorschlag, alle Personen, welche unter Zugrundelegung einer Jahreseinkommensquote von 1000 Kronen für Erwachsene und 600 Kronen für jedes Kind weniger als 6000 Kronen Jahreseinkommen beziehen, in jene Bevölkerungsschichte einzubeziehen, welche des billigeren Fleischbezuges teilhaftig werden soll. Gleichzeitig kann die Obmännerkonferenz nicht umhin, auf die Schwierigkeiten der Durchführung dieser Maßnahmen in Wien und auf das bedeutende Erfordernis an Vieh hinzuweisen. Es sei daher in erster Linie Pflicht der Regierung, der Gemeinde die auf Wien entfallende Quote an Geld, beziehungsweise an Vieh bekanntzugeben; die Verwendung des Geldes, beziehungsweise Fleisches wäre der Gemeinde zu überlassen.

Der Ministerpräsident nahm die Ausführungen des Bürgermeisters mit größtem Interesse entgegen, würdigte insbesondere den als provisorische Maßnahme erklärten Vorschlag und sagte zu, daß in wenigen Tagen auf Grund der Verhandlungen mit dem Ackerbauministerium der Gemeinde die nötigen Aufschlüsse behufs Durchführung der weiteren Organisation mitgeteilt würden.

Gemeinderat Neumann ersuchte den Ministerpräsidenten, unentwegt auf den Abbau der Vieh- und Fleischpreise hinzuwirken, und wies darauf hin, daß unter Umständen durch die Fleischaktion der Regierung ein solcher Abbau behindert werde.

Gemeinderat Dr. Hein wies auf die allgemeinen Schwierigkeiten der Volksernährung in Wien hin.

Gemeinderat v. Steiner forderte einen Abbau der Zentralstellen und wies auf die Notwendigkeit hin, daß schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen werden, um nach Kriegschluß den legitimen Groß- und Kleinhandel wieder in seine Rechte einzusetzen.

Beibehaltung des fettlosen Tages.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei ausdrücklich festgesetzt, daß auch nach der Neuregelung der fleischlosen Tage der fettlose Tag am Samstag ansrecht bleibt, da die Neuregelung den § 6 der Verordnung vom 14. Juli 1916, der den fettlosen Tag festgesetzt hat, nicht tangiert.

Die billige Fleischnahrung für Minderbemittelte.

Vorsprache der Gemeinderatsobmänner beim Ministerpräsidenten. — Die Vorschläge der Stadtverwaltung. — Vorläufig Fleisch für öffentliche Speisehallen. — Wer hat als „minderbemittelt“ zu gelten?

Die Obmänner der Gemeinderatsparteien, unter der Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, haben gestern dem Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic Vorschläge über die Versorgung der minderbemittelten Volksschichten mit billigem Fleisch bekanntgegeben. Diese Vorschläge gliedern sich in provisorische und definitive Vorkehrungen. Zunächst soll die Regierung der Gemeinde Wien sogleich erforderliche Fleischmengen überlassen, damit die öffentlichen Speiseanstalten, das sind Kriegs- und Volksküchen, Suppen- und Teeanstalten, auch die unentgeltliche Auspeisung mit Fleischkost versehen werden können. Alle diese Speisestellen verköstigen jetzt rund 150.000 Personen, ihre Leistungsfähigkeit kann natürlich gesteigert werden, vor allem, wenn die Gemeinde Wien pflichtgemäß zur Ausgestaltung des Kriegsküchenwesens schreitet. Eben dieser Ausbau erfordert aber die Gewähr auf ausreichende Versorgung der Kriegsküchen mit den zur Herstellung der Speisen notwendigen Rohstoffen, und da der Mangel an Gemüse und Kartoffeln leider noch lange anhalten dürfte, sollen den Ausfall Fleischgerichte ersetzen. Man muß sich diese Tatsache vor Augen halten, um die Tragweite und den zu beanspruchenden Aufwand zu ermessen. Und doch handelt es sich hier um eine vorläufige Maßregel. Für den dauernden Zustand müssen organisatorische Verfügungen getroffen werden, die naturgemäß über das Provisorium weit hinausreichen. Die Obmännerkonferenz hat dem Ministerpräsidenten vorgeschlagen, allen Familienerhalter und Einzelpersonen, die ein gewisses Mindesteinkommen haben, als „minderbemittelt“ des Bezuges billigen Fleisches teilhaftig werden zu lassen. Nach dem Vorschlage der Obmännerkonferenz gelten als minderbemittelt Personen, die weniger als 6000 Kronen Jahreseinnahmen beziehen, jedoch für eine bestimmte Anzahl nicht erwerbender Angehörigen zu sorgen haben. Hier wird die Jahresquote mit 1000 Kronen für Erwachsene, mit 600 Kronen für jedes Kind angenommen. Beispiel: Ein Beamter mit 5900 Kronen Jahreseinkünften hat für seine bei ihm wohnende Mutter, seine Frau, ein Dienstmädchen und für drei unmündige Kinder zu sorgen; demnach entfallen auf die Erwachsenen 4000 Kronen, auf die drei Kinder 1800 Kronen jährlich. Dieser Familienerhalter würde also unter die „Minderbemittelten“ fallen, sein unvermählter Amtsbruder mit denselben Einkünften jedoch nicht, selbst dann nicht, wenn er etwa für zwei oder drei Personen zu sorgen hätte, weil dann nach dem der Berechnung zugrunde liegenden Schlüssel auf jede Person eine Quote von mehr als 1000 Kronen entfällt. Ob diese Auslegung der im nachfolgenden Audienzbericht der „Rathauskorrespondenz“ enthaltenen unklaren Angaben zutreffend ist, wird sich erweisen, wenn genauere Erläuterungen vorliegen. Nach früheren Berechnungen des Bürgermeisters, der die Zahl der Minderbemittelten Wiens mit 50 Prozent der Bevölkerung veranschlagte, scheint unsere Auffassung richtig zu sein.

Jedenfalls ist die Durchführung der großzügigen Fleischaktion mit bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft, falls sie nicht, über den ursprünglichen Plan der staatlichen Zuschüsse zur Deckung der Differenz zwischen Marktpreis und Abgabepreis beim Verkauf an Bezugsberechtigte hinausgehend, auf möglichst bald einsetzenden Abbau der Vieh- und Fleischpreise abzielt. Sie muß eine Notstandsaktion für die nächste Zukunft darstellen und durch sich selbst auf die allgemeine Preisbildung wohltätig einwirken.

Brot für Arme.

Wie wir erfahren, sind dem Präsidium dieser schönen Aktion der Handelsminister Dr. Urban, der Ernährungsminister Oberst v. Döfer, Militärkommandant G. d. J. Freiherr v. Kirchbach und Gemahlin, der Statthalter Freiherr v. Bleyleben und Gemahlin, Baron Louis Rothschild, Baron Johann Alexander Königswarter und Bergrat Max Ritter v. Guttman beigetreten.

Gestern wurde der Anreger der Idee Dr. Josef Kläger in Vertretung des Bürgermeisters vom Lebensmittelreferenten der Kommune Magistratssekretär Dr. Großkopf empfangen, der mit Dr. Kläger die Aktion im Detail besprach und nach Entwicklung einer Reihe sehr wertvoller Anregungen dem Bürgermeister genauestens zu berichten versprach.

Von Baron Johann Alexander Königswarter wurden für die Aktion 10,000 S. fünfte Kriegsanleihe gespendet.

Die Fleischaktion der Regierung.

Von Ministerialrat Professor Dr. Walter Schiff.

Wien, 8. März.

Die neueste Regierungsaktion, die darauf zielt, den bedürftigsten Bevölkerungsklassen Nahrungsmittel, in erster Linie gutes Fleisch, dadurch zugänglich zu machen, daß der Staat einen Teil der Beschaffungskosten trägt, muß als schieben gebilligt werden. Mit Recht soll diese Aktion in erster Linie denjenigen Schichten zugute kommen, welche von den Kriegsverhältnissen am stärksten betroffen sind. Ebenso richtig ist der zweite Grundsatz, das staatlich anzukaufende Fleisch soweit als möglich an die schon bestehenden oder noch zu errichtenden Speiseorganisationen zuzuweisen. Denn diese lassen — wenn gut geleitet — eine rationellere Gebahrung erwarten als viele kleine Einzelhaushaltungen, und sie verhindern auch manche sonst nicht vermeidbare Mißbräuche, wie die Weiterveräußerung des leicht verkäuflichen Rohmaterials.

Man kann nun im großen und ganzen drei Bevölkerungsschichten unterscheiden, die hauptsächlich für diese Aktion in Betracht kommen:

Die unterste Stufe bilden die eigentlichen Armen, die sich schon früher den Fleischgenuß als zu kostspielig fast ganz versagen mußten; die Knappheit der anderen Nahrungsmittel und deren Preissteigerung beeinträchtigt deren Ernährungsmöglichkeit am stärksten. Diese Schichte, zu der ein großer Teil der Empfänger von Unterhaltsbeiträgen gehört, ist heute außerstande, sich aus eigener Kraft auch nur die allernotwendigsten Nahrungsmittel zu beschaffen, geschweige denn, Fleisch selbst nur um die Hälfte oder den dritten Teil des heutigen Preises zu kaufen. Ihr muß daher das Fleisch ganz unentgeltlich zugänglich gemacht werden.

An zweiter Stelle stehen die Arbeiter. Auch für diese, zwar nicht armen, aber doch notleidenden Personen bestehen große Ernährungsschwierigkeiten. Mit Recht sagt Abgeordneter Dr. Freißler in seinem interessanten Artikel in der „Neuen Freien Presse“ vom 6. März, daß für sie ein Abbau der Fleischpreise selbst um 1 und 2 Kronen ohne Bedeutung wäre, da ihnen das Fleisch auch um einen so ermäßigten Preis nicht erschwinglich wäre. Es müßte daher hier eine viel weitergehende Ermäßigung des Fleischpreises eintreten, etwa bis zur Hälfte.

Die dritte Klasse wird durch den unteren Bürgertand, die kleinen Beamten u. dgl. gebildet. Sie steht ökonomisch der Arbeiterschaft nahe; das für diese Gesagte gilt auch hier.

Für jede dieser drei Schichten haben sich ferner besondere Speiseorganisationen entwickelt:

Für die erste Schichte der ganz Armen die unentgeltlichen Ausspeisungen durch die Gemeinden oder unter deren Leitung durch soziale Fürsorgekörper-schaften;

für die zweite Schichte die von einzelnen großen Unternehmungen oder Verbänden errichteten Betriebsküchen und die den Ausspeisungen analogen Kriegsküchen im engeren Sinne. Hier wird das Essen, zumeist aus zwei Speisen bestehend, gegen Ersatz der ganzen Kosten oder eines Teiles derselben abgegeben;

für die dritte Schichte, die Gemeinschaftsküchen, Mittelstandsküchen, Speisegemeinschaften u. dgl., gleichsam genossenschaftliche Organisationen auf gemeinsame Kosten.

Der zweiten und dritten Gruppe dienen ferner die Volksküchen, Suppen- und Teeanstalten und dergleichen.

Die hier festgehaltene Reihenfolge der verschiedenen Organisationsformen müßte auch für die Fleischzuteilung maßgebend sein. Abgeordneter Dr. Freißler stellt dafür ausschließlich die Betriebs- und Gemeinschaftsküchen in den Vordergrund und verlangt die Zuweisung des Fleisches vor allem an diese. Es mag dahingestellt bleiben, ob es überhaupt oder gar so rasch möglich wäre, solche Küchen in der erforderlichen Anzahl zu errichten und die vielen sachverständigen und erprobten Wirtschaftserinnen zu finden, die eine rationelle Gebahrung gewährleisten. Sicher aber ist es, daß damit nur ein Teil und nicht einmal der dringendste Teil der Aufgabe gelöst wäre.

Denn ein großer Teil der Arbeiterschaft, namentlich aber gerade die bedürftigsten Bevölkerungskreise, denen doch in erster Linie geholfen werden muß, würden ganz unberücksichtigt bleiben. Es muß also unbedingt die Einbeziehung auch der Kriegsküchen im engeren Sinne und der Ausspeisungen in die Aktion gefordert werden.

Die Gleichstellung der überwiegend von Arbeitern besuchten Kriegsküchen mit den Betriebs- und Gemeinschaftsküchen dürfte wohl allseits ungeteilte Zustimmung finden.

Hinsichtlich der — nur den Allerärmsten zugänglichen — unentgeltlichen Ausspeisungen könnte aber leicht eingewendet werden, daß deren Einbeziehung die Kosten für den Staat allzu stark erhöhen würde. Ein solcher Einwand trifft aber nicht zu. Denn die unentgeltlichen Ausspeisungen erfassen einen verhältnismäßig engen Kreis von Personen — in Wien sind es gegenwärtig nur etwa 80.000. Legen wir, um einem weiteren Wachsen der Ausspeisungen Rechnung zu tragen, der Kostenschätzung 100.000 Personen zugrunde, denen viermal in der Woche Fleisch geboten würde, so ergibt das im Jahr etwa 20 Millionen Portionen. Da man für 80 Heller eine halbwegs ausreichende Fleischportion herstellen kann, so würden sich die Kosten für Wien auf 16 Millionen, für ganz Oesterreich schätzungsweise höchstens auf 40 Millionen belaufen. Die Kriegs-, Betriebs-, Gemeinschafts-, Volksküchen- und Suppen- und Teeanstalten dürften an Besucherzahl den Ausspeisungen höchstens gleichkommen. Hier würde der Staat wohl nur etwa die Hälfte des Preises zuschießen. Diese Kosten wären also für Wien mit 8, für ganz Oesterreich mit 20 Millionen

Kronen zu veranschlagen, so daß sich für diese Organisationen insgesamt 60 Millionen Kronen ergeben. Dieser Aufwand kann um so weniger als übermäßig angesehen werden, als es für die Verwaltung große Schwierigkeiten haben wird, die nicht solchen Küchen angegliederten Bedürftigen in zweckmäßiger Weise in die Aktion einzubeziehen.

Versorgung der Angehörigen von Vermissten. Das Kriegsministerium erläßt nähere Bestimmungen zum kaiserlichen Erlaß über die Bewilligungen für Angehörige Vermisster. Die wichtigsten dieser Bestimmungen lauten:

Soweit die Kriegsteilnehmer bereits länger als 18 Monate vermißt werden, gelten sie als verschollen und im Kriege geblieben. Den Witwen und Waisen und Eltern der Verschollenen wird beim Zutreffen der übrigen Voraussetzungen des Gesetzes das Witwen- und Waisengeld sowie die Kriegsversorgung in Grenzen der gesetzlichen Sätze bewilligt werden. Für solche Angehörigen Vermisster — Geschwister, Geschwisterkinder und Pflegekinder —, denen eine Hinterbliebenenversorgung nach dem Militärhinterbliebenengesetz nicht zuteil werden kann, sind die bisherigen Zuwendungen unverzüglich einzustellen. An ihrer Stelle können die bisherigen Beträge in halber Höhe bis zu drei Monaten weitergewährt werden. Die Ersatztruppenteile setzen die Angehörigen bei der ersten Zahlung von der Aenderung ihrer Bezüge unter kurzer Darlegung des Sachverhalts in Kenntnis. Für die Zukunft sind die Beteiligten bereits bei der Aufforderung zur Vorlage der vorgeschriebenen Urkunden usw. auf die beabsichtigte Aenderung ihrer Bezüge hinzuweisen. Werden Verschollene nach Bewilligung der Versorgungsgebühren für tot erklärt, so ist die Versorgung unter Anrechnung der bereits gezahlten Beträge für die bis zum Todestage zurückliegende Zeit nach den dafür geltenden Vorschriften endgültig zu regeln. Die Lieferungsverbände sind hierauf besonders hinzuweisen. Ein Kriegsteilnehmer, der zwar bei den militärischen Dienststellen als vermißt geführt wird, dessen Tod aber bereits standesamtlich beurkundet ist, gilt solange als tot, als nicht bestimmte Anzeichen für das Leben des Vermissten vorhanden sind. Die Hinterbliebenen sind nach den Grundsätzen für Hinterbliebene von Gefallenen abzufinden.

10. / II. 1917

99

Minister Johann v. Sandor an „Oesterreich für Ungarn“.

Der ungarische Minister des Innern Johann v. Sandor hat an das Präsidium „Oesterreich für Ungarn“ (österreichisches Komitee für den Wiederaufbaukriegszerstörter Heimstätten in den Karpathen Ungarns-Siebenbürgens) folgendes Schreiben gerichtet:

„Die geschätzte Zuschrift vom 15. Februar 1917 habe ich dankend erhalten. Riefen schon die Motive, welche zur Bildung des unter dem Allerhöchsten Protektorat Seiner Majestät unsres erlauchten Monarchen stehenden Komitees „Oesterreich für Ungarn“ führten, in Ungarn allgemein die Gefühle des innigsten Dankes und einer wohlthuenden, patriotischen Befriedigung hervor, so wird diese Wirkung gewiß noch gesteigert und vertieft durch die gütige Mitteilung über die Verfügung, daß der großzügigen Bewegung nun auch die Schuljugend Wiens und Niederösterreichs einbezogen werden soll. In dem schwingvollen Aufruf des hochverehrten Komitees wurde sehr richtig darauf hingewiesen, wie Oesterreichs tapfere Krieger in den Karpathen, und ungarische Truppen an den Grenzen Oesterreichs mit weiteifernder Opferfreudigkeit, in brüderlicher Eintracht ihr teures Blut geopfert und heute noch heldenmütig vergießen. Ich möchte meinerseits hinzufügen, daß diese überwältigende, uns alle mit gerechtem Stolz erfüllende Erscheinung uns hinter der Front die heiligste Pflicht auferlegt, die in beispiellosem Ringen festgeschmiedeten Bande treuer Bruderliebe sorgfältig zu wahren und dadurch das vertrauensvolle Zusammenwirken auch für die Friedenswerke der Zukunft zu sichern. Das Unternehmen des hochverehrten Komitees, die Bewegung zugunsten der von dem menschlichen, feindlichen Einbruch arg heimgesuchten siebenbürgischen Gegenden Ungarns bis in die weitesten Schichten der Bevölkerung zu verbreiten und die den blutgetränkten Aedern der Schlachtfelder

entprossenen edlen Triebe in empfängliche Kinderherzen weiterzupflanzen, ist besonders geeignet, in der erwähnten Richtung erfolgreich mitzuwirken. Wie alles, was vom Herzen kommt, wird auch diese Tat in dem Herzen jedes Ungarn, besonders aber der Bevölkerung des siebenbürgischen Landestelles, den wärmsten Widerhall finden und eine unauslöschliche Dankbarkeit erwecken, die gewiß segensreiche Früchte tragen wird. Mit besonderer Hochachtung:

Sandor, m. p.

Budapest, am 27. Februar 1917.

10. / III. 1917

100

(Eine Fris Kreisler-Spende.) Unser berühmter Landsmann, der ausgezeichnete Geiger Fris Kreisler, der in Amerika lebt, hat, wie unsere Leser wissen, schon bei verschiedenen Gelegenheiten größere Geldbeträge an uns geschickt, dafür bestimmt, nothleidenden Musikern in Wien zu helfen. Es ist schon eine sehr beträchtliche Summe, die wir von dem Herraus wohlthätigen Künstler erhalten haben, und es wurde so manche Träne getrocknet. Nun hat uns Herr Kreisler neuerlich den Betrag von zweitausend Kronen überwiesen, die wir verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen überweisen werden. Einzelgesuche an die Redaktion unsres Blattes können nicht berücksichtigt werden, da wir nicht in der Lage sind, in jedem einzelnen, noch so berücksichtigungswerten Fall die notwendigen Recherchen zu pflegen. Leider wird auf dem Gebiete der privaten Wohlthätigkeit so viel Mißbrauch getrieben, daß, wollten wir eine Verteilung selbst vornehmen, vielleicht gerade die Würdigen leer ausgingen. Wir werden in einigen Tagen die Fonds bekannt geben, denen wir das Geld zukommen lassen; nothleidende Musiker sind dann in der Lage, die Kreisler-Spende bei den noch namhaft zu machenden Institutionen in Anspruch zu nehmen. Zu bemerken wäre noch, daß nach den Wünschen des Herrn Kreisler seine nach Wien gelangten Spenden ausschließlich an solche Musiker zu verteilen sind, die in Wien leben, mithin Gesuche aus der Provinz keine Beachtung finden können. Wie uns der Künstler seinerzeit mittheilte, hatte er deshalb diese Bestimmung getroffen, weil er auch nach andren großen Städten Geld gelangen läßt.

Rindfleischsorten ohne Zublage.

Amtlich wird verlautbart: Die Statthalterei hat in ihrer Verordnung vom 8. d., in Abänderung der Bestimmungen über den Verkauf des Volksrindfleischs die Verfügung getroffen, daß nunmehr gewisse Sorten des vorderen Fleisches ohne Zublage verkauft werden müssen, um zu verhindern, daß zu solchen Fleischstücken, die viele Knochen enthalten, noch überdies eine Zublage gegeben wird. Die Verordnung enthält folgende Bestimmungen: „An Stelle des § 5 der Statthaltereiverordnung vom 20. Februar d. J. haben nachstehende Bestimmungen zu treten: Der Preis des Volksrindfleischs wird für vorderes und hinteres Fleisch gleich hoch, bis auf weiteres mit K. 8 für ein Kilogramm festgesetzt. Beim Verkauf des Volksrindfleischs darf zu folgenden Sorten: Brust, Trüffel, vorderes Prätel, hinterer Wadenschinken, Stich und Ohrwangel keine Zublage gegeben werden. Für das sonstige vordere Fleisch darf die Zublage 15 Prozent, für hinteres Fleisch 20 Prozent nicht übersteigen. Der Verkauf von Knochen ist verboten. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.“ — Die Bestimmung der Zublage für einzelne Volksrindfleischsorten wird die Konsumenten vor der Willkür, mit der bisher beim Verkauf vorgegangen wurde, schützen. Bekanntlich haben manche Käufer dieses Rindfleischs sehr schöne Stücke erhalten, dafür aber andere sehr Knochenreiche, die sich daher verhältnismäßig teuer stellten.

11. III. 1917

*** Die Wiener Frauenhilfsaktion für die Heimarbeiterschaft.** Auf Beschluß des Beirates der Frauenhilfsaktion im Kriege begaben sich Donnerstag die Vertreterinnen sämtlicher Frauenorganisationen Wiens unter Führung von Frau Verta Weiskirchner zum Kriegsminister. Frau Kass erklärte den Zweck der Abordnung und verwies auf die großen Mißstände für die Heimarbeiterschaft durch die bisherige Art der Vergabung von Lieferungen für das Heer. Sie schilderte die überaus traurige Lage der Heim-

arbeiterinnen, die durch den mangelhaften Schutz der verschiedenen Behörden arg bedrückt und der Verzweiflung nahegebracht werden. Es wurde eine Denkschrift übergeben, in der alle Sorgen und Wünsche der Heimarbeiterschaft dargelegt und Vorschläge zur Abhilfe unterbreitet werden. Kriegsminister Generaloberst Ritter v. Krobatin meinte, daß diese Angelegenheit eigentlich in den Verwaltungskreis des Arbeitsministeriums falle. Frau Freundlich entgegnete, daß das Kriegsministerium als derzeit größter Auftragneher gewiß in der Lage sei, auf die Bedingungen, unter welchen solche Lieferungen vergeben werden, bestimmenden Einfluß zu nehmen. Nachdem Frau Freund-Marcus die Löhne der Unternehmer im Vergleich mit den von den Fürsorgeanstalten bezahlten Löhnen besprochen hatte, bat Frau Weiskirchner den Kriegsminister einzuwirken, daß die Hilfsaktion und die anderen Fürsorgestellen bei Vergabung von Arbeiten in erster Linie berücksichtigt werden mögen. Der Kriegsminister versprach, die Eingabe der Frauenhilfsaktion eingehend studieren zu lassen und das Ergebnis bekannt zu geben. Man sei nicht abgeneigt zu erwägen, ob die Heimarbeiter und -arbeiterinnen nicht den demnächst neu zu errichtenden Lohn- und Beschwerdekommisionen für die Kriegseleistungsbetriebe anzugliedern seien.

11. III. 1917

103

Dazu wird uns geschrieben: Zu wiederholtenmalen tauchte im Zentraldamenbeirat der Frauenhilfsaktion die dringende Frage der Beschaffung von Arbeit für viele Tausende fleißiger Hände auf, wobei leider immer wieder konstatiert worden war, daß die Fürsorgestellen bei der Vergebung von Lieferungen für das Heer (derzeit der größte und beinahe einzige Arbeitgeber für Heimarbeiter) sehr stiefmütterlich behandelte werden. Die Lieferungen werden im Offizierweg vergeben; es entzieht sich aber vollkommen der Kontrolle der Öffentlichkeit, nach welchen Grundsätzen dabei vorgegangen wird. Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich unter den Bewerbern und späteren Vergebern für Militärwäsche und Bekleidungsstücke Ringspielbesitzer, Branntweinbrenner, Jyristen, Staatsbeamte u. befinden, die sich vor dem Kriege sicher niemals mit derartigen Dingen befaßt haben dürften. Wenn sie sich nunmehr diesem Erwerbszweig zugewendet haben, so doch sicher, um Kriegsgewinne einzuhemsen. Diese Gewerbe konnten die Leute bisher ganz ungestört betreiben, denn es kümmerten sich die verschiedenen Ministerien bei Vergebung solcher Lieferungen oder Konfektionierungen nur um den Preis der Ware, nicht aber um die eigentlichen Erzeuger, nicht um die Arbeiter und um die Löhne, die ihnen ausbezahlt wurden.

Die Folge davon war, daß die Löhne entsehrlich herabgedrückt wurden und die Lohnhöhe ganz willkürlich, je nach dem jeweiligen Arbeitsangebot, vom Unternehmer oder Subunternehmer festgesetzt werden konnte. Deshalb konnte es auch kommen, daß für ganz gleiche Arbeitsleistungen verschiedene Löhne bezahlt wurden.

Die Lage der Heimarbeiterinnen gestaltete sich im Laufe der dreißig Monate Krieg immer trauriger und unerträglicher. Die Fürsorgestellen, die die Arbeiten an ihre Näherinnen ohne jeden Gewinn weitergeben, hatten wochenlang nur wenig oder gar keine Arbeit zu vergeben, so daß immer mehr Frauen gezwungen waren, Arbeit bei den Hyänen des Krieges, den Kriegsmacherern, zu wahren Hungerlöhnen zu übernehmen.

Die sozialdemokratischen Vertreterinnen im Zentraldamenbeirat der Frauenhilfsaktion beantragten deshalb, daß auf Grund der bisherigen Erfahrungen der verschiedenen Organisationen und der Frauenhilfsaktion sowohl an das Kriegsministerium als auch an das Arbeits- und Handelsministerium eine sorgfältig ausgearbeitete Eingabe mit Angabe von ganz konkreten Tatsachen gerichtet werde. Dieser Vorschlag wurde angenommen und sämtliche Frauenorganisationen Wiens brachten Material zu einem Memorandum, das nun am 1. d. dem Kriegsminister persönlich übergeben wurde. Zur Abschaffung der Mißstände wurden folgende Vorschläge gemacht:

1. Bei Vergebung von Arbeiten ist in den Lieferungsbedingungen zu verlangen, daß Arbeitslohn und Entschädigung für beizustellende Materialien zu trennen und der reine Nählohn festzusetzen sei.

2. Errichtung von Lohnämtern und Lohnkommissionen, bestehend aus den Vertretern der Lieferungsstelle, den Sachverständigen der Rohstoffe und Konfektion, der Fürsorgeaktionen, Arbeitsbetriebe, den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und deren Organisationen.

3. Wirkungsbereich dieser Lohnkommissionen: Festsetzung der zur Anfertigung eines jeden Stückes notwendigen Zeit und Art der Arbeit, wonach die jeweiligen reinen Arbeitslöhne sowohl der Betriebsarbeiter als auch der Heimarbeiter festgesetzt werden müssen. Kontrolle über die gezahlten Löhne durch die Gewerbeinspektion, durch die Lohnbücher, durch Verhaften zum Anschlagen der Löhne in den Ausgabestellen. Gerechte Verteilung der Abgabe von Lieferungen an die Unternehmer und die Fürsorgestellen. Lieferungsanweisung nur, wenn sich der Unternehmer mit obigen Bedingungen einverstanden erklärt. Verpflichtung der Unternehmer zur Krankenversicherung der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen. Einschränkung des Subunternehmerwesens auf das unumgänglich notwendige Minimum und verschärfte Kontrolle über deren Betriebe. Einsetzung einer Beschwerdestelle, eventuell eines Schiedsgerichtes.

Diese Forderungen der Frauenhilfsaktionen decken sich im großen und ganzen mit denen, die am 5. November 1916 ein Arbeitertag der organisierten Arbeiterschaft aufgestellt hat.

Ernährung der Minderbemittelten.

Die Obmänner der Gemeinderatsparteien beim Ernährungsminister.

Aus dem Rathaus wird gemeldet:

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien Dr. Hein, Neumann und v. Steiner beim Minister Höfer, dem Leiter des Amtes für Volksernährung, vor. Der Bürgermeister überbrachte die Vorschläge, die die Obmännerkonferenz bereits am Tage vorher dem Ministerpräsidenten überreicht hatte.

Minister Höfer begrüßte anerkennend diese Vorschläge und versprach, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß in erster Linie die Fleischaktion jenen Bevölkerungsschichten zuteil werde, die an der öffentlichen Auspeisung teilnehmen. Allerdings sei es nicht seine Sache, die nötige Minderanzahl aufzubringen, aber er zweifle nicht daran, daß das Ackerbauministerium an der Arbeit sei und binnen kurzer Zeit die Sicherstellung der nötigen Fleischmengen gewährleisten werde. Hinsichtlich der definitiven Regelung der Fleischaktion für Minderbemittelte forderte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Bereitstellung von mindestens 12.000 Rindern für Wien. Auch diesbezüglich verwies der Minister Höfer auf die Verhandlungen des Ackerbauministeriums, gab aber seinem Zweifel Ausdruck, ob diese Menge unter den gegenwärtigen Verhältnissen aufgebracht werden könne.

Minister Höfer versprach, alles aufzubieten, um ehestens der Gemeinde Wien jene Daten zur Verfügung zu stellen, die es ihr ermöglichen, die Organisation bezüglich der Fleischverteilung an die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung durchzuführen.

Die Vertreter der Gemeinde Wien schieden vom Minister mit dem Eindruck, daß das Amt für Volksernährung bestrebt ist, alles aufzubieten, um der notleidenden Bevölkerung eine Linderung zu bereiten.

Die Statistik der Minderbemittelten.

Aus den Ziffern, die der Bürgermeister dem Minister bekanntgab, seien insbesondere folgende hervorgehoben: 1.200.000 Personen zahlen überhaupt keine Steuer, besteuert sind 330.000 Haushaltungen mit zusammen 800.000 Personen. Unter diesen sind 190.000 Haushaltungen mit 460.000 Personen mit einem Jahreseinkommen unter 3000 Kronen, 85.000 Haushaltungen mit 210.000 Personen mit einem Einkommen von 3000 bis 6000 Kronen, 24.000 Haushaltungen mit 55.000 Personen mit einem Einkommen von 6000 bis 10.000 Kronen, 16.000 Haushaltungen mit 40.000 Personen mit einem Einkommen von 10.000 bis 20.000 Kronen und nur 15.000 Haushaltungen mit 35.000 Personen mit einem Einkommen von mehr als 20.000 Kronen.

Auch eine andere Statistik erweckte das besondere Interesse des Ministers: In Wien bestehen 532.000 Wohnungen, davon sind 400.000 mit einem Zimmer (eventuell mit Kabinett und Küche), 86.000 Wohnungen mit zwei Zimmern und Zugehör, 28.000 Wohnungen mit drei Zimmern, und nur 18.000 Wohnungen mit mehr als drei Zimmern.

11. III. 1917

109

Die siebzehnte Million überschritten.

In 959 Kriegstagen.

Wien, 10. März.

Wieder ein Markstein; wieder ein Augenblick, wo wir innehalten und auf den Pfad zurückblicken, den wir durchmessen haben. Was könnte menschlicher sein als die Dankbarkeit gegen Wohltäter, gegen Tausende, deren Geschenke wir auf den Weg leiten konnten und deren mildtätiges Herz uns gleichsam als Vermittler gewählt hat, um in diesem Kriege ihr Gemeingefühl und ihre Treue gegen die Armee zu bewahren. Wir möchten jedem einzelnen sagen und wieder sagen, wie sehr sein Opfermut dem Vaterlande nützt, und wie sehr sein Beispiel besfeuernd zu wirken vermag. Denn immer schwieriger, immer ernster wird die Zeit, und jeder, der sich aus diesen Kümernissen herausreißt, nicht an dem Dunkel des Alltags haftet, sondern über den eigenen Kreis hinaus sich den Armen und Bedürftigen widmet, verdient Bewunderung. Wie hart sind die Bedingungen geworden, unter denen viele Menschen leben. Wie vieles, was früher

für notwendig gehalten wurde, muß entbehrt werden, und wie erust war manchmal das Angesicht dieses Winters, der immer wieder mit rauher Nachwirkung uns belästigt. Mitten in dieser wirtschaftlichen Gefahr, in Verhältnissen, die hätten lähmend wirken können, ist der Born des guten Willens, die goldene Quelle der Güte lebendig geblieben. Wir sehen eine Tapferkeit, eine Lust zu geben und zu opfern, vor der wir uns neigen müssen, als vor einem Beispiel, das sicherlich in der Geschichte der Wohltätigkeit und in der Geschichte dieser Stadt gewürdigt werden wird. Nach so langer Zeit, nach Schlachten, wie sie die Welt noch nie gesehen, nach Blutströmen, wie sie entsetzlicher nie geflossen sind, ist das Gefühl für die Gestraubten des Daseins, für die Leidenden und für die Kranken, nicht geringer als früher. Derselbe belebende Hauch der Barmherzigkeit bewegt unsere Leser wie an jenem Tage, da diese Sammlungen eröffnet wurden, am Tage, da die Armee ins Feld hinauszog, auf die Walfstatt zu beispiellosen Kämpfen und großen Siegen.

Die siebzehnte Million ist das Ergebnis eines Mutes, der uns ein österreichisches Gesicht zeigt, wie es uns in dem Staub und Dunst des Gewöhnlichen nur selten vor Augen kommt. Wie haben wir es ersehnt, jahrelang, wie fern war es uns schon, als der Brodem verbitterter Gehässigkeit über der Stadt zu lagern schien. Diese Zeit, das wissen wir, wird nicht aufstehen, diese Reinheit und diese unbeirrbar gesunde Gesinnung gibt uns auch die Hoffnung, daß die Zukunft der Vergangenheit gleichen werde. Der größte Wohltäter der Menschheit in den letzten Jahrzehnten ist einsam gestorben, er hat alle Bitternisse der Armut und den Vergessenheit mitgemacht, und beinahe nur durch einen Zufall ist es gelungen, ihn vor gänzlichem Verkommen zu bewahren. Der Stifter des Roten Kreuzes, Henri Dumant, war es, dem dies geschah. Der Vielgefeierte, dem es gelungen war, die Sehnsucht nach Betätigung des Mitleides bei allen Souveränen zu wecken, der aus den Greueln des Schlachtfeldes, aus dem Entsetzlichsten, das menschliches Auge erblicken kann, den gewaltigen Willen herausgezogen hatte, Abhilfe zu leisten und die Leidenden zu trösten, dieser Mann war verschollen. Nur kärglich kamen die Gaben für ihn, der verschwenderisch gegeben hatte und als sich die Welt besann, als man ihm endlich das erwies, was man ihm tausendfach schuldet, da war es zu spät. Seine Lebenskraft, die in alle Länder ausgeirrahlt war, versiegte, er starb in Armut, ein Schöpfer, den das eigene Werk in seiner Größe überschattet. Und doch, was hat er für diese Welt getan! Wie mächtig ist diese Idee des Roten Kreuzes in diesem Kriege aufgewachsen. Täglich sollte man ihm danken, täglich an die Verdienste dieser letzten Gemeinschaft denken, für die es keinen Haß und keine Rache gibt und die dem alten Wahn spruch seines Schöpfers werktätig übt: Alle, alle sind Brüder.

Wie aus einer fernem, verschollenen Zeit hallt dieses Wort aus der Vergangenheit zurück. Noch immer begehrt die Erde nach neuem Blut und noch immer schwillt die Welle der Bosheit und Entfremdung. Wir können dem nur den festen Willen entgegensetzen, zu tun, was unsere Pflicht ist, und die Angehörigen der Armee, ihre Kranken, ihre Bedürftigen zu unterstützen, soweit es in unserer Macht liegt. Was haben sie alles geleistet, sie, die vielleicht dann am meisten überstehen, wenn der Kampfbericht geringfügiger scheint und sie, von Stürmen umtobt, bei Kälte und Nässe ausharren müssen, den dritten Kriegswinter, den längsten seit vielen Jahren; gelähmt durch die Witterung und dennoch vom Tode bedroht, ohne die Reizungen des Kampfes und dennoch in ewiger Wachsamkeit. Sie sollen wissen, daß Kräfte am Werke sind, die nach Möglichkeit streben, ihre Familie, ihre Frauen und Kinder, vor Armut zu bewahren. Täglich ist es uns eine innere Erhebung, in gewissem Maße beitragen zu können zu der schweren Arbeit, die das Hinterland zu leisten hat, und täglich fühlen wir die Genugtuung darüber, daß die Summen, die in unseren Sammlungen ausgewiesen werden, zu gutem Zwecke verwendet sind, und daß nichts von dem verloren geht, was unsere Leser für die Allgemeinheit leisten.

Wir möchten an diesem Tage besonders der Blinden gedenken. Wir erinnern uns der schönen Verse, die Helen Keller über ihren Zustand geschrieben hat. Sie spricht zu der

Dunkelheit, die sie umgibt, und segnet sie, weil sie sie von der rauhen Welt abschließt, weil sie ihr Gebiete schenkt, weit und grenzenlos wie der Geist der Nacht, und weil sie alles Häßliche bedeckt und Friede und Ruhe unter ihren Flügeln hegt. Friede und Ruhe! Schon Michelangelo hat gesagt, nicht zu sehen, nicht zu hören ist mir ein hoher Gewinn. Wir aber, die Sehenden, dürfen uns nicht in den Frieden und in die Ruhe des Dunkels sehnen, wir müssen auch weiterhin das Werk des Tages vollbringen und weiter das geben, was wir an Kräften besitzen, um den Notwendigkeiten dieses Lebenskampfes zu dienen. Wir danken unseren Lesern und schließen wie immer daran die innige Bitte, daß in der Zeit der Fährlichkeiten und der mächtigsten Anspannung, die uns bevorsteht, sie das bleiben mögen, was sie bisher gewesen sind: Wohltäter aller jener, die unter diesem Kriege leiden. Nichts wird, das ist unser dringender Wunsch, diese Gesinnung verändern. Wir danken unseren Lesern. Wir hoffen von ganzem Herzen: sie werden ausharren bis an das Ende.

Zeitgemäße Armenfürsorge.

Das Armeninstitut Neubau hat in der letzten Sitzung nach Anträgen der Armenräte kais. Rat Komrovsky und Fabrikant Biermoriz beschlossen, daß dasselbe aus eigenen Geldern Lebensmittel notwendigster Art wie Kraut, Kartoffel und Rüben ankaufen und an die bedürftigsten Armen des Bezirkes abgeben wird. Desgleichen wird das Armeninstitut Neubau aus eigenen Geldern 100 Kilogramm „Bollrindfleisch“ ankaufen und dasselbe in Mengen zu je einem $\frac{1}{2}$ Kilo an arme kinderreiche Familien des Bezirkes unentgeltlich verteilen.

13. III. 1917

**Lebensmittelsammlungen bei den Bauern der
Diözese Sedau.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Graz, 12. März.

Gestern wurde von den Kanzeln der Diözese Sedau ein Hirtenbrief verlesen, der die Landbevölkerung auffordert, Lebensmittel an die Pfarrämter zugunsten der Schwerarbeiter abzugeben. Fürstbischof Dr. Schuster ist damit dem Beispiel des deutschen Bischofs Hartmann und des Linzer Bischofs gefolgt. Unter Ausschluß von Mehl, Getreide usw., welche die Bauern schon abgegeben haben, möge man freiwillig als ein Fastenopfer nach Möglichkeit Eier, Fett, Schmalz, Würste, Kraut und Rüben, frisches und gedörrtes Obst und jede Art von Gemüse widmen. Die Spenden werden an Schwerarbeiter um mäßige Preise, die mit der Stathalterei vereinbart werden, überlassen. Der Erlös daraus soll nach Abzug der Barauslagen für diese Hilfsaktion den Pfarrarmenkassen zufließen. Die Sammlung findet vom 18. bis 25. d. statt.

13. III. 1917

107

Schöneberger Stadtparlament.

Landaufenthalt für die Schuljugend.

Wir haben schon berichtet, daß der Schöneberger Magistrat der dortigen Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag unterbreitet hat, 300 000 Mark für den Landaufenthalt von Schulkindern im Alter von 10—14 Jahren zu bewilligen. In der gestrigen Sitzung der Versammlung wurde nun mitgeteilt, daß bereits für die Unterbringung von etwa 5000 Schulkindern gesorgt ist.

Namens der „Liberalen Fraktion“ begrüßte Stadtv. J o b e l die Magistratsvorlage. Der Vorschlag, die Kinder der weniger bemittelten Bevölkerung für längere Zeit auf dem Lande unterzubringen, sei in Anbetracht der schlechten Ernährungsverhältnisse in der Stadt sehr zu begrüßen. Die Bevölkerung muß von der sich ihr bietenden Gelegenheit sicherlich weitestgehenden Gebrauch machen, betrage das zu zahlende tägliche Verpflegungsgeld doch nur 50 Pfennige. Sehr einsichtsvoll sei auch der Magistratsvorschlag, mit den Kindern Lehrer und Lehrerinnen hinauszuschicken, damit der Schulunterricht nicht vollständig unterbrochen werden braucht. Besonders erfreulich sei es aber, daß es dem Bemühen des Reichstagsabgeordneten von Puttlig gelungen ist, einen pommerischen Kreis zu veranlassen, 3000 der Schöneberger Kinder aufzunehmen. Mit Unterstützung des Regierungspräsidenten von S c h w e r i n werde es außerdem möglich sein, etwa 2000 Kinder im Kreise Frankfurt a. d. Oder unterzubringen. Stadtv. J o b e l empfahl die vom Magistrat erbetenen 300 000 Mark ohne Ausschüßberatung zu bewilligen. Der Redner empfahl außerdem noch dem Magistrat, die Osterferien an den Schulen schon in diesen Tagen beginnen zu lassen. Es würden dadurch viele Kosten gespart und viele Eltern könnten mit den Kindern zu Angehörigen aufs Land gehen, wodurch die Stadt Lebensmittel spare.

Nach einer kurzen Aussprache wurden die 300 000 Mark bewilligt und zum Schluß auch noch die wichtigsten Kapitel des Haushaltsplanes der Stadt nach den Vorschlägen des Etatsausschusses angenommen.

Bessere Jugendnahrung.

In Deutschland ist jetzt eine große Fürsorgeaktion im Gang, die darauf hinstrebt, Stadtkinder in ländliche Verpflegung zu bringen. Man darf das mit altbekannten philanthropischen Bestrebungen nicht verwechseln, mit Ferienkolonien und sommerlichen Erholungsheimen für arme Kinder. In Oesterreich sind wir jetzt gerade sehr mit dem Sommerfrischenproblem beschäftigt, und der Gedanke, daß die wohlhabenden städtischen Schichten infolge der gegenwärtigen Ernährungs- und Verkehrsverhältnisse auf die gewohnten Freuden des Landaufenthalts werden verzichten müssen, macht uns ernste Sorge. Für die Gesundheit der großstädtischen Jugend ist das auch durchaus keine belanglose Sache. Noch viel wichtiger und ernster aber ist das Stück Jugendfürsorge, um das es sich in Deutschland handelt, wo nicht bloß hygienische, sondern vor allem ernährungs- politische Zwecke ins Gewicht fallen. Die Aktion, die von den deutschen Verwaltungsbehörden in jeder Weise gefördert wird, geht von der offenkundigen und auch offen zugegebenen Tatsache aus, daß die Ernährung eines großen Teiles der städtischen Jugend Deutschlands eine unzulängliche ist. Da nun die bäuerliche Bevölkerung sich im Kriege wesentlich besser ernährt als die städtische, soll ein möglichst ausgedehnter Kreis von Bauernfamilien dazu bewogen werden, bedürftige Stadtkinder für einige Monate

in Kost zu nehmen. Lehrerschaft und Geistlichkeit sollen mitwirken, dieses Liebeswerk bei der Landbevölkerung zu propagieren. Da man aber die rein selbstlose Nächstenliebe nicht für einen genügend starken Antrieb hält, um das Gelingen des großangelegten Planes zu sichern — handelt es sich doch wie ein Erlaß des preussischen Ministers des Innern sagt, um „Millionen von Kindern“ —, so soll auch ein gewisses landwirtschaftliches Interesse dabei mit ins Spiel gezogen werden. Gerade die Landwirtschaft läßt ja die mannigfachste Verwendung jugendlicher Arbeitskräfte zu. Der erwähnte Ministerialerlaß gestattet also ausdrücklich die Heranziehung der Stadtkinder zu leichten landwirtschaftlichen Arbeiten, allerdings bei sorgfältiger Vermeidung jeder schädlichen Ueberanstrengung. Der derzeitige schwere Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande mag vielleicht in vielen Bauernhöfen für die sonst befremdende Idee, Stadtkinder ins Haus zu nehmen, empfänglichere Stimmung wecken.

Auch sonst zeigt die ganze Art, wie die Aktion geführt wird, kluge Berücksichtigung der bäuerlichen Denkgewohnheiten. Jedem Mißtrauen und jedem materiellen Bedenken wird von vorn herein Rechnung getragen. Die Kosten etwa notwendiger ärztlicher Behandlung des aufgenommenen Kindes werden aus öffentlichen Mitteln gedeckt, und gegen Schaden, der durch das Kind entstehen sollte, wird der Bauer versichert. Auf Wunsch wird pro Kind und Tag ein Verpflegungslohn von fünfzig Pfennig gewährt. Gesundheit und Reinlichkeit der Kinder, ausreichende Bekleidung und Beschützung sind Vorbedingungen der Aufnahme. Schließlich besteht noch für die städtischen Eltern ein besonderes Verbot, die aufnehmenden Landwirte um Lieferung von Nahrungsmitteln anzugehen. Für die bäuerliche Oekonomie und rechnende Vorsicht gibt es also Skatellen genug. Unter solchen Umständen ist es wohl keine allzu optimistische Annahme, wenn man darauf rechnet, einen namhaften Teil der bedürftigen Stadtkinder Deutschlands in zeitweilige ländliche Verpflegung und bessere Ernährungsverhältnisse zu bringen. Das sichere Plus an Brot, Milch und Fettstoffen würde das körperliche Gedeihen der Kinder nachhaltig

fördern. Die Anmeldungen in den Städten — es sollen in erster Linie Kriegerkinder berücksichtigt werden — weisen denn auch bereits gewaltige Ziffern auf. Hoffentlich werden die Anmeldungen aufnahmewilliger Landwirte damit gleichen Schritt halten. Jedenfalls ist das Beispiel, das die deutsche Verwaltung hier gibt, in hohem Grade nachahmenswert, und da die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen bei uns in Oesterreich genau die nämlichen sind, so sollte man sich auch bei uns beeilen, nach der nämlichen Methode den Unterschied zwischen städtischer und ländlicher Ernährung wenigstens für die Jugend teilweise auszugleichen. Die Jahreszeit ist vorgerückt, und die nahe Hauptperiode landwirtschaftlicher Arbeit eignet sich am besten, die Sache in Gang zu bringen.

Die Kinder aufs Land!

Uns geht folgender Aufruf zu:

„Der Weltkrieg geht der Entscheidung entgegen! Auch daheim schließen sich alle Kräfte zusammen, uns den endgültigen Sieg zu sichern! Deutschlands Zukunft ruht auf der Stärke der heranwachsenden Jugend. Tragen wir alles, was in unserer Macht liegt, dazu bei, sie gesund und stark zu erhalten! In den größeren Städten und den dichtbevölkerten Industriebezirken sind, wenn auch ein Durchhalten außer aller Frage steht, die Verpflegungsschwierigkeiten unverkennbar. Die Lebensbedingungen auf dem Lande sind dagegen günstiger. Hier gilt es, eine Bewegung zu fördern, die unserer Jugend, als dem Träger von Deutschlands Zukunft, zugute kommen muß.

In Nord und Süd, in Ost und West unseres deutschen Vaterlandes regt sich der Gedanke, Stadtkinder und Kinder aus den Industriebezirken für Monate auf dem Lande in Einzelpflegestellen unterzubringen. Tausende von Kindern haben im verfloßenen Jahre dank der Opferwilligkeit von Stadt und Land die Wohlthat eines Landaufenthaltes genossen und sind an Leib und Seele gekräftigt zurückgekehrt. Nicht genug damit, Hunderttausenden von Kindern muß in gleicher Weise jetzt geholfen werden. Eile tut noth!

Wir wenden uns daher an den opferwilligen Sinn der Landbewohner Deutschlands! Nehme jeder, der es irgend ermöglichen kann, ein Stadtkind für mehrere Monate in Pflege. Im ländlichen Haushalt wird es kaum empfunden, wenn ein Erholungskind die Mahlzeiten teilt. Ihr nehmt den Vätern, die an der Front für Euch kämpfen, die bange Sorge um das Wohlergehen ihrer Kinder und erleichtert den Müttern und Schwestern die Daseinsbedingungen. Landbewohner helft! Der Dank des Vaterlandes ist Euch sicher. Könnt Ihr nicht Freistellen gewähren, wird Euch eine Vergütung gezahlt werden. Richtet Eure Meldungen an die Kreis- und Gemeindebehörden, die Gutsherren, Pfarrer und Lehrer, die sie gern entgegennehmen werden.

Wir wenden uns an die opfermutige Bereitwilligkeit der Väter und Mütter in den größeren Städten und Industriebezirken Deutschlands! Gebt eure Kinder zum Heile von Deutschlands Zukunft zu mehrmonatlicher Erholung aufs Land! Gesunde und erholungsbedürftige (nicht franke) Kinder, hauptsächlich im schulpflichtigen Alter, kommen in Frage, die auch in sittlicher Beziehung einwandfrei sind. Sie müssen die Gewähr bieten, daß Unzuträglichkeiten jeder Art, die das vaterländische Wert gefährden können, vermieden werden. Nicht nur Kinder von Kriegsteilnehmern, sondern auch andere sollen berücksichtigt werden. Bei dringender Nothlage werden öffentliche Mittel oder freiwillige Spenden helfen. Wendet euch mit euren Gesuchen an die Gemeindebehörden, die Pfarrer und Lehrer, die euch mit Rat und Tat zur Seite stehen werden.

Wir wenden uns an alle Verbände und Vereine und an alle Einzelpersonen, die unsere vaterländischen Ziele fördern wollen, mit der Bitte, ihre Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Um, wo es not tut, auch mit Geldmitteln helfen zu können, bittet der unterzeichnete Verein alle Freunde dieses vaterländischen Gedankens um Spenden auf sein Postsparkonto beim Postsparkassament Berlin Nr. 546.

Unterzeichnet ist der Aufruf, der sicherlich starke Wirkung haben wird, von dem unter Schirmherrschaft der Kaiserin stehenden Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ (Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Scholz, Charlottenburg), Geschäftsstelle Berlin W. 9, Potsdamer Straße 134a.

Kirche und Bauern — allezeit hilfsbereit.

Am Sonntag wurde, wie aus Graz berichtet wird, von den Kanzeln der Diözese Seckau ein Hirtenbrief verlesen, der die Landbevölkerung auffordert, Lebensmittel an die Pfarrämter zugunsten der Schwerarbeiter abzugeben. Als Fastenopfer mögen die Bauern mit Ausschluß von Mehl und Getreide, welche die Bauern bereits abgeliefert haben, freiwillig widmen Fett, Selschfleisch, Eier, Würste, Rüben, Kraut, frisches und gedörrtes Obst, Gemüse. Für mäßige Preise, die mit der Statthalterei vereinbart werden, sollen diese Gaben an Schwerarbeiter abgegeben werden. Der Erlös fließt der Hilfsaktion der Pfarrarmenkassen zu. Die Sammlung ist vom 18. bis 25. d.

Von den durch das Liebeswerk des Fürstbischöfs Dr. Hefter gesammelten Liebesgaben der Landbevölkerung in Kärnten für die Stadt Klagenfurt können 4000 Personen beteiligt werden. Die erste Beteiligung fand am 10. d. in Klagenfurt für die Armen der St. Lorenzer Vorstadtpfarre statt, für welche 235 Familien mit 752 Köpfen vorgemerkt waren. Soviel und so vielerlei als sie da bekamen, hatten sie sich wohl kaum erhofft; da gab es, säuberlich verpackt, Selschfleisch, Fett, Würste, Eier, schönes weißes Roggen-, Korn- oder Weizenmehl, beziehungsweise gutes Polentamehl, dann Hülsenfrüchte, appetitliche Brotlaibe, Kraut und anderes Gemüse, Dörrobst, je nachdem auch Zucker und Kaffee. Die meisten waren in Verlegenheit, die vielen Dinge fortzuschaffen, da sie nicht genügend für Körbe, Aufsäcke u. dgl. vorgesorgt hatten. Die Fescherung machte — je nach Kopfszahl der beteiligten Familie — bis zu zwanzig Kilogramm aus. — Auch Fürstbischöf Doktor Rapotnik von Lavant hat eine Bitte an seine Diözesanen um Liebesgaben für die Bedürftigen und Notleidenden gerichtet. In dem Hirten schreiben heißt es:

„Es gibt bereits Arme und Notleidende, die der täglich erforderlichen Lebensmittel entbehren: zumal sind es die wegen ihrer Arbeit für unser bedrängtes Vaterland unentbehrlichen Schwerarbeiter in den steirischen Industriefabriken und Bergbaubetrieben, die da hart arbeiten müssen zur Herstellung von Abwehrmitteln gegen die zahllosen Feinde, die sich aber die täglich hinreichend kräftige Nahrung wegen der herrschenden Lebensmittelnot nicht verschaffen können. Viele genießen nur wenig nahrhafte Speisen, wie Kraut oder Rüben, die ihnen die für schwere Arbeiten notwendigen Leibeskräfte nicht gewähren. Und, nach frevelhafter Abweisung unseres Friedensangebotes, was vermögen wir ohne Kohlen, ohne Gewehre, ohne Flugzeuge und Unterseeboote, kurz, ohne Kriegswaffen und Munition? Darum richte ich nach dem Vorgange in anderen Diözesen für dieselben Bemitleidenswerten und für völlig Unbemittelte in größeren Wohnorten mit aller Seelenwärme meine oberhirtliche Bitte an die lieben, einen entbehrlichen Vorrat noch besitzenden Diözesanen um Lebensmittelspenden, mit denen unsere hungerleidenden Mitbrüder und Mitschwester zu den herannahenden freundlichen Osterfesten beschenkt werden sollen. Geben wir, die wir noch etliche Gerstendrote besitzen, den Hungerigen zu essen. Und der göttliche Herr und Heiland wird uns das tägliche Brot vermehren, wird uns die neue Ernte segnen und uns die Bodenerträge reichlichst gedeihen lassen.“

Stadtkinder aufs Land.

In Preußen bereits durchgeführt.

Vor kurzem erschien in der „Oesterreichischen Volkszeitung“ der Ausruf eines menschenfreundlichen und vaterlandsliebenden mährischen Landwirtes, es mögen gleich ihm andere Landwirte, und zwar vor allem solche, die zur Bewirtschaftung ihres Gutes vom Militärdienst entlassen sind, sich zur Ausnahme von Stadtkindern erbötig machen. Nach einer seither gemeldeten Nachricht ist die Durchführung eines ähnlichen Wertes in — Preußen bereits im Zuge.

Der Schöneberger Magistrat hat nämlich dem dortigen Stadtrat den Antrag unterbreitet, 300.000 Mark für den Landaufenthalt von Schulkindern im Alter von 10 bis 14 Jahren zu bewilligen. Wie aus Berlin berichtet wird, wurde nun in der jüngsten Sitzung der Versammlung mitgeteilt, daß bereits für die Unterbringung von etwa 5000 Schulkindern gesorgt ist. Stadtvertreter Bobel berichtete, daß es dem Bemühen des Reichstagsabgeordneten v. Büttlich gelungen ist, einen Pommerischen Kreis zu veranlassen, daß er 3000 der Schöneberger Kinder aufnehme. Mit Unterstützung des Regierungspräsidenten von Schwerin werde es außerdem möglich sein, etwa 2000 Kinder im Kreise Frankfurt an der Oder unterzubringen.

Der Redner empfahl dem Magistrat, die Osterferien an den Schulen schon in

diesen Tagen beginnen zu lassen. Es würden dadurch viele Kohlen gespart und viele Eltern könnten mit den Kindern zu Angehörigen aufs Land gehen, wodurch die Stadt Lebensmittel spare. Nach einer kurzen Aussprache wurden die 300.000 Mark bewilligt.

V.

Antrag von Hirsch und Genossen betreffend Darlehen an durch den Krieg geschädigte Gewerbetreibende.

Der Antrag lautet:

Wir beantragen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat um Vorlage eines Gesetzes betreffend Gewährung von Darlehen an aus dem Kriege zurückkehrende wie durch den Krieg sonst geschädigte selbständige Gewerbetreibende.

Dazu liegt ein Antrag von Schaper und Genossen vor.

Wir beantragen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, 1. einen Gesetzentwurf vorzuliegen, nach dem Kriegsteilnehmern zur Aufrechterhaltung oder Wiederaufnahme ihres Betriebes oder ihrer sonstigen Berufstätigkeit in Notfällen ein Darlehen zu mäßigem Zinsfuß und unter leichten Rückzahlungsbedingungen gewährt werden kann; 2. beim Bundesrat dahin zu wirken, daß a) den Familienangehörigen heimkehrender Kriegsteilnehmer die Familienunterstützung nach den bisherigen Grundsätzen unter Verbeibehaltung der Zuschläge der Lieferungsverbände bis zur ersten Lohn- oder Gehaltszahlung, höchstens aber bis zur Dauer von drei Monaten nach der Entlassung aus dem Heeresdienste weiter gewährt werde, den Familienangehörigen bedürftiger Kriegsbeschädigter jedoch auch über diesen Zeitpunkt hinaus, bis der unterhaltspflichtige Haushaltsvorstand an reichenden Erwerb gefunden hat; b) unbeschadet der Familienunterstützung erwerbslosen bedürftigen Kriegsteilnehmern (Verheirateten und Ledigen) zur Vergütung einer Notlage nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienste eine laufende, wöchentlich oder monatlich vorauszahlbare außerordentliche Unterstützung durch Vermittlung der Gemeinden mit Hilfe des Reiches und der Bundesstaaten bis zur ersten Lohn- oder Gehaltszahlung gewährt werde, jedoch nicht über die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung hinaus.

Fahr (R.) und Genossen beantragen dazu Ueberweisung der Anträge an einen Ausschuss von neun Personen.

Hirsch (L.):

Unser Antrag erscheint so selbstverständlich, daß er einer längeren Begründung entbehren kann; jeder kann diese Schäden der Gewerbetreibenden selbst beobachten. Wir wissen, daß die Behörden bemüht sind, zu beraten, wie den Kriegsteilnehmern Darlehen gewährt werden können. In irgendeiner Form müssen auch wir dazu Stellung nehmen. Das selbständige Gewerbe hat eine ganz besondere Verknüpfung notwendig, was Redner näher darlegt. Die Anträge von Schaper und Genossen würden eine zu große finanzielle Belastung mit sich bringen; ich bitte daher, über die Anträge getrennt abzustimmen. Eine Ausschussprüfung trägt besser erst dann ein, wenn der Senat eine Vorlage gebracht hat; nehmen Sie unseren Antrag schon jetzt ohne Ausschussprüfung an.

Schaper (B. L.):

Unser Antrag entspricht den am 10. Mai 1916 vorgelegten Leitsätzen für die Uebergangswirtschaft. Der erste Absatz schließt sich dem Antrage Hirsch an, geht aber darüber hinaus, indem er alle Kriegsteilnehmer bedenkt. Wir würden aber dem Antrag Hirsch zustimmen, wenn dadurch auch unser erster Antrag Genehmigung finden würde. Redner begründet sodann den zweiten Teil seines Antrages, der die Zeitspanne überbrücken sollte, in der der Kriegsenkassene keine Unterstützung mehr und auch noch keinen Lohn erhalte. Mit der Ueberweisung unserer Anträge zu 2 an einen Ausschuss sind wir einverstanden.

Gutknecht (L.):

bittet, dem Antrag Hirsch und dem ersten Teil des Antrages Schaper zu folgen, und bespricht die Schritte, die bereits von der Detailkassen-, Gewerbe- und Handelskammer erfolgt sind. Ihre Vorschläge ruhen jetzt im Schoße des Senats. Wenn wir die Anträge Hirsch und Schaper zu 1 annehmen, wird die Vorlage des Senats hoffentlich recht bald kommen.

Baeplow (S.)

stimmt den Grundgedanken der Anträge zu; der Wortlaut könnte aber noch geändert werden, weshalb eine Ausschussprüfung zu empfehlen sei. Hamburg habe schon sehr große Lasten auf sich geladen und müsse vorsichtig bei der Aufladung einer weiteren Belastung sein. Es sei zu wünschen, daß möglichst viele Lasten des Krieges dem Reiche auferlegt werden. Sollte die Bürgerschaft den Antrag Hirsch annehmen, so sollte man für die Worte „sonst geschädigte“ lieber setzen: „in wirtschaftlichen Verfall geratene“. Ferner beantragt Redner, in den Antrag Schaper noch die Forderung einer Arbeitslosen-Unterstützung einzufügen und den Ausschuss aus dreizehn Personen bestehen zu lassen.

Es ist eine Reihe von Abänderungsanträgen eingegangen, die der Zweite Vizepräsident, Dr. Baggé, verliest.

Fahr (R.):

Die Bürgerschaft müsse sich auch ihrerseits mit dieser wichtigen Frage beschäftigen, sie lasse sich aber im Plenum nicht so gründlich erörtern, wie es notwendig ist. Das zeigen auch schon die Abänderungsanträge, die soeben verlesen sind. Daß hier Hilfe notwendig ist, darüber herrscht in der Bürgerschaft nur eine Stimme, es müsse indessen das Bestreben dahin gehen, die Leute sobald wie möglich wieder auf eigene Füße zu stellen, ohne Staatspensionäre zu schaffen. Die Antragsteller beschränken sich darauf, daß sie allein Staatshilfe schaffen wollen; das scheint nicht ohne weiteres richtig zu sein. Bei Friedensschluß kann unsere finanzielle Lage so sein, daß wir darauf achten müssen, daß Hamburgs Selbständigkeit nicht gefährdet wird. Vielleicht lasse sich in Anlehnung an die Erfahrungen des Krieges etwas Neues schaffen, durch das wir helfen können. Wir sollten nicht nur an unsere Mit-

bürger im Felde denken, sondern auch an die, die durch den Krieg ihre Existenz verloren haben. Bei allem Wohlwollen für die Frage ist die Ausschussprüfung der beste Weg.

Es sprechen noch Willens (L.) zugunsten des Vereins „Friede Meer“, Menze (B. L.), der der Behauptung des Vorredners widerspricht, daß noch nichts zugunsten des Wiederaufbaues außer durch den genannten Verein geschehen sei, und die bisher geleisteten Arbeiten schildert.

Baeplow zieht seinen Antrag zugunsten eines Antrages Dr. Eddelbüttel zurück, der statt „in Verfall geratene“ sagen will: „in Notlage geratene“. Dr. Eddelbüttel begründet seinen Antrag und bittet, den Antrag Hirsch schon heute anzunehmen, während bei dem weitergehenden Antrag Schaper unter 2 Ausschussprüfung notwendig sei.

Hirsch erklärt sich mit dem Antrag Dr. Eddelbüttel einverstanden.

Nach Bemerkungen von Schumacher (B.), Wolfhagen (B.), Willens (L.), Schaper (B. L.), Fahr (R.), Wüll (B. L.) für Ausschussüberweisung, Dr. Eddelbüttel (B.), Rafflenbeul (B.), Hirsch (L.) gegen Ausschussprüfung wird dem Antrag Fahr abgelehnt.

D. Nöde: Man siehe vor sehr schweren wiegenden Entschlüssen, und es frage sich, ob die Anträge hinreichend gründlich überlegt seien. Jetzt kann man höchstens den Antrag Hirsch annehmen und müsse den Antrag Schaper ablehnen.

Baeplow (S.) beantragt nunmehr, dem Antrag Schaper unter 2 und seinen Antrag betr. der Arbeitslosen einem Ausschuss zu überweisen.

Nach Bemerkungen von Dr. Eddelbüttel und D. Nöde wird der Antrag Baeplow angenommen.

Der Antrag Schaper unter 1 wird abgelehnt, der Antrag Hirsch angenommen.

Der Präsident teilt mit, daß die Herren Blume, Gutknecht, Mehl und Sanne zu Schriftführern gewählt sind.

Schluß nach 10 Uhr.

Die Aussichten für den heurigen Sommer.

Der naheliegende Gedanke, die durch die Not des Krieges besonders hart betroffenen schulpflichtigen Kinder der minderbemittelten Großstadtbevölkerung wenigstens während der Hochsommerzeit einem gesunden Leben und einer ungehemmten, kräftigen Ernährung außerhalb der Großstadt zuzuführen, hat im vorigen Jahre zu der bekannten Aktion „Wiener Kinder aufs Land“ geführt. Die Lebensverhältnisse in der Großstadt haben seither eine derartige Verschlechterung erfahren, daß es angebracht erscheint, die Frage aufzuwerfen, ob in den bevorstehenden Sommermonaten die Entsendung von Stadtkindern nach Landorten nicht in einem größeren Maßstab erfolgen könnte, als dies im Vorjahre bereits geschehen ist.

Vorarbeiten des niederösterreichischen Landes-schulrates.

Einer unserer Mitarbeiter hatte gestern Gelegenheit, über die Frage der Massenentsendung von städtischen Kindern zur Hilfsarbeit aufs Land mit dem Mitglied des niederösterreichischen Landes-schulrates Hofrat Dr. Karl Rieger zu sprechen. Hofrat Dr. Rieger, ein führender Sachmann auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, äußerte sich hierzu in folgender Weise:

„Unsere vorjährige Aktion, Wiener Schulkinder aufs Land zu entsenden, war dank der finanziellen Hilfsbereitschaft aller kompetenten Faktoren und wohlwollenden Jugendfreunde von einem erfreulichen Erfolg begleitet. Das gleiche Unternehmen soll heuer in weit größerem Maßstab wiederholt werden. Konnte im Vorjahr 3500 Wiener Kindern ein Landaufenthalt vermittelt werden, so hoffen wir, diesmal 10.000 Knaben und Mädchen für ein paar Wochen aufs Land zu bringen. In den nächsten Tagen bereits wird, um vor allem ausreichende Unterkunstmöglichkeiten zu schaffen, ein Erlaß des Landes-schulrates an alle in Betracht kommenden Bezirks-schulräte ergehen, mit der Aufforderung, durch die Lehrer auf die ländlichen Wirtschaftsbesitzer einzuwirken, daß sie sich zur Aufnahme städtischer Kinder bereit erklären. Grundsatz wird aber doch wohl in erster Linie bleiben, die Kinder nicht so sehr zur Leistung von Hilfsdiensten, sondern zum Zwecke ihrer Erholung auf das Land hinaus zu senden.

Wenn sich die jetzt in Preußen eingeleitete Aktion, Kinder bei den landwirtschaftlichen Arbeiten mithelfen zu lassen, in ähnlich großem Maßstab bei uns nicht so leicht durchführen lassen wird, dann erklärt sich dies aus den wesentlich anderen Verhältnissen unserer heimischen Landwirtschaft. Sie entbehrt noch jener engmaschigen berufswirtschaftlichen Organisation, wie sie der deutschen Landwirtschaft eigen ist. Der deutschösterreichische Bauer ist zumeist noch auf die Einzelwirtschaft angewiesen. Unser Bauernstand ist von einer tief eingewurzelten Scheu gegenüber allen städtischen Einflüssen erfüllt, und es sei nur daran erinnert, daß der niederösterreichische Bauernbund im Jahre 1915 in ganz unzweideutigen Kundgebungen sich gegen die Verwendung von Stadtkindern als Hilfskräfte ausgesprochen hat. Unser Bauer liebt es nicht, in seine Einzelwirtschaft fremde Elemente aus der Stadt aufzunehmen, und es ist für ihn wohl auch bisher das Bedenken maßgebend gewesen, daß ein unterernährtes, erholungsbedürftiges Stadtkind gar nicht die physische Veranlagung besitzt, um auch nur bescheidene Hilfe bei der Bondarbeit leisten zu können. Trotzdem aber hoffen wir bestimmt, durch rege Propaganda der städtischen Jugend heuer weit mehr gastfreundliche Landhäuser erschließen zu können als im Vorjahr.“

Bauernschaft und Stadtjugend.

Der Generalsekretär der Landwirtschaftsgesellschaft Kaiserinrats Josef Häusler

äußerte sich gegenüber einem unserer Mitarbeiter in folgender Weise:

„Es ist richtig, daß der Bauernbund sich seinerzeit in Versammlungen und in seinen Organen gegen die landwirtschaftliche Hilfsarbeit der Stadtjugend ausgesprochen hat. Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, daß unser Bauernstand sich verschlossen zeigte, wenn man rechtzeitig und durch geeignete Aufklärung ihn davon überzeu-

welchen wichtigen Dienst er der Allgemeinheit leistet, indem er der städtischen Jugend seine Tore öffnet. Es fehlt unserem Bauernstande weder an wirtschaftlicher Hilfsbereitschaft noch an sozialem Empfinden. Lediglich von der mehr oder minder geschickten Organisation wird es abhängen, ob es auch bei uns gelingt, nach deutschem Muster die Jugend aus den Städten hinaus aufs Land zu bringen und sie dort zu nützlichen Mitarbeitern zu machen. Bei dieser Organisation wird ferlich in erster Linie darauf Rücksicht genommen werden müssen, daß wir weite ländliche Gebiete besitzen, die derzeit kaum in der Lage sind, ihre ständige Einwohnerschaft mit allem Nötigen zu versorgen. Es darf nicht verschwiegen werden, daß viele ländliche Gegenden unter tatsächlicher Lebensmittelknappheit leiden. Ebenso wenig darf man außer acht lassen, daß die jetzt scharf betriebenen Requisitionen viele Landwirte zur äußersten Sparsamkeit und Einschränkung zwingen. Es müssen also Gebiete ausfindig gemacht werden, wo keine Lebensmittelknappheit herrscht. Dort wird die Landwirtschaft dem Besuch aus der Stadt gewiß die freundlichste Aufnahme gewähren.“

Fleisch für die minderbemittelte Bevölkerung.

Gestern abends fand im Volksernährungsamt unter Vorsitz des Ministers Generalmajor Söfer eine Beratung über die Fleischbeschaffung für die geplante Aktion der Versorgung der minderbemittelten Bevölkerungskreise mit Fleisch statt. An der Beratung nahmen

außer dem Bürgermeister Dr. Weisskirchner auch die Ressortreferenten des Ackerbauministeriums, der Statthalterei und des Magistrats der Stadt Wien teil. Die Sitzung führte, wie wir erfahren, zu einem befriedigenden Ergebnis. Zur Erledigung der einzelnen Spezialfragen der Aktion wurde ein eigenes Komitee gewählt, das unter Vorsitz des Sektionsrates Dr. Gfeller tagen wird. Demnächst dürfte der gesamte Versorgungsplan bereits ausgearbeitet sein.

Große Widmungen der Wollzentrale.

In der ordentlichen Generalversammlung der Wollzentrale-Aktiengesellschaft wurde der Beschluß gefaßt, von dem Gebahrungsüberschuß von 918,063 K. nach Ueberweisung von 5 Prozent, das ist 45,653 K., an den Reservefonds, die statutenmäßige 5prozentige Verzinsung des Aktienkapitals mit 233,200 K. zu bestreiten, 300,000 K. für das Kaiserin Bita-Hospital, 100,000 K. für die Aktion zur Errichtung von Tagesheimstätten für Kriegswaisen und Kinder, 100,000 K. für die Wollbelleidungsabteilung der Wollzentrale-Aktiengesellschaft, 50,000 K. für den Militär-Witwen- und Waisenfonds, 50,000 K. für die Kriegsbirnenheimstätten zu widmen und den Rest von 34,210 K. dem ordentlichen Reservefonds zuzuführen.

* * *

Aufruf!**Sektion Kleiderfammelstelle.**

Zur Linderung der herrschenden Kleidernot, die für die arme Bevölkerung doppelt empfindlich ist, hat der Verband von 46 Wohlfahrtsvereinen „Weibliche Fürsorge“ eine Bekleidungszentrale ins Leben gerufen, deren Ziel die Verteilung von Kleidungsstücken an Wiener Bedürftige bildet.

Unsre Aufgabe wird die Sammlung und Verteilung abgelegter Kleider und Wäsche, die Erwerbung konfektionierter Sachen und die Verarbeitung von uns gütigst überlassenen Stoffen durch unsre freiwilligen Helferinnen sein. Außerdem streben wir den wirtschaftlichen Gedanken an, die in den Verkaufsläden brachliegenden Bekleidungsstücke auszulösen, um den Notleidenden, der zur Stillung des Hungers seiner Kinder oft sein notwendigstes Gewand verziht hat, wieder in dessen Besitz zu bringen.

Durch diesen Vorgang ermöglichen wir auch den vielen aus dem so schwer heimgesuchten Mittelstand, die heute ebenfalls schon in Not sind, auf diskrete Weise die Wiedererlangung ihrer schmerzlich entbehrten Hüllen.

Wer sich dessen bewußt ist, was es heißt, wenn arme frierende Menschen auf unentbehrliches Gewand verzichten müssen, wird gewiß von dem dringenden Wunsche besetzt sein, hier helfend einzugreifen.

Jede kleinste Spende von abgelegten Kleidern, Stoffen und hauptsächlich an Geld zur Durchführung dieser Hilfsaktion bedeutet die Mitwirkung an dem Rettungswerke.

Ehrlern Menschen, denen ein glücklicheres Geschick die Möglichkeit gegeben hat, immer wieder zu schenken, bitten wir, durch eine gütige Gabe dieses Werk der Menschenliebe zu fördern.

Geldspenden werden erbeten sowohl an die Redaktion des Blattes als auch an die Kassierin der Bekleidungszentrale der „Weiblichen Fürsorge“ Frau Regine May, 9. Bezirk, Liechtensteinstraße Nr. 12. Materialspenden werden über gütige Vermittlung abgeholt durch Frau Erny Strich, 1. Bezirk, Bartensteingasse Nr. 16.

Der Vorstand der „Weiblichen Fürsorge“: Charlotte Frein v. Königswarter, Ehrenpräsidentin; Frau Regine Ullmann, Präsidentin; Frau Sophie Grünfeld, Leiterin der Schutzzentrale und Vorsitzende der Bekleidungszentrale; Frau Regine May, Kassierin; Frau Baronin Rinaldini, Schriftführerin.

Die Kinder aufs Land!

Der Weltkrieg geht der Entscheidung entgegen! Auch daheim schließen sich alle Kräfte zusammen, um den endgültigen Sieg zu sichern! Deutschlands Zukunft ruht auf der Stärke der heranwachsenden Jugend. Tragen wir alles, was in unserer Macht liegt, dazu bei, sie gesund und stark zu erhalten! In den größeren Städten und den dichtbevölkerten Industriebezirken sind, wenn auch ein Durchhalten außer aller Frage steht, die Verpflegungsschwierigkeiten unüberwindlich. Die Lebensbedingungen auf dem Lande sind dagegen günstiger. Hier gilt es eine Bewegung zu fördern, die unserer Jugend als dem Träger von Deutschlands Zukunft, zugute kommen muß. In Nord und Süd, in Ost und West unseres deutschen Vaterlandes regt sich der Gedanke, Stadtkinder und Kinder aus den Industriebezirken für Monate auf dem Lande in Einzelpflegestellen unterzubringen. Tausende von Kindern haben im verfloßenen Jahre dank der Opferwilligkeit von Stadt und Land die Wohlthat eines Landaufenthaltes genossen und sind an Leib und Seele gekräftigt zurückgekehrt. Nicht genug damit, Hunderttausenden von Kindern muß in gleicher Weise jetzt geholfen werden. Hilfe tut not!

Wir wenden uns daher an den opferwilligen Sinn der Landbewohner Deutschlands! Nehme jeder, der es ermöglichen kann, ein Stadtkind für mehrere Monate in Pflege. Im ländlichen Haushalt wird es kaum empfindlich sein, wenn ein Erholungskind die Mahlzeiten teilt. Ihr nehmt den Vätern, die an der Front für Euch kämpfen, die bange Sorge um das Wohlergehen ihrer Kinder und erleichtert den Müttern und Schwestern die Daseinsbedingungen. Landbewohner helft! Der Dank des Vaterlandes ist Euch sicher. Abnimmt Ihr nicht Freistellen gewähren, wird Euch eine Vergütung gezahlt werden. Nicht Eure Meldungen an die Kreis- und Gemeindebehörden, die Gutsherren, Pfarrer und Lehrer, die sie gern entgegennehmen werden.

Wir wenden uns an die opferwillige Bereitwilligkeit der Väter und Mütter in den größeren Städten und Industriebezirken Deutschlands! Gebt Eure Kinder zum Heile von Deutschlands Zukunft zu mehrmonatiger Erholung aufs Land! Das Vaterland wird es Euch nicht vergessen. Gesunde und erholungsbedürftige (nicht kranke) Kinder, hauptsächlich im schulpflichtigen Alter kommen in Frage, die auch in ständlicher Beziehung einwandfrei sind. Sie müssen die Gewähr bieten, daß Unzuträglichkeiten jeder Art, die das väterländische Werk gefährden können, vermieden werden. Nicht nur Kinder von Kriegsteilnehmern, sondern auch andere sollen berücksichtigt werden. Bei dringender Notlage werden öffentliche Mittel oder freiwillige Spenden helfen. An Opferwilligkeit wird es nicht fehlen! Wendet Euch mit Euren Gesuchen an die Gemeindebehörden, die Pfarrer und Lehrer, die Euch mit Rat und Tat zur Seite stehen werden.

Wir wenden uns an alle Verbände und Vereine und an alle Einzelpersonen, die unsere väterländischen Ziele fördern wollen, mit der Bitte, ihre Kraft in den Dienst der Sache zu stellen. Nur dann ist ein Gelingen sicher! Um, wo es not tut, auch mit Geldmitteln helfen zu können, bittet der ununterzeichnete Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ e. V., Berlin W. 9, Potsdamerstr. 134 a, alle Freunde dieses väterländischen Gedankens um Spenden auf sein Postkontokonto beim Postfachamt Berlin Nr. 546.

Landaufenthalt für Stadtkinder

Eingetragener Verein

Unter der Schirmherrschaft Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Scholz, Charlottenburg, Mitglied des Herrenhauses.

Geschäftsstelle: Berlin W. 9, Potsdamer Straße 134a.

Diesem Aufruf schließen sich an: Deutscher Landwirtschaftsrat, Deutscher Städtetag, Preussischer Städtetag, Verband der preussischen Landkreise, Reichsverband Deutscher Städte, Verband der Größeren Preussischen Landgemeinden, Zentralausschuß für die Innere Mission der Deutschen evangelischen Kirche, Caritasverband für das katholische Deutschland, Deutsch-Israelitischer Gemeindebund, Vaterländischer Frauenverein, Bund Deutscher Frauenvereine, Deutsche Zentrale des Nationalen Frauendienstes, Frauenhilfe, Hindenburgspende, Deutscher Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, Kyffhäuserbund der Deutschen Landestriegerverbände, Verband der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunder), Ausschuß des Deutschen (Christlich-nationalen) Arbeiterkongresses, Hauptauschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, Arbeitsauschuß der Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, Deutscher Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit, Arbeitsauschuß der Krieger-Witwen- und Waisenfürsorge, Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, Archiv Deutscher Berufsvormünder.

Freibrot für die Armen Wiens.

Die Aktion, die unter dem Schlagwort „Freibrot für die Armen Wiens“ so rasch Popularität erlangt hat, zeigt schon heute, am Schluß der ersten Sammelwoche, ein so erfreuliches Ergebnis, daß daran die besten Hoffnungen für die baldigste Aktivierung der menschenfreundlichen Absicht des Anregers geknüpft werden dürfen. Der heute zur Publikation gelangende Spendenausweis verzeichnet unter andern die Zuwendung von 5000 K. seitens der Skodawerke-A. G. in Pilsen, deren Präsident Baron Skoda und dessen Gemahlin mit Freude jeden Anlaß benützen, den Notleidenden beizuspringen und in menschenfreundlichster Weise mitzuhelfen, um das Elend in den ärmsten Bevölkerungsschichten zu lindern. Die Sammelaktion für das Freibrot befindet sich trotz der reichlich einlaufenden Beiträge im Hinblick auf die erforderlichen Mittel noch immer im Anfangsstadium, und es bedarf noch einer stattlichen Summe, um das charitative Werk in größerem Stil in Angriff zu nehmen.

Aus den Kreisen unserer Leser erhalten wir täglich eine ganze Reihe von Anfragen, die sich auf die Durchführung der Freibrotaktion, den Verteilungsmodus, beziehen. Wir haben uns aus diesem Grund an den Anreger der Aktion, Herrn Dr. Josef Kläger gewendet, der im nachstehenden die Fragen unserer Leser in präziser Weise beantwortet.

1. Wer wird beteiligt? Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel jeder in Wien wohnhafte Arme, dessen Dürftigkeit nachgewiesen erscheint.

2. Wie erhält der Bedürftige das Freibrot? In jedem Bezirk wird im Anschluß an die bereits bestehenden Frauenhilfskomitees ein Bezirkskomitee der Freibrotaktion an die Petenten Legitimationen ausfolgen, auf Grund deren die Beteiligten auf ihre Brotkarte gleich bei jenem Kaufmann, dem sie durch die Rayonierung zugewiesen sind, unentgeltlich ihre Brotration erhalten. Die Legitimation, die auf Namen lautet, wird für die Dauer der Gültigkeit der Brotkarte ausgestellt und jeweils erneuert.

3. Von wem erhält der Brotverkäufer das Geld für das Freibrot? Durch die Angaben des zu Beteiligten erfährt das Komitee, bei welchem Brotverschleißer er sein „Freibrot“ beziehen wird. Mit diesen Kaufleuten schließt das Aktionskomitee ein Übereinkommen, demzufolge diese das Geld für die auf Grund der ausgegebenen Legitimationen auszufolgenden Freibrote im vorhinein oder im nachhinein erhalten.

4. Wie hoch stellen sich die Ausgabeposten der Aktion? Bei Zugrundelegung einer Zahl von 100,000 durch die Aktion zu Beteiligten zirka 12,000 K. täglich.

5. Wie werden die Geldmittel aufgebracht? Durch Spenden, monatliche Beiträge, insbesondere will das Aktionskomitee die Gemeinde Wien und die Regierung um Subventionen angehen und von dem für Zwecke der Volksernährung in Aussicht genommenen 300 Millionen einen Beitrag erbitten.

Nachstehend veröffentlichen wir den

7. Spendenausweis.

Skodawerke-A. G., Pilsen . . . K.	5000.—
Präsident Julius Blum	300.—
Julius und Ernestine Schiesinger	100.—
Johann Klein	100.—
Dr. Baron St.	100.—
Adolf Freiwillig, Ober-Lanzendorf	100.—
Johann Umlauf, Wien, VII.	100.—
Otto und Rosa Grebner	50.—
J. M.	10.—
Toni Segalla	10.—
Frau Therese Benschlag	10.—
Fräulein Luise Benschlag	10.—
Fräulein Sophie Benschlag	10.—
Herr Otto Benschlag	10.—
Rich. Singer, Feldgendarm in Lawoczne	10.—
Aus der Sparbüchse von Misi u. Franz Kofler, statt einer Rose dem Herz- allerliebsten zum Namenstage . . .	5.— 2.—
Summe K.	5,927.—
Bereits ausgewiesen K.	22,012.—
Gesamtsumme K.	27,939.—

18. III. 1917

M9

Ein hochherziger Beschluß der Bauern von Weitra.

Aus Weitra wird uns zum Thema „Verständigung zwischen Stadt und Land“ geschrieben: Donnerstag den 15. März fand hier die Monatsversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereines statt. In dieser gelangte ein Antrag zur Verhandlung, der wegen seiner Hochherzigkeit verdient, der Oeffentlichkeit bekanntgemacht zu werden.

In Anbetracht der zukünftigen Ernte sind jetzt viele Bauern enthoben. Obwohl natürlich diese zeitweiligen Befreiungen vom Kriegsdienste ohnehin eine zwingende Notwendigkeit sind, empfinden diese braven Leute die schwere Arbeit, die sie nach monatelangem Schützengrabensleben, daheim erwartet, doch als eine gewisse Erleichterung, weil sie wenigstens kurze Zeit wieder bei ihren Angehörigen, auf ihrem Grund und Boden zubringen können. Dafür wollen sie dankbar sein und aus ihrer Mitte wurde der Antrag gestellt, diese Dankbarkeit in der Form zu zeigen, daß jeder enthobene Bauer über die Schulferien im heurigen Sommer ein armes, braves Wiener Kind in Pflege nehme, um einerseits recht vielen Wiener Kindern die Gelegenheit zu einem Sommeraufenthalt zu gewähren, andererseits die notwendige Veröhnung zwischen Stadt und Land zu fördern. Zu diesem Beschlusse wurden mit viel Wärme und tiefer Be-

geisterung der Obmann Oberlehrer Johann Indra und der Stellvertreter Pfarrer Karl Bichler. Sämtliche versammelten Kasinovorstände waren mit dem Antrag einverstanden.

Man muß den Bauern von Weitra Dank sagen für diesen edelmütigen Beschluß. Sie haben gezeigt, daß es nicht nur „ein goldenes Wienerherz“ gibt, sondern daß gerade in der Brust unserer wackeren Landleute Hilfsbereitschaft und soziales Verständnis wohnt. Möge die hochherzige Tat Nachahmung finden; dann wird es nicht notwendig sein, daß man arme Wiener Kinder wahre Weltreisen unternehmen lassen muß, um ihnen das bisherige Landaufenthalt zu ermöglichen.

18. III. 1917

No

Frühstück für die armen Schulkinder!

Budapest, 17. März.

Die unermüdlige Wohltätigkeit der ungarischen Gesellschaft hat heute in einer neuen Form ein Fest gefeiert. Arme kleine Jungen und Mädchen, die ihr Heim ohne Frühstück verlassen, sollen fortan in der Schule warme Suppe, die ganz kleinen sogar warme Milch und jedes ein Stück Brot erhalten.

In den freundlich hellen Räumen der Volksschule auf der Egressy-ut wohnten wir heute der ersten Frühstücksausteilung an. Zuerst in der Kinderbewahranstalt. Die lieben, kleinen Dingerchen schauen noch gar fremd in die Welt, die durchsichtigen, dünnen Händchen langen jedoch gierig nach dem Napf, dem der Duft weißdampfender Milch entsteigt; mit wahren Heißhunger wird auch das schöne Stück Brot angebissen. Gesättigt, werden die Kinder mutiger und zutraulicher. Ein Dreiläsehoch erbiertet sich, ein Gedicht herzusagen, und dann noch einer, und noch einer. Die Gedichtchen sprechen vom Krieg, vom Vater, der im Felde ist und den Gott heil zurückführen möge. All das in rührend einfachen Worten geprägt, von rührend hohen Kinderstimmen hergesagt. Ganz kleine Kinder sind es, die Not und Hunger im Krieg so frühzeitig erlernten, daß sie darüber zu klagen noch nicht alt genug sind. Die blutleeren Gesichtchen klagen laut genug. Welch ein Segen wird es für sie sein, diese reine, kräftigende Nahrung nun täglich zu erhalten.

Auch die größeren Kinder blicken verlangend auf die dampfende, wohlriechende Suppe, die in großen Schüsseln aus der schönen, appetitlichen Küche herbeigeschafft und sodann in die auf den langen Tischen stehenden Teller ausgeteilt wird. Nach kurzem Gebet verzehren die Kinder Suppe und Brot; erfrischt und gekräftigt gehen sie dann ans Lernen.

In einer ganzen Reihe von Schulen hat diese Auspeisung mit dem heutigen Tage begonnen, aber immer gibt es noch solche, die dieser Wohltat nicht teilhaftig werden. Deshalb wollen wir alle Mütter, die in der Lage sind, ihre Kinder reichlich zu versorgen, und auch die Kinder selbst daran erinnern, mit kleinen und größeren Opfern dazu beizutragen, daß diese schöne Einrichtung nicht nur aufrechterhalten, sondern auch noch ausgedehnt werden könne. Wer einmal der Frühstücksvorteilung angewohnt und ihre große Notwendigkeit, ihren hohen Wert erkannt hat, wird sich dem Wunsche nicht entziehen, an dieser schönen, so wahrhaftig menschenfreundlichen Aktion teilzunehmen.

Der heutigen ersten Auspeisung wohnten bei: der Präsident der hauptstädtlichen Wohlfahrtzentrale Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy und Gemahlin, Vizebürgermeister Dr. Franz Déry, Chefredakteur des Pester Lloyd Josef Bébi, Direktor Dr. Hugo Csörgö, Magistratsrat Dr. Edmund v. Wildner, Fachinspektor Géza Gyuris, Sekretär des Vereins der Kinderfreunde Edmund Bajna, Kommerzialrat Sigmund Márkus, der die schöne Idee dieser Aktion im Pester Lloyd angeregt und mit unermüdlischem Eifer zu dem Erfolg der Sammlung beigetragen hat, Direktor der

Ungarischen Eskompte- und Wechselbank János Biszög. Die Gäste wurden von Direktor Simon Kalós mit sichtlicher Freude an der guten Sache aufs liebenswürdigste empfangen.

20. III. 1917

221

Der 300-Millionen-Zuschuß für die Mindestbemittelten.

Ueber die zweckmäßigste Art der Verwendung des bekanntlich von der Regierung in Aussicht gestellten Betrages von 300 Millionen Kronen zur Beschaffung von Lebensmitteln für die mindestbemittelten Volkskreise hat sich eine lebhafte Erörterung entsponnen. Mit Recht wird vielfach geltend gemacht, daß diese 300 Millionen aus Staatsmitteln nicht dazu dienen dürfen, gewissen Spekulanten, die in preistreibender Absicht Lebensmittelvorräte angehauft haben, die erhofften Profite sicherzustellen. Falls es halbwegs möglich ist, wäre es vielleicht, so wird vielfach gesagt, am zweckmäßigsten, die 300 Millionen zur Mehrerzeugung von billigen Volksernährungsmitteln zu verwenden, wie Frühgemüse, Frühkartoffeln usw., damit die Bevölkerung möglichst bald mit billiger, bekömmlicher und hinlänglicher Nahrung versorgt werden könne. Man müßte dann allerdings die Fachmänner des Anbaues hören, um möglichst rationell vorzugehen und nicht Samen, Boden und Mühe zu verschwenden. Es gibt überall in der Nähe der größeren Konsumzentren brachliegende Felder genug, die im wahrsten Sinne des Wortes „fruchtbringend“ verwertet werden könnten, nach Art der Schrebergärten. Es bedürfte nur der staatlichen Hilfe, der Anleitung durch Fachmänner (wie Gärtner usw.), um allenthalben reichliche Frühjahrsnahrungsmittel aus bisher ungenützten Bodenflächen hervorzuzaubern. Es müßte dann allerdings rasch gehandelt werden, rascher, als man es vom Staate leider gewohnt ist. Die schnellstwachsenden und ergiebigsten Sorten wären natürlich zu bevorzugen. Bei einiger Latkraft wäre es z. B. ganz unnötig, daß je wieder der Spinat knapp und teuer wird. Das gleiche gilt von vielen anderen nahrhaften Gemüsearten, für die schon im letzten Sommer wahre Apothekerpreise gezahlt werden mußten. Aber die städtische Bevölkerung ist in all diesen Dingen hilflos, wenn ihr nicht an die Hand gegangen wird; in der Schule lernte sie wohl die Affenarten Brasiliens, die Tadtiefe des indischen Ozeans und die Kunst, Farben zu mischen, aber nicht, wie der Spinat in natura aussieht, wo und wie er wächst, — so gut wie nichts von all dem, was sie heute brauchen könnte.

Die Hoffnung, der Nahrungsnot der Mindestbemittelten mit „Anweisungen“ auf Fleisch und ähnliche Kostbarkeiten abhelfen zu können, dürfte sich bald als Täuschung herausstellen. Was nützt die Anweisung, wenn der Fleischpreis für Hunderttausende unerschwinglich oder höchstens ein-, zweimal im Monat erschwinglich bleibt? Höchstens, daß sie die Anweisungen an Wohlhabendere verkaufen oder gegen andere Karten (Mehl, Brot, Zucker) eintauschen können. — Einen Vorschlag, wenigstens einen großen Teil des staatlichen 300-Millionen-Zuschusses dazu zu verwenden, der Bevölkerung an Stelle des gekürzten Mehles billiges Fleisch zugänglich zu machen, versendet Abg. Gummer in seiner Korrespondenz.

Er nimmt an, daß bei etwa 15 Millionen Menschen die Mehlration von $\frac{1}{4}$ Kilogramm gekürzt und der Ausfall durch Fleisch ersetzt werden könnte. Die Verkürzung des wöchentlichen Mehlbezuges jener 15 Millionen Menschen um $\frac{1}{4}$ Kilo-

gramm würde eine Ersparnis an Mehl in zwei Monaten von rund 340.000 Meterzentnern betragen. Rezt man als Ersatz für $\frac{1}{4}$ Kilogramm Mehl ein halbes Kilogramm Fleisch (mit 25% Zuwage gerechnet) zugrunde, so ergibt sich ein Bedarf von etwa 280.000 Stück Rindvieh, in der Annahme, daß das durchschnittliche Lebendgewicht eines jetzt schlachtfähigen Stüdes nur vier Meterzentner beträgt, und daß drei Fünftel des Lebendgewichtes zur Ausschrotung, bei entsprechender Verwertung der Nebenprodukte, in Betracht kommen. Der Stand an Rindern über ein Jahr, jedoch unter drei Jahren, können dermaßen mit annähernd zwei Millionen Stück in Anschlag gebracht werden. Der Verbrauch würde also höchstens 14% des Jungviehbestandes ausmachen. Einschließlich aller Speisen kämen das Kilogramm Lebendgewicht selbst unter Zugrundelegung der gegenwärtig bestehenden hohen Viehpreise nicht höher als auf durchschnittlich drei Kronen, ein Kilo Fleisch (hievon 25% Zuwage) also durchschnittlich auf 5 Kronen zu stehen. Würde der Staat hiervon 2 Kronen übernehmen, so würde das einen Betrag von 136 Millionen Kronen bedeuten. Mit diesem Betrag wäre zwei Monate durchzukommen: fünfzehn Millionen Menschen könnten statt des einen Viertels Mehl, das wöchentlich erspart würde, $\frac{1}{4}$ Kilo Fleisch zu 14 Kronen (oder z. B. eine viertköpfige Familie 2 Kilo Fleisch in der Woche zum Gesamtpreise von 6 Kronen) erhalten und dem Finanzminister bleibe die Möglichkeit, den Restbetrag von 300 Millionen, also 164 Millionen anderweitig für Versorgungszwecke zu verwenden.

Es würde auf diese Weise, falls der Vorschlag durchführbar ist und die Voraussetzungen stimmen, ein „Staatsfleisch“ zu 3 Kronen geboten werden können, also zum halben Preis des sogenannten „Vollrindfleisch“, das dem Volk unerreichbar ist. — Jedenfalls wird es gut sein, sich die zweckmäßigste Verwendung der 300 Millionen Kronen gut zu überlegen. Eine Subvention an die Kriegsverdiener, Spekulanten und Wucherer darf nicht daraus werden.

Die Hilfe für Minderbemittelte.

Die Hilfsaktion der Regierung leidet an einem Fehler: man hat nicht vorher die zutreffenden Maßnahmen bis ins einzelne durchdacht, nicht einen festen Plan im Ernährungsamt ausgearbeitet und hierfür die nötigen Mittel angesprochen, sondern zunächst den allgemeinen Grundsatz, den Minderbemittelten zu helfen, kundgegeben und hierfür eine Summe von rund 300 Millionen ausgeworfen, eine Summe, die nach außen großen Eindruck macht, auf das ganze Staatsgebiet und Staatsvolk aber aufgeteilt natürlich lange noch nicht den wichtigsten und dringendsten Aufgaben genügen kann. Nun sind widerstreitende Forderungen geweckt, jeder ist gleichsam angerufen, ob er sich auch zu den Minderbemittelten zählen wolle, und alle Welt fragt, wie die Grenze zwischen Minderbemittelten und Bemittelten gezogen werden solle. Da man unglücklicherweise noch eine Einkommensgrenze von 6000 Kronen in die Erörterung geworfen hat, wenden sich die Auffassungen der Öffentlichkeit in durchaus falsche Richtung. Das sind notwendige Folgen des Fehlers, daß man in der Aktion den umgekehrten Weg gegangen ist, den Weg von der allgemeinen Kundgebung zum Detailvorschlag statt von einem im Detail ausgearbeiteten Plane zur allgemeinen Kundgebung.

Bevor wir in das einzelne dieser Hilfsaktion eingehen, wollen wir noch einmal an das Vorbild der deutschen und einiger österreichischer Städte erinnern, das offenbar vorgeschwebt hat. Als die Preise so zu steigen begannen, daß sie den untersten Volksschichten unerschwinglich wurden, haben zunächst einzelne, dann viele deutsche Städte durch eine planmäßige Hilfsorganisation in kleinen Stadtprengeln die allerhilfslosesten Haushaltungen herausgeholt und angefangen, diesen Kartoffeln, Kohlen, Fleisch und andere städtisch bewirtschaftete Artikel unter dem Normalpreis zu verkaufen. Von vornherein ist klar, daß diese Hilfe nur dem allerbedürftigsten Bruchteil der Bevölkerung zuteil werden kann. Würde man die Mehrzahl so behandeln, würde sich diese aus den Gemeindesteuern billigere Lebensmittel bewilligen, so müßte sie den Ausfall durch ihre Steuer-gelder doch wieder decken. Darum haben einzelne Städte nur die „durch den Krieg und seine Folgen in Notstand Geratenen“ in dieser Form unterstützt. Die Preise für die Mehrzahl der Bevölkerung zu regeln kann nur Aufgabe der staatlichen Preispolitik, nicht einer Hilfsaktion sein. Diese kann natürlicherweise nur so eingeleitet werden, daß man mit dem allerbedürftigsten anfängt — denn irgendwie bedürftig fühlen sich in der Kriegswirtschaft von hundert Menschen gewiß neunzig — und von diesem so weit aufsteigt, als die vorhandenen Mittel reichen.

In der Tat kamen die Gemeinden Deutschlands sehr bald an den Rand. Da sprangen die Einzelstaaten bei, indem sie durch Staatsgesetze die Pflicht übernahmen, Gemeinden, die für die Minderbemittelten Lebensmittel zu billigerem Preise abgeben und dafür Gelder aus ihrem Stadthaushalt aufwenden, jeweils die gleiche Summe, wie und da auch das Doppelte zuzuschießen. So wurde den sozial handelnden Gemeinden beigeprungen und andererseits durch das Mitopfer der Gemeinde eine Sicherheit gegen die Verschwendung von Staatsmitteln geboten. Bemerkenswert ist noch, daß einzelne Stadtverwaltungen ihre Erhebungen nicht bloß von unten herauf auf die Mindest- und Minderbemittelten, sondern auch von oben herab auf die Wohlhabenden erstreckten und von den Reichen so viel an Ueberpreisen verlangten, als sie von den Mittellosen an Unterpreisen verloren.

Bei uns ist die Hilfsaktion nicht in solcher Weise von unten herauf organisch geworden. Zwar haben einzelne Städte wie Linz und Brunn, dann die Statthaltereien in Graz, die Approvisionierungsgesellschaft in Schlesien ähnliche Maßregeln ergriffen, aber sie blieben vereinzelt und fast unbemerkt. Oesterreichs bürgerliche Welt hat jenes brennende Interesse an der Volks-ernährung nie mehr als bekundet, das Deutschlands obere Klassen durchaus betätigen. Die soziale Einsicht ist hierzulande gering und das soziale Gewissen matt. So kam es, daß zu dieser Form von Hilfsaktion ein improvisierter Anstoß von oben den Antrieb schaffen mußte. Wir sehen ein Ziel und Mittel hierzu, aber der ganze soziale Unterbau fehlt noch, es fehlt selbst an dem nötigen Verständnis. Dazu schafft ein Umstand besondere Verwirrung, nämlich daß wir die Aktion nicht mit Kartoffeln, Mehl, Brot, Hülsenfrüchten beginnen sollen, sondern mit Fleisch. Das ist geboten durch die leidige Tatsache, daß gerade Fleisch etwas mehr da ist — keineswegs aber in unbeschränkter oder auch nur in ausschlaggebenden Mengen. Fleisch aber ist heute weder staatlich noch gemeindlich bewirtschaftet. Nach allen gegebenen Mustern aber muß ein Artikel zunächst gleichmäßig in öffentlichen Bewirtschaftung stehen, damit als Abweichung von der geltenden Regel die Ausnahme eines billigeren Preises durchgeführt werden kann. Wie soll man Fleisch unterscheidend bewirtschaften, wenn man es nicht einmal überhaupt noch bewirtschaftet? Ohne allgemeine Fleischverbrauchsregelung keine besondere — das liegt auf der Hand.

Die im besten Falle verfügbaren Fleischmengen sind noch immer so gering und die Preise sind heute so hoch, daß auch mit sehr hohen Geldopfern nur einem kleinen Kreise, also nur den Bedürftigsten geholfen werden kann — der Mehrheit der Bevölkerung ist mit dem endlichen, längst fälligen Abbau der Vieh- und Fleischpreise rascher, wirksamer und durchgreifender geholfen als mit der kostspieligsten Hilfsaktion. Wie es mit dem Kreise der für sie in Betracht kommenden Menschen beispielsweise in Wien steht, verraten wenige Zahlen. Kurz vor dem Kriege gab es rund 417.000 Leute, deren Einkommen über dem steuerfreien Existenzminimum lag, sie zählten mit ihren Haushaltsangehörigen 1.060.000 Köpfe, somit nicht einmal die Hälfte der Einwohner.

Man muß also schon mehr als die Hälfte Wiens, mehr als eine Million Köpfe, mit dieser Hilfsaktion gesättigt haben, bis die allerniedrigsten Einkommensteuerzahler darankommen. Will man dieser unteren Hälfte ein Kilogramm Rindfleisch zu halbem Preise, also zu fünf Kronen zuführen, so braucht man hierzu schon einen weiteren Stapel von fünftausend Rindern und einen Zuschuß von fünf Millionen Kronen. Mit diesem Schlüssel kann man annähernd rechnen. Man muß sich ernsthaft die Frage stellen: Wie viel Rinder und wie viel Geldmittel sind verfügbar? Und weiter: Wie viel Fleisch wird frei, wenn der Uebergenuß der Wohlhabenden auf den Durchschnitt eingeschränkt wird? Wie viel Zuschußmittel sind von der Gemeinde aufzubringen, wenn sie das Fleisch in Bewirtschaftung nimmt und sich von den Wohlhabenden höhere Preise bezahlen läßt? Danach wird man die Zahl der Köpfe, für die eine solche Hilfe möglich ist, errechnen können. Dann aber wird man diesen Personenkreis — nicht nach äußeren und mechanischen Merkmalen allein, und in solches wäre heute auch die Einkommensteuer — ermitteln und ihn mit dem Bezugsrecht auf billigere Lebensmittel ausstatten. Jedes andere und insbesondere jedes mechanische Verfahren würde die Ziele der Hilfsaktion ganz verfehlen. Weit wichtiger für die Massen der Bevölkerung als jedes Gebahren mit Fleisch ist eine solche Hilfsaktion bei Kartoffeln, Mehl, Hülsenfrüchten und Kohlen!

20. III. 1917

MS

**Kaiserin Zita — Protektorin des
Kriegshilfsbureaus.**

Kaiserin Zita hat das als Erzherzogin innegehabte Protektorat über das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern neuerdings übernommen. Als besondere Guldigung für die Kaiserin hat das Kriegshilfsbureau eine Brosche aus Silber mit dem Anfangsbuchstaben der Kaiserin und der Kaiserkrone geziert zum Preise von 4 K. und die gleiche Brosche auch in echt Silber emaillet mit einem brillantierten „S“ zum Preise von 20 K. ausgegeben.

Die Kriegsinvalidenfürsorge.

Die unter dem Protektor des Fürsten Johann Siechtenstein und dem Ehrenpräsidium des Geheimen Rates Dr. Wilhelm Exner ic. stehende Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide, Wien, 1. Bez., Augustengasse Nr. 2, macht es sich zur Aufgabe, im Anschluß an die l. l. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide in den einzelnen österreichischen Ländern Kriegsbeschädigten den Uebertritt in die bürgerliche Erwerbstätigkeit zu erleichtern.

In der letzten Zeit sind der Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide beigetreten als:

Stifter: Michel Venies; Paul Ritter von Schoeller; Baso R. Savic; „Cosmanos“, Vereinigte Textil- und Druckfabriken; Hermann Ritter von Mitscha, l. u. l. Botschaftsrat; Johann Fürst zu Schwarzenberg; Georg Schicht, U. G.; Karl Freiherr v. Skoda;

Gründer: Alex. Schindler; Viktor Siebel, l. l. Oberbaurat und Architekt; Emil v. Seybel; Friedrich Deri, Seidenwarenfabrikant;

Förderer: Wilhelm Neuber, Ges. m. b. S.; Karl Neufeldt; D. Baer; Direktion der Böhmer und Steyerischer Bergbau- und Eisenhütten-U. G.; Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten; G. Bordenstein und Sohn; Karl Mez und Söhne U. G., Näh- und Stickseidenfabrik; Karl Root; Stanislaus Graf Mucielki;

unterstützende Mitglieder: Helene Binder; Josef Simon; George Blakey jun.; L. Meyer, Betriebsdirektor; Konrad Müller; Ing. Leutnant Adolf Kordovsky, Oesterreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft, Wien; Glas-Hüttenwerke Max Mühlig; Fr. Cotel; S. Blüh; kaiserlicher Rat A. Benda; Felicie Frein v. Berlesch; Direktor Dr. Auspiger; Dr. Max Böhm; Karl Suchanek, l. u. l. Leutnant; Franz Kreuziger, l. u. l. Leutnant; Otavian Daminescu, l. u. l. Fähnrich; Guibo Bahr, l. u. l. Fähnrich; Rudolf Thiel, l. u. l. Fähnrich;

ordentliche Mitglieder: Mor. Jul. Rosenfeld, Juwelier; Sportelna nusta; Marie Fischl; Richard Schwarz; R. Gerngroß; Hofrat Dr. Bujcha; S. Bremer; Hofrat Freiherr v. Merkl; Jaroslav Sihnart; Franz Setwin, Apotheker; A. Siemang; Ludwig Maurer; Alois Maresch; Max Fröhlich; Franz Kirchberger, Gemeinderat; Anton Simel; Dr. Demeter Marcetic; D. Fleischmann; Dr. Julius Fleischer; Jan Mathnowicz; Alois Smetana, Direktor; Viktor Budden; Julius Blum; Dr. Rudolf Bulowsky, Advokat; Richard Brandhuber, Zentraldirektor; F. S. Pollat; Martin Carow; Jan Ellenar; Leopold Bleier; M. Dr. Jan Gsch, Advokat; Dr. Rupert Brandauer, l. l. Notar; Eduard Wittner, Professor; Karl Graf zu Brandis; Bisa Wilhelm; Adolf Schustola; Architekt Karl G. Repla, ordentlicher öffentlicher Professor der Technischen Hochschule; Karl Meißner; Karl Mert, Bürgermeister; Frau Martha Schramel;

Spenden: Emmy Meini 500 K.; Doktor Heinrich Glusa, Generaldirektor, 20 K.; Albert

Mosbrugger 2 K.; Leopold Kohn 2 K.; Otto und Emil Schlein, Druckfabrik, 10 K.; Dr. Otmaz Josef Mic, Direktor, 20 K.; Barna 2 K.; Porzellanfabrik Merfeldsgrün 25 K.; kaiserlicher Rat Josef Wittner 5 K.; August Rath jun. 200 K.; Emil Hirschmann, Direktor, 100 K.; Stone und Blyth 50 K.

Beitrittserklärungen wollen gerichtet werden an die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide in Wien, 1. Bezirk, Augustengasse Nr. 2, woselbst auch Abzeichen zum Preise von 2 K. erhältlich sind.

Anmeldungen freier Stellen und Stellengesuche sind zu richten an das Vermittlungsinstitut der l. l. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide, Landesstelle Wien, 7. Bezirk, Neubaugürtel Nr. 32, Telephon 38472, wo sich auch ein ständiger Vertreter der Gesellschaft befindet. (Sammlung bewilligt mit Erlaß des l. l. Ministeriums des Innern vom 27. August 1916, Bahl 12867/M. J.)

Albano 22
22. III. 1917 MS

Die Rettung verlassener jüdischer Kinder Galziens und der Bukowina. Eine Ansprache des Prinzen Eduard Liechtenstein.

In dem Hause 9. Bezirk, Universitätsstraße Nr. 4 fand am 17. d. im Saal der israelitischen Humanitätsvereine „B'nai B'rith“ unter dem Präsidium der Herren Dr. Edmund Kohn, Universitätsprofessor Dr. S. Ehrmann und Frau Wisette Selber die Generalversammlung des obgenannten Vereines statt. Der Präsident ließ die zahlreich er-

willkommen und begrüßte insbesondere den Leiter des Kriegshilfsbureaus des Ministeriums des Innern Hofrat Dr. Eduard Prinzen von und zu Liechtenstein sowie den Ministerialrat im galizischen Ministerium Dr. Ritter v. Twardowski, den Präsidenten Dr. v. Gompertz, die Delegierten der Israelitischen Kultusgemeinde und der Israelitischen Allianz zu Wien sowie die Vertreter zahlreicher anderer Korporationen. Sodann wurde der Vorstandsbericht verlesen, dem wir folgende Mitteilungen entnehmen:

Nachdem im Einberufen mit der galizischen Statthalterei sowie den kompetenten Regierungsstellen die Frage der Erhaltungskosten der Kriegswaffen in befriedigender Weise gelöst war, konnte der vom Verband der „B'nai B'rith“ gegründete Verein die großzügige Aktion für die verlassenen jüdischen Kinder Galziens beginnen, während gleichzeitig eine solche für christliche Kinder durch das Kriegshilfsbureau eingeleitet wurde. Mit besonderer Unterstützung der Tagespresse wurde eine Propaganda inaugurirt, durch welche dem Verein große Spenden zugeführt wurden. Außerdem traten dem Verein in der Berichtsperiode, die acht Monate umfaßt, 3375 Mitglieder, Gründer und Stifter bei. Mit Hilfe der Sektionen Krakau und Lemberg des von der Statthalterei in Galizien eingesetzten Zentralkomitees für die Waisenfürsorge wurden bisher 17 Waisenhäuser errichtet, in denen insgesamt 960 Kriegswaisenkinder untergebracht sind. Außerdem wurden 2895 Kriegswaisen in Familienpflege untergebracht und durch monatliche Unterstützungsbeiträge versorgt und 11.731 Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schuhe beigelegt. Der Vorstand spricht demnach den zuständigen Ministerien, dem Kriegshilfsbureau und der galizischen Statthalterei, vertreten durch Hofrat Brückner, sowie allen Wohltätern und Spendern den wärmsten Dank aus, konstatiert aber auch, daß angesichts des ungeheuren Massenunglücks alles bisher Erreichte und Geleistete nur ein Tropfen, ein Anfang sei.

Nach Erstattung des Massenberichtes sowie des Revisionsberichtes sprach der Präsident der Sektion Lemberg Dr. Emil Barnas namens des Zentralkomitees dem Verein den Dank aus, indem es betonte, daß ohne dessen werktätige Hilfeleistung das Zentralkomitee seine Tätigkeit überhaupt nicht hätte beginnen und fortsetzen können.

Dr. Eduard Prinz von und zu Liechtenstein ergriff hierauf das Wort, und sagte: Er habe sich verpflichtet gefühlt, in der Generalversammlung des Vereines zu erscheinen, um hier seinen lebhaften Dank für die so erfolgreich eingeleitete Aktion auszusprechen. Der Gedanke, das Hinterland zur Unterstützung der unglücklichen Kinder der vom Krieg heimgekehrten Länder zu mobilisieren, sei — allerdings zunächst auf konfessioneller Basis — von diesem Verein ausgegangen, nachdem die Kriegswaisenfürsorge in Galizien nach den besonderen dortigen Verhältnissen von der Statthalterei konfessionell getrennt durchgeführt wird. Das Kriegshilfsbureau, welches pflichtgemäß sich mit der Bewilligung zu dieser Sammlung zu befassen gehabt habe, habe geglaubt, im Interesse der Einigkeit zwischen den Konfessionen und Nationen die gleichzeitige Einleitung einer Sammelaktion des gesamten Hinterlandes zugunsten aller notleidenden Kinder Galziens und der Bukowina anregen zu sollen, um derart den Unglücklichen in diesen Ländern ohne

Rücksicht auf Konfession und Nation einen Beweis der Sympathie aller übrigen Länder zu geben. Dadurch habe diese Aktion einen großösterreichischen Charakter erhalten, wie er kaum einer andern Kriegsfürsorgeaktion innewohne. Dieser österreichische Gedanke sei noch besonders dadurch zum Ausdruck gekommen, daß es dank dem Entgegenkommen der an der Sammlung für jüdische Kinder beteiligten führenden Personen gelang, die Aktion derart einzurichten, daß es jedermann möglich war, zugunsten der Angehörigen seiner Konfession oder ohne Rücksicht auf die Konfession seine Spende zu geben. Die gegenseitige Abrechnung der bei der „Neuen Freien Presse“, beim Verein und beim Kriegshilfsbureau eingelaufenen Spenden nach dem vereinbarten Schlüssel sei in der schalksten und schnellsten Weise und im besten Einvernehmen jederzeit erfolgt, und Redner fühle sich verpflichtet, seinen besonderen Dank dem Herrn Ludwig Selber auszusprechen, welcher als Mittler zwischen dem Verein und dem Kriegshilfsbureau tätig betätigt hat. Er benütze aber auch noch gern den Anlaß, um der österreichischen Judentum seinen Dank für die Unterstützung dieser Aktion, zugleich aber auch für ihren sei Förderlich der gesamten Kriegsfürsorge an den Tag gelegten patriotischen Opfermut, durch welchen große Beträge für alle Zweige der Kriegsfürsorge flüssig gemacht wurden, zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafter Beifall).

Ministerialrat v. Twardowski verlaserte namens des Ministeriums für Galizien den Verein

der Sympathien und der wohlwollenden Unterstützung der Regierung und wünschte den weiteren Arbeiten des Vereines reichsten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Professor Ehrmann begrüßte die Tätigkeit des Vereines namens des Verbandes der „B'nai B'rith“. Seine Durchlaucht Prinz Liechtenstein — sagte er — hat den großösterreichischen Charakter der Aktion betont. Großösterreichisch ist aber alles, was bei uns Herz und Gemüt hat. Nachdem Herr Hofrat Brückner im Auftrag der galizischen Statthalterei an den Präsidenten des Verbandes herangetreten war, übernahm der Verband gemeinsam mit dem Komitee die Aktion. Der Verband vertritt das Prinzip, humanitäre Aktionen ins Leben zu rufen und dann, nach Zulassung weiterer Kreise zur Mitarbeit, dieselben durch direkte Unterstützung seiner Zweigvereine und durch die Mitglieder des Verbandes zu fördern. Offenlich wird es durch die Unterstützung der Regierung und Mithilfe der privaten Wohltätigkeit gelingen, das Werk, das zehn Jahre zu seiner Vollendung braucht, zu Ende zu führen. Die Juden haben keine Bauernschaft, der sie ihre Waisen zur Erziehung und Sebstmachtung anvertrauen könnten; darum ist es bei ihnen nötig, die Heimziehung der Kriegswaisen im Gegensatz zur Privatpflege durchzuführen. Der Verband wird es sich angelegen sein lassen, das Werk jederzeit zu fördern.

Hofrat Löwner namens der Israelitischen Kultusgemeinde und der Israelitischen Allianz Wien beglückwünschten sehr den Verein zu den bisherigen Erfolgen und erbat den wärmsten Unterstützung der Regierung für dessen segensreiche Tätigkeit. Der Vorsitzende schloß darauf die Versammlung mit der Bitte um werktätige, reiche weitere Unterstützung.

In der darauffolgenden Sitzung des Gesamt-Tätigkeit der wärmste Dank votiert und Dr. Edmund Kohn und Frau Wisette Selber für ihre bisherige Tätigkeit der wärmste Dank votiert und Dr. Edmund Kohn zum Präsidenten gewählt. Vor Beginn der Versammlung fand die Beschäftigung der Ausstellung des Vereines statt. Dieselbe zeigte Proben der großzügigen Bekleidungsaktion des Vereines sowie der in der Kriegswaisenkolonie Erndorf hergestellten Handfertigkeitsarbeiten, die deutlich für die schnellen Fortschritte und die Entwicklungsfähigkeit der aufgenommenen Kinder sprechen. Die Ausstellung fand wärmste Anerkennung, insbesondere seitens des Leiters des Kriegshilfsbureaus Hofrat Prinz Liechtenstein, der sich mit besonderem Interesse über die Herstellung und den Ankauf der einzelnen Gegenstände berichten ließ.

Erhöhung der Unterhaltsbeiträge.

Um 25 Prozent für Erwachsene. — S. 1.65 statt S. 1.32 in Wien.

Im Ministerpräsidium hat, wie damals berichtet wurde, am 8. d. eine von der Regierung einberufene Konferenz zu dem Zwecke stattgefunden, über die wirtschaftliche Lage der Familien Einberufener Klarheit zu erlangen und über das Ansuchen der Erhöhung der Unterhaltsbeiträge zu beraten. Finanzminister Dr. von Spitzmüller, der den Vorsitz führte, hatte in dieser Versammlung mitgeteilt, daß die Regierung entschlossen sei, die Unterhaltsbeiträge zu erhöhen und daß die Konferenz der Beantwortung wichtiger Vorfragen zu dieser Angelegenheit diene. In einem ausführlichen Referat wies sodann Bürgermeister Dr. Weiskirchner darauf hin, daß die unterste Grenze der Erhöhung 20 Prozent sei und sprach die dringende Bitte aus, angesichts der herrschenden Teuerung unter diese Grenze nicht herabzugehen. Frau Helene Granitsch beantragte die Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren mit den Erwachsenen, Gemeinderat Spalowsky befürwortete eine Erhöhung von 25 Prozent.

Die Regierung hat nünmehr den in der Beratung geäußerten Wünschen insoweit entsprochen, als der Unterhaltsbeitrag für Erwachsene erhöht wurde. In einer Sitzung, die der Ausschuß der Zentralkommission der Fürsorge für die Angehörigen Einberufener und für die durch den Krieg in Not Geratenen dieser Lage im Rathaus abhielt, teilte nämlich der Vorsitzende Bürgermeister Weiskirchner mit,

daß die Gemeinde mit ihrer Petition an die Regierung wegen Erhöhung der Unterhaltsbeiträge einen bedeutsamen Erfolg aufzuweisen habe, da der Unterhaltsbeitrag für Erwachsene in Wien um 25 Prozent erhöht worden sei, so daß der Betrag von S. 1.32 auf S. 1.65 gestiegen sei. Es müsse gewünscht werden, daß die Kinder unter acht Jahren bezüglich des Unterhaltsbeitrages den Erwachsenen gleichgestellt werden.

Soweit der durch die „Rathauskorrespondenz“ übermittelte knappe Bericht, aus dem hervorgeht,

daß die Frage der Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren noch nicht geregelt wurde. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß in gewissen Fällen eine entsprechende Erhöhung der auf das einzelne Kind entfallenden Quote um die Hälfte, also in Wien statt 66 S. täglich 99 S. festgesetzt ist. Man darf daher wohl annehmen, daß die Regierung, die der Erhöhung der unter den heutigen Teuerungsverhältnissen absolut unzureichenden Unterhaltsbeiträge im Höchstmaß der in der Sitzung vom 8. d. M. erstatteten Vorschläge zugestimmt hat, auch die zweite, damals erörterte wichtige Frage in befriedigender Weise erledigen wird. Handelt es sich doch um die Ernährung der Kinder der Eingekerkerten, um die Gesundheit der kommenden Generation! Den Müttern, denen durch die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages für die Erwachsenen einige Hilfe zuteil wird, muß auch die Möglichkeit geboten werden, die Kinder wenigstens einigermaßen entsprechend zu ernähren und widerstandsfähig zu erhalten, während der Vater seine Pflicht als Soldat erfüllt und nicht selbst für die Seinen sorgen kann.

Unentgeltliche Fleischabgabe für Arme.

In derselben Sitzung der Fürsorgezentrale teilte Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, daß an der unentgeltlichen Ausspeisung derzeit 18.000 Personen teilnehmen. Es sei gelungen, bei der Regierung die Ueberzeugung durchzusetzen, daß die an dieser Ausspeisung teilnehmenden Personen als die Bedürftigsten anzusehen seien.

Bei der Durchführung der von der Regierung geplanten Versorgung der ärmsten Bevölkerung mit Fleischnahrung werden an diese Armen per Person 10 Dekagramm Fleisch Rohgewicht unentgeltlich verabreicht werden können.

Die Bezirksvertretung Wieden über die Regierungsaktion für die Mindestbemittelten.

In der am 20. d. stattgehabten Sitzung der Bezirksvertretung *W i e d e n* wurde auf Antrag des Bezirksrates *Jng. N. v. W i e l e m a n s* (Deutschradikal) die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Bezirksvertretung *W i e d e n* begrüßt mit Freude die von der Regierung geplante Aktion zur Hilfeleistung für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung durch Beschaffung billiger Nahrungsmittel als eine durch die Not der Zeit dringend gebotene Maßnahme. Die Bezirksvertretung gibt jedoch ihrer Besorgnis Ausdruck, daß durch den Aufwand von Staatsmitteln hierfür die durch den Krieg ohnehin schon so gewaltig angewachsene Belastung unserer wirtschaftlichen Zukunft eine neue erhebliche Steigerung erfahren könnte und erblickt in dem Umstande, daß auch diese Mehrbelastung seinerzeit vom gesamten Volke zu tragen sein würde — somit auch von jenem Teile, zu dessen Gunsten die Aktion unternommen wird, und auch von jenen weiten Kreisen der Bevölkerung, welche, ohne in die geplante Aktion der Regierung einbezogen zu sein, dennoch schwer genug unter der herrschenden Teuerung leiden — eine durchaus unerwünschte Folge dieser Aktion; sie würde es vielmehr als einen gerechten Ausgleich betrachten, wenn die nun einmal unerläßlichen Opfer jenen Kreisen allein auferlegt würden, die im Kriege noch in Ueppigkeit schwelgen. Die Bezirksvertretung verweist ferner darauf, daß der staatliche Anlauf so bedeutender Mengen von Lebensmitteln zu den heutigen hohen Marktpreisen geradezu dahin führen müßte, diese Preise auf ihrer Höhe zu erhalten, wenn nicht sogar noch hinauf zu treiben und somit gewissen Lebensmittelgroßhändlern ihre hohen Gewinne förmlich von Staats wegen zu verbürgen. Der Aufwand von Staatsgeldern zur Deckung des Abanges bei den herabgesetzten Verkaufspreisen würde daher schließlich in Taschen fließen, die sich in diesem Kriege nur allzu sehr schon bereichert haben. Auf Grund dieser Erwägungen ersucht die Bezirksvertretung *W i e d e n* den Gemeinderat der Stadt *W i e n*, vor allem aber *Se. Exz. den Herrn Bürgermeister*, bei den zuständigen Stellen in dem Sinne vorstellig zu werden, daß die geplante Aktion der Regierung, den ärmsten Klassen billige Nahrungsmittel zu beschaffen, mit aller Beschleunigung durchgeführt werde, jedoch in solcher Weise, daß dadurch weder eine Belastung des Mittelstandes und der wirtschaftlich schwachen Staatsbürger erfolge, noch Gelegenheit zu weiteren hohen Gewinnen im Lebensmittelhandel geboten werde.

25. III. 1917

130

Die Bauern für die Großstadtkinder.

Wir haben erst kürzlich von dem hochherzigen Beschluß der enthobenen Bauern von Weitra berichtet, über die Sommerferien dieses Jahres arme Wiener Kinder zu sich aufs Land zu nehmen. Auch im verbündeten Deutschen Reich, insbesondere in Bayern, wo die Geistlichkeit durch Aufklärung unter dem Volke viel zur Versöhnung von Stadt und Land beigetragen hat, finden sich zahlreiche Familien, welche sich bereit erklärten, je ein Kind bei sich unentgeltlich auf Wochen in Kost und Pflege zu nehmen. Die Anregung hiezu ging vom Kottal, das ja bekanntlich ein gesegnetes Landstrich in Niederbayern ist, aus. Hundert und Hunderte von Großstadtkindern konnten bereits untergebracht werden und zahlreiche Kinder finden fortgesetzt in den Familien vom Lande gastliche Aufnahme. Ein schönes Beispiel gab ein Bauer, der sagte: „Bei uns essen alle Tage 12 zu Mittag beim Tisch, da geht es auf ein 13. auch noch zusammen und hat ein solches Kind immer noch Platz bei mir!“ — Bauerndenkmal! Wie ganz anders geartet ist die Welt, in der man sich zum Kriegsmillionär emporschachert!

*

Eine Kriegsfürsorgetagung in Salzburg.

Salzburg, 24. März.

Im LandtagsitzungsSaale wurde heute die von der Landeskommission zur Fürsorge für heimkehrende Krieger bei der k. k. Landesregierung in Salzburg einberufene, zwei Tage währende „Fürsorgetagung“ durch den Vorsitzenden der Landeskommission Landespräsidenten Doktor v. Schmitt-Gasteiger eröffnet. Zur Eröffnungssitzung waren auch der Präsident des Abgeordnetenhauses Doktor Sylbester, Landeshauptmann Winkler, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Stölzel und Bgm. Ott erschienen. Der Landespräsident gedachte in seiner Zweck und Ziel der Tagung erläuternden Eröffnungsaussprache dankbarst des Entgegenkommens aller maßgebenden Faktoren, begrüßte die Erschienenen und erörterte sodann unter warmer Anerkennung der Leistungen der Salzburger Ärzteschaft, die in Salzburg bereits geschaffenen Fürsorgeeinrichtungen, deren weiterem Ausbau alle Kräfte geweiht werden sollen. Mit den innigsten Wünschen für einen befriedigenden Verlauf und ein den edlen Zweck förderndes Ergebnis erklärte sodann der Landespräsident die Tagung für eröffnet. Die reichhaltige Tagesordnung wurde durch ein Referat des Salzburger Primararztes Regierungsrat Dr. Adler über die Fürsorge für Internranke eingeleitet. Außerdem weist die Tagesordnung Vorträge über die Schulung der Kriegsbeschädigten, die Fürsorge in chirurgischen und orthopädischen Fällen (Primararzt Regierungsrat Dr. v. Karajan) und die Fürsorge für Nervenranke (Primararzt Regierungsrat Dr. Schweighofer), über die militärischen und ministeriellen Normen für die Nachbehandlung und Schulung, gewerberechtliche Fragen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge sowie die Gründung von Erwerbsgenossenschaften für Kriegsbeschädigte auf. Der Leiter des Kriegshilfsbureaus der k. k. Landesregierung Minister a. D. Erzellenz Gandolf Graf Kuenburg besprach die Organisation dieses Bureaus und legte dar, inwiefern Unterstüßungen für Kriegsbeschädigte

von diesem in Anspruch genommen werden können. Gräfin Margit Szapary referierte über die Reservierung einzelner Berufe für Kriegsbeschädigte. Der morgige Tag ist der Beratung interner Organisationsfragen der Geschäftsstelle der Salzburger Landeskommission gewidmet. Aus Anlaß der Fürsorgetagung wurde im LandtagsSaale eine reichbesetzte sehenswerte Ausstellung von Invalidenarbeiten veranstaltet. An die sachlichen Beratungen schloß sich die Besichtigung verschiedener Spitäler, der Werkstätte für Kriegsbeschädigte, des Fürsorgeheims vom „Roten Kreuze“ und anderer Fürsorgeeinrichtungen der Stadt und des Landes.

Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder.

Im Industriehause fand letzten Dienstag die dritte Sitzung des Aktionsausschusses der Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und Kinder statt. Dieser Verein, welcher bekanntlich unter dem Protektorat des Kaisers steht, ist aus einem Komitee hervorgegangen, welches es sich zur Aufgabe gemacht hat, der Not und der Verwahrlosung der Jugend, insbesondere der Soldatenkinder und -waisen, durch Gründung von Heimstätten zu steuern. Dem Einfluß und der Tätigkeit des Ehrenpräsidenten, Prinzessin Konrad Hohenlohe und Kriegsminister Freiherrn v. Krobatin, ist es zu danken, daß ein Kapital von 2 Millionen Kronen zu diesem Zweck gesammelt wurde. Zunächst wurde der Kaiser-Karls-Pavillon im 16. Bezirk und der Kaiserin Zita-Pavillon im 10. Bezirk gebaut, und in diesen allgemeinen nustergemäß anerkannten Heimstätten sind bereits 400 Kinder untergebracht. Eine im 2. Bezirk errichtete Baracke beherbergt ebenfalls 400 Kinder, und in einem eigens für diesen Zweck adaptierten Hause in Döbling fanden eine größere Anzahl von Schülern Unterkunft. Außerdem sind zahlreiche Kinder in andern Heimstätten und Ferienheimen untergebracht, so daß die Zahl der Kinder, welche durch den Verein versorgt werden, derzeit schon über 1000 beträgt. Im Zusammenhang mit der Einführung der Berufsvormundschaft ist die Errichtung weiterer Werk- und Erholungsheime in Aussicht genommen. Vizeadmiral Freiherr v. Fedina-Palombini begrüßte die zahlreich erschienene Versammlung und betonte die Verdienste der Frauen um die groß angelegte, sich schon jetzt als ungemein segensreich erweisende Aktion. Es handelt sich darum, angesichts der immer größer werdenden Zahl der infolge des Krieges verwaisten und jeder Obhut entbehrenden Kinder die Mittel aufzubringen, die Heimstätten zu vermehren und auszugestalten. Es ist zu wünschen, daß der Verein allgemeine Unterstützung finde und daß sich die Sammelstätigkeit auf möglichst weite Kreise ausdehne.

Hierauf hielt Landeschulinspektor Hofrat Dr. Rieger einen interessanten Vortrag über die Notwendigkeit der Errichtung von Erholungsheimen und Waldschulen, welche an diese Heime anzugliedern sind. Er entwickelte dabei ganz neue Anschauungen über die Frage der modernen Schule, welche nicht nur den Unterricht der Kinder, sondern auch deren seelische Erziehung und Charakterbildung im Auge hat. Die Ausführungen des verdienten Schulmannes fanden den lebhaften Beifall der Versammlung. Zum Schluß brachte die Vizepräsidentin Frau Baronin Reithner zur Kenntnis, daß der Aktionsausschuß in der letzten Zeit neuerlich 90.000 K. gesammelt hat. An der Sitzung nahmen teil: Generalmajor v. Rochel, der in Vertretung des Kriegsministers erschienen war, Prinzessin Hohenlohe, Prinzessin Hanna Liechtenstein, Gräfin Clam-Martiniß, Baronin Bleyleben, Frau von Spitzmüller, Gräfin Fünfkirchen-Liechtenstein, Baronin Liebig, Frau Weiskirchner, Baronin Eger, Baronin Friedeß, Frau Flora Dub, Direktor Rudolf Rißl, Hauptmann Tenber und Bezirksschulinspektor Dr. Richter.

Ein Liebeswerk in der wieder- erwachten Türkei.

Die Volkstüchen des Roten Halbmondes.

Bereits vor einigen Tagen ging durch die österreichischen Zeitungen die Nachricht, daß der ottomanische Rote Halbmond in Konstantinopel eine großzügige Aktion ins Leben gerufen hat, welche bis nun in keiner der Großstädte der verbündeten Staaten in diesem Maße verwirklicht worden ist. Es ist dies die unentgeltliche Auspeisung der ärmsten Bevölkerungskreise in Konstantinopel im Wege der Volkstüche.

Gleichwie in allen Großstädten ist auch in Konstantinopel infolge der allgemeinen Lebensmittelverknappung die Beschaffung billiger Nahrungsmittel für die ärmsten Klassen der Bevölkerung im wesentlichen eine Frage der geschickten und straffen Organisation, die die Verteilung und Zuweisung der Nahrungsmittel an die Bedürftigen — an die Ärmsten der Armen — in die Wege zu leiten hat. Die ottomanische Gesellschaft vom Roten Halbmond hat nun mit dieser Aktion der Volksauspeisung wohl als erste ein rühmenswertes Beispiel auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge gegeben, indem seine Leitung den Entschluß faßte, nach und nach in allen Stadtvierteln Konstantinopels öffentliche Volkstüchen aufzuschlagen, in denen den Armen kostenlos täglich eine warme Mahlzeit verabreicht werden soll; und wie die türkischen Blätter berichten, wurde am 28. Februar die erste dieser Volkstüchen in Top-Kapu, dem Armenviertel Konstantinopels, eröffnet. Dabei wurde bei der Auswahl derjenigen, welche von diesen Freitüchen täglich die warme Mahlzeit erhalten sollen, das System der Anmeldung zum Bezuge von Freitarten durchbrochen. Die Leitung ließ sich nämlich von der Anschauung leiten, daß die Erhebungen über die Bedürftigkeit und insbesondere die Bedürftigkeit der Bewerber besser in der Weise durchgeführt werden können, daß ad hoc delegierte Mitglieder des Roten Halbmondes — wie es in dem genannten Viertel geschehen ist — in bestimmten Mahons von Haus zu Haus gehen und die Bedürftigen an Ort und Stelle in bestimmte Klassen einreihen — natürlich unter Mitwirkung der zuständigen Obrigkeit. Das hat den Vorteil der Raschheit und Genauigkeit und bietet auch die vollkommene Sicherheit, daß nicht etwa Unbefugte sich der Wohlfahrtsinstitution zum Schaden der Armen bedienen. Tausend Personen wurde so am Tage der Eröffnung der ersten Volkstüche umsonst ein reichliches

warmes Mittagessen geboten, und dem folgten bald weitere Volkstüchen, so daß derzeit bereits mehrere tausend Armer in den Stadtvierteln Top-Kapu, Schari, Kasan-Bascha u. die Wohltat des freien Mittagessens genießen.

Der Rote Halbmond wird aber dieses großzügige Werk nicht auf halbem Wege unvollendet lassen, vielmehr wird, wie wir erfahren, die Einrichtung solcher Volkstüchen in allen Vierteln Konstantinopels, wo hiefür ein Bedürfnis besteht, projektiert. Bis zur nächsten Ernte wird also die edle ottomanische Gesellschaft den Armen täglich Nahrung geben; doch besteht die Hoffnung, daß auch nach Einbringung der Ernte die hiezu verfügbaren Mittel des Roten Halbmondes die Fortführung der Aktion ermöglichen werden. Welche Leistung hiemit der Rote Halbmond vollbringt, das läßt sich also tatsächlich kaum voll würdigen. Der ottomanische Rote Halbmond ist nach unserm Begriffe Roten Kreuz, Kriegsfürsorgeamt, Kriegshilfsbureau und ein großzügiges Wohlfahrtsinstitut zu gleicher Zeit. Unter den europäischen Gesellschaften vom Roten Kreuz ist diese konstantinopolitanische verhältnismäßig die jüngste und an Mitgliedern kleinste; doch welchen Aufgaben stand sie bei Beginn des Weltkrieges gegenüber und mit welcher bewundernswürdigen Vielseitigkeit und Organisationskraft wußte und weiß sie dieselben zu lösen! Es ist wahrlich kein leeres Wort, wenn man in Konstantinopel sagt, der Rote Halbmond verstehe zu hegen und schaffen aus nichts Werke edelster und fruchtbarster Menschlichkeit.

Diese Organisationskraft der wiedererwachten Türkei, die sich in höchster Vollendung bei dieser Gesellschaft zeigt, ist eines der Wunder, welches der Weltkrieg den Verbündeten zur Freude und zum Stolze, den Feinden zum höchst unliebsamen Erstaunen hervorgebracht hat. Wenn man den Wurzeln dieser erstaunlichen Kraft der Gesellschaft nachgeht, so wird man finden, daß die sorgsame Führung, sowie die wohlüberlegte, alles berücksichtigende Organisation der Gesellschaft durch die Opferwilligkeit der ottomanischen Bevölkerung würdig unterstützt wird. Organisation bis ins kleinste Detail, vollste Hingabe aller für den gemeinnützigen Zweck des Vaterlandes und sachverständige Leitung, dies sind die drei Elemente, welche die Erfolge des Roten Halbmondes auf allen Gebieten erklären. Denn alles, was der Rote Halbmond unternommen hat, mag es die Eröffnung und Führung großangelegter Spitäler an den Peripherien und im Zentrum des Reiches oder eben diese Aktion der Auspeisung der Armen Konstantinopels gewesen sein, ist diesen tüchtigen Männern, die wir zu ihren Erfolgen nur beglückwünschen können, voll gelungen. Nicht bloß auf das Was, sondern auf das Wie kommt es an, und gerade darin beweist der Rote Halbmond einen Adel der Gesinnung und eine Feinfühligkeit, welche uns Westeuropäer doppelt gefangennimmt. Blühende Sauberkeit und Ordnung leuchtet einem in allen Institutionen des Roten Halbmondes entgegen, und wenn auch die Einrichtung dem Zweck entsprechend in vielem einfach und in bescheidenem Maße gehalten ist, so ist doch alles wettemacht durch den wahrhaft hilfsbereiten, aufopferungsvollen Geist, der alle, vom obersten Beamten bis zum Diener, von den ärztlichen Autoritäten bis zur Roten-Halbmond-Schwester, erfüllt.

Wer hätte es vor kurzer Zeit noch gedacht, daß in Konstantinopel die Einrichtung solcher Volkstüchen möglich sein sollte! Und überraschend wie das Ganze an sich ist auch, in welcher kurzer Zeit alles in die Tat umgesetzt wurde. Nach österreichischem und deutschem Muster werden Bezugskarten ausgegeben. Je nach der Klasse, in welche die Bedürftigen durch die Inspektionen des Roten Halbmondes eingeteilt wurden, von verschiedener Farbe. Sechs Klassen wurden systemisiert: von einer Person bis zu Familien von sechs Personen. Jede Bezugskarte enthält die Berechtigung zum unentgeltlichen Bezuge eines warmen Mittagessens für einen Monat bei einer bestimmten Gartische, und diese Speiseanstalten sind mit Aufschriften in der Farbe der Bezugskarten versehen. Auch die Organe des Roten Halbmondes, welche die Speisen verteilen, sind je nach der Farbe der Bezugskarte gekleidet. In größter Ordnung vollzieht sich täglich die Ausfolgung der Speisen, da ohne Drängen und ohne Anstellen (nachdem zum Beispiel die Inhaber der grünen Karten nur bei den grünen Kichen von den „grünen Köchen“ ihr Maß erhalten) das Essen verteilt werden kann, welches dazu auch reichlich bemessen und von vorzüglicher Beschaffenheit ist. Wir können demnach das verbündete Ottomanische Reich nur herzlich zum Besitze einer so hervorragenden Organisation wie die des Roten Halbmondes beglückwünschen, die mit einem wahrhaft heiligen und patriotischen Ernst der Bevölkerung beim Ueberwinden dieser von unsern vereinigten Todfeinden auch über die Türkei heraufbeschworenen harten Zeit hilft.

(Wiener Kinder nach Holland.) Vorgestern fand unter dem Vorsitz der Ehrenpräsidentin Prinzessin Sothar Metternich-Winneburg und in Anwesenheit der Baronin Therese Sloet von Sagenborn aus Amsterdam die 16. ordentliche Generalversammlung des Vereines zur Erhaltung und Förderung des Ersten öffentlichen Kinderkrankeninstituts in der Steinbülgasse statt. Nach der Wahl des Finanzministers a. D. und Gouverneurs Dr. Karl Ritter v. Beth und des Großindustriellen Wilhelm Ritter v. Osenheim-Ponteuzin zu Vorstandsmitgliedern erstattete Vereinspräsident Stabsarzt Universitätsdozent Dr. Karl Hochsinger den Bericht über den bisherigen Verlauf der Aktion „Wiener Kinder nach Holland“. Es wurden während der viermonatigen Epoche von Mitte November bis Mitte März 888 unterernährte Wiener Kinder in zwei Gruppen zu je zweimonatigem Aufenthalt in zwölf verschiedenen holländischen Kinderkolonien untergebracht. Zum Teil waren es Klöster, zum Teil Ferienheime, die von dem holländischen Komitee unter der Führung der Baronin Sloet ausgewählt worden waren. Die durchschnittliche Gewichtszunahme während des Aufenthaltes der Wiener Kinder in Holland betrug viereinviertel Kilogramm für das Kind; doch waren auch Gewichtszunahmen von acht bis elf Kilogramm festzustellen. Die Gesamtkosten beliefen sich bei der ersten Reise auf fl. 1.17, bei der zweiten Reise auf fl. 1.55 holländische Währung für den Kopf. Nebner hob die außerordentliche Fürsorgetätigkeit und Munifizenz des holländischen Komitees, insbesondere der Präsidentin Baronin Sloet hervor, die, abgesehen von der Inspizierung der Kolonien, ein besonderes warmes Interesse dadurch bekundete, daß sie mehreren Kindern und zwei in Holland erkrankten Fürsorgebamen ein Heim in ihrem eigenen Hause bot und auch andere Mitglieder des holländischen Komitees zu ähnlichen Leistungen anregte. So wurden beispielsweise die Wiener Kinder in Holland vom Kopf bis zum Fuß neu gekleidet und mit einer vollzähligen Wäsche garnitur von holländischen Wohltätern ausgestattet. Der Präsident hob auch dankend das überaus große Entgegenkommen der österreichischen, deutschen und holländischen Eisenbahnverwaltungen hervor, welches durch die gebührenfreie Beistellung eines direkten Sonderschnellzuges zum Ausdruck kam, dankte der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz und der deutschen und der holländischen Schwesterngesellschaft für die kostenlose Verpflegung der Kinder während der Reisen, den politischen Behörden für die vorzüglichen Erleichterungen und hob schließlich hervor, wie große Verdienste sich die unermüdbliche Präsidentin des Wiener Arbeitsausschusses dieser Aktion, Frau Baronin Eißelsberg, um die holländischen Kinderreisen erworben hat. Nämlich gebachte Dr. Hochsinger ferner der geistigen Urheberin der Aktion, Schwester Margit v. Bott, der Sekretärin des holländischen Komitees Frau Briska Dykgraaf, der Kassierin Frau Nise Lempruggen (Haag), aller Mitglieder des Arbeitsausschusses, allen Wiener Fürsorgebamen und den holländischen geistlichen Schwestern, welche die Kinder betreut und gepflegt haben. Unter dem Beifall der äußerst zahlreich besuchten Versammlung hob Nebner hervor, daß zwei Drittel der gesamten Aktionskosten in Holland selbst durch das dortige Komitee aufgebracht wurden, daß die prachtvollen Weihnachtsgeschenke und die ganze zweite Reise ein Geschenk des holländischen Komitees an das Wiener Komitee darstellten. Schließlich legte er den mit Begeisterung aufgenommenen Antrag vor, dem holländischen Komitee den tiefstgefühlten Dank der Generalversammlung auszudrücken und Frau Baronin

Sloet, die Präsidentin des Komitees, zum Ehrenmitglied des Vereines zu ernennen. Hierauf wurde dem Vereinspräsidenten Stabsarzt Dozenten Dr. Hochsinger für seine außerordentlich mühevollen Tätigkeit im Interesse der Aktion der Dank des Vereines und des Komitees ausgesprochen. Nach herzlichen Dankworten der Baronin Sloet wurde die Versammlung geschlossen.

30. / III. 1917.

1035

„Die Fürsorge.“

Unter diesem Titel gibt der Fürsorge-Ausschuß „Bücher ins Feld“ eine Zeitschrift heraus, die sowohl für die Soldaten an der Front als auch für die an der Kriegsfürsorge Anteil nehmenden Einrichtungen und Personen des Hinterlandes bestimmt ist.

Die Soldaten erhalten die Zeitschrift derzeit unentgeltlich. Sie soll ihnen zeigen, was Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Kriegsnot vorlehren.

Im Hinterlande soll sie zum Ansporn für alle weiteren Anstrengungen auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge dienen. Auch sollen die dankenswerten Anstrengungen gemeinnützig wirkender Männer und Frauen dauernd festgehalten werden. Die „Fürsorge-Chronik“ aus allen Teilen des Reiches wird auch des historischen Wertes nicht entbehren. Im Sinne des Erlasses des k. k. n.-ö. Statthalterei-Präsidiums vom 17. März 1917, P. Z. 5204 W, wird hiemit auf dieses publizistische Zentral-Organ der Kriegsfürsorge besonders aufmerksam gemacht und mit dem Hinweise, daß sich der Jahresbezugspreis auf 8 K stellt, zum Abonnement eingeladen. (M. D. 2556.)

Stadtkinder auf das Land.

Bedingungen für die Aufnahme.

In der Zeit vom 1. Mai bis zum Oktober sollen Kinder, die nicht weniger als 6 Jahre und nicht mehr als 14 Jahre alt sind, auf wenigstens vier Monate aufs Land gesandt werden. Hauptbedingung ist, daß sie gesund sind. Die Eltern müssen für ausreichende Kleidung, Wäsche und mindestens ein Paar Stiefel sorgen. Eine Verpflegungsvergütung bis zu 50 Pf. kann auf dem Lande für jedes Kind verlangt werden, doch sind darin die Kosten der Beförderung mit inbegriffen. Die Kinder dürfen zu leichten landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen, aber nicht überanstrengt werden. Vertrauenspersonen haben den Gesundheitszustand und die Arbeit der Kinder zu überwachen; Besuche der Eltern sind daher nach Möglichkeit zu vermeiden. In keinem Falle dürfen die Landwirte um Lieferung von Nahrungsmitteln angegangen werden. Im Falle der Erkrankung eines Kindes muß der Aufnehmende sofort für ärztliche Hilfe sorgen; die Eltern sind dem Kommunalverbande des Aufenthaltsortes, der die Kosten vorzustrecken hat, zur Erstattung verpflichtet, soweit diese nicht aus öffentlichen oder sonstigen Mitteln gedeckt werden. Die Stadt Stettin sendet 3000 Kinder aus Gemeinde- und Mittelschulen zu längerem Erholungsaufenthalt in den Demminer Kreis und hat dazu 60 000 Mark bewilligt. Aus Magdeburg sind bereits am Dienstag über 1000 Knaben und Mädchen, begleitet von Lehrern und Lehrerinnen, nach der Altmark abgefahren und dort in verschiedenen Ortschaften untergebracht worden; die Stadt Magdeburg leistet zu den Kosten beträchtliche Zuschüsse.

In einer längeren Verfügung hat der Kultusminister auf die besondere Wichtigkeit des landwirtschaftlichen Dienstes höherer Schüler hingewiesen. Selbst wenn die Schule dadurch benachteiligt wird, muß der Dienst geleistet werden, damit der Krieg zu einem siegreichen Ende geführt werden kann. Soeben aber hat das Berliner Provinzial-Schulkollegium verfügt, daß in den höheren Schulen der Stundenplan für das nächste halbe Jahr ohne Rücksicht auf den landwirtschaftlichen Dienst aufgestellt wird; der Bedarf an Hilfskräften in der Landwirtschaft in der Provinz Brandenburg scheint also doch nicht so groß zu sein, als von vornherein von der Behörde angenommen wurde.

* **Eingebung von obligatorischen Beiträgen von der Studentenschaft für die Kriegsfürsorge.** Im Laufe dieser Woche wurden an der Wiener Universität an allen vier Fakultäten sowohl die Vorlesungen wie auch die Prüfungen und Promotionen für das Wintersemester geschlossen. In den letzten Tagen fanden im Festsaale die letzten Promotionen von Doktoren aller vier Fakultäten im Wintersemester statt und wurden bei denselben über 200 Kandidaten zu Doktoren promoviert. Unter den neuen Doktoren befanden sich auch nahezu fünfzig Damen, welche zu Doktoren der gesamten Heilkunde und Doktoren der Philosophie promoviert wurden. Der Rektor der Wiener Universität, Hofrat Professor Dr. Reich, hat vom schwarzen Breite nachstehende Kundmachung erlassen: „Zahl 765. Kundmachung an die Studierenden. Auf Grund des Erlasses des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 6. März 1917, Zahl 5254, werden über Beschluß des akademischen Senates vom Sommersemester 1917 an nachfolgende obligatorische Beiträge für die Kriegsfürsorge der Universität von den Studierenden eingehoben werden. Bei der Inskription 3 K von den vom Kollegiangeld nicht befreiten, 2 K von den vom Kollegiangeld halb befreiten, 1 K von den vom Kollegiangeld ganz befreiten Studierenden pro Semester; ferner bei der Ausstellung von Abgangszeugnissen 2 K. Bei der Ausstellung von Absolutorien 5 K. Bei der Promotion und Sponsion 10 K. Ich setze die Studierenden hievon in Kenntnis. Der Rektor Reich.“

Erhöhung des Unterhaltsbeitrages.

Amlich wird mitgeteilt:

Durch eine morgen im Reichsgesetzblatte kundgemachte kaiserliche Verordnung erfahren einige Bestimmungen des Unterhaltsbeitragsgesetzes eine Abänderung und Ergänzung. In Zukunft erhalten die Frauen der Eingerückten, je nach ihrem Wohnsitze, eine zwischen 10 und 25 % abgestufte Erhöhung ihres Unterhaltsbeitrages, sofern ihr allfälliges Nebeneinkommen nicht eine gewisse Höhe überschreitet. Hiedurch soll ihre Lebensführung und damit auch jene ihrer Kinder erleichtert und möglichst verhütet werden, daß sie sich solchen Nebenbeschäftigungen widmen, die sie der Pflege ihrer Kinder und der Besorgung der häuslichen Geschäfte gänzlich entziehen müßten.

Jenen Parteien, welche auf Wohnungsmiete angewiesen sind, wurde

für die Angehörigen unter acht Jahren

bei gleichzeitiger Außerkraftsetzung der kaiserlichen Verordnung vom Jahre 1916 der ihnen bisher nur in einem Teilbetrage zukommende Unterhaltsbeitrag (Unterhaltsbeitrag und Mietzinsbeitrag) auf das volle normale Ausmaß erhöht. Hiedurch soll dort, wo die Lebensmittel eine besondere Teuerung erfahren und das Wohnungsbedürfnis zumeist nur durch Miete befriedigt werden kann, wie in Städten und Industriorten, eine Erleichterung des Lebensunterhaltes geboten werden. Für diese Angehörigen wird sonach künftighin die gleiche Unterhaltsgebühr und der gleiche Mietzinsbeitrag wie für die Angehörigen über acht Jahren erfolgt. Dagegen wurde an der Unterhaltsgebühr für Angehörige unter acht Jahren, die auf die Wohnungsmiete nicht angewiesen sind, das sind jene, die — wie dies zumeist auf dem flachen Lande vorkommt — im eigenen Hause wohnen und unter der Teuerung nur in geringerem Maße leiden, nichts geändert; diese Angehörigen beziehen daher die Unterhaltsgebühr nach wie vor nur in der halben Höhe des für Angehörige über acht Jahre entfallenden normalen Ausmaßes.

Eine Bestimmung zugunsten der Kleinhändler.

Eine weitere Berücksichtigung wird jenen Angehörigen eines Eingerückten — und zwar den Angehörigen unter wie jenen über acht Jahren — zuteil, die zwar auf die Wohnungsmiete nicht angewiesen sind, jedoch für die auf letzterem grundbäckerliche eingetragenen Schulden derart hohe Zinsen zu entrichten haben, daß diese nach Abrechnung des etwaigen Zinsertragnisses dem ortsüblichen Mietzins für die von ihnen bewohnten Räume mindestens gleichkommen. Solchen Angehörigen wird auch der Anspruch auf den Mietzinsbeitrag, jedoch mit der Einschränkung eingeräumt, daß Angehörige unter acht Jahren in diesem Falle nebst der halben Unterhaltsgebühr nur die Hälfte des normalen Ausmaßes des Mietzinsbeitrages erhalten. Mit dieser Bestimmung, die in erster Linie den sogenannten Kleinhändlern zugute kommt, wird einem besonders aus dem Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung geäußerten Wunsche Rechnung getragen.

Mit der neuen kaiserlichen Verordnung wurden schließlich

zwei Uebelstände beseitigt,

die sich im Laufe des Krieges auf dem Gebiete des Unterhaltsbeitragswesens ergeben hatten: Der Bezug eines Unterhaltsbeitrages bei gleichzeitigem Genusse eines Renteneinkommens und die für die Wohnungsvermieter bisher bestandene rechtliche Unmöglichkeit, von dem anspruchsberechtigten Angehörigen den Mietzinsbeitrag, obwohl er ihnen vom Staate nur bei vorhandener Verpflichtung zur Zahlung eines Mietzinses zum Zwecke dieser Zahlung gewährt wird, im Falle der unterlassenen Mietzinsentrichtung zu erlangen. Dem ersteren Uebelstande wurde dadurch abgeholfen, daß nach den nunmehrigen Bestimmungen ein Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag nicht besteht oder dieser Anspruch erlischt, wenn ein Renteneinkommen in solcher Höhe vorhanden ist, daß der Unterhalt nicht mehr als gefährdet erachtet werden kann. Andererseits wurde der

Mietzinsbeitrag der Exekution und Sicherungsmaßregeln freigegeben,

damit er seinem Zwecke, der Entrichtung des Mietzinses, nicht entzogen werden kann. Um ihn jedoch gegen andere als Mietzinsforderungen zu schützen und zu verhüten, daß die Mietzinsbeiträge auch zur Begleichung bereits angemachener Mietschulden herangezogen werden, wurde die Exekution auf den Mietzinsbeitrag nur wegen des Mietzinses und bloß insoweit zugelassen, als dieser nach dem 1. April 1917 fällig wird.

Die aus der kaiserlichen Verordnung sich ergebenden Ansprüche sind in der bisher gebräuchlichen Weise anzumelden. Die durch die kaiserliche Verordnung eintretende Besserstellung der Angehörigen der Eingerückten dürfte einen jährlichen Mehraufwand von 100 Millionen Kronen erfordern.

Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen von Eingekerkerten.

Für Wien um 25 Prozent.

Die bereits gestern mitgeteilten Abänderungen und Ergänzungen betreffen Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen von Eingekerkerten enthalten noch folgende Bestimmungen:

„Der nach den vorstehenden Bestimmungen entfallende Unterhaltsbeitrag der Ehefrau des zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen erhöht sich, wenn sie zur Zeit der Entstehung ihres Anspruches ihren ordentlichen Wohnsitz hatte,

a) in Wien um 25 Prozent,

b) in Orten, die in die für Staatsbedienstete geltende erste, zweite oder dritte Aktivitätszulagenklasse eingereiht sind, um 20 Prozent, beziehungsweise 15 Prozent und 10 Prozent,

c) in Orten, die in die für Staatsbedienstete geltende vierte Aktivitätszulagenklasse eingereiht sind, sofern sie von der politischen Landesbehörde nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammer als Industrieorte erklärt werden, um 10 Prozent,

d) in Orten außerhalb des österreichischen Staatsgebietes um 20 Prozent.

Eine Ehefrau mit einem Nebenverdienste oder Nebeneinkommen hat jedoch auf diese Erhöhung nur dann Anspruch, wenn der durchschnittliche Monatsbetrag dieser Einkünfte

a) im Falle der Kinderlosigkeit das Einfache,

b) bei einem oder zwei anspruchsberechtigten Kindern das anderthalbfache,

c) bei drei oder mehr anspruchsberechtigten Kindern das doppelte Ausmaß des ihr ohne Rücksicht auf vorstehende Erhöhung gebührenden Unterhaltsbeitrages nicht übersteigt.

Ein diese Grenzen überschreitender Betrag von Einkünften der obenbezeichneten Art, der kleiner ist als die Erhöhung, schließt den Anspruch auf die Erhöhung zwar nicht aus, vermindert sie aber um den gleichen Betrag.“

Die Hilfsaktion für die Mindestbemittelten in Wien.

Ämtlich wird mitgeteilt: Die provisorische Hilfsaktion für die mindestbemittelten Bevölkerungsschichten hat in Wien bereits vor einiger Zeit damit eingesetzt, daß Fleisch von Volkstüchen und sonstigen Auspeisungsanstalten an ihre Besucher unentgeltlich, von Kriegstüchen zu einem Preise von 80 Scllern für eine Portion mehrmals in der Woche verabreicht wird. Bei den unentgeltlichen Auspeisungen trägt die Regierung die Gesamtauslagen, bei den Kriegstüchen bestreitet sie die Mehrkosten. Da nun aber in diesen Speisestellen an den gebotenen Fasttagen der Karwoche Fleisch nicht verabreicht werden kann, hat das Amt für Volksernährung verfügt, daß der Fürsorgezentrale des Wiener Magistrates zwei Waggons Käse aus den Vorräten der Oesterreichischen Zentral-Einkaufsgesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Die Fürsorgezentrale ist dadurch in der Lage, an zwei Fasttagen der Karwoche in all diesen Auspeisungsanstalten jedem Teilnehmer je 10 Dekagramm Käse zu verabfolgen. In Anstalten, wo die Mahlzeiten gegen Entgelt abgegeben werden, darf der Preis einer Portion 20 Scller nicht übersteigen.

Billiges Fleisch an Minderbemittelte.

Das Volksernährungsamt hat verfügt, daß am Samstag den 7. d. und am Oster Sonntag in dreißig Ständen und Geschäften der Großschlächtereier auf Grund der Mehlbezugskarte Minderfleisch zum Preise von 3.60 Kronen für ein Kilogramm an Minderbemittelte abgegeben werde. Die Mehrkosten des Fleisches werden aus den vom Staate zur Verfügung gestellten Mitteln getragen. Auf Mehlbezugskarten, lautend bis zu drei Personen, darf nur ein halbes Kilogramm Fleisch zum Preise von 1.80 Kronen, auf Mehlbezugskarten, lautend auf vier und mehr Personen, nur ein Kilogramm Fleisch abgegeben werden. Um den Bezug des Fleisches ausschließlich den Bedürftigen zu sichern, wird es nur in den Bezirken mit vorwiegend minderbemittelter Bevölkerung verkauft, so daß im I., IV., VI., VII., VIII. und XVIII. Bezirk dieses Fleisch nicht erhältlich sein wird. Um zu verhindern, daß Bewohner dieser Bezirke unrcchtmäßig dieses Fleisch kaufen, wurde angeordnet, daß die einzelnen Stände und Geschäfte der Großschlächtereier nur an Bewohner ihres Bezirkes Fleisch abgeben dürfen. Der Bezug des Fleisches, das Minderbemittelte nur an einem der beiden Tage kaufen können, wird, um Mißbräuchen vorzubeugen, auf der Rückseite der Mehlbezugskarte durch Stampflienaufdruck vermerkt.

Da es sich bei diesem ersten Versuch darum handelt, den durch den Krieg am schwersten getroffenen Schichten zu Hilfe zu kommen, darf erwartet werden, daß die Wohlhabenden so viel Gemeinsinn und Selbstsucht betätigen, den Bedürftigen nicht ein Kilogramm Fleisch wegzukaufen. In dieser Annahme wurde von Strafandrohungen gegen Mißbrauch abgesehen. Das billige Fleisch wird in folgenden Geschäften und Ständen der Großschlächtereier A.-G. abgegeben: In der Leopoldstadt am Volkertplatz und in der Rabingerstraße; auf der Landstraße am Thomasplatz und in der Meißingasse; in Margareten in der Kothgasse; am Alsergrund in der Birnstegasse; in Favoriten am Eugenplatz, in der Luellenstraße und am Columbusplatz; in Simmering am Entplatz; in Meidling in der Niederhofstraße und Eichenstraße; in Hietzing in der Wiffendorferstraße und Hütteldorferstraße; in Rudolfsheim in der Weiselstraße, Zollernsperggasse und an der Lohfowigbrücke; in Fünfhaus am Neubaugürtel; in Ottakring in der Marallingerstraße, am Oppenplatz, am Johann Nepomuk Berger-Platz und in der Herbststraße; in Hernals am Dornierplatz und in der Weißgasse; in Döbling am Sombergplatz; in der Brigittenau in der Hannovergasse und Zwischenbrücken Innstraße; in Floridsdorf Am Spitz und in Stadlau.

Mehr Volksrindfleisch. Um eine stärkere Abgabe des billigeren Volksrindfleisches an die Bevölkerung in der Osterwoche zu ermöglichen, wurde weiteren Wiener Fleischhauern die Bewilligung zur Ausschrotung von Volksrindfleisch erteilt. Diese Bewilligung gilt nur bis Ostermontag. Der Preis des Volksrindfleisches (für vorderes und hinteres) ist 8 Kronen; die Fleischhauer, die Volksrindfleisch verkaufen, dürfen kein anderes Fleisch feilhalten. An eine Kunde darf höchstens ein Kilogramm abgegeben werden.

Die Wuchergewinne der Biehverwertungsgesellschaft.

Die Allgemeine österreichische Biehverwertungsgesellschaft hat bekanntlich voriges Jahr an fünf Millionen Kronen „ins Verdienen gebracht“, und als darüber in der Öffentlichkeit gemurrt wurde, hat sie die unbequeme Kritik nach der Methode zum Schweigen gebracht, wie sie auch der Herr Dr. Kranz praktiziert hat: auf der einen Seite hat sie die gewissen Zeitungen durch ellenlange Einschaltungen „gewonnen“ und auf der anderen Seite hat sie einfach, durch das Ackerbauministerium, die Zensur mobilisiert. Nun man auch die großen Preistreiber einsperrt, erinnert man sich dieses Riesenprofits und will ihn, auch hier nach anderen Mustern, denaturieren, nämlich zu „gemeinnützigen“ Zwecken verwenden. Die Gesellschaft ist also vom Ackerbauministerium zur Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung aufgefordert worden und darin soll der Reingewinn der Regierung zur Verfügung gestellt werden. (Er hat sich übrigens von 4.4 auf 1.5 Millionen reduziert!) Dann wird die Gesellschaft eine Stautenänderung beschließen, mit der das Ackerbauministerium schon heute Staat machen will. Aber alle Klame — und man kann schon sagen, daß darin in den emigen Communiqués nicht wenig geleistet wird — ändert gar nichts an der Tatsache, daß die „gemeinnützige“ Gesellschaft ihre Gemeinnützigkeit bisher nur im Geldverdienen dargestellt hat.

5.10.1917

163

Ein Buch der Kriegsfürsorge.

Der eben erschienene Rechenschaftsbericht des Kriegshilfsbureaus des Ministeriums des Innern ist nicht eine Sammlung von Tabellen und Listen — ein Buch liegt vor uns, das Begeisterung für die hohe Sache entflammen soll und wird. Hier entrollt sich ein Bild der weitausgreifenden vaterländischen Arbeit, wie sie unter trefflicher Leitung vorbildlich, zielbewußt und geringe Regiekosten verbrauchend, sich der Unterstützung der Eingerückten, der Fürsorge für Jugend und Hinterbliebene widmet.

Der erste Hauptabschnitt „Direkte Tätigkeit des Kriegshilfsbureaus“ klärt über die segensreiche Tätigkeit der wegen Unkenntnis ihrer Einrichtung von der Öffentlichkeit noch nicht voll ausgenützten Wirtschaftlichen Hilfsbureaus auf. Der Geharungsausweis des Kriegshilfsfonds zeigt Einnahmen von 7.960.495 Kronen, von welchen 4.421.323 Kronen den Landeskriegshilfsbureaus zugewiesen wurden. Ein eigener, stark in Anspruch genomener Kredit wurde für die Unterstützung von Oesterreichern im verbündeten und neutralen Auslande geschaffen. Die nächsten Kapitel des ersten Abschnittes zeigen die Fürsorge des Kriegshilfsbureaus für die Kriegerhinterbliebenen und den Zusammenhang der Kriegerwaisen- und allgemeinen Jugendfürsorge, wobei ein wertvoller Erlaß des Ministers des Innern, des Prinzen Sohenlohe, an die Unterbehörden zum ersten Male veröffentlicht erscheint. Eine Uebersichtstafel belehrt über den Stand der bezüglichen Organisationen in den Ländern. Der Bericht über die „Kriegsversicherung“ läßt den Segen dieser vollständig gewordenen Einrichtung erkennen. Mit besonderer Wärme finden wir weiters die Sorge um die darbenende Jugend behandelt, ja es will uns scheinen, als wäre in aller Stille in dem Kriegshilfsbureau jene Zentralstelle aus der Notwendigkeit heraus entstanden, die uns das Bangen um die zukünftige Generation vom Herzen nimmt: Die staatliche Fürsorge für die Jugend. Wir lesen von einer „Wander-ausstellung für Säuglingsfürsorge“, von dem für Jugendfürsorgezwecke bestimmten Teil des Ertrages der „Roten-Kreuz“-Woche in der Höhe von 1.995.255 Kronen, dem Zuschußkredit des Kriegshilfsbureaus von 800.000 Kronen und sodann von der Verwendung dieser Summen in den einzelnen Ländern. Eine besondere Aktion wurde für die notleidende galizische Jugendfürsorge durchgeführt; ein Bericht über die Beschaffung von Kondensmilch zeigt die Vorkehrungen für die Ernährung der Jugend durch das Kriegshilfsbureau. Der Tätigkeit des Kriegshilfsbureaus als Zentralstelle der Kriegsfürsorge auf prinzipiellem und organisatorischem Gebiete ist ein anderes Kapitel gewidmet. Die Verkaufstätigkeit des Kriegshilfsbureaus ergab bei einem Selbsteingange von 6.975.183 Kronen einen Gewinn von ungefähr 3.500.000 Kronen, der verschiedenen Kriegsfürsorgestellen zugeflossen ist. Das Kapitel „Das Kriegshilfsbureau, seine Mitarbeiter und Förderer“ zeigt den inneren Bau dieser Kriegsfürsorgestelle und bringt den Dank ihres Leiters Hofrat Dr. Eduard Prinz Diehtenstein an seine Mitarbeiter und Helfer zum Ausdruck. Im zweiten und dritten Teile des Büchleins begegnen wir Aktionen, deren Namen uns geläufig sind und die vom Kriegshilfsbureau geleitet oder wenigstens gefördert wurden. Zunächst die Aktion „Gold gab ich für Eisen“ (Leiter Bezirkshauptmann Graf Oldofredi), welche einen Fonds von 2.377.291 Kronen einbrachte; sodann ein vorläufiger Bericht über das Ergebnis der im

Oktober 1916 abgehaltenen „Opfertage“ (die Abrechnung ist noch nicht abgeschlossen), deren Ertrag aber auf nahezu drei Millionen beziffert werden kann. Daran reiht sich der Bericht über die Startpapierabteilung des Kriegshilfsbureaus und des Militär-Witwen- und -waisenfonds, die in erster Linie der Versorgung der Papierindustrie mit Altpapier dient und der Kriegsfürsorge bisher über 100.000 Kronen eingebracht hat. Für die österreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose sind beim Kriegshilfsbureau, dessen Leiter der Obmann des Finanzausschusses dieser Einrichtung ist, 4.079.221 Kronen in Verwahrung. Die Kriegsfürsorgeaktion der Theater-, Kino- und Sportunternehmungen hat bis Ende 1916 496.240 Kronen ergeben. Ein Bericht des Komitees „Wiener Kinder aufs Land“ zeigt die erfolgreiche und sparsame Gebarung dieses Komitees. Den Schluß des Berichtes bildet ein Ueberblick über die Tätigkeit des Oesterreichischen Komitees für den türkischen „Roten Halbmond“, dessen Präsident der Leiter des Kriegshilfsbureaus ist und welchem Fonds 681.954 Kronen zugeflossen. Den letzten Teil der interessanten Schrift bilden die Spendenverzeichnisse, die der patriotischen Hingabe der Bevölkerung ein ehrendes Zeugnis ausstellen.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf den Bericht; sie will wissen, was mit den von ihr gebotenen Geldern geschieht; aber es ist auch ihre Pflicht, das Buch zu lesen, um wahrzunehmen, was noch geschehen könnte; wenn alle, alle tatkräftig mitwirken. Spender größerer ausgewiesener Beträge erhalten die Schrift kostenlos, für andere ist sie im Kriegshilfsbureau, Wien, 1. Bezirk, Hoher Markt 5, um eine Krone erhältlich.

„Freibrot für die Armen Wiens.“

Heute nachmittag fand in der Sitzungssaale des Industriehauses die konstituierende Versammlung des Aktionskomitees „Freibrot für die Armen Wiens“ statt. Zu dieser waren erschienen: Baronin Kirchbach, Baronin Kuffenberg, Sektionschef Ritter v. Keller, Präsident Wilhelm Singer, Obermagistratsrat Dr. Winkler, Landesgerichtsrat Drawe u. v. a. Dr. Josef Kläger entwickelte den Plan und die Zwecke der Aktion, berichtete über die einstweilige Tätigkeit des vorbereitenden Komitees, teilte mit, daß ihm aus allen Kreisen der Bevölkerung bedeutende Geldbeträge bereits zugekommen sind, so daß mit der Verteilung der Brotmarken am 9. Mai d. J., als dem Geburtstage der Kaiserin, begonnen werden kann. Dr. Kläger gab bekannt, daß dem Präsidium des Komitees bislang unter anderem beigetreten sind: Statthalter Dr. Freiherr v. Bleyleben und Gemahlin, Militärkommandant G. v. S. Freiherr v. Kirchbach und Gemahlin, Chef der Militärkanzlei FML. Ritter v. Martner, Minister Graf Höfer, Handelsminister Dr. Urban, Abg. Ritter v. Bank, Abg. Max Friedmann, Präsident Wilhelm Singer, Baron Louis Rothschild, Baron Königswarter. Dem zum Schlusse der Sitzung von Dr. Kläger gestellten Antrag, an den Kaiser als Initiator und hochherzigen Förderer dieser Aktion und an die Kaiserin ein Guldigungstelegramm abzusenden, wurde von den Versammelten mit Akklamation zugestimmt.

Einmalige Zuschüssen pro 1916 für Militärpersonen des Ruhestandes, Invalidenpensions- (Patentalinvaliden-)standes und Militärwitwen und -waisen.

Auf Grund der Ab. Ermächtigung vom 18. März 1917 werden aus Anlaß der durch den Krieg geschaffenen außergewöhnlichen Verhältnisse für das Jahr 1916 nachträglich einmalige Zuschüsse nachstehend bezeichneten Personen flüssig gemacht:

Den Personen des Ruhestandes, Invalidenpensions- und Patentalinvalidenstandes und den mit Gnadenversorgungsgenüssen beteiligten ehemaligen Angehörigen des Heeres, der Kriegsmarine, der Landwachen einschließlich Gestützbranche, des Landsturmes, des Militär-Polizeiwachkorps und der Gendarmerie, dann den mit normalmäßigen oder Gnadenversorgungsgenüssen beteiligten Witwen und Waisen nach Angehörigen des Heeres, der Kriegsmarine, der Landwachen einschließlich Gestützbranche, des Landsturmes, des Militär-Polizeiwachkorps und der Gendarmerie.

Von diesen Personen haben jedoch auf die Zuschüsse keinen Anspruch:

a) Alle Personen von der 5. Rangklasse aufwärts, dann von der 8. bis einschließlich 6. Rangklasse jene, die im Bezug einer Quartiergehäldehilfe stehen; ferner Personen der 10. und 11. Rangklasse und Offiziers- und Militärbeamtenaspiranten, die eine gnadenweise Aufbesserung auf Grund der Ab. Entschliebung vom 16. Juni 1915 (R. v. m. 28. Juni 1915, Abt. 9, Nr. 26617, MWBl. 26/15) beziehen;

b) Offiziersstellvertreter und deren Hinterbliebene, da für diese mit Ab. Entschliebung vom 4. Dezember 1915 ansprechend vorgesorgt wurde;

c) Mannschafspersonen vom Feldwechsel abwärts, die im jetzigen Kriege invalide wurden, und Hinterbliebene solcher Mannschafspersonen, die im jetzigen Kriege den Tod fanden, da diesen Personen bei Bedürftigkeit in Form der gesetzlichen Unterhaltsbeiträge (staatlichen Unterstützungen) eine Aufbesserung der Versorgung erteilt wird;

d) Mannschafspersonen der Gendarmerie und Witwen und Waisen nach solchen;

e) Personen des Ruhestandes, Invalidenpensions-, Patentalinvalidenstandes, die am 1. März 1917 in aktiver Dienstleistung standen, und

f) Witwen und Waisen, die innerhalb des Jahres 1916 einen Versorgungsgenuß nicht bezogen haben oder nicht mehr am Leben sind.

Die Zuschüsse werden von Amts wegen bei jener Stelle (gemeinsame Zentralkasse, Pensionskassendirektion, Steuerämter etc.), von welcher die laufende Militärversorgungsgelddrücke (Gnadenversorgungsgenuß) der Berechtigten erfolgt wird, auf einmal flüssig gemacht.

Der Abend
7./IV. 1917

7

157

Das Fleisch für Minderbemittelte.

Der erste Verkaufstag.

Der Verkauf vollzog sich ziemlich glatt. An manchen Stellen waren die überwachenden Organe der Meinung, daß nur Verbraucher mit gelben Mehlbezugskarten berechtigt seien, sich um das billige Fleisch zu bewerben. Soweit wir unterrichtet sind, wurde dieser Irrtum überall sofort richtiggestellt. Die blaue Mehlbezugskarte befundet nur, daß ihr Inhaber für den Mehlbezug bei einem Konsumvereine oder einer Abgabestelle eingetruft ist. Wie man daraus schließen kann, daß der Inhaber nicht minderbemittelt sei, ist ganz unverständlich. Es war heute nicht möglich,

an alle Bewerber das billige Fleisch abzugeben, doch die heute leer ausgingen, haben die Anwartschaft, morgen zu ihrem Teile zu kommen. Morgen wird der Verkauf fortgesetzt bei den gleichen Ständen wie heute. Diese Stände wurden gestern im „Abend“ aufgezählt, sie sind aber noch vermehrt um den Stand im Schlachthaus von St. Mary.

Amtlich ist es verboten worden, den Wachleuten, die zur Überwachung der angestellten Bewerber befohlen worden waren, von dem billigen Rindfleisch etwas abzugeben. Es fällt niemandem ein, die Sicherheitswachleute zu den Reichen zu zählen, trotzdem ist das amtliche Verbot gerechtfertigt; denn der Wachmann, der die Anstellung überwacht, kann ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt seines Erscheinens vor allen anderen an den Verkaufstand herantreten und hätte so den Vortritt vor allen anderen Bewerbern. Darin läge ein Unrecht, während sich gewiß niemand darüber aufhalten wird, wenn Wachleute, sei es durch Familienmitglieder, sei es durch Bekannte, sich unter den gleichen Bedingungen wie die übrige Bevölkerung um das billige Rindfleisch bewerben werden. Dazu sind sie durchaus berechtigt.

Bedingungslos und ohne Einschränkung sei es anerkannt, daß das Bestreben, die Zuwendungen von Begünstigungen an Wachleute, beziehungsweise die Annahme von Begünstigungen durch Wachleute nicht zu dulden ein großer Fortschritt gegenüber den bisherigen Zuständen, geradezu ein Bruch mit den bisherigen, außerhalb von Recht und Gesetz stehenden „Gemütlichkeiten“ ist. Bedauerlich wäre es aber, wenn man diese löbliche strengere Auffassung nur gegenüber den Wachleuten betätigen wollte.

Es steht in schreiendem Gegensatz hierzu, daß einige während des Krieges errichtete Abgabestellen den an ihnen teilhabenden Herren, und vor allem gerade solchen, die nicht zu den Bedürftigen zählen, Lebensmittel nicht nur bequem, sondern auch billig zur Verfügung stellen. Einige besonders bevorzugte Abgabestellen verfügen sogar über Lebensmittel, die sonst fast nicht zu haben sind, und genießen auch noch den Vorzug, daß sie es bezüglich der Lebensmittel, deren Abgabe durch Karten beschränkt ist, nicht genau zu nehmen brauchen, was natürlich ihren Teilhabern zum Vorteile gereicht. Nicht minder ist darauf zu verweisen, daß beim Volksrindfleisch die geschäbtesten Teile, die sogenannten Gustostücker, oft im Vorhinein beiseite gelegt werden, meist für solche Herren, die durch ihre Mandate in der Lage sind, Gegengefälligkeit zu üben.

Die dritten Kriegsoffern stehen vor der Tür, jene Feiertage, die in den Friedenstagen alljährlich den Beginn der Reisesaison zu markieren pflegten. Der sehnliche Wunsch nach einem Ausflug, der sich um diese Jahreszeit sonst in der Brust so vieler Tausender und Tausender regte, wird heuer um so schwerer niedergekämpft werden, als in der gegenwärtigen Zeit die in so hohem Maße gesteigerten Alltagsorgen ein kurzes Ausspannen aller Arbeitenden mehr denn je rechtfertigen würden. Indessen fordert der Krieg jedermann so mannigfache Opfer ab, daß der durch die Schwierigkeiten des Verkehrs bedingte Verzicht auf die Osterabstecher schließlich als eine der geringfügigsten Folgeerscheinungen hingenommen werden wird. Eine Osterreise ohne garantierte Fahrzeit, ohne gesicherten Fahrplan und vor allem mit der Möglichkeit, da und dort im Punkte der Ernährung vergebens anzuklopfen, gehört eben nicht zu den Vergnügungen, die für eine Ferienpause besonders anlockend sind. Man wird sich also wohl sehr leicht dazu bequemen, in der Residenz zu bleiben und mit den Annehmlichkeiten vorliebzunehmen, welche die Stadt an Feiertagen zu bieten in der Lage ist.

Die unterbleibenden Osterreisen werden es nun aber mit sich bringen, daß Geldbeträge, die sonst für diesen Zweck geopfert zu werden pflegten, in Ersparung werden gebracht werden können. Und in Ansehung dieses Umstandes möchten wir nun darauf verweisen, daß heute in der Tat an jeden und jede die Frage herantritt, ob es nicht eine Forderung des einfachen menschlichen Gefühls wäre, diese Geldbeträge, die man ja sonst dem Vergnügen geopfert hätte, heute den Armen und Notleidenden zu widmen. Es ist eine Gewissensfrage, und zwar eine solche, denen sich das Wiener Herz ja niemals verschließt!

Eine der segensvollsten Fürsorgeaktionen schreitet der Reise entgegen, jene Aktion, die auf die Verteilung von

Freibrot an die unbemittelte Bevölkerung abzielt. Es sind schon beträchtliche Spenden für diesen edlen Zweck eingelaufen, die die Vorauslage gestatten, daß die sozial-ethisch so bedeutsamen Absichten der Auzerger zur Erfüllung werden gelangen können. Ein Blick auf das Präliminare, das in der vorgestrigen konstituierenden Sitzung des Komitees bekanntgegeben wurde, zeigt aber, daß eine weitere ausgiebige Förderung der Aktion notwendig ist, um ihr die notwendige große Ausdehnung zu geben und sie nicht auf einen allzu kleinen Kreis von Notleidenden zu beschränken. Darum möchten wir an alle jene, die ihre Osterreisepläne fallenzulassen bemüht sind, die inständige Bitte richten, der schönen Pflicht zu gedenken, die es diesem Liebeswerk gegenüber zu erfüllen gilt. Macht sich jeder die Rechnung, wieviel ihn so ein kleiner Ausflug in die Umgebung Wiens sonst zu kosten kostete, und man wird finden,

daß der Betrag verhältnismäßig kein allzu großer war. Von diesem nicht allzu sehr ins Gewicht fallenden Betrag nun einen Teil für das „Freibrot“ abgegeben — wenn es viele so halten, so würde sich das für sich allein schon zu etwas ganz Bedeutsamem summieren. Und wie nun erst, wenn die wirklich Bemittelten und Reichen, deren Ausflugsbudget in der Regel schon ein sehr namhaftes ist, die entsprechenden Summen der Aktion zuwenden wollten, statt sie wieder in die eisernen Kassen zu legen! Das würde dann in Wahrheit zu einer **Ostergabe, würdig des sozialen Empfindens**, das uns alle heute erfüllen muß, und ganz gewiß auch entsprechend der Gesinnung unsres Kaiserpaars, das sein tiefmenschliches Interesse an der schönen Aktion in so besonderer Weise dargetan hat!

Freibrot.

Es widerstrebt uns, in einer so ernsten Sache, wie die Verschaffung von Freibrot für die Armen, die Gefühlsregister übermäßig aufzuziehen. Wessen Herz taub ist gegen alles menschliche Leid, dessen Sinn nur von der Härte des Egoismus beherrscht wird, der hört auch auf die hinreißendsten Worte glühenden Mitleids nicht; und die Seelen, die von selbst bei jeder Mahnung zum Gemeinsinn und zur Wohltätigkeit religiös und liebevoll aufhorchen, die bedürfen wiederum keiner lauten Anfeuerung. Aber schweigen, wo die Menschlichkeit hochaufwallend nach herzbewegendem Ausdruck ringt, das ist zu schwer, und darum mögen einige Worte gestattet sein, die der unversiegliehen Nächstenliebe und dem aufopfernden Wohlthun gelten — diesen herrlichen, im edelsten menschlichen Instinkt wurzelnden Kulturb Blüten.

Unser täglich Brot gib uns heute! So beten Tausende und Tausende braver Menschen zu jeder Stunde und am inbrünstigsten natürlich die vielen Armen. Es ist gewiß eine bescheidene Bitte, eine Bitte um etwas, das jeder Fühlende als ein angeborenes Menschenrecht anerkennen muß. Vielen, nur allzu vielen fehlt in schweren und drangvollen Tagen das tägliche Brot. Der erschütternde Gedanke, daß Menschen unverschuldet hungern, erhebt sich fast wie ein schwerer Vorwurf gegen alle jene, die reichlich alles haben. Darum ist es höchst dankenswert, daß so viele Persönlichkeiten aus der Gesellschaft, dem erhabenen Wunsch unsres Kaisers und unsrer Kaiserin folgend, die Bitte ums tägliche Brot nach Menschenmöglichkeit der Erfüllung entgegenzuführen bestrebt sind. Gewiß, groß und vielfach sind die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung dieses Werkes der Barmherzigkeit; allein Regierung, Gemeinde, Landesauschuß, Korporationen, Damen und Herren aus der Gesellschaft haben sich zusammengetan, um alle dem segensvollen Wirken dieses Bundes der Gutherzigkeit sich entgegenstellenden Hemmnisse energisch zu überwinden. Das große Komitee, das von Dr. Kläger angeregt wurde und in dem — wie könnte es bei einem Wohltätigkeitswerk auch anders sein? — die Damen die Mehrheit

bilden, ist bereits in Tätigkeit, und was guter Wille, Anfeuerung und menschliches Mitleid zu leisten vermögen, geschieht schon jetzt, damit am Geburtstag unsrer Kaiserin viele Arme daran erinnert werden, daß sie nicht allein und verloren stehen auf dieser Welt, sondern, daß unzählige gute Menschen ihr Leid mitempfinden und es, soweit es nur geht, zu lindern bemüht sind.

Allerdings, die Mittel für diese Aktion müssen aufgebracht werden. Gibt es aber eine Aktion, die der Milbtätigkeit einen größeren Anreiz bietet als diese? Darum wird es gewiß nicht erst eindringlicher Bitten bedürfen, um auch hier den Geist der Wiener, der Oesterreicher auf die Höhe großartiger Generosität zu erheben. Die Wiener und die Oesterreicher werden durch reichliche Spenden beweisen, daß bei Betätigung wirklicher Vaterlandsliebe in erster Reihe auch die strahlende Tugend der Barmherzigkeit steht. Ihre Kinder werden einmal mit Stolz in der Geschichte das Urtheil lesen, daß in den Tagen zwingender Notwendigkeit niemand hat fehlen wollen, um der Menschlichkeit ein neues unvergängliches Ruhmesblatt zu erwerben. Zu oft wird das Herz verleumdet, indem auf Beispiele abstoßender Selbstsucht hingewiesen wird. Das menschliche Herz ist aber viel besser, als es gallige Gemüther schildern wollen — das werden die Bemühungen ums Freibrot für die Aermsten der Armen von neuem beweisen. Denn wenn es wirklich eine verstockte Minderheit geben sollte, die sich der Pflichterfüllung gegen die Armen verschließt, so wird ihr die unendlich große Mehrheit gegenüberstehen aller jener, die in ihrem eigenen Leben schon den Schmerz, die Kränkungen und Demütigungen gefühlt haben, die ihnen ein unerbittlich bitteres Schicksal bereitet hat — aller jener, die sich durch Arbeit und Mühe aus der drückenden Umklammerung des Glends glücklich zu befreien wußten —, aller jener, die auf dem Schlachtfelde ein ihnen teures Wesen für immer verloren haben —, aller jener mit einem Worte, welche die niedererschlagende Wirkung zehrenden Kummers und herzerreißenden Leides aus eigener Erfahrung kennen. Sie werden sicherlich den heiligen Ruf der Armut nicht überhören, und es wird ihnen ein Gefühl besonderer Erleichterung sein, daß die herzfromme Antwort auf den Ruf der Armen aufrichtend und hoffnungsverheißend wie eine Friedensbotschaft erklingen wird.

Wilhelm Singer.

8. / IV. 1917.

Die Budapester Wohlfahrtszentrale.

Budapest, 7. April.

Die erst vor kurzem errichtete Wohlfahrtszentrale der Hauptstadt entwickelt sich rasch zu einer großartigen, alle Zweige der öffentlichen Wohltätigkeit umfassenden Institution. Am 1. Januar hat die Zentrale ihre Tätigkeit begonnen, und schon vermag sie bedeutende Resultate aufzuweisen. Unter der Aufsicht des Bürgermeisters Dr. Stefan Bárczy als Präsidenten und des Vizebürgermeisters Dr. Franz Déry als Vizepräsidenten, sowie unter der zielbewussten und umsichtigen Leitung des Direktors Dr. Hugo Csörgö funktioniert der Apparat der Wohlfahrtszentrale schon jetzt vortrefflich, und sie erfüllt vollkommen ihre edle Bestimmung. Sie hat schon bisher viel Elend gelindert, viel Tränen getrocknet, und Hunderte von Armen segnen das Institut, das ihnen in ihrer Not beigehtanden.

Was alles diese junge Institution in den ersten drei Monaten ihres Bestandes geleistet hat, geht aus einem uns vorliegenden Bericht hervor, dem wir folgendes entnehmen:

In der Wohlfahrtszentrale werden alle Budapester Wohltätigkeitsvereine zusammengeschrieben; vorläufig werden 155 Vereine und Anstalten ähnlicher Natur in Evidenz gehalten, deren Tätigkeit von der Zentrale systematisch kontrolliert wird. Demnächst wird die Zentrale ein Blatt herausgeben, das die interessierten Kreise über alle Ereignisse auf dem Gebiete der Wohltätigkeit orientieren wird.

Die Zentrale erteilt den an sie sich Wendenden in allen Angelegenheiten Ratsschläge. In Wohnungsangelegenheiten wird die Zentrale besonders häufig um Rat angegangen, der auch jedem zuteil wird. In der Berichtszeit hat man sich in 7898 Fällen an die Zentrale gewendet, die den Parteien zumeist mündlich — in 427 Fällen auch schriftlich — die nötigen Aufklärungen erteilte.

Eine sehr intensive Tätigkeit entfaltet die Zentrale auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglings-schutzes. Die Zentrale unterbringt arme Frauen vor der Niederkunft in Gebäranstalten, versieht sie mit Säuglingswäsche, unter-

stützt sie mit Geld und Lebensmitteln, interessiert sich ständig für das Gedeihen der Säuglinge und greift überall helfend ein, wo man ihrer Hilfe bedarf. In den ersten drei Monaten hat die Zentrale in der geschilderten Weise für 1520 Frauen gesorgt; 388 wurden in Gebäranstalten untergebracht, 978 mit Säuglingswäsche versehen (ein Teil der von der Königin Zita gespendeten Wäsche wurde ebenfalls zu diesem Zwecke verwendet); 1200 stillende Mütter werden von der Zentrale unterstützt, außerdem läßt sie täglich 550 Liter Milch — 500 Liter werden von Frau Dr. Albert Hirsch, Baronin Irene Hatvany gespendet — unter die stillenden Mütter verteilen. Seit kurzem versieht sie täglich 1000 kleine Kinder mit Gries in Milch; die Kosten dieser Aktion werden von Frau Leo Lánczy bestritten.

Trotzdem die Zentrale nur in Ausnahmefällen und auch dann in der Regel nur Angehörigen der Mittelklasse Geldunterstützungen gewährt — solche Unterstützungen gehören nämlich in den Wirkungskreis der Bezirksvorstellungen — wenden sich dennoch täglich Hunderte von Armen, zumeist Angehörige eingerückter Soldaten, um Geldunterstützungen an die Anstalt. In der Zentrale hört man jeden an, und wer wirklich hilfsbedürftig ist, dem wird unbedingt die nötige Unterstützung zuteil. Ob und in welchem Maße jemand der Hilfe bedarf, das stellen die Bevollmächtigten der Zentrale fest, die die Armen in ihren Wohnungen besuchen und sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen der Betroffenen überzeugen. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden in 9161 Fällen insgesamt 226.455 Kronen an Unterstützungen verteilt. In der Zentrale werden sämtliche in Budapest unterstützten Personen in Evidenz gehalten; die Liste der Unterstützten enthält derzeit 35.000 Namen. Diese Einführung ermöglicht es der Zentrale, festzustellen, ob eine Partei, die sich um Unterstützung an die Zentrale wendet, bereits unterstützt wird.

Auch auf dem Gebiete des Kinderschutzes leistet die Zentrale sehr Bedeutendes; sie deckt zum großen Teile die Kosten der vom Verein Kinderfreund organisierten Auspeisung von täglich 8000 bis 10.000 Kindern, und vor kurzem organisierte sie die Vernehmung armer Schulkinder mit warmem Frühstück, zu welchem Zwecke der Pester Lloyd aus den ihm für diese Aktion zugegangenen Spenden bisher zirka 30.000 Kronen zur Verfügung gestellt hat. Derzeit erhalten ungefähr 2300 Kinder täglich warmes Frühstück.

Die Zentrale hat bisher mehrere tausend Kinder aus den Spenden der Königin Zita und der Firma Julius Wolfner u. Komp. mit Schuhen und Kleidern versehen; 2337 Paar Schuhe und mehr als 12.000 Kleidungsstücke stammen aus den Spenden der Königin, 3000 Paar Schuhe wurden von der genannten Firma gespendet.

Die Kosten der Administration der Zentrale trägt die Hauptstadt; zu den bedeutenden Ausgaben der Zentrale (Geldunterstützungen usw.) tragen die Landes-Kriegsfürsorgekommission und unsere stets opferbereite Gesellschaft bei. An Spenden sind bisher 129.889 k 25 h der Zentrale zugegangen, die jeden Heller zur Linderung der herrschenden großen Not verwendet.

Durch die erzielten Resultate ermutigt, ist Direktor Dr. Csörgö bestrebt, den Wirkungskreis der seiner Leitung anvertrauten Institution möglichst zu erweitern. Er trägt sich mit verschiedenen klugen Plänen, deren Verwirklichung, nach den bisherigen Proben seines Könnens zu schließen, ihm zweifellos auch gelingen wird.

Die Kinder aufs Land.

In einer dieser Tage abgehaltenen Ausschusssitzung des unter der Schirmherrschaft der Kaiserin stehenden Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder“ (Geschäftsstelle W. 9, Potsdamer Straße 134a) wurden unter Vorsitz des Charlottenburger Oberbürgermeisters Dr. Scholz die Erfolge der bisherigen Arbeiten des Vereins eingehend besprochen. Aus dem vom Geschäftsführer Assessor Grüneberg erstatteten Bericht sei folgendes angeführt: Die am 1. Februar begonnene Werbetätigkeit des Vereins hat, soweit es sich übersehen läßt, gute Erfolge gehabt. Der Aufruf „Die Kinder aufs Land“, das Flugblatt „Landfrauen helft“ und der 21. Februar 1917 im Herrenhause gehaltene Vortrag des Landrats v. Thadden-Trieglass „Was wir wollen“ sind in Tausenden von Exemplaren als Sendboten des vaterländischen Gedankens hinausgegangen. Alle Behörden sind bestrebt, das Unternehmen nach Möglichkeit zu fördern. Ein Erlaß des Kultusministers vom 12. März regelt die Frage der Beschulung in entgegenkommenster Weise. Nach einem Erlaß des Ministers des Innern vom 16. März 1917 dürfen die Zuschüsse, die von Seiten der Gemeinden unbemittelten Eltern gewährt werden müssen, um ihren Kindern den Landaufenthalt zu ermöglichen, als Kriegsauswendungen verrechnet werden, ein erheblicher Teil wird also von Staats wegen zurückerstattet. Ferner werden die Kinder als „Selbstverfórger“ angesehen. Den Landleuten wird also der Teil für die Ernährung der Kinder belassen, der ihnen zukommen würde, wenn es ihre eigenen Kinder wären. Sodann soll während des Krieges den Kindern, die auf Befürwortung des Vereins ausgeschickt werden, bei der Aus- und der Heimreise die Benutzung der 3. Klasse zum halben Fahrpreise der 4. Klasse, sowie etwa notwendigen Begleitern dieselbe Vergünstigung gewährt werden. In der Aussprache wurde betont, daß die Mitarbeit der Lehrer und Lehrerinnen für das Gelingen von ganz besonderer Bedeutung sei, ferner daß die Ziele des Vereins lediglich auf die Gesundung und Kräftigung der vorschulpflichtigen und schulpflichtigen Jugend gerichtet seien, der Verein jedoch von anderer Seite angeregt, eine planmäßige Heranziehung älterer Kinder zur Landarbeit bezweckenden Bestrebungen fern steht.

Die Kaiserin hatte ihre Anteilnahme an den für das Wohl der unbemittelten Stadtjugend so wichtigen Bestrebungen dadurch aufs neue bekundet, daß sie Kabinettsrat v. Spitzberg als ihren Vertreter entsandte. Von den übrigen Teilnehmern der Sitzung seien noch genannt die Vorsitzende des Hauptvorstandes des Vaterländischen Frauenvereins, Gräfin Groeben, und der Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stadtrat a. D. Dr. Luther. In den Vorstand wurde als Schatzmeister gewählt: Geheimer Oberregierungsrat Eggert, Vortragender Rat im Landwirtschaftsministerium, und als stellvertretender Schatzmeister Geh. Regierungsrat v. Schlieben.

Wiener Kinder in Holland.

Kürzlich fand unter dem Vorsitz der Ehrenpräsidentin Prinzessin Lothar Metternich-Winneburg und in Anwesenheit der Baronin Theresie Sloet v. Sagenborn aus Amsterdam, des Gouverneurs Dr. Ritter v. Leth und Gemahlin, der Gemahlin des Gouverneurs des Postsparkassenamtes Baronin Schuster v. Bonnot, der Gemahlin des Vizepräsidenten Baronin Gorup, Ministerialrat Freiherrn v. Baumgartner und Gemahlin, Fräulein Irma v. Wittel, Frau Stabsarzt Dr. Hochsinger, Dozenten Dr. Neuwirth und Gemahlin, Professor Gomperz, Baronin Marie Eiselsberg und Fräulein Wenkebach die diesjährige Generalversammlung des Vereines zur Erhaltung und Förderung des „Ersten öffentlichen Kinderkrankeninstituts“, 1. Bezirk, Steindlgasse Nr. 2, statt. Nach der Wahl des Finanzministers a. D. und Gouverneurs Dr. Karl Ritter v. Leth und des Großindustriellen Wilhelm Ritter v. Ofenheim-Kontourin zu Vorstandsmitgliedern erstattete Vereinspräsident Stabsarzt Universitätsdozent Dr. Karl Hochsinger den Bericht über den bisherigen Verlauf der Aktion „Wiener Kinder in Holland“. Es wurden während der viermonatigen Epoche von Mitte November bis Mitte März 388 unterernährte Wiener Kinder in zwei Gruppen zu je zweimonatigem Aufenthalt in zwölf verschiedenen holländischen Kinderkolonien untergebracht. Zum Teil waren es Klöster, zum Teil Ferienheime, die von dem holländischen Komitee unter der Führung der Baronin Sloet ausgewählt worden waren. Die durchschnittliche Gewichtszunahme während des Aufenthaltes der Wiener Kinder in Holland betrug $4\frac{1}{2}$ Kilogramm für das Kind; doch waren auch Gewichtszunahmen von 8 bis 11 Kilogramm bei zahlreichen Kindern festzustellen. Die Gesamtkosten beliefen sich bei der ersten Reise auf 1 Gulden 17 Kreuzer, bei der zweiten Reise auf 1 Gulden 55 Kreuzer holländischer Währung für den Kopf. Dozent Dr. Hochsinger rühmte die außerordentliche Fürsorgetätigkeit und Mithilfe des holländischen Komitees, insbesondere der Präsidentin Baronin Sloet, die, abgesehen von der fortwährenden Inspizierung der Kolonien, ein besonders warmes Interesse dadurch bekundete, daß sie mehreren Kindern und zwei in Holland erkrankten Fürsorgedamen Unterkunft und Pflege in ihrem eigenen Hause bot und auch andre Mitglieder des holländischen Komitees zu ähnlichen Leistungen anregte. So wurden beispielsweise die Wiener Kinder in Holland vollständig neu bekleidet und mit einer vollzähligen Wäschegarnitur von holländischen Wohltätern ausgestattet. Der Präsident dankte für das überaus große Entgegenkommen der österreichischen, deutschen und holländischen Eisenbahnverwaltungen, die durch die gebührenfreie Beifstellung eines direkten Sonderschnellzuges zum Ausdruck kam, der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz und der deutschen und der holländischen Schwesterngesellschaft für die kostenlose Verpflegung der Kinder während der Reisen, den politischen Behörden für die vorzüglichen Erleichterungen, und verwies auf die großen Verdienste, die sich die unermüdete Präsidentin des Wiener Arbeitsausschusses dieser Aktion, Frau Baronin Eiselsberg, um die holländischen Kinderreisen erworben hat. Rühmlich gedachte Dr. Hochsinger ferner der geistigen Urheberin der Aktion, Schwester Margit v. Pott, der Sekretärin des holländischen Komitees Frau

Prisca Dylaraaf, der Kassierin Frau Jffe Lempruggen (Soag), aller Mitglieder des Arbeitsausschusses, aller Wiener Fürsorgedamen und der holländischen geistlichen Schwestern, welche die Kinder betreut und gepflegt haben. Unter dem Beifall der Versammlung betonte der Referent, daß zwei Drittel der gesamten Aktionskosten in Holland selbst durch das dortige Komitee aufgebracht wurden, daß die prachtvollen Weihnachtsgeschenke und die ganze zweite Reise ein Geschenk des holländischen Komitees an das Wiener Komitee darstellte. Schließlich beantragte er unter allgemeiner Zustimmung, dem holländischen Komitee den tiefstgefühlten Dank der Generalversammlung auszudrücken und Frau Baronin Sloet, die Präsidentin des Komitees, zum Ehrenmitglied zu ernennen. Mitglied Eisner von Eichenhof dankte im Namen der Versammlung dem Stabsarzt Dozenten Dr. Hochsinger für seine außerordentlich mühevollen Tätigkeit im Interesse der Aktion. Nach herzlichen Dankworten der Baronin Sloet wurde die Versammlung geschlossen.

Der Abend
11./IV. 1917

159

Bereitschaft.

Der Verein „Die Bereitschaft“ verfenbet den Bericht über seine Tätigkeit im zweiten Vereinsjahre; was her geleistet wurde, loben wir nicht, weil wir Freunde des Vereins sind, sondern wir sind Freunde des Vereins, weil wir sein Tun loben können. Wieder steht im Vordergrund die Arbeit in den Kindertagesheimstätten, von denen er trotz der unsagbaren Schwierigkeiten des Betriebes noch immer sechs erhalten konnte, in denen über achthundert Kindern dankenswerte soziale Hilfe geleistet wird, die sich ziffermäßig in einem Aufwande von mehr als 115.000 Kronen ausdrückt; was sie sonst bedeutet, kann nur der ermessen, der sich mit geringer Mühe die große Freude verschafft, das Wirken der Heimstätten aus eigener Anschauung kennen zu lernen; nur der wird den nie versagenden Eifer begreifen, womit die leitenden Personen bemüht sind, die Heime über den Krieg hinaus zu dauernden Einrichtungen auszugestalten. Außerordentlich vielversprechend läßt sich die Tätigkeit der Gruppe an, die als Fachgruppe für soziale Frauenarbeit sowohl praktische wie theoretische Erfolge erzielt hat und größere vorbereitet. Die eigentliche Aufgabe des

Vereins, soziale Aufklärungsarbeit, leisten die Vorlesungen, die die „Bereitschaft“ mit so großem äußeren und inneren Erfolge veranstaltet hat, und zu denen sich eine Anzahl ausgezeichnete Männer und Frauen bereitgefunden haben. Es ist auf das dringendste zu wünschen, daß sich aus diesen vielversprechenden Anfängen die Schule für soziales Wissen entwickeln möge, die dem Vereine als letztes Ziel vorzeichnet und die ein so dringendes Bedürfnis ist. Zeigt es sich doch bei jedem Anlasse, daß es nicht an gutem Willen, sondern an sozialer Erkenntnis mangelt. Hier eingzugreifen, mutig neben die Praxis die vielverlästerte und doch so unentbehrliche theoretische Arbeit zu setzen, ist ein Verdienst des Vereins, das jeder Förderung würdig ist; es ist erfreulich, dem Berichte zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder im Jahre 1916 von 250 auf 1185 gestiegen ist. Aber was ist das, wenn man bedenkt, wie unendlich große Arbeit zu leisten ist und wie notwendig, daß wir lernen, wie sie zu leisten sei. Wer in seinem Gewissen die Pflicht empfindet, am sozialen Ausbau unseres Volkes fördernd oder arbeitend mitzumirken, der trete dem Vereine bei, der schon jetzt unter den Wegbereitern der Zukunft mit Auszeichnung genannt zu werden verdient. Gewohnt, die Dinge bei ihrem wahren Namen zu nennen, setzen wir hinzu, daß der Jahresbeitrag sechs Kronen, für Lehrer, Schüler höherer Schulen und Beamte der unteren Rangsclassen nur zwei Kronen beträgt, und daß Anmeldungen zum Beitritte an die Vereinskasse, 1. Bezirk, Annagasse 18, zu richten sind.

Vom Kriegshilfsbureau des k. k. Ministeriums des Innern.

Der erste Nachenschaftsbericht.

Viel Ziffern und Tabellen gibt es in dem soeben erschienenen, 114 Seiten starken, mit einem noch nicht bekannten Bilde Benzurs „Der Abschied des Landsturmmannes“ geschmückten Tätigkeitsbericht des Kriegshilfsbureaus des k. k. Ministeriums des Innern. Aber es sind keine trockenen Ziffern und Zahlen; vielmehr gewinnen sie für jeden, der das Büchlein verständnisvoll liest, warm pulsierendes Leben. Starke Begeisterung und eine mächtige Liebe für die hehre Sache spricht aus diesem per Form nach so streng gemessenen Berichte.

In den ersten Augusttagen des Jahres 1914 ins Leben gerufen, hat das Kriegshilfsbureau unter der zielbewußten Leitung einer starken Persönlichkeit, wie sie sich in dem Prinzen Eduard Liechtenstein verkörpert, von winzigen Anfängen ausgehend, eine

weitausgreifende patriotische Arbeit zur Unterstützung der Eingekerkerten und der Jugend- und der Hinterbliebenenfürsorge geleistet.

Der erste Teil des Berichtes behandelt die direkte Tätigkeit des Kriegshilfsbureaus und weist in der Tabelle über die Gebarung des Kriegshilfsfonds Einnahmen von 7,960,495 K. aus, von denen 4,421,323 K. den Landeskriegshilfsbureaus zugewiesen wurden. Ein eigener Kredit wurde für die Unterstützung von Oesterreichern im verbündeten und neutralen Ausland geschaffen. Die nächsten Kapitel zeigen die Fürsorge des Kriegshilfsbureaus für die Kriegerhinterbliebenen und den Zusammenhang der Kriegerwaisen mit der allgemeinen Jugendfürsorge, woran sich der Bericht über „Kriegsversicherung“ schließt.

Mit ganz besonderer Wärme behandelt der Bericht die Sorge um die darbenende Jugend. Da hören wir von einer „Wanderausstellung für Sänglingsfürsorge“, von dem für die Jugendfürsorge bestimmten Teil des Ertrages der Roten Kreuz-Woche in der Höhe von 1,995,255 K., dem Zuschußkredit des Kriegshilfsbureaus von 800,000 K. und sodann von der Verwendung dieser Summen in den einzelnen Ländern. Eine besondere Aktion wurde für die notleidende galizische Jugendfürsorge durchgeführt. Ein Kapitel ist der Tätigkeit des Kriegshilfsbureaus als Zentralstelle der Kriegsfürsorge auf prinzipiellem und organisatorischem Gebiet gewidmet. Dann folgt ein Bericht über die Verkaufstätigkeit des Kriegshilfsbureaus, der dartut, daß bei einem Geldeingang von 6,975,183 K. sich ein Gewinn von 3,500,000 K. ergab, der verschiedenen Kriegsfürsorgestellen zufließt.

Im zweiten und dritten Teil des Büchleins begegnen wir Aktionen, deren Namen uns geläufig sind und die vom Kriegshilfsbureau geleitet oder wenigstens gefördert wurden. An die Aktion „Gold gab ich für Eisen“, die 2,377,291 K. einbrachte, schließt ein Bericht über das Ergebnis der Opfertage an, deren Ertrag auf nahezu drei Millionen beziffert werden kann. Daran reißen sich die Berichte über die Startpapierabteilung, über die Oesterreichische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose und über die Kriegsfürsorgeaktion der Theater-, Kino- und Sportunternehmungen. Ein Bericht des Komitees „Wiener Kinder aufs Land“ zeigt die erfolgreiche und sparsame Gebarung dieses rührigen Komitees. Den Schluß der Berichte bildet ein Ueberblick über die Tätigkeit des Oesterreichischen Komitees für den Roten Halbmond und ein Verzeichnis der Spenden, die der patriotischen Hingebung der Bevölkerung ein ehrendes Zeugnis ausstellen. Die Oeffentlichkeit, die wissen will, was mit den von ihr opferwillig gebotenen Geldern geschah, hatte ein Recht auf diesen Bericht; aber es ist auch ihre Pflicht, das Buch zu lesen, um wahrzunehmen, was noch geschehen könnte, wenn alle, alle tatkräftig mitwirken an dem Werke, das, mildtätig, großzügig, warmfühlend, Prinz Liechtenstein aufzubauen unternahm.

Dr. W. N.

13./IV. 1917

Hilfsaktion für Minderbemittelte.**Samstag und Sonntag Rindfleischverkauf zu 3 K. 60 S. pro Kilogramm.**

Auch am nächsten Samstag und Sonntag wird im Auftrag des Amtes für Volksernährung Rindfleisch um den Preis von 3 K. 60 S. pro Kilogramm an Minderbemittelte abgegeben werden. Auch diesmal wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß auf die Erlassung besonderer Vorschriften und auf die Einführung von Vorbeugungsmaßregeln sowie auf die Androhung von Strafen wegen Mißbrauchs im vollen Vertrauen darauf verzichtet werden kann, daß der Gemeinssinn und die Selbstucht der Wiener volle Gewähr dafür bieten werden, daß auch nicht ein Kilogramm dieses Fleisches von Wohlhabenden gekauft werden wird, weil es eben nur für die wirklich unbemittelten Mitbürger bestimmt ist.

Für den Bezug des Fleisches gelten folgende Bestimmungen: Der Verkauf des Fleisches beginnt Samstag, den 14. d., und Sonntag, den 15. d., um 1/26 Uhr früh. Eine gültige Mehlbezugskarte ist mitzubringen. Auf Mehlbezugskarten, gültig bis zu drei Personen, darf nur 1/2 Kilogramm Fleisch, für mehr Personen nur 1 Kilogramm Fleisch, und zwar nur an einem der beiden Tage, abgegeben werden.

Zum Unterschiede von dem ersten Versuch zu Ostern wird diesmal das billige Fleisch in sämtlichen Bezirken erhältlich sein, jedoch dürfen die einzelnen Verkaufsstellen nur an Bewohner ihres Bezirkes Fleisch abgeben. Die 37 Stellen der Großschlachtereien N. G., in denen das Fleisch verkauft wird, befinden sich: Im 1. Bezirk: Hoher Markt; 2. Bezirk: Volkertplatz und Kadingerstraße; 3. Bezirk: St. Mary, Schlachthaus, Kardinal Naglplatz (Thomasplatz) und Kleistgasse; 4. Bezirk: Phorushalle; 5. Bezirk: Kohlgaße Nr. 15; 6. Bezirk: Gumpendorferstraße Nr. 16; 7. Bezirk: Neubaugürtel; 8. Bezirk: Albertgasse Nr. 6; 9. Bezirk: Viriotplatz; 10. Bezirk: Eugenplatz, Quellenstraße und Kolombusplatz; 11. Bezirk: Entplatz; 12. Bezirk: Niederhoffstraße und Eichenstraße; 13. Bezirk: Missindorfstraße und Hütteldorferstraße; 14. Bezirk: Meißelstraße, Zöllnersperggasse und Lobkowitzbrücke; 15. Bezirk: Neubaugürtel Nr. 21; 16. Bezirk: Marsitzingergasse, Hopenplatz, Johann Nepomuk Bergerplatz und Herbststraße Nr. 114 (Polizeihaus); 17. Bezirk: Dornierplatz und Battgasse; 18. Bezirk: Gersthof-Markt; 19. Bezirk: Sonnenbergplatz; 20. Bezirk: Hannovergasse, Zinnstraße und Zwischenbrücken (Eisenbahnhäuser); 21. Bezirk: Magistratisches Bezirksamt Stadlau.

Halbheit in der Verbesserung.

Von Emory Freundlich.

An den Methoden, die bei der Erhöhung der Unterhaltsbeiträge geübt worden, kann man die Praxis des österreichischen Regierens genau studieren. Zuerst ein jaghaftes und unheilvolles Zaudern, dann ein tastendes Versuchen und endlich eine halbe Maßregel, die kaum befriedigen kann und deren tatsächliche Wirkung in keinem Verhältnis zu dem Aufwand an verwaltungstechnischer Arbeit und materiellen Mitteln steht. Das Gesetz über die Unterhaltsbeiträge bestimmt in weiser Voraussicht keinen Betrag, der den Familien für den Entgang des väterlichen Verdienstes ausgesetzt wird, weil man schon im Frieden vermeinte, die Verhältnisse im Kriege seien nichts Feststehendes und könnten Änderungen erfordern, die durch die gesetzliche Bestimmung nicht gebunden sein dürften. Nun kann nicht geleugnet werden, daß die Verpflegungsdurchzugsgebühren, die als Maßstab angenommen werden, ein sehr guter Maßstab sein können, wenn sie im Geiste des Gesetzes gehandhabt werden. Die Verpflegungsdurchzugsgebühr muß sich den tatsächlichen Verhältnissen anpassen, denn sonst könnte man die Soldaten einfach nicht verpflegen; aber sie müßte eben bei jeder Steigerung sofort auf die Unterhaltsbeiträge angewendet und ausgedehnt werden. Das ist leider nicht geschehen und schon da findet man ein Vorgehen, das

schon wegen des Staatsanwalts nicht bezeichnet werden kann. Die Verpflegungsdurchzugsgebühren sind seit Monaten erhöht, denn es wurde ihnen ein gesonderter Zuschuß für die Bequartierung beigegeben; die Unterhaltsbeiträge blieben ausgeschlossen, denn die Gebühr blieb an sich auf dem alten Betrag. Dadurch hat man die Reservistenfamilien um viele Millionen geschädigt. Immer noch stehen auch nach der nach langem Kampfe, den die organisierten Frauen an allen Fronten gekämpft haben, erfolglos Erhöhung der Unterhaltsbeiträge in keinem Verhältnis zu dem Einkommen, das die Väter erzielen würden, wenn sie daheim arbeiten könnten. Trotzdem kann nicht geleugnet werden, daß diese Erhöhung in ihrer Gesamtsomme — es kommen, alle drei Verbesserungen gerechnet, ungefähr 600 Millionen Kronen jährlich in Betracht — die größte Einkommensverbesserung darstellt, die jemals errungen werden konnte.

Die Regierung konnte sich eben der Tatsache nicht verschließen, daß die Erwerbs- und Lebensverhältnisse so verschlechtert sind, daß es ein stichhaltiges Argument gegen die Erhöhung nicht geben kann. Auch die Belastung des Staates und die Gefährdung der Valuta konnten nicht stichhalten, wenn es sich um die Gesundheit und kräftige Entwicklung von Hunderttausenden Kindern handelt. Ganz übersehen kann man die Lehren des Krieges nicht, eines wird jedoch jedem klar, dem, der sehen will, und dem, der es leugnen möchte, daß der wertvollste volkswirtschaftliche Besitz immer der Mensch ist. Die Regierung mußte dem Gedanken näher treten. Sie dachte sich die Sache sehr einfach. Eine allgemeine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge um zehn Prozent, das ist das geringste, was man geben konnte, und hätte die geringste verwaltungstechnische Arbeit erfordert. Nun kann man sehen, wie wertvoll die parlamentarische Vertretung ist. Die Konferenz bei dem Ministerpräsidenten ist gewiß keine Volksvertretung gewesen, schon weil ja nur persönlich geladene Teilnehmer dort gewesen sind, aber die Aussprache hat den Gedanken der zehn Prozent doch endgültig begraben. Allerdings war neben den finanziellen Bedenken gegen eine andere Art der Erhöhung immer das Argument zu bekämpfen, eine Differenzierung der Erhöhung sei nicht möglich, weil es zu viel Arbeit koste und eine zu starke Differenzierung die Gefahr der Ungerechtigkeit bedeutend vermehre. Man sehe sich daraufhin die Verordnung mit den vielen Bestimmungen an und vergleiche damit die Ersparnisse, die man machen wird! Die Erhöhung in der heute gegebenen Form kostet 400 Millionen Kronen. Hätte man die Unterscheidung zwischen den Kleinhäuserfrauen, den Hausbesorgerinnen und den erwerbenden Frauen nicht gemacht, dann hätte man hoch geschätzt noch 100 Millionen Kronen gebraucht, aber die Reform wäre eine einheitliche Regelung geworden, die alle befriedigen kann. Noch ein anderes Moment darf nicht übersehen werden. Es wurde von den Vertretern der Regierung der Vorschlag, die Orte nach den Gehaltsklassen der Staatsbeamten einzuteilen, abgelehnt, weil darin eine Ungerechtigkeit gegen viele Orte liegen würde und weil man den Kampf vermeiden wollte, der natürlich zwischen den einzelnen Orten entbrennen muß.

Man denke sich das Erstaunen der Teilnehmer der Konferenz, als sie nun die Verordnung gesehen haben, die alle Methoden enthält, die die Regierung bekämpft hat, und die, die sie als richtig angesehen hat, preisgibt. Damit ist den Unterhaltskommissionen und den Vertretern der Arbeiterchaft neuerlich eine Fülle von Arbeit aufgegeben worden, die gar nicht abzuschätzen ist und die man zum größten Teile erspart hätte, wenn der Mut zu einem energischen Schritt nicht an dem alten österreichischen Uebel gescheitert wäre. Aber die Halbheit ist und muß vor allem Methode sein und selbst wenn man die als schlecht erkannten Methoden übernehmen muß, so geschieht es nur, damit nicht ein ganzes und in sich geschlossenes Werk getan wird.

Daß endlich die Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren erreicht wurde, ist jedem Menschen, der sozial zu fühlen vermag, eine Befriedigung. Es ist nicht viel, aber es ist doch die Möglichkeit, Hunderten kleiner Kinder ein paar Bissen mehr zu geben, und wer täglich sehen muß, was es nun heißt, Kinder zu gebären und aufzuziehen, der wird in diesem Moment den Fortschritt des ganzen Gesetzes sehen. Die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages für die Ehefrauen ist schon eine halbe Sache. Es ist kein Zinsbeitrag, wie er in der Konferenz gefordert wurde, denn in Wien kostet heute ein Kabinett mehr als zehn Kronen monatlich, und da dieser Erhöhung noch der Pferdebesitz angehängt ist, daß der Hausherr den ganzen Zinsbeitrag einlagern darf, ist sie schon ein Defizit. Das Parlament hätte so etwas nicht beschlossen. Dasselbe gilt von der Abstufung der Beiträge für die verdienende Frau. Man fragt sich unwillkürlich, ob die paar Kronen, die man dabei erspart, diesen Aufwand an Regeln lohnten. Auch hier hat die allgemeine energische Mahnung der Konferenz nichts genützt. Nun, wo die Frauenarbeit zur Erhaltung der Familie so dringend ist und die Volkswirtschaft nicht leben kann, wenn die Frauen feiern, muß man küsteln und deuteln, um die fleißige Frau zu bestrafen. Man übersieht dabei vollständig, daß auch im Frieden die Familien ein höheres Einkommen haben, wo Mann und Frau arbeiten. Niemand aber würde auf den absurden Gedanken kommen, daß deshalb das eine Ehepaar in irgend einer Weise bestraft und benachteiligt werden muß. Wenn die Frau arbeitet und sich müht, dann soll ihre Arbeit auch den vollen Lohn und Preis haben. Hier ist die neue Verordnung eines jener Extreme, die der Herr Finanzminister sehr zu lieben scheint.

Die Verkürzung der Häuslerfrauen ist dasselbe Schema der Kleinlichkeit, das die Finanzverwaltung im Gegensatz zur Kriegsverwaltung kennzeichnet. Eine Hand läßt den Goldstrom fließen, die andere Hand aber hütet die Tropfen mit ökonomischem Sinn. Leider fehlt diesen Zwischenschichten jede organisatorische Erfassung und sie vermögen ihre Beschwerden kaum zum Ausdruck zu bringen. Hier rächt sich die getreue Gefolgschaft, die gerade diese Schichten der agrarischen Handelspolitik geleistet haben. Sie haben leider immer die Politik gemacht, die der nordmährische Volksmund so treffend mit den

Worten kennzeichnet „daß sie alle freiwillig bei den reichen Leuten sind“. Sie waren alle Großbauern und Grundherren in ihrem politischen Meinen und müssen es kundtun, daß sie als solche „unterstützt“ werden. Dabei ist das Elend des Häuslers heute vielfach trasser als die Not des industriellen Proletariats, der, wenn er schon nichts hat, doch eine Organisation sein Eigen nennt, die für ihn wirkt und schafft.

Den Arbeiterfrauen möchten wir sagen, daß sie an diesen Dingen lernen sollen, wie wichtig es ist, daß sie ihr Schicksal in die Hände nehmen und mitbestimmen, was Ziel des Staates Politik sein soll. Unser Kampf, den wir im Kriege mit so viel Tapferkeit geführt haben, muß weitergehen, bis Einkommen und Ausgaben in dem einzig richtigen Verhältnis stehen. Sie müssen sich die Wage halten und ein Leben verbürgen, das uns Brot und Freiheit bringt, die beide auch im Verhältnis zueinander stehen.

Die Fleischabgabe an Minderbemittelte.

Heute und morgen wird wieder billiges Fleisch an Minderbemittelte zu 3 Kronen 60 Heller pro Kilogramm abgegeben. Nach den im Rathhaus eingelaufenen Berichten hat sich die Abgabe glatt abgemickelt. Die Leute haben sich wieder, wie das letzte Mal zu Ostern, sehr früh angestellt. Die Zahl der Verkaufsstellen — es waren 37 im ganzen, die auf alle Bezirke verteilt waren — hat sich als zu gering erwiesen, so daß voraussichtlich das nächste Mal eine Vermehrung der Fleischstände für Minderbemittelte erfolgen wird müssen. Uebrigens hat, wie wir bereits mitteilten, das Ernährungsamt die Ausdehnung dieser Aktion sowie die Forcierung der Erzeugung der Kriegswurst in Aussicht genommen.

15/IV 1917

Achtzehn ein Viertel Millionen.

Ergebnis der Sammlungen der „Neuen Freien Presse“ in 993 Kriegstagen.

Das große, furchtbare Drama des Weltkrieges nähert sich seinem Ende. Kein Wort kann es geben, das tiefer ans Herz geht und stärker jedes Gemüt in Schwingung versetzt. Ein Ende der täglichen Mißhandlungen alles dessen, was dem Leben Wert und der Zukunft Hoffnung gibt, ein Ende alles Schreckens und aller Grausamkeiten, ein Ende auch der Beschränkungen, die so hart auf den Schultern des Unabhängigen lasten. Graf Czernin konnte das nicht schreiben, ohne daß er im Innersten überzeugt wäre, daß wirklich die Triebkräfte am Werke sind, die das Entsetzen aus der Welt verbannen wollen und die Erde vor dem Aufgehen in Blut und Elend und vor der Verwandlung in einen Stänkel verarmter und entvölkerter Staaten bewahren wollen. Noch wird vieles zu erdulden sein, noch donnern die Dampfhämmer des Hasses Tag für Tag, noch wühlt die Nordluft im lebendigen Fleisch und noch versuchen die Henker der Welt, die in England sitzen, durch Lüge und Verleumdung die Gutwilligen zu täuschen. Aber ganz verlöschen kann das Licht nicht mehr, und selbst Lloyd-George, der leichtfertigste aller Quälgeister, die jemals Freundlosigkeit und Kummer verbreiteten, sprach von den Friedensverhandlungen und davon, daß es ihm höhere Genehmigung bereite, Amerika am Konferenztische als am Schlachtfelde zu finden. Der Hofdemagoge — dieser Ausdruck stammt aus den zwanziger Jahren — wird es trotz aller Künste nicht zustande bringen, daß das Weltereignis des russischen Umsturzes gleichsam sich selber verleugne. Das furchtbare Drama des Weltkrieges nähert sich seinem Ende. Niemand war die Ueberzeugung von der Wahrheit dieses Wortes so lebendig wie am heutigen Tage.

Unsere Leser können mit Recht das Zeugnis, welches Graf Czernin der Bevölkerung gegeben hat, auch auf sich beziehen. Die heutige Generation wird, so schreibt er, in der Geschichte fortleben, weil das Volk bewiesen hat, daß es niemals zu besiegen und zu vernichten ist und daß es im furchtbarsten Kriege aller Zeiten Dasein und Ehre der Monarchie erfolgreich verteidigte. Zu diesen Verteidigern, zu den Bürgern, die dem Vaterlande in der Bedrängnis zur Seite standen, gehören auch jene, die mehr als achtzehn Millionen gespendet haben. Denn dieser Betrag ist auch ein für die Zukunft wichtiges Zeugnis für die Stimmungen der Monarchie im Kriege, für den Ernst ihres Willens, für die Sehnsucht, die Kriegsschäden zu heilen, die Traurigen zu trösten und durch tatkraftigen Zuspruch wieder aufzurichten. Ein alter Wiener hat in einem köstlichen Briefe gesagt, daß wir Oesterreicher von jeher die Eigenart haben, im stillen zu wirken und uns im stillen zu freuen. Aber, so fügt er hinzu, das hat den Nachteil, daß die Oesterreicher oft selber nicht wissen, was sie an ihrem Vaterlande haben. Das schlichte Wort dieses klugen alten Wieners muß auch heute beherzigt werden. Der Oesterreicher muß wissen, was sein Vaterland bedeutet, und er kann dies nur, wenn der Doffentlichkeit der Spiegel vorgehalten wird, und deswegen muß gesagt werden, daß diese achtzehnte Million eine Glanzleistung darstellt, eine Großtat des Erbarmens und des Mitleids, ein Kernschuß gegen Armut und Verderben, ein starker Beweis für die ausharrende Tapferkeit des Volkes. Während der Zeit, da diese achtzehnte Million zustande kam, ist ein neuer Feind auf den Plan getreten, sind neue Sorgen aufgetaucht, und neue hundert Millionen schlagen sich zu unseren Feinden. Aber mit der Zähigkeit, mit der Ruhe und mit dem Mut, der unsere Leser auch in den ärgsten Krisen besetzt hat, haben sie ihre Beiträge gesteigert und ihren Kampf gegen die Armut mit womöglich noch höherer Spannung fortgesetzt.

Nur mit Ehrfurcht kann diese Erscheinung besprochen werden. Sollen wir von neuem sagen, was uns die Sammlungen bedeuten? Sie sind uns die tägliche Beglaubigung, daß unsere Leser die Ziele billigen, die wir uns in diesem Kriege gesteckt haben, daß ein lebendiger Zusammenhang nicht nur zwischen ihnen und ihrem Werke, sondern auch zwischen ihnen und der Hand besteht, die sich

ihnen bittend entgegenreckt. Die Sammlungen, insbesondere für die verlassenen Kinder, für die Möglichkeit, ihnen Obdach zu geben, ihr Leben zu verbessern und ihnen Gelegenheit zur Vervollkommnung zu geben, die muster-gültig verwalteten Sammlungen für die Blinden und die Sammlungen, die die Lahmen und Verkrüppelten mit neuen Lebenskräften segnen, sie sind uns eine tägliche Freude, ein täglicher Trost und sie bedeuten uns täglich ein Gegengewicht gegen die Eindrücke der Zerstörung.

Freiwilligkeit des Wohltuns und der Erfüllung der Bürgerpflichten! In dieser Zeit des Zwanges, der Einschränkung der Menschen in Hunderte von Beschränkungen, ist dieses Beispiel belehrend. Diese große Quelle darf nicht gänzlich verschüttet werden und nicht alles kann und darf unter die Zuchttrute gestellt sein, die geschwungen wird nicht nur aus Notwendigkeit, sondern vielfach auch als Selbstzweck. Die menschliche Natur kann jedoch nur die echte Blüte, die echte Ausbreitung zeigen, wenn sie in Uebereinstimmung bleibt mit sich selbst und das höchste Gebot in der Stimme findet, die in der eigenen Brust ertönt. Ohne die Fuchtel der Verordnung aus reinem Willen zum Wohltun, ohne Sehnsucht nach staatlicher Belohnung, sind die achtzehn Millionen entstanden und wie der Dichter vom deutschen Bürgertum, kann auch von ihnen gesagt werden: selbst erschufen sie sich ihren Wert. Darauf, das gestehen wir offen, sind wir stolz und dafür gebührt allen, die daran teilgenommen haben, nicht nur unser Dank, sondern auch die Anerkennung der Doffentlichkeit.

Wir bitten unsere Leser dringender als jemals, fest-zubleiben in ihrer Gesinnung, treu dem Ziele, das sie sich gesetzt haben, beharrlich auf dem Wege, der noch zu durch-messen ist. Aber unser Vertrauen ist nicht zu erschüttern, und wir glauben daran, daß sie uns weiter helfen, auf dem letzten Abschnitte des Weges nicht versagen und das Werk nicht aufgeben werden, das sie durch so lange Zeit geführt haben. Möge ihnen bald der beste und einzige Lohn erstehen, die Erreichung eines ehrenvollen Friedens, das Ende des Kampfes und der Beginn einer neuen, glücklicheren und freieren Zeit für die Monarchie!

Die Kriegsfürsorge.

Für den Aufbau der Volkskraft!

Wir werden um Aufnahme folgenden Aufrufes ersucht:

„Hochgeehrte Mitbürger und Mitbürgerinnen
des 3. Bezirkes!

„Was Menschenhände jetzt vernichten, müssen gute Menschenherzen wieder aufbauen.“

Unter diesem Leitpruch haben sich Frauen und Männer des 3. Bezirkes zusammengeban, um eine soziale Pflicht gegen die Kinder jener zu erfüllen, die draußen im Felde stehen und unser liebes Vaterland schützen. Auf daß das größte Gut, das einem Lande beschieden ist, die Volkskraft, nicht verkümmere, will sich der Jugendfürsorgeausschuß im 3. Bezirke der großen Aufgabe widmen, allen jenen Kindern, die durch den Krieg ihrer natürlichen Beschützer beraubt wurden, den Weg ins Leben vermitteln und sie zu unterstützen, auf daß sie zu ordentlichen und nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft heranwachsen.

Klein sind die Anfänge, aber grundlegend für ein großes Werk, das nur vollbracht werden kann, wenn alle Bewohner des 3. Bezirkes in Wien ihr Scherlein dazu beitragen, sei es mit Geld oder mit selbstloser Mitarbeit. Alle guten Menschen, denen dies zu tun möglich ist, möchten sich uns anschließen in treuer Liebe für seinen Nächsten, in höchster Schätzung unsrer heranwachsenden Jugend.

Schon in den nächsten Tagen beginnen unsre Arbeiten in einem großen Kriegsfelde, das uns durch die außerordentliche Güte unsres fürsorglichen jungen Kaisers im Prater zur Verfügung gestellt wurde. Auch für diese Arbeiten werden uns freiwillige Kräfte hoch willkommen sein. Diesbezügliche Anmeldungen und Spenden werden in der Kanzlei des Ortschulrates, 3. Bezirk, Gemeindehaus, 1. Stock, täglich vormittag angenommen und gewünschte Auskünfte erteilt.“

17./IV. 1917

17
16 1/2

* Billige Fahrt der Stadtkinder aufs Land. Der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ in Berlin hat sich, um die Kosten der Landunterbringung möglichst zu verringern, mit einer Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten gewandt und um Gewährung von Freifahrt für alle Kinder gebeten, die im Interesse ihrer besseren Ernährung vorübergehend auf dem Lande untergebracht würden. Der dem Verein daraufhin zugegangene Bescheid des Ministers sieht zwar aus grundsätzlichen Erwägungen von der Gewährung von Freifahrt ab, fördert aber das vaterländische Unternehmen in dankenswerter Weise durch eine außergewöhnliche Fahrpreisermäßigung.

Es wird während des Krieges den Kindern auf den Preuß.-Hessischen Eisenbahnen die Benutzung der dritten Wagenklasse in Eil- und Personenzügen zum halben Fahrpreis der vierten Klasse gestattet. Auch den notwendigen Begleitern kommt die gleiche Vergünstigung zugute. In Ausnahmefällen können auch Schnellzüge gegen den üblichen Zuschlag benutzt werden. Voraussetzung ist, daß es sich um hilfsbedürftige Stadtkinder handelt und die Versendung von einer Stadtgemeinde oder einem Wohlfahrtsverein veranlaßt wird. Ferner muß die Entsendung vom Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ Berlin vorher befürwortet sein. Der von den Stadtgemeinden oder Wohlfahrtsvereinen bei der Abgangsstation formularmäßig zu stellende Antrag auf Erteilung des Beförderungsscheines muß eine Erklärung über die erfolgte Befürwortung enthalten. Die Vergünstigung ist deshalb von der Befürwortung des Vereins abhängig gemacht, weil der Verein als Zentralstelle die notwendige Uebersicht über die Verteilung hat, und zweckmäßige, die Eisenbahn unnötig belastende Querfahrten unter allen Umständen vermieden werden sollen. In soweit die Unterbringung im Rahmen der durch den Ministerialerlaß vom 1. März d. J. in Verbindung mit dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ geschaffenen Organisation erfolgt, wird eine solche Befürwortung seitens des Vereins ohne weiteres gegeben werden. Hiernach scheint es geraten, die Unterbringung von Stadtkindern auf dem Lande allenfalls innerhalb der nunmehr unter Mitwirkung aller beteiligten Behörden geschaffenen Organisation zu bewirken.

Es wäre zu wünschen, daß auch auf den anderen deutschen Bahnen eine gleiche Vergünstigung gewährt würde.

**Verkauf von Volksrindfleisch durch die
Gemeinde Wien.**

Wie wir aus dem Rathause erfahren, bringt die Gemeinde Wien vom kommenden Samstag an für die Minderbemittelten Volksrindfleisch zum Preise von K 3.60 an vier Tagen der Woche zum Verkaufe und zwar zur Vermeidung des Anstehens nach der Art des derzeitigen Kartoffelverkaufes. Es wird verkauft nach den Anfangsbuchstaben der Haushaltungen und zwar am

Montag	für die Buchstaben A bis F
Mittwoch	" " " G " J
Donnerstag	" " " H " R
Samstag	" " " S " Z

Diese Verkaufsform entspricht den Wünschen der Bevölkerung jedenfalls besser, als die zu Ostern gewählte Form, bei der die bedauernswerten Leute die halbe oder ganze Nacht bei miserabelstem Wetter mit Anstellen verbrachten.

Das Rindfleisch für Minderbemittelte.

Ein Mitarbeiter schreibt uns:

„Bei der großen Zahl der Haushaltungen, die sich gegenwärtig mit Recht zu den Minderbemittelten zählen, war es vorausichtlich, daß der Verkauf des billigen Rindfleisches an nur zwei Tagen in der Woche einen sehr starken Andrang von Bewerbern zur Folge haben werde. Für die erste Abgabe am 7. d. M. harrten tausende Menschen die vorhergehende Nacht trotz strömenden Regens aus, um ihres Anteiles nicht verlustig zu gehen. Seither war das Wetter den „Angestellten“ nicht wieder so ungünstig, aber immer wieder begannen die Anstellungen am Vorabend, und daß die „Angestellten“ ihren Platz vor Wetterunbilden nicht räumen würden, war klar.

Um nun das vorzeitige Anstellen überflüssig zu machen, wurde nach eingehenden Beratungen, an welchen auch mehrere Abgeordnete teilnahmen, beschlossen, künftig das Fleisch an vier Tagen auszuhacken und die Bewerber in vier Gruppen nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen zu teilen, so daß für jede Ausgabe nur eine Gruppe bezugsberechtigt ist. Dadurch wird der Einkauf erleichtert, und da das Ernährungsamt von Woche zu Woche größere Mengen Fleisch zur Verfügung stellt, darf man mit voller Sicherheit erwarten, daß künftig alle Bewerber um das billige Fleisch ihren Teil erhalten werden.

Um so wichtiger ist es, daß Leute, welche aus anderweitigen Käufen ihren Hunger stillen können, sich um

das Fleisch für Minderbemittelte nicht bewerben. Wer von ihnen es dennoch tut, gefährdet das Unternehmen!

Von Samstag an wird das Fleisch für Minderbemittelte an 27 Ständen der Großschlächterei ausgehakt werden, und einer derselben, der Stand im Schlachthaus von St. Marg, wird mit wechselndem Personal den ganzen Tag ohne Pause verkaufen.

Die Großschlächterei führt den Verkauf des Fleisches für Minderbemittelte unentgeltlich durch. Das Ernährungsamt überwacht den Verkauf, indem es eigene Vertrauenspersonen zu den einzelnen Ständen entsendet. Die Leitung des ganzen Unternehmens obliegt der Fürsorgestelle der Gemeinde, an deren Spitze Obermagistratsrat Dr. D o n t steht. Bisher waren die Bewerber mit dem Fleische im allgemeinen zufrieden.“

20. IV. 1917.

70

165

Stadtverordneten-Verammlung.

Sitzung vom 19. April 1917.

Der gestrigen Sitzung ging eine gemeinsame Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung voraus, in welcher Stadtv. Klahr und Stadtrat Kalisch zu Vertretern und die Stadtv. Cremer und Rosbach sowie Stadtrat Löhning zu Ersatzmännern für die Verbandsversammlung des Verbandes Groß-Berlin gewählt wurden.

Die Vorlage über Erhöhung der Honorarsätze für die beim Berliner städtischen Rettungswesen beschäftigten Ärzte war in der vorigen Sitzung noch nicht verabschiedet worden, weil Stadtv. Dr. Wenzl (Soz.) der sofortigen zweiten Lesung widersprochen hatte. Die Vorlage wurde heute nach kurzer Erörterung angenommen.

Der Magistrat beantragte, ihm die Mittel für die

Unterbringung Berliner Kinder auf dem Lande

in Höhe von 1 Million Mark zur Verfügung zu stellen und sich damit einverstanden zu erklären, daß Berlin dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ als Mitglied beitrete.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.) begrüßte die Vorlage mit großer Freude, beantragte aber doch die Niederlegung eines Ausschusses, dessen Aufgabe es sein müßte, ob die Vorlage auch nach allen Richtungen hin die genügende Sicherheit bietet, daß alles, was der Magistrat bezweckt, auch erfüllt wird. Es empfehle sich die Einsetzung einer gemischten Deputation für alle diese Fragen.

Stadtv. Tropske (L.) begrüßte auch die Vorlage mit großer Freude und wünschte möglichst beschleunigte Annahme. Seine Freunde sähen gern die Hilfe auch auf Schüler höherer Lehranstalten ausgedehnt.

Stadtv. Dr. Isaac: Eine Beschleunigung sei dringend nötig. Man sollte auch einmal überlegen, ob nicht die städtischen Güter zur Aufnahme von Kindern bereitgestellt werden könnten, ob es nicht möglich sei, die Ferienkolonien auszubauen und beispielsweise Länke für diese Zwecke aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken.

Stadtschulrat Dr. Fischer widersprach der Ausschussberatung. Wenn ein Ausschuss oder gar eine gemischte Deputation eingesetzt werden sollte, würde viel zu viel Zeit verloren gehen. Wir denken doch, Anfang Mai die ersten Kinderzüge hinausenden zu können. Einige hundert Kinder sind schon durch den Vaterländischen Frauenverein und den Charitasverein hinausgeschickt worden. Jetzt hat ein dänischer Arzt eine Million Mark zur Verfügung gestellt, um 10—15 000 Kinder während der Dauer des Krieges und drei Monate hinterher nach Kopenhagen und Umgebung zur Erholung zu senden. (Beifall.) Wir haben uns sofort mit dem Auswärtigen Amt und dem Unterrichtsministerium in Verbindung gesetzt und dort das bereitwilligste Entgegenkommen gefunden. In Ostpreußen sind 67 000 unentgeltliche Stellen zur Verfügung gestellt worden. (Beifall.) Davon sollen 30 000 unseren Berliner Kindern zugute kommen. Auf den Kreis Ortelsburg entfallen allein 2000. Gemeldet waren bis vorgestern 28 000 Kinder, die hinausgeschickt werden wollen, abgesehen von solchen, die zu Verwandten oder Bekannten aufs Land wollen. Der Vertreter des Oberpräsidenten hat nun einige besondere Wünsche mitgeteilt, darunter den, daß nicht Lehrpersonen mitgegeben werden, da dies wie ein Mißtrauen aussehe. Wir halten aber diese Begleitung der Kinder durch Lehrer für durchaus notwendig, die wenigstens für die erste Zeit dafür sorgen, daß die Kinder sich einleben. Wir wären bereit, für diese Lehrkräfte einen Verpflegungssatz und Mietsentschädigung zu zahlen. Nur jetzt geimpfte Kinder sollen hinausgehen. Lebensmittel für die Kinder sind dort genug vorhanden; sie brauchen keine Lebensmittellisten mitzubringen, müssen aber in Berlin abgemeldet werden. Der Eisenbahnminister hat in Aussicht gestellt, große Extrazüge für die Beförderung zu stellen. Für die Fahrt selbst müssen die Kinder verproviantiert werden, bis sie in Ostpreußen sind. Dort sind Verpflegungsstationen eingerichtet. Es wird natürlich dafür gesorgt werden, daß Kinder, die nicht die nötige Kleidung besitzen, solche erhalten. Der Entsendung auch von Schülern höherer Lehranstalten steht nichts entgegen; nur kann natürlich der von einer Seite laut gewordene Wunsch, daß solchen Schülern die Stellen bei Gutsbesitzern und Geistlichen vorbehalten werden, nicht erfüllt werden. (Sehr richtig!) Die Unterbringung von älteren Schülern auf größeren Gütern ist schon im Gange. Das Jugendamt ist im Werden begriffen; heute hat die erste Sitzung der Magistratskommission in dieser Frage stattgefunden. Es ist erwogen worden, ob man die städtischen Güter nicht dazu benutzen kann, um Schülerherbergen daselbst einzurichten. Die Versammlung sollte von einer Ausschussberatung absehen, damit wir möglichst baldmöglichst viele Kinder hinaus-schicken können. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.) stellte den Antrag auf Niederlegung einer gemischten Deputation. Diesem Antrage widersprach Stadtv. Cassel.

Oberbürgermeister Bermuth bat, die Vorlage sofort zu verabschieden. Wir müssen die uns entgegengestreckten Hände dankbar ergreifen, sonst wird die Bereitwilligkeit abgeschwächt oder das, was wir für uns sichern könnten, geht an uns vorüber zu anderen! Alle Vereinbarungen mit den Behörden in Ostpreußen sollten auf dem einfachen Verwaltungswege erledigt werden. Wir sind nicht geneigt, bei der Festlegung von Grund-sätzen uns der Mitwirkung der Versammlung zu entziehen. Ueber das Jugendamt wird eine bald zu erwartende Vorlage die nötige Grundlage bieten.

Stadtv. Dr. Rosenfeld zog hiernach seinen Antrag zurück.

Nachdem Vorsteher Michelet dem dänischen Stifter der einen Million den herzlichsten Dank ausgesprochen, wurde die Vorlage angenommen.

Die Vorlage über den Ankauf von Ländereien der Feldmark Stolpe für Grundwassergewinnungs-Anlagen

wurde auf Antrag der Stadtv. Sonnenfeld (L.) und Hingje (Soz.) einem Ausschusse überwiesen.

O. Der Abend
21. IV. 1917

166

Das Fleisch für Minderbemittelte.

Die Erwartungen, welche an die Einteilung der Bewerber in Gruppen geknüpft wurden, haben sich nur zum Teile erfüllt. Die Anstellungen begannen allerdings im allgemeinen später, aber der Andrang war heute kaum geringer als vor einer Woche, wo die Bewerber noch nicht in Gruppen geteilt waren, und so blieb wieder ein Teil der Bewerber unbefriedigt. Man hat heute die Wahrnehmung gemacht, daß manche Käufer wiederholt kamen — immer mit anderen Mehlbezugs-karten. Im 10. Bezirke ließ die Großschlächterei 7000 Kilogramm nachliefern, so daß in diesem Bezirke allein 19.000 Kilogramm ausgehakt wurden. Kaum übersehbar war die Schar der angestellten Bewerber bei der Großmarkthalle. In der Inneren Stadt wurden 900 Kilogramm ausgehakt und hiemit fast alle Bewerber befriedigt.

Künftig wird auch dafür gesorgt werden, daß solche Bewerber, für die es nicht mehr reichte, zu ihrem Teile

kommen. Von Mittwoch an werden alle, die nach Ausverkauf des billigen Fleisches noch angestellt sein werden, eine Marke erhalten, welche sie berechtigt, am nächsten Tage sich ihr Fleisch zu K 3.60 zu holen.

Die ungarischen Hasen.

Vor einer Woche begab sich namens der Gemeinde Stadtrat Dechant nach Budapest, um mit den ungarischen Behörden wegen Überlassung eines Teiles der dort eingelagerten 30.000 Hasen zu verhandeln. Er fand wenig Entgegenkommen. Man stellte ihm in Aussicht, daß ein Teil dieser Hasen zum Preise von 14 K in Budapest der Stadt Wien überlassen werden könnte. Demnach würden die Hasen in Wien auf mindestens 15 K 50 h zu stehen kommen, und die schönsten würden uns die Ungarn wohl auch nicht aussuchen!

„Freibrot für die Armen Wiens.“

Das große Komitee, das an die Spitze der Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“ getreten ist, hat seine segensvolle Aufgabe bereits in Angriff genommen, die Brotverteilung an die Bedürftigen zu organisieren und durchzuführen. Das große Frauenhilfskomitee arbeitet an der Fertigstellung der Listen der zu Beteilenden, und schon am 30. d. wird das Verzeichnis jener Bedürftigen feststehen, die vom 9. Mai angefangen ihre tägliche Brotration auf Grund der ihnen zugewiesenen Legitimation erhalten werden. Im Komplexlokal der Freibrotaktion, 1. Bezirk Dorotheergasse Nr. 5, herrscht

während des ganzen Tages reger Parteienverkehr. Es laufen unausgesetzt Spenden ein, die den angesammelten stattlichen Fonds stärken und die Mittel bereithalten, die zur Fortführung der Aktion während der Sommermonate notwendig sein werden. Auch reiche Gaben an Nahrungsmitteln, selbst an dem jetzt so knappen Brot, fließen dem Komitee zu, das damit die Armen teilt, die sich in großer Schär einfinden, um die Aufnahme in die Beteiligungslisten zu erbitten. In außerordentlich entgegenkommender Weise haben sich die Brotfabrikanten und die Genossenschaft der Bäcker in den Dienst der Aktion gestellt und ihre bereitwillige Unterstützung bei der Brotbeschaffung zugesagt.

Am 13. d. hat im Industriehaus eine von Frau Baronin Mela Aussenberg einberufene Versammlung stattgefunden, in der die genannte Dame den versammelten Komiteemitgliedern Ziel und Zweck der Aktion darlegte und die Art der Durchführung erläuterte. Baronin Aussenberg erklärte insbesondere den Modus der Verteilung der Legitimationen unter die Bedürftigen, auf Grund welcher die Beteilung erfolgen wird. Die Mitteilungen der Baronin Aussenberg, die der Aktion vom Anbeginn ihre tatkräftige und zielbewusste Kraft widmet, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Im 9. Bezirk fungierte Frau Dr. Lily Thaler als Referentin in einer Versammlung des Damenkomitees. Auch hier zeigte sich lebhaftes Interesse für die Aktion, in deren Dienst sich eine große Schär von Damen des Bezirkes gestellt hat.

Familien-Unterstützung und Arbeitspflicht.

Aus einem ostelbischen Kreis erhalten wir folgende beachtenswerte Zuschrift:

Ein stellvertretendes Generalkommando verfügt, daß bei der Frühjahrsbestellung „Kriegerfrauen, welche Kriegsunterstützung beziehen, auf Verlangen täglich mindestens einen halben Tag zu arbeiten haben, wenn sie körperlich und nach ihren gesamten Verhältnissen dazu imstande sind. Weigern sie sich, so haben die Landräte zu prüfen, ob sie dann auch weiter der Familienunterstützung zum Durchkommen bedürfen. Falls ein ernstes Einweiss auf ihre Pflichten erfolglos bleiben sollte, so würde zur teilweisen oder gänzlichen Entziehung der Familienunterstützung zu schreiten sein.“

Es erscheint recht zweifelhaft, ob bei Erlass dieser Verordnung die tatsächlichen Verhältnisse des lachen Landes beachtet waren. Wer diese Dinge kennt, der weiß, daß sich die Sache so abspielen wird: der Gutsherr fordert die Kriegerfrauen zur Arbeit, er wird ihnen in manchen Fällen gleich mit dem „Herrn Landrat“ winken und allerlei Auswärtigkeiten und Unstimmigkeiten werden folgen! Natürlich: denn darüber, ob überhaupt und welche Entlohnung zu zahlen ist, enthält die Verfügung kein Wort. Ebensoviele darüber, wie und durch wen geprüft werden soll, ob die Frau körperlich und nach ihren gesamten Verhältnissen zur Arbeit überhaupt oder gar zur tägl. Arbeit imstande ist. Zunächst steht die Frau allein dem Gutsherrn gegenüber. Es gibt gewisse Verhältnisse oder Zustände, die eine Frau nicht gerne mit einem Manne zu besprechen pflegt, die aber an sich ungemein beachtlich sein können. Es liegt weiter auf der Hand, daß über gewisse Dinge der eine Gutsherr so, der andere so denken kann. Es stellt mithin der neu geschaffene Rechtszustand des Arbeitszwanges der Kriegerfrau zunächst Lohn- und andere beachtlichen persönliche Verhältnisse dem freien Ermessen des Arbeitgebers anheim. Die Arbeiterfrau hat entweder zu gehorchen oder der Entscheidung durch den Landrat entgegenzusehen.

Wie wird und kann der Landrat nun verfahren? Die Landräte sind in einer Weise überlastet, daß sie selbst beim besten Willen persönlich in den zahlreichen Fällen, die an sie herantritten, der Sache die genügende Beachtung zu schenken, schlechterdings nicht in der Lage sind. Mancher Landrat wird ganz einfach einen Bericht einfordern. Von wem? Vom zuständigen Herrn Gutsvorsteher, dem örtlichen Polizeibeamten. Dieser Herr Gutsvorsteher ist aber fast in allen Fällen persönlich identisch mit dem Arbeitgeber. Diesem Aufgebot von Gutsvorsteher, Arbeitgeber und Landrat steht die Kriegerfrau, ganz auf sich selbst gestellt, allein gegenüber. Das kann unter keinen Umständen gut werden, schon aus dem Grunde nicht, weil über die Entlohnung der Arbeit der Kriegerfrau nicht ein Wort gesagt ist und weil insolge dessen die Entlohnung ganz verschieden werden wird, auf jedem Mittergut lediglich nach dem Belieben des Besitzers.

Hier liegt ein Schulbeispiel dafür vor, daß gerade im Kriege der Mangel an Organisation der Arbeit auf dem flachen Lande in Ostelbien aufs schwerste entbehrt wird. Hätten wir das freie Koalitionsrecht, wäre die Landarbeiterschaft organisiert, dann hätte sich der Vorgang in aller Ruhe so vollzogen, daß die Leitungen der Organisationen gemeinsam mit der Leitung der organisierten Arbeitgeber, also der Landwirtschaftskammer, oder mit dem Generalkommando selbst sich zusammengesetzt und gemeinsam Lohn und alle Arbeitsbedingungen festgestellt hätten, ebenso auch den Weg einer etwa erforderlichen Beschwerde und die Stelle, an der die Beschwerde anzubringen und zu erledigen war. Wir hätten auf diesem wichtigen Arbeitsgebiet Ordnung, Ruhe und Frieden. Schon die Fassung, daß die Landräte zu prüfen haben, ob die Kriegerfrau, auch wenn sie glaubt nicht regelmäßig zur Arbeit gehen zu können, weiter „einer Familienunterstützung bedarf“, ist leider geeignet, auf dem Lande Erregung hervorzurufen, vielleicht sogar eine gewisse Erregung in den Schützengräben. Denn die Landsturm- und Landwirtsleute werden sich sehr erheblich daran stoßen, daß, während sie den „Kopf hinhalten“ nun der „allergnädigste Herr Landrat“ zu prüfen das Recht hat, ob und wie weit Frauen und Kinder in der Heimat in diesen schweren Zeiten mit dem vom Reich bewilligten Zuschuß durchkommen können oder nicht. Keiner unter den LandsturMLEuten, der nicht genau wüßte, daß sie durchkommen, schlecht und recht, weil sie durchkommen müssen! Uebrigens sicherlich auch keiner, der nicht vollkommen einig mit seiner Frau wäre, daß sie arbeiten soll, soweit ihr Gesundheitszustand, sowie Wartung und Pflege der Kinder das erlaubt, schon um Geld hinzuzuverdienen. Aber ein Zwang, wie hier in dieser Form und unter diesen Rechtsgarantien, wird die Stimmung in der Heimat, wie an der Front nicht günstig beeinflussen. Herr von Schorlemer wird ja wohl auch bei diesem Erlass nicht befragt worden sein. Ob er sich freilich für den ostelbischen Arbeiter und seine Frau besonders bemüht hätte, erscheint immerhin fraglich. Hier kann nur eines helfen: die Abschaffung des Ausnahmerechtes der Landarbeiterschaft, die es ihnen ermöglicht, ihre Interessen selbst zu wahren. Dazu ist der Reichstag zuständig. Seine Aufmerksamkeit sei deshalb auf diese Vorgänge gelenkt, damit er nicht verabsäumt, auch die total veralteten Gesindeordnungen in die Neuorientierung einzubeziehen.

Familienunterstützung von Kriegsteilnehmern.

Berlin. Die Bestimmungen über die Unterstützung von Kriegsfamilien, die auf den Gesetzen vom 28. Februar 1888, 4. August 1914 beruhen und namentlich durch die Bundesratsverordnung vom 21. Jan. 1916 manche sozial bedeutungsvolle Ergänzung erfahren haben, werden durch eine solchen neue Verordnung des Bundesrats nach zwei Richtungen hin aufs neue erweitert. Bisher war Pflegeeltern und Pflegekindern nur dann ein Anspruch auf Unterstützung gewährt, wenn das unentgeltliche Pflegeverhältnis bereits vor Beginn des gegenwärtigen Krieges bestanden hatte. Diese Beschränkung sollte Mißbräuchen vorbeugen. Sie hat daneben aber auch die Wirkung gehabt, daß Kinder, die erst während des Krieges geboren sind und in ein Pflegeverhältnis kamen, der Wohlthat jener Verordnung nicht teilhaftig werden konnten. Diese unerwünschte Folge wird durch die neue Verordnung beseitigt, die auch diesen Pflegekindern den Unterstützungsanspruch gibt und ihn zugleich denen gewährt, die während des Krieges elternlos geworden sind. Eine zweite Verbesserung betrifft die dauernde Festlegung der Sätze der Familienunterstützung auf 20 Mark für die Ehefrauen und auf 10 Mark für die sonstigen Anverwandten von Kriegsteilnehmern. Die Sätze beliefen sich früher (1914) auf 9 (bzw. 12) und 6 Mark, wurden dann gemäß der zunehmenden Teuerung (Jan. 1916) auf 15 und 7,50 Mark und einschließlich (Dezember 1916) für die Zeit vom Nov. 1916 bis April 1917 auf 20 Mark und 10 Mark heraufgesetzt. Damit nun nicht durch Herabsetzung dieser Sätze empfindliche Härten entstehen, gibt die neue Verordnung diesen erhöhten Sätzen dauernde Geltung.

Für die Kriegskindlein.

Der Verein „Tagesheimstätten für Kriegswaisen und -kinder“ nimmt sich nun auch der Jüngsten unserer Generation, der Kriegskindlein, an. In Liesing ist eine Stelle für Berufsvormundschaft errichtet worden, die schon von vielen, vielen armen Müttern aufgesucht wurde und die ihnen und ihren Kriegskindlein Hilfe und Unterstützung in allen Nöten gewährt. Nun aber kämpft die Vormundschaftsstelle mit einem bitteren Mangel: sie verfügt fast über gar keine Säuglingswäsche! Alle die Hemdchen und Säubchen, die Steckfassen und ganz besonders die Bündeln, diese allerersten, unumgänglichsten Notwendigkeiten, fehlen. Sie zu kaufen ist aber fast unmöglich, denn schon die mindesten Qualitäten sind derart teuer, daß ihr Ankauf eine zu gründende Belastung für die Vormundschaftsstelle wäre. Da bleibt nur wieder das alte, immer neue und immer neubewährte Mittel: die Allgemeinheit zur Hilfe anzu-

rufen! Welche Mutter hat nicht in einer vergessenen Lade ein paar der winzigen Kleidungsstückchen aufbewahrt, die einst das wunderzarte Körperchen ihres Kindchens schützten. Man legt derlei zurück und hütet es in pietätvoller Erinnerung. Heute aber ist die Zeit nicht, um einen nutzlosen Erinnerungskult zu treiben — heute ruft die Zeit zur tätigen Liebe auf! Jede Mutter, die ihr Kind wahrhaft liebt, muß allem, was Kind ist, Liebe entgegenbringen! Darum, ihr Mütter, heraus mit euren Schätzen! Ihr werdet sicherlich so vieles finden, und manch ein altes, weiches Leinenstück, einen Streifen dünner Gaze dazu, der sich so gut bei der Pflege der Kleinsten verwenden läßt. Säumt nicht, es hervorzusuchen, der Verein „Tagesheimstätten für Kriegswaisen und -kinder“, 1. Bezirk, Kolowratring Nr. 6, wird freudig alles abholen lassen. All die süßen kleinen Dinge sollen fröhliche Urständ feiern und von neuem eine stolze Mutter beglücken.

Wiener Kinder aufs Land.

Diese im Vorjahr von Frau Dr. Eugenie Schwarzwald angeregte und mit glücklicher Energie eingeleitete Aktion hatte bekanntlich den schönen Erfolg, daß beinahe 4000 Kinder zu mehrwöchigem Landaufenthalt entsendet werden konnten. Von vornherein verhielt die Sympathie der Bevölkerung und der Behörden dieser Sache Dauer für alle Zukunft. Tatsächlich wurde nunmehr diese Notstandsaktion durch Umwandlung in einen Verein mit allen sich hiedurch bietenden auch formellen Sicherheiten auf einen dauernd festen Boden gestellt und so in den Frieden hinübergerettet. Wien ist nunmehr um eine humanitär wie sozialhygienisch bedeutsame Einrichtung reicher.

In das Präsidium wurden einstimmig gewählt: Prinzessin Alexandrine Windischgrätz als Präsidentin, Baronin Frieda Hussarek v. Heinlein, Frau Berta Weiskirchner und Geheimer Rat Karl v. Beth, Gouverneur der k. k. priv. Allgemeinen österreichischen Bodenkreditanstalt, als ihre Stellvertreter. Als Mitglieder des Vereinsvorstandes: Obermagistratsrat Hugo Arzt, Gräfin Nandine Berchtold, Baronin Gabriele Weyleben, Dr. Josef Brattenberg, v. Zenoburg, k. k. Vizepräsident des niederösterreichischen Landesschulrates, Petro Belem, Statthaltereirat Baron August Czajka v. Winstetten, Frau Generaldirektor Ella Frankfurter, Frau Fanni Freund-Markes, Baronin Ida Friebeis, Dr. Eduard Friedl, Stadthypothek, Adolf Gelber, Schriftleiter, Sektionschef Josef Klotz v. Sternegg, Dr. Prinz Eduard von und zu Liechtenstein, Frau Geheimer Rat Ludwig v. Necesky, Ernst Klina, k. k. Sektionschef i. R., Dr. Rudolf Richter, k. k. Bezirksschulinspektor, Frau Elli Schall-Hopfen, Frau Professor Dr. Elli Radermacher, Dr. Edwin Schlager, k. k. Statthaltereirat, Karl Schwalm, k. k. Bezirksschulinspektor, Dr. Eugenie Schwarzwald, Frau Herta von Sprung, Frau Geheimer Rat Ernestine v. Spitzmüller, Hofrat Professor Dr. Heinrich Swoboda, Baronin Elvira Trollo, Gräfin Gabriele Thun-Lobkowitz.

Auf Grund des § 14 der Vereinsstatuten — der eine Art Virilstimmen normiert — wurden in den Vorstand entsendet: Hofrat Dr. Karl Rieger als Vertreter des k. k. niederösterreichischen Landesschulrates, Landesauschuß Leopold Rumschal als Vertreter des niederösterreichischen Landesauschusses, Gemeinderat Karl Rummelhardt, Gemeinderat Dr. Heinrich Löwenstein, Magistratssekretär Dr. Josef Gold, alle drei als Vertreter der Gemeinde Wien, Gemeinderat Georg Whilp als Vertreter des k. k. Bezirksschulrates Wien.

Zu Ehrenpräsidenten wurden gewählt: Kardinal-Fürstbischof Piffl, Unterrichtsminister Freiherr v. Hussarek, Statthalter Freiherr Regner von Weyleben, Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner.

Zu Schriftführern des Arbeitsausschusses Doktor Richter, Frau Dr. Schwarzwald; zu Massenverwaltern Statthaltereirat Baron Czajka und Statthaltereirat Dr. Schlager.

Zu Ehrenmitgliedern wurden gewählt: Gräfin Nandine Berchtold, Frau Ernestine v. Spitzmüller, Baronin Gabriele Regner v. Weyleben, Prinz Doktor Eduard Liechtenstein.

Zu Rechnungsprüfern: Dr. Richard Reich, Direktor der k. k. priv. Allgemeinen österreichischen Bodenkreditanstalt, und Frau Helene Granitsch.

Fleisch für Minderbemittelte.

Massenandrang. — Viel zu wenig Fleisch. — Andere Klagen.

Samstag wurde abermals in sechsundzwanzig Ständen und Geschäften der Großschlächtereier Fleisch an Minderbemittelte unter Vorweisung der Fleischbezugskarte abgegeben, und zwar Samstag an Käufer mit den Anfangsbuchstaben S bis Z. Ihnen folgten gestern die Buchstaben A bis F, Mittwoch kommen G bis H und Donnerstag K bis R daran.

Trotz dieser Teilung war der Andrang in nahezu allen Verkaufsstellen ein überaus großer. Insbesondere in den Bezirken Margareten, Floridsdorf, Brigittenau und Hernals. In Ottakring hatten sich die ersten Käufer schon Freitag abend gegen 11 Uhr in der Umgebung der Geschäfte angesammelt, dort „angestellt“ und die ganze Nacht hindurch ruhig gewartet, bis um 1/6 Uhr der Verkauf vorgenommen wurde. Die meisten Verkaufsstellen hatten mehr als 1000 Kilogramm Fleisch zum Verkauf bereit und in etwa drei Stunden war das Fleisch in den meisten Geschäften ausverkauft. Nahezu überall erwies sich die zugewiesene Fleischmenge als viel zu gering und es mußten viele Hunderte ohne Fleisch abziehen. Darüber wurde bittere Klage geführt. Sowohl die Polizeiorgane als auch die Bevölkerung ist der Ansicht, daß der Verkauf in geordneter und auch für die Bevölkerung viel befriedigender Weise erfolgen würde, wenn erstens die Verkaufsstellen bedeutend vermehrt und zweitens der Verkauf bei ihnen so rationiert werden würde, daß an je eine Fleischverkaufsstelle zum Beispiel die zehn Brotkommissionen zugewiesenen Einwohner gewiesen würden.

Dieselben Erscheinungen sind auch bei dem Verkauf der Kriegswurst zu verzeichnen, wo es am Samstag zu beobachten war, daß zum Beispiel viele Bewohner der Leopoldstadt mit ihren Bezugsscheinen statt in ihrem Bezirk in Hernals erschienen waren und dort Würste erhielten, während viele Hernals'er Arbeiterfrauen trotz stundenlangen Wartens ohne Wurst mit ihren kleinen Kindern weinend und hungrig abziehen mußten, da die Kriegswurst ausverkauft war, bis an sie die Reihe kam.

Dazu gesellt sich noch so manches. Den Polizeibeamten und Marktamtorganen werden viele Klagen vorgebracht, die sich gegen die falsche, oftmals willkürliche Markierung an den Bezugsscheinen richten. Auch über das Gewicht werden viele Klagen laut. Die Bevölkerung wird eindringlichst aufmerksam gemacht, jede Gewichtsverkürzung anzuzeigen.

**Ausgestaltung der großen Hilfsaktion
in Steiermark.**

Aus Graz wird uns berichtet:

Ueber die Inangriffnahme der großen Fleischhilfsaktion, während welcher das Rindfleisch in Graz und den Industrieorten mit 2 Kronen, bezw. 4 Kronen per Kilogramm abgegeben wird, wurde bereits berichtet. Sonntag, den 21. d., fand in der steiermärkischen Statthalterei unter dem Voritze des Statthalters Grafen Clary eine Sitzung des Beirates zur Abgabe billiger Lebensmittel statt, in welcher die Ausgestaltung der Hilfsaktion beraten wurde. An dem Bezuge des billigen Fleisches zu 2 Kronen, bezw. 4 Kronen sind in Steiermark 267.000 Personen beteiligt. Dazu kommt noch die Abgabe von billigem Fleisch an die Suppenanstalten und Kriegsküchen, deren im Lande eine große Anzahl bestehen. Bis zum 31. Dezember 1916 waren in Steiermark 431 Suppenanstalten und Schülerrüchen errichtet worden. Im Jahre 1917 wurden 139 Suppenanstalten neu geschaffen, 45 sind in Gründung begriffen. In Graz wird täglich an 1600 Schulkinder warme Suppe als Frühstück gegeben. Die bezügliche Anregung stammt vom Bezirksverbande christlicher Arbeitervereine in Graz. Weiter erhalten in Graz täglich in 2 Küchen 750 Schüler ein warmes Mittagessen.

Die Hilfsaktion, zu der das Amt für Volksernährung einen namhaften Kredit bewilligte, soll nun in der Richtung ausgestaltet werden, daß im restlichen Teil des Monats April, in den Monaten Mai und Juni an weitere Kreise der minderbemittelten und armen Bevölkerung Steiermarks nicht bloß Fleisch, sondern auch andere Lebensmittel abgegeben werden sollen. In die Aktion sollen alle Industrieorte des Landes und alle Orte mit mehr als 3000 Einwohnern einbezogen werden. Neben Fleisch sollen Gemüse, Eier, Kaffee-Subrogate, Konservennmilch und andere noch erhältliche Waren zu stark ermäßigten Preisen abgegeben werden. Die politischen Bezirksbehörden sollen beauftragt werden, möglichst im eigenen Wirkungskreise die Waren zu beschaffen und erst in zweiter Linie soll die steiermärkische Landeseinkaufsstelle zur Warenbeschaffung herangezogen werden. Anspruchsberechtigt zur Beteiligung mit Lebensmitteln aus der vorstehend geschilderten Aktion sollen nur Personen werden, die Familien angehören, deren Einkommen 50 Kronen pro Kopf im Monat nicht übersteigt. Innerhalb dieser Anspruchsberechtigten werden drei Klassen geschaffen, deren erste jene Personen umfaßt, die ein Einkommen von monatlich unter 30 Kronen besitzen, die zweite Klasse umfaßt jene Personen mit einem Monatseinkommen von weniger als 40 Kronen, die dritte Klasse solche mit bis zu 50 Kronen Monats-einkommen. Der Vertreter der christlichsozialen Arbeiterchaft im Beirate verwies darauf, daß auch nach dieser Grenzbestimmung noch, wirklich bedürftige Familien zur Beteiligung aus der Aktion nicht in Betracht kommen. Statthalter Graf Clary antwortete, er werde Auftrag geben, daß die Bezirksbehörden diese Bestimmungen innerhalb der ihnen zugewiesenen Ardeite human handhaben.

Die Organisation der Ausgestaltung der Hilfsaktion wird unter weitesther Mitarbeit der Oeffentlichkeit in Angriff genommen werden. Die Bezirkshauptmannschaften werden sowohl die Gemeinden wie bestehende Konsumentenausschüsse, Wirtschaftsräte usw. heranzuziehen haben. In dem Maße als die Fleischaktion abgebaut werden soll, ist, da die Viehbestände nach Weisungen des Landwirtschaftsministeriums nicht allzu stark in Anspruch genommen werden dürfen, der Ausbau der Hilfsaktionen für die billigen Lebensmittel in Aussicht genommen. In Graz soll ferner eine große „Einheitsküche“, die täglich bis zu 5000 Portionen ausspeisen soll, errichtet werden. Die Christlichsozialen in ganz Steiermark stellen sich gerne in den Dienst der großen Hilfsaktion, erwarten aber auch, daß ihnen die notwendige Vertretung in den Ausschüssen im ganzen Lande eingeräumt wird.

Freibrot für die Armen Wiens.

Am 9. Mai, dem Geburtstage der Kaiserin Zita, beginnt die unentgeltliche Brotverteilung der Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“ in sämtlichen Bezirken Wiens. Die Bezirkskomitees haben bereits damit begonnen, die Namen derjenigen Personen aufzunehmen, die beteiligt werden sollen. Mit Rücksicht auf die riesige Anzahl der rationierten Stellen, bei denen Brot verteilt wird, war es selbstverständlich unmöglich, mit jedem einzelnen Brotverschleißer direkt in Verbindung zu treten und zu verrechnen. Das Präsidium der Aktion wandte sich daher an die Genossenschaft der Bäcker und an die Direktionen der einzelnen Brotfabriken mit der Bitte, ihre Verschleißer anzuweisen, von den legitimierten Inhabern der „Freibrotmarken“ an Stelle des Bargeldes die von der Aktion ausgehenden Freibrotmarken als Zahlungsmittel entgegenzunehmen und diese Marken dann bei der Genossenschaft oder bei der Brotfabrik, mit der das Präsidium der Aktion in Verbindung tritt, einzulösen. Dieser Bitte wurde in der entgegenkommendsten Weise von den in Betracht kommenden Faktoren willfahrt; so wird also vom 9. Mai angefangen jeder von der Aktion Beteiligte gegen Vorweisung seiner Legitimation, seiner amtlichen Brotkarte und der Freibrotmarke bei seinem Kaufmanne seine Brotration unentgeltlich erhalten.

Der Abend
24. IV. 1917

175

Erster Wiener Konsumverein.

Der Hamburger Konsumverein „Produktion“ hat seinem vorbildlichen sozialen Wirken in dieser Kriegszeit einen besonders sichtbaren Ausdruck verliehen: er hat von dem im abgelaufenen Geschäftsjahre erzielten Reingewinn ein Kapital von einer Million Mark einer Stiftung überwiesen, deren Zweck die Errichtung und der Betrieb eines Kindererholungsheimes für die Kinder der Mitglieder ist. Für das Heim soll ein geeigneter Platz an der Ostsee gesucht werden; es ist geplant, jährlich etwa 1000 Kinder auf vier Wochen an die Ostsee zu schicken. Das Heim soll das ganze Jahr geöffnet sein, die Leitung einer Oberschwester übertragen werden. Die Einrichtungen sollen so bemessen sein, daß jeweilig etwa 80 bis 90 Kinder, Knaben und Mädchen, untergebracht werden können. Die Errichtung einer besonderen Stiftung war nötig, um das Heim gegen die ständig wechselnden Ergebnisse eines Handelsunternehmens in jeder Beziehung sicherzustellen. Das Stiftungskapital wiederum mußte sehr hoch sein, damit die jährlichen Zinsen allein genügen, das Heim seinen Bestimmungen gemäß für ewige Zeiten zu erhalten. Geplant ist, ein massives, mit Sammelheizung, Warm- und Kaltwasserversorgung versehenes Gebäude zu errichten, in dem die erforderlichen Wohn-, Spiel- und Wirtschaftsräume untergebracht werden können.

Durch diese neue soziale Tat hat sich die „Produktion“ ein Verdienst erworben, das ihr Achtung und Ansehen verschaffen muß auch in Kreisen, die ihr und den Genossenschaftsgedanken bisher noch gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstanden. Nichts konnte besser als diese Stiftung das gemeinnützige Wesen des Unternehmens dartun. Einen großen Teil des Reingewinnes gerade für die Errichtung eines Kindererholungsheimes bereitzustellen, erscheint als ein besonders glücklicher Gedanke angesichts des Umstandes, daß gerade jetzt Tausende von Großstadtkindern, namentlich Arbeiterjöhne und Arbeiterstöchter, eine Erholung in der stärkenden Luft bitter nötig machen. Von der Mitgliedschaft und von allem, die zur Genossenschaftsbewegung stehen, wird die Gründung darum auch mit großer Teilnahme begrüßt.

Wir in Wien müssen nur bedauern, daß unser größter Konsumverein verhindert ist, an dieses oder ein soziales Werk überhaupt auch nur zu denken. Das ist sicherlich zum Teil die Schuld der unglücklichen Verhältnisse, aber doch vorwiegend in der Hauptsache den Fehlern der Leitung zuzuschreiben.

Das Fleisch für Minderbemittelte.

Die Erste Wiener Großschlachterei schreibt uns: Wir lesen in der Dienstaummer Ihres Blattes einen Artikel über das Fleisch für Minderbemittelte. Auf Ihre Bemerkung, daß viel zu wenig Fleisch den Ständen angeliefert wird, erlauben wir uns folgendes zu erwidern: Diese Woche ist eine Probeweche und wir können nur nach und nach die Dotierung unserer Stände mit Fleisch steigern. So haben wir in der ersten Woche 71.000 Kilogramm ausgegeben, in der zweiten Woche über 128.000 Kilogramm und diese Woche dürften wir mindestens 160.000 Kilogramm abgeben. In der folgenden Woche dürften wir auf mehr als 200.000 Kilogramm kommen.

Bezüglich der Kriegswurst teilen wir Ihnen mit, daß wir bis jetzt alle Käufer befriedigen konnten, und wir sind in der Lage, unsere Produktion bis auf 5000 bis 6000 Kilogramm im Tage zu steigern, so daß unsere 23 Verkaufsstellen für Kriegswurst immer entsprechend versorgt sind. Der Wurstverkauf ist laut Verfügung des Vintes für Volksernährung nicht mehr auf zwei Tage beschränkt, so daß wir jeden Tag, insofern Wurst vorrätig ist, diese auch nach dem Fleisch abgeben.

Erhebung der Mindestbemittelten in Wien.

Wie bekannt, beabsichtigt das k. k. Amt für Volksernährung den Lebensmittelbezug für Mindestbemittelte zu erleichtern, damit die Ernährungsmöglichkeit jener Bevölkerungsschichten, die mangels ihrer Mittel nicht in der Lage sind, sich eine angemessene Nahrung zu beschaffen, gefördert wird. Die Aktion zerfällt in die Erfassung der Mindestbemittelten und in die Zuwendung der Erleichterung für die bekanntgewordenen Bedürftigen.

Wer ist mindestbemittelt?

Man unterscheidet Haushalte und Einzelpersonen. Als mindestbemittelte Haushalte — Astermiethaushalte werden wie selbständige Haushalte behandelt — werden solche angesehen, bei welchen das Einkommen des Haushaltungsvorstandes nebst dem Einkommen der am Haushalt teilnehmenden Familienangehörigen monatlich 333 K. (jährlich 4000 K.) nicht übersteigt und nur so groß ist, daß für jede Person über 14 Jahre nicht mehr als monatlich 80 K., unter 14 Jahren nicht mehr als 50 K. entfallen. Einzelpersonen, die gleichfalls der beabsichtigten Begünstigung teilhaftig werden können, dürfen über kein höheres Einkommen als monatlich 80 K. verfügen. Die Haushalte setzen sich zusammen aus den daran teilnehmenden Familienangehörigen, Dienstboten, eventuell gewerblichen Arbeitern und Lehrlingen und eventuell noch anderen Wohnungsgenossen (Besuchern, Astermietern, Bettgehern). Für die Anrechenbarkeit der Personen eines Haushaltes sind nur maßgebend die an demselben teilnehmenden Familienangehörigen nebst allfälligen Dienstboten, gewerblichen Arbeitern und Lehrlingen. Als Familienangehörige werden angesehen: die Frau oder sonstige Lebensgefährtin des Haushaltungsvorstandes, Kinder (auch uneheliche, Adoptiv-, Pflege- und Kostkinder) und sonstige am Haushalt teilnehmende, daseibst wohnhafte Verwandte. Das Einkommen dieser am Haushalt teilnehmenden Familienangehörigen ist dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes zuzuzählen. Das Einkommen der dem Haushalt gleichfalls zuzuzählenden Dienstboten oder gewerblichen Arbeiter und Lehrlinge ist nicht anrechenbar, da deren Einkommen aus dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes lastet wird. Andere eventuell noch im Haushalte

wohnende Personen sind in die Erklärung für Haushalte nicht aufzunehmen. Die von diesen Personen dem Haushaltungsvorstande bezahlten Beträge (Mietgeld, Schlafgeld) sind selbstverständlich vom Haushaltungsvorstand in dessen Einkommen einzubeziehen. Die Personen selbst können, wenn die Voraussetzung gegeben ist (Monatseinkommen höchstens 80 K.), die Erklärung für Einzelpersonen abgeben.

Diese Grundsätze sind in der von den Haushaltungsvorständen, beziehungsweise Einzelpersonen, abzugebenden Erklärung niedergelegt. Von den geplanten Begünstigungen sind also im Vorhinein ausgeschlossen: Ganz unabhängig von der Zahl der im Haushalte anrechenbaren Personen alle Haushalte mit einem 4000 K. übersteigenden Jahreseinkommen. Von den Haushalten, die über ein solches Einkommen nicht verfügen, fallen sämtliche weg, bei welchen rechnermäßig für den Kopf jeder teilnehmenden erwachsenen Person monatlich mehr als 80 K. für den Kopf, von Kindern unter 14 Jahren mehr als 50 K. entfallen. Es darf somit das monatliche Gesamteinkommen einerseits 333 K. nicht übersteigen, andererseits muß die Zahl, welche sich ergibt, wenn die Zahl der anrechenbaren erwachsenen Personen mit 80 multipliziert, die Zahl der anrechenbaren Personen unter 14 Jahren mit 50 multipliziert und die beiden Produkte addiert werden, dem tatsächlichen Monatseinkommen des Haushaltes gleich oder größer als dieses sein. Diese Zahl kann daher die Zahl 333 weit übersteigen.

Beispiele:

Das Gesamteinkommen eines Haushaltes beträgt 320 K. Anrechenbar sind fünf erwachsene Personen und ein Kind, 5 mal 80 = 400, 1 mal 50 = 50, zusammen also ergibt sich die Zahl 450. Das Einkommen dieser Haushalte ist unter die Begünstigung aufzunehmen, da das tatsächliche Monatseinkommen (320 K.) einerseits 333 K. nicht übersteigt, andererseits kleiner ist wie die gewonnene Zahl 450.

Ein anderes Beispiel: Ein Haushalt, bestehend aus vier erwachsenen Personen hat ein Monatseinkommen von 330 K., das Einkommen überschreitet also 333 K. nicht, multipliziert man mit 80, so gelangt man zur Zahl 320. Nachdem die Zahl 320 kleiner ist als das tatsächliche Einkommen von 330 K., ist dieser Haushalt zur Erklärung nicht zuzulassen, beziehungsweise nicht zu begünstigen. Es überschreitet nämlich sein Einkommen per Monat für jede erwachsene Person 80 K. Würden diese vier Personen ein Einkommen von 320 K. nachweisen, so würden sie noch unter die Zahl der begünstigten Haushalte zu stehen kommen. Innerhalb der gestellten Grenzen von 80 K. für Erwachsene, beziehungsweise 50 K. für Kinder unter 14 Jahren, werden die Haushalte noch in drei Klassen unterteilt werden. 1. In solche, bei welchen auf die erwachsene Person monatlich nicht mehr als 40 K., auf das Kind nicht mehr als 25 K., 2. in solche, bei welchen die erwachsene Person monatlich nicht mehr als 50 K., für Kinder nicht mehr als 30 K., und 3. in solche, bei welchen auf die erwachsenen Personen nicht mehr als 80 K., für Kinder nicht mehr als 50 K. monatlich entfallen. Auch die Einzelpersonen werden geschichtet werden, in solche mit einem Einkommen monatlich bis zu 40, beziehungsweise 50, beziehungsweise 80 K.

Die Abgabe der Erklärungen hat persönlich durch den Haushaltungsvorstand, beziehungsweise die Einzelperson, bei der zuständigen Brots- und Mehlkommission vom 2. bis inklusive 10. Mai d. J. in der Zeit von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags zu erfolgen. Im Verhinderungsfalle ist eine Vertretung durch Vorweisung des polizeilichen Meldezettels und eines Legitimationspapières des Auftraggebers, der für die Ausgaben des Beauftragten zu haften hat, zulässig. Die Begünstigung des erleichterten Lebensmittelbezuges ist eine öffentliche vorübergehende Hilfsmaßregel. Der Beginn und die Dauer dieser Hilfsmaßregel sowie Art und Ausmaß des Bezuges bleibt vorbehalten. Die Abgabe einer unrichtigen Erklärung oder Auskunft wird mit einer Geldstrafe bis zu 2000 K., eventuell mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft.

Die Anmeldung erfolgt nach den Anfangsbuchstaben des Namens des Haushaltungsvorstandes, beziehungsweise der Einzelpersonen, und zwar:

- A, B, C am 2. Mai,
- D, E, F am 3. Mai,
- G, H am 4. Mai,
- I, J, K am 5. Mai,
- L, M, N am 7. Mai,
- O, P, Q, R am 8. Mai,
- S am 9. Mai,
- T bis Z. am 10. Mai 1917.

Mit dem 10. Mai wird die erste Abgabe der Erklärungen geschlossen und zur Überprüfung der Angaben und Klassifikation der Erklärungen geschritten. Das Ergebnis dürfte bei raschster Durchführung der Statthalterei bis 18. Mai d. J. zur Vorlage gebracht werden. Danach soll sofort zum zweiten Teil der Aktion, der geplanten Erleichterung, geschritten werden.

Mit der Durchführung der Arbeiten ist Magistratsrat Dr. J am ö k betraut.

Erhebung der Mindestbemittelten in Wien.

Die Aktion des Amtes für Volksernährung behufs Erleichterung des Lebensmittelbezuges für Mindestbemittelte zerfällt in zwei Teile: 1. in die Erfassung der Mindestbemittelten, 2. in die Zuwendung der Erleichterung für die bekannt gewordenen Bedürftigen.

Man unterscheidet Haushalte und Einzelpersonen. Als mindestbemittelte Haushalte — Altermiethaushalte werden wie selbständige Haushalte behandelt — werden solche angesehen, bei welchen das Einkommen des Haushaltungsvorstandes nebst dem Einkommen der am Haushalte teilnehmenden Familienangehörigen monatlich 330 K. (jährlich 4000 K.) nicht übersteigt und nur so groß ist, daß für jede Person über 14 Jahre nicht mehr als monatlich 80 K., unter 14 Jahren nicht mehr als 50 K. entfallen. Einzelpersonen, die gleichfalls der beabsichtigten Begünstigung teilhaftig werden können, dürfen über kein höheres Einkommen als monatlich 80 K. verfügen. Die Haushalte setzen sich zusammen aus den daran teilnehmenden Familienangehörigen, Diensthöten, eventuell gewerblichen Arbeitern und Lehrlingen und eventuell noch andern Wohnungsgeossen (Besuchern, Altermietern, Bettgebern).

Von den geplanten Begünstigungen sind im vorhinern ausgeschlossen: Ganz unabhängig

von der Zahl der im Haushalte anrechenbaren Personen: Alle Haushalte mit einem 4000 K. übersteigenden Jahreseinkommen. Von den Haushalten, die über ein solches Einkommen nicht verfügen, fallen sämtliche weg, bei welchen rechnermäßig für den Kopf jeder teilnehmenden erwachsenen Person monatlich mehr als 80 K. für den Kopf, von Kindern unter 14 Jahren mehr als 50 K. entfallen. Es darf sohin das monatliche Gesamteinkommen einerseits 333 K. nicht übersteigen, anderseits muß die Zahl, welche sich ergibt, wenn die Zahl der anrechenbaren Personen mit 80 multipliziert, die Zahl der anrechenbaren Personen unter 14 Jahren mit 50 multipliziert und die beiden Produkte addiert werden, dem tatsächlichen Monateinkommen des Haushaltes gleich oder größer als dieses sein. Diese Zahl kann daher die Zahl 333 weit übersteigen.

Die Abgabe der Erklärungen hat persönlich durch den Haushaltungsvorstand, beziehungsweise die Einzelperson bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission vom 2. bis inklusive 10. Mai in der Zeit von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags zu erfolgen. Im Verhinderungsfall ist eine Vertretung durch Vorweisung des polizeilichen Meldezettels und eines Legitimationspapiers des Auftraggebers, der für die Angaben des Beauftragten zu haften hat, zulässig. Die Begünstigung des erleichterten Lebensmittelbezuges ist eine öffentliche, vorübergehende Hilfsmaßregel. Der Beginn und die Dauer dieser Hilfsmaßregel sowie Art und Ausmaß des Bezuges bleiben vorbehalten. Die Abgabe einer unrichtigen Erklärung oder Auskunft wird mit einer Geldstrafe bis zu 2000 K., eventuell mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft. Die Anmeldung erfolgt nach den Anfangsbuchstaben des Namens des Haushaltungsvorstandes, beziehungsweise der Einzelperson, und zwar: A, B, C am 2. Mai, D, E, F am 3. Mai, G, H am 4. Mai, I, J, K am 5. Mai, L, M, N am 7. Mai, O, P, Q, R am 8. Mai, S am 9. Mai, T bis Z am 10. Mai.

Mit dem 10. Mai wird die erste Abgabe der Erklärungen geschlossen und zur Ueberprüfung der Angaben und Klassifikation der Erklärungen geschritten. Das Ergebnis dürfte bei raschster Durchführung der Statthalterei bis 18. Mai zur Vorlage gebracht werden. Danach soll sofort zum zweiten Teil der Aktion, der geplanten Erleichterung, geschritten werden.

Mit der Durchführung der Arbeiten ist Magistratsrat Dr. Jamöck betraut.

Milch für arme Kinder.

Da das Achtelliter Milch, auf das jeder nach der Milchkarte Anspruch hätte, in vielen Fällen nicht aufzubringen ist, haben, besonders in den Vororten, die Kinder schon vergessen, wie Milch überhaupt schmeckt. Das Ernährungsamt will diesen armen Kindern wenigstens etwas Milch zukommen lassen. In nächster Zeit werden 70.000 Flaschen Milch allerbesten Qualität an kinderreiche arme Familien zu einem sehr billigen Preise abgegeben werden. Die Differenz zwischen diesem und dem hohen Einkaufspreis wird das Finanzministerium bezahlen.

Die Regelung der Familiengebühren.

Streffleurs Militärblatt enthält folgende Bestimmungen für die Regelung der Familiengebühren: Die Familien von Sagisten und Sagistenaspiranten, die während der militärischen Dienstleistung infolge der Mobilität Bezüge aus Landes- (Komitats-) oder Gemeindegeldmitteln erhalten, haben keinen Anspruch auf die militärischen Familiengebühren, wenn die Zivilbezüge höher oder gleich hoch sind als die Familiengebühren. Hierbei ist es ohne Belang, ob der Zivilbezug als solcher oder unter irgendeinem anderen, wie immer habenden Namen (Titel) erfolgt und an welche Person die Auszahlung bewirkt wird. In jenen Fällen, in denen der Zivilbezug geringer ist als die nach der jeweiligen militärischen Charge und dem Orte der Militärdienstleistung des Familienhauptes in Betracht kommenden Familiengebühren, gebührt der Familie die Differenz zwischen den Zivilbezügen und den Familiengebühren als „Familienzuschuß“ zu Lasten des Heeresetats (Mobilisierungskredit). Der Anspruch auf den Familienzuschuß beginnt rückwirkend mit 1. Januar 1917. Im Falle des Ablebens des Familienhauptes besteht im allgemeinen kein Anspruch auf eine Abfertigung an Familienzuschüssen oder auf ein Sterbequartal. Das Kriegsministerium, das Ministerium für Landesverteidigung, der ungarische Landesverteidigungsminister und das Kriegsministerium (Marinektion) werden jedoch ermächtigt, der Witwe oder den ehelichen mutterlosen Kindern ein Sterbequartal bis zu der dreifachen Höhe der vom Familienhaupt zuletzt bezogenen Monatsquote der Militärgage auf Ansuchen dann zu bewilligen, wenn ein Anspruch auf eine gleichartige Zuwendung auf Grund der Zivildienstleistung des Familienhauptes nicht besteht und eine solche Zuwendung von der Zivildienststelle nicht freiwillig geleistet wurde.

Sonne für unsere Kinder. . .

Von Frieda Baronin Sussarel.

Das Schicksal des Kindes während des Krieges ist beklagenswert. Nicht nur, daß ihm die Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse verkürzt wird, auch die andern Sorgen und Schmerzen der Erwachsenen werfen ihre Schatten in das kindliche Dasein. Das Kind aber braucht zu seinem Wachstum Sonne. Da wir ihm die innere Sonne nicht verschaffen können, wollen wir uns bemühen, Sorge zu tragen, daß es sie wenigstens äußerlich nicht entbehren muß. Dies ist der Sinn der Aktion „Wiener Kinder aufs Land“.

Da sich der verstandesmäßigen Erkenntnis, daß die Kinder unser kostbarstes Kapital sind, niemand verschließen kann, außerdem aber Kindernot auch zu unserm Herzen spricht, ist diese Sache nicht die eines einzelnen Vereines, sondern die Sache unserer Stadt, unseres Landes, unseres Staates. Deshalb geben wir uns der Hoffnung hin, daß es uns in diesem Jahre gelingen werde, noch mehr Kinder auf dem Lande unterzubringen, für ein paar Wochen, in denen sie froh und satt neue Kräfte holen für den kommenden Winter, von dem ja heute niemand sagen kann, was er uns bringen wird.

Unser Verein stellt sich von vornherein die Aufgabe, für die Versorgung von etwa 5000 Kindern in Kolonien die notwendigen Mittel — etwa eine halbe Million Kronen —, leere Wohnräume, Begleitpersonen und Lebensmittel aufzubringen. Was aber sind 5000 Kinder! Sie glücklich machen, heißt einen Tropfen Süßigkeit erzeugen in einem Meer von Bitterkeit. Deshalb ist unsere Aktion gezwungen, sich weit höhere Ziele zu stecken. Soll aber eine große Zahl von Kindern in diesem Jahr auf dem Lande untergebracht werden, so kann das nur durch Einzelversorgung in Familien geschehen. Wir denken dabei vor allen Dingen an die vornehmen und großmütigen Besitzer von Schlössern, Villen- und Landwirtschaften, in denen die Ernährung und Unterbringung eines einzelnen Kindes überhaupt nicht ins Gewicht fällt, wo es Raum und Dienerschaft genug gibt, und ein Ei auch heute noch keinen Wertgegenstand ausmacht. Wir rechnen auf alle Menschenfreunde, denen ein lieber kleiner Schützling sicher nur Freude bereiten wird. Wir hoffen vor allen Dingen auf die opferfreudige österreichische Landbevölkerung, die es sicher nicht versäumen wird, sich eines armen Wiener Kindes anzunehmen. Sie wird das um so lieber tun, als sich gezeigt hat, daß die Wiener Kinder diese Wohlthat verdienen. Im letzten Sommer haben sie sich auf dem Lande viele Freunde erworben, und vielfach werden die Kinder auch diesen Sommer wieder aufgenommen. Haben ihnen doch ihre Wohltäter in der Gemeinde St.

Peter in Engstätten zu Weihnachten für sorgfältigerweise Sparkassenbücher geschenkt! Unserer Großindustrie wird wohl auch manch leeres Wirtschaftsgebäude, mancher unbenützte Fabrikraum zur Verfügung stehen, und sie wird es nicht versäumen, die Organisationsarbeit unseres Vereines für ihre Arbeiterkinder in Anspruch zu nehmen.

Der Verein wird seinerseits weder Mühe noch Arbeit scheuen, um das materielle und moralische Wohl seiner Schützlinge zu fördern. Aber nur, wenn jeder in Stadt und Land in dieser Sache seine vaterländische Pflicht tut, können wir ein wirklich bemerkenswertes Ergebnis erzielen.

Die Frage der Kinderfürsorge ist für unsere Gesellschaft eine Frage des Lebens oder des Todes. Unterlassen wir nichts, was dazu dienen kann, das Leben zu bejahen!

Hilfeleistung zur Erleichterung der Lebensführung der Mindestbemittelten

Es wird mitgeteilt:

Da bisher das für die allgemeine Hilfsaktion in Niederösterreich außerhalb Wiens bestimmte Vieh noch nicht vollständig zur Verfügung steht, hat der Statthalter angeordnet, daß noch im Laufe dieser Woche zunächst den offenen Kriegsküchen und den Kriegsindustriebetrieben außerhalb Wiens billiges Fleisch zugewiesen werde. Die Belieferung der letzteren erfolgt durch Vermittlung der „Vita“, Gesellschaft m. b. S. Gleichzeitig erhalten auch die Eisenbahnbediensteten in Niederösterreich durch ihre Lebensmittelmagazine billiges Fleisch zugewiesen. Diese Aktion ist, wie erwähnt, eine nur einstweilige. Aushilfe zur Milderung der sich augenblicklich fühlbar machenden Knappheit an verschiedenen Lebensmitteln. Es ist beabsichtigt, bei stärkerer Anlieferung von Schlachtvieh diese Aktion so wie in Wien auch in Niederösterreich auf breiterer Grundlage auszubauen, um den Mindestbemittelten in regelmäßigen Zeiträumen billiges Fleisch zur Verfügung stellen zu können.

Kinder fürs Kind.

Die Ausstellung der Pfadfinder und des Haus sammel dienstes.

Seit die klugen Gestalten der kleinen Pfadfinder in ihren braunen Blusen und braunen Hüten im Gefolge des Sammelwagens in den Straßen auftauchen und mit gewissenhafter Ernstigkeit und Beharrlichkeit die Ballen und Päckchen der Liebesgaben zutragen, hat man sich daran gewöhnt, die beiden Institutionen gemeinsam im Dienste der Kriegsfürsorge wirken zu sehen. Nun haben sie sich abermals zu einer reizenden Ausstellung vereint, zu der der Haus sammel dienst seine schönen Depoträume, der Pfadfinderbund wunderhübsche interessante Bilder, Modelle und Arbeiten aus seinem Leben gibt.

Im Sammelwagendepot, Vorlauffstraße Nr. 1, haben die braven Pfadfinder viel des Schönen zusammengetragen zu einer Ausstellung, deren Erlös zur Hälfte dem Haus sammel dienst für seine Bekleidungsaktion armer Kinder, zur andern Hälfte dem Pfadfinderbund zufallen soll.

Heiter und spielend gibt sich der Fleiß der Mädel, die, von den Fräulein Hoffmann und Bilnai geleitet, reizende Handarbeiten und manches allerliebste Spielzeug zur Ausstellung brachten. Ihnen gefellen sich die kleinen Schützlinge der Tagesheimstätten für Kriegswaisen und -kinder zu, denen wohl auch in erster Linie das Erträgnis zufallen wird. Sie haben einen ganzen Tisch voll Spielzeug hergestellt von Aneinanderarbeit und Schnitzereien, deren Herstellung ihnen in den Heimstätten gelehrt wird, wo sie lernen, dem Spiele den Ernst und die Gründlichkeit der Arbeit zu geben und an der schön geübten Arbeit spielerische Freude zu empfinden.

Interessant gibt sich die Ausstellung der männlichen Pfadfinderjugend. Da sieht man prächtige Geländeaufnahmen, exakte Karten, Modelle einer Feldküche, eines Lagers, Gruppen, welche die erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen zeigen, neben den vielfachen Photographien, die Szenen aus dem Leben der Pfadfinder darstellen, das gleichfalls Ernst und Spiel verbindet und leicht und spielend aus unsern Jungen kräftige, tüchtige, aufrechte Männer machen will. Hauptmann Emmerich Teuber, der bekanntlich der Pfadfinderfrage ein eifriger Vorkämpfer ist, kann mit Befriedigung auf die schöne Ausstellung sehen, welche seine Oberfeldmeister Barteis, Kratky, Ulrich und die Feldmeister Sinek und Hohenberg zu einem schönen, klaren Bilde des Pfadfinderlebens und ihrer Hilfsfähigkeit auf allen

... der Pfadfinderfrage ein eifriger Vorkämpfer ist, kann mit Befriedigung auf die schöne Ausstellung sehen, welche seine Oberfeldmeister Barteis, Kratky, Ulrich und die Feldmeister Sinek und Hohenberg zu einem schönen, klaren Bilde des Pfadfinderlebens und ihrer Hilfsfähigkeit auf allen

Die Kriegsfürsorge

Summe erreichen, die den armen Kleinen zugute kommen soll. Auf welche Art dies geschehen wird, sieht man in einem andern Depotraum, in welchem der Haus sammel dienst die fertigen und zugeknüpferten Häubchen, Kleider, Schuhe und die Stoffe aufgestapelt hat, mit denen er arme Kinder kleidet. Denn — wenn er auch seine alten, ersten Schützlinge, die Soldaten, nicht vergessen hat und auch weiterhin noch es — und rauchbare Schätze für sie aufstapelt: den größten Teil seiner Fürsorge hat er nunmehr den Kindern zugewendet, die heute wohl die Bedrängtesten unter allen Kriegsbedrängten sind, und sicherlich wird ihm auch dabei die Hilfe und Förderung der Bevölkerung, die seinen Bestrebungen stets so freundlich gegenüberstand, auch weiter folgen.

Die Präsenzliste.

Am vorgestrigen Eröffnungstag hatte sich in den Ausstellungsräumen eine große Anzahl geladener Gäste eingefunden, die mit größtem Interesse und sichtlich Befriedigung die zahllosen Gegenstände in Augenschein nahmen. Das Komitee des Haus sammel dienstes, die Präsidentin Frau von Schlamberger, Fräulein Peratoner, Frau Dr. Schützenhofer, Frau Dr. Gelber und Frau Dr. Turnovský, Frau Jabella Reil, Frau Marguerit Taussig, Fräulein Bily und Grete Turnovský, Oberinspektor Gustav Fischmeister, Oberleutnant Franz Fischmeister, Dr. Ferdinand Forster und Hellg. F. Forster, ferner Hauptmann Teuber, hatte sich zum Empfang eingefunden und gab, unterstützt von einigen Pfadfindern und Pfadfinderinnen, die Erklärungen. Unter den Erschienenen bemerkte man:

Die Ehrenpräsidentin des Komitees für den Haus sammel dienst: Prinzessin Franziska zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Mandine Gräfin Bernhold, die Gemahlin des Ministerpräsidenten Anna Gräfin Clam-Martinik, Prinzessin Johann Dichtenstein, Gräfin Olga Rinsky, die Gemahlin des Finanzministers Frau Ernestine v. Spilmüller, Gräfin Valerie Biquoy, Prinzessin Marie Rohan, Excellenz Helene von Böhl, die Gemahlin des Polizeipräsidenten Johanna Baronin Gorup, Excellenz Maria v. Bellmann, Excellenz Luise Baronin Leitner, Präsidentin der „Tagesheimstätten für Kriegswaisen und -kinder“ Vera Gräfin v. Berner. Anwesend waren ferner: der Unterrichtsminister Freiherr v. Hussarek, Sektionschef Graf Rudolf Chorinsky in Vertretung des Ministers des Innern, Militärkommandant G. d. J. Freiherr v. Ritzbach, Statthalter Freiherr v. Bleyleben, Obergerichtsrat Bürgermeister Dr. Weisskirchner und Gemahlin, G. d. J. Richard Scheber in Vertretung des Landesverteidigungsministers, Hofrat Prinz Eduard Dichtenstein, Leiter des Kriegshilfsbüros, Bundespräsident Graf Rudolf Traun, Präsident Obergerichtsrat Max Graf Widenburg, Vizeadmiral Freiherr v. Jedina, G. d. J. Gottfried v. Seibt, Obergerichtsrat Sektionschef v. Wagner-Jauregg, Sektionschef Freiherr v. Parisini, Präsident und Konsul Max Ritter v. Bessinger, Vorstandsmitglied des österreichischer Pfadfinderbundes Oberst Matthias Edler v. Jubez, Ministerialsekretär Dr. v. Hartl, Sektionschef Ernst Bliba, Konsul Georg de Rettore, Statthaltereirat Dr. Schläger, Egon von Karabacek, die Bezirksschuldirektoren Professor Richter und Professor Stingl, Frau Oberbaurat Josefine Redlich, Frau Marie Fraenkel-Thonet, Frau Generalkonsul v. Medinger, Fräulein Marie v. Glaser, Fräulein Ida von Lenz, Frau Thonet-Wurm, Fräulein Thea v. Rehn, Fräulein Petra Bohlen, Hauptmann Bolletta und Hauptmann Raltschmid, Doktor Hans Lieger u. v. a.

Wirtschaftliches Hilfsbureau der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen.) Laut des vorliegenden Tätigkeitsberichts für das erste Vierteljahr 1917 ist der Geschäftsumfang der Kriegshilfsstelle in dieser Zeit ungefähr derselbe geblieben wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, in dem eine Steigerung um über hundert Prozent gegen 1915 eingetreten war. Er umfaßte 20,276 Geschäftsfälle, wovon 18,348 von vorstehenden Parteien, 551 durch Hilfsanrufe aus hiesigen Spitälern und 1377 auf schriftlichem Wege anhängig gemacht wurden. In der Gesamtzahl erscheinen die Unterhaltssachen mit 7922 = 39:1 Prozent, die Wohnungs- und Mietzinsachen mit 9214 = 45:4 Prozent, die sonstigen Privatangelegenheiten der Einberufenen (Varia) mit 3140 = 15:5 Prozent Geschäftsfällen. Die Unterhaltssachen und Varia haben gegen das gleiche Vorjahrsquartal, in dem sie 35:71 Prozent und 13:49 Prozent der Gesamtzahl ausmachten, prozentuell zugenommen, was — da es sich namentlich bei letzteren oft um verwickelte Rechtsangelegenheiten handelt — eine erhöhte Arbeitsintensität bedingte. Die schriftlich eingelangten Hilfsansuchen sind gegen das Vorjahrsquartal um 23 = 22:5 Prozent gestiegen. Es wurden sieben Plenar- und wiederholte Vorstandssitzungen, letztere insbesondere über Fragen des Mieterschutzes und der Erhöhung des Unterhaltsbeitrages abgehalten und 33 Rurunden erlassen, davon 10 mit Auszügen aus Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes, deren wichtigere Rechtsätze im Verlag der Manzischen Hofbuchhandlung herausgegeben wurden. Die ungünstigen Verhältnisse, verschärft durch den strengen Winter, erschwerten vielfach die Einigungstätigkeit in Wohnungssachen. Trotzdem blieb dank ausgiebiger Gewährung von Mietzinsbeihilfen der Gemeinde Wien die Wohnung der Bedürftigen erhalten. Die Zwangsräumungen gingen zurück (131 gegen 165 im gleichen Vorjahrsquartal).

Die Freibrotaktion.

Es wurde die Wahrnehmung gemacht, daß in den Kreisen der Bäcker und des Publikums die Meinung besteht, das für Rechnung des Komitees „Freibrot für die Armen Wiens“ ausgegebene Brot unterliege nicht der Verbrauchsregelung. In einem Falle wurde bereits konstatiert, daß ein Bäcker in Unkenntnis dieser Umstände größere Brotmengen auf Anweisungen des Komitees ohne Einziehung der Brotmarken und an nichtrationierte Kunden abgegeben hat. Die Genossenschaft der Bäcker wurde daher eingeladen, ihre Mitglieder in geeigneter Weise unverzüglich und nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß das sogenannte „Freibrot“ nur auf Grund der Brotbezugskarte an rationierte Kunden und gegen Abtrennung der erforderlichen Brotkartenabschnitte verabfolgt werden darf. Die von dem Komitee ausgegebene Freibrotmarke berechtigt lediglich zum unentgeltlichen Bezug von Brot im Rahmen der allgemeinen Brotverbrauchs- und Bezugsvorschriften. Vom Standpunkt des Brotlieferanten ist die Freibrotmarke daher lediglich ein Zahlungsmittel.

Sandaufenthalt für Stadtkinder.

Der Verein „Sandaufenthalt für Stadtkinder“ empfiehlt: Mehr Planmäßigkeit bei der Kinderbeförderung!

Tausende von Kindern sind bereits aus den Städten und Industriebezirken auf das Land gebracht worden, wo sie bei kräftiger Kost und frischer Landluft sich erholen sollen. Daß sich solche Massentransporte nicht ohne Schwierigkeiten bewerkstelligen lassen, kann keinem Zweifel unterliegen. Um ja planmäßiger müssen sie vorbereitet sein. Dazu gehört in erster Linie, daß auch jeder von privater Seite ins Werk gesetzte Transport in Fühlungnahme mit der durch den Ministerialerlaß vom 1. 8. ds. J. geschaffenen Organisation erfolgt. Es muß von jedem Transport sowohl die Kreis- und Provinzialstelle des abgehenden Bezirkes als auch die Kreis- und Provinzialstelle des Aufnahmebezirkes vorher benachrichtigt sein und ihr Einverständnis erklärt haben. Nur auf diese Weise ist die Gewähr gegeben, daß bei der Ankunft der Kinder die nötige Vorjorge getroffen ist und die Stellen, deren Belegung in Aussicht genommen ist, auch tatsächlich bereit stehen.

Soweit bei Transporten vom Westen nach dem Osten Berlin berührt werden muß, was nach Möglichkeit zu vermeiden ist, ist zu beachten, daß bei der etwa notwendigen Ueberführung von einem Bahnhof zum andern mit den besonderen Schwierigkeiten, die eine solche Ueberführung bietet, gerechnet werden muß. Zu einer solchen Ueberführung gehört zahlreiches Begleitpersonal, das dem Transport selbst nicht immer beigegeben sein wird. Der Provinzialverein Berlin des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin, Abgeordnetenhaus, hat in dankenswerter Weise sich bereit erklärt, hier nach Kräften zu helfen. Eine solche Hilfe wird aber nur dann mit Sicherheit gewährt werden, wenn der Transport bei dem genannten Provinzialverein mindestens eine Woche vorher angemeldet wird und sofern der Transport in der Zeit von morgens 7 bis abends 9 Uhr in Berlin eintrifft. Grundsätzlich sind Sonderzüge zu beantragen, die ohne Umsteigenotwendigkeit durch Berlin durchgeführt werden können. Den Kindern muß stets genügend Proviant für die ganze Reise mitgegeben werden. Soweit eine Verpflegung in Berlin notwendig werden sollte, wird auch hierfür der Provinzialverein Berlin des Vaterländischen Frauenvereins nach Möglichkeit sorgen, wenn die Transporte ihm rechtzeitig vorher gemeldet sind. Ein Ueberrachten in Berlin ist unter allen Umständen zu vermeiden. Das Gepäck der Kinder muß aus dem Notwendigsten bestehen. Es ist in Schulkappen oder Rucksäcken auf dem Rücken zu tragen, damit die Hände freibleiben. Weiteres Gepäck kann mit der Post nachgeschickt werden.

Wenn die vorstehenden Mahnungen weiteste Verbreitung und Beachtung finden, wird die Durchführung des für das Wohl unseres Vaterlandes so bedeutsamen Unternehmens keine ernststen Schwierigkeiten bieten.

Welt über eine Million deutscher Großstadtkinder werden in diesem Sommer aufs Land gebracht, damit sie sich dort nach Möglichkeit kräftigen. Das Liebeswerk, das unsere Landleute damit übernehmen, verdient angesichts der auf ihnen ruhenden Lasten ganz besonderer Anerkennung. Vorbildlich ist die Unterbringung der Kinder in Ostpreußen eingeleitet. In anderen Gegenden Deutschlands wird für die Aufnahme jedes Kindes ein tägliches Pflegegeld von 20 Pfennig gezahlt. Bei den heutigen Lebensmittelverhältnissen ist diese Entschädigung natürlich mehr der Ausdruck guten Willens, als ein hinreichendes Entgelt. In Ostpreußen hat man jedoch von Anfang an auf die Zahlung einer Entschädigung verzichtet und nur die kostenlose Unterbringung der Großstadtkinder zugelassen. Trotzdem lagen bis zum 22. April rund 65 000 Angebote für Freistellen vor, und es ist besonders bezeichnend, daß die Angebote auch aus den ärmsten Kreisen und in starker Zahl aus den seiner Zeit von den Russen am meisten verwüsteten Grenzbezirken stammen. So lohnt deutsche Vaterlandsliebe die Helden, die ihre Heimat von den Eindringlingen befreit haben!

Die Provinzialabteilung Ostpreußen des „Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege“ hat durch eine gründliche Organisation die Aufnahme der Kinder zu Anfang Mai vorbereitet. Für die rund 100 Sonderzüge, mit denen die Kinder nach Ostpreußen gebracht werden, sind nach sorgsam geführten Ortstafeln Sonderfahrpläne aufgestellt worden. Es wird einen starken Eindruck auf unsere Gegner machen, wenn sie vernehmen, daß das vom Feinde schwer heimgesuchte Ostpreußen trotz der knappen Ernte von 1916 noch in der Lage ist, 60- bis 70 000 Kinder monatelang unentgeltlich zu verpflegen. Das muß unseren Feinden ein neuer Beweis sein, daß Deutschlands Wirtschaftskraft ungebrochen ist.

Eine halbe Million Kinder aufs Land.

Dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ in Berlin ist bekanntlich in dem Ministerialerlaß vom 1. März 1917 u. a. die Vornahme des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage zwischen den Provinzen übertragen worden, und ferner bildet der Verein die Zentralvermittlungsstelle zur Regelung von Angebot und Nachfrage zwischen Preußen und den der Organisation angeschlossenen Bundesstaaten. Soweit Preußen in Frage kommt, hat die Werbetätigkeit nach den bisher aus den Provinzen eingelaufenen Meldungen folgendes vorläufiges Ergebnis gehabt.

Die Provinz Ostpreußen stellte 66 498 unentgeltliche Pflegestellen zur Verfügung, darunter 8599 für katholische Kinder. Nach Abzug des eigenen Bedarfs verbleiben für auswärtige Kinder noch 63 692. Diese Stellen werden belegt mit 40 823 Kindern aus der Provinz Brandenburg, 11 110 aus Westfalen, 2000 aus Hessen-Rassau, 6228 aus der Rheinprovinz, 2652 aus dem Königreich Sachsen, 879 aus Lübeck.

In der Provinz Pommern sind bisher 37 000 Pflegestellen, darunter 3—400 für katholische Kinder, vorhanden. 2900 werden für den eigenen Bedarf gebraucht, so daß 34 100 Stellen für auswärtige Kinder vorhanden sind. Etwa 9000 Kinder aus der Provinz Brandenburg, 2000 Kinder aus Westfalen werden Aufnahme finden. Alle übrigen Stellen werden mit Kindern aus der Rheinprovinz belegt.

In Posen stehen bisher 21 689 Stellen, darunter 8279 für katholische Kinder, bereit. Der eigene Bedarf beträgt nur etwa 1000 Stellen, so daß 20 689 schon jetzt auswärtigen Kindern zur Verfügung stehen. Die noch stark im Gange befindliche Werbetätigkeit läßt erwarten, daß etwa 30 000 Kinder von auswärts werden aufgenommen werden können. Die Provinz wird fast ausschließlich mit Kindern Westfalens besetzt werden.

Die Provinz Sachsen verzeichnet bisher 15 479 Landpflegestellen, darunter 289 katholische. Der eigene Bedarf der Provinz beträgt nur etwa 10 404 Stellen, so daß noch 5075 auswärtige Kinder untergebracht werden können. Das Ergebnis wird sich durch weitere Werbetätigkeit noch erhöhen. Die Provinz wird mit wenigen Ausnahmen nur Kinder aus dem Königreich Sachsen erhalten.

Aus Westpreußen und Schlesien liegen abschließende Meldungen noch nicht vor. Indessen kann schon jetzt damit gerechnet werden, daß nach Ausgleich des eigenen Bedarfs Westpreußen mindestens 10 000, Schlesien 3—4000 auswärtige Kinder wird aufnehmen können.

In der Provinz Brandenburg wird der anderweit unterzubringende Ueberschuß an Stadtkindern insgesamt etwa 62 000 betragen, darunter die Stadt Berlin mit etwa 40 000. Der größte Teil der Kinder wird in Ostpreußen und Pommern untergebracht.

Nach dem Vorbericht der Provinz Hannover werden dort, da bereits aus anderen Provinzen Kinder auf Grund früherer Beziehungen untergebracht worden sind, auswärtige Kinder kaum Aufnahme mehr finden können.

In Schleswig-Holstein stehen 14 000 Landpflegestellen zur Verfügung, denen eine Nachfrage von 13 300 Kindern gegenübersteht.

In der Provinz Hessen-Rassau besteht eine Nachfrage für etwa 34 600 Stadtkinder. Die Deckung des Bedarfs innerhalb der Provinz wird erreicht werden.

In Westfalen steht ein Angebot von 14 807 Pflegestellen einer Nachfrage von 75 752 Stadtkindern gegenüber. Der Ueberschuß beträgt also 60 945 Kinder, davon sind etwa 32 000 katholisch.

Die Kinder werden in den verschiedensten Provinzen untergebracht, der Hauptteil kommt nach der Provinz Posen.

Die Rheinprovinz wird voraussichtlich einen Ueberschuß von etwa 40 000 Stadtkindern haben. Ein großer Teil der Kinder kommt nach Pommern.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß nach oberflächlicher Schätzung schon jetzt mehr als 300 000 Landpflegestellen in den preussischen Provinzen insgesamt zur Verfügung gestellt sind. Es ist dies wiederum ein höchst erfreuliches Zeichen vaterländischer Opferwilligkeit, und es dürfte mit Sicherheit damit gerechnet werden können, daß die infolge der Fortsetzung der Werbetätigkeit ständig noch wachsende, erst nach einigen Wochen endgültig feststellbare Zahl kaum hinter einer halben Million zurückbleiben dürfte. Bei dieser Zählung handelt es sich nur um Kinder, die innerhalb der geschaffenen Organisation untergebracht werden und deshalb dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ gemeldet sind. Wenn man berücksichtigt, daß von vielen privaten Stellen ohne Eingliederung in die Organisation Tausende von Kindern schon untergebracht sind und noch untergebracht werden, so würde bei Hinzuzählung auch dieser Stellen eine noch wesentlich höhere Zahl das Endergebnis bilden.

ng.

1917
7. Mai**Reisen für Mittelstandskinder.**

Von

Professor Dr. Willibald Klatt, Berlin-Steglitz.

Angeichts des gewaltigen Unternehmens, das durch den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ ins Leben gerufen ist, kann den Angehörigen des Mittelstandes und den Kenner seiner Nöte fast so etwas wie Neid erfassen. Leiden denn die Kinder des Mittelstandes nicht noch mehr unter den Ernährungsschwierigkeiten als die Kinder der Arbeiter? Denn ohne jede Feindseligkeit gegen unseren tüchtigen Arbeiterstand darf doch festgestellt werden, daß der Arbeiter heute über sehr einfache und durch die Verhältnisse durchaus berechnete Mittel verfügt, seine Einnahmen mit der Taxierung in Einklang zu setzen, während viele Schichten des Mittelstandes, besonders die Beamten von dieser Möglichkeit schlechtweg ausgeschlossen sind. Die Steuerzuschläge — mag ihre Gesamtsumme auch Millionen betragen — wird man dagegen nicht einwenden können, denn ihre monatliche Höhe entspricht etwa dem, was ein Arbeiter in wenigen Tagen verdient. Und der Beamte kann seine Lebenshaltung beim besten Willen meist nicht unter ein gewisses Mindestmaß herabschrauben: er kann seine Kinder nicht plötzlich aus der höheren Schule herausnehmen und sie in eine billigere Schule schicken, schon deshalb nicht, weil sie, dies gilt besonders von älteren Schülern, in den Bildungsgang der Volks- oder Mittelschule gar nicht einzugliedern sind. Er kann seine Wohnung nicht plötzlich verkleinern, weil ihm ein Umzug heute mehr als eine halbe Jahresmiete kosten würde. Daher diese massenhaften Angebote ganzer Zimmereinrichtungen, die unter allerlei verächtlichen Vorwänden in den Zeitungen erscheinen, — neben Pelzstolas, ungetragenen Kleidungsstücken, Briefmarkensammlungen, Puppenwagen und tausend anderen „entbehrlichen“ Dingen.

Nichts aber mag den tapfer entbehrenden Eltern heute schwerer aufs Herz fallen, als der Gedanke an die in früheren Jahren so heiß ersehnte und so freudig begrüßte Sommerreise, denn nie war sie ihren Kindern nötiger als in diesem Jahre. Man kann getrost behaupten: Beamte ohne Vermögen, abgesehen von den wenigen, die sich in ganz hohen Stellungen befinden, können heute nicht mehr im Ernst an eine Sommerreise denken! Wohl dem, der irgendwo auf dem Lande Freunde oder Verwandte hat, denen er wenigstens seine Kinder hinschicken kann; aber wie viele Tausende mag es geben, die niemand haben! Auf Ausflüge ähnlicher Art, die ich vor einiger Zeit an einer anderen Stelle gemacht habe, habe ich nicht aus Beamtenkreisen, sondern vom Lande her, sehr warme Zustimmungen erhalten. Und alle schreien nicht bloß schöne Worte, sondern erbieten sich zur Mitwirkung, teils durch Aufnahme von Kindern, teils durch Geldbeiträge.

Die Hoffnung, die Mittelstandskinder einfach dem Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ ans Herz zu legen, hat sich leider als trügerisch erwiesen. Darin liegt kein Vorwurf für diesen Verein. Seine Ziele und seine Mittel sind andere. Die Kinder, denen er sich widmet, sollen auf viele Monate dem Lande anvertraut werden. Teils sollen sie dort die Dorfschule besuchen, teils werden sie, in Gruppen zusammengefaßt, von einem ihrer Lehrer begleitet und von diesem in ihrer neuen Heimat unterrichtet werden. Und endlich handelt es sich bei ihnen um unentgeltliche Aufnahme oder um eine ganz geringe Vergütung. Alles das liegt bei meinem Plane anders. Hier kann es sich nur um einen 4—6wöchigen Aufenthalt in den Sommerferien handeln, denn es wäre nur bei ganz besonders kränklichen oder geschwächten Kindern zu rechtfertigen, daß sie auf längere Zeit dem Schulunterricht entzogen würden. Bei den meisten würde ja die Luftveränderung und reichliche, wenn auch noch so einfache Kost Wunder wirken. Auch würde jeder, der nur irgend zahlen kann, gewiß gern eine angemessene Entschädigung bieten, wenn auch natürlich in besonderen Fällen bei bedürftiger Lage und vorhandenen An-

Eine Aktion der österreichischen Industrie und Kaufmannschaft.

Donnerstag, den 15. März, fand im Beisein der Herren Graf Max Widenburg, Baron Sigmund Springer, Hofrat Karl Freiherr v. Prileszky, Oberleutnant Fritz Spizer, Direktor Dr. Wilhelm Berliner, kaiserlicher Rat Kornel Spizer, Präsident des Greniums der Wiener Kaufmannschaft, Kommerzialrat Heinrich Better, Präsident des Bundes österreichischer Industrieller Hofrat Ernst Ritter v. Sulzbed, erster Sekretär Dr. Rudolf Bricha, Hans Falubigl, Chef der Firma A. Herzmannsky, Hugo Gerngroß, Inhaber der Firma A. Gerngroß A. G. und Großkaufmann Leo Zupnik in der Zentralkasse des österreichischen Militärwitwen- und -Waisenfonds im Einvernehmen mit dem Grenium der Wiener Kaufmannschaft und dem Bund der Industriellen Oesterreichs eine interessante Komiteesitzung statt.

Gegenstand der Beratung war eine neu angeregte Aktion, deren Ertrag für Witwen und Waisen von Mitgliedern und Angehörigen der österreichischen Industrie und Kaufmannschaft sowie für den österreichischen Militärwitwen- und -Waisenfonds verwendet werden soll. Das Komitee will an die gesamte österreichische Industrie und Kaufmannschaft, gleichgültig welcher Branche, mit der Bitte herantreten, bei Begleich jeder Rechnung den auf Seller lautenden Teil zugunsten dieser Aktion zu kürzen und dem Fakturaussteller gegenüber durch Beigabe von Marken, welche vom Militärwitwen- und -Waisenfonds in Heftchen zu K. 100.—, K. 50.— und K. 25.— zur Ausgabe gelangen, auszuweisen. Die praktische Durchführung dieser Aktion ist in folgender Weise gedacht. Wenn Zahlung durch Postsparkasse, Bank etc. erfolgt, wird der Fakturaussteller durch Anweisung, die der österreichische Militärwitwen- und -Waisenfonds gratis beistellt, von der Ueberweisung des Kronenbetrages und Kürzung der Seller verständigt; als Beleg für die erfolgte Kürzung werden die entsprechenden Marken auf diese Karten aufgeklebt. Erfolgt Barzahlung, so wird dem Fakturaussteller für den gekürzten Sellerbetrag die entsprechende Markenzahl ausgefolgt.

Nach erfolgter Genehmigung der Vorschläge des Berichterstatters wurden bei der anschließenden Wahl in das Präsidium des Komitees die Herren: Graf Max Widenburg, Sektionschef Dr. Sigmund Brosche, Hofrat Freiherr v. Prileszky, Baron Sigmund Springer, Paul v. Schoeller, Kornel Spizer, Heinrich Better, Oberleutnant Fritz Spizer; zu Mitgliedern die Herren: Leopold Pollack v. Parnegg, Hofrat Ernst Ritter von Sulzbed, Dr. Rudolf Bricha, Direktor Doktor Wilhelm Berliner, Hans Falubigl, Hugo Gerngroß, Leo Zupnik; in den Vorstand die Herren: Hofrat Freiherr v. Prileszky, Kornel Spizer, Dr. Rudolf Bricha, Hofrat Ernst Ritter v. Sulzbed, Hans Falubigl und Leo Zupnik gewählt. Zum Leiter der Aktion wurde einstimmig Großkaufmann Leo Zupnik bestellt.

Freibrot für die Armen Wiens.

Bekanntlich hat das Präsidium der Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“ den 9. d., den Geburtstag der Kaiserin, als den ersten Tag der unentgeltlichen Ausgabe von Brot an Unbemittelte ausersehen. Infolge Verfügung des Bürgermeisters haben sich die Arbeitskomitees der Frauenhilfsaktion in den einzelnen Bezirken auch hier wieder in den Dienst der Sache gestellt und die Erhebung der mit Freibrot zu beteiligenden Personen, die Ausfertigung von Legitimationen und die Ausgabe der Freibrotmarken übernommen. Die dem Komitee dank dem Opfersinn weiter Kreise bisher zur Verfügung stehenden Mittel gestatten ihm, vorläufig 12.500 Personen das tägliche Brot umsonst zu verschaffen.

Die Ernährung im Kinderhort.

Aus dem Kursus für Schulkinder-Fürsorge.

Bei dem Kursus für Schulkinder-Fürsorge des Verbandes deutscher Kinderhorte sprach heute Frau Dr. Kunl-Stegemann, Referentin beim Kriegsernährungsamt über die Ernährung der Schulkinder. Die Schulspeisung sei der beste Ersatz für die häusliche Ernährung, die jetzt im Kriege nicht genügend Kraft gibt. Sie wird aber noch zu wenig ausgenutzt, daher müsse man fordern, daß die Schulspeisung überall vergrößert werde. Im Frieden war die Aufnahmebedingung wirtschaftliche Not der Eltern. Infolge der guten Kriegsverdienste ist die Not im allgemeinen weniger groß geworden, dafür sei aber die Rationierung der Lebensmittel für die Kinder nicht ausreichend. Es ist dringend erforderlich, daß die Dezerenten in den Gemeinden für erhöhte Zuweisung von Graupen, Teigwaren und Kompotten für die Schulspeisung sorgen und daß ferner auch die Restbestände an Kakao, kondensierter Milch und dergleichen den Horten zugeführt werde. Die Massenspeisung für die Kinder zu benutzen sei nicht ratsam, da diese nicht genug Nährkraft enthalte, denn gerade das Schulkinder-Alter bedürfe besonders kräftiger Ernährung, um die Kinder zu gesunden Menschen zu erziehen. Der früher häufig erhobene Einwand, durch die Schulspeisung werde das Familienleben zerrissen, könne heute schon deshalb nicht mehr standhalten, weil ja die meisten Väter im Felde und die Mütter tagsüber in den Fabriken seien.

Der Abend
9. IV. 1917

194

Die Erhebung der Mindestbemittelten Bestrafter Kindersegen.

Das Mitglied einer Wiener Brotkommission schreibt uns:

„Nach den für die Anmeldung der Mindestbemittelten geltenden Bestimmungen dürfen von den Brotkommissionen nur solche Haushaltungen eingereicht werden, deren Gesamteinkommen 333 Kronen monatlich nicht übersteigt, wobei die auf den Kopf entfallende Summe 80 Kronen, bei Kindern unter 14 Jahren 50 Kronen höchstens erreichen darf. Nun erscheinen in den Kommissionen viele Haushaltungsvorstände kinderreicher Familien oder solche die alte Averbwandte, Eltern zu erhalten haben, bei welchen zwar die Kopfsomme eine geringere ist, das Gesamteinkommen jedoch ein größeres. Sie müssen glatt abgewiesen werden und es kommt vor, daß von zwei Nachbarmfamilien die an Kopfszahl schwächere aufgenommen wird, die andere sehr kinderreich aber nicht, trotzdem es ihr rechnungsmäßig schlechter geht als der ersteren.

Ein Beispiel möge das klarmachen: Familie A: 2 Erwachsene, 1 Kind, Einkommen 200 K (auf den Kopf entfallen demnach rund 67 K), Familie B: 3 Erwachsene, 6 Kinder, Einkommen 400 K (auf den Kopf nur 44 K). Familie A angenommen, Familie B abgewiesen. In den Kommissionen entspinnen sich ob dieser auf der Hand liegenden Ungerechtigkeit sehr unerquickliche Gespräche, weil die Leute nicht begreifen können, was auch uns Kommissionen nicht begreiflich ist. Der Magistrat hat es unterlassen, für die Festsetzung der 333 Kronen-Grenze einen Grund anzugeben und so gehen die Abgewiesenen mit dem oft laut geäußerten Bewußtsein weg, es sei ihnen ein Unrecht geschehen. Viele denken an persönliches Ubelwollen des Kommissärs ihnen gegenüber und — bei gelehrten Österreichern naheliegend — an Protektion, wenn der Vordermann glücklicher war.

Die Schriftleitung des „Abend“ würde sich durch einen einschlägigen Aufsatz den Dank vieler Väter verdienen, die durch diese sonderbare Bestimmung dafür gestraft werden, daß sie dem Staat zu viel Kinder schenken — und den Dank der Mitglieder der Brotkommissionen, die wieder einmal das Bad auszugießen haben für unvernünftige Anordnungen der Behörden.“

Der „Kindertag“ in Wien.**Die Sammlung für die Kriegspatenschaft.**

Nach längerer Pause wieder einmal ein Sammeltag in Wien, erfreulicherweise von herrlichem Wetter begünstigt. Zugunsten der Wohlfahrtsbestrebungen der „Kriegspatenschaft“ wurden heute in neun Wiener Gemeindebezirken von reiferen Schulländern Spenden gesammelt. Man sah in den belebten Straßen die Jugend auf- und abpatrouillieren und mit fast ausnahmslosem Erfolge die Passanten um Spenden für den „Kindertag“ bitten, und schon in den Vormittagsstunden trugen Tausende von Wienern das Zeichen des „Kindertages“: Ein zur Verringerung der Herstellungskosten möglichst einfach ausgeführtes Abzeichen, das jenem der „Roten-Kreuz“-Woche in der Form sehr ähnelt. Die Inschrift: „Kaiserin Zita-Kindertag — 9. Mai 1917“ umschließt das von der Kaiserkrone überhöhte reizende Brustbild des Lieblinges des Reiches, unseres Kronprinzen Erzherzog Franz Josef Otto. Der Preis des Abzeichens war mit zehn Hellern für ein Stück festgesetzt, doch fanden zahllose Ueberzahlungen statt, und vielfach wurde das „Ablöse“-Abzeichen (rote Farbe) gekauft, das für Bemitteltere bestimmt war und zwei Kronen kostete. Wer es erstand, wurde von den kleinen Sammlern belehrt, daß nunmehr keine weitere Bitte um Spenden an ihn gerichtet werden dürfe. Diese Instruktion wurde denn auch von unserer Schuljugend eingehalten, was in Zukunft seine Wirkung dahin ausüben wird, daß an künftigen Sammeltagen noch viel mehr „Ablöse“-Zeichen gekauft werden, und auf diese Weise dem wohltätigen Zwecke ein beträchtliches Mehr an Spenden erwachsen wird. Im Laufe des Vormittags streiften die unermüdeten Sammler auch die Amtsräume, Geschäftslokale und Arbeitsräume ab und brachten ihre Werbung mit vielem Erfolg vor — wie immer haben die ärmeren Schichten und namentlich die Arbeiterkreise freudig und ohne Zögern ihre Beisteuer geleistet. Um so eifriger setzte denn die brave Sammlerschaft, Duben und Mädels, ihre Werbetätigkeit fort; das Erträgnis des Sammeltages dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach ein sehr gutes werden.

Landwirte für die Wiener Kinder.

Aus *Eichberg* wird uns vom 7. d. geschrieben:

Am 6. Mai fand in Stöckls Gasthaus in Ausführung der vom landwirtschaftlichen Bezirksverein Weitra über Antrag seines Vorstandes Oberlehrer Johann Indra aus Unserfrau a. S. beschlossenen Aktion, arme, brave Wiener Kinder über die Ferien in Kost und Pflege bei Entböhnen und sonstigen Kinderfreunden unterzubringen, die erste Werbeversammlung statt. Trotz strömenden Regens hatten sich gutherzige Landwirte und sonstige Kinderfreunde in großer Anzahl aus den be-

nachbarten Dörfern eingefunden. Nach Begrüßung der Erschienenen verlas der Vorsitzende die eingelaufenen Bittschriften und bat um Unterstützung des edlen Werkes. Pfarrer Karl *Pichler* aus Gr.-Bertholz schilderte das Elend der armen Wiener Kinder, gab Ziel und Zweck der Aktion bekannt und erzielte mit feiner Ausführungen einen vollen Erfolg: 45 Landwirte gaben sofort die Erklärung ab, armen, braven Wiener Kindern über die Schulferien durch Unterkunft und Verpflegung die nötige Erholung zu ermöglichen.

Möge diese edle Tat der schlichten Waldviertler auch bei den folgenden Versammlungen, die der verdienstvolle Vorstand in Gr.-Schönan, Gr.-Bertholz und Weitra anberaumt hat, Nachahmung finden. Dann können die Weitraer Bauern als die ersten Oesterreichs stolz sein, ihren Beschluß in die Tat umgesetzt zu haben. 200 Wiener Kinder werden in der Waldmark freundliche Aufnahme und Erholung in dieser schweren, ernsten Zeit finden.

• (Freibrot.) Zum Geburtstag der Kaiserin ist diese willkommene Wohltätigkeitsaktion in ihr entscheidendes Stadium getreten. Von nun ab werden die wirklich Bedürftigen, nachdem sie mit Legitimation und Freibrotmarke ausgestattet sind, bei dem betreffenden Kaufmann, bei dem sie rationiert sind, ihre Freibrotration erhalten. Man wird versuchen, sich eine ungefähre Vorstellung davon zu machen, welcher Zudrang zu der Freibrotaktion erfolgt ist, aber man wird bestimmt weit von der Wirklichkeit entfernt bleiben. Nicht nur, was die Zahl der Bedürftigen, auch was ihren Stand anlangt. Es hat sich eine erschreckend große Zahl von Deuten angemeldet, die Intelligenzberufen angehören. Hier sieht man die Rehrseite eines Silbes, das auf der einen Seite die reich gewordenen Kriegslieferanten, auf der anderen Maler, Architekten und Advokaten zeigt, die sich um eine Freibrotmarke bewerben! Solche Deute — wahrhaft verschämte Arme, die unbedingt und an erster Stelle zu berücksichtigen sein werden — haben sich keineswegs in geringer Anzahl gemeldet. Man wird wieder einmal deutlich darauf hingewiesen, daß es der Mittelstand ist, der in diesem Kriege am schlechtesten abscheidet. Während für die Armen wirklich erheblich viel geleistet wird, steht der Mittelstand höchst ungerechtfertigt zurück. Um nur ein Beispiel, die Abgabe billigen Fleisches, anzuführen: der Armen wird hiebei gedacht, nicht aber des Mittelstandes, der es ebenso nötig hätte, der zurückgestellt, verdrängt wird und der so eigentlich und im wahren Sinn des Wortes zum Stiefkind dieses Krieges geworden ist. Auf diesem Wege mußte es dahin kommen, daß Maler, Architekten und Advokaten genötigt sind, sich um ein Stück Freibrot zu bewerben. Dabei ist die Liste bestimmt unvollständig und es wird noch ganz andere Intelligenzberufe geben, die genötigt sind, die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen.

Freibrot für die Armen Wiens.**Der erste Verteilungstag.**

Programmgemäß hat gestern, am Geburtstage der Kaiserin, die Verteilung des Freibrottes an 12,500 Arme begonnen. Damit ist eine charitative Aktion der Verwirklichung zugeführt worden, die sich den edelsten wohlthätigen Institutionen anreißt, welche die Kriegsnot geboren hat. Ein schöner Gedanke konnte hier dank der Mildtätigkeit und Freigebigkeit so vieler warnführender Menschen zur Tat reifen, und es ist eine sinnige Huldigung des Aktionskomitees für Kaiserin Zita, die sich an der Seite ihres erhabenen Gemahls an die Spitze der Spender gestellt hat, daß der Geburtstag der hohen Frau auch zum Geburtstag der Verteilungsaktion gewählt wurde.

Der erste Verteilungstag gestaltete sich zu einem vollen Erfolge des Komitees. Die umfassenden Vorbereitungen stellten das Gelingen des schwierigen Werkes von vornherein sicher, und tatsächlich funktionierte der viele Hunderte von Komiteemitgliedern umfassende Apparat dank der Unterstützung der Behörden, insbesondere des Ernährungsministeriums und des Bürgermeisters als Chef des Magistrats, in mustergültiger Weise. Wie erwähnt, erstreckt sich die Beteiligung auf 12,500 Personen, und zwar zumest Frauen mit Kindern, dann Einzelpersonen, die als Wföndner um ihre Existenz schwer zu kämpfen haben, Angehörige von Intelligenzberufen, die der Krieg zu hart mitgenommen hat und die

keine neue Erwerbsmöglichkeit erlangen konnten, und schließlich auch auf eine Anzahl verschämter Bedürftiger, die schriftlich ihre Notlage darlegten und deren Angaben sich bei der Nachprüfung als richtig erwiesen. Vor Ausgabe der Freibrotanweisungen, die das Format der Korrespondenzkarten in rosa Farbe haben, wurden die eingelaufenen Gesuche von den Frauenhilfskomitees der 21 Bezirke nach dem Grade der Bedürftigkeit der Gesuchsteller gesichtet und dabei insbesondere die Bewohner der ärmeren Bezirksteile berücksichtigt. Jede Brotanweisung hat einmonatige Gültigkeitsdauer, nur die vom gestrigen Tage an geltende Karte läuft am 31. d. ab, damit die Berechnung mit den Bäckern glatt erfolgen kann.

Die Ziele und Zwecke der Aktion Freibrot für Arme Wiens sind allgemein bekannt, und auch die Art der Verteilung ist bereits mehrmals erörtert worden. Es sei daher nur in Kürze wiederholt, daß den Armen wohl nicht das Brot ohne Marken abgegeben wird, daß aber der Preis des gegen die Marken erstandenen Brotes für sie bei den Bäckern erlegt wird. Wenn auch für jede Person, die mit einer solchen Freibrotanweisung betheilt ist, der Betrag von 12 Heller für den Tag anscheinend nur geringfügig ist, so summiert sich derselbe doch bei einer mehrköpfigen Familie zu einer größeren Ausgabe, und die Ersparung dieses Betrages wird besonders denjenigen Leuten eine Erleichterung bieten, die in den Küchen der Frauenhilfsaktionen wohl ein kostenloses Mittagessen, aber seit der Rationierung kein Brot mehr erhalten.

Schon vor mehr als einer Woche hat das Komitee, das seinen Sitz im 1. Bezirk, Dorotheergasse Nr. 5, hat, mit der Ausgabe der Freibrotmarken begonnen und konnte diese mühevollen Arbeit dank der Mithilfe der Frauenhilfskomitees, die die bezirkweise Verteilung vornahmen, rasch und befriedigend durchführen. So kam es auch, daß sich die gestrige erste Abgabe von Freibrot infolge der planmäßigen Organisation haglos vollzog. Die Betheilten werden die Wohlthat der Freibrote auch weiterhin genießen, denn die Geldmittel der Aktion sichern die Aufrechterhaltung der Brotverteilung für mehrere Monate, und es ist bei dem wohlthätigen Sinn der Bevölkerung wohl zu erhoffen, daß das schöne Werk, das sich mit der Kraft eines populären Schlagwortes durchgesetzt hat, eine weitere segensvolle Ausgestaltung erfahren wird.

Für die Waisen unsrer Krieger.

Wer in den Tagen vor dem Weihnachtsfest jenen Teil der Hofburg besuchte, in welchem das Komitee der Weihnachtsbescherungsaktion für die Kriegswaisen sein Arbeitslokal aufgeschlagen hat, der hätte wirklich meinen können, einen Blick in Christkindels Werkstatt zu tun. Da lagen im Vorraum riesige Pakete aufgeschichtet, an die recht freundlich und verführerisch manch ein Spielzeug gebunden war, das so recht neugierig auf seinen weiteren Inhalt machte. In den großen Arbeitsräumen aber waren die Damen daran, diesen Inhalt zusammenzustellen.

„Für einen sechsjährigen Jungen,“ hieß es da zum Beispiel. Und die Dame, die gerade „Christkindchen“ spielte, schritt von Stellage zu Stellage, von Abteil zu Abteil, um die einzelnen Sachen auszuwählen. Die sind schon genau assortiert, hier die Wintermäntel — und genau ersichtlich darauf die Größe angegeben; die komplette Wäschegarnitur, die Schuhe und Mützen und die Spielereien. Auch hier steht genau angegeben, für welches Alter dieses Spiel und jenes Buch sich eignet.

Nicht nur darauf wird aber bei der Zusammenstellung des Gabenpads geachtet. Mit Genauigkeit nicht nur, mit herzlicher Liebe sind die Recherchen gepflogen worden. Neben der Angabe des Alters finden sich die Größenmaße auf jedem Zettelschen verzeichnet, und manch ein besonderer Wunsch, den solch ein kleiner Bittsteller, der sich mit seiner Mutter selbst hier einfindet, in das Herz von Christkindleins Stellvertreterinnen ausgesüttelt hat. Hier heißt's: „Ich brauche eine Kanone, die wünscht sich der Kleine besonders,“ und dort: „Ich suche für zwei Schwesterchen aus — da geben wir der einen eine Puppe, der zweiten den Puppenwagen dazu — und gleiche Häubchen und Mäntelchen.“ Noch weiter reicht die Vormerkung. Die Damen wissen genau, welche von den Kleinen schon im Vorjahre bei der Beteiligung gewesen sind und welche Gaben sie erhalten haben. Da wird dann sogleich entschieden: „Der Bub hat im vorigen Winter einen von den schönen warmen Mänteln bekommen — der ist heuer sicherlich noch gut — da geben wir diesmal lieber Sweater und Wollhauben.“

Ja, diese Pakete müssen Freude geben — war doch Liebe und herzliches Verständnis dabei, sie zusammenzustellen und den Inhalt auszuwählen. Und man denkt gern und dankbar daran, daß zu dieser Kriegswihnacht ein paar tausend unsrer ärmsten Weibchen, denen der Krieg den Vater, den Ernährer genommen, dennoch, durch die Güte edler Frauen, Weihnachtsglück genießen konnten.

Durch die Güte einiger edler Frauen, denen die werktätige, geistige und arbeitsfrohe Hilfe der Wiener zur Seite stand. Denn das versteht wohl heute ein jeder: Solch eine Gabenreihe herbeizuschaffen, dazu

bedarf es heute der Mithilfe vieler Tausender, sollen die Mittel nicht unerschwinglich sein. Und es bedeutet auch eine Summe von Arbeit, monatelanger sorgender Arbeit. Wer das bedenkt, den wird es nicht wundernehmen, wenn er hört, daß das Komitee des Witwen- und Waisenhilfsfonds, welches für die Verteilung der Kriegswaffen mit Kleidung und Spielwaren sorgt, heute, da die erste große Verteilung dieses Winters kaum vorbei, zwei weitere kleine noch bevorstehen, schon wieder daran geht, für die nächste Bescherung vorzusorgen.

Man muß aber auch einmal zusehen, wie hier alles zusammengetragen wird, mit welcher Sparsamkeit man alles, alles verwertet, was eine freundliche Spende ins Haus bringt. Wohl haben sich große Firmen und Fabriken mit neuen fertigen Kleidchen und Wäschestücken oder großen brauchbaren Stoffresten eingestellt — in der Hauptsache sind aber doch alte Sachen und kleine, oft winzige Flicken verwertet worden. Altmodische Vielbahnenröcke und weite Rotunden haben Stoff, Futter und Besatz für Kleidchen, Mäntelchen und Häubchen hergegeben; dort gab eine alte Marabuboa die Umrandung für ein Kinderhäubchen, hier wurde aus winzigen Restchen von Batist und Spitzenbesatz ein weißes Krügelchen zusammengestellt, das jetzt ein dunkles Kleidchen klebt und freundlich pudelt. Denn auch hübsch sollen die Sachen sein — sollen nicht das Gepräge der Armut und des Mosenstrichs tragen, und der Samt wird genau geprüft, ob er in der Farbe auch zum Stoff des Mäntelchens paßt, dessen Krage er geben soll, die Bänder zum Häubchen werden „gestriert“, wie ja der Fachausdruck wohl heißt.

Das dünne gelbe Papier der „Altkleinschneide“ wurde gedreht und gewendet, bis es in den richtigen Lage war, die jedes Fädchen Stoff am besten ausnützte. Dann wird zugeschnitten, Band und Krügelchen, Knopf und Besatz dazugegeben, und das ganze, nähfertige Kleidungsstückchen beiseite gelegt, bis eine von den freundlichen gütigen Helferinnen aus unsrer Stadt sich meldet, die es nach Hause nimmt und fertignäht. Und nicht nur Samt, Stoff und Leinen finden Verwendung, für hundert andre Dinge ist hier ein nützlicher Sinn gefunden worden. Alte Filzhüte ergaben Minderhübschen, und zu andern „Kostchen“ gaben Restchen von Teppich- und Möbelstoff das Material. Die wasserdichten Sohlen aber wurden aus — Vinolcumresten geschnitten, die mit Filz oder Tuch bekleidet wurden. So kosten ein paar hundert Kinderschuhe, die manch ein armes frierendes Füßchen wohllich wärmen sollen, rein gar nichts, sind sie doch aus Restchen entstanden, mit denen die Eigentümer gar nichts anzufangen wußten.

Vieles mußte gekauft werden — so die Kisten voll Lederschuhe, die aus Deutschland besorgt wurden und die viele warme Strickwolle, bei deren Beschaffung das Kriegsministerium die helfende Hand leih. Die nützlichen Dinge wurden durch die heiteren ergänzt — Kinder gaben ihr Spielzeug für die armen kleinen Gefährten, Gräfin Berchtold spendete ein paar hundert Holzpüppchen, die ganz entzückend angezogen wurden — wiederum mit den winzigsten Flicken oder aus Filz, der sonst keine Verwendung hätte finden können — und so haben dann um die Weihnachtszeit manch ein Kololedämchen im Stützerbeiseiten Gazellefädchen und mit weißer Watterpitte ein Kinderherzchen höher schlagen gemacht. Eine ganz besonders reiche und schöne Spende eines kinderfreundlichen Millionärs ist dieses Jahr auch eingelangt: einige Kisten voll herrlichen Spielzeuges, Puppen darunter, so groß und schön, wie sie nur der Wunsch unsrer verwöhntesten und blasiertesten Kleinen ersehnen kann. Sie wurden jenen Kindern zugedacht, die des Vaters Tod aus behaglichen Verhältnissen riß — damit ein Schimmer der altgewohnten Bequemlichkeit, der schwerentbehrten Sorglosigkeit mit diesem Stückchen Kinderluxus ins Leben der Kleinen — ins Herz der Mutter falle.

So haben alle mitgeholfen — die Reichen, die mit vollen Händen gaben, die andern, die kleine Spenden brachten —, die oft ganz wertlos und unnütz erschienen und hier neuen Wert und neuen Nutzen erhielten. Und all die vielen freundlichen Helfer, die nähten und stühten, häkelten und strickten — ja, die Kinder in den Wiener Schulen nicht zu vergessen, die ein paar hundert gestrickte Wollhauben verfertigten und Besätze häkelten für Hosen und Hemdchen. Sie alle, alle haben so brav mitgeholfen, daß in diesem Jahre fast 3000 kleine Waisen beteuert werden konnten.

Dreitausend — aber fast ebenso viele stehen noch auf der Anmeldeleiße, die diesmal leer ausgehen mußten. Da versteht man es, daß die Damen des Komitees sich keine Ruhepause gönnen und heute schon wieder mit der Arbeit für die Weihnachtsfeier im nächsten Jahre beginnen. Schon liegen wieder zugeschnittene Hemden und Kleidchen bereit und warten darauf, daß die Wiener Frauen sie abholen und fertignähen — und schon schaut man nach neuen Gaben aus — an Spielzeug und Geld, an Stoffen und Flicken, an alten Kleidungsstücken, an Swirnen und

Besatz. Ja, ein besonderer Wunsch wird diesmal auch laut: Das Komitee bittet um alte Strümpfe. Wirkwaren sind so teuer und schwer zu beschaffen, aber alte Kinderstrümpfchen lassen sich anstricken, aus ein Paar zerrißenen Damenstrümpfen kann ein Paar neuer für zwei Kinderfüßchen werden.

Weihnachten ist vorbei — hat Licht und Wärme und Glanz in die Menschenherzen gesenkt — nur an dreitausend armen kleinen Waisen ist es vorbeigegangen. Aber ganz gewiß — sie sollen im nächsten Jahre nicht vergessen sein. Morgen schon, nein, heute noch, in diesen Tagen, da noch die Herzen weich und weit sind von der Stimmung der Festtage, werden die Kinder Wiens die alten Spielzeugschätze ein wenig lichten, werden die Wiener Frauen Nachschau halten unter alten Kleidern und in den Schächeln, in denen sie Restchen und Fleckchen aufbewahren, und, nicht zu vergessen — alte Strümpfe, und werden sich erinnern, daß sie wirklich ganz gut ein Stündchen im Tage ersparen können, um ein Kinderkleidchen zu nähen, ein Kindertäschchen zu sticken und werden am nächsten Montag oder Freitag schon nach der Hofburg wandern, ins Arbeitslokal des Witwen- und Waisenhilfsfonds, um ihre Schätze abzuliefern oder um Arbeit zu holen. Aber auch wirklich am nächsten Montag oder Freitag schon — nicht aufschieben und nicht vergessen — denn: dreitausend kleine Waisen warten!

3.1.1917

5

lassen. Ein Wettstreit ohnegleichen ist es, unbeschreibliche Freude, wenn das Kindchen gedeiht und zunimmt, und ein ständiger Ansporn, es immer besser zu betreten. Die Resolute liegen auf der Hand! Diese Mütter ziehen gesunde Kinder heran, kräftige, brauchbare Staatsbürger für die Zukunft, jeder ein Verteidiger der Grenzen des Reiches.

Unsere junge Kaiserin schrieb noch als Erzherzogin an das Kuratorium der Kriegspatenschaft: „Der Schutz und die Pflege der Säuglinge sichern uns eine gesunde künftige Generation! Nur gesunder Egoismus ist es, wenn wir mit allen Mitteln trachten, die Kinder, die dem Vaterlande geboren werden, zu erhalten und ihr physisches und moralisches Niveau zu heben. Deshalb müssen wir auch einen Schritt weiter tun! Ist das Kind einmal der Mutterbrust entwachsen, so beginnen erst recht die Sorgen um seine Ernährung und Aufzucht. Was ist so ein einjähriges Kindchen doch noch für ein hilfloses Geschöpfchen! Welch unsagbare Freude, wenn uns sein rosiges Gesichtchen entgegenlacht, seine runden Armechen sich uns entgegenstrecken. Nun denken wir uns unsern Liebling erstickt in Schmutz und Unrat, allein gelassen und vernachlässigt, unterernährt und rachitisch — ein Aufnahmeherd jeglicher Krankheit an Leib und Seele! Es stockt uns der Atem, nur daß wir es denken, und doch gibt es Mütter, die es sehen, die es erleben müssen — und nicht zu ändern vermögen. Oft vielleicht nur, weil plötzlich nach dem einen Jahr die Unterstützung der Mutter aufhörte, die Kontrolle über die Pflege des Kindes ansahnte und die Mutter gezwungen ist, auswärtige Arbeit zu suchen, um ihr Leben zu fristen, und so bleibt das kleine Wesen sich selbst überlassen. Soll, was im ersten Lebensjahr gerettet worden ist, im zweiten, im dritten zugrunde gehen? Nein und tausendmal nein! Da würde der Zweck der Kriegspatenschaft nur halb erfüllt. Es ist so schwer, Grenzen zu ziehen, einen Termin festzusetzen! Ich wollte, man könnte die armen Mütter unterstützen und kontrollieren wenigstens bis zum sechsten Jahr, bis die Schulpflicht beginnt. Dann würde vielleicht die allgemeine Einführung der Kinderhorter genügen, um die Jugend vor dem Schmutz und der Verderbnis der Straße zu bewahren, sie zum Lernen und Arbeiten, zu Ordnung und Reinlichkeit anzuhalten und in der Ernährung nachzuhelfen, wo es not tut. Aber den Kontakt mit den Eltern, das Vaterhaus, und sei es noch so ärmlich, sollten sie nicht verlieren. (Von Ausnahmefällen, wo mit Fastern, Robheit oder Trunksucht der Eltern gerechnet werden muß, abgesehen.) Die Kinder sollen dem Vater und der Mutter nicht entfremdet, Familienstimm und Familienliebe im Gegenteile mit allen Mitteln gefördert werden, denn die Familie ist und bleibt die Grundlage des Staates und der Moral, Mutterliebe aber ist unerfesslich!

Nur die Armen der Armen, die nichts und niemanden mehr haben, die sollte der Staat auflesen und gemeinsam zu tüchtigen Menschen erziehen, nicht nur aus Mitleid, sondern aus Staatsräson!

Trotz aller bewundernswürdigen Opferwilligkeit muß doch noch eine große Anzahl Gesuche armer Mütter unerledigt bleiben. Immer wieder reichen die Mittel nicht aus, um allen helfen zu können. Und doch ist die Organisation in Wien eine musterzügliche. Jeder Bezirk ist selbständig, hat seine Ehrenvorsitzende, seine Leiterin, und 880 Damen der besten Wiener Gesellschaftskreise setzen ihren Ehrgeiz daran, das menschenmöglichste zu leisten, um Kriegspatinnen zu werben und Geld zu beschaffen. Nur vier Bezirke sind noch nicht organisiert: der 14., 15., 16. und 17., aber auch dies dürfte bald geschehen, denn die Damen, die dort ihr Heim haben, werden an Opferwilligkeit, Edelsinn und Nächstenliebe nicht der Frauenschar der anderen Bezirke nachstehen wollen. Alle Fäden laufen natürlich in der Zentrale in den nimmermüden Händen der Ehrenpräsidentin Gräfin Randine Berchtold, der Präsidentin Baronin Hedda Skoda und der Vizepräsidentin Frau Berta Frankl-Scheiber zusammen. Der größte Dank gebührt den freiwilligen Hilfskräften der Bureau, den Herren und Damen, die in völliger Selbstlosigkeit seit Kriegsbeginn tätig sind.

Die Kriegspatin übernimmt während der Dauer des Krieges die Verpflichtung, für ein Patenkind 12, respektive 24 K. monatlich zu erlegen und kann sich auf dem ihr vorgelegten Bogen entscheiden, ob sie das Kind kennen zu lernen wünscht oder nicht und ob und in welcher Weise sie sich um dasselbe kümmern will. Viele erlegen nur den monatlichen Obolus und wollen mit dem Kinde nichts zu schaffen haben. Die meisten aber wünschen ihr Patenkindchen kennen zu lernen und öfter zu sehen, kümmern sich um sein Wohlergehen auch über das eine Jahr hinaus, und nicht selten ist es schon geschehen, daß das Patenkind an Kindesstatt angenommen wird. Der monatliche Betrag für die Kriegspatenschaft wird direkt an die Zentrale, Wien, 1. Bezirk, Herrngasse 7, eingesandt, bestätigt, auf das gewissenhafteste gebucht und zur Verteilung gebracht. Keine Mutter scheue sich, dort anzuklopfen, es werden keine peinlichen Geständnisse gefordert, kein schmerzliches Geheimnis enthüllt. Es wird nicht gefragt: Welchen Glauben hast du, welcher Nation gehörst du an? — ein armes, bedürftiges Menschenkind bist du — das genügt, daß sich dir barmherzige Hände öffnen! Aber nicht nur in Wien allein, in jeder Stadt, in jedem Dorfe der Monarchie sollte eine Filiale der Kriegspatenschaft errichtet werden und sie sollte ausschließlich ein Werk der Frauen sein! Die Gemahlin des Statthalters oder eine andere der Damen der verschiedenen Kronländer sollte in der Hauptstadt des be-

treffenden Landes die Kriegspatenschaft nach bewährtem Muster organisieren. Sie sollte einen Aufruf an die Frauen des Landes erlassen, besonders an die Gattinnen der Bürgermeister und Gemeindevorsteher, und würde dort gewiß tiefstes Verständnis finden. Denn viel mehr als im Getriebe der Großstadt werden auf dem Lande, wo sich jeder kennt, die Lücken sichtbar, die der furchtbare Krieg gerissen. Kaum ein Haus gibt es in Dorf und Stadt, wo nicht um ein geliebtes Familienglied gebangt, gezittert — geweint würde! Gemeinsame Not, gemeinsamer Kummer, das schließt die Menschen zusammen und befähigt sie zu selbstopfernden Taten, die man sonst nicht für möglich gehalten hätte — es bedarf nur des Impulses von außen! Die Kriegspatenschaft sollte aber nicht nur überall Filialen, sondern ein regelrechtes Heim besitzen, besonders in Industriebezirken, wohin die Mütter, die früh in die Arbeit gehen, ihre Kleinen, wenn sie acht Tage alt sind, bringen dürfen und wüßten, daß sie wohl versorgt wären, bis sie wieder kommen könnten, um sie zu nähren oder heimzuholen. Eine Krippe für die ganz Kleinen, ein Kindergarten für die Größeren, ein Raum für die Erkrankten und alle nötigen Wirtschaftsräumlichkeiten müßten darin Platz finden, und alles in einem farbenfrohen Garten stehen mit Turn- und Spielgeräten. Aber Geld gehört zu all dem, Geld und wieder Geld! Die Kriegspatenschaft hat in letzter Zeit drei große Aktionen veranstaltet: Der vom größten Erfolg begleitete Hansherrentag am 1. November, die Lichtablösung am Allerheiligentag und der Kauftag der Kriegspatenschaft am 5. Dezember. Die größte Unternehmung aber wird nun vorbereitet und an ihre Spitze hat sich unsere junge Kaiserin selbst gestellt. Es ist der Kaiserin Zita-Tag! Am Ramenstag der Monarchie werden in ganz Wien auf allen Straßen und Plätzen, in Kaufläden und Restaurants Lose verkauft werden, die in reizendster Ausführung das Bild des kleinen Kronprinzen schmückt. Wer wollte dies entzückende Kinderbildchen nicht erwerben wollen? Ein solches Los kostet 20 Heller und Bestellungen darauf werden schon jetzt in der Zentrale, 1. Bezirk, Herrngasse 7, oder im Verkaufsbüro des Vereines, 1. Bezirk, Kohlmarkt 22, entgegengenommen, welches die Firma Goldman & Salatsch in generöser Weise zur Verfügung gestellt hat. Es ist eine Effektenlotterie, und wir appellieren an alle Frauen Wiens, an alle Menschen, die das Kind lieben, uns Gewinne zuzusenden, und zwar bis inklusive 17. Januar, ausschließlich in das oben erwähnte Verkaufsbüro am Kohlmarkt. Der Mindestwert eines Gewinngegenstandes muß 5 Kronen betragen, die Haupttreffer sind aber 5000, 3000 und 2000 Kronen. Der Preis der Lose ist so gering gehalten, damit sie jeder, auch der Minderbemittelte, erwerben kann und mit ihnen das erhebende Bewußtsein, mitzuhelfen am Aufbau der neuen Generation, am Aufbau eines verjüngten, kraftvollen Oesterreich.

Der Kaiserin Zita-Tag für die Kriegspatenschaft.

Von Angela v. Glaser-Lindner.

In das Herz des ganzen Volkes rührt es, daß die erste Aktion der Kaiserin für das Kind gewesen ist: Kaiserin Zita hat das Protektorat über die Kriegspatenschaft angenommen. Bei der zärtlich sorgenden Mütterlichkeit, dem lebhaften Geist der jungen Herrscherin, der Regsamkeit und dem frischen Zugreifen, wo es gilt, können wir versichert sein, daß dies Protektorat keine Einkehr ist. Oesterreich-Ungarns Kinder sind in guter Hut!

Die deutsche Kaiserin war es, die zu Beginn des Krieges mit energischer Hand die Kriegspatenschaft in Deutschland ins Leben rief. Schon Jahrzehnte vorher war draußen im ganzen Reiche der Säuglings- und Mutterchutz organisiert worden, eine Institution, der das Deutsche Reich zum großen Teile sein kräftiges, schier unerschöpfliches Menschenmaterial — und damit seine Unbesiegbarkheit verdankt.

An einer Versammlung der Kriegspatenschaft in Frankfurt am Main nahmen mehrere Herren aus Oesterreich teil und kamen begeistert zurück von dem Zweck, der musterzüglichen Organisation und den Erfolgen dieses großen, segensreichen Werkes. Im Nu waren die Herzen einiger Wiener Damen für dies Liebeswerk gewonnen, und es ist geradezu erstaunlich, auf welche finanzielle Höhe der Geist, die Energie, die Erfindungsgabe und der Opferrmut dieser Damen das Unternehmen gebracht haben. Die Schwierigkeiten, die es zu beseitigen galt, schienen oft unüberwindlich und ließen den Mut manchmal auf den Nullpunkt sinken. Aber die nötigen Mittel waren doch überraschend bald aufgebracht, die dem Bau das notwendige Fundament geben mußten. Zuerst waren es zehn, dann hundert, dann tausend Frauen und Kinder, denen geholfen werden konnte — wie ein Fest feierte man diese Zahl damals! Und nun sind es über 10.000 Mütter, die nicht mehr schwer arbeiten, sondern sich schonen dürfen in den letzten sechs Wochen, in denen sie das heimende Leben unter dem Herzen tragen, denen alle Pflege wird in ihrer schweren Stunde und in der schonungsbedürftigen Zeit nachher und die reiche Stillprämien aneignern, dem Kinde die beste Nahrung zu reichen, die Mutter Natur geschaffen hat. Oh, diese tiefbeglückten, dankbaren Augen der armen Frauen, wenn sie die weichen Windeln, die winzigen Hemdchen und Häubchen, die warmen Wickel und Bettchen in Empfang nehmen und zärtlich darüber hinstreichen, als könnten sie es gar nicht fassen, daß das alles wirklich ihnen gehören soll; sie, die gezittert haben vor dem „Wie“ und „Woher“ und nicht wußten, wo ihr Haupt hinzulegen, wenn die schwere Stunde käme, und meinten, das arme Wärmchen in elende Lumpen hüllen zu müssen, Frost und Kälte und Hunger preisgegeben. Wer das einmal gesehen hat, der vergißt es sein Lebtag nicht wieder! Jede Mutter, die das Köpfchen ihres Lieblinges ans Herz drückt in innigem Dank gegen Gott, der ihr das größte Glück der Welt, das Mutterglück, sorgenfrei beschieden hat, sollte sich an jene armen Frauen erinnern und an das Elend der armen Kleinen! Zwei Millionen lebensfähiger Kinder kommen jährlich in Oesterreich zur Welt, 20 Prozent, das sind 200.000, rafft jährlich der Tod im Säuglingsalter, in dem die Sterblichkeit am größten ist, dahin. Das ist eine Ziffer, die zu denken gibt — zu denken, wie viele davon hätten gerettet werden können, wenn die Mütter gewußt hätten, wo sie Rat und werktätige Hilfe finden und offene Herzen und Hände!

Die Kriegspatenschaft hat in Spitalern aller Bezirke Wiens Mutterberatungsstellen geschaffen (Hauptstelle Kinderklinik Birquet), wo Damen als freiwillige Hilfskräfte aufopfernd tätig sind und die Ärzte in selbstloser Weise ihres Amtes walten. Dorthin bringen die Mütter an dem bestimmten Tage ihrer jeden Woche ihre Kleinen, um sie ärztlich begutachten und abwägen zu

Die Frauenhilfsaktion im Kriege.

„Als kämpfend sich die Männer — Im Krieg geg'überstanden, — Kammondonner dröhnte — Auch in den fernsten Landen, — Da haben sich die Frauen — In Arbeit rasch gefunden — Und heilten dann im Stillen — Die schwer geschlagenen Wunden.“

Diese Verse feierte die Gemahlin des Bürgermeisters Frau Bertha Weiskirchner dem Büchlein voran, das sie ihren Mitarbeiterinnen bei der Frauenhilfsaktion zur Erinnerung an das zweite Kriegsjahr widmet — an ein Jahr, das diese Frauen wiederum hingebungsvoller Arbeit, opferwilliger Erfüllung all ihrer selbstübernommenen, mannigfachen Pflichten gewidmet hatten. In ruhigen, schlichten Worten, mit einigen prägnanten Zahlen, gibt das Büchlein ein imponierendes Bild der Leistungen jener Organisation, die sich die „Frauenhilfsaktion im Kriege“ nennt.

Siebenhundert Wiener Frauen schären sich heute um die Frau Bürgermeister — bereit, helfend zuzugreifen, wo immer die Not ihrer von Kriegsnot hart betroffenen Schwestern, das Leid der Kinder Not und Hilfe verlangt. In allen Wiener Bezirken antieren sie — meist im Gemeindehause, wo sie in einem großen, wenig benutzten Raum — vielfach in den Sitzungssälen — ihre Bureauz ausgehängt haben. Es ist symbolisch, daß diese Frauenaktion Eintritt und Heimatsrecht gewonnen hat in Räumen, die einstmal den Männern allein vorbehalten gewesen. Ihren Mitgliedern gewährt man heute auch gern Sitz und Stimme bei Beratung wichtiger Fragen — der Ernährung, der Kriegsfürsorge, der Kinderpflege, der Vormundschaft — die einstmal am grünen Tisch von Männern allein entschieden wurden.

Ernstes Streben, grenzenlose Opferwilligkeit, schnelles Einleben, Erfassen und Verstehen der verschiedensten sozialen Probleme — das sind die Eigenschaften, die die Wiener Frauen bewiesen haben und die sie zum geschätzten Faktor und Mitarbeiter auf dem weitgedehnten Gebiete der Kriegsfürsorge werden lassen.

Wenn man die Räume betritt, in denen die Frauenhilfsaktion antiert, und ein Stündchen lang ihrer Tätigkeit zusieht und zuhört, dann erhält man einen schwachen Begriff von der mannigfaltigen Mieserarbeit, die sie zu bewältigen hat.

Sorgenbeladen kommt die Reservistenfrau hierher — oft nur um einen Rat einzuholen — etwa in Angelegenheit des Unterhaltsbeitrages oder wegen Erreichung einer andern Unterstützung — öfters aber, tausendmal öfters noch, um tatkräftige Hilfe zu erhalten.

Man versucht es nun zuerst, das Uebel an der Wurzel zu packen, der Frau Arbeit und Verdienst zu geben; man trägt sie in die Liste der Stellenvermittlung ein. Aber man gibt der Arbeitssuchenden auch direkt die Möglichkeit des Lebensunterhaltes, Näh- und Strickarbeit wird in Heimarbeit vergeben oder die Frauen werden in Näh- und Strickstuben der Frauenhilfsaktion aufgenommen. Frau Bürgermeister Weiskirchners Büchlein spricht in Zahlen: Zwischen 2000 und 8000 Frauen waren jeweils in

den 29 Nähstuben tätig. Es waren nicht nur Näherinnen, sondern auch Strickerinnen, Stickerinnen, Blumenbinderinnen, und arbeitsunkundige Frauen erhielten auch Unterricht. Hier wurde selbstverständlich nur gegen Entgelt gearbeitet, und die Tausende von Wäsche- und Kleidungsstücke, die hier auf Bestellung des Kriegsministeriums, des Kriegsfürsorgeamtes, der Aktion „Kälteschutz“ und zahlreicher Spitäler hergestellt wurden, versorgten nicht nur unsere Soldaten mit warmen Kälteschutzmitteln, mit sauberer Wäsche und Unterkleidung, sie gaben auch ihren Frauen reichlichen Verdienst und die Möglichkeit, ihr und ihrer Kinder Leben sorglos zu fristen. Vom August 1914 bis Ende Dezember 1915 wurden in den Nähstuben 6,517,917 Arbeitsstücke fertiggestellt. Welche Unsumme von Mühe und Plage das für die Damen bedeutet, welche die Einrichtung der Nähstuben, Materialbeschaffung, die Ausgabe, das Zuschneiden, die Buchungen, die Lohnverrechnungen übernommen hatten, das wird wohl jeder sich selbst ausmalen können.

Nun mußte auch für die Kinder gesorgt werden, deren Mütter tagsüber oder auch vollständig nicht imstande waren, sie zu betreuen und zu versorgen. Seinkrippen wurden geschaffen, in denen die Kleinsten in liebevoller Hut genommen wurden, Kindergärten und Jugendhorte für die größeren. Damen der Frauenhilfsaktion übernahmen die Einrichtung, die Leitung und Oberaufsicht, vielfach aber wurden auch bezahlte Kräfte, Lehrerinnen und Pflegerinnen, angestellt.

Die schwierigen Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung ließen die Damen der Frauenhilfsaktion auch helfend eingreifen. An Hilfsbedürftige, insbesondere an Kranke, Wöchnerinnen, stillende Mütter und Kinder wurden Milch und Lebensmittel aller Art abgegeben. Vom 1. Oktober 1914 bis 31. Dezember 1915 stellte die Zentralstelle Waren für 59,061 R. 35 S. zur Verteilung bei. Insbesondere zur Weihnachtszeit wurden größere Beteiligungen mit Lebensmitteln vorgenommen, so wurden zu Weihnachten 1915 (neben Schuhen, Kleidern, Stoffen usw.) an die Schützlinge der Frauenhilfsaktion mehrere tausend Kilogramm Zucker, Reis, Kaffee, Fett, Bohnen und Trockenmilch für 35,113 R. 20 S. verteilt. Auch den andern Hausfrauen half die Frauenhilfsaktion in ihren Wirtschaftsjorgen. Sie war es, die die ersten Kriegskochbücher herausgab, die Kochtische und Vorträge abhielt, um den Frauen Wiens die Wege zu zeigen, die glücklich durch die Schwierigkeiten der Kriegsküche hindurchzuführen; ebenso gingen auch die ersten Anregungen zur Anlage von Kriegsgemüsegärten von der Frauenhilfsaktion aus.

Wo die Institutionen der Frauenhilfsaktion selbst nicht ausreichen, da werden andre Wohltätigkeitseinrichtungen zu Hilfe genommen. Bedürftige aller Art, Schwangere und Kranke, Säuglinge und leidende Kinder werden den verschiedenen Wohlfahrtsaktionen anempfohlen und von diesen bereitwillig übernommen. Es ist selbstverständlich, daß jeder einzelne Fall genau geprüft und beraten wird, daß nicht nur die Bedürftigkeit des Bittstellers vorerst festgestellt, sondern auch die Wege genau bedacht werden, die ihm am raschesten Hilfe bringen. Dieser Recherchedienst ist es, den die Frauenhilfsaktion in ganz musterhafter Weise durchzuführen versteht, und der vielfach von andern Einrichtungen der Kriegsfürsorge in Anspruch genommen wird.

Die größte und verdienstvollste Leistung der Frauenhilfsaktion ist aber wohl die große Armenauspeisung in allen Wiener Bezirken. Trotz der ungeheuren Schwierigkeit der Lebensmittelbeschaffung — oder besser, gerade wegen ihr — ist die Zahl der Personen, die heute täglich in diesen Auspeisestellen ein warmes Mittagmahl erhalten, auf 32,000 gestiegen. In 113 Auspeisestellen wird das Essen — bestehend aus Brot und Gemüse — entweder den Bedürftigen an Ort und Stelle verabreicht oder es holen sich Frauen und Kinder die Mahlzeit für die ganze Familie nach Hause. Was diese Auspeisung für die Stadt Wien bedeutet, braucht nicht gesagt zu werden — heute weiß jeder einzelne nur zu gut, wie schwer der Arme sich das zum Leben notwendigste beschafft — jeder aber wird sich auch wohl vorstellen können, daß es ein linderndes, unendlich tröstendes Gefühl für den Aermsten ist, wenn er weiß, daß ihn der morgige Tag denn doch nicht hungrig finden wird — daß ihm die eine warme Mahlzeit sicher ist. Tausende mögen dadurch vor bitterer Verzweiflung bewahrt, mit neuem Mut zur Aufnahme des Lebenskampfes gestärkt worden sein.

Die Zahlen, die Frau Bürgermeister Weiskirchner zur Illustrierung des Umfanges anführt, den die Auspeisungsaktion mit der Zeit genommen, sind so drastisch, daß sie hier wiederzugeben seien: In der Zeit vom August 1914 bis Dezember 1915 wurden zum Beispiel fast 15 1/2 Millionen Portionen Gemüse verabreicht, welche einen Raum von 8000 Kubikmeter beanspruchten würden, mit andern Worten, nur in einem Rostopf aufbewahrt werden

könnten, der so groß sein müßte, daß man das Deutsche Volkstheater bequem darin unterbringen könnte. In der gleichen Zeit wurde zur Erzeugung von Brot eine derartige Menge Mehl verbraucht, daß 222 bis 225 Eisenbahnwaggons nicht ausreichen würden, um dieses Mehl herbeizuschaffen. Würde aus dieser Mehlmenge statt der vielen Laibe Brot ein einziger Laib erzeugt worden sein, so würde dieser Laib einen Durchmesser von 70 Meter haben und eine Dicke von 5 Meter, also ungefähr so groß sein, wie das Riesenrad im Prater. Zur Bestreitung der Kosten für diese Auspeisung wurde in dieser Zeit ein Betrag von 3-6 Millionen Kronen verwendet, welcher Betrag, in Zwanzig Hellerstücken angelegt, die fast unläßlich scheinende Höhe von 22,731 Meter, 25 Zentimeter erreicht, somit 165 Säulen in der Höhe des Stephanturmes zur Aufstapelung der Zwanzig Hellerstücke notwendig wären.

Gigantisch wie diese Zahlen ist eine andre Summe — die der Liebe, der sorgenden, aufopferungsvollen Liebe, welche die Damen der Frauenhilfsaktion auf ihre Werke verwendet haben. Die Frauen Wiens und ihre Führerinnen, Frau Bürgermeister Weiskirchner, Prinzessin Klementine Metternich-Sandor, Gräfin Gertraud Walterkirchen, Frau Hanni Brenkano, Frau Dr. Hildegard Burjan, Frau Josefina Kurzbaumer, Fräulein Dr. Ulla Seitz, Frau Sophie Guttmann, Frau Marianna Gainsch, Fräulein Gertha v. Sprung, Frau Rosa Wien, Frau Helene Granitsch, Frau Fanny Freund-Markus, Frau Elvira Kott, Frau Tomi Cosbert, Frau Anna Raff, Fräulein Mathilde Eisler, Frau Emmi Freundlich, können mit Stolz auf die Leistungen zurückblicken, die sie in diesen bitter-schweren Jahren zur Linderung von Kriegsleid und Kriegsnot vollbracht, und die auch die volle Anerkennung unfres verbliebenen Monarchen gefunden hatten. Das kleine weiß-rot-goldene Büchlein der Frau Bürgermeister Weiskirchner aber stellt ein bedeutungsvolles Blättchen dar in dem großen Ehrenbuche, das da heißt „Die Stadt Wien im Kriege“.

Die Spenden, welche der Frauenhilfsaktion bis zum 2. August 1916 zuströmen zur Bestreitung ihrer mannigfachen Auslagen, zur Erhaltung all ihrer Institutionen und die zum größten Teile durch die Sammelkätigkeit ihrer Mitglieder herbeigebracht wurden, betragen 14,093,813 R.

Großer Dank aber gebührt auch dem Obermagistratsrate Dr. Jakob Dont, der den Damen ein treuer, aufopfernder Mitarbeiter und Ratgeber gewesen. Um einen Begriff von seiner mitbevollenen Arbeit im Dienste der Aktion zu geben, mag nur gesagt sein, da auf seinen Schultern zum Beispiel die Last der Arbeitsbeschaffung und die Nährstube ruht sowie die Aufgabe der Beschaffung und des Einkaufes der Lebensmittel für die Auspeisestellen.

ung

rtter Zeitung.)

nummern 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonialzeile 60 ct, Abendl. 75 ct.
Reklamen 2. —, Abendl. 42 ct.
Familienanzeigen 41. —, zuzü-
10% Kriegszuschlag. Platz- und
Daten-Vorschrift ohne Verbind-
lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
Unsere Expeditionen in Frankf-
a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33;
Schillerstr. 20. Mainz: Schillerpl.
Berlin: Mauerstraße 16/18 Dresden:
Waisenhausstr. 25. München: Per-
nast. 5. Offenbach: Biebererstr. 3.
Stuttgart: Poststr. 7. Zürich: Nord-
straße 62. Uns. übrige Agenten
u. d. Annonce-Exped. Ferner in
New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter
Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Fasischeckkonto Frankfurt (Main) 143

Die deutsche Nationalstiftung für Hinterbliebene.

Die Beiträge für die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen haben sich in letzter Zeit, besonders auch aus industriellen Kreisen, ansehnlich vermehrt, zugleich ist auch die Organisation der Nationalstiftung weiter ausgebaut und gegliedert worden. Wie wir aus Anfragen entnehmen, ist man aber noch nicht überall mit der Aufgabe dieser Stiftung vertraut. Es besteht zunächst die Auffassung, daß die Versorgung der Witwen und Waisen aus diesem Kriege nicht der privaten Fürsorge zufallen darf, daß vielmehr das Reich in vollem Umfange auch für diese Kriegsopfer eintreten müsse. Diese Auffassung ist grundsätzlich richtig. Es besteht auch bereits eine Uebereinstimmung bei den gesetzgeberischen Faktoren dahin, daß die Hinterbliebenen-Gesetze zeitgemäß fortzubilden sind, wobei als Ziel aufgestellt wurde, die zuzubilligenden Renten nicht nach dem militärischen Grad des Gefallenen, sondern nach dessen bürgerlichem Einkommen zu bemessen, um ein „soziales Hinabgleiten“ der Familie möglichst zu vermeiden. Ein solcher Grundsatz entspricht allein dem Volksheer, in das jeder Weisensfähige eingetreten hat. Dies ist die Hauptsache, ob aber der Einzelne während des Krieges entsprechend befördert werden konnte oder nicht, ist demgegenüber von untergeordneter Bedeutung.

So verheißungsvoll das nun auch klingt, so ergeben sich doch im Hinblick auf die finanziellen Leistungsmöglichkeiten des Reiches sofort wieder bedeutsame Einschränkungen. Man wird die Höhe des zu berücksichtigenden bürgerlichen Einkommens begrenzen müssen — es ist von 4000 Mark gesprochen worden — man kann als Rente nur Bruchteile des Einkommens nehmen, die Rente bedeutet je nach Wohnort und Lebensgewohnheiten etwas sehr Verschiedenes, sie kann auch besondere Umstände (Ausbildung der Kinder usw.) nur wenig berücksichtigen. Sie kann also nicht individualisieren! Sie soll also einen bestimmten sicheren Untergrund bieten, während alles, was darüber hinausgeht, ein Feld der privaten Für- und Vorsorge bleiben wird. Es ist klar, daß dieses Feld noch recht weit ist, ja, daß erst auf der Grundlage reicher privater Mittel sich die Möglichkeit bietet, den Hinterbliebenen der in der Verteidigung des Vaterlandes gefallenen Helden den Dank der durch sie geschützten Heimat in würdiger Form abzustatten; je stärker die Mittel fließen, um so nachhaltiger wird sich dieser Dank gestalten. Es kann hier ungemein viel Gutes geleistet werden, das insbesondere in der besten Ausbildung der zahlreichen Kriegswaisen dann auch wieder der Volksgesamtheit zum Vorteil gereicht.

Liegt hierin die grundsätzliche Rechtfertigung der Nationalstiftung, so erhebt sich doch gleich die weitere, sehr wichtige Frage, ob denn nun auch die gesammelten Mittel zweckmäßig, unparteiisch und gleichmäßig verteilt werden? Eine Gewähr hierfür wäre in der Zentralisierung des ganzen Wertes in Berlin nicht zu erblicken. Es ist deshalb nur sachgemäß, wenn eine Untergliederung der Nationalstiftung vorgenommen worden ist. Hierüber wird uns von beteiligter Seite auf unsere Anfrage das Folgende mitgeteilt:

Die „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen“, die schon bald nach Ausbruch des Krieges als großzügige Ergänzung der staatlichen Rentenfürsorge gegründet wurde, hat inzwischen ihre Landes-, Bezirks- und Ortsorganisationen geschaffen und mit der Gewährung von Unterstützungen begonnen. In ihrer Organisation schließt sie sich vollständig unserem Behördenorganismus an; im Präsidium und Zentralauschuß ist der preussische Minister des Innern Vorsitzender, im preussischen Landesauschuß sein Unterstaatssekretär, im Provinzialauschuß der Oberpräsident, in den Kreisen meist der Landrat, in den Stadtkreisen der Oberbürgermeister. In Frankfurt bildet den Ortsauschuß der Magistrat, der sich zur Ausföhrung seiner Aufgaben der städtischen Fürsorgestelle für Kriegshinterbliebene bedient, und ihr als Beirat den „Gesamthilfsauschuß für die Opfer des Krieges“ beigegeben hat, dem alle mitarbeitenden Fürsorge- und Berufsorganisationen angehören; die Verausgabung der Mittel der Stiftung erfolgt in engster Zusammenarbeit mit der gesamten sonstigen Unterstützungstätigkeit. Für Frankfurt ist danach die sachgemäße und unparteiische Prüfung sichergestellt, die Hauptsache ist nun, daß große Mittel bereitgestellt werden. Es ist selbstverständlich, daß nicht alle in Frankfurt gesammelten Mittel ausschließlich in Frankfurt zur Verwendung kommen, ein Ausgleich zwischen leistungsfähigeren und bedürftigeren Gegenden ist bei der das ganze Volk treffenden Not der Hinterbliebenen nötig. Freilich darf dabei nicht vergessen

1917

14

Besuch der Kaiserin in der Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes, vormals „Kälteschutz“.

Ihre Majestät Kaiserin Zita hat vorgestern um 1/2 10 Uhr vormittags der Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes, vormals „Kälteschutz“, Wien, I. Bezirk, Schwarzenbergstraße Nr. 5 (Präsident Geheimer Rat Dr. Viktor Mataja), einen Besuch abgestattet. Schon lange vor der festgesetzten Stunde hatten sich in der Aktion, die in den Räumen der statistischen Zentralkommission untergebracht ist, eingefunden: der Minister für Kultus und Unterricht Dr. Max Freiherr Sussarek v. Heinlein, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Don Maquieira Enrique Lopez, der Vorstand des Kriegshilfsbureaus Hofrat Dr. Eduard Prinz von und zu Liechtenstein, der Vorstand des Kriegsfürsorgeamtes Feldmarschallleutnant Johann Löbl Ritter v. Lauernstorff, Excellenz Gräfin Maurice Nostitz-Riened, Hofrat Dr. Karl Ritter Eisler v. Eisenhort, kaiserlicher Rat Oskar Berl und der Vorstand der Landesstelle für Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide Oberinspektionsrat Hauptmann Serenyi.

Zum Empfang Ihrer Majestät erschien der großzügige Initiator der österreichischen Kriegsfürsorge Erzherzog Karl Stephan persönlich in Begleitung des Kammervorstehers Grafen Percival Bachtta von Bachtta Freiherrn v. Rathhofen. Der Erzherzog begrüßte die Kaiserin beim Tor mit nachstehenden Herren: dem Minister Dr. Max Freiherrn v. Sussarek, General der Infanterie Gottfried Seibt Edlen v. Ringenhardt, dem Präsidenten der Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes, vormals „Kälteschutz“, Geheimen Rat Dr. Viktor Mataja und den beiden Vizepräsidenten Heinrich Kautsch und Dr. Paul Zifferer.

Im Gefolge der Kaiserin befand sich die Hofdame Gräfin Eleonora Nostitz-Riened. Schon vor der Kaiserin erschien Obersthofmeister Alexander Graf Esterhazy von Galantha. Auf dem Treppenabsatz wurde die Kaiserin empfangen von Markgräfin Kreszenz von Pallavicini und der Präsidentin des Damenarbeitsausschusses Excellenz Frau Karoline Mataja-Radio sowie deren Stellvertreterin Frau Amelie Kautsch-Radio.

Die Kaiserin wurde nunmehr in den großen Sitzungssaal geleitet, wo der Präsident Geheimer Rat Mataja Ihre Majestät mit einer Ansprache begrüßte, in der er die verschiedenen Gebiete hervorhob, auf denen sich die Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes, vormals „Kälteschutz“, derzeit betätigt, und zwar: „Kälteschutz“ im engeren Sinne, dann Liebesgaben, ferner die Sonderaktion „Lorbeer für unsere Helden“, die Bekleidung von Invaliden sowie die neuerdings der Aktion unterstellte Bekleidung von Soldatenkindern, die schon einen bedeutenden Aufschwung genommen hat; an zweitausend Kinder konnten mit Kleidern, Schuhen und Wäsche versehen werden. Besondere Berücksichtigung fanden die Invaliden Kinder, die Kinder von Kriegsblinden, welche letztere insgesamt, soweit ihre Namen der Aktion bekannt wurden, vollständige Bekleidung erhielten. Die Bekleidung von Soldatenkindern dürfte das besondere wohlwollende Interesse Ihrer Majestät finden.

Nach der Ansprache des Präsidenten trat ein kleines Mädchen vor, das von der Aktion bekleidet worden ist und mit vieler Anmut ein Gedichtchen auf sagte, worauf es der Kaiserin, die sich gerührt zu dem Kinde neigte, einen kleinen Maiglöckchenstrauß überreichte. Jetzt wurde der Rundgang durch die verschiedenen Abteilungen angetreten. Die Kaiserin interessierte sich insbesondere für die Klippe mit dem Bildnis des Kronprinzen, entworfen vom Bildhauer Heinrich Kautsch, dem Ihre Majestät neuerlich ihren Beifall ausdrückte. Es bereitete der Kaiserin sichtlich Freude, zu hören, daß die Nachfrage nach den Klippen, die eine ganz ungewöhnlich rege ist, sich ganz besonders seit dem Tag gesteigert hat, seit die Bevölkerung die reizende Gestalt des jungen Kronprinzen in der Öffentlichkeit erscheinen sah. Auch der Lorbeeraktion brachte die Kaiserin großes Interesse entgegen.

Für die Bureauleitung war erschienen: Vizepräsident Dr. Alfred Korompay, für den Banddienst Oberrechnungsrat Adolf Ritter v. Engelhardt, für die Kasse Rechnungsrat Hieronymus Zimmerhagl, für die Buchführung kaiserlicher Rat Jakob Thomehl. Der Werbeausschuß war vertreten durch Regierungsrat Dr. Robert Tomajchel Edlen v. Stradowa, das Zentralausweisbureau durch die Leiterin Frau kaiserlicher Rat Flora Berl und die Damen Baronin Elsa Eger, Udele von Klarwill, Dela Löwenstein, Alice Ritter und Wanda Zifferer. In der Abteilung für „Kälteschutz“ waren anwesend: die Leiterin Baronin Myrrha Giannelia und die Damen Helene v. Fassinger, Grete und Anna Schimmelbusch, Hedwig Singer-Brandels, Valerie v. Valenzuela. In der Abteilung Liebesgaben waren an der Arbeit die Leiterin Hilde Ladenbacher und die Damen Bettina Brudner, Gräfin Etta Clam-Martinih, Marie v. Leonhardt, Anna v. Junced, Vsl Schima, Misi v. Schön, Irma v. Bertesy. In der Abteilung für Invalidenbekleidung war die Leiterin Blanka v. Palmagani und die Gräfin Fanny Clam-Martinih anwesend.

In der Abteilung für Bekleidung von Soldatenkindern waren in Tätigkeit die Leiterin Frau Therese Brba-Schlesinger und die Damen Rita Blumann, Lina Bomher-Lane, Misi Friske, Mady v. Grois-Seinsberg, Mona Kiaer, Emma Leschetizky, Vili Löwenbach, Hilda Markus, Baronin Ernesta Merkl, Sophie Moissi.

Die Abteilung für Zuschneiden war vertreten durch die Leiterin Juliane Pauli von Engebühel und die Damen Friederik, Baumann, Christa Clauser, Nora Heher, Blanka Lukacs, Excellenz Gräfin Maurice Nostitz-Riened, Irma von Schneller, Viktoria Weithner, geborne Gräfin Leiningen, Helene Miesl v. Zeileissen.

In der Abteilung der Spendenübernahme und Wollausgabe waren anwesend die Damen Marie Mataja, Julca Ritter, Gisela Weithner.

Die Kaiserin ließ sich die Leiterinnen der einzelnen Abteilungen vorstellen, während alle übrigen Damen vom Erzherzog Karl Stephan ins Gespräch gezogen wurden. Der Betrieb war in ungehemmter Tätigkeit. In der Abteilung für Invalidenbekleidung wurden gerade zwei Krieger, die auf ihren Uniformen die Tapferkeitsmedaillen trugen, mit Zivilkleidern und Schuhen versehen. Erzherzog Karl Stephan übergab anlässlich seines Besuches dem Präsidenten der Aktion Geheimen Rat Dr. Viktor Mataja wertvolle

Stoffpenden und überbrachte eine ihm zugekommene Spende von 2000 K. Die Kaiserin sowie Erzherzog Karl Stephan äußerten sich voll Genugtuung über die Tätigkeit der Hilfsaktion des Kriegsfürsorgeamtes, vormals „Kälteschutz“.

93.86 Kilogramm, Schmalz 496.40 Kilogramm, Rüsse 49 Kilogramm, Butter 1817.65 Kilogramm, Mehl 618.50 Kilogramm, verschiedene Gemüse 458.50 Kilogramm, somit ein Gesamtgewicht von 124.008.31 Kilogramm; dazu noch 94.724 Eier, worunter die gebrochenen nicht mitgerechnet sind. Nach amtlicher Schätzung beträgt der Geldwert dieser Lebensmittel rund 105.000 Kronen; dazu kommen noch die zahlreichen Geldspenden im Gesamtbetrage von 8188 Kronen 35 Sella, darunter die Rückzahlungsgebühr für die Verzehrungssteuer in der Höhe von 1971 Kronen 11 Sella, so daß der gesamte Geldwert der Liebesgabenspende für die Städte Linz und Urfahr eine Höhe von rund 113.000 Kronen besitzt. Beteiligt wurden im ganzen gegen 10.000 Personen, darunter 1155 in Urfahr.

Noch mehr aber als diese Zahlen sprechen einzelne Angaben im bischöflichen Dankschreiben, aus denen zu ersehen ist, wie groß und herrlich der Opfertwille der braven oberösterreichischen Landleute sich erwies. Der Bischof sagt:

„Die hellsten Freudentränen sind in diesen Wochen buchstäblich geflossen über die bleichen Wangen der von euch beschenkten überglücklichen Armen und Notleidenden in Linz und Urfahr. O, hättet ihr sie gesehen, die hungrigen Mütter mit ihren Kleinen im Arme, die zitternden Greise am schwankenden Stab, die 70jährigen Wittwen und die Kinder mit eingefallenen Wangen, wie sie zu Tausenden und Tausenden herbeiströmen, eure Liebesgaben innigst dankend in Empfang zu nehmen! Hättet ihr deren heiße Segenswünsche gehört, die leuchtenden Augen gesehen und den warmen Händedruck gefühlt, womit sie eurem Bischof und euch gedankt: ihr hättet mit mir die ganze Seligkeit des Heilandswortes begriffen, das ich euch damals geschrieben: „Geben ist seliger als nehmen!“ Und könnte ich euch die nahezu 700 Dankkarten und Dankschreiben zeigen, die in diesen Tagen an mich gerichtet wurden, von einsamen Wittwen in ärmlichen Dachwohnungen, von kinderreichen, ihres Ernährers beraubten Familienmüttern in engen Kellervohnungen, von bekümmerten Familienvätern am Kriegsschauplatz, die von eurer freigebigen Liebe erfahren: ihr hättet selbst die innigste Freude gefühlt ob der Versicherung des wärmsten Dankes, der aus diesen Zeilen spricht, der heißen Gebete, welche die Armen für ihre Wohltäter zu verrichten, ob der vielen heiligen Kommunionen, die sie für euch aufzuopfern versprochen.

Die schlichte Krankenpflegerin, welche eure Liebe in sinnigen Versen verherrlichte — das arme Dienstmädchen, das dem Bischof zum Dank ein langes Kriegsgebet abgeschrieben — die arme Witwe, die vor lauter Freude über die Bescherung eine ganze Nacht nicht schlafen konnte — die 68jährige Frau, die schon sechs Monate kein Ei gesehen und nie in ihrem Leben beschenkt worden war — die kranke Näherin in der Dachwohnung, die ihre Freude nur in stummen Tränen ausdrücken konnte — der arme beschenkte Straßenkehrer, der dem Bischof einen eigenhändig gefertigten künstlichen Blumenstock übersandte — der Korporal in der Schwarmlinie der Sönzofront, der über die Beteiligung seiner Gattin den Bischof seiner „unbeschreiblichen Freude und Glückseligkeit“ versicherte — die arme Frau, die, des Schreibens nicht kundig, nur auf einem Kartonäfelchen die Schriftzüge ihres Namens dem Bischof übermitteln ließ — das weihgelleibete Schulkind, das im Audienzzimmer des Bischofs Dankesverse auf sagte: „Christgläubige! Das sind nur einige wenige Szenen der seligen Weihnachtsfreude, die am heiligen Christfest in die Hütten und Wohnungen der Armen einzog und ihren Lichtschimmer weithin verbreitete! Und aus wie vielen Dankbriefen klingt es wider, daß diese eure Liebestat so manchen religiösen Zweifel, so manche verzweiflungsvolle Stimmung gehoben hat. Es war in der Tat ein seliges Weihnachtsfest, das ihr mitten in der kalten, finsternen Kriegsnacht den Stadtkarmen von Linz und Urfahr bereitet habt; eure Liebestat hat ihre Herzen erwärmt, euer Mitleid ihre Leiden gemildert, eure Freigebigkeit ihre Armut bereichert!“

In seinem Hirtenbriefe spricht dann Bischof Dr. Gföllner vom einträchtigen Zusammenwirken von Staat und Kirche in diesen schweren Zeiten und sagt:

„Die Kirche sucht vor allem durch die Beweggründe werktätiger Nächstenliebe und christlichen Opfer sinnes nicht nur die staatlichen Forderungen wirksam zu unterstützen, sondern auch Härten zu mildern und selbst Notlagen und Bedürfnissen zuvorzukommen, wohin der berechnete staatliche Einfluß nicht mehr reicht. Das ist freilich auch nur möglich in einem Lande, wo der Einfluß der Kirche über die Bevölkerung noch groß ist, und zwar nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich. Der Erfolg meines Hirtenbriefes hat es erwiesen, daß die Macht der Religion über unser Landvolk nicht etwa eine formelle, inhaltsleere Größe, eine schöne Hülle für die Bosheit und Härte der Herzen ist, sondern eine geistige, inhaltsvolle Größe. Die Religion ist eben nicht Privatsache, sondern äußert, richtig erfasst und geübt, ihren wohlthätigen Einfluß unverkennbar auch im öffentlichen Leben und bei gesellschaftlichen Notlagen. Eure Liebesgaben sind darum auch ein handgreiflicher Beitrag zur Apologie, zur Rechtfertigung der viel verkannnten, oft geschmähten Kirche und deren segensvollen Wirksamkeit.“

Schließlich teilt der Bischof noch mit, daß er dem Papste Bericht erstatten, für die Spender dreißig

Messen lesen lassen werde und übermittle der Landbevölkerung den Dank der Stadt Linz, deren Bürgermeister bei ihm erschienen sei und ihn gebeten habe, auch seinerseits der Landbevölkerung den wärmsten Dank auszusprechen. Den Schluß des Hirtenbriefes bildet die Mitteilung, daß die Liebesgaben für die Soldaten — für diese Sammlung des Oberhirten hatten die Oberösterreicher im August 14.000 Kronen aufgebracht — zu Weihnachten in den Schützengräben verteilt und seither mit Hunderten von Dankschreiben quittiert wurden.

Reichspost

14

Die Landleute ob der Enns.

Die Lebensmittelsammlung der oberösterreichischen Landleute als Weihnachtsgeschenk für die Stadtkarmen von Linz-Urfahr.

Wird einmal die Geschichte dieses Krieges geschrieben, dann werden die heimlichen Chronisten nicht der braven Oberösterreicher vergessen. Den „Blumentauseln“ werden sie sicherlich einen Ehrenplatz zuweisen, den Unbesteglichen und Tapfersten der Tapferen vom Edelweiskorps. Doch die dort oben im Salzkammergut, im Inn-, Hausruß- und Mühlviertel, zu Hause geblieben sind, die Ausgebirger und Weiberleute, die haben sich der Selben wahrhaftig würdig und ebenbürtig gezeigt.

Bischof Dr. Gföllner von Linz hat vor einiger Zeit, da die ärmeren Schichten der Bevölkerung von Linz und Urfahr argen Mangel an Lebensmitteln litten; zu einem eigenartigen Mittel gegriffen: er wendete sich in einem herzlich bittenden Hirtenbrief an die ländliche Bevölkerung seiner Diözese und forderte die Landleute auf, den Stadtkarmen zu helfen und ihnen als Weihnachtsgeschenk Lebensmittel, zu senden, welche die Pfarrämter einsammeln und nach Linz leiten sollten. Der Erfolg dieses Hirtenbriefes war ein überwältigender: die Landbevölkerung von Oberösterreich wetteiferte in Opferfreudigkeit, ein Ort übertraf den andern in Opfersinn und Nächstenliebe, und gerade die ärmeren Schichten der Landbevölkerung gaben rührende Beweise von Edelmut. Nun richtet der Bischof von Linz ein neuerliches Hirten schreiben in dieser Sache an seine Diözesanen, ein Dankschreiben, das er voll Freude über das Gelingen seines Werkes und erfüllt von gerechtem Stolz über den in seiner Diözese herrschenden edlen Geist der Liebe verfaßt hat.

Wir entnehmen diesem Hirtenbrief vor allem die erstaunlich hohen Ziffern der Abrechnung über die zu Händen des Bischofs eingegangenen Spenden. An Lebensmitteln wurden insgesamt gespendet: Kraut 77.157.50 Kilogramm, Fleisch 3722.60 Kilogramm, Aepfel 12934.50 Kilogramm, Rüben 9020.90 Kilogramm, Kartoffel 15.272.20 Kilogramm, Gruben 16.50 Kilogramm, Brot 996.60 Kilogramm, Hülsenfrüchte 136.60 Kilogramm, Dörrobst 1207 Kilogramm, Kaffee

Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und -kinder.

Gründende Hauptversammlung.

Am Freitag fand im großen Sitzungssaale der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbelammer die Vollversammlung des durch sein erspriehliches Wirken auf dem Gebiete der Jugendfürsorge bereits bestbekanntes Komitees „Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und -kinder“ zum Zweck der Umwandlung in einen Verein statt.

Bei der Versammlung, deren zahlreicher Besuch von dem lebhaften Interesse für die Bestrebungen des Vereines Zeugnis gab, bemerkte man unter andern die Gemahlin des Ministerpräsidenten Gräfin Clam-Martiniz, Minister Dr. Josef Maria Baernreither, den Militärkommandanten von Wien General der Infanterie Freiherrn v. Kirchbach und Gemahlin, den apostolischen Feldvikar Bjelil, die Gemahlin des Statthalters Baronin Blehleben, den Präsidenten Dr. Max Grafen Widenburg, Hofrat Prinzen Eduard Diechtenstein, Polizeipräsidenten Baron Gorup, Prinzessin Hanna Diechtenstein, Prinzessin Klementine Metternich, Oberlandesgerichtspräsidenten Doktor Paul v. Vittorelli, Baronin Leithner, Frau Elvira v. Bellmond-Bacor, Baronin Berta Bolfras, Vizeadmiral Freiherrn v. Fedina-Palombini, Baronin Friebeis, Frau Berta Weiskirchner, Frau Elsa v. Marterer, Gräfin Luise Fünfkirchen-Diechtenstein, Wilhelm Ritter v. Ofenheim, Frau Sektionschef Sophie Jarzebecka, Frau Generalkonsul Rifa Thalberg, Fräulein Marie v. Glaser, Frau Marianne Sainisch, Ministerialsekretär Doktor Lederer, kaiserlichen Rat Beschorner, Leutnant Hans Hendrich, Frau kaiserlicher Rat Sachselt, Frau Spanner-Sigl, Frau Antonie Kaiser, Generaldirektor Philipp, Kammerat Jesewitz, Bezirksrat Appel u. v. a.

Der Vorsitzende, Militärkommandant G. d. J. Freiherr v. Kirchbach, begrüßte alle Erschienenen, insbesondere die Vertreter der Zentralbehörden, der Fürsorgeorganisationen und dergleichen überaus herzlich und brachte hierauf den Erlaß der niederösterreichischen Statthaltereie betreffs der Vereinseinsbildung zur Verlesung. Nach einstimmiger Genehmigung der Satzungen erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Bericht, aus dem man das erfolgreiche Wirken des Komitees in der kurzen Zeit seines Bestandes entnehmen konnte. Baronin Luise Leithner hatte im Vereine mit andern hochherzigen Damen der Gesellschaft in Anbetracht der stets mehr umschweifenden Verwahrlosung der Jugend zu Beginn des vergangenen Jahres die Errichtung von Tagesheimstätten für Kriegerwaisen und -kinder angeregt. Es war ein großer Erfolg, daß sich auch unser Kriegsminister aufs lebhafteste für diese so sehr patriotische Bewegung interessierte, und wurde auch auf Veranlassung des Kriegsministers ein Komitee gebildet, welches sogleich mit der eifrigsten Sammel-tätigkeit einsetzte. Der schöne Gedanke fand in der Bevölkerung, die ohnehin bereits durch die verschiedenen Aufgaben der Kriegsfürsorge in Anspruch genommen wurde, die freundlichste Aufnahme, denn es waren sich ja alle bewußt, daß durch eine solche Arbeit die Kampffreudigkeit unserer Helben draußen im Felde ganz besonders erhöht werde. Dank dieser eifrigen Tätigkeit verfügte der Verein schon Ende Mai 1916 über einen Betrag von 1,700,000 K. und brachte zunächst 284 Kinder in elf bereits bestehenden Heimstätten und Wäsen und 564 Kinder in verschiedenen Ferienheimen unter.

Das Komitee ging jedoch daran, eigene Anlagen zu errichten, und schon am 3. Oktober 1916 fand die feierliche Eröffnung des nach dem kaiserlichen Protektor benannten und nach allen modernen Anforderungen eingerichteten Heimstättenpavillons im 16. Bezirk statt. An der Einweihung, die der apostolische Feldvikar Dr. Bjelil vornahm, beteiligten sich in Vertretung des damaligen Thronfolgers Graf Berchtold und der Ehrenpräsident des Komitees, der Kriegsminister Generaloberst Alexander Freiherr v. Probatin. Das Komitee richtete sodann in Döbling ein Kinderheim zur sofortigen Unterbringung von Kindern in dringenden Fällen, ferner eine Ferienbaracke in Neuwaldegg und einen Ferienhort in Breitenfurt bei Liesing ein und geht daran, im Laufe dieses Monats einen Heimstättenpavillon im 10. Bezirk zu eröffnen, welcher mit Genehmigung unserer Kaiserin den Namen „Bita-pavillon“ führen wird. Die Heimstättenpavillons im 16. und 10. Bezirk sind für die Unterbringung von je 150 Kindern während des ganzen Tages bestimmt.

In dem landschaftlich so prächtig gelegenen Gösing bei Mariazell hat Herr Giesinger in hochherziger Weise dem Komitee einen Grund zur Ver-

fügung gestellt, auf dem ebenfalls eine Heimstätte errichtet werden wird, die den Namen „Kronprinz Otto-Heim“ führen soll.

Schließlich errichtet das Komitee im Einvernehmen mit dem niederösterreichischen Landes-ausschuß im Gerichtsbezirk Liesing eine Berufsvormundschaft, der alle umfassenden Jugendfürsorgeeinrichtungen angegliedert werden sollen. Zu Weisnachten bedachte das Komitee die in eigener Verpflegung befindlichen 250 Mädchen und Knaben mit vollständiger Bekleidung.

Solche reiche Erfolge in so kurzer Zeit konnten nur dank der großmütigen Spenden von einzelnen Persönlichkeiten und Firmen, welche hohe Beträge zuwendeten, erzielt werden. Aber auch der Mitwirkung der freiwilligen Arbeitskräfte, insbesondere bei erträgnisreichen Veranstaltungen, ist der herzlichste Dank zu sagen, wie auch den Staatsbehörden, dem Bürgermeister und dem Magistrat, von welchem 150 Freistarten der Straßenbahn kostenlos überlassen wurden. Auch die Presse förderte durch die Veröffentlichungen über das Komitee und sein Wirken die schönen Bestrebungen auf das tatkräftigste.

Die hohe Anerkennung und Würdigung der edlen Arbeit wurde jedoch dem Verein dadurch zuteil, daß unser allergnädigster Kaiser nach seiner Thronbesteigung das Protektorat des Vereines beibehalten hatte und dadurch seinem huldvollen Wohlwollen den deutlichsten Ausdruck gab.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurde der vom kaiserlichen Rat Beschorner erstattete Rassenbericht einstimmig genehmigt und hierauf zur Vornahme der Wahlen geschritten, bis folgendes Ergebnis hatten:

Präsident G. d. J. Johann Freiherr von Kirchbach auf Lauterbach, erster Vizepräsident, Vizeadmiral Leopold Fedina Freiherr v. Palombini, zweite Vizepräsidentin Baronin Luise Leithner. Vorstandswitzglieder: Frau Elvira Bellmond-Bacor, Frau v. Adier-Jost, kaiserlicher Rat Alexander Beschorner, Baronin Berta Bolfras, Leutnant Hans E. Hendrich, Frau Marianna Sainisch, Baronin Johanna Kirchbach auf Lauterbach, Elsa von Marterer, Frau Marianna Nagh, Generaldirektor Erwin Philipp, Frau Rosa Bucherna, Hofrat Doktor Karl Rieger, Dr. Max Graf Widenburg, Delegierter des Kriegsministeriums Oberleutnant Professor Othmar Spann, Beratungsausschuß: Doktor Josef Maria Baernreither, Baronin Alice Baumgartner, Baronin Gabriele Blehleben, Frau Amelie Brumösch, Gräfin Heinrich Clam-Martiniz, Frau Mathilde Fleischmann, Gräfin Luise Fünfkirchen-Diechtenstein, Fräulein Marie v. Glaser, Frau Antonie Kaiser, Hofdame Frau Elisabeth von Kallay, Hofsekretär Dr. Max Lederer, Baronin Theodor Liebig, Hofrat Prinz Eduard von und zu Diechtenstein, Wilhelm Ofenheim Ritter v. Ponteuxin, Frau Hofrat Dr. Max Salzer-Wittgenstein, Isabella v. Schleyer, Dr. Paul v. Vittorelli, Berta Weiskirchner.

Eine eindrucksvolle Huldigung für unser Kaiserpaar beschloß die erhabende Versammlung, nach welcher Professor Dr. Klumker, der bahnbrechende Vorkämpfer auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und Schöpfer unserer Berufsvormundschaften, einen überaus spannenden Vortrag: „Wie steuert man am gründlichsten und raschesten der Verwahrlosung der Jugend?“ hielt. Mit tief überzeugenden Worten wies der Redner nach, daß die Erziehungsaufsicht über unsere bedrohte Jugend die Hauptaufgabe der modernen Jugendfürsorge bildet, welche eine der vornehmsten Pflichten unserer Gesellschaft darstellt. Er empfahl deshalb die Errichtung von Tagesheimstätten und ähnlichen Horten und die Ausgestaltung der Berufsvormundschaft. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des verdienstvollen Redners.

Kriegsinvalide" auf 3 Millionen Kronen und die Anzahl der Stiftungsplätze auf 75 für Offiziere und 150 für Mannschaftspersonen erhöht.

Der Kriegsminister hat der Firma Böhler u. Comp. für seine wiederholte hochherzige Wohlthätigkeit seine besondere Anerkennung und den herzlichsten Dank ausgesprochen.

Kriegsfürsorgewidmungen des Eisenwerkes Biskowitz.

N
Mährisch-Ostau, 21. Jänner. (Privattelegramm) Die Besitzer des Eisenwerkes Biskowitz haben anlässlich des Weihnachtsfestes und des Jahreswechsels den Betriebsangestellten und Arbeitern außer den üblichen Remunerationen noch besondere Zuwendungen gewidmet. Jeder im Werke beschäftigte Arbeiter erhält außer der bereits seit längerer Zeit eingeführten Kriegsleistungszulage eine Weihnachtsgabe je nach Länge seiner Dienstzeit im Betrage von 10 bis 50 K., wobei bei einem Arbeiterstande von 24,000 nahezu eine Million Kronen erforderlich. Ueberdies haben die Gewerke Beträge von zusammen vier Millionen Kronen für Fürsorgezwecke gewidmet, und zwar 500,000 K. für die bestehenden Beamtenpersonalinstitute, 500,000 K. zur Errichtung einer hydrotherapeutischen Heilanstalt, eine Million Kronen für die bestehenden Arbeiterinvalidendepots, 500,000 K. dem Witwenunterstützungsfonds, 500,000 K. zur Errichtung eines Kurfonds für Beamten und Arbeiter, weiter eine Million Kronen für allgemeine Kriegsfürsorgezwecke.

Wäscheaktion der Kriegspatenschaft.

Eine Bitte an die Schulmädchen.

Wir erhielten folgende Zuschrift:

„Zu den Entbehrungen, die uns die Not der Zeit auferlegt, gehört auch die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, Wäsche anzuschaffen. Sie wird von niemand schwerer empfunden als von den mittellosen Müttern, die ein Neugebornes zu versorgen haben. Von Woche zu Woche sehen wir in den ärztlichen Beratungsstellen der Kriegspatenschaft die Hülsen der kleinen Ankömmlinge mangelhafter und unzureichender werden und stehen diesem traurigen Zustand hilflos gegenüber, denn die früher uns zukommenden Spenden an Kleinfunderwäsche sind versiegt. Mangel an Wäsche aber ist immer mit Vernachlässigung der gebotenen körperlichen Reinigung verbunden und muß vollends dem Säugling, der nicht nur rein, sondern auch trocken gehalten werden soll, verderblich werden. Dieser Uebel zu steuern, hat sich, einer Unregung aus Deutschland folgend, im Rahmen der Kriegspatenschaft ein kleines Komitee gebildet, das die Schulmädchen — vorläufig der Haupt- und Residenzstadt — heranziehen will, in den Handarbeitsstunden aus alten Stoffen Säuglingswäsche anzufertigen. Der Landeslehrerrat von Niederösterreich hat bereitwillig seine Zustimmung gegeben und damit erkennen lassen, daß er dieser Hilfe, die unsre kleinen und halbwüchsigen Mädchen dem Staate an einem der wichtigsten Punkte leisten können, gebührende Bedeutung beimißt; die Handarbeitslehrerinnen stellen sich willig in den Dienst dieser großen und segensvollen patriotischen Aufgabe. Die kleinen Arbeiterinnen werden sich gewiß in dieser echt weiblichen Tätigkeit wichtig und glücklich fühlen und in dem Augenblick, wo sie dem Kriegswidelfind ihr Wäschebündel überreichen dürfen, freudigst empfundenen Lohn finden.

Dementsprechend wurde nachstehender Aufruf an alle Schulmädchen Wiens gerichtet:

Offener Brief an die lieben, fleißigen österreichischen Schulmädchen!

Meine lieben Kinder! Gewiß seid Ihr alle mit Freuden bereit, so gut wie die Erwachsenen dem lieben, bedrängten Vaterlande zu dienen. Seht! Trotzdem Ihr jung und klein und zarte Mädchen seid, könnt Ihr ihm in dieser schweren Zeit eine große Hilfe gewähren. Geht zu Eurer lieben Handarbeitslehrerin — sie weiß schon davon — und bittet: „Nicht wahr, wir dürfen in den Handarbeitsstunden für die kleinen Kinder Hemdchen nähen, Tüchchen und Bindeln machen und Barchentflede, die sie warm halten?“ Und jede bringt gleich etwas Stoff dazu mit. Denn Ihr habt schon Mutter, Großmutter und Tante gebeten, im Kasten nachzusehen. Es kann ja alter Stoff sein. Dieser ist sogar sehr gut dazu, denn ein Wickelfind hat eine zarte Haut, der das alte, weiche Binnen besonders gut tut. Bittet um alte Leintücher, Bettbezüge, alte Barchentwäsche.

Zunmer habt Ihr gern für Puppen genäht. Jetzt denkt, was es erst für eine Freude sein wird, für ein lebendiges kleines Menschenkind zu arbeiten, das in den Bindeln wohlig strampeln wird und in ein paar Wochen lachen, wenn Eure Wäsche es rein und trocken hält! Wenn jede von Euch

2

30

Kriegspatenschaft.

Dem Krieger im Feld nimmt sie die bange Sorge, daß Weib und Kind bitterster Not überantwortet bleiben. Die Kriegspatenschaft steht der Frau des Eingelichteten, die Mutterfreunden entgegensteht, bei, berät sie vor ihrer schweren Stunde und auch nachher durch Ärzte und Fürsorgerinnen. Ist das Kriegskind geboren, ist sie wirksame Patenschaft durch eine regelmäßige monatliche Beihilfe und schafft auch Lebensmittel und Bedarfsartikel herbei. Rund eine Million wurde im vergangenen Jahre den Patenkinder ausbezahlt, doppelt mehr als im ersten Jahre der Wirksamkeit. Auch die Regierung hat den Wert dieser privater Initiative entsprochen und vornehmlich mit privaten Mitteln erhaltenen Kriegsfürsorgeeinrichtung erkannt und ihr in der Denkschrift, die am Schluß des ersten Halbjahres 1916 veröffentlicht wurde, Worte hoher Anerkennung gewidmet; und auch namhafte materielle Unterstützung hat das Ministerium des Innern der Kriegspatenschaft zur Verfügung gestellt. Seit Beginn des Wirkens der Kriegspatenschaft hat Minister Dr. Baernreither, dessen soziales Arbeiten vornehmlich dem Kinderschutz gewidmet ist, die leitende Stelle im Kuratorium inne und hat sich für das Fortschreiben dieses Wohlfahrtsunternehmens kräftig eingesetzt. In der Bevölkerung selbst hat man der Kriegspatenschaft die notwendige Einsicht entgegengebracht und mit warmem Interesse, wie der letzte Jahresbericht erweist, die Ziele der dem Volkwohl in so hohem Maße dienenden Einrichtung gefördert.

Vericht über das Jahr 1916.

In der letzten Kuratoriumssitzung der „Kriegspatenschaft“ erstattete der Kasseverwalter Generaldirektor Dr. Birn einen ausführlichen finanziellen Bericht über das abgelaufene Jahr 1916, dem wir folgendes entnehmen:

Die Kriegspatenschaft konnte im zweiten Jahre ihres Bestandes dank der vielseitigen wohlthätigen Unterstützungen ihre Leistungen gegenüber dem ersten Jahre mehr als verdoppeln. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 1,045,000 K. Von diesem Betrage wurden 989,000 K. oder 94.6 Prozent in Baren, den Patenkinder, respektive Müttern, ausbezahlt gegenüber nur 389,000 K. im Vorjahre. Diese größte Ausgabenpost ist daher im zweiten Jahre mehr als zweieinhalbfach so groß wie im ersten Jahre. Die Unterstützungen an Mütter beschränkten sich jedoch nicht nur auf diese baren Geldebeihilfen, sondern dieselben wurden durch vielfache Zuweisungen von Bedarfsartikeln und Naturalien, wie Wäsche, Sauer, Grieß, Mehl u. c., ergänzt.

Während die monatlichen Unterstützungen an Mütter mit 66,000 K. im Jahre 1915 den Höchstbetrag erreichten, konnten diese schon im Februar 1916 70,000 K. überschreiten, im April auf 78,000 K., im Juli auf 88,000 K. ansteigen und betragen ab September 1916 jeweils mehr als 80,000 K. monatlich.

Die nächstgrößten Kosten verursachten die Erhaltung der 15 Beratungsstellen in den Kliniken und die unzähligen Besuche der Recherchentinnen und Fürsorgerinnen in den Wohnungen der einzelnen Mütter; insgesamt betragen jedoch solche im ganzen Jahre die Summe von 19,400 K. oder 1.9 Prozent der Gesamtkosten. Diese außerordentlichen Leistungen bei so geringen Kosten ist dem besonderen Entgegenkommen der Eheärzte zu verdanken, welche die verdienstvolle Arbeit vollkommen unentgeltlich leisteten, während nur einzelnen Assistenzärzten bescheidene Remunerationen ausbezahlt wurden und im übrigen bloß die Speise für Reinigung und für Bedienung zu bestreiten waren.

Die Gesamteinnahmen im Jahre 1916 betragen 1,405,876 K. Als größte Post der Einnahmen figurieren die Zahlungen der 3400 Patinen im Gesamtbetrage von 520,900 K. Das übrige wurde durch Subvention von seiten des Kriegshilfsbureaus des Ministeriums des Innern im Betrage von

75,000 K., durch Spenden, Veranstaltungen, wie Kauf- und Geburtstag der Kriegspatenschaft, Herrensammlung, Kinovorstellung, wie auch durch den Verkauf verschiedener Artikel durch das Vertriebsbureau eingebracht.

Da die Kriegspatenschaft dafür sorgen muß, daß sie ihren Verpflichtungen unter allen Umständen auch für die Zeit nach Beendigung des Krieges nachkommen kann, ist sie gezwungen, aus den Einnahmen große Rücklagen zu machen, die den Betrag von 690,000 K. erreicht haben. Diese Rücklagen decken für alle Fälle die fünf- bis sechsmonatigen Auszahlungen der bereits gewährten Patenschaften. Außerdem sind in der Summe der Rücklagen große Beträge enthalten, die ausdrücklich der Kriegspatenschaft mit der Widmung gespendet wurden, nur für die Zukunft nach dem Kriege verwendet zu werden.

Wenn daher auch nach dem Vorstehenden die finanzielle Bilanz der Kriegspatenschaft für das Jahr 1916 keine unglückliche ist, so sind die Aufwendungen doch nur für einen kleinen Teil in Anspruch zu nehmen, den immer dringender werdenden Bedürfnissen zu entsprechen. Täglich macht die Kriegspatenschaft die Erfahrung, daß alle Anstrengungen derselben nicht imstande sind, auch entfernt alle Not und alle Bedürfnisse der sich täglich steigenden Anzahl der meldenden Mütter zu befriedigen.

Die Bestrebungen zur weiteren Beschaffung von Mitteln müssen daher intensiv fortgesetzt werden, wenn die Kriegspatenschaft sich in der bisherigen Entwicklung weiter bewegen soll. Das verdienstvolle Damenkomitee hat die geräuschvollen Feste mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit eingestellt, dafür aber um so mehr aussichtsreiche neue Unternehmungen in Szene gesetzt. So erhofft die Kriegspatenschaft von einem in Vorbereitung stehenden „Zitatag mit Lotterie“ ein bedeutendes Ergebnis, ebenso verspricht der Vertrieb des Kaiserbildes ein größeres Resultat.

Auch vom Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern und dem Witwen- und Waisenhilfsfonds hofft die Kriegspatenschaft auf die bisher gewährten Unterstützungen, und auch zahlreiche wohlthätige Spender werden gewiß wieder der Noth der Armen durch reiche Zuwendung gedenken. Aber vor allem zwingt der Ernst der Zeit und die bittere Not der armen Mütter die Kriegspatenschaft, sich wiederum an die durch ihre Wohlthätigkeit so sehr bekannten Mitbürger mit der Bitte zu wenden, die so sehr humanitären und patriotischen Ziele der Kriegspatenschaft durch reichliche Anmeldung von Patenschaften und Spenden zu unterstützen und auf diese Weise der Noth der armen Bevölkerung wenn auch nur teilweise zu steuern.

Eine Schöpfung guter Menschen.

Bilder von der Schuhzentrale.

Wir erhalten die nachstehenden Zeilen, die mit freundlicher Beredsamkeit an die Teilnahme für eine Million appellieren, die gerade in diesen Tagen harter Entbehrungen und bitterer Not ihre enorme Verdienstlichkeit bewiesen hat.

Wenn man einst nach dem Kriege Ueberflutungen über die Wohltätigkeitsaktionen der Frauen Oesterreichs halten wird, dann werden die von Frau Dr. Sophie Grünfeld zuletzt ins Leben gerufenen unter den schönsten und verdienstvollsten genannt werden. Man nehme sich die Mühe, einmal am Nachmittage zwischen 4 und 6 Uhr die sogenannte Schuhzentrale zu besuchen, wo die Armen Wiens in dieser bitter-schweren Zeit dank der Fürsorge dieser hochherzigen Frau (die schon vor dem Kriege immer gewußt hat, wo die armen Kinder der Schuh drückt) für sich und ihre Kinder neue Schuhe bekommen. Da gelangt man zuerst — alles was einst des Hervorhebens kaum wert gehalten wurde, ist heute so gar nicht selbstverständlich mehr, sondern bedeutungsschwer und wichtig! —, also man gelangt zuerst in ein großes, freundliches und gut durchheiztes Zimmer, in dem es sich doch nicht so traurig wartet als anderswo in Räumen, durch die der Frost der Natur und der Herzen weht. Und da sitzen nun die Klienten, die man heute abzufertigen hat, meist Frauen und Kinder, und kein schnarrender Ton, kein Hochmut und keine Amtsmiene läßt es sie empfinden, daß man sich etwa um des besseren Kleides willen hoch erhaben über sie dünkt. Und dann werden sie nicht erst des langen und breiten, unter Zeitverlust

mit Personal- und andern Tatbestandenaufnahmen gemarriert. Alles, was Vorarbeit ist, ist bereits geschehen; sie kommen schon mit Anweisungen versehen und brauchen sich die Schuhe nur noch abzuholen. Das Gesuch nämlich hatten sie schon früher einreichen müssen, und dann wurde recherchiert, und nach der Recherche ihnen die Anweisung mittels der Post ins Haus geschickt.

Nun sitzen sie, wie gesagt, im freundlich durchwärmten Zimmer — es sind täglich 50 bis 60 Personen — und warten, bis ihre Nummer aufgerufen wird. Es sind meist verschüchterte, blasse, erfrorene Geschöpfe, bei deren Anblick einem wiederum so recht zu Bewußtsein kommt, in was für eine Zeit das Schicksal uns hineingestellt hat. Da wird gehustet und dort wird gehustet; es sind arme Kinder mit halbnackten Füßen, und alte Frauen desgleichen; die Jahre machen den Unterschied, die Not ist allen gleich. Wenn ihre Nummer an die Reihe kommt, dann geht es in ein zweites Zimmer; da geht die „Belleidung“ vor sich. Da werden sie von den diensthabenden Damen ausgefragt, gar nicht in dem Ton der Wohlthäterei, die ein Armer oft so schmerzlich empfindet; und dann — nun dann eben — werden sie bedient. Das ist nämlich im Wortsinne zu nehmen: sie werden bedient, das alte Schuhwerk wird abgelegt und entweder durch neues oder gut ausgebeffertes ersetzt. Und da gibt's wieder zu sehen! Schredliches, Fieses, die beim Aufschneiden nur so von den Sohlen herniederhängen, und oft sind auch die Strümpfe so naß, daß sich der Schuh ohne eine Unmasse von Federweiß nicht anziehen läßt. . . . Aber auch Mührendes, ja wohlthuend Unmutendes gibt es hier. Ein Kind ist da, dessen Augen glücklich leuchten und das — o du kleine Eitelkeit! — ganz beseligt klistert: „Mutter, sogar gelbe Schuh' hab' ich bekommen.“ Und der Anblick so einer Mutter, wie sie zu den Damen dankbar aufschaut, die ihrem Kind just die hübschen gelben Schuhe herausgesucht haben, das ist ein Kapitel für sich. Dann beginnen die Frauen oft zu erzählen: Der Mann ist eingerrückt oder in Gefangenschaft, vier, fünf Kinder ohne Brot, die Wohnung ohne Kohle; und von Schuhkäufen in der heutigen Zeit ist doch schon gar keine Rede. . . . Und da erkennt man erst den Wert dieser Aktion. Die Kinder schauen mit erstaunten Augen immer wieder auf ihre Füßchen; Frau Doktor

Grünfeld streichelt sie; und einige Damen, die gerade auch zu Besuch sind, fragen, welche Schule die Kinder besuchen, was für Klassen sie haben? Was, Einser? Lauter Einser? Und die Mutter lächelt, die Kinder werden rot. . . . Wir aber haben ein Gefühl der Beschämung: wir haben den Mut, ein solches Kind nach seinen Fortgangsklassen in der Schule zu fragen? Es hustet schwer, weil es wochenlang mit nassen Füßen in zerrissenen Schuhen herumgegangen ist, und wir verlangen — denn solch ein Verlangen ist ja tödlich doch auf dem letzten Grund der scheinbar so wohlmeinenden Frage verborgen —, daß es erst gute Klassen nach Hause bringen soll, als wäre es erst dann unfers Mitkleids wert! Eine Mutter sagt: „Das Kind ist warm angezogen und hat eh' ein warmes Mantel, und hustet trotzdem. . . . Wahrscheinlich machen das die Schuhe. . . . Ihr ist halt immer in den Füßen kalt.“ Ja, was nützen die wärmsten Mäntel bei zerrissenen Schuhen, und wer sagt uns das Mittel, wie man mit einer guten Note in der Sprachlehre beim Mangel von Schuhen die Füße warm halten soll?

Frau Dr. Grünfeld führt uns in ein drittes Zimmer, das von oben bis unten mit Schuhvorräten gefüllt ist. Zusammen mit ihrem technischen Beirat Herrn Klein hat sie umsichtig bereits auch für das Frühjahr und den Sommer vorgesorgt. Da sind ganze Ballen Stoff für Sommerschuhe. Da gibt es Schuhe mit Holzsohlen, wie unfre Arbeiter sie wünschen, dann Schuhe mit Luch für alte Frauen, die an den Füßen leiden, und Schuhe mit Ledersohle und Wäsen für verschämte Arme aus dem Mittelstand. „Wenn ein Berarmer aus diesem Stand“ — so erklärt man uns — „in einem Bureau arbeiten muß, dann wird er so leicht über die Achsel angesehen, wenn er mit den klappernden Holzsohlen daherkäme; und wir wollen ihn doch nicht kränken, sondern im Gegenteil ihm wie jedem andern nach Möglichkeit und nach seiner Notwendigkeit Gutes tun.“ Kurz, hier wird gearbeitet, wie es überall der Fall sein sollte, mit Herz, Verstand und Gemüt. Ja bei jeder Frau und bei jedem Kind wird so lang gesucht und probiert, als ob es um eine wohlhabende Kunde in einem Modegeschäft ginge, bis für sie das Brautischeste und Passendste gefunden worden ist.

Dann werden wir noch in ein Magazin geführt, wo übereinander getürrt große Kisten mit Schuhen heimischen, deutschen oder schweizerischen Fabrikats zu sehen sind. Dort wieder hat die Schuhzentrale ihre eigene Werkstätte, wo die herben Holzsohlen von allen Zwickelern, die vom Schuhmachergewerbe herkommen, mit Lederflecken benagelt werden, damit sie haltbarer sind und nicht so laut klappern. Und hier die „Kanzlei“, wo Herr Direktor Weissenberger ebenfalls unermüdet seines Amtes waldet, natürlich „honorar- und taxfrei“. Denn jeder und jede: Herr

Klein und die Damen Frau Direktor Bauer, Frau Dr. Zins, Frau Generaldirektor Porges, Fräulein Rosel Grünfeld, dient hier freiwillig in Erfüllung einer andern als einer Vertragspflicht, und gelohnt nur von dem Bewußtsein, in solcher Zeit das ihrige aus aller Kraft zu tun. Mit einem Worte, gute Menschen sind es, die hier walten, unermüdet und unsagbar erfindend in all den stillen Fragen des Herzens, wie man dem Armen den Augenblick leicht macht, da er hier als Bittender erscheint.

Daß es nicht Uebertreibung ist, wenn man hier von erfindendem Sinne spricht, das mag eine kleine Tatsache bezeugen. Weiß man, was an dieser Stelle jetzt geplant wird? Diese Damen und Herren wollen gar noch eine Werkstätte errichten, in der Frauen unterrichtet werden sollen, die Schuhe ihrer Kinder selbst auszubessern. Welcher Segen für viele Kinder wäre das, wenn die Mutter ihnen abends nicht nur die Fäden und die Kleidchen, sondern auch — sei es auch nur für die Not und den Augenblick — die Schuhe selbst ausbessern könnte! Wieviele franke Kinder weniger würde es da geben! Und unfre Frauen haben jetzt im Kriege schon so viel gelernt — warum sollten sie nicht auch Schuhe flicken lernen? Fürwahr, die gütige Frau, die diese Zentrale ins Leben gerufen hat, hat sich den wärmsten Dank der Wiener Bevölkerung verdient. Sie hatte für ihre Aktion viel zu kämpfen, viele Hindernisse zu überwinden; aber nun ist die Schöpfung gesichert und in so außerordentlichem Maße im Gange, daß heute von dieser Stelle aus sogar eine Anzahl von Wohltätigkeitsvereinen und Institutionen ganz oder zum Teil mit dem nötigen Material für ihren Bedarf versehen werden. Und wohl darf man darum die Hoffnung aussprechen, daß es bei uns gewiß nicht an andern guten und hochherzigen Menschen fehlen wird, die diese Schöpfung unterstützen und nicht untergehen lassen werden, so daß uns das schöne Werk bis zur hoffentlich baldigen siegreichen und segensvollen Beendigung des Krieges erhalten bleiben wird.

Die Erhöhung des staatlichen Unterhaltsbeitrages.

Spalowsky berichtet über die Erhöhung des staatlichen Unterhaltsbeitrages und beantragt die Genehmigung einer an die Regierung zu richtenden Petition. In der Begründung weist der Referent darauf hin, daß das Gesetz vom Jahre 1914 längst seine Unzulänglichkeit bewiesen habe. Eine natürliche Folge davon ist die zunehmende Verelendung der Familien der Eingekerkerten. Der Unterhaltsbeitrag ist heute zur Bestreitung des Lebensunterhaltes durchaus ungenügend, wenn man beachtet, daß fast alle Lebensmittel um 300 und noch mehr Prozent teurer geworden sind. Eine Beschaffung des notwendigen Erfasses von Kleidern, Wäsche, Schuhen usw. ist schon deswegen in diesen Familien nicht möglich, weil der Unterhaltsbeitrag nicht einmal zur Beschaffung von Lebensmitteln ausreicht. Es ist also eine Abhilfe dringend notwendig, ist aber auch möglich. Für die Kriegsdienstleister wurde

im Jahre 1914 bloß für die Bestätigung ein Betrag von 1 K. 79 S. pro Tag festgesetzt. Im Jahre 1916 wurde dieser Betrag auf 3 K. 41 S. erhöht. Auch die Gebühren für die Militär-Durchzugslosten wurden von der Militärverwaltung von 88 S. im Jahre 1914 auf 1 K. 92 S. Ende 1916 erhöht. Auch ein Vergleich mit Deutschland zeigt, daß dort die Unterhaltsbeiträge, die anfänglich viel niedriger waren als bei uns, bedeutend erhöht wurden, von 6 Mark in den Sommermonaten und von 9 Mark in den Wintermonaten für die Frau auf 20 Mark und von 4 Mark für jedes Kind auf 10 Mark. Außerdem zahlen dort die Städte und die Zweckverbände einen ausgiebigen Zuschuß. Der Einwand, daß die Kosten ganz gewaltige seien, darf die Regierung nicht hindern, die Erhöhung durchzuführen, insbesondere werden Frauen mit einem oder zwei Kindern dieser Erhöhung am meisten bedürfen. Die Erhöhung ist übrigens begrenzt durch die Bestimmung, daß die Gesamthöhe der Unterhaltsbeiträge nicht größer sein dürfe als das Einkommen des Mannes.

Allrecht gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung, die sich bisher fast zu allen Petitionen ziemlich ablehnend verhalten hat, nun doch nachgeben werde, und daß eine ausgiebige Erhöhung des Unterhaltsbeitrages werde stattfinden müssen. Das Gesetz, womit die Unterhaltsbeiträge eingeführt wurden, mag gut gemeint gewesen sein, was ist aber aus ihm geworden? Die Unterhaltskommissionen haben nach Gutdünken gehandelt. Zahlreiche Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes haben ein mangelhaftes Verfahren der Unterhaltskommissionen festgestellt, und auch sonst ist durch die Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes die Haltung des Gesetzes wesentlich verschoben worden. Die Forderung ist wohl berechtigt, daß die Regierung jetzt daran geht, die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes als Vorschriften geordnet an die Unterbehörden hinauszugeben, damit den Parteien der langwierige Weg zum Verwaltungsgerichtshof erspart wird. Auch sollten Berufungskommissionen eingeführt werden, damit nicht die Unterhaltskommissionen selbst über sich entscheiden. Die Gleichstellung des Nebenverdienstes mit dem Unterhaltsbeitrag bietet eine ganz ungerechtfertigte Grundlage, und es muß daher bei der Neuverfassung des staatlichen Unterhaltsbeitrages ein gewisses Existenzminimum festgelegt werden. Auch die Frage des Mietzinsbeitrages ist zu erheben. Wenn es zur Erhöhung des Beitrages kommt, dann müßte auch die Beschränkung wegfallen, daß der Unterhaltsbeitrag nicht höher sein darf als der frühere Verdienst des Mannes, denn dieser läßt sich schwerlich feststellen.

Dr. Hein erklärt, daß seine Partei für die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages stimmen werde. Alle Parteien haben sich in dieser Frage bemüht, und es herrsche in der Wiener Bevölkerung diesbezüglich keine Meinungsverschiedenheit. Der Verwaltungsgerichtshof sei in dieser Angelegenheit als mustergerichtlich anzusehen, und er habe sich als ein Hort in rechtlicher Beziehung erwiesen, der eine humane Gesetzgebung vertritt und sich nicht auf den Standpunkt des Fiskalismus stellt. Er habe in seinen Entscheidungen unter anderem den Standpunkt eingenommen, daß der Unterhaltsbeitrag keine Almosen, sondern eine öffentlich-rechtliche Existenzminimum, sondern ein den sozialen Verhältnissen entsprechender Unterhaltsbeitrag zu bewilligen, und daß nicht der notwendige, sondern der Unterhaltsbeitrag überhaupt notwendig ist. Es wäre wünschenswert, die Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes der Bestimmung des Unterhaltsbeitrages zugrunde zu legen. Der Unterhaltsbeitrag gehöre zu den Kosten des wirtschaftlichen Verteidigungskrieges. Die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages wird sich auch zum Teil wieder für den Staat als nutzbar erweisen. Von jedem Gesichtspunkt aus empfiehlt sich daher die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages. Redner erklärt, daß er sich voll und ganz den Anträgen anschließen und daß er wünsche, daß dieses einmütige Verlangen des Wiener Gemeinderates mehr Rücksicht findet bei der Regierung wie die Vorstellungen anderer Faktoren.

Claret erklärt, daß seine Parteigenossen für die vorliegende Petition stimmen werden. Allerdings bemerke er in der Petition, daß von den Frauen, die in gemeinsamem Haushalte leben, nichts gesagt wird. Der Redner bespricht sodann die Handhabung des Gesetzes insofern, als es von den verschiedenen Unterhaltskommissionen in einer Weise interpretiert wird, die sicherlich nicht in der Absicht der Gesetzgeber gelegen war. In Berlin, wo der Unterhaltsbeitrag im letzten Jahre auf 20 Mark hinaufgesetzt wurde, bekommen die Angehörigen den gleichen Betrag durch die Gemeinde. Dazu komme noch die Reichswochenhilfe im Deutschen Reich in der Höhe von 116 Mark bei jedem Kind, welches geboren wird. Die sozialdemokratische Partei hat schon wiederholt bei der Regierung interveniert, daß die Durchzugsgebühren jedes Jahr neu festgesetzt und damit die Unterhaltsbeiträge erhöht werden. Ein Erfolg ist nicht möglich, weil die parlamentarische Arbeit bei uns ausgeschaltet ist. Die Sozialdemokraten werden auch diesem neuerlichen Versuch, eine Erhöhung durchzusetzen, voll zustimmen, wenn sie auch mit Rücksicht auf die Nichtbeziehung der nicht angetrauten Frauen von Eingekerkerten von der Vorlage nicht voll befriedigt sein können.

9. 12. 1917

42 9

(P. Z. 1510, M. A. XI, 5338.) **G.-R. Spalowsky** referiert über eine Petition wegen Erhöhung des staatlichen Unterhaltsbeitrages und beantwagt:

Der Gemeinderat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt beschließt, der hohen k. k. Regierung die folgende Petition zu Wien unterbreiten:

Schon im Dezember 1915 hat der Bürgermeister namens der Gemeinde Wien die Petition unterbreitet, die hohe k. k. Regierung wolle den staatlichen Unterhaltsbeitrag für die Angehörigen der Eingerückten entsprechend erhöhen und die Gleichstellung der Angehörigen unter acht Jahren mit den Erwachsenen hinsichtlich des Ausmaßes der Unterhaltsbeiträge in Erwägung ziehen. Durch die kaiserliche Verordnung vom 11. Mai 1916, R.-G.-Bl. Nr. 135, wurde für Kinder unter acht Jahren der Unterhaltsbeitrag teilweise erhöht, eine allgemeine Erhöhung des Unterhaltsbeitrages ist jedoch nicht erfolgt.

Seither ist die Lebenshaltung der breiten Massen durch die zunehmende Teuerung nur noch mehr erschwert worden. Darunter leiden ganz besonders die Hunderttausende von Angehörigen der im Felde Stehenden. Während manchen Arbeitern ebenso wie den im privaten und im öffentlichen Dienste stehenden Zivelpflichtigen durch höhere Löhne oder Teuerungszulagen wenigstens teilweise Hilfe geboten werden konnte, beziehen die Familien der Eingerückten den staatlichen Unterhaltsbeitrag im gleichen Ausmaße wie am Beginne des Krieges. Obwohl das Gesetz ausdrücklich verfügt, daß die Höhe der staatlichen Vergütung für die Militärdurchzugsverpflegung Jahr für Jahr im vorhinein festzusetzen ist, bilden heute noch immer die durch Zirkular-Verordnung des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 23. Jänner 1914 festgesetzten Vergütungssätze die Grundlage für die Bemessung des Unterhaltsbeitrages.

Eine natürliche Folge dieses Zustandes ist die zunehmende Verelendung der Familien der Eingerückten. Der Unterhaltsbeitrag, der im Jahre 1914 noch zur Deckung bescheidenen Lebensansprüche zur Not genügen konnte, ist heute zur Bestreitung des Lebensunterhaltes durchaus ungenügend, wenn man beachtet, daß fast alle Lebensmittel um 300 und noch mehr Prozent teurer geworden sind. Eine Beschaffung des notwendigen Erfasses von Kleidern, Wäsche, Schuhen etc. ist schon deswegen in diesen Familien nicht möglich, weil der Unterhaltsbeitrag nicht einmal zur Beschaffung von Lebensmitteln ausreicht. Für die Bestreitung sonstiger Bedürfnisse

kommt der Unterhaltsbeitrag längst nicht mehr in Betracht. Wie sehr dies richtig ist, möge eine Tatsache beweisen:

Das wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien hat zur Behebung von Mietzinschwierigkeiten der Familien Eingerückter im Jahre 1915 den Betrag von 106.564 K., im Jahr 1916 jedoch einen solchen von 372.541 K., also mehr als das Dreifache für Mietzinsaushilfen aus den Mitteln der Kriegsfürsorgezentrale des Wiener Rathhauses beansprucht. Im Jahre 1916 sind durchschnittlich 50 Parteien täglich mit solchen Zinsenaushilfen beteuert worden!

Diese Tatsache offenbart nicht nur einen höchst bedenklichen Zustand, sie ist ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß der Unterhaltsbeitrag in der im Jahre 1914 bemessenen Höhe den heutigen Lebensverhältnissen durchaus nicht mehr entspricht.

Nun aber ist in dem Gesetze über den staatlichen Unterhaltsbeitrag vom Jahre 1912 unschwer zu erkennen, daß es die Absicht des Gesetzgebers war, den Unterhaltsbeitrag nicht an feste Sätze zu binden, sondern durch eine veränderliche, den jeweiligen Verhältnissen angepasste Grundlage den Unterhaltsbeitrag in solcher Höhe jeweils festzusetzen, als dies durch die Kosten der Lebenshaltung geboten erscheint.

Hierbei darf auch nicht übersehen werden, daß hinsichtlich anderer Vergütungssätze, die mit dem Unterhaltsbeitrage sehr wohl verglichen werden können, das Ministerium für Landesverteidigung längst schon wesentliche Erhöhungen angeordnet hat. Die Vergütung für die Naturalwohnung auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes, ist von 1 K 79 h täglich im Jahre 1914 auf 3 K 41 h mit Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung vom 30. Juni 1916, R.-G.-Bl. Nr. 203, festgesetzt worden. Diese Erhöhung mußte vorgenommen werden, weil sonst die Naturalverpflegung auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes einfach unmöglich geworden wäre. Wie für die Naturalverpflegung die Sätze von 1914 heute nicht mehr ausreichen, ebenso genügen auch für die Angehörigen der Eingerückten die Sätze für den Unterhaltsbeitrag aus dem Jahre 1914 nicht mehr. Nachdem das Ministerium für Landesverteidigung die Vergütung für die Naturalverpflegung beträchtlich erhöht hat, ist es also nur folgerichtig, daß auch der staatliche Unterhaltsbeitrag für die Familien der Eingerückten entsprechend erhöht wird. Übrigens kann auch noch darauf verwiesen werden, daß der Bundesrat des Deutschen Reiches wiederholt, zuletzt im November 1916 die Mindestsätze der Mobilisierten-Unterstützung bedeutend erhöht hat.

Durch zahlreiche Erlässe der hohen k. k. Regierung sowie durch Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes wurde der Kreis der auf den staatlichen Unterhaltsbeitrag Anspruchsberechtigten wesentlich erweitert. Immerhin bleibt aber die von den vielen Angehörigen der Eingerückten und von diesen selbst bitter beklagte Unzulänglichkeit des staatlichen Unterhaltsbeitrages bestehen. Die Gemeinde sieht sich deshalb veranlaßt, der hohen k. k. Regierung eine ausgiebige, den Teuerungsverhältnissen gerecht werdende Erhöhung des staatlichen Unterhaltsbeitrages neuerdings nahelegen. Der Gemeinderat verkennt nicht, daß angesichts der großen Zahl der in Betracht kommenden jede Erhöhung eine Vermehrung der Kriegsauslagen bedeutet. Jedoch ist die Erhöhung der Kriegslasten eine unbedingte Pflicht gegenüber den Angehörigen der Kämpfer für unseres Vaterlandes Ansehen und Zukunft. Unsere Eingerückten dürfen nicht länger von der Sorge um das Los ihrer Familien bedrückt werden. Den Frauen der Eingerückten muß durch Erleichterung der materiellen Sorgen die Möglichkeit geboten werden, trotz der seelischen Opfer aufrecht zu bleiben, gegenüber der Jugend aber ist es eine

außerordentliche Pflicht durch größere Opferwilligkeit das Heranwachsen eines gesunden und kräftigen Nachwuchses auch im Interesse der Zukunft unseres Vaterlandes zu sichern.

Die hohe k. k. Regierung wird daher dringendst gebeten, der staatlichen Unterhaltsbeitrag für die Familien der Eingerückten in einer ausgiebigen, den herrschenden Teuerungsverhältnissen entsprechenden Weise zu erhöhen.

(Angenommen; an den Gemeinderat.)

Verleihung des Großkreuzes des Franz Josef-Ordens an Generalgouverneur v. Weber.

Uetzing, 8. Februar. Der Kaiser hat dem Generalgouverneur FML. v. Weber das Großkreuz des Franz Josef-Ordens mit der Kriegsdecoration verliehen.

N Für die kriegsbeschädigten Wiener Studenten.

Ein Aufruf der Universität Wien.

Der Rektor der Wiener Universität erläßt folgenden Aufruf:

„Seit Beginn des in das dritte Jahr währenden Weltkrieges sind Tausende von Wiener Studenten in väterländischer Begeisterung zu den kaiserlichen Fahnen eingerückt, wo sie tapfer und treu Leben und Gesundheit zum Opfer bringen für die Verteidigung ihrer geliebten Heimat. Nicht wenige unserer heldenhaften Studenten haben den Tod auf dem Schlachtfelde gefunden, andre harren der Genesung von ihren Wunden, während ihre Kollegen noch an den Grenzen unsres Reiches stehen als treue Wache und Wehr. In nicht zu fernem Zeit werden sie, so hoffen wir, reich an Kriegesruhm und erfüllt von Siegesfreude heimkehren in ihr durch ehrenvollen Frieden neu gestärktes Vaterland, zu ihren Studien. Aber nicht gering wird die Zahl derer sein, die mit Sorgen in die Zukunft blicken werden, weil es ihnen an den Mitteln fehlen wird, die gebrochene Gesundheit voll wieder zu gewinnen, die abgerissenen Studien erfolgreich fortzusetzen, oder weil ihre Erwerbsfähigkeit wegen Verstümmelung, Nervenleiden, Erblindung oder Siechtum geschwächt oder ganz dahingeschwunden ist. Für diese kriegsbeschädigten Studenten zu sorgen, ihnen zu helfen zur Wiedererlangung der Gesundheit, ihnen beizustehen im Kampf um das bürgerliche Dasein ist die Pflicht der Hochschulen, denen sie sich einst zur Schulung für die Lebensarbeit anvertraut haben.

In Erkenntnis dieser heiligen Pflicht hat der akademische Senat der Universität Wien beschlossen, eine Kriegsfürsorge für die aus dem Felde heimkehrenden Studenten der Alma mater Vindobonensis ins Leben zu rufen, deren Aufgabe sein soll:

1. Die Ermöglichung kunstgerechter Behandlung im Kriege erworbener körperlicher Schäden oder Krankheiten; Gewährung therapeutischer oder sanitärer Hilfen, zum Beispiel von Bädern, besonderen Therapien, Arzneien, Luftkurorten, besonderer Anstaltspflege, künstlichen Gliedmaßen und ähnlichem.

2. Die Gewährung von Beihilfen in Geld, sei es durch unverzinsliche Darlehen, sei es in besonders berücksichtigungswerten Fällen durch Unterstützungen.

3. Die Einrichtung einer Auskunftsstelle für Studienberatung in Hinsicht der für kriegsbeschädigte Studenten geeigneten Studienwege und Berufswahl; Förderung bei Auffindung von Bildungsgelegenheiten und Studienanstalten.

4. Eine Beratung über die Wege zur Benützung vorhandener staatlicher oder sonstiger Begünstigungen, Unterstützungen oder Rechtsansprüche, allenfalls rechtliche Vertretung.

5. Eine Stellenvermittlung, die kriegsbeschädigten Studenten durch Fühlungnahme mit Praktikern aller Arbeitskreise Verdienst und Erwerbsstellung in der besondern Art und in dem Ausmaße verschaffen soll, die ihrer verminderten Erwerbsfähigkeit entspricht.

Die Einrichtung dieser Kriegsfürsorge erfordert große Geldmittel. Der Verwaltungsausschuß wendet sich daher an alle Mitbürger, denen das Gedeihen unsrer Jugend, dieser Zukunft unsrer Völker und des Staates, am Herzen liegt, ganz besonders an jene, die einst ihre akademische Bildung an der Wiener Alma mater empfangen haben, mit der innigen Bitte, unser Werk der Fürsorge und Menschenliebe durch Geldspenden unterstützen zu wollen. Jede Gabe wird willkommen sein, mag sie als regelmäßiger Beitrag zu den laufenden Lasten der Kriegsfürsorge geleistet werden oder als ein-

Großstädten, den Industriearbeitern, wenn wir nicht demnächst die überflüssigen kleinen Effer aufs Land schaffen!

Darum muß man in den Großstädten sogleich überall darangehen, die bedürftigen und geeigneten Kinder ausfindig zu machen und sozusagen stillschweigend auf Lager zu halten, bis man übersehen kann, wieviele, wann, wo, auf wie lange und ob gegen Bezahlung oder auf Freistellen unterzubringen sein werden.

Auf dem Lande, in den kleinen Städten gehen wir inzwischen schleunig an die entsprechende Verarbeitung, — zuerst um Freistellen. Die haben etwas Ansteckendes. Erklärt sich erst ein Hochherziger unter den Bauern, den Landarbeitern, den Handwerkern bereit, meist mit der kurzen Begründung: „Man sagt sich eben vor, es is ja Krieg!“, ein hungriges Kind mit durchzufüttern, geht man mit dieser Errungenschaft triumphierend auf weitere Erfolge aus, so wird man sie in der Regel finden, natürlich, wenn man's selbst an gutem Beispiel nicht fehlen läßt. Vielleicht auch als Selbstversorger die geringfügige Beihilfe der Brotmarke der des Roggens für den kleinen Gast gewährt.

In zweiter Linie erst wollen wir den auf 50 Pf. täglich bestimmten Pflegesatz in Anwendung bringen, denn sicherlich gibt es Familien, die sich vorzüglich zur Aufnahme eines Großstadtkindes eignen, aber tatsächlich nicht in der Lage sind, es ganz ohne jeden Zuschuß zu erhalten. Die genannten Vorarbeiten nun müssen mit größter Sorgfalt gemacht werden. Wir können nur normale Kinder brauchen, die, wenn auch erziehungs- und pflegedürftig, in normale Verhältnisse passen, in welchen weder auf ständige Beaufsichtigung, noch auf ärztliche Ueberwachung zu rechnen ist. Jede krankhafte Beanlagung muß von der Vergebung in Familienpflege ausgeschlossen. Anstalten und geschlossene Kolonien müssen die besonders Hilfsbedürftigen aufnehmen.

Die Schulen werden am sichersten Auskunft über das einzelne Kind geben, am zuverlässigsten und bereitwilligsten arbeiten, denk ich mir. Die Lehrer kennen die Charaktere ihrer Schüler, und die Schulärzte den gesundheitlichen Zustand.

Auf dem Lande werden wir ebenso gewissenhaft in der Auswahl der Familien sein, uns davon überzeugen, daß eine geeignete Schlafstelle für das Kind vorhanden, und dringend zu Strohsack und Heulopfstissen nebst warmer Zudecke raten. Denn ist einmal ein gutes Bett durch einen kleinen Stadtgast gründlich verdorben, so wirkt das in einer Weise abschreckend, wie kaum etwas Anderes.

In jedem Dorf muß eine Vertrauensperson all diese Verhandlungen übernehmen, später, da wo es sich nötig zeigt, den Müttern über das Ergehen der Kinder berichten, oder die Beziehungen zu den Pflegeeltern regeln.

Wenn „meine Carmen alle Tage 2 Eier essen soll, aber nie Schweinefleisch“, so wird die vermittelnde Vertrauensperson die Ansprüche besser auf das rechte Maß herabdrücken können, wie die erschütterte Pflegemutter selbst.

Vor dem endlosen Wiegen und überflüssigen Mäßen der Kinder würde ich überhaupt warnen.

Wenn bei der Ankunft das Gewicht festgestellt wird, und nach einiger Zeit noch einmal, um sich von der Zunahme des Pfleglings zu überzeugen, so genügt ein letztes Wiegen zum Schluß vollkommen, ja, es ist das alles nicht nötig, wenn das Wohlsein des Kindes ersichtlich ist.

Die Stadtkinder müssen gehalten werden wie unsere Dorfkinder in der Beköstigung und in der Arbeit, denn wir denken, daß es sich jetzt in der Regel um ein Einleben für Kriegsdauer handelt, nicht um einen kurzen Ferientaufenthalt.

Und es ist kaum zu glauben, wie sie sich erholen gerade bei ganz einfacher, gesunder Kost!

Das Mißtrauen zwischen Stadt und Land ist groß, es frisst sich ein in die besten Absichten, die klarsten Verhältnisse. „Ja, ja,“ haben die Stadtfrauen jetzt schon gesagt, „wir wissen sehr gut, warum unsre Kinder aufs Land verlangt

werden. Da fehlt's an Arbeitskräften, die sollen sie erziehen, und bezahlen sollen wir noch obendrein.“

Dieser Annahme müssen wir die Spitze abbrechen, erstens durch viele Freistellen für die Schulkinder, zweitens indem wir die Gutshäuser den Vorschulpflichtigen öffnen. Ein bescheidenes Zimmer genügt, um so ein liebes kleines Häuflein unterzubringen. Leicht findet man eine erholungsbedürftige, Nahrung verlangende Erwachsene, die gerne Pflege und Aufsicht übernimmt. Und damit hat sich dem ganzen Hause ein Quell reiner Freude erschlossen! Dankbarere Pflänzchen kann man sich nicht denken, als diese, die im Schatten der unerbittlich harten Kriegsjahre ihre kümmerlichen Triebe haben entfalten müssen.

Der Vater im Felde, die Mutter auf Arbeit, die Kleinen ohne Fürsorge, oft hungrig in der Stube eingeschlossen oder widerstandslos jeder Unbill des Straßenlebens preisgegeben, — darin besteht meist ihr Kinderdasein.

„Geh weg, du Stöppel!“ hauchte hier das 3jährige Söhnchen einer Stettiner Kriegswitwe meine kleine Tochter an, wenn sie sich ihm in freundlichster Absicht näherte. Das Aermchen hatte er erhoben und seine wie von zahllosen Tränen verwaschenen Augen funkelten auf einmal in boshafter Wut. Ein richtiger kleiner Teufel schien er. Er kannte eben Größere und Stärkere nur als bittere Feinde, — und wie bald war er glücklich, wenn er einen zärtlich umschlingen konnte, während die Strahlen der Liebe und Herzensfreude sein freundliches Gesichtchen über und über erleuchteten!

Bei den Kleinen fällt ja auch die Schwierigkeit des Einschulens weg, die stellenweise recht unbequem. Denn oft reichen die Schulräume und Lehrkräfte nur gerade für die Einheimischen aus. Da hoffen wir nun auf ein weitgehendes Entgegenkommen von seiten der großstädtischen Schulleitungen. Besser ein paar Wochen oder gar Monate Ferien, als daß die Kinder hungrig in ihren Schulen sitzen. Im Sommerhalbjahr aber werden die größeren und kleineren Stadtkinder nicht mehr gemeinsam, sondern hintereinander unterrichtet. Dadurch ist ganz von selbst der Maß für neu hinzukommende Schüler geschaffen.

Bis dahin nimmt sich wohl eine Pastoren- oder Lehrerfrau, eine Haustochter, eine Hauslehrerin der unfreiwilligen „Ferien“-Kinder an, unterrichtet sie, so gut und so schlecht sie's versteht, beschäftigt sie wenigstens hier und da ein Stündchen und läßt sie Aufgaben machen, damit kein Verbummeln eintritt. Gewiß kein Idealzustand, aber man sagt sich eben: „Es ist ja Krieg!“

Das schwerste Bedenken, das einem entgegengehalten wird, ist aber die Gefahr sittlich unlauterer Elemente, die ansteckend auf die Dorjugend wirken. Gewiß werden wir, falls sich der Wunsch der Verpflanzung von Hunderttausenden erfüllt, manche traurige Erfahrung machen. Da gilt es wachsam sein, unnachlässig entfernen, was Schaden bringen kann, aber zugleich nicht vergessen, daß wir an unserer ländlichen Jugend auch nicht immer nur die reinsten Freuden erleben!

Wohl aber kann sie lernen durch das wohlgezogene, zutraulich-bescheidene Benehmen vieler Stadtkinder, mit denen sie Freundschaft schließen wird.

Ein weiterer Einwand — — ach was, ich gehe erst gar nicht darauf ein. Der Wiesmacher sind im ganzen wenig, der froh, ja ungeduldig Bereiten viel!

Einem Volk, das nach 2½ Jahren des grausamsten aller grausamen Kriege gegen eine ungeheure Uebermacht von Feinden erhobenen Hauptes, hoffnungsvoll und siegreich dasteht, wird es ein leichtes sein, die Kinder seiner Helden durch die letzten Kampfesmonate zu bringen. Am besten auf dem vorgeschlagenen Wege.

Ich habe die Vereinigung genannt, von der das organisierte Zusammenarbeiten von Behörden, Vereinen, Schulen mit den einzelnen in die Wege geleitet werden soll. In den

Die Großstadtkinder aufs Land!

Von E. v. Derghen.

„In der Unterhaltungsbeilage der „Tägl. Rundschau“ erzählten Sie von Ihren Großstadtkindern, von Karl Liebert und anderen. Am Schlusse sprechen Sie die Notwendigkeit aus, Hunderttausende von solchen Kindern aufs Land zu bringen, und verheißten mehr darüber. Inzwischen sind Monate vergangen, und ich und noch mancher andere mit mir warten auf Ihren Vorschlag zur Verwirklichung des wundervollen Planes. Ich halte es für höchste Zeit, daß etwas für die Großstadtjugend geschieht. In kleinen Städten liegen seit Wochen, ja Monaten Mannschaften im Bürgerquartier. Warum haben wir auf dem Lande keine Einquartierung? Also läuten Sie Sturm! — ich bitte um der Kinder willen, deren Not ich sehe!“

Dieser Brief, den ich kürzlich empfang, ist nicht der einzige, der mir zum Ausdruck bringt, mit welcher Ungeduld man der weiteren Entwicklung der Dinge harret, — ist das nicht hoch erfreulich und hoffnungsvoll?

Und nun kann ich auch wirklich Tatsächliches berichten. Da für dies Jahr eine starke Arbeitsleistung verlangt werden wird, hat sich, angegliedert an die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge, eine Neuorganisation unter dem Vorstz des Oberbürgermeisters von Charlottenburg, Dr. Scholz, gebildet, der eingetragene Verein: Landaufenthalt für Stadtkinder. Eine Versammlung am 21. Februar (Abgeordnetenhaus, 11 Uhr) wird durch Vorträge und Besprechung den Freunden des Wertes Gelegenheit geben, sich über alle Einzelheiten zu unterrichten. Man wird wohl nicht vergeblich auf zahlreichen Besuch aus Stadt und Land rechnen! Doch die Zeit bis dahin darf nicht ungenützt verstreichen!

Der verschärfte U-Boot-Krieg ist erklärt! Ein Aufatmen wie vom schwersten Alpdruck geht durchs ganze Volk. Und doch weiß es, daß nun Härten der Entbehrung, des Mangels erst recht fühlbar werden. Welche Monate liegen vor den

nächsten Wochen werden Fragebogen ausgehen, auf deren Beantwortung wir Landfrauen gerüstet sein müssen.

Nichts aber braucht uns zu hindern, uns jetzt schon durch Vermittlung der Stadtmission, des Rationalen Frauendienstes, des Auferstehungshauses in Berlin (Friedensstraße 60) oder durch persönliche Beziehungen kleine Gäste zu verschaffen, die ach! so gern kommen, wenn es heißt: Alle Tage satt zu essen!

Endlich sei noch erwähnt, daß der Verein Geld braucht, trotz vielfach unentgeltlicher Aufnahme und hoffentlich freier Eisenbahnfahrt der Kinder. Darum bitten wir um reichliche Einzahlungen auf das Konto der Deutschen Bank unter: Landaufenthalt für Stadtkinder.

Damit folgen wir u. a. dem Beispiel unsres Hindenburg; daß er sich für das geplante Unternehmen erwärmt, ist naheliegend.

Weiß er doch, daß seine tapferen Krieger nicht um ihr eigenes Leben zagen, aber daß der Gedanke an ihre Kleinen ihnen oft schwer das Herz bedrückt.

Leicht wird es schlagen, mit neuem Angriffsmut greifen sie zur Waffe, wenn sie's erfahren:

Unsre Kinder sind wohl versorgt auf dem Lande.

Brünner Kinderfürsorge.

Werke unserer Frauen.

Vald nach Kriegsbeginn brieten unsere Brünner Genossen darüber, wie sie ihr Teil zur Linderung des zu erwartenden Kriegselends beitragen könnten.

Siebenhundert kleine Gäste im Künstlerhaus.

Aus kleinen Anfängen ist eine große Sache geworden. Aus dem Stammheim des Brünner Arbeiterbildungsvereines, aus dem Künstlerhaus, ist ein Speisehaus für Brünner Kinder geworden.

Das ist ein Leben, wenn der angenehm durchwärmte große Saal um etwa 1/5 Uhr abends seine Pforte öffnet, um den ersten Kinderschub einzulassen.

Nr. 500. Ein lungenkranker Schuhmachermeister. Durch den Kriegszustand stark geminderter Verdienst. Zwei seiner Kinder sind Gäste.

Nr. 501. Eine Mutter von sechs Kindern. Keine Lohnarbeit. Ein Kind wird aufgenommen.

Nr. 502. Eine Bedienerin, vier Kinder. Zwei essen im Künstlerhaus mit.

Nr. 503. Eine geschiedene Frau. Milchsträgerin. Lebt in freier Ehe. Der Lebensgefährte Kriegsveteran. Zwei Kinder. Sehr großer Notstand. bemerkt der Nachforscher. Beide Kinder werden aufgenommen.

Nr. 504. Ein Schneidergehilfe. Erhält sich und seine drei Kinder außerordentlich dürftig. Belommt von der Gemeinde die Mittagssuppe. Zweite Erhebung: Seit kurzem eingezückt. Die Frau Heilversicherungsfähig 1.20 Kronen täglich. Zwei Kinder werden aufgenommen.

Nr. 505. Eine Frau nach einer schweren Operation. Drei Kinder. Kein Verdienst. Machen den Eindruck fortwährenden Hungerns. Zwei Kinder werden aufgenommen.

Nr. 506. Ein vierzehnjähriger kranker Bursche. Ein Flüchtlingskind. Seit drei Vierteljahren in Arbeit. Sehr herabgekommen. Er erhält täglich einen halben Liter Milch als Zubuße und ein Stück Brot. Bis zur Durchführung der Brotzerrationierung gab die Hilfsstelle täglich auch fünfshundert Laib Brot umsonst ab. Seither erhalten die so Betroffenen wöchentlich fünfzig auf den Betrag von 25 Heller, für die ihnen jeder Bäcker um diesen Betrag Brot über Brotmehl gibt. Die Gutscheine kauft der Hilfsausschuß bei der Stadt. Sie läßt sie den Geschäftsleuten ein.

Nr. 507. Ein Instrumentenmacher. Der Krieg macht sich seine eigene Mühe. Schlechte Zeiten für Instrumentenmacher. Der Nachfrager bemerkt: Durch den Krieg ist das Geschäft ganz zurückgegangen. Familie vollständig verarmt. Der Unterstützung ganz besonders dringend zu empfehlen. Zwei Kinder werden aufgenommen.

Nr. 508. Ein zeitweilig arbeitsloser Schriftsetzer. Vier Kinder. Drückende Notlage. Zwei Kinder werden aufgenommen. Einige Monate später zweite Nachfrage: Der Mann arbeitet wieder ganzjährig. Die Auspeisung der zwei Kinder wird eingestellt. Zwei andere, mehr bedürftige nehmen ihren Platz ein.

Nr. 509. Ein Straßenarbeiter. Sechs Kinder. Mann nach Verwundung zum drittenmal ins Feld. Frau geht einer schweren Magenoperation entgegen. Außerordentlich bittere Verhältnisse. Wegen der Krankheit der Mutter kann die Familie mit dem Unterhaltsbeitrag (375 Kronen) nicht das Auslangen finden. Zwei Kinder sind Gäste der Frauen.

Nr. 510. Ein leerer Umhlag. Der Alt wird neuerdings nachgeprüft.

Nr. 511. Eine geschiedene Frau mit drei Kindern. Sehr dürftige Verhältnisse. Unterhaltsbeitrag nur für die Kinder. Zwei Kinder werden Gäste im Künstlerhaus, eines erhält einen der 150 Freitische, die Brünner Familien dem Hilfsausschuß zur Verfügung gestellt haben.

Nr. 512. Monteur. Drei Kinder von drei bis neunzehn Jahren. Beschränkte Arbeit. Zwei Kinder werden aufgenommen. Zweite Nachfrage: Volle Arbeit. Monatliches Einkommen 169 Kronen. Die Kinder bleiben weiter Gäste.

Nr. 513. Wieder ein Alt in neuerlicher Erhebung.

Nr. 514. Wieder ein Monteur. Acht Kinder. Volle Arbeit, aber nur drei Kronen tägliches Gehrgeld. Er muß also auch vom Lohn etwas für sich verwenden. Drei Kinder werden aufgenommen.

Nr. 515. Schneidergehilfe. Frau geisteskrank. Zweimal in der Irrenanstalt gewesen. Jetzt wieder daheim. Vier Kinder. Zwei von ihnen werden aufgenommen.

Nr. 516. Mann unfallverletzt. Frau Seimarbeiterin. Geringer Verdienst. Zwei Kinder werden aufgenommen.

Nr. 517. Nur eine kranke Bettgeherin angetroffen. Hausmeisterin erzählt von „wahrhaft jammervollen Verhältnissen“. Frau Lumpenwäscherin. Wohnung mit Regen und Hibern angefüllt. Luft entsetzlich. Entstehung von Krankheiten unvermeidlich. Verhältnisse geradezu trostlos. Das einzige Kind der Frau wird aufgenommen.

Nr. 518. Tischlergehilfe. Sieben Kinder. Durch Teuerung in Not. Kann die Miete nicht erschwingen. (16 Kronen monatlich.) Ist großen Zinsrest schuldig. Muß darauf 7 Kronen monatlich abzahlen. Erhält sechs Gemeindeguppen täglich. Drei Kinder werden aufgenommen.

Und so fort in ewig gleichem grauen Elend bis 600 und von 600 bis 700 und von 700 bis 800. An die tausend Schicksale von Brünner Familien sind in kurzen Sätzen in den Altkenbüchern festgehalten. Erst wenn man ein wenig in diesen Altken geblättert hat, sieht man diese Kinder mit richtigen Augen an und begreift man den heiligen Eifer, mit dem hier die Amtswalter des Bildungsvereines, der Frauenorganisation, der Kinderfreunde und der Krankenliste selbst am Werke sind, um den Kindern nicht nur den Topf voll wärmender Nahrung zu bieten, sondern ihnen auch wenigstens durch ein hingeworfenes gutes Wort die der Massenauspeisung mangelnde Behaglichkeit weniger fühlbar zu machen.

Im Brünner Künstlerhaus ist echte Kinderliebe am Werke.

Etwas vom Speisezettell.

Die Auspeisestelle im Künstlerhaus, zu der die Stadt die Kücheneinrichtung beigestellt hat und der sie auch durch Abgabe der benötigten Lebensmittel aus ihren Vorräten hilft, gibt 750 Kindern das Abendessen, außerdem verteilt sie an Kinder unter sechs Jahren oder an Schwerkranken oder an solche, die zeitweilig ausbleiben müssen, täglich je einen halben Liter Milch, dann gibt sie Brot (jezt Brotanweisungen) ab und zu Weihnachten hat sie außerdem 700 Kinder entweder mit Schuhen oder Mänteln oder Kleidern betieit. Früher hat sie in besonders berücksichtigungswerten Fällen auch Geld gegeben. Drei Bedienerinnen und eine Köchin leisten bezahlte Arbeit, aller andere Dienst ist ehrenamtlich.

Die Kostenbeschaffung ist nicht leicht. Den Löwenanteil hat die Brünner Bezirkskrankenliste auf sich genommen. Sie trägt die Auslagen für Löhne, Beleuchtung, Heizung und Anschaffungen und von den Küchenkosten die Hälfte. Den Rest bringt der Hilfsausschuß auf: die Deutsche sozial-moralische Frauenorganisation Bränn, die die Sache gemeinsam mit der Bezirkskrankenliste leitet. Dieser Hilfsausschuß hat bisher 150 Personen gewonnen, die regelmäßige monatliche Beiträge leisten: von 2 Kronen bis 6.50 Kronen. Das macht monatlich 2500 Kronen. An freien Spenden laufen monatlich etwa 1000 Kronen ein und dann gibt es noch Veranstaltungen. Eine solche, ein Wälnner-Abend, brachte dem Hilfsausschuß die stattliche Summe von dreißigtausend Kronen ein.

So ist es den Frauen möglich trotz alledem und alledem, den Kindern noch immer wertvolle Nahrung zu bieten. Ein Blick in die Wirtschaftsbücher vermittelt uns allerdings eine Kriegsgeschichte ganz eigener Art. In der Woche vom 1. bis 7. Februar 1915 gab es diesen Speisezettell:

Table with 2 columns: Date and Food items with prices. 1. Februar Gulaschsuppe (mit 17 Kilogramm Fleisch und 3 Kilogramm Fett) für 283 Kinder. Eine Portion kam auf 16.5 Heller. 2. Sauerkraut mit Knadwurst eine Portion 15.54 Heller. 3. Deuschel mit Knödel 18.05. 4. Würstel mit Bohnen 16.07. 5. Ruttelstede mit Kartoffeln 7.33. 6. Lebertunte 12.61. 7. Kalao mit Mohnbuckeln 22.78.

Die erste Dezemberwoche 1916 sah so aus:

Table with 2 columns: Date and Food items with prices. 1. Dezember Hirse. 2. Wurstgulasch (mit 13 Kilogramm Wurst und 3 Kilogramm Fett für 600 Kinder) eine Portion 23 Heller. 3. Mohnstrudel. 4. Erbsen und Graupen, Mohnstrudel. 5. Zwiebelstunke und Kartoffeln. 6. Bohnen, Mohnstrudel. 7. Kraut mit Selchfleisch. Eine Portion 23 Heller.

Insbondere der Vergleich zwischen der Gulaschsuppe mit viel Fleisch für verhältnismäßig weniger Kinder und dem Wurstgulasch mit wenig Wurst für viele Kinder gibt ein Bild von dem Magerwerden der Kriegskost und dem Steigen der Preise. Dabei kocht die Künstlerhausküche noch immer mit Fettvorräten, die sie noch zu 6.40 Kronen das Kilogramm erstanden hat. Wie wird sich die Rechnung stellen, wenn das jetzt um 15 Kronen gekaufte Fett in Verwendung kommen wird? Kalao mit Kuchen kam im Februar 1915 auf 22.78 Heller, heute stellt sich bei dem noch billigen, längst überholten Kalaopreis von 12 Kronen eine Portion auf 32.34 Heller.

So wird auch hier das Wirtschaftsführen immer schwerer. Das hat aber den Hilfsausschuß nicht abgehalten, den Notwendigkeiten der Zeit weiter zu gehorchen.

Die Tagesheimstätte.

Der große Erfolg mit dem Wälnner-Abend ließ im Ausschuh den schon längst gefaßten Plan, eine Tagesheimstätte für Kinder zu errichten, zur Tat reifen. Dabei kam ihm das Verständnis zu Hilfe, das der Brünner Stadtkommandant Feldmarschallleutnant v. Pöschmann der Sache entgegenbrachte. Der Ausschuh stellte an ihn das Ersuchen, das Hebungshaus im Augarten, diesem herrlichen Brünner Park, den rekoneszenten Soldaten wegzunehmen und es den Kindern zu geben. Zwei Tage später war im Tagesbescheß die Räumung des Rekoneszentenhauses im Augarten angeordnet und einige Wochen später konnten die Kinder ihren Einzug halten. Das war am 1. Februar und Tags darauf waren die 75 Buben und Mädchen in allen Schulaltern in dem großen hohen hellen Saal, von dem der Blick in den winterlich verschönerten alten Park — gleich dem Wiener eine Stiftung Kaiser Josefs — hinausgleitet, und in den beiden schönen Nebensälen schon wie daheim. Sie malten und klebten oder machten Flechtarbeiten, saßen über Kinderspielen am Tische oder tanzten mit den beiden Kindergärtnerinnen im freien Teile des großen Saales ihren Ringelreihen. Und das Essen hat ihnen geschmeckt! Freitag gab es Suppe und „Reisgash“ (Milchreis), der hellen Jubel bei den Kleinen auslöste.

Die Kinder verbringen hier von früh bis abends ihre schulfreie Zeit. Es gibt am Morgen das Frühstück, dann ein Marmeladenbrot am Vormittag, mittags zwei Speisen, zur Pause wieder Marmeladenbrot und zum Abendessen marschieren die Kinder ins Künstlerhaus, wo auch für sie neben den anderen Hunderten der Tisch gedeckt ist. Der ganze Betrieb ist einer Hortleiterin Fraulein Schatz unterstellt, die mit viel Liebe und Verständnis ihres Amtes waldet und die dabei von einigen Genossinnen unterstützt wird, die unermüdlich tätig sind. Die Tagesheimstätte ist Kindern offen, deren Mütter wegen der nötigen Aussicht über die Kinder nicht in die Arbeit gehen können.

Auch bei der Einrichtung dieser Tagesheimstätte, die noch sehr erweiterungsfähig ist, haben die Stadt und der nährliche Landesauschuß geholfen, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, die dem Hilfsausschuß entgegenstanden. Nun ist das große Werk vollbracht und die Brünner können sicher sein; es wird ihnen neue Freunde werben für ihr prächtiges Werk, das, so groß es ist, von allen doch nur als ein bescheidener Anfang angesehen wird. Wer nur die wenigen von 700 Familiengeschichten gelesen und daraus gesehen hat, wie viele Kinder dieser Familien nicht aufgenommen werden, weil sie nicht aufgenommen werden können, der muß mit den Brünner Kinderfreunden wünschen, daß das große Werk ebenso glücklich fortgesetzt werde, als es begonnen wurde, daß die Stadtverwaltung vor allem der Tagesheimstätte eine der prächtigen Wiesen im Augarten für das sommerliche Spiel der Kinder freimacht, so wie es Berlin und Dresden längst gemacht haben, so wie es Wien und viele andere Städte jetzt tun, daß sie insbesondere im Anschluß an die proletarischen Wohnviertel der Brünner Jugend weite Rasenflächen für ihr Spiel sichern und daß es ihr im Verein mit den Kinderfreunden und der eifrigen Brünner Bezirkskrankenliste gelingen möge, eine Tageserholungsstätte auch im Außenlande der Stadt mit den hundert Schornsteinen zu errichten. Weit weg vom Rauch inmitten der herrlichen Nadelwälder, die sich rings um Mährens Hauptstadt aufbauen.

Max Winter.

Was ist es mit der Erhöhung der Unterhaltsbeiträge?

Seit fast zwei Jahren kämpfen die sozialdemokratischen Frauenorganisationen um eine ausgiebige Erhöhung der Unterhaltsbeiträge. Alle Mahnungen, alle Vorstellungen und die vielen Darstellungen, die der Regierung schon unterbreitet worden sind, prallen an den finanziellen Bedenken spurlos ab. Die Regierung Stürgkh, deren Wesen immer die Saltheit gewesen ist, hat wohl eine kleine Abschlagszahlung gegeben, eine Abschlagszahlung, die natürlich niemals eine wirkliche Hilfe darstellen konnte. Was sind 89 Heller für ein Kind unter acht Jahren an Mehrbeitrag, wenn die Lebensmittelpreise täglich um viele dreißig Heller steigen? Unser Kampf dauert schon so lange, daß wir bei jeder unserer Eingaben genau sagen können, wie die Lebensmittelpreise von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Als wir in unserer Eingabe im Februar des vergangenen Jahres die Lebensmittelpreise dargestellt haben, kostete das Kilogramm Schweinefleisch 8 Kronen, dieses Jahr kostet es 12 bis 14 Kronen, trotz des Höchstpreises von 9.60 Kronen. Eier wurden das Stück um 22 bis 24 Heller verkauft, nun beträgt der übliche Eierpreis 38 bis 44 Heller. Die Milch, die wir damals mit 48 Heller bezahlen mußten, erfordert nun 56 Heller täglich. Viele Mütter müssen heute das Frühstück preisgeben, damit sie für ihre Säuglinge täglich den Liter Milch kaufen können. Man vergleiche einmal diese Preisunterschiede mit einer Erhöhung von 33 Heller für Kinder unter acht Jahren!

Man beschäftigt sich ja heute auch andere Parteien und andere Kreise der Bevölkerung sehr eifrig mit der Frage, wie die Unterhaltsbeiträge erhöht werden könnten. Der Wiener Gemeinderat hat die Forderung neuerdings erhoben, die Frauenhilfsaktion hat zu wiederholtenmalen der Regierung diese Forderung unterbreitet und selbst der Deutsche Nationalverband hat sich in seiner letzten Tagung mit der Forderung „befaßt.“ Es ist nicht zu leugnen, daß die Erhöhung, wenn wir ein Parlament hätten, ebenso wie in Deutschland schon beschlossen

und seit Monaten durchgeführt wäre. Die armen Reservistenfrauen und ihre hungernden und frierenden Kinder büßen es schwer, daß der unverantwortliche Leichtsinns der deutschbürgerlichen Parteien die Einberufung des Parlaments hindert. In Deutschland haben die Unterhaltungsätze, die der Staat und die Gemeinden geben, schon vielfach eine Höhe erreicht, die unsere Unterhaltsbeiträge noch lange nicht haben. In Hamburg bekommt die Kriegerfrau 54 Mark, in Berlin 40 Mark. Dabei geben alle großen deutschen Städte noch regelmäßige Zinsbeihilfe, die bei uns doch nur vereinzelt gewährt wird und die in den kleinen österreichischen Städten überhaupt nicht besteht. Von den Dörfern und ihrem Mangel an Fürsorge wollen wir gar nicht sprechen. Deshalb schon, weil Oesterreich das Land der kleinen Gemeinden ist, brauchen wir eine Erhöhung der staatlichen Unterhaltsbeiträge viel dringender als in Deutschland, wo die großen Gemeinden zahlreicher und leistungsfähiger sind als bei uns.

Nun scheint das auch die neue Regierung einzusehen, und es werden bereits Berechnungen gemacht, welche Summen eine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge kosten würde. Allerdings sind die Grundlagen dieser Berechnungen außerordentlich niedrig bemessen. Man hört, es solle an eine zehnprozentige Erhöhung aller Unterhaltsbeiträge gedacht werden, die jährlich ungefähr 170 Millionen Kosten würde. Das ist natürlich ein Pöbel, denn eine tägliche Erhöhung von 132 Heller müßten die Reservistenfrauen bei ihrem steigenden Elend einfach als einen Hohn ansehen, der sie weit mehr erbittern müßte, als wenn die Erhöhung vollständig unterbliebe. Es ist aber auch lächerlich, bei einer Erhöhung der Unterhaltsbeiträge an eine jährliche Ausgabe von 170 Millionen Kronen zu denken, eine Bagatelle gegenüber all den anderen ungeheuren Anforderungen, die der Krieg täglich stellt. Man darf doch nicht übersehen, daß die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge in dem ungeheuren Meer unproduktiver Ausgaben, die der Krieg hervorbringt, die einzige wirklich produktive Ausgabe ist. Die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge schafft das, was uns wichtig ist, neue Menschen, Arbeitskräfte und Staatsbürger; sie bildet die wirklich erneuernde Kraft, die wir schon höher veranschlagen müssen als mit 170 Millionen Kronen. Allerdings, wenn die Erhöhung irgend einen Sinn haben soll und mehr sein kann als eine halbe Sache, dann müssen wir diesem Zwecke schon eine weit größere Summe opfern, eine Summe, die ebenso wie in Deutschland mindestens zwei Drittel des bestehenden Unterhaltsbeitrages ausmachen müßte. In Deutschland hat man die Unterhaltsbeiträge fast verdoppelt und die erste Erhöhung ist bereits 1915 eingetreten, zu einer Zeit, wo wir noch kaum das bescheidenste Entgegenkommen gefunden haben. Die Finanzen des Deutschen Reiches müssen viel länger mit diesen erhöhten Beiträgen rechnen, sind viel länger belastet und trotzdem wurde vor Weihnachten die neuerliche Erhöhung beschlossen und noch eine Vermehrung der Unterhaltsbeiträge für den Weihnachtsmonat. Es hat Kriegerfrauen gegeben, die im Dezember anstatt 100 Mark 200 Mark erhalten haben, und wenn man die Berechnungen gelesen hat, die einige Kriegerfrauen zusammengestellt haben, weil man meinte, sie würden nun nicht wissen, wohin sie mit dem Geld sollten, dann begreift man schon, wie gering und deshalb um so notwendiger die Erhöhung gewesen ist. Die meisten Frauen kauften sofort für alle Familienmitglieder Schuhe und Kleider, bezahlten Schulden, die aufgelaufen waren, und es bleiben manchmal noch unbedeckte Posten in ihrem Budget. Über diese Weihnachtsgabe des Deutschen Reiches hat Hunderttausenden Kindern die Gesundheit geschädigt und in den kalten Frosttagen werden viele Mütter dankbar an die Hilfe zurückgedacht haben, die das Reich ihnen gewährt hat. Alle Hilfsaktionen, die nun in so bunten Fülle von den verschiedensten Kreisen veranstaltet werden, können nicht das leisten, was wir dringend brauchen, wenn unsere Jugend nicht zugrunde gehen soll. Es gibt nur ein Mittel, das ist die ausgiebige Erhöhung der Unterhaltsbeiträge aber nicht eine 10prozentige, sondern eine mindestens 70prozentige Erhöhung. Alle Väter verdienen heute mehr — man denke nur an die qualifizierten Metallarbeiter, die heute im Felde stehen — und die Familie bekommt noch immer den Unterhaltsbeitrag so bemessen, als wenn wir im tiefsten Frieden lebten und die steigende Steuer keine Kriegsteuer wäre.

Aber auch einen anderen Vorschlag müssen wir energisch ablehnen. Man hat gemeint, wenn eine größere allgemeine Erhöhung als 10 Prozent nicht möglich wäre — niemand wird allerdings begreifen, warum sie nicht möglich sein sollte, wenn man ungeschätzte Milliarden aufbringen muß — dann solle man den einzelnen Kronländern größere Beiträge zur Verfügung stellen, damit außerordentliche Beihilfen gewährt werden können. Dieser Ausweg ist geradezu gefährlich. Man wird Millionen auswenden und damit nichts erreichen, denn bei der größten Gewissenhaftigkeit wird es immer noch Hunderte Fälle geben, die einfach nicht erreicht werden. Man denke doch nur, daß die Gelder durch die Landesorganisation den Bezirken, von diesen wieder den Gemeinden übermitteln werden müssen und daß dabei schon sehr geringe Summen an die einzelnen Verwaltungskörperschaften kommen, die wiederum nach sehr verschiedenen Methoden verteilt werden. Eine Ein-

heitlichkeit in der Durchführung ist heute, nach 31 Monaten Krieg, noch nicht einmal bei den Unterhaltskommissionen erreicht worden, um wie viel mehr würden das System und die Grundsätze, die aufgestellt werden, von den kleinen örtlichen Interessen beeinträchtigt werden. Aber das ist noch nicht einmal entscheidend. Eine solche Organisation würde die Reservistenfrauen wieder zwingen, nicht zu fordern, was ihnen gebührt, sondern zu betteln und zu bitten, um das zu erreichen, was sie dringend brauchen. Man mag immer wieder sagen, daß es kein Bitten ist, es wird doch als ein Bittgang empfunden, wenn eingereicht werden muß, wenn man Gesuche beizustellen hat und wenn man niemals weiß, wie die Sache denn endlich ausgehen werde. Außerdem ist bei aller Gewissenhaftigkeit der Nachforschungen eine vollständig gerechte und gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Mittel, wenn sie nicht für alle reichen, kaum möglich. Das System müssen wir entschieden bekämpfen. Wenn man schon nicht eine allgemeine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge durchzuführen für möglich hält — alle Argumente, die man anfährt, sind natürlich nicht stichhaltig, denn Kriegsnotwendigkeiten müssen bestritten werden, dafür muß der Staat aufkommen, ganz gleich in welcher Weise und unter welchen Voraussetzungen immer — dann müssen bestimmte Fälle gesondert und diesen Frauen müßte unter allen Umständen eine bestimmte Erhöhung als Recht gewährt werden. Hier kämen vor allem alle kränklichen und daher erwerbsunfähigen Frauen in Betracht, alle Frauen mit kleinen Kindern oder mit Kindern, die kränklich sind, alle Frauen, die für kranke Familienmitglieder zu sorgen haben, und solche Frauen, die schwanger sind, die deshalb nichts verdienen können und eine wenigstens teilweise gesicherte Existenz brauchen. Auch eine weitere Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Kinder unter acht Jahren wäre eine Erleichterung, die wir als Teilzahlung fordern müssen, denn die 99 Heller sind wirklich kein Existenzminimum für ein Kind.

Aber alles dieses kann eben nichts anderes sein als Beihilfen; die wirkliche, tatsächliche und allein wertvolle Hilfe kann nur die allgemeine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge bringen. So werden wir nicht aufhören zu fordern und alle Vorschläge werden von diesem allein maßgebenden Gesichtspunkt aus geprüft werden. Die Vorschläge, die die Regierung bisher erlassen hat, erscheinen uns ungenügend und schädlich. Fordern aber müssen wir, daß vor der endgültigen Entscheidung die Vertreter der Arbeiterschaft gehört werden. Nun, wo wir nicht einmal in Versammlungen zur Regierung sprechen können, weil wir keine Säle haben, müßte die Regierung selbst das Bedürfnis empfinden, die Vertreter der Massen zu hören, die vor allem wissen, was in den Kreisen des Volkes vorgeht. Die zunehmende Verschlechterung der Lebenshaltung der Reservistenfamilien können wir heute nicht schildern, denn alles, was wir schreiben könnten, wäre doch ein weißer Fleck. Vielleicht senden alle jene Reservistenfrauen, die uns im vergangenen Jahre ihre Haushaltungsrechnungen geschickt haben, die Aufstellung ihrer Wocheneinkünfte und Ausgaben neuerlich ein, damit wir die ungeheure Verschlechterung der Lebenshaltung zahlenmäßig darstellen können. Das werden für die heimkehrenden Krieger die wertvollsten Dokumente des Weltkrieges sein.

Die Regierung fordern wir aber endlich auf, eine Entscheidung zu fällen. Das Zuarbeiten wird von Monat zu Monat unerträglich und wir können nur wieder fordern, daß der Staat seine Pflicht endlich tue. Wenn die Regierung vermeint, ohne Parlament regieren zu dürfen, dann werden wir von ihr auch verlangen können, daß sie die volle Verantwortung trage, wenn die Not wächst und keine Hilfe findet.

Jede Woche, die zugewartet wird, ist ein schweres Unrecht, das an der Zukunft des Staates und der Gesellschaft begangen wird. Im Kriege muß für die Lebenden gesorgt werden, denn sie sind der einzige wirkliche Wert, der aus Pulver, Dampf und Blei neues Leben schaffen wird. Wer diese Pflichten nicht erfüllt, wird der Besiegte bleiben, auch wenn er der Sieger des Schlachtfeldes sei.

Emmy Freundlich.

auch im geschlossenen Raume geben wird, an den die Kinder jetzt leider zu viel gebunden sind. Die Tagesheimstätte ist im Anschluß an die Gastwirtschaft R o h m errichtet worden. Frau Rohm selbst führt die Küche, während Genosse G e y, unterstützt von einigen Müttern und von den größeren Mädchen der Ortsgruppe, in der Tagesheimstätte die Leitung hat. Das Wichtigste ist die Küche. Jedes Kind kann so viel essen, als ihm schmeckt. Freitag hat es Erdäpfelknödel mit Bratöl gegeben und Samstag nach Schmelze der größte Bub und größte Esser in dem Genus der neun Knödel, die er sich zu Gemüte geführt hatte, und als es zwei Tage vorher eingekochte Bohnen gab neben der guten eingekochten Suppe, die den Kindern täglich geboten wird, da hat er sieben Teller voll verschlungen. Schwer ist es mit dem Brot. Bisher hat Genosse Gey das Brot von den Konsumvereinsfilialen buchstäblich zusammengebetelt, aber nun mit der Konsumierung und der damit verbundenen knappen Brotzuzufuhr wird es immer schwerer, den Kindern vormittags und zur Pause ein Stück Brot zu geben, und dabei sagt der „Fresser“, dieser hochaufgeschossene lustige Proletarierbub: „A Viertel auf an' Stk esser i via ny.“ Ein Viertel Brot auf einen ist aber die Tagesration unter der Woche, wenn man auf sonntägigen Brotgenus verzichtet. Um so reichlicher werden alle andere Speisen zugemessen.

Die Hernalser Tagesheimstätte, in der schon hundert Kinder versammelt sind, war einstmals ein Kaufmannsladen mit anschließender Wohnung und Magazin. Die Räume sind wie geschaffen für eine Tagesheimstätte. Der Boden ist der Hauptraum, von ihm führt eine Türe ins Magazin, wo schon die Mehlfäcke und genug Zucker und Bohnen, Getreide und Fett aufgestapelt sind, um den Kindern reiche Mahlzeiten bieten können. Sie sind voll Lobes für die Köchin, die mit Recht ihren Stolz darauf setzt, den Kindern so schmackhaft als möglich zu kochen. Die Leitung hat hier Genossin Ch ar w at, der namentlich bei der Einrichtung Genosse R i t t e n b e r g unermüdetlich zur Seite stand. Im den Hauptraum schließt ein einfensteriger Raum an. Er dient als Kleiderablage und als Schreibstube der Vorleiterin. Hier ist auch der vielbegehrte Kasten mit den schönen Kinderspielen, die im großen Hauptraum auf allen Tischen aufgelegt sind. Nicht weniger begehrt ist der Inhalt des Bücherkastens, der im Hauptraum steht. Namentlich die Jugendschriften „a b e i l u n g“, die hier untergebracht ist, hat großen Zuspruch, und es ist sehr erfreulich, daß durch sie so viele Kinder dem Schulschrifttum abwendig gemacht werden. Der dritte Raum gilt der stillen Beschäftigung. Er ist die Werkstatt der Kinder. Hier machen die Kinder ihre Aufgaben und immer sind die größeren die Lehrer der kleineren, und weh einer gar nicht Bescheid, so kommt er zur Genossin Ch ar w at, die als richtige Proletariermutter auch hier hilft. Der Gedanke der erweiterten Familie kommt hier sehr glücklich zum Ausdruck. Nur mehr Mütter sollten sich hier sowohl wie auch der Landstrasse in den Dienst der Kinder gesamtstellen.

Solcher Tagesheimstätten müßte zum mindesten jeder Bezirk eine haben. Sie sind ein wirklicher Segen für die Kinder, die sich in ihnen auch ungemein wohl fühlen, und ein Segen auch für die Mütter, die wenigstens ihre Kinder in sicherer Obhut wissen. In den vollreichen Bezirken verträge jede Gasse, ja manches größere Haus für sich allein eine solche Tagesheimstätte. Wandert man durch die kinderbesetzten Straßen der Außenbezirke, dann sieht man, wie unendlich viel gesammelte G l e i t k r a f t noch für die Kinder zu leisten hätte

Arbeiterze

Zwei neue Tagesheimstätten für Kinder.

Landstrasse: Eslerngasse Nr. 2.
Hernals: Mayhengasse Nr. 22.

Der Arbeiterverein Kinderfreunde für Niederösterreich hat in dieser Woche zwei neue Tagesheimstätten für Kinder eröffnet. Es sind nicht prunkvolle Räume, aber zweckentsprechend sind sie, Stätten, an denen sich die Kinder daheim fühlen können, gut erwärmt, einfach mit Tischen und Stühlen eingerichtet, nicht alles nach demselben Maß, wie es gerade billig zu haben oder zu leihen war, und doch jede Tagesheimstätte ein sicherer Ort für ein Kinderhundert, das sich sonst irgendwo draußen umhertrieb, in kalten, ungeheizten Wohnräumen saße, nicht wüßte, was es mit den schulfreien Stunden des Tages beginnen soll, ohne anregendes Tun und ohne Aufsicht und Anleitung wäre und der Verwilderung entgegengehe. So wenig es ist, was geboten werden kann, so groß ist die Leistung der beiden Ortsgruppen und der Zentrale des Vereines, die ihnen dabei hilfreich zur Seite stand. In vielen Fällen ist das wenige, was den Kindern geboten werden kann, ihre Rettung. Möglichst viele Proletarierkinder aber vor weiterer Unterernährung und vor Verwilderung zu bewahren ist der Zweck dieser Tagesheimstätten, deren der Verein nun schon vier unterhält, und zwar in den Bezirken Landstrasse, Margareten, Meidling und Hernals.

Die beiden jüngsten Tagesheimstätten sind auf denselben organisatorischen Grundlagen aufgebaut wie die früheren. Die Gemeinde zahlt aus dem Fürsorgefonds für jedes Kind 24 Heller täglich und die Eltern zahlen einen annähernd gleichen Betrag, womit bei kleinen Zuschüssen von anderen Stellen und aus den Mitteln des Vereines das Auslangen im großen und ganzen gefunden wird. Die Lebensmittel beziehen die Tagesheimstätten aus den Vorräten der Gemeinde Wien zu den von dieser bestimmten billigeren Preisen. Deckt sich so der Betrieb, so müssen die ersten Einrichtungskosten, die erste Miete, das Geschir und die Kücheneinrichtung aus der Kraft der Gesamtheit des Vereines geleistet werden. Einrichtung und Betriebsführung ist unter Mitwirkung der vom niederösterreichischen Vorstand hiezu als Fachberaterin gewählten Genossin Emmy F r e u n d l i c h Sache der betreffenden Ortsgruppe, die aus ihrer Mitte auch die geeigneten Kräfte für die wirtschaftliche und pädagogische Leitung der Tagesheimstätte holen muß.

Die Landstrasser Tagesheimstätte, die erst langsam im Aufstieg begriffen ist — von Montag an werden erst 60 Kinder in ihre Zuflucht haben, gegenwärtig sind es 48 —, wird, sobald es die Zahl der Kinder nötig macht, zu den zwei Räumen, die ihr heute zur Verfügung stehen und die etwas unter den Erdboden gelegt sind, einen großen Saal dazu bekommen, einen Gartensaal mit einer einzigen großen Fenstervand, der dann den Kindern noch mehr Bewegungsfreiheit

Veranstaltungen der Kinderfreunde.

- Ortsgruppe Landstrasse. Dienstag den 20. d. um 1/8 Uhr abends in der Tagesheimstätte, Eslerngasse Nr. 2, Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte. Neuwahlen. Vortrag von Genossen Dr. K e i l l e r: Arzt und Kinderfreund.
- Ortsgruppe Margareten. Donnerstag den 22. d. um 1/8 Uhr abends in der Tagesheimstätte, Fendgasse Nr. 9, Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte. Neuwahlen. Vortrag von Genossin Marie B o d a: Erziehungsfragen.
- Ortsgruppe Neubau. Freitag den 23. d. um 8 Uhr abends im Buchdruckerheim, Seidengasse Nr. 15, Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte. Neuwahlen.
- Ortsgruppe Alsergrund. Morgen Montag um 8 Uhr abends im Vereinslokal, Auggasse Nr. 4, Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte. Neuwahlen. Vortrag von Genossin W e i n r e b: Der Beitritt zum Reichsverein.
- Ortsgruppe Simmering. Heute Sonntag um 3 Uhr nachmittags im Vereinsheim, Drischkühlgasse Nr. 4, Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte. Neuwahlen.
- Ortsgruppe Meidling. Morgen Montag um 8 Uhr abends im Arbeiterheim, Eichenstraße Nr. 50/52, Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte. Neuwahlen.
- Ortsgruppe Piesing. Heute Sonntag um 3 Uhr nachmittags im Vereinsheim, Müllendorferstraße Nr. 9, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Gründung des Reichsvereines.
- Ortsgruppe Rudolfsheim. Donnerstag den 22. d. um 8 Uhr abends im Vereinsheim, Lohgasse Nr. 4, Generalversammlung. Tagesordnung: Berichte. Neuwahlen.
- Ortsgruppe Meidling. Heute Sonntag um 3 Uhr nachmittags im Arbeiterheim, Neuborferstraße Nr. 14, Elternzusammenkunft. Vortrag von Genossen Karl B o l l e r t: Die Verwahrlosung der Kinder im Kriege.

Reichsverein der Kinderfreunde. Sonntag den 25. d. Gründendeversammlung des Arbeitervereines Kinderfreunde für Oesterreich. Ort: Eisenbahnerheim. Beginn 9 Uhr vormittags.

Spenden für den Erholungsstättenfonds (siebzehnter Ausweis). An den Verein, Parteihaus, Rechte Wienzeile Nr. 97: G. M. Saaz Kronen 10.—, Freie Schule, Ortsgruppe Währing 20.—, Gesammelt durch Friedrich Müller Rel. Schiachtviehdepot 5/V 65.—, Allgemeiner Turnverein Wien 10.—, Ella Rheinlein 20.—, zusammen Kronen 135.—; durch die Arbeiterzeitung: Zugsführer Ellinger Kronen 5.—, insgesamt Wocheneingang Kronen 140.—; legier Ausweis Kronen 16.496.80; Endsumme Kronen 16.636.80.

Die ländliche Arbeiterinnenkolonie.

Der Strafanstaltspfarrer Just, Erster Geschäftsführer der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft, schreibt uns:

Der Krieg hat nicht nur seine Ehre, er hat leider auch ungeheure Schäden im Gefolge. Eine der bösen Folgen des Kriegs von 1870/71 war die Gründerzeit. Fabriken und andere industrielle Unternehmungen schossen nur so aus dem Boden. Bald da, bald dort wurden Massen von Arbeitern gebraucht, und nur zu oft geschah es, daß sie ebenso schnell wieder auf die Landstraßen gestoßen wurden. Eine ungeheure Wanderbettelei, die zum Landstreichertum ausartete, war die Folge. Da waren es die Kreise der Rheinisch-Westfälischen Gefängnisgesellschaft, welche den Schaden erkannten und sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler Bismarck wandten. Diese Eingabe wurde sehr freundlich aufgenommen. Gleichzeitig hatte sich die freiwillige Tätigkeit, mit dem ebenso energischen wie liebeswarmen Pastor v. Bodelschwingh an der Spitze, mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Dieser berichtete in der Generalversammlung des Jahres 1882 in anschaulicher und ergreifender Weise von der Begründung seiner Arbeiterkolonie Wilhelmshof bei Bielefeld. Bald folgte die Rheinische Evangelische Arbeiterkolonie Löhlerheim. Und diese beiden Kolonien blieben nicht die einzigen in Deutschland; jetzt zählt man deren 41. Dazu ist die Arbeiterschutzgesetzgebung gekommen, das Segenserbe aus der großen Zeit Wilhelms I.

Wieder tobt der Krieg, und zwar unsagbar schrecklicher als 1870/71. Auch dieser Krieg hat schon mancherlei Schäden aufgedeckt und wird noch weitere im Gefolge haben. Als solche sind bereits zu erkennen der Wuchergeist, die Zunahme der Jugendlinientriminalität und das Anschwellen der Prostitution. Diese zuletzt genannte Erscheinung ist, soweit geschichtlich nachweisbar, bei jedem längeren Krieg zu beobachten gewesen. Die erschreckende Zunahme der Zahl feiler Dirnen beim Kriegsausbruch 1914 hatte verschiedene Gründe. Die Prostituierten drängten sich nach den Garnisonen. Dazu kamen die zahlreichen „herrenlos“ gewordenen Verhältnisse, die vor dem Kriegsausbruch in wilder Ehe lebten; und nicht zu übersehen ist, daß vor dem Kriege sehr viele Dirnen deutscher Abstammung in Belgien lebten, z. B. (nach Feststellung des Rheinisch-Westfälischen Provinzial-Komitees zur internationalen Bekämpfung des Mädchenhandels) allein in Antwerpen mindestens 3000, die nach Kriegsausbruch nach Deutschland zurückstuteten. Die Robilmachungstage boten bei dem Zusammenströmen der Masse von jungen Männern den Prostituierten eine willkommene Gelegenheit. In schamlosester Weise drängten sich Dirnen an die Kriegsfreiwilligen und machten dabei nachweislich glänzende Geschäfte. Bald stellten sich dann auch betäubende Mitteilungen aus gewissen Einpennlazaretten ein, vielleicht in übertriebener Weise. Aber immerhin blieben die überaus bedauerlichen Folgen jenes Dirnenanfalls auf unsre Wehrmacht in einem recht beklagenswerten Umfang bestehen. Endlich schritt die Heeresverwaltung mit einer scharfen Verordnung ein, und die Polizeiorgane gingen energisch gegen die geheime Prostitution vor. So wurden z. B. in Düsseldorf seit Kriegsbeginn innerhalb eines Jahres nicht weniger als 1800 Frauenzimmer polizeilich aufgegriffen, welche der geheimen Prostitution ergeben waren. Erschreckend viele unter diesen Verworfenen wurden als geschlechtskrank befunden. Leider wird jedoch durch derartige Polizeimaßnahmen, welche in erster Linie ab-schrecken und dann auch sich ernd wirken sollten, verhältnismäßig wenig erreicht. Das Geschäft der Dirnen ist zu verlockend und ihre Gesinnung zu verdorben, als daß sie sich durch kurze Haftstrafen abschrecken lassen, die von ihnen allgemein nur als Erholungspausen angesehen werden. Auch der Sicherungszweck wird bei der kurzen Dauer der Haft nicht erreicht, denn nach zwei bis drei Wochen werden die Dirnen von neuem auf die Männerwelt losgelassen. Die Verordnung der Heeresverwaltung hat lediglich den Erfola, daß das Übel gründlich aufgedeckt worden

21./I. 1917

62

Die Ernährung armer Kinder.

Von den 80.000 staatlich unterstützten Familien Eingekerkelter haben unsere Armenräte aus den Stätten größter Not etwa 7000 Kinder hervorgeholt, die durch Schulspeisung eine Aufbesserung der häuslichen kargen Kost erhalten sollen.

Diese Kinder haben bisher zweimal wöchentlich Mehlspeisen in den Tagesheimen bekommen, das muß nun aufhören, weil sie nicht zwei Broikarten von den vieren abgeben können. Auch der reiche, gehaltvolle Einschlag von Mehl in Suppe und Gemüse fällt beinahe ganz weg, und damit wird die vom Mehl gewonnene Hauptweißzufuhr des armen Kindes plötzlich aufs äußerste restringiert.

Das ist keine Küchenfrage, das ist die ernsteste Frage der Erhaltung des körperlichen Gleichgewichts aller im Wachstum begriffenen armen Kinder.

Es handelt sich doch in den heutigen schweren Zeiten um das Problem, womit der körperliche Bedarf an Nahrungsmitteln gedeckt werden kann, und um die Möglichkeit, diese Bedarfsartikel zu erwerben.

Das Kind wohlhabender Eltern wird durch Ei, Fleisch, Zuckerwert wenn auch teurer, aber genügend versorgt. Auch das Kind auf dem Lande, am Horn aller agrarischen Güter, ist mit Milch und Ei reichlich versehen. Das arme hauptstädtische Kind ist auf die Lebensmittelarten angewiesen, muß des horrenden Preises halber auf obengenannte Artikel verzichten. Welche Nährwerte sind also für dieses Kind erreichbar?

In Deutschland ist dies heute der Gegenstand des ernstesten Studiums; Enqueten, Fachschriften befassen sich damit. Es ist in Deutschland festgestellt, daß die Lebensmittelarten dem Kinde täglich 1604 Kalorien Nährwert mit 41,4 Gramm Eiweiß sichern. Diese Quantitäten sind für 56 Pfennig erhältlich, sie würden bei uns 99 Heller kosten. Insofern die deutsche Kriegerfrau die Auslagen nicht erschwingen kann, springt die Kriegsküche mit Mittagessen zu 20 Pfennig, sowie die unentgeltliche Schulspeisung ein und ergänzt das Manko, so daß die ruhnerische Norm von 1500 Nährwerteinheiten, mit 60 Gramm Eiweiß im Tag, wo möglich immer ausgefolgt wird. Uebrigens stehen billige Volksnahrungsmittel, wie Seefische, Marmeladen, Dörrobst, der armen Bevölkerung zu Gebote. Das Kind bis zu sechs Jahren erhält einen halben Liter Milch, die jüngste Verordnung sichert dem Schulkinde 500 Gramm Brot Zusatz pro Woche. Die Frankfurter Kriegsküche steigert den Eiweißgehalt des Essens mit Zusatz von Trockenmilch und Käse. Wie Zahnräder greifen staatliche und kommunale Verfügungen ineinander, um die Ernährung der ärmsten Familien zu sichern.

Ganz anders sieht es bei uns aus. Die Milch, von der auch in Oesterreich das Kind bis zu sechs Jahren je einen viertel Liter täglich bekommt, fällt bei unserem Kinde nach vollendeten zwei Jahren ganz weg. Die Lebensmittelarten involvieren, da Fleisch und Ei bei uns für arme Leute nicht in Betracht kommen, nur 1165 Kalorien mit 24,6 Gramm Eiweiß. Wir nehmen dabei unter anderem die nach neuester Aufnahme für industrielle Arbeiter festgesetzte Menge von täglich nur 200 Gramm Kartoffeln zur Basis. Diese minimale Menge an Lebensmitteln kostet 42 Heller. Und auch dieses Minimum kann sich die Mutter für das Kind unter acht Jahren nicht leisten, sie muß auf die Hälfte hinuntergehen, weil sie nur 39 Heller Kriegsunterstützung bekommt und davon noch andere Bedürfnisse bestreiten muß, wie Seife, um Reinlichkeit zu schaffen, Kohle zur Heizung und Licht zum Bannen der finsternen Abend Schatten der Verzweiflung. Das ewig hungrige größere Kind, das mit 89 Heller dotiert ist, kann mit jenen Nahrungsmitteln auch nicht gesättigt werden.

Es müssen also für das Proletarietkind der Hauptstadt eigene Verfügungen getroffen werden, wollen wir eine sichere Degeneration, ein Hinsinken der Kräfte durch Unterernährung und Eiweißmangel hintanhalten. Schon sind unsere Vorstadtschulen mit entnervten Kindern bevölkert, die an kranken Augen, lymphatischen Drüsenanschwellungen und anderen Anzeichen der Unterernährung leiden.

Nachdem die Nahrung des Pauperkindes heute bis auf die Grenze der Erhaltungsmöglichkeit gelangt ist, geht unser Wunsch dahin, der Lebensmittelkäufer möge, im Vollbewußtsein der dringenden Notwendigkeit, zur Förderung des Wachstums der Jugend, eine Ersatzbrotkarte dem hungernen Schulkind zukommen lassen.

I Frauen-Hilfsaktion im Kriege. Die Leitung der Wiener Frauen-Hilfsaktion bei Kaiserin Zita.

Unter Führung der Vorsitzenden der Frauen-Hilfsaktion im Kriege, Frau Berta Weiskirchner, erschien am 14. Februar nachmittags in der Hofburg eine Abordnung des Zentral-Beirates in Audienz bei Ihrer Majestät der Kaiserin.

Die Vorsitzende legte die Bestrebungen der Frauen-Hilfsaktion in folgender Ansprache dar:

„Eure Majestät!

Erhabene Kaiserin!

In Ehrfurcht nahen sich die Vertreterinnen der Frauen-Hilfsaktion Wiens dem Throne Eurer Majestät.

In schwerer Zeit und durch Gottes Rathschluß wurden Eure Majestät an der Seite des erlauchten Gemahls berufen, als Kaiserin den Thron der Völker Österreichs zu besteigen. Von jugendlichem Liebreiz umflossen, sehen wir Eure Majestät vor uns und es ist uns, als ob eine Lichtgestalt zu uns herniedergeschwebt, als wenn uns ein Friedensengel von Gott gesandt wäre.

Wir kommen Eurer Majestät zu huldigen. Wir kommen nicht mit leeren Händen, wir bringen ein übervolles Herz, wir bringen die Liebe von den Frauen Wiens. Wir bitten, dieselbe entgegenzunehmen, denn diese Liebe kommt aus den goldenen Herzen der Wiener Frauen.

In schwerer Kriegsnot haben wir Frauen uns zusammengefunden, um Not und Elend zu lindern. Mit großer Freude haben wir durch den Mund Sr. Majestät unseres gütigen Kaisers vernommen, daß Majestät sich besonders auf dem Gebiete der Nächstenliebe betätigen wollen und so bitten wir, uns auf diesem zwar schweren, aber segensreichen Weg voranzuschreiten. Viel Trauriges hat dieser lange Krieg gezeitigt und schwer lastet derselbe auf allen Schichten der Bevölkerung, am schwersten aber hat die Armut darunter zu leiden, diejenigen, welche durch den Krieg in Not geraten sind, und die Kinder jener, welche oft nicht mehr das tägliche Brot haben, um ihren Hunger zu stillen.

Wir haben uns bemüht, nach besten Kräften zu helfen.

Eurer Majestät ist die Tätigkeit der Frauen-Hilfsaktion aus meinem Berichte gewiß bekannt.

Wollen Eure Majestät die überaus große Huld und Güte haben, uns mit leuchtendem Beispiel voranzugehen, so werden Tausende den Segen Gottes über unser liebes Kaiserpaar herabsehen und die Liebe der Völker wird Eurer Majestät gesichert sein.“

Ihre Majestät erwiderte, daß sie sich herzlich freue, die einzelnen Frauen kennen zu lernen. Die Vorsitzende, Frau Berta Weiskirchner, stellte hierauf diese vor. Für den Bund österreichischer Frauenvereine: Frau Marianne Hainisch und Frau Herta v. Sprung, bei denen sich die Kaiserin über die Tätigkeit der Tagesheimstätten und über die weibliche Gewerbeinspektion informierte; für den Christlichen Wiener Frauenbund Frau Sophie Guttmann, welche über die Charitativen Leistungen ihres Bundes berichtete; für die katholische Frauenorganisation: Frau Gräfin Gerda Walterkirchen, Frau Josefine Kurzbauer und Frau Dr. Alma Seitz, bei welcher sich Ihre Majestät eingehend über das Wirken der katholischen Frauenorganisation und deren Sekretariat, sowie über die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion und über die Lage der Heimarbeiterinnen erkundigte; für die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs: Frau Fanni Freund-Marcus und Frau Helene Granitsch, von denen die Kaiserin sich mit lebhaftem Interesse über die Beschaffung der Lebensmittel und des Brennmaterials, sowie über die Heimtrippen und Kinderjause berichten ließ.

Die Kaiserin brachte der Lösung der Kohlenfrage ihre besondere Anteilnahme entgegen. Frau Toni Colbert berichtete über die Kinderfürsorge und Schulbeteiligung der dem Säuglingsalter entwachsenen Kinder.

Nachdem noch die Vorsitzende, Frau Berta Weiskirchner, genauen Aufschluß gegeben hatte über die von allen Frauenorganisationen geleistete Tätigkeit in den 23 Frauen-Arbeitskomitees, Nähstuben, Auspeisungen, Kriegsküchen und im Erhebungs- und Pfllegschaftsdienst, verabschiedete die Kaiserin mit herzlichen Worten des Dankes für die hingebungsvolle Tätigkeit der Wiener Frauen in huldvoller Weise die Abordnung.

Erhöhung der Unterhaltsgebühren.

Hilfsmassnahmen für Soldatenfrauen und deren Kinder.

Im Ministerratspräsidium fand heute neuerdings eine von der Regierung einberufene Konferenz statt, die den Zweck verfolgte, Klarheit zu schaffen über die derzeitige wirtschaftliche Lage der Familien der Eingekerkerten und über das Ausmaß der zu bewilligenden Erhöhungen der Unterhaltsbeiträge.

Den Vorsitz führte Finanzminister Dr. von Spitzmüller. An der Konferenz nahmen teil: Landesverteidigungsminister Generaloberst Freiherr v. Georgi, Minister Dr. v. Baernreither, Sektionschef Dr. v. Karel, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Polizeipräsident Baron Gorup, die Reichsratsabgeordneten Dr. Dinghofer, Eidersch, Dr. Smeral und Wanek, die Damen Gräfin Walterskirchen, Frau Berta Weiskirchner, Frau Helene Granitsch, Frau Emmi Freundlich, Gemeinderat Spalovski und zahlreiche Vertreter der Unterhaltskommissionen in den einzelnen Kronländern.

Rede des Finanzministers Dr. v. Spitzmüller.

Der Vorsitzende Finanzminister Dr. v. Spitzmüller führte in seiner Eröffnungsansprache aus, die Regierung verschließe sich nicht der Einsicht, daß die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechende wirtschaftliche Hilfsmassnahmen im Interesse der Familien der Eingekerkerten erheischen. Die Regierung sei entschlossen, an eine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Frauen und Kinder der Eingekerkerten zu schreiten. Zweck der heutigen Konferenz sei, der Regierung in dieser Hinsicht mit Ratschlägen beizustehen und zunächst eine Reihe wichtiger Vorfragen zu lösen. So handle es sich unter anderem vor allem um die Frage, ob nur die Ehefrau oder die Familie der Eingekerkerten höherer Unterhaltsbeiträge teilhaftig werden sollen. Im letzteren Falle müsse natürlich das prozentuelle Ausmaß der Erhöhung entsprechend herabgesetzt werden.

Die Regierung wünsche auch Äußerungen seitens der Konferenz, wie jene Soldatenfrauen zu berücksichtigen seien, die einen Nebenberuf nach sich geschaffen haben oder eine Rente beziehen. Endlich bitte er um Äußerungen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die Erhöhungen zum Unterhaltsbeitrag nach der Jahreszeit derart abzustufen, daß im Winter größere Zuschüsse, im Sommer jedoch kleinere Zuschüsse zu bewilligen sind. Auch die Frage, ob nicht zwischen Stadt und Land eine Differenzierung der Unterhaltsbeiträge zu erfolgen habe, wäre zu erwägen. Eines aber sei für jeden Fall unerlässlich: Man dürfe nicht vergessen, daß auch der guten Absicht des Staates gewisse Grenzen gesetzt sind. Die Finanzverwaltung müsse sich bei ihren Leistungen innerhalb des Bereiches der gegebenen Möglichkeiten halten.

Die Debatte.

Als erster Redner ergriff das Wort Bürgermeister Dr. Weiskirchner. Er führte unter anderem folgendes aus: Der Entschluß der Regierung, die Unterhaltsbeiträge zu erhöhen, sei auf das freudigste zu begrüßen. Allerdings müsse die Erhöhung, damit ein befriedigender Effekt erzielt werde, eine ausreichende sein. So viel ihm bisher bekannt geworden ist, bestehe seitens der Regierung die Absicht, eine Erhöhung um 10 Prozent eintreten zu lassen. Ein derartiges Ausmaß wäre angesichts der herrschenden Teuerung durchaus unzulänglich. Er müsse die dringende Bitte aussprechen, eine Erhöhung um 25 Prozent eintreten zu lassen, jedenfalls seien 20 Prozent die unterste Grenze. Wünschenswert wäre auch eine Differenzierung der Unterhaltsbeiträge nach Art der Ortsklassen für die Aktivitätszulagen der Beamten.

Frau Emmi Freundlich und Wba. Eidersch erörterten hierauf in längeren Ausführungen die traurige Lage der Reservistenfrauen in den Industriestädten und insbesondere in den provinziellen Industriegebieten. Sowohl Frau Freundlich wie auch Wba. Eidersch führten Fälle an, in denen die Unterhaltsbeiträge in ungerechter oder ungleicher Weise bemessen wurden. Sie forderten die gründliche Abstellung derartiger Mängel.

Frau Helene Granitsch führte aus, daß die Unterhaltsbeiträge um 25, zumindest aber um 20 Prozent erhöht werden müßten. Sie begründete sodann in längeren Ausführungen die Notwendigkeit, daß auch die Kinder unter acht Jahren im Unterhaltsbeitrag den erwachsenen Personen gleichgestellt werden müßten. Besonders verwies die Rednerin darauf, daß der Unterhaltsbeitrag an alle Soldatenfrauen ausbezahlt werden muß, auch dann, wenn die Frau durch eigene Arbeit sich einen ausreichenden Nebenverdienst verschafft habe. Es ließe geradezu eine Prämie auf die Faulheit aussetzen, wenn man die arbeitenden und selbstständig erwerbenden Frauen im Unterhaltsbeitrag irgendwie verkürzen würde. Die Gegenwart erfordere, daß auch die Frau an der wirtschaftlichen Arbeit sich aktiv beteilige. Ein Unterschied wäre nur dann zu machen, wenn es sich bei den Reservistenfrauen um ein fixes Renteneinkommen handle. In letzterem Falle erscheine, falls die Rente entsprechend hoch ist, eine Ausnahmsbehandlung im Interesse der wirtschaftlich nicht so gut gestellten Reservistenfrauen statthaft. Der Plan, die Beiträge im Winter höher, im Sommer niedriger zu bemessen, sei angesichts der unaufhörlichen Verteuerung äußerst bedenklich. Gegenüber wäre es wünschenswert, daß die Gemeinden in ihrem Wirkungskreis eine individuell gerechte Bemessung der Unterhaltsbeiträge vor-

nehmen. Das werde jedenfalls besser als bisher gelingen, wenn man in Zukunft in die Unterhaltskommission auch Frauen berufen würde.

Gemeinderat Spalovski befürwortete dringend die Einführung einer 25prozentigen Erhöhung, da namentlich die Verhältnisse in den Hauptstädten eine kleinere Erhöhung als unzureichend erscheinen ließen.

Gräfin Walterskirchen sprach den Wunsch aus, daß die bisher zu beobachtenden Ungleichheiten und Härten in Zukunft vermieden würden.

Der Vorsitzende Finanzminister Dr. von Spitzmüller faßte die verschiedenen Ausführungen sodann in einem Resümee zusammen. Er versicherte, die Regierung sei entschlossen, bis zur äußersten Grenze zu gehen. Die Finanzverwaltung habe für die zu bewilligenden Erhöhungen mit einer Aufwendung von etwa 160 bis 170 Millionen gerechnet. Er könne nicht versprechen, ob über diesen Rahmen hinaus weitere Zugeständnisse gemacht werden könnten. Jedenfalls aber würden die vorgebrachten Wünsche, insbesondere der Wunsch nach einer mindestens 20prozentigen Erhöhung der Kinder unter acht Jahren und endlich die Anregung einer Differenzierung zwischen Großstadt und Land in ernste Erwägung gezogen werden. Gewiß müsse die wirtschaftliche Lage der Familien der Eingekerkerten eine Besserung erfahren, aber auch schon die in der gestern abgehaltenen Konferenz zutage getretenen Bestrebungen schaffen die Möglichkeit, daß diese Besserung tatsächlich eintreten werde.

Hierauf schloß mit einem Dank an die Erschienenen der Vorsitzende um 2 Uhr nachmittags die Konferenz.

Aus der gestrigen Konferenz.

In der gestern im Ministerratspräsidium abgehaltenen Konferenz, über die bereits berichtet wurde, stellte in der auf die Rede des Ministerpräsidenten folgenden Debatte zunächst Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Frage, wie hoch der Betrag sei, den die Regierung für die Fürsorgeaktion zu widmen bereit sei, da davon alle anderen Maßnahmen abhängen. Finanzminister Dr. v. Spitzmüller erklärte, daß die Finanzverwaltung jährlich ungefähr 300 Millionen Kronen für die Verbilligung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zur Verfügung stellen werde. Minister Söfer erörterte hierauf die Frage, wie eng der Kreis der Bevölkerung sein solle, dem die soziale Hilfe der Regierung zukommen soll. Wenn die Frage, wer der Hilfe teilhaftig werden soll, bestimmt sei, sei zu erwägen, daß die Unterstützung nicht in Bargeld, sondern als Naturalhilfe gegeben werde, und zwar aus solchen Mitteln, die nicht durch Steuern auf den Kopf der Bevölkerung bemessen werden müssen, sondern die zur freien Verfügung stehen, hauptsächlich also Fleisch zu billigen Preisen. Im Verlaufe der weiteren Debatte wurden mehrere Vorschläge gemacht, unter anderem der auf reichlichere Beschickung der Märkte mit Fleisch und Aufhebung eines fleischlosen Tages. In der Besprechung wurde auch das Straßburger System erörtert, nach dem die Lebensmittelpreise staffelförmig nach dem Einkommen der Einwohner der Stadt festgesetzt werden. Weiter wurde auch die Verkürzung der Brot- und Mehlkarte der wohlhabenden Bevölkerungskreise, die sich in der Zeit der größten Knappheit einen größeren Fleischgenuss leisten können, erörtert. Ministerpräsident Graf Ciamartini erklärte schließlich, daß die Statthaltereien den Auftrag erhalten werden, mit den Vertretern der Konsumenten in Fühlung zu treten und die aus diesen Beratungen hervorgehenden Vorschläge der Zentralregierung zu übermitteln. Die zu treffenden Maßnahmen werden den Bedürfnissen der einzelnen Länder entsprechend getroffen werden.

4. III. 1917

80

Die Fürsorgekonferenz im Ministerrats- präsidium.

Der Verlauf der heutigen Besprechung.

Wien, 3. März.

Unter dem Vorsitze des Finanzministers Doktor v. Spitzmüller, bei den abwesenden Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic vertrat, fand heute im Ministerpräsidium als Fortsetzung der gestrigen Fürsorgekonferenz eine Enquete über die Reform der Unterhaltsbeiträge der Familien der Einberufenen statt. Von den Ministern waren noch Landesverteidigungsminister Generaloberst Freiherr v. Georgi und Dr. Baernreither amwesend.

An der Konferenz nahmen außer mehreren Regierungsvertretern teil: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Polizeipräsident Freiherr v. Gorup, die Reichsratsabgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Smeral und Banek, die Damen Gräfin Walterskirchen, Frau Berta Weiskirchner, Frau Helene Granitsch, Frau Emmy Freundlich, Herr Eldersch, Gemeinderat Spalovský und Vertreter der einzelnen Kronländer.

Die Regierung legte der Enquete eine Reihe von Fragen zur Begutachtung vor. Eine Frage ging dahin, ob es angezeigt erscheine, die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge nur auf die Gattin des Einberufenen zu beschränken, wobei das Muster Deutschlands maßgebend wäre, wo die Frauen in bezug auf die Unterhaltsgebühren weit günstiger gestellt sind als andere Familienmitglieder. Die Enquete hatte sich ferner mit der Frage zu befassen, ob von einer Erhöhung jene Gattinnen von Eingerückten ausgenommen werden sollen, die einen Nebenerwerb haben oder eine Rente beziehen; weiter, ob es sich nicht empfehlen würde, die Beiträge im Winter höher zu bemessen als im Sommer; endlich, inwieweit es möglich wäre, zwischen Städten und Industrieorten einerseits und dem flachen Lande andererseits zu differenzieren.

Der Vorsitzende Finanzminister Dr. v. Spitzmüller hielt die Eröffnungsansprache. Er erklärte, die Regierung verschließe sich nicht der Einsicht, daß die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechende wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen im Interesse der Familien der Eingerückten erheischen. Die Regierung sei entschlossen, an eine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Frauen und Kinder der Eingerückten zu schreiten. Zweck der heutigen Konferenz sei, der Regierung in dieser Hinsicht mit Ratschlägen beizustehen und zunächst eine Reihe wichtiger Vortragen zu lösen. Die Finanzverwaltung müsse sich allerdings bei ihren Leistungen innerhalb des Bereiches der gegebenen Möglichkeiten halten.

Ueber diese obgenannten Fragen entspann sich eine eingehende Diskussion.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte den Entschluß der Regierung, die Unterhaltsbeiträge zu erhöhen. Allerdings müsse die Erhöhung eine ausreichende sein, um befriedigende Resultate zu erzielen. Die Erhöhung im Ausmaß von 10 Prozent, welche bisher die Absicht der Regierung war, wäre allerdings angesichts der herrschenden Teuerung durchaus unzulänglich, und es wäre eine Erhöhung von 25 Prozent notwendig; jedenfalls müsse er dringend bitten, 20 Prozent Erhöhung als die unterste Grenze anzunehmen. Es wäre auch angezeigt, eine Differenzierung der Unterhaltsbeiträge nach den Ortsklassen in ähnlicher Weise wie bei den Aktivitätszulagen der Staatsbeamten vorzunehmen.

Abgeordneter Dr. Smeral regt an, den § 5, Absatz 2, des Gesetzes über die Unterhaltsbeiträge einer Revision zu unterziehen, und verlangt, daß die kleinen verschuldeten Häusler auf dem Lande den Mietzins zahlenden Personen gleichgestellt werden.

Herr Eldersch erörtert in längerer Rede die traurige Lage der Reservistenfrauen in den provinziellen Industriegebieten.

Frau Emmy Freundlich führt zahlreiche Fälle an, in denen die Unterhaltsbeiträge in ungleicher Weise bemessen wurden, und fordert die gründliche Abstellung dieser Mängel.

Gemeinderat Spalovský beantragt die Einführung einer 25prozentigen Erhöhung, insbesondere in den Hauptstädten sei eine kleinere Erhöhung unzureichend.

Frau Helene Granitsch verlangt gleichfalls die Erhöhung um 25, zumindest aber um 20 Prozent. Es sei notwendig, daß auch Kinder unter acht Jahren im Unterhaltsbeitrag den erwachsenen Personen gleichgestellt werden müssen. Der Unterhaltsbeitrag müsse an alle Soldatenfrauen ausbezahlt werden, auch dann, wenn die Frau durch eigene Arbeit sich einen ausreichenden Nebenverdienst verschafft habe. Wenn man die erwerbende, arbeitende Frau im Unterhaltsbeitrag kürzt, so hieße dies geradezu eine Prämie auf die Faulheit aussetzen. Ein Unterschied wäre nur dann zu machen, wenn es sich bei den Reservistenfrauen um ein fixes Renteneinkommen handle. Im letzteren Falle erscheine, wenn die Rente entsprechend hoch ist, eine Ausnahmsbehandlung im Interesse der materiell und wirtschaftlich nicht so gut gestellten Reservistenfrauen erlaubt. Neuestens bedenklich aber wäre es, die Beiträge im Winter höher als im Sommer zu bemessen, schon wegen der Teuerung, deren steigende Tendenz fortdauere. Vielleicht wäre es möglich, daß die Gemeinde in ihrem Wirkungskreis die gerechte Bemessung der Unterhaltsbeiträge individuell vornehme; dies könnte in der Zukunft besser gelingen, wenn in die Unterhaltskommissionen auch Frauen berufen würden.

Gräfin Walterskirchen wünscht, daß die Ungleichheiten und Härten bei der Bemessung und Abgabe der Unterhaltsbeiträge, die bisher beobachtet wurden, in Zukunft abgestellt würden.

Das Schlusswort des Finanzministers.

Vorsitzender Finanzminister Dr. v. Spitzmüller faßte die Ergebnisse der Debatte folgendermaßen zusammen:

Die Enquete ist einmütig der Anschauung, daß in größeren Städten und in den Industriegebieten eine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge um wenigstens 20 Prozent notwendig sei. Eine Differenzierung zwischen Städten und Industriegebieten einerseits und dem flachen Lande andererseits wurde allgemein als möglich anerkannt. Eine Unterscheidung zwischen der Gattin und den anderen Familienangehörigen bei der Bemessung der Unterhaltsbeiträge wurde von der Mehrheit der Enquetemitglieder abgelehnt. Der Finanzminister erklärte, daß er aus finanziellen Rücksichten noch keine bindende Zusage machen könne, ob diese Anschauung der Mehrheit in allen Konsequenzen durchgeführt werden könne. Er könne aber versprechen, daß jenen Anregungen stattgegeben werden wird, welche eine Hinaufsetzung des Unterhaltsbeitrages der Kinder unter acht Jahren auf jene Höhe verlangen, in welcher heute die Unterhaltsbeiträge für Erwachsene bemessen werden. Außerordentlich schwierig sei die Lösung der Frage, wie Frauen mit Nebenerwerb zu behandeln sein werden. Der Finanzminister sei von seinem finanziellen Standpunkte aus zu dem Schlusse gekommen, daß hier doch wohl ein Unterschied gegenüber Frauen ohne Nebenerwerb gemacht werden müsse; doch könne er nicht leugnen, daß es auf ihn den Eindruck gemacht habe, daß alle Mitglieder der Enquete sich unterschiedslos gegen eine solche Differenzierung ausgesprochen haben.

Der Minister versicherte zum Schlusse nochmals, daß die Regierung entschlossen sei, bis zur äußersten Grenze

der finanziellen Möglichkeit zu gehen. Uebrigens geben schon die in der gestern abgehaltenen Konferenz zutage getretenen Bestrebungen die Bürgschaft, daß eine Besserung tatsächlich eintreten werde.

Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Dank an die Erschienenen um 2 Uhr nachmittags die Konferenz.

Arbeiter

Die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge.

Die Besprechung mit der Regierung.

Endlich soll unser seit zwei Jahren geführter Kampf um die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge Beachtung finden. Die Konferenz, die im Ministerratspräsidium stattgefunden hat, dürfte der Regierung eines deutlich gezeigt haben: mit Kleinigkeiten ist hier nicht zu helfen; wenn die Erhöhung eine Wirkung haben soll und die Reservistenfamilien davon eine Hilfe erwarten können, dann muß reichlich geholfen werden. Der Konferenz, die ja eines der nun so beliebten Surrogate (Ersatz des Parlaments) gewesen ist, wurde zum erstenmal das Material vorgelegt, das uns bisher gefehlt hat. Erst heute weiß die österreichische Öffentlichkeit, welche Summen die Unterhaltsbeiträge erfordert haben. Im Jänner 1915 belief sich der monatliche Aufwand auf 521 Millionen Kronen, im Dezember 1916 betragen die Ausgaben für die Unterhaltsbeiträge 1402 Millionen Kronen. Im Laufe des Jahres 1917 werden die Unterhaltsbeiträge ohne jede Erhöhung, einfach auf Grund der normalen Steigerung, monatlich 160 bis 170 Millionen Kronen betragen. Bis Ende 1918 wurden fast drei Milliarden, rund 2984 Millionen, ausgegeben. Es sind demnach sehr bedeutende Beträge notwendig gewesen, um die Familien der eingezogenen Soldaten wenigstens teilweise zu erhalten. Diese Beträge dürfen aber keineswegs, und das haben unsere Vertreter auch zum Ausdruck gebracht, gleich den anderen gewöhnlichen Kriegskosten gewertet werden. Sie stellen heute, volkswirtschaftlich gesehen, den einzigen produktiven Posten der Kriegsausgaben dar, der sich wesentlich von den ungeheuren Summen scheidet, die lediglich zur Vernichtung von Gut und Menschen dienen. In dem ungeheuren Bereich der Zerstörung bedeuten sie die Vorarbeit für die Zukunft, denn sie sollen den Menschen und seine Arbeitskraft retten. Leider genügen sie dieser Pflicht ebensowenig, wie sie der anderen sozial gleichwertigen Pflicht genügen: die wirtschaftliche Existenz des Eingezogenen zu sichern. Diese keine und bescheidene Existenz ist es doch vor allem, die unsere Soldaten an den Fronten verteidigen, und wenn die nicht erhalten wird, so wird für sie der Krieg immer verloren sein. Darin liegt aber auch eine große gesellschaftliche Gefahr, die um jeden Preis, auch um den Preis großer Opfer, gebannt werden muß.

Deshalb ist es begreiflich, daß sich niemand aus dem Kreise der Vertreter und Vertreterinnen der verschiedenen Bevölkerungskreise gefunden hat, der mit dem Vorschlag der Regierung, eine allgemeine Erhöhung aller Unterhaltsbeiträge um 20 Prozent durchzuführen, einverstanden war. Auch die Tatsache, daß diese Erhöhung schon hundertföbzig Millionen Kronen jährlich erfordert, konnte natürlich niemanden darüber täuschen, daß damit

nicht geholfen wäre. Die Regierung hat ja auch diese Anschauung verlassen müßt, sie hat nur versucht, von einer höheren allgemeinen Erhöhung einiges herunterzuhandeln. Sie hat dazu keine bestimmten Vorschläge unterbreitet, sondern hat nur „in Erwägung“ gestellt, ob es nicht möglich wäre, eine Unterscheidung zwischen den Unterhaltsempfängern durchzuführen. Eine ganze Reihe der vorgeschlagenen Einschränkungen würde gewiß keine große Ersparnis bedeuten und in keinem Verhältnis stehen zu dem ungeheuren Maß an verwaltungstechnischer Arbeit, das erforderlich wäre. So dürfte der Vorschlag der Frau Granitsch, daß die Frauen, die Vermögen besitzen oder Renteneinkommen beziehen, zum Beispiel Frauen, die zweimal verheiratet waren und aus der ersten Ehe irgend welche Deputate genießen, von dem Bezug des Unterhaltsbeitrages oder wenigstens seiner Erhöhung ausgeschlossen werden sollen, kaum nennenswerte Beträge ersparen.

Eine weitere Unterscheidung, die die Regierung zur Erwägung gestellt hat, die Unterhaltsbeiträge im Sommer auf der alten Höhe zu belassen und nur für den Winter zu erhöhen, müßte natürlich abgelehnt werden, nicht nur weil die Zeit zu solchen Unterscheidungen sehr ungünstig gewählt wäre, sondern auch weil die Lebensverhältnisse von Monat zu Monat schlechter werden, so daß natürlich billigere Lebensverhältnisse auch im Sommer kaum zu erwarten sind.

Mit aller Energie und von allen Seiten unterstützt, haben unsere Vertreter auch die noch immer nicht erfüllte Gleichstellung der Unterhaltsbeiträge für Kinder unter acht Jahren neuerlich verlangt. Gerade hier liegt eine so greifbare und immer unerträglicher werdende Ungerechtigkeit vor, die nicht länger mehr geduldet werden kann. Schon daß man heute, wo so viel von Kinderschutz und Säuglingsfürsorge geredet wird, die Frauen, die kleine Kinder mit unsäglichem Qual — jede Mutter erlebt täglich ein Martyrium — aufziehen, dafür bestraft, daß sie nicht verdienen und für ihre Kinder nichts erwerben und zur Verbesserung der Lebensbedingungen beisteuern können, ist ein so aufreizender Widerspruch, daß sich selbst die Regierung im Laufe der Debatten durch die Argumente, namentlich unserer Vertreter, gezwungen gesehen hat, zu versprechen, daß sie diese Erhöhung durchführen wird. So unbestimmt die Zusagen für eine weitergehende, allgemeine Erhöhung sind, hier hat sie doch ein nur von der Zustimmung des Ministerrates abhängiges Versprechen gegeben. Es sei bemerkt, daß diese Erhöhung, die bei der 25prozentigen Erhöhung im vergangenen Jahre 120 Millionen Kronen jährlich erfordert hat, nun sicher noch einen größeren Betrag erfordern wird. Es ist für unsere Frauenorganisation gewiß ein schöner Erfolg, daß ihr Kampf, den sie mit Unterstützung der Partei und auch anderer Körperschaften geführt hat, den Müttern in zwei Jahren fast eine Viertelmilliarde gebracht hat.

Allerdings, auch hier wollte die Regierung gern den Beschluß haben, daß diese Gleichstellung nicht nach dem erhöhten, sondern nach dem jetzt bestehenden Unterhaltsbeitrag zu bemessen sein soll. Dafür hat sich nur eine Stimme erhoben, und wir meinen, daß diese Summe in den ungeheuren allgemeinen Erfordernissen keine so bedeutende Rolle spielen kann, daß sie eine neuerliche Unterscheidung zwischen Kindern unter acht Jahren und Kindern über acht Jahren rechtfertigen würde.

Die Unterscheidung nach Industrie- und Landort könnte wohl zugestanden werden, weil ja vor allem in den großen Zentren Wien, Prag, Brünn die Lebenshaltung wesentlich teurer geworden ist als in den rein ländlichen Gegenden. Unsere Vertreter haben aber darauf hingewiesen, daß die Unterscheidung auch hier nicht leicht sein dürfte. In vielen Orten, die keine Fabrik besitzen und deshalb wahrscheinlich nicht als Industrieorte gelten werden, wohnen oft Arbeiter, die in einem anderen Orte arbeiten und dort sogar die ganze Woche wohnen, während die Familie in dem rein ländlichen Orte lebt. Es müßte hier auch verlangt werden, daß die Unterscheidung nicht zwischen Industrieort und Landort gemacht wird, sondern zwischen Landvölk und Industriearbeiter.

Die Frage, ob die Erhöhung für die erwerbende Frau nicht einzutreten soll, konnte natürlich nur verneint werden. Nicht gerade deshalb, weil sie eine Prämie auf die Trägheit wäre, sondern weil sie aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht klug wäre. Heute, wo viele Industrien unter dem Mangel an männlichen Arbeitern leiden, dürfen wir die Frau nicht abhalten, diese Arbeit zu übernehmen, weil sie dadurch einen materiellen Schaden erleiden würde. Außer dem besteht der Nebenverdienst vieler Frauen in einer Bedienung, in gering entlohnter Heimarbeit und sie dafür noch zu schädigen, wäre durchaus nicht zu rechtfertigen. Bei der Engstirnigkeit der meisten Unterhaltskommissionen würde diese Bestimmung auch wieder zu Entscheidungen führen, die endlich durch die Jubilatur des Verwaltungsgerichtshofes aus der Welt geschafft wurden. Sie neuerlich einzuführen, nur damit die Frauen leichter geschädigt werden und eine Unsumme an Beschwerden und Interventionen und eine Fülle von neuer bürokratischer Arbeit entstehen, hätte gewiß keinen Zweck. Die Verwaltungsarbeiten würden einen Teil der Summen aufzehren, die gewiß nicht in sehr reichem Maße erspart werden können. Außer dem müßten wir noch darauf hinweisen, daß viele Industrien, zum Beispiel die Tabakindustrie, nur einige Tage in der Woche arbeiten, so daß diese Arbeiterinnen nicht in der Lage wären, ihre Existenz aufrecht zu erhalten, wenn sie nicht ein gesichertes Nebeneinkommen hätten.

Die Unterscheidung, daß die Ehefrauen eine Erhöhung in größerem Ausmaß erhalten, die Kinder aber nicht, könnte nur dann gebilligt werden, wenn den Ehefrauen die Verbesserung bis zur durchschnittlichen Zinshöhe des betreffenden Ortes gegeben würde. Das aber würde mehr Erhebungsarbeiten erfordern und nicht weniger kosten, als eine gleichmäßige Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Mütter und Kinder betragen würde.

Es haben die Versammelten zugestimmt, daß die Gleichstellung der Kinder unter acht Jahren durchgeführt werden muß, daß es das einfachste ist, eine allgemeine durchschnittliche Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für alle Bezugsberechtigten um 20 Prozent und in den großen Städten, vor allem in Wien, um 25 Prozent vorzunehmen. Da Vertreter aller Parteien anwesend waren, kann man annehmen, daß im Parlament eine ähnliche Entscheidung fallen würde. Die Regierung hat nun den Willen breiter Volksteile gehört, sie hat nun nur eine Pflicht, diesem Willen nachzugeben.

Es wurde auf die Beschwerde unserer Vertreter, daß die Unterhaltskommissionen so zusammengesetzt sind, daß die Arbeiterklasse darin keine Vertrauensmänner hat, vom Landesverteidigungsminister zugesagt, daß er sich bemühen werde, die Zusammensetzung der Kommissionen soweit als möglich auszugestalten, damit auch die Vertreter aller interessierten Bevölkerungsteile, und vor allem die Arbeiterklasse, berücksichtigt werden. Wir hoffen, daß diese Zusage so bald als möglich erfüllt wird, damit die Unterhaltskommissionen mit größerem sozialen Verständnis zu arbeiten beginnen. Die Entscheidung liegt nun bei der Regierung; wir hoffen, sie hat die Meinungen der Bevölkerung nicht umsonst gehört. Sollte sie wieder auf halbem Wege stehen bleiben, dann muß das Parlament erfüllen, was die Regierung versäumt.

Freibrot für die Armen Wiens.

Wir haben in unserm gestrigen Morgenblatt von der so ernst-schönen Aktion Kunde gegeben, die wie nicht bald eine die Bedingungen in sich trägt, um ihrer Zielsicherheit willen in allen Kreisen der Bevölkerung willigste Aufnahme zu finden, und die denn auch, eben weil das Tiefste und Unabweisliche in ihr so hervorleuchtet, sofort bei ihrem ersten Schritt ins Leben sich rasch und sofort die lebhafteste Zustimmung des Kaisers erworben hat. Wir veröffentlichen im nachstehenden die vom Kabinettsdirektor des Kaisers auf Allerhöchsten Befehl an den Schöpfer der Idee gerichtete Kundgebung, die für sich allein ein Dokument ist, weil es so deutlich zeigt, wie der Kaiser jeden edelmütigen Gedanken rasch und freudig fördert und begrüßt. Und es ist auch nicht zu zweifeln, daß in Wien alles, was nur kann, das alte Wort wahrzumachen bemüht sein wird, daß in unserer Stadt niemand zurückbleibt, wo die Menschenpflicht eine so aufliegende ist, und wo es eine Sache von einer so erhabenen Einfachheit ist, der vom Throne herab eine Stimme voller Empfindung das so ergreifende Geleitwort spricht. Die Armen sollen unentgeltlich Brot bekommen, und sie sollen es rasch und ohne Zeitverlust bekommen, damit sich nicht durch die Sorge um die Beschaffung des Brotes für sie zu den andern Heimsuchungen noch die schreckliche des Verdienstentganges gesellt.

Das ist der Sinn und Zweck der Aktion, und von schlagender Einfachheit wie der Gedanke sind auch die Linien, die sein Anreger, Herr Dr. Josef Kläger, für die Durchführung vorgezeichnet hat. Ein Komitee, ein Verein, eine Gesellschaft, die sich konstituieren wird, übergibt den hiefür bereits bestehenden Markenausgabestellen so und so viele Freimarken, und diese Stellen ihrerseits geben die letzteren an die Bedürftigen hinaus. Und diese Bedürftigen erlegen ihrerseits beim Brotbezug die Freimarkte, und die wieder wird dann vom Verein oder der Gesellschaft eingelöst! Das ist alles, und es ist so einfach und bedeutet doch so ungeheuer viel: Erleichterung der Lebensmühsal, Zuschuß zu den Kosten der Existenz, die jetzt so schwer ist, und Rettung des Verdienstes, Rettung der Zeit und der Arbeitsmöglichkeit für Unzählige. . . . Aber dazu gehören Geldmittel, die die geplante Institution in die Lage versetzen sollen, der ganzen großen und edelmütigen Konzeption auch zu lebendigster Wirkung zu verhelfen — und welcher Wiener wird sich da ausschließen wollen?

Die Grundzüge der Aktion.

Das von Dr. Kläger verfaßte Pro-memoria, in welchem er die Grundzüge der Aktion niederlegte, hat folgenden Wortlaut:

Die Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“ hat den Zweck, die durch den Krieg besonders in Mitleidenschaft gezogene arme Bevölkerung nicht allein mit Brot und Mehl, sondern womöglich mit allen zum Leben notwendigen Artikeln zu versorgen.

Die Durchführung der Idee ist in der Form gedacht, daß anschließend an die Lebensmittelrationierung die Organisation eingerichtet wird.

Es ist ja von Amts wegen bereits dafür gesorgt worden, daß die Bevölkerung mit Karten bedacht wird, auf Grund deren sie an bestimmten Stellen die unentbehrlichsten Bedarfsartikel erhält. Die neue Aktion will nunmehr dieses Kartensystem in der Weise verwerten, daß die Armen an Stelle der gewöhnlichen Marken Freimarken zum unentgeltlichen Bezug von Brot, Mehl, Fett u. erhalten.

Die aufgebrachten Geldmittel werden dann zur Einlösung dieser Freimarken bei den Kaufleuten verwendet. Die Öffentlichkeit wird zur Zeichnung von sogenannten „Freibroteten“ im Betrage von einer Krone aufgerufen werden, so daß sich die weitesten Kreise an dieser Aktion werden beteiligen können.

Der Vorteil dieser Aktion besteht darin, daß nicht viel Vorbereitungen, keine komplizierte Organisation und keinerlei Regier erforderlich sind, da in einfachster Weise alle jene Stellen, die bereits von Amts wegen mit der Ausgabe von Lebensmittelmarken betraut sind, von der Aktion Freimarken zur Verteilung an Bedürftige erhalten.

Die Ausgabe von Freimarken soll sich auf alle jene Artikel beziehen, bei denen Vorsorge getroffen ist, daß jeder Markeninhaber ein bestimmtes Quantum des Artikels sicher erhält, wie es beispielsweise heute beim Mehl- und Brotbezug der Fall ist.

Eine Vermehrung des Lebensmittelbedarfes wird durch die Aktion nicht hervorgerufen, da ja nicht mehr Karten als bisher, sondern nur an Stelle entgeltlicher

Bezugsarten eine Anzahl von Freimarken zur Ausgabe gelangt.

Diese Aktion wäre deshalb unendlich vorteilhaft, weil sie in das Gefüge der Familie eindringt an Stelle von Geldspenden, deren Verwendung unkontrollierbar ist, eine Unterstützung mit unentbehrlichen Lebensmitteln setzt und auch die arme Bevölkerung davor bewahrt, an verschiedenen Stellen um Unterstützungen vorzusprechen und so die Zeit zu verlieren, die ihr zur Beschaffung von Lebensmitteln, zur Bestellung des Haushaltes und zur Auffindung einer verdienstsicheren Arbeit notwendig wäre.

Die Naturalunterstützungsaktion, wie Frühstücks- oder Mittagsauspeisung, hat der neutralisierten Aktion gegenüber den Nachteil, daß sie nur dem einzelnen zugute kommt, der den Weg zur Speisehalle nehmen kann, jene andern aber, die krank sind, zu bestimmten Stunden nicht frei sind oder bei kleinen Kindern bleiben müssen, von der Beteiligung ausgeschlossen.

Eine Versorgung mit Lebensmitteln kommt aber der ganzen Familie zugute, sie schafft nicht einzelne Mahlzeiten für einzelne Familienmitglieder, sondern schafft die Möglichkeit, im Rahmen des bestehenden Haushaltes eine Verteilung mit dem Notwendigsten vorzunehmen und das auf diese Weise ersparte Geld zur Anschaffung der andern, jetzt oft unerschwinglich teuren Bedarfsartikel, wie Kleider, Schuhe und Wäsche, zu verwenden.

Die Mutterchafts- und Säuglingsfürsorge in Niederösterreich.

Das erste Arbeitsjahr der Landesberufsvormundschaft.

Noch ist kaum ein Jahr verstrichen, seit der Landesauschuss die niederösterreichische Landesberufsvormundschaft ins Leben gerufen hat, und schon ist diese in der Lage, auf eine reiche Tätigkeit, und trotz der kurzen Zeit auch auf bedeutende Erfolge hinzuweisen. In mehr als 27 der 70 Gerichtsbezirke Niederösterreichs wurde bereits mit der Einführung der Landesberufsvormundschaft begonnen, und in ungefähr 12 Bezirken hat die berufsvormundschaftliche Tätigkeit in vollem Umfange eingesetzt. So stehen beispielsweise in den Bezirken Brunn an der Weitha, Sainburg und Neulengbach allein fast 300 Kinder unter Berufsvormundschaft, und in den meisten organisierten Bezirken ist auch die ärztlich geleitete Mutterberatung in vollem Gange.

Einmal wöchentlich, zumeist Sonntag, finden sich die Mütter mit ihren Säuglingen ein, um über die richtige Art der Ernährung und Pflege der Kinder belehrt zu werden. Es ist rührend, die Freude der Mütter zu sehen, wenn sie an der Hand regelmäßiger Gewichtsbefunde beobachten können, wie ihre Kinder von Woche zu Woche zunehmen, oder wenn der Arzt ein besonders gut gepflegtes und blühend aussehendes Brustkind als Musterbeispiel richtiger Pflege und natürlicher Kinderernährung vorstellt. Wer mitangesehen hat, in welch traurigem Zustande manche Kinder zum erstenmal in der Mutterberatung vorgestellt werden, staunt, wie kräftig und gut entwickelt die Pfleglinge dann oft schon nach wenigen Wochen dank der Pflegebelehrung und Pflegeaufsicht der niederösterreichischen Landesberufsvormundschaft aussehen. Leicht ist allerdings die Arbeit keineswegs. Nur schwer sind die Mütter von dem unersehblichen Wert der Brustnahrung zu überzeugen und nur schwer dazu zu bringen, dem Arzt mehr Vertrauen zu schenken als abergläubischen Verwandten und Nachbarinnen. Der Unwissenheit in pflegerischen Fragen und dem Aberglauben ist es auch in erster Linie zuzuschreiben, wenn Kostkinder, durch Pflegefrauen in ganz unzuverlässiger Weise gepflegt, erkranken und ohne rechtzeitige ärztliche Behandlung zugrunde gehen oder lebenslänglichen Siedtum zum Opfer fallen. Die Fälle von böswilliger, vorsätzlicher Pflegevernachlässigung sind glücklicherweise vereinzelt.

Jedenfalls ist eine gründliche Regelung der Pflegeaufsicht mit Vermittlung einwandfreier Kostplätze, Belehrung der Pflegemütter und ständiger Beaufsichtigung durch Hausbesuche eine unerlässliche Notwendigkeit, welcher die Landesberufsvormundschaft in vollstem Maße Rechnung trägt. Großer Dank gebührt bei der ständigen Pflegeüberwachung der

Kinder den ehrenamtlich bestellten Waisepflegern und Waisenpflegerinnen. Weit über 500 an Zahl, erstreckt sich ihre Wirksamkeit in den bereits organisierten Bezirken bis in die kleinsten Gemeinden. Ihrer mündlichen Belehrung ist es auch zu danken, wenn die Mütter ihre Kinder aus entlegeneren Orten zur wöchentlichen Mutterberatung bringen, in der richtigen Erkenntnis der Hilfe, welche ihnen und ihren Kindern dort ohne Entgelt zuteil wird. Außer Stillbelohnungen in Form von Anweisungen auf Lebensmittel für die Mütter und Pflegehelfer für das Kind — wie Flaschensauger, Salben, Streupulver —, kann auch hoffentlich den Müttern in naher Zukunft derzeit schwer erhältliche Beilohnung für ältere Säuglinge, wie Kindergrieß und Haferflocken (gegen entsprechende Mehlsortenabschnitte), verabreicht werden, und zwar mit Hilfe und entsprechender Förderung seitens der staatlichen Zentralstellen. In zahlreichen Bezirken wurden ferner Milchverteilungsaktionen eingeleitet, wie zum Beispiel in Sainburg, wo dank dem besonderen Entgegenkommen der Gutsherrschaft Wolfsthal bezüglich der Milchlieferung mit Unterstützung der Gemeindevertretung eine großzügige

Einrichtung geschaffen wurde, welche jedem Kinde bis zum zweiten Lebensjahre die nötige Milchmenge sichert, die gegen entsprechende Bestätigung des Arztes der Mutterberatungsstelle in einer eigenen Milchverschleißstelle verabreicht wird.

Über auch außerhalb der Mutterberatung sucht die Landesberufsvormundschaft nach Tatkraft auf dem Gebiete rationeller Säuglingspflege aufklärend zu wirken. In verschiedenen Städten finden Vorträge über Säuglingspflege und -fürsorge, in erster Linie für Bürger-schülerinnen und heranwachsende junge Mädchen statt, welche durch ein besonders geschultes weibliches Organ der Landesberufsvormundschaft abgehalten werden. Dieser Vorträgen schließt sich die in vielen Bezirken mit glänzendem Erfolg eingeführte Säuglingswäschekaktion an, bei welcher zwei Ziele gleichzeitig verfolgt werden, und zwar die Unterweisung der Schulfrauen in der Herstellung von Säuglingswäsche und die Verteilung und Verwendung der angefertigten Wäsche für bedürftige Säuglinge. Es ist eine bedeutende Ausgestaltung der Vortragstätigkeit in Aussicht genommen, die schließlich in ärztlichen Mutterbildungskursen gipfeln soll. Borent erhält jede Mutter gleich nach der Geburt ihres Kindes Merkblätter, zum Teil mit erklärenden Abbildungen, welche die richtige Art der Säuglingspflege sinnfällig erläutern, ferner eigene Merkblätter über die Ernährung, Alkoholmerkmale u. a. m. und wird durch eigene Zuschriften und Plakate zum Besuche der Mutterberatung ermuntert. Eine intensive Kleinarbeit leisten bei dieser Fürsorgetätigkeit die Fürsorgeschwestern, welche, im Landeszentralinstitute pflegerisch vorgebildet, jeder Berufsvormundschaft beigegeben sind.

Zweckdienliche Förderung auf dem Gebiete der Kinderfürsorge verspricht sich die Landesberufsvormundschaft durch Mithilfe von Seiten der Vereine, die gemeinsam mit dem k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und -Waisenfonds und der Frauen-Kriegsbeisteuer als „Verein des k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und -Waisenfonds sowie für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ in jedem Gerichtsbezirke Niederösterreichs errichtet werden sollen. In verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es der Hauptstelle der niederösterreichischen Landesberufsvormundschaft in zirka dreißig Gerichtsbezirken die Gründung dieser Vereine anzubahnen. In Sainburg, Mödling, Oberhollabrunn, Neß, Meß und Schwechat sind diese Vereine bereits mit überaus zahlreich besuchten Gründungsversammlungen ins Leben getreten; andre Bezirke werden demnächst folgen. Der Wirksamkeit dieser in engem Anschluß an die Landesberufsvormundschaft tätigen Vereine wurde bereits dadurch vorgearbeitet, daß über Auftrag des Landesauschusses seit mehr als zwei Jahren ein Kataster der Kriegerwaisen in Niederösterreich geführt wird, wobei gleichzeitig genaue amtliche Erhebungen über die Bedürftigkeit in den einzelnen Fällen gepflogen werden. Zum Zwecke tüchtiger Vollständigkeit wird dieser Kataster fortlaufend ergänzt. Er soll auch die Grundlage bilden für die Unterstützungen an Kriegerwaisen, sofern diese durch private Liebestätigkeit im Wege des k. k. Oesterreichischen Militär-Witwen- und -Waisenfonds aus den Mitteln der obgenannten Vereine fließen. Hoffentlich wird aber ein Gesetz die Unterhaltsbeiträge regeln — vor allem durch ausreichende Erziehungsrenten.

Die Landesberufsvormundschaft wird dann ihre in immer weiteren Ausbau befindlichen Fürsorgetätigkeit in den Dienst der Kriegerwaisen stellen können und damit die Bedürftigen und Gefährdeten unter ihnen nicht nur materiell sicherstellen, sondern auch durch Einleitung der Pflegeaufsicht ihrer Gefährdung und Bewahrlosung in wirksamer Weise vorbeugen.

Ein erster Schritt auf diesem Wege ist heute schon in jenen Bezirken gemacht, in welchen durch Verfügung des Landesgerichtes, beziehungsweise des Landesgerichtspräsidenten, der Mündelkreis der niederösterreichischen Landesberufsvormundschaft die bedürftigen Kriegerwaisen einschließt. In solchen Bezirken übernimmt der Landesberufsvormund automatisch die Vormundschaft über alle in dem Gerichtsbezirke neugeborenen Unehelichen, und es obliegt ihm alle Schritte, welche zu einer Sicherung von Gegenwart und Zukunft des Kindes erforderlich sind, wie Erhebung und Anerkennung der Vaterschaft, Hilfe zur Erlangung des militärischen Unterhaltsbeitrages, Erwirkung von Armenunterstützungen, gerichtliche Eingaben, Vergleiche, Klagen, Zwangsvollstreckungen, Adoptionsvermittlung, Unterbringung in Lehrstellen, in Erziehungs- oder Anstalten, Pflegeaufsicht u. v. a. m.

Ein paar Ziffern mögen schließlich noch dartun, welche ausgedehnte Kleinarbeit sowohl durch die Hauptstelle bei der Durchführung der Organisation, als auch in den Bezirken bei den Berufsvormundschaften geleistet werden muß. So hatte die Hauptstelle der Landesberufsvormundschaft einen Schrittenwechsel von mehr als 10,000 Stück im abgelaufenen Kalenderjahre zu bewältigen, während sich der Ein- und Auslauf der einzelnen Bezirke zwischen 500 und 1200 Stück bewegte. Aus diesen Ziffern geht gleichzeitig klar hervor, welche bedeutende Arbeitsleistung eine gewissenhafte Bevormundung erfordert und wie ungenügend in einer großen Mehrzahl von Fällen die private Vormundschaft ihre Pflichten gegenüber den Mündeln erfüllt. Nur so erkennt man die ganze Wichtigkeit einer gut organisierten Berufsvormundschaft.

Die Landesberufsvormundschaft untersteht dem Humanitätsreferate des Landesauschusses Dielohlawitz.

Die Hilfsaktion für Minderbemittelte.

Grundlegende Beratungen im Volks-
ernährungsamt.

Amtlich wird verlautbart:

Wie bereits mitgeteilt, wurden am 2. und 3. d. beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic Besprechungen in Angelegenheit der von der Regierung geplanten Hilfsaktion zur Erleichterung der Lebensführung der mindestbemittelten Volksschichten gepflogen. Den wichtigsten und dringendsten Bestandteil dieser Aktion bildet das Bestreben, die Ernährung der durch den Krieg am schwersten betroffenen Volkskreise zu bessern.

Zur Beratung der einschlägigen Fragen fand im Amte für Volksernährung unter Vorsitz des Ministers Generalmajors Höfer eine Besprechung statt, an der Vertreter der beteiligten Ministerien und aller Landesstellen sowie der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr von Pragau teilnahmen. Nach eingehender Erörterung der Lage in sämtlichen Kronländern, der verfügbaren Geldmittel sowie der dringenden Forderungen für die Armee wurden die Richtlinien für die Hilfsaktion in ihren wesentlichen Zügen festgelegt.

Richtlinien für die Aktion.

Hiernach verfolgt die Aktion der Regierung den Zweck, durch Zubuße aus öffentlichen Mitteln die Ernährungsverhältnisse jener Volkskreise zu bessern, die angesichts der bestehenden Teuerung außerstande sind, sich ausreichende Nahrung zu beschaffen. Die Geldmittel, die die Regierung in dieser Absicht zur Verfügung stellen wird, sollen nicht schematisch, etwa monatweise gleichmäßig, verwendet werden, vielmehr ist geplant, die Notstandsaktion zu Zeiten schwieriger Ernährungsverhältnisse in entsprechendem Ausmaß zu steigern, hingegen beim Eintritt günstigerer Verhältnisse wieder angemessen einzuschränken.

Im Sinne des Grundgedankes, der Verschiedenartigkeit der tatsächlichen Umstände tunlichst Rechnung zu tragen, soll es den Landesstellen überlassen bleiben, die Durchführung der geplanten Maßnahmen den Verhältnissen in den einzelnen Kronländern anzupassen, bereits eingeleitete Notstandsaktionen fortzuführen, auszugestalten und in den Rahmen der neuen allgemeinen Aktion sachgemäß einzubeziehen, insbesondere auch die Volks- und Kriegsfleisch sowie andere Veranstaltungen zur Auspeisung eines größeren Kreises von Personen zu berücksichtigen.

Die ausführenden Organe.

Bei der Vertretung und Ausgestaltung bestehender Einrichtungen durch die Landesstellen wird jedoch im allgemeinen vermieden werden müssen, den vielen schon bestehenden Organisa-

tionen neue hinzuzugesellen und die Einheitlichkeit des gesamten Ernährungsdienstes zu beeinträchtigen. Die Landes-, Bezirks- und Gemeindevirtschaftsämter, deren Errichtung das Amt für Volksernährung bereits vor einiger Zeit eingeleitet hat, sind die berufensten Organe, um bei voller Berücksichtigung der obwaltenden Verschiedenheiten die erforderliche Einheitlichkeit und die gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln herzustellen und die unerlässliche weitgehende Mitarbeit der Bevölkerung zu sichern.

Erfassung der tatsächlich nothleidenden Schichten.

Die Aktion wird sich streng auf jene Volksschichten zu beschränken haben, die infolge der Kriegereignisse tatsächlich nothleidend geworden sind. Sache der Landesstellen wird es sein, den Kreis dieser Hilfsbedürftigen genau zu erfassen und durch geeignete Vorkehrungen, so durch Einführung von Legitimationen oder Bezugs Scheinen, dafür zu sorgen, daß die Vorteile der neuen Einrichtungen wirklich nur jenen zugute kommen, für die sie geplant sind. Es bedarf kaum der Hervorhebung, daß hierbei allen beteiligten Funktionären die Wahrung strengster Unparteilichkeit sowie ein durchaus sachliches und gerechtes Vorgehen als oberste Pflicht obliegen wird, und daß Unterscheidungen nach sozialen, politischen oder nationalen Gesichtspunkten unter allen Umständen ausgeschlossen sein müssen. Auch wird daran festzuhalten sein, daß sich die Zahl der Bedürftigen in den Städten und Industriezentren sowie in Gebieten mit empfindlicherem Notstand und schwierigeren Ernährungsverhältnissen naturgemäß erheblich höher stellen muß als in Gebieten mit ausgedehnter eigener Erzeugung von Nahrungsmitteln, weshalb jede mechanische Verallgemeinerung und Schematisierung, die von den tatsächlichen Umständen abgeht, sorgfältig zu meiden ist.

Begrenzung des Fleischbezuges der Bemittelten.

Die Verwendung der von der Regierung bereitzustellenden Mittel muß in solcher Art erfolgen, daß der unzutreffenden und schädlichen Vorstellung, als ob es sich um die Gewährung von Almosen handelte, vorgebeugt wird. Die Absicht der Aktion ist vielmehr, den Bedürftigen vorhandene Nahrungsmittel zu billigen Preisen zu sichern und ihnen den Bezug ihres Bedarfes zu erleichtern. Hierbei kann es sich natürlich nur um Warengattungen handeln, die nicht staatlich rationiert sind, sondern noch der freien Verfügungsmöglichkeit unterliegen. In erster Linie kommt hier die Fleischnahrung in Betracht. Da jedoch die Zukunft unserer Volksernährung gebieterisch die Schonung der Viehbestände erheischt und allzu empfindliche Eingriffe verbietet, so wird getrachtet werden müssen, auch andere Artikel, wie Gemüse, Käse, Eier u. dgl., in reichem Ausmaß für die Zwecke der Volksernährung heranzuziehen; was aber die Fleischnahrung selbst betrifft, so ist zur Erhaltung der Bestände an Großvieh und namentlich an Milchvieh geplant, Zung- und Kleinvieh, dann Fische, Geflügel und Wild in ausgiebiger Weise zu verwenden. Nebenfalls wird sich die Notwendigkeit nicht umgehen lassen, zur Herstellung der Gleichmäßigkeit im Fleischverbrauch den Fleischbezug der bemittelten Kreise zu begrenzen.

Als grundsätzliche Forderung wurde aufgestellt, daß jedes Kronland, wenn irgend möglich, mit den im Lande vorhandenen Lebensmitteln das Auslangen zu finden haben wird; nur wo und soweit diese Forderung durchaus unüberwindlich ist, werden Forderungen an das Volksernährungsamt gestellt werden, das den entsprechenden Ausgleich zwischen den Kronländern zu treffen haben wird.

Ermöglichung der öffentlichen Kontrolle.

Die Gebarung der ganzen Aktion wird sich derart vollziehen, daß der Öffentlichkeit voller Einblick gewährt wird. Ein dringendes Gebot der Lage wird es sein, daß die Aktion in ausgedehntem Maße durch die private Wohltätigkeit gefördert werde. Zu einer Zeit, wo der Krieg das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Kriegsnot das menschliche Mitempfinden mächtig vertieft und belebt hat, werden die beäugerten Gesellschaftsklassen es sicherlich als ihre Pflicht erkennen, den Bedürftigen nach Kräften beizustehen. Das Amt für Volksernährung wird es sich anstrengen lassen, die Beihilfe der bemittelten Kreise für die großen Zwecke der sozialen Fürsorge soweit als möglich heranzuziehen.

rumänischer Gerste, Teigwaren, das Stilogramm zu 1.40 Kronen, dann Konsumartikel wie Milch, von der auch bei knapper Aufteilung ein Rest täglich übrig bleibt, der als Freimilch abgegeben wurde. Auf Anregung des Genossen Gruber wurde eine neue Gruppe dort gewonnen, wo Erzeuger oder Zwischenhändler, zum Beispiel Bäckereien, bei der Großlieferung sich bewegen ließen, den Preis für Minderbemittelte herabzusetzen, so daß statt 66 nur 56 Heller zu zahlen sind; Eier wurden um 10 Heller verkauft, Fett wurde um 1.60 Kronen billiger an Minderbemittelte abgegeben.

Man kann also die Behandlung der Waren nach drei Richtungen ins Auge fassen: 1. Die Minderbemittelten müssen gewisse Waren (Holz) überhaupt kaufen können, es muß da sein, die Gemeinde muß den Bezug für die Minderbemittelten sichern. 2. Die Minderbemittelten müssen die notwendigsten Nahrungsmittel etwas billiger erhalten, weil sie ja nur von einigen wenigen überhaupt leben; andere können sie gar nicht kaufen; sie bekommen also Eier, Fett, Brot und anderes billiger als andere. 3. Den Minderbemittelten werden gewisse Lebensmittel gesichert und billiger abgegeben, zum Beispiel Fett, Teigwaren und anderes. Also die Aktion bezweckt: Sicherung des Warenbezuges, Preisminderung oder beides zusammen.

Die Preisminderung nur für Minderbemittelte war bei der Durchführung keine so leichte Sache. Es mußten zum Beispiel eigene Brotabgabestellen errichtet werden; auch diese Einrichtung wurde allgemein gebilligt. Die Verbilligung des Fleisches ist noch nicht durchgeführt worden, muß aber kommen. Damit nun die Preisminderung ohne Mißbrauch und Irrtümer in Ordnung und Gleichmäßigkeit wirke, mußten Gutscheine eingeführt werden, die die Bezugsberechtigten erhalten. Die Gutscheine gelten beim Kauf als Zahlungsmittel. Der minderbemittelte Käufer zahlt den verminderten Preis und gibt den Gutschein dabei ab, der dann von der Gemeinde eingelöst wird. Der Käufer kauft also mit Geld und mit Gutscheinen. Zu allen Käufen aber hat er die Legitimation als Minderbemittelter vorzuzeigen. Diese Legitimation erhält er, wenn er unter die Reihe der Minderbemittelten aufgenommen worden ist.

Wer führte nun die nötigen Arbeiten durch? Für diese gesamte Aktion wurde ein Hauptauschuß eingesetzt. Er besteht aus drei Unterauschnüssen. Der erste ist der **Arbeitsauschuß**. Er stellt die Minderbemittelten fest und teilt die Legitimationen und Gutscheine aus. Dem **Warenauschuß** liegen die Beforgung der Waren und der Verkehr mit den Zwischenhändlern ob, die gebraucht werden sollten. Der **Finanzauschuß** verschafft die finanziellen Mittel für diese Aktion und leistet die Auszahlungen.

Die Aufnahme unter die Minderbemittelten erfolgt nach folgenden Grundsätzen: Ein Haushalt, dessen Gesamteinkommen mehr als 5000 Kronen ausmacht, gehört auf keinen Fall zu den Minderbemittelten. Unter 5000 Kronen sind die Bedingungen folgende: Das Einkommen des gesamten Haushalts wird in die Anzahl der Familienmitglieder geteilt. Fällt auf jeden Kopf höchstens der Betrag von 800 Kronen, dann ist der Bewerber aufzunehmen. Dabei werden aber Kinder unter acht Jahren nur mit 500 Kronen gerechnet.

Jeder Bewerber hat als Haushaltsvorstand einen ausführlichen Fragebogen auszufüllen über die Zahl und Beschäftigung der Personen und die Art des Einkommens. Durch diese Erhebungen wird die ganze Aktion von der bürokratischen Schablone in die individuelle Behandlung übergeführt. Alle als Minderbemittelte Anerkannten werden für die Warenzuteilung in eine Kartothek eingetragen.

Das ist im großen und ganzen das Linzer System der Minderbemitteltenfürsorge. Es hat den großen Vorzug der Individualisierung der betreffenden Haushalte. Es ist aber erst im Anfangsstadium, denn die Wirkung ist im ganzen doch eine bescheidene. Wohl betrifft die Hilfe 17.000 Personen und diese Zahl wird auf 20.000 steigen (den vierten Teil der Bevölkerung); da aber von der Gemeinde monatlich direkt nur 30.000 Kronen zur Verfügung stehen, kommen auf eine Person nur 1.50 Kronen. Dieser Betrag erhöht sich aber durch folgende Umstände um ein Bedeutendes: Die von der Gemeinde früher billiger erworbenen und nun zu den Gefühlskosten abgegebenen Vorräte an Teigwaren, Eiern, Holz, Gerstenkaffee u. s. w. müssen vom anderen Publikum in offenen Geschäften um 50 bis 70 Prozent überzahlt werden, wenn sie überhaupt zu erhalten sind. Auch die Ermäßigung des Brotes, das ist die um zehn Heller ermäßigte Abgabe durch einige Betriebe, hauptsächlich die Arbeiterbrotwerke, ist eine weitere Hilfe, ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Minderbemittelten.

Immerhin aber darf die Lebensmittelfürsorge bei diesen Anfängen nicht stehen bleiben.

Auch ist die Grenze bei den heutigen Lebensmittelpreisen mit 800 Kronen Existenzminimum für eine erwachsene Person viel zu niedrig gesetzt. Wer über diese Grenze herustragt, muß so zahlen wie die Allerreichsten. Das System muß nach oben ausgebaut werden. Es sollten auch da mehrere Schichten gebildet werden und jeder Schicht müßten bestimmte Einkaufspreise vorgeschrieben werden; die oberste Schicht in den Einkommensstufen müßte auf alle Lebensmittel noch etwas daraufzahlen, dann könnte sogar die ganze Aktion für Minderbemittelte ohne öffentliche Kostenbeiträge durchgeführt werden. Es müßte eine Verschmelzung des Linzer, Strahburger und Bremer Systems angestrebt werden in der Weise, daß von jedem das Beste genommen wird.

Eines ist in Linz durch die Minderbemitteltenaktion beseitigt worden: die aufregende Anstalterei. Zu diesem Zwecke wurden sogar die Bezugsanweisungen auf verschiedene Wochentage ausgestellt. Aber auch hier trat man eine weise Differenzierung. Ainderreiche, vielköpfige Familien müssen in der Lage sein, jeden Tag in der Woche Brot zu kaufen — Einzelpersonen oder kinderlosen Ehepaaren werden nur zwei Tage bestimmt, so daß sich dann der ganze Einkauf ziemlich gleichmäßig auf alle Wochentage verteilen läßt. Die häßlichen Bilder

Arbei

Das Linzer System für Minderbemittelte.

E einmal wird doch diese Zeit auch zu Ende gehen.

Lann wird eine neue große soziale Arbeit beginnen und alle Erscheinungen und Erfahrungen, alle Umwälzungen der Verwaltungspraxis in den Ernährungsfragen, in aller Lebensfürsorge überhaupt, können dann mit Ruhe überdacht und geprüft werden. Das geht heute nicht. Heute ist das Dringendste. Neueinrichtungen, die besonders auf dem bisher üblichen langsamen bürokratischen Wege in einem halben oder ganzen Jahre erst aktuell werden, sind keine Notmaßregeln. Solche müssen rasch und doch auch mit ziemlich großer Verlässlichkeit in Wirksamkeit treten. Wenn dabei ein großer Teil unfruchtbarer Formalismus in Verträgen und Kanzleien umgebracht wird, ist es nur ein Gewinn, vielleicht auch für spätere Zeiten. Aber selbst die schneidigsten und flinksten Verwaltungsgenies brauchen zu einer die ganze Verwaltungsarbeit umlegenden Neuerung doch einige Wochen. Daher ist es notwendig, daß die Stadtväter der großen Bevölkerungszentren etwas eher aufstehen, damit die Dämme schon fertig sind, wenn die Not wie eine elementare Flut hereinbricht. Wenn einmal diese soziale Fürsorge der Stadtverwaltungen nach diesem Kriege objektiv beurteilt werden kann, dann wird unter den Städten Oesterreichs die Stadt Linz mit in die erste Reihe gestellt werden müssen. Wir wollen die Fürsorgearbeit der Linzer Stadtväter nicht mit jener von Bremen vergleichen, die schon 1915 Versorgungsstaffeln für die verschiedenen Bevölkerungsschichten einrichtete, aber als die schlechte Ernte 1916 feststand, haben sie im August wenigstens begriffen, daß nun kein Säumen mehr statthaft ist, und haben, wenn auch nicht durchgreifend, doch für die allerunterste Schicht Vorbereitungen für die drohende Zukunft getroffen und sofort energisch eine ganz eigenartige Hilfsaktion eingeleitet, die nichts Starres geblieben ist, sondern die fortwährend ausgebaut wird. Mit Wien mag sich ja Linz nicht vergleichen, weil die Reichshauptstadt immer die Ausrede der Millionenstadt hat, wo alles schwerer zu machen ist; aber eines könnten die Wiener von den Linzern lernen: die soziale Fürsorge ist da nicht eine Nebenarbeit für den Wahlkataster und eine Art Wahlagitiation in gewissen Bevölkerungsschichten. Es haben in Linz deshalb auch die Vertreter der Arbeiterschaft rückhaltlos im Interesse der Arbeiter mitarbeiten können, sie sind auch als Mitarbeiter gesucht und willkommen gewesen und unser Genosse Gruber ist Obmann des Arbeitsausschusses für das Linzer Ernährungssystem.

Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher und auch verschiedene Mitarbeiter aus der Bevölkerung wirken vollständig gleichwertig mit.

Wir wollen nun die Aktion in den Lebensmittelfragen der Stadt Linz kurz darlegen. Als die Lebensmittel immer larger und die Preise immer höher wurden, war es klar: von jetzt an kann sich eine gewisse Volksschicht mit dem ihr verfügbaren Einkommen nicht mehr ernähren; sie kann vieles nicht mehr bezahlen und manche Ware bekommt sie nicht mehr, darunter eben gerade Nahrungsmittel wie Kartoffeln. Woher sollte die Gemeinde die Mittel dazu nehmen? Ein Aufruf an die Bevölkerung brachte nur gegen 40.000 Kronen ein. Die Bevölkerung wird des Wohlstands schon müde und die Kriegsgewinner halten ihre Taschen zu. Verschiedene Firmen und Private zeichneten einen monatlichen Beitrag von 10.000 Kronen; der Gemeinderat bewilligte 100.000 Kronen zu dieser Aktion. Der oberösterreichische Landesauschuß und das Ministerium des Innern ließen Gesuche unerledigt. Die oberösterreichische Statthalterei stellte aus einem ihrer Fonds 10.000 Kronen zur Verfügung; alles in allem ergab sich die Möglichkeit, jeden Monat 30.000 Kronen für die Minderbemitteltenaktion aufzuwenden. Auf 20.000 Menschen verteilt, macht das freilich sehr wenig aus, und es sind unbedingt größere, einheitliche Aktionen der Staatsverwaltung notwendig.

Wie stellt man nun den Kreis der Minderbemittelten fest? Welche Schicht ist die bedürftigste? Man verfällt da sicher zuerst auf eine Schichtung nach der Einkommensteuer. Bei tieferer Untersuchung der Verhältnisse zeigt es sich, daß die Einkommensteuerstufen nicht mit den Lebensstufen zusammenfallen. Es müßte die bedürftigste Schicht der Minderbemittelten auf andere Weise erfasst werden. Wir werden im nachfolgenden sehen, daß die Erhebungen in dieser Richtung jede Familie individuell behandeln mußten.

Neben der Feststellung des Kreises der Minderbemittelten, für welche diese Fürsorgeaktion geplant war, mußte auch der Kreis jener Waren aufgenommen werden, auf die sich die Aktion beziehen sollte. Das waren zumeist gewisse Artikel, von denen die Gemeinde einen eigenen Vorrat hatte, wie Holz, Schuhe, Gerstenkaffee aus

Die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge

Die Begrenzung infolge des früheren Verdienstes des Mannes.

Das ursprüngliche Gesetz bestimmt, daß die Gesamtsumme der Unterhaltsbeiträge, die den Angehörigen eines Eingerückten gezahlt wird, nicht höher sein darf als das, was der Familienvater vor seiner Einrückung als durchschnittlichen Tagesverdienst hatte. Der Sinn dieser Bestimmung ist folgender: Wenn ein Mann viele Kinder hat und alle den Unterhaltsbeitrag bekommen, so können die gesamten Unterhaltsbeiträge höher sein, als sein Verdienst war, so daß die Familie durch das Gesetz mehr hätte, als sie haben soll; das Gesetz will nämlich den Soldatenfamilien nicht einen Vorteil zuschlagen, sondern ihnen nur den Schaden ersetzen, den sie durch die Einrückung ihres Ernährers erlitten haben. Daß das Gesetz diese Bestimmung enthält, ist selbstverständlich. Das Gesetz ist nämlich zu einer Zeit erlassen worden, als man sich den künftigen Krieg ganz anders vorstellte, als er geworden ist. Man dachte erstens, der Krieg werde kurz sein, man konnte aber zweitens nicht daran denken, daß er in einem solchen Maße Wucher herbeiführen wird, daß die meisten Nahrungsmittel das Vielfache, oft das Zehnfache dessen kosten wie in der Friedenszeit. Im Frieden hat es ja auch in Wien Familien aus mehreren Köpfen gegeben, die von einem niedrigen Lohn des Mannes leben mußten, von fünf oder sechs Kronen. Wenn nun bei Beginn des Krieges eine Familie aus Frau und vier Kindern bestand, von denen drei über acht Jahre, eines unter acht Jahren war, hätte sie in Wien 5-94 Kronen an Unterhaltsbeitrag bekommen sollen. Damit hätte sie sich bedeutend mehr Nahrungsmittel und Kleider kaufen können als vor der Einrückung des Ernährers, der nur fünf Kronen verdient hatte. Infolgedessen war es berechtigt, den Unterhaltsbeitrag dieser Familie auf fünf Kronen zu begrenzen, denn der augenblickliche Geldschaden der Familie betrug damals fünf Kronen. Mit dem Fortschreiten des Krieges kam aber die Sache ganz anders. Dadurch, daß der Vater eingerückt war, hat die Familie nicht mehr einen Schaden von fünf Kronen täglich, sondern einen weit größeren. Infolge der immer wahnsinniger werdenden Teuerung hätte sich ja auch der Verdienst des Mannes, falls er nicht eingerückt wäre, gesteigert. Die Kürzung der Gesamtsumme war also nicht mehr berechtigt und die Familie, von der wir sprechen, konnte jetzt von den 5-94 Kronen, dem Gesamtbetrag, der auf sie entfallen kann, nicht einen geringen Bruchteil dessen kaufen, was sie früher für fünf Kronen erkaufte. Das hat schließlich auch die Regierung einsehen müssen und demzufolge hat sie in die Weisungen, die sie am 10. Februar 1916 veröffentlichte, auch folgendes aufgenommen:

Mit Rücksicht darauf, daß sich infolge des Krieges andere Lohn- und Verdienstmöglichkeiten ergeben haben, die dem Eingerückten, falls er nicht zur aktiven Dienstleistung herangezogen worden wäre, nammehr zur Erzielung einer besseren Lebenshaltung seiner Familie offen stehen würden, wurde die Anordnung getroffen, daß bei der Beurteilung des für den Gesamtbetrag des Unterhaltsbeitrages eventuell maßgebenden durchschnittlichen Tagesverdienstes auch auf die im betreffenden Berufszweig des Eingerückten gegenwärtig herrschenden Lohn- und Verdienstverhältnisse entsprechend Bedacht zu nehmen ist.

Man hätte erwarten können, daß diese Anordnung, die vernünftig ist, auch in die neue § 14-Berordnung übernommen werde. Das ist nicht geschehen; aber die Anordnung war notwendig, und jeden Tag empfindet

man mehr, wie nötig sie ist. Ihre Nichtaufnahme beruht wohl ebenfalls auf einem Uebersehen, doch die Anordnung besteht und die Unterhaltskommissionen haben sie sehr zu beachten. Würde sie nicht bestehen, so läme man zu den größten Absurditäten, nämlich zu einer aufreizenden Ungleichheit der Behandlung der Familien, je nachdem der Ernährer bei Beginn des Krieges oder später eingerückt ist. Wenn ein Tischler oder ein Metallarbeiter bei Beginn des Krieges eingerückt ist, so war die Grenze manchmal 6 Kronen; wenn aber sein Kollege infolge späterer Musterung erst lange nach Beginn des Krieges eingerückt ist, so war die Grenze 10 oder 12 Kronen. Wohin würde man kommen, wenn die große Familie des einen Arbeiters, der früher eingerückt ist, auch noch dadurch Schaden erleidet, daß nicht jedem einzelnen Mitglied der volle Unterhaltsbeitrag gewährt wird, weil die Grenze infolge der frühzeitigen Einrückung niedrig gesteckt ist? Die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages für die Frauen und die Kinder unter acht Jahren wird nur die Fälle vermehren, in denen sich die Kommission zu fragen hat, ob die Grenze für den Unterhaltsbeitrag, die infolge der Mehrköpfigkeit der Familie früher einmal gezogen wurde, noch ausreicht zu erhalten ist. Wir erwarten, daß die Kommissionen, die sich an die Weisungen vom 10. Februar 1916 halten müssen, in dieser Beziehung keinen Anlaß zur Klage geben werden. Die Familien, die so groß sind, daß von einer knauserigen Kommission eine Verminderung infolge der Begrenzung versucht werden könnte, werden gut tun, schon bei der Anmeldung des Anspruchs auf Erhöhung (Näheres darüber in einem folgenden Absatz) darzutun, daß der Mann, wenn er nicht eingerückt wäre, heute mehr verdienen würde, als er vor seiner Einrückung verdient hat. Der beste Beweis dafür ist die Bestätigung des Unternehmers, bei dem der Mann gearbeitet hat, darüber, was ein Mann in dem Beruf des Eingerückten heute verdient, oder eine solche Bestätigung der Gewerkschaft.

Mietzinsbeitrag für verschuldete Hausbesitzerfamilien.

Gerade so wie es immer schwerer als ein Unrecht empfunden wurde, daß die Hausbesitzerfamilien keinen Mietzinsbeitrag bekommen, ist es immer bitterer geworden, daß man ihn den Familien der Hausbesitzer verweigert, die nur dem Namen nach Hausbesitzer sind, aber nicht der wirtschaftlichen Bedeutung nach. Das ist dann der Fall, wenn das Haus verschuldet ist, Steuer und Schulzinsen aber gezahlt werden müssen. Es macht doch wirtschaftlich keinen Unterschied, ob die Frau des einen Soldaten dem Hausbesitzer Zins oder die Frau eines anderen Soldaten denselben Betrag dem Staat als Steuer und dem Darlehensgeber als Zins bezahlt. Aber da das ursprüngliche Gesetz mordenete, daß diejenigen Familien, die nicht auf Wohnungsmiete angewiesen sind, keinen Mietzinsbeitrag bekommen, also nur zwei Drittel des normalen Unterhaltsbeitrages zu beziehen haben, konnte man ihnen bisher nicht helfen. Viele Familien von Leinwäuslern litten sehr schwer unter dieser Bestimmung. Noch herber wurde sie, als die Regierung den unglückseligen Einfall hatte, im Mai 1916 den Unterhaltsbeitrag nur für die einzigen Kinder unter acht Jahren zu erhöhen, die auf Wohnungsmiete angewiesen sind. Der Nachteil war doppelt: Erstens bekamen die Personen über acht Jahre nur zwei Drittel dessen, was die eingemieteten Familien bekamen, und zweitens bekamen die Kinder unter acht Jahren gar nur vier Neuntel dieses Betrages.

Jetzt machte die Regierung den Fehler gut, indem sie bestimmte, daß der Mietzinsbeitrag (und damit auch der volle Unterhaltsbeitrag für die Kinder unter acht Jahren) denjenigen Familien gebührt, die im eigenen Hause wohnen, wenn das Haus mit grundbücherlich eingetragenen Schulden exakt belastet wird, daß die Zinsen so hoch sind als der ortsübliche Mietzins für die von der Familie benützte Wohnung. Bei der Anmeldung des Anspruchs auf Erhöhung soll, wenn es geht, gleich der Beweis dafür erbracht werden.

Renteneinkommen und Unterhaltsbeitrag.

Das ursprüngliche Gesetz bestimmt bekanntlich nur, daß der Unterhaltsbeitrag dann entfällt, wenn der Mann, der nun eingerückt ist, trotz der Einrückung seinen ganzen Gehalt weiterbezieht oder wenn die Vermögens- oder Einkommensverhältnisse des Eingerückten derartig günstig sind, daß trotz seiner Einrückung der Unterhalt seiner Familie nicht gefährdet ist. Bestimmte Arten des Einkommens, die den Anspruch auf Unterhaltsbeitrag verwirken, zählt das ursprüngliche Gesetz nicht auf, ebenso wenig spricht es davon, daß ein Verdienst, den die Frau während des Krieges erwirbt, ein Hindernis für den Unterhaltsbeitrag sei.

Die § 14-Berordnung schafft nun insofern eine Änderung, als sie ausführt: Wenn dem Eingerückten oder wenn dem Familienmitglied ein solches Renteneinkommen zufällt, daß trotz der Einrückung des Mannes der Unterhalt der Angehörigen nicht mehr als gefährdet erachtet werden kann, erlischt der Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag. Welche Tatsachen die Regierung wegen haben, diese Bestimmung als so notwendig zu achten, wissen wir nicht. In der Durchführungsordnung erklärt sie, daß sie als Renteneinkommen insbesondere ansieht: Zinsenerträge, Pacht- und Mietzins, Pensionen, Lebens- und Versicherungsrenten, Beschenke an Geld und Naturalien (Geld- und Naturalzuwendungen), ob diese nun freiwillig gegeben werden oder ob der Geber gesetzlich zu ihnen verpflichtet ist. Man wird ja sehen, daß die Kommissionen aus dieser Bestimmung keinen Anlaß zur Klage geben werden und daß sie sich vor Augen halten müssen, daß das Gesetz bloß von Renteneinkommen spricht und daß man freiwillige Geld- und Naturalzuwendungen nicht als Renteneinkommen ansehen kann, wenn sich zu diesen Zuwendungen der Zuwendende nicht für eine solche

Zeit verpflichtet hat, daß man von einer Rente sprechen kann. Wenn jemand sagt: „Ich unterstütze die Familie des Eingerückten, so lange es mich freut; sobald es mich nicht mehr freut, gebe ich nichts mehr“ — dann hat die Familie kein Renteneinkommen, sondern ein Gnadengeschenk und der Unterhaltsbeitrag gebührt ihr weiter. Es darf doch nicht übersehen werden, daß der § 7 des Gesetzes weiter unverändert besteht, der anordnet: „Der Unterhaltsbeitrag erleidet durch anderweitige Zuwendungen, die vom Lande, von Gemeinden und Vereinen oder Privatpersonen verabsolgt werden, keine Schmälerung.“ Wir hoffen als bestimmt, daß das Wort „Renteneinkommen“ den Finanzkünstlern in den Kommissionen keine Verlockung sein wird, Witz an Familien von Eingerückten zu üben.

Wegen der Erhöhung muß man sich melden.

Die § 14-Berordnung enthält die Anordnung, daß alle Erhöhungen, die sie bringt (für die Frauen und für die Kinder unter acht Jahren, ferner Mietzinsbeitrag für die verschuldeten Hausbesitzerfamilien), nur dann gewährt werden, wenn man sich meldet und den Anspruch erhebt. Wer nicht zur Behörde geht, bekommt nichts.

Diese bestrebende Anordnung wurde wohl nur deshalb getroffen, damit man dem Nebenverdienst der Frauen auf die Spur kommt. Denn ob ein Kind unter acht Jahren ist, weiß die Behörde, ohne daß es ihr noch einmal gesagt wird, und daß die Verschuldung eines Hauses von den Angehörigen des Eingerückten nachgewiesen werden muß, weil die Behörde sie nicht aus eigener Wahrnehmung kennen kann, ist klar. Also ist die Absicht die, daß die Kommissionen die Frauen so ausfragen, damit man die paar Seller Zulage ersparen könne. Selbstverständlich muß man bei der Anmeldung und auch wenn man später gefragt wird, die volle Wahrheit sagen. Man darf nichts verringern und nichts verheimlichen. Es kommt aber in Betracht, daß der Nebenverdienst der Frau, der den Anspruch auf die Zulage von 33 Seller (in Wien) nehmen kann, ein ständiger sein muß. Nur der durchschnittliche Erwerb der Frau in einer langen Zeit, etwa in den letzten sechs Monaten, der zugleich ein Verdienst sein muß, der einige Gewähr für längeren Bestand in sich trägt, kann die Grundlage für die Verweigerung der Zulage sein. Also auch darauf sollen die Frauen, die die Anmeldung vornehmen, Gewicht legen. Die Kinder unter acht Jahren bekommen den vollen Unterhaltsbeitrag (in Wien 132 Kronen), wie hoch immer der „Nebenverdienst“ der Frau ist.

Die Anmeldung wird von den Gemeinden entgegengenommen. In jeder Gemeinde ist kundzumachen, von welchem Tage an die Anmeldungen erfolgen können.

In Wien werden die Anmeldungen erst von morgen Donnerstag an entgegengenommen, und zwar bei dem magistratischen Bezirksamt des Wohnbezirkes. An Wochentagen ist die Anmeldezeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 12 Uhr vormittags. Die Frauen sollen den bisherigen Zahlungsbogen mitnehmen.

Die Erhöhungen gelten vom 1. April an. Wir wollen hoffen, daß die Behörden mit der Arbeit, die sie bis zur Durchführung der Erhöhung vorzunehmen haben, ziemlich bald fertig werden. Es ist aber möglich, daß im Monat April noch nicht mehr ausgezahlt wird als im März. In diesem Falle muß das, was die Familien für April mehr zu fordern haben, später nachgezahlt werden. Auch wenn die Anmeldung später erfolgt (etwa im Mai, Juni oder noch später), muß für die Zeit vom 1. April an Nachzahlung erfolgen.

Ein neues Recht der Hausbesitzer.

Zu Beginn des Krieges, als alles noch in Gärung war, die Frauen der Soldaten auch noch keinen Verdienst gefunden haben, ist es vorgekommen, daß Soldatenfamilien den Zins schuldig blieben. Aber schon seit sehr langer Zeit haben die Hausherren nicht mehr zu klagen, daß die Soldatenfamilien keinen Zins zahlen. Trotzdem hat man ihnen jetzt ein neues Recht eingeräumt. Bisher war der ganze Unterhaltsbeitrag unpfändbar. Jetzt können die Hausbesitzer für rückständigen Zins den Mietzinsbeitrag pfänden (also ein Drittel des Unterhaltsbeitrages), aber nur für den Zins, der vom 1. April an gezahlt werden muß. Für alte Mietzinsschulden können sie nicht pfänden.

Wir haben nun die neue § 14-Berordnung erklärt. Unsere Darlegung ist für jedermann wichtig und sie soll deshalb gut aufbewahrt werden.

Viller und Leutnant Spannbauer nochmals heranritt und sie durch Beruf in die nächsthöhere Charge beförderte, während er dem Oberstleutnant Baron Nagy, den er zum Oberst ernannte, seinen Dank aussprach — all diese Szenen sind für die Ewigkeit festgehalten.

Die offizielle Kriegsfilmabteilung der Sascha-Filmfabrik hat kinematographische Aufnahmen der Vorgänge auf dem Exerzierfeld bei Alt-Bunzlau und von den Empfangsfeierlichkeiten in den beiden Städten gemacht. Diese glänzend gelungenen Aufnahmen werden in der neuen „Kriegswoche“ der Sascha-Filmfabrik ab 6. d. in allen Kineothekern Oesterreichs zu sehen sein. Es ist gewiß, daß diese Aufnahmen überall den Jubel und Beifall des Publikums finden werden.

Prinz Friedrich Christian von Sachsen in Sofia.

Sofia, 5. April. Prinz Friedrich Christian von Sachsen, der zweite Sohn des Königs von Sachsen, ist gestern, von Konstantinopel kommend, mit dem Balkanzug hier eingetroffen. Der Prinz wurde im Bahnhof vom Prinzen Kyriell empfangen, der ihn ins königliche Palais geleitete, wo Prinz Friedrich Christian als Gast des Zaren wohnt.

Freibrot für die Armen Wiens.

Die gründende Generalversammlung.

Die vor einigen Wochen ins Leben getretene Aktion „Freibrot für die Armen Wiens“, die gleich am Beginn ihrer Tätigkeit durch die besondere Huld und Förderung des Kaisers ausgezeichnet wurde und für die bereits eine stattliche Summe von freiwilligen Spenden zustande gebracht wurde, hielt gestern im Sitzungssaal des Industriehauses ihre gründende Generalversammlung ab.

Als Einberufer begrüßte der Anreger der Aktion Dr. Josef Kläger unter den Erschienen den Vizepräsidenten des Ernährungsministeriums Sektionschef Dr. Oskar Ritter von Keller, die Gemahlin des Militärkommandanten von Wien Baronin Tina Kirchbach, Baronin Mela Auffenberg, den Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblatt“ Präsidenten Wilhelm Singer, den Vertreter der Gemeinde Wien Magistratsrat Doktor Winkler, Landesgerichtsrat Dr. Drawe und die Damen, die sich aus allen Wiener Bezirken als Vertreterinnen der Frauenhilfsaktion im Kriege eingefunden hatten.

Sodann erstattete Dr. Kläger einen ausführlichen Bericht über die Organisation, die Mittel und die Ziele der Aktion sowie über die Art ihrer Durchführung und dankte der Presse, insbesondere dem „Neuen Wiener Tagblatt“, für die Sammlungen, deren Ergebnis es bereits gestatte, mit der eigentlichen Tätigkeit zu beginnen: den Armen Wiens den Bezug von Freibrot zu ermöglichen. Die Bedeutung, die der Aktion innewohnt — fuhr der Redner fort — ist schon allgemein bekannt und gewürdigt worden, und unser Kaiserpaar selbst hat nicht nur die Idee mit lebhafter Befriedigung zur Kenntnis genommen, sondern die Ausführung auch durch eine bedeutende Spende wesentlich gefördert.

In der Bevölkerung, in der sich die Aktion „Freibrot für die Armen“ mit der Kraft eines populären Schlagwortes durchgesetzt hat, bestünden nun vielleicht noch manche irrige Auffassungen über die Durchführung. Deshalb müsse hervorgehoben werden, daß es nicht die Absicht des Aktionskomitees sei, bestehende Verordnungen zu umgehen und, wie vielfach angenommen wird, Brot ohne Marken unter der armen Bevölkerung zu verteilen. Keine Wohltätigkeitsaktion, weder bei uns noch in den Staaten der Verbündeten oder in den Ländern unserer Gegner, könne der Bevölkerung mehr Brot schaffen, als eben vorhanden ist, und müsse sich daher den bestehenden Anordnungen der Behörden anpassen. Die Aktion werde daher für die Armen die Brotmenge, die ihnen auf Grund ihrer Brotbezugskarte zukommt, in der Weise frei von jeder Bezahlung machen, daß im Verrechnungswege bei der Rayonierungsstelle des Bedürftigen der Betrag für das Brot von der Aktion gezahlt wird. Wenn auch die tägliche Hilfe für den einzelnen nur 12 S. beträgt, so summiert sich doch dieser anscheinend geringfügige Betrag bei einer mehrköpfigen Familie im Monat zu einer Auslage, die für andere Nahrungsmittel oder Bedarfsgegenstände im Haushalte der Armen Verwendung finden kann.

einen namhaften Betrag zur Förderung des edlen Zweckes widmete — schrieben die Wiener ihren Namen in die Spenderliste. Große und kleine Namen, vor stattlichen und vor geringen Summen, und, auf der Grundlage eines stattlichen Kapitals fußend, konnte sogleich mit der Einführung der Frühstücksbeteiligung begonnen werden.

Von „kleinen Anfängen“ kann man bei dieser Aktion nicht sprechen. Als erst die Vorarbeiten beendet, die notwendigen Nahrungsmittelmengen sichergestellt waren, wurde sofort mit der Beteiligung von mehreren tausend Schulkindern begonnen.

Heute erhalten — in ungefähr 120 Wiener Schulen — 14.000 Kinder täglich ein warmes Frühstück zuteil.

Wer Kinder lieb hat, dem sei es empfohlen, einmal des Morgens eine der Schulen seines Bezirkes aufzusuchen und der Beteiligung beizuwohnen. Eifrig, erwartungsfroh kommen die kleinen Gäste angerückt. Ihre „Legitimation“ tragen sie in der Hand: das schmutze Häferl aus blauem Email, das jedem sofort verabreicht wird, wenn es um Gewährung des Frühstücks ansucht. Das geht glatt und rasch, ohne lange Untersuchung und ohne daß das so empfindliche Ehrgefühl der Armutskinder verletzt wird. Verabreicht wird $\frac{1}{4}$ Liter mit Milch und Zucker versetzter Malzkaffee, dazu ein Stück Brot. Also eine Mahlzeit, die reiche Nähr- und Sättigungswerte enthält.

So schnell geht die kleine Mahlzeit vorüber! Der Heißhunger läßt die Speise rasch genug verschwinden. Und die kleinen Gesichter hellen sich auf, man sieht ordentlich, wie ein Schein des Behagens sich darüberbreitet. Jetzt können sie die Lernzeit ruhig überstehen, die nötige Aufmerksamkeit für den Gegenstand finden.

Seit Monaten bewährt sich nun diese Einführung. Es kamen einige Erleichterungen in der Lebensmittelbeschaffung, der Sommer steht vor der Tür, und das schwere Argument der Fröste, die die kleinen Körper in der Morgenfrühe peinigten, ist nun gottlob überwunden. Ist darum die Aktion müßig geworden? Eine Anfrage beim Magistrat gibt uns die Antwort: Man ist entschlossen, in den Sommermonaten, die eine reichliche Milchbeschaffung ermöglichen werden, die Zahl der Beteilten auf 22.000 zu erhöhen. Nicht an die Jahreszeit, ja nicht einmal an die durch den Krieg hervorgerufene schwierige Lebenslage der Bevölkerung ist die Notwendigkeit der Frühstücksbeteiligung geknüpft. Auch in jener Friedenszeit, von der wir heute gern schon als von der „guten alten“ sprechen, hat es in Wien Schulkinder gegeben, die mit hungrigem Magen zur Schule kamen! Der Krieg mit all seinen Begleiterscheinungen hat ihre Zahl wohl vermehrt, er hat auch unser Auge für die Not des Nächsten geschärft und uns als eine Sache der Klugheit ganz ebenso wie der des Herzens die Notwendigkeit gepredigt, die Kraft und Gesundheit des heranwachsenden Geschlechtes dem Staate zu erhalten.

Man hat dagegen geäußert, daß diese Aktion unrationell mit den Lebensmitteln umgeht, weil sie das streng gefügte Kartensystem durchbricht. Aber sollen wir denn immer nur verknöchert-bureaucratisch denken? Entbehren denn diese Vermissten der Armen nicht so viel an Lebensmitteln, die den andern noch immer reichlicher zur Verfügung stehen, daß man ihnen dieses Bröckchen Brot, das Schälchen Milch, das Stückchen Zucker gönnen kann? Und wenn sie daheim, an Stelle des Nachtmahls vielleicht, dann noch eine Schale Kaffee genießen können, das haben sie durch alle andern Entbehrungen reich verdient. Wie man dem Schwerarbeiter die Protration verdoppelt, so kann man auch den ärmsten der Kinder, die ohnedies eine ausreichende Ernährung entbehren müssen, diese eine kleine Mahlzeit außerhalb des Kartensystems zuteilen.

Lassen wir uns durch solche Erwägungen das Glück nicht trüben, eine solche Aktion in unserer Mitte entstehen gesehen und nach unsern Kräften unterstützt zu haben. Und helfen wir ihr weiter. Aus der Kriegsnot geboren, muß diese Aktion die Kriegsnot durch- und überdauern, sie kann der Grundstock der sozialen Fürsorge für die Kinder der Armen

werden, die primitivste hilfreiche Geste, die dem kleinen hungrigen Magen die erste kleine Mahlzeit des Tages verabreicht. Auf ihr kann dann — und das wird heute schon an maßgebenden Stellen erwogen — eine vollständige Ausspeisung aller bedürftigen Schulkinder, wie dies ja schon im kleinen Umfang so segensreich vollzogen wurde, sich aufbauen und zu einer ständigen kommunalen Einrichtung werden.

Damit dieses Ziel erreicht werde, dazu bedarf es aber auch weiter der Hilfe aller. Mit einem schönen Anfang ist nichts getan, wir müssen auch weiter zu dem Werk stehen, das wir schaffen geholfen, und es auch weiter stützen. Jeder Wiener möge dazu helfen! Wer einige Heller nur geben kann, der tröste sich mit dem Bewußtsein, einem Kind ein warmes Frühstück geschenkt zu haben; wer mit reichen Händen geben kann, der weiß, daß viele Kinder an vielen Tagen ihm danken. Für heute und alle Zeit muß dafür gesorgt sein, daß jede kleine Hand, die sich vor Hunger bebend aus der Schulbank streckt, sich schnell um die Schale mit dem warmen Labsal schließen kann!

Das Frühstück der Schulkinder.

Seit sechs Monaten besteht nun schon die Aktion, welche arme Schulkinder, die des Morgens müchtig zur Schule kommen, mit einem warmen Frühstück versorgt.

Es war eine arge, kritische Zeit, die den letzten Anstoß zu dieser Anregung gab. Niemand mußte noch von Milch- und Brot rationierung, die Verteilung dieser beiden wichtigsten Nahrungsmittel war eine völlig ungleichmäßige; während manche Familie sich reichlich mit Milch versorgen konnte, sahen andre keinen Tropfen des weißen Labsals, und oft kam ein Tag, an dem der Kolladen im Bäckergeschäft vor einer ganzen Zahl der „Angestellten“ niederging, die nun kein Brot mehr erhielten. Dazu war der Winter vor der Tür. Hunderte, nein, Tausende von Kindern kamen des Morgens bleich und mühselig zur Schule. Seit dem Tagesgrauen hatten sie schon auf der eisigen Straße gestanden, vor dem Milch- oder Brotgeschäft, vor einer Kartoffelbude, hatten kaum Zeit gehabt, das Eroberte abzuliefern und gerade noch schnell zur Schule zu laufen. Vielleicht war auch die Mutter gar nicht mehr zu Hause gewesen, hatte sich schon längst auf den Weg in die Fabrik gemacht — kalt und finster war der Herd und bereitete kein wärmendes, wärmendes Frühstück für die kleinen Magen. Da sahen nun die Kinder auf der Schulbank, müde und matt vor Hunger, und manch eines — das haben uns Lehrer und Lehrerinnen erschüttert erzählt — sank still um und ließ ohnmächtig das Köpfchen hängen.

Damals gab unser Kollege Klebinder die Losung aus: Das gräßliche Bild des hungrigen Schulkindes muß verschwinden — kein Wiener Kind darf mehr mit leerem Magen auf der Schulbank sitzen! Es war ein Ruf, der lauten Widerhall fand. Der Wiener Magistrat nahm die Durchführung der Aktion energisch in die Hand, und ganz Wien stand ihm dabei zur Seite. Die Spenden flossen reichlich — angeeizert von der väterlichen Fürsorge Kaiser Rudolfs Salva, der

**Dr. Hornel über Armeen- und Wohlfahrts-
pflege.**

Bürgermeister Dr. Weistirchner hat Mittwoch abends in der Urania das Geleitwort zu einer Vortragsreihe über großstädtische Fragen gesprochen und hierbei vor allem den Forderungen nach Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege nach dem Kriege einen breiten Raum gewidmet. Ueber all das, was Staat und Stadt, in vieler Hinsicht angeregt und ergänzt von freiwilliger Fürsorge, hier zu leisten haben, um den sozialen Frieden zu erhalten, sprach im Anschlusse an die Rede des Bürgermeisters Magistratssekretär Dr. Rudolf Hornel, der den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um in scharfer Weise all das, was wir nun unter Wohlfahrtspflege verstehen, aus dem Gebiete der Armenfürsorge hervorzuhoben. In keinem Falle jedoch dürften die Opfer dieses Krieges als Schlinglinge der Armenpflege überlassen werden. Die auf Grund großer Sachkenntnis vorgebrachten Darlegungen fanden lebhaftes Interesse. Dr. Hornel führte aus:

**Die Versorgung der Invaliden und
Kriegshinterbliebenen.**

Die Aufgaben, die der öffentlichen Fürsorge in der nächsten Zukunft erwachsen, berühren das Interesse der staatlichen Gesamtheit und entziehen sich daher größtenteils einer bloß lokalen Behandlung. Schon aus diesem Grunde steht die staatliche Wohlfahrtspflege im Mittelpunkt des Interesses. Zunächst bedarf die staatliche Rentenversorgung der Invaliden und der Kriegshinterbliebenen einer gründlichen Reform. Neben dem entsprechend erhöhten Grundbetrage der Militärrenten, die am zweckmäßigsten im Ausmaße der Versorgungsgenüsse für die Staatsbeamten und für Staatsdiener gewisser Kategorien zuzuerkennen wären, müßte eine Kriegszulage gewährt werden, um den Kriegstod und die Kriegsinvalidität vor der Friedensinvalidität hervorzuhoben, ferner eine Zusatzrente, die auf das letzte zivile Arbeitseinkommen entsprechend Rücksicht nimmt. Die erwerbsunfähigen Invaliden müßten durch die staatliche Rente unter allen Umständen vor der Armenpflege bewahrt bleiben. Für die Leichtförschädigten sei schon aus volkswirtschaftlichen Gründen die Arbeitsversorgung von größter Wichtigkeit. Sie wäre durch ein Vorrecht auf Arbeit im öffentlichen Dienste, bei den öffentlichen und bei der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen, namentlich aber durch die häusliche Ansiedlung der landwärtigen Invaliden und ihrer Familien zu erreichen. Schließlich kämen Invalidenwerkstätten oder Invalidenerverbände zu schaffen für jene Invaliden in Betracht, die in der privaten Industrie kein Unterkommen finden können. Den Kriegshinterbliebenen soll durch soziale Fürsorge (Gesundheitsfürsorge, Familienpflege und Arbeitsfürsorge) die Erhaltung in der bisherigen sozialen Schicht gewährleistet werden. Sonder- einrichtungen mit einem förmlichen Massencharakter seien nicht erwünscht, wohl aber örtliche Fürsorgestellen, eine Zusammenfassung der öffentlichen und privaten Mittel und Kräfte. Ein solches Neb örtlicher Fürsorgestellen als unterste Organisationseinheiten des Militär- Witwen- und Waisenfonds sollten auch in unserm Vaterlande bestehen.

Die Erhaltung der Naturalunterstützung.

In der Uebergangszeit von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft werde das Naturalunterstützungswesen nur allmählich abgebaut werden können. Die reichen Erfahrungen in der Massenauspeisung seien von dauerndem Nutzen. Die geschaffenen Organisationen werden künftig für die Schulkinder- auspeisung, für die Speisung in allen Fällen, wo der Einzelhaushalt unökonomisch ist, und als geeignete Einrichtungen zur zweckmäßigen Naturalunterstützungsgewährung an unwirtschaftliche Arme heranzuziehen sein. Bezüglich der Wohnungsfrage und der Arbeitslosenfürsorge verwies der Vortragende auf die späteren Einzelvorträge über diese Gegenstände und beschränkte sich auf die Hervorhebung, daß die notwendige staatliche Unterstützung anlässlich der Demobilisierung für die arbeits- und stellenlosen oder

unterentlohnten heimgekehrten Krieger hoffentlich zur staatlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung unter Mitarbeit der Gewerkschaften für die kommenden Friedenszeiten führen werde, und daß der letzte große Moment zu einer entsprechenden Organisation des Arbeitsnachweises unter Heranziehung beider Interessenten des Arbeitsvertrages als gleichberechtigter Faktoren nicht unbenutzt bleiben dürfe.

Der Weltkrieg ist ein Volkskrieg. Die meisten Kriegsoffer gehören daher den breiten Schichten der heftigsten Massen an. Unter dem Gesichtspunkte, daß die Lebens- und Arbeitskraft des Menschen das wertvollste Gut der Volkswirtschaft ist, hat daher der Staat nach diesem Kriege die Pflicht zu umfangreichster sozialpolitischer Fürsorge. Die Verbesserung der Krankenversicherung ist die Einleitung zu weiteren Reformen. Die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, die Gesehwerdung des Entwurfes betreffend die Fürsorgeziehung sind ebenso dringend wie andre sozialpolitische Neuerungen, die der Ueberanstrengung der Bevölkerung und der Verarmung ihres Ernährungszustandes Rechnung tragen: Minderung der Arbeitszeit, Erweiterung des Arbeitsschutzes für Frauen, Jugendliche und Kinder, Regelung der Heimarbeit, ferner Maßnahmen unter dem bevölkerungspolitischen Gesichtspunkte der Mäßigung des Volkszuns, namentlich im Interesse der Förderung der Fruchtbarkeit. So die Differenzierung des Gehaltes der öffentlichen Angestellten nach dem Familienstande, ebenso der Steuerleistung im Interesse einer andern Verteilung der Aufzuchtlasten, zum Zwecke eines wirtschaftlichen Ausgleiches zwischen den Kinderlosen und Kinderarmen einerseits und den Kinderreichen andererseits.

**Kinderschutz, Gesundheits- und Arbeits-
losenfürsorge — keine Armenpflege.**

Charakteristisch für die Entwicklung der Fürsorge inmitten des Krieges ist nach Ansicht des Vortragenden die Tatsache, daß die vor zehn Jahren noch als revolutionär empfundenen Ergebnisse des Minderheitsberichtes der englischen Armenreformkommission sich mehr und mehr durchsetzen: Kinderschutz und Jugendpflege und Arbeitslosenfürsorge seien aus dem Bereiche der Armenpflege loszulösen. Umfang und Art der Entwicklung des Wiener städtischen Jugendamtes zeigen deutlich die Lösung aller Kinderfürsorge aus dem Verbanne mit der Armenpflege. In der Arbeitslosenfürsorge sollten die Vorkehrungen anlässlich der Uebergangswirtschaft uns zum gleichen Ziele führen. In der Gesundheitspflege seien die durch den Krieg so notwendig gewordene energische Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und der sonstigen Mischbau der Kolonvaleszentenfürsorge Aufgaben der öffentlichen Gesundheitsverwaltung möglichst ohne jeden Zusammenhang mit der Armenpflege. Der unendlich gesteigerte Wert jedes Menschenlebens nach den Massenopfern des Krieges werde auch dem Zeitgedanken moderner Verhütungspolitik zum Durchbruch verhelfen: Erst Behandlung, dann den persönlichen Verhältnissen nachgehen, erst die Bewahrung und Heilung, dann die Kostenfrage!

Wenn und soweit die Armenpflege noch subsidiär einzutreten hätte, müßte ihr der deklassierende Charakter möglichst genommen werden. Allen noch vorkommenden Akten der Armenpflege, die sich auf Jugendfürsorge und Gesundheitspflege beziehen, und allen bloß vorübergehenden Unterstützungen werde gesetzlich jede Rückwirkung auf die politischen Rechte abzuerkennen sein.

Der freiwilligen Fürsorge verbleibt wie bisher die Aufgabe, bewachen Geistes Denkmäler vorzuführen und das „nationale Minimum“, das die öffentliche Fürsorge gewährt, im Einzelfalle zu verfeinern. Ihre besondere Begabung zur individualisierenden Hilfe könnte die Privatwohlthätigkeit an den vielen proletarisierten Mittelstandsangehörigen erweisen, die nach dem Kriege in ihre soziale Schichte zurückgebracht werden sollen.

Neben den ehrenamtlichen Organen in der öffentlichen Fürsorge und neben den freiwilligen Helfern in der Privatwohlthätigkeit wird die vermehrte Indienststellung von entsprechend vorgebildeten Berufsbeamten und Beamtinnen nötig sein. Im Zusammenhang damit ist eine öffentliche Schule für soziale Hilfsarbeit notwendig, mit Einführungskursen für die ehrenamtlichen Organe und für die freiwilligen Helfer, mit Ausbildungs- und Fortbildungskursen für die Berufsbeamten der Fürsorge und mit der ständigen Einrichtung von Einzelvorträgen für jedermann, der den Fragen des Wohlfahrtswesens Interesse entgegenbringt. Unter den berufsamtl. tätigen Kräften werden mehr und mehr Frauen anzutreffen sein. Die Wirksamkeit als Fürsorgerin und als höher vorgebildete Sozialbeamtin sind zukunftsreiche Frauenberufe.

Der soziale Friede.

Von größter Wichtigkeit ist schließlich ein organisiertes Zusammenarbeiten der öffentlichen und privaten Fürsorge aus

inneren Zweckmäßigkeitsgründen und im Interesse der geistigen und wirtschaftlichen Dekonomie. Solche örtliche Zentralstellen der Fürsorge wären auch als Selbstverwaltungskörper die berufenen Träger der nötigen öffentlichen Aufsicht über die private Fürsorge. Unter der selbstverständlichen Voraussetzung der Parität aller Richtungen wird ein solcher Zusammenschluß aller Kräfte gelingen. Gilt es doch, nach dem wiedergewonnenen Frieden gegen die äußeren Feinde im Zeichen des Gleichheitsideals dem wieder-aufblühenden Vaterlande mit vereinten Kräften den sozialen Frieden zu beschören.

Dem Vortragenden wurde für seine Ausführungen reichlicher Beifall zuteil.

1. IV. 1917

18

B. B. N. 1, Z. 805.

Verordnung.

(Erleichterung des Lebensmittelbezuges für Mindestbemittelte.)

Das k. k. Amt für Volksernährung beabsichtigt, den Lebensmittelbezug für Mindestbemittelte nach Möglichkeit zu erleichtern. Um dieselben zu erfassen, wird in Vollzug der Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 28. März 1917, Z. W-1309/2, Nachstehendes angeordnet:

1. Alle Haushaltungsvorstände, deren Gesamteinkommen samt dem Einkommen ihrer bei ihnen wohnhaften, an ihrem Haushalte teilnehmenden Familienangehörigen monatlich 333 K (jährlich 4000 K) nicht übersteigt und nur so groß ist, daß für jede Person über 14 Jahre nicht mehr als monatlich 80 K, unter 14 Jahren nicht mehr als monatlich 50 K entfallen, sowie alle Einzelpersonen, welche über kein höheres monatliches Einkommen als 80 K verfügen, können bei der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission an dem unten angegebenen Tage unter Vorweisung des polizeilichen Meldezettels, welcher hiezu von der Hausinhabung, beziehungsweise dem Wohnungsinhaber leihweise zur Verfügung zu stellen ist, und unter Mitbringung einer persönlichen Legitimation (amtliche Legitimation, Taufschein, Heimatschein, Arbeitsbuch, Steuerbogen u. dgl.) persönlich die nachstehende Erklärung abgeben. Im Falle der Verhinderung des persönlichen Erscheinens kann sich der Haushaltungsvorstand oder die Einzelperson durch eine auskunftsberechtigte Person, für deren Angaben der Auftraggeber zu haften hat, vertreten lassen. Der Vertreter hat den Meldezettel des Auftraggebers und ein demselben zustehendes Legitimationsdokument vorzuweisen.

A. Die Erklärung für Haushaltungen hat folgenden Wortlaut:

Erklärung für mindestbemittelte Haushalte.

Vor- und Zuname: z. B. Leopold Müller

gasse

Wohnort: III. Bezirk, Ungarstraße Nr. 113
platz

Beruf: Vorarbeiter

gasse

Dienstgeber: Möbelfabrik, XI. Bezirk, Hauptstraße Nr. 20.
platz

In voller Kenntnis, daß meine Angaben überprüft werden und ich, falls sich eine Unrichtigkeit ergibt, strengstens bestraft werde, worauf ich ausdrücklich aufmerksam gemacht wurde, gebe ich wahrheitsgetreu folgendes an:

1. Folgende an meinem Haushalte teilnehmende Familienangehörige wohnen in meinem Haushalte und haben dieselben nachstehendes, meinem Monatseinkommen ($\frac{1}{12}$ Jahreseinkommen) zuzurechnendes Monatseinkommen:

Vor- und Zuname	Verhältnis zum Haushaltungsvorstande	Beruf	Alter bei Kindern unter 14 Jahren (nach Jahren)	Monatseinkommen in Kronen
Leopold Müller	Haushaltungsvorstand	Vorarbeiter	—	200
Karoline Müller	Frau	—	—	—
Leopoldine Müller	Tochter	—	8	—
Ferdinand Müller	Sohn	Schlosserlehrling	—	40
Josefa Huber	Schwägerin	Dienerwitwe	—	80
Gesamt-Monatseinkommen				320

Weiters gehören zu meinem Haushalte und sind daselbst wohnhaft 1 Dienstboten, — gewerbliche Arbeiter und Lehrlinge.

2. Es sind sohin anrechenbar: 5 erwachsene Personen und 1 Kinder unter 14 Jahren.

Ich weiß, daß eine mir allenfalls zuteil werdende Begünstigung beim Lebensmittelbezuge eine öffentliche, vorüber-

gehende Hilfsmaßregel ist, die keinen Rechtsanspruch begründet und jederzeit eingestellt werden kann.

Wien, am 7. Mai 1917.

Ludwig Frank

Kommissionsmitglied.

Unterschrift:

Leopold Müller.

Unter Familienangehörigen sind zu verstehen: die Frau oder sonstige Lebensgefährtin des Haushaltungsvorstandes, Kinder (auch uneheliche, Adoptiv-, Pflege- und Kostkinder) und sonstige am Haushalte teilnehmende, daselbst wohnhafte Verwandte. Dem Haushalte sind außer den Familienangehörigen noch die zum Haushalte gehörigen, daselbst wohnhaften Dienstboten, gewerblichen Arbeiter und Lehrlinge zuzuzählen, deren Einkommen jedoch nicht in Rechnung gestellt wird.

Um den erleichterten Lebensmittelbezug für mindestbemittelte Haushalte erlangen zu können, darf sohin einerseits das monatliche Gesamteinkommen des Haushaltes 333 K nicht übersteigen, andererseits muß die Zahl, welche sich ergibt, wenn die Zahl der anrechenbaren Personen über 14 Jahre mit 80, die Zahl der anrechenbaren Personen unter 14 Jahren mit 50 multipliziert wird und die beiden Produkte addiert werden, dem tatsächlichen monatlichen Gesamteinkommen des Haushaltes gleich oder größer als dieses sein.

B. Die Erklärung für mindestbemittelte Einzelpersonen hat folgenden Wortlaut: Das Monatseinkommen darf 80 K nicht überschreiten.

Erklärung für mindestbemittelte Einzelpersonen.

Vor- und Zuname: _____

Wohnort: _____ gasse
straße Nr. _____
platz

Beruf: _____

Vor- und Zuname des Wohnungsgebers*): _____

Dienstgeber: _____ Bezirk: _____

In voller Kenntnis, daß meine Angaben überprüft werden und ich, falls sich eine Unrichtigkeit ergibt, strengstens bestraft werde, worauf ich ausdrücklich aufmerksam gemacht wurde, gebe ich wahrheitsgetreu folgendes an:

Ich habe ein monatliches Gesamteinkommen ($\frac{1}{12}$ Jahreseinkommen) von _____ Kronen.

Ich weiß, daß eine mir allenfalls zuteil werdende Begünstigung beim Lebensmittelbezuge eine öffentliche, vorübergehende Hilfsmaßregel ist, die keinen Rechtsanspruch begründet und jederzeit eingestellt werden kann.

Wien, am _____ 1917.

Kommissionsmitglied.

Unterschrift:

2. Haushaltungsvorstände, beziehungsweise Einzelpersonen, welche den gestellten Bedingungen nicht entsprechen, werden zur Abgabe der Erklärung nicht zugelassen. Mit dem 10. Mai 1917 wird die erste Abgabe der Erklärungen geschlossen.

3. Die Anmeldung behufs Aufnahme der Erklärung findet bei der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission statt, und zwar

*): Entfällt bei Einzelpersonen mit eigener Wohnung.

vorstehers den Schluß, daß der Staat an der ganzen Angelegenheit wenig interessiert, daß sie vielmehr eine von den vielen anderen, ich möchte sagen privaten Obliegenheiten sei, mit denen die kirchlichen Würdenträger naturgemäß im Kriege sehr oft an die Gemeindeglieder herantreten sind und herantreten mußten. Das erschwert die Unterbringung der Großstadtkinder ganz ungemein.

Besonders groß werden die Hemmungen da sein, wo der Geistliche in einem getrübbten Verhältnis zur Gemeinde steht. In solchem Falle wird er gewiß gut tun, seine Hand aus dem Spiele zu lassen; denn von großer Begeisterung für die Aufnahme der Kinder ist schon an und für sich nicht die Rede. Aber auch beim besten Einvernehmen gibt es doch, noch recht viele Bedenken und Abneigungen zu zerstreuen, was bei dem zähen Festhalten an Vorurteilen und bei der natürlichen Scheu vor allem Neuen den Geistlichen leicht in eine schiefe Stellung zu einzelnen Gemeindegliedern bringen kann.

Als ich vor etlichen Tagen Gelegenheit hatte, in einigen Gemeinden der Mark an der Unterbringung von Großstadtkindern mitzuhelfen, zeigten sich derartige Übereinstimmungen, daß sie als typisch zu bezeichnen sind und durch ihre Darlegung dieser ganzen Frage vielleicht dienen können.

Der Ortsgeistliche veranstaltete im Anschluß an den Gottesdienst oder in einer besonderen Abendversammlung eine Besprechung für die Hausväter und -mütter. An der Hand der Aufforderung zur Aufnahme der Kinder wurden die Bedingungen der Unterbringung einzeln durchgegangen. Hier zeigte sich wieder ein die Werbung erschwerender Organisationsmangel: es ist nämlich nicht angegeben, woher die Kinder geschickt werden. Das Landratsamt konnte nur nach oberflächlicher Schätzung für jeden Ort die Zahl der aufzunehmenden angeben. Viel einfacher hätte sich die Arbeit gestaltet, wenn der Geistliche wußte, um was für Kinder es sich handelte. Die freie Entschließung des Hausvaters, ob er Knaben oder Mädchen von 6 bis 10 oder 11 bis 14 Jahren aufnehmen will, hätte sich innerhalb einer Vorbestimmung doch noch leicht ermöglichen lassen. Diese Ungewißheit hält auch viele Mütter in der Stadt von der Meldung zurück; sie kommen immer mit der Frage: „Woher sollen denn die Kinder gebracht werden?“ So mußte sich der Geistliche an die Besprechung der allgemeinen Punkte beschränken und konnte nicht in dem Maße wirkliche Arbeit schaffen, als es für die schnelle Erledigung und vor allem für die Gewinnung von recht vielen Aufnahmefreudigen erwünscht gewesen wäre. Daß er natürlich in warmen Worten den Anwesenden die Aufnahme als eine nationale und christliche Pflicht ans Herz legte, verfehlte seine Wirkung nicht.

Sie wurde dadurch unterstützt, daß nun ein Lehrer der Großstadt aus seiner Erfahrung die Notwendigkeit der Verschickung dartat. Aus seinen Mitteilungen seien als eindrucksvoll die Hinweise auf die Stadtversorgung mit Lebensmitteln herausgehoben. Die Landbevölkerung besitzt nicht ein klares Bild von den wirklichen Zuständen und wird sofort hilfsbereiter sein, wenn sie Einzelheiten, wie sie die Zeitungen nicht bringen können, über die tatsächliche Kinderernährung und ihre Folgen vernimmt. Es braucht dabei nicht mit statistischen Angaben gearbeitet werden; den einzelnen Erlebnissen, recht ins Persönliche gehend, ist große Ueberzeugungskraft eigen. Wo also das Quartiermachen auf Schwierigkeiten stößt, sollte man ohne Zögern geeignete Männer oder Frauen zur Werbearbeit aufs Land schicken.

Die während der Besprechung und den nachfolgenden Hausbesuchen geäußerten Bedenken stimmten merkwürdigerweise sehr überein. Es sind in der Hauptsache drei: Wir haben keine Zeit, um den Kindern die nötige Pflege zu gewähren; wir befürchten den Ärger durch Ungezogenheiten der Großstadtkinder; wir werden von den Eltern der Verwandten des Kindes besucht und um Lebensmittel abgefragt werden.

Das erstere kann wesentlich dadurch abgemindert werden, daß es sich nicht um die Aufwartung von anspruchsvollen Sommergästen handelt, sondern um solche Stadtkinder, die viel weniger Pflege gewöhnt seien, als der Landmann den seinen zuteil werden lassen kann. Von

vielen Kindern ist die Mutter tagsüber fort; sie sind sich selbst überlassen und gewöhnt, allein für das Nützigste zu sorgen. Für sie genügt die Aufsicht, wie sie das Land bieten kann, vollauf. Größere Mädchen können ausbessern, waschen, stopfen, stricken und die Pflege der kleineren Schüler mit übernehmen. Es kommt nur auf die rechte Anleitung an. Ferner sind die Kinder über Sommer auf dem Lande, sollen möglichst viel im Freien sein und bei den leichten Arbeiten fleißig zusehen. Auch betreffs der Wohnung und der Ernährung sind die Kinder durchaus nicht verwöhnt.

Die Furcht vor den Ungezogenheiten erscheint nach der schlechten Meinung, die man auf dem Lande von einer „Großstadttrange“ hat, begründet. Hier genügt der Hinweis, daß wirklich unartige Kinder von der Verschickung bestimmungsgemäß ausgeschlossen bleiben, und daß ferner die größere Beweglichkeit und Lebendigkeit, ihre Witzbegier und Blauderlust vorteilhaft auf die eigenen Kinder einwirken kann, wenn von vornherein für ein richtiges Verhältnis Sorge getragen werde.

Die Heimjuchung um Lebensmittel ist besonders in den Ortschaften, die in der Nachbarschaft größerer Städte liegen, als eine wahre Plage empfunden und nur durch die recht netten Einnahmen gemildert worden. Jetzt sind die Fahrten verboten, und den Eltern der für das Land bestimmten Kinder ist mitgeteilt, daß sie auf keinen Fall die neuen Beziehungen zum Lande ausnützen dürfen, um Lebensmittel zu bekommen. Ein Besuch ist überhaupt nur in dringenden Fällen gestattet, und zwar mit ausdrücklicher Erlaubnis des zuständigen Ortschulinspektors.

So läßt sich diesen Bedenken begegnen. Empfehlenswert ist auch der Hinweis, daß die Beziehungen zwischen Stadt und Land durch den Aufenthalt besser werden können. Manches Kind wird Gefallen am Dorfleben finden und sich später hier in Arbeit begeben. Der Landflucht, über die der Bauer klagt, wird sicher nicht geschadet. Dann gilt aber ganz besonders zu betonen, daß es sich in erster Linie um Soldatenkinder handelt, an denen ein Teil des Dankes abgetragen werden kann, den wir alle unseren Feldgrauen schulden. Gewiß ist die Aufnahme eines völlig fremden Kindes zu überlegen; aber andererseits darf nicht übersehen werden, daß auch mancher Mutter in der Stadt die Trennung nicht leicht werden wird.

Wenn dann das Eisen geschmiedet wird, solange es heiß ist, die Lüste zur Eintragung herumgeht oder sich diejenigen melden, die sich von der Aufnahme ausschließen, wenn nicht erst zeitraubende Hausbesuche gemacht werden müssen, bis zu denen sich in unserem Falle manches gendert hatte, dann kann man mit dem Ergebnis sicher zufrieden sein.

Die Unterbringung der Großstadtkinder.

Von Karl Rege.

Als erster Zeitpunkt für die Abreise der Kinder aufs Land wurde der 1. April festgesetzt. Im allgemeinen war aber die Zeit zur Vorbereitung der großzügigen Fürsorge zu kurz, so daß bis jetzt nur in verhältnismäßig beschränktem Umfange eine Unterbringung erfolgt ist. Am leichtesten gestaltete sie sich, wenn die Kinder zu Verwandten reisen konnten und nur von Seiten der Schule eine Ummeldung zu erfolgen hatte. Aber auch hier traten Schwierigkeiten zutage, wenn die Mutter beispielsweise für eine lange Reise nicht die Kosten zahlen wollte und nun Unterstützung suchte. Jetzt ist darin eine Erleichterung eingetreten, indem nach Befürwortung durch den Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ hilfsbedürftigen Kindern die Benutzung der dritten Wagenklasse in Eil- und Personenzügen zum halben Fahrpreise der vierten Klasse gestattet wird.

Manche Gemeinden haben überhaupt noch nicht über die Verschickung der sogenannten fremden Kinder endgültige Beschlüsse gefaßt, während an anderen Orten die Vorbereitungen bis kurz vor den Abschluß gebracht wurden. Allerdings soll ja nach den an die Landratsämter gekommenen „Richtlinien“ jeder Schematismus in dieser Frage vermieden werden, und das ist gewiß mit Freuden zu begrüßen; aber in unserer Zeit der Zwangsvorschriften führt das leicht zu einer Saumseligkeit, die der Sache wenig dienlich ist. Diese Verzögerung wird zum guten Teil dadurch hervorgerufen, daß hier eine auffallende Abweichung von dem bisher gewohnten Wege aller Kriegsfürsorgetätigkeit eingeschlagen wurde.

Die Landbevölkerung ist gewöhnt, die vom Landratsamte kommenden Verfügungen, Vorschläge und Aufforderungen durch die Gemeindevorsteher zu erfahren und von ihm behandelt zu wissen. Auf dem gegebenen Instanzenwege erledigten sich die Kriegsmassnahmen ziemlich glatt. Diesmal aber sind mit der gewiß nicht leichten Aufgabe, für die Unterbringung der Großstadtkinder zu sorgen, vom Landratsamte aus die Lokalschulinspektoren betraut worden. Auf dem Lande ruht fast ausschließlich die Ortschulinspektion in der Hand des Ortsgeistlichen. Der Landmann übersteht nun gar zu leicht, daß dieser Weg vor allem deshalb gewählt wurde, um die sich ergebenden Schwierigkeiten mit der unterrichtlichen Versorgung der Kinder am besten zu umgehen. Handelt es sich doch ausschließlich um Schulkinder im Alter von 6—14 Jahren. Erfahrungsgemäß zieht aber der Landbewohner aus dieser Ausschaltung des Gemeinde-

Uch im dritten Kriegsjahre rüsten wir für die Ferienkolonien. Unsere Krieger, die in Feindesland, auf dem Meere mit unvergleichlicher Kraft, mit Todesmut Deutschlands Grenzen schützen, unsere Männer und Frauen, die daheim in zäher und andauernder Arbeit die Waffen schmieden, den schweren wirtschaftlichen Kampf bestehen, den Tücken und Ränke der Feinde uns auferlegten, sie alle sollen wissen, daß wir in der Fürsorge für das Glück ihres häuslichen Herdes, ihre Kinder, nicht nachlassen.

Freudig ist es zu begrüßen, daß unsere Stadtverwaltung in diesem Jahre viele tausende gesunder Volksschulkinder auf das Land entsenden wird, und auch wir werden uns dieser Aufgabe widmen. Die Fortführung unserer bisherigen Arbeit wird aber hierdurch nicht entbehrlich. Sie hat ihre Eigenart in jahrzehntelanger Übung, insbesondere mit der Einrichtung der Sol- und Seebadkuren, bewährt. Unsere Kolonien bieten die besondere Obhut und Pflege, deren die kränklichen unter den Großstadtkindern bedürfen, die Kinder, die infolge Veranlagung, überstandener Krankheit usw. mit Blutarmut, Strophulose und sonstigen Leiden bedroht sind. Diese sollen in unseren Kolonien behütet, zweckmäßig ernährt, widerstandsfähig gemacht werden.

Wir wollen aber unsere Tätigkeit auch nach der Richtung hin erweitern, daß wir auch Schülern und Schülerinnen der Mittel- und höheren Schulen in diesem Sommer unsere Fürsorge angedeihen lassen, sofern ihre Eltern nicht in der Lage sind, ihnen auf eigene Kosten die zur Stärkung ihrer Gesundheit erforderliche Erholung zu beschaffen, und errichten für diesen Zweck einen besonderen Fonds.

Umsomehr erhoffen wir, daß trotz aller Opfer, die die Jetztzeit auferlegt, unsere Freunde im Landespolizeibezirk Berlin, sie alle, denen das Gedeihen unserer Jugend am Herzen liegt, durch erhöhte Gaben uns dazu helfen werden, unseren schönen aber schweren Aufgaben gerecht zu werden. Gilt es doch unseren teuersten Besitz, unsere Kinder, gesund zu machen und zu erhalten, um in ihnen Deutschlands Zukunft zu sichern!

Wer die Jugend stärkt, stärkt das Vaterland!

Berliner Verein für Ferienkolonien e. V.

James Simon. Rose Strahmann. Dr. Fischer, Stadtschulrat.

Geldsendungen bitten wir an unseren Schatzmeister Herrn Kommerzienrat Dyhrenfurth i. Fa. S. L. Landsberger, Postsparkonto 3311, zu richten. Gaben für den besonderen Fonds bitten wir genau zu kennzeichnen.